Band 11

Göttinger Forstwissenschaften



Peter-Michael Steinsiek

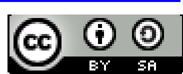
Waldwissen

Professionalisierung der Forstwissenschaft in Hann. Münden 1868–1972

Universitätsverlag Göttingen

Peter-Michael Steinsiek

Waldwissen



erschienen als Band 11 in der Reihe „Göttinger Forstwissenschaften“
im Universitätsverlag Göttingen 2023

Peter-Michael Steinsiek

Waldwissen

Professionalisierung der Forstwissenschaft in Hann. Münden 1868-1972

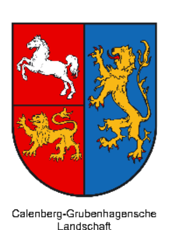
Göttinger Forstwissenschaften
Band 11

Universitätsverlag Göttingen
2023

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Mit freundlicher Unterstützung von





Herausgeber der Reihe
Prof. Dr. Christian Ammer
Prof. Dr. Hermann Spellmann

Schriftleiter
Prof. Dr. Dirk Hölscher (dhoelsc@gwdg.de)

Anschrift des Autors
Dr. Peter-Michael Steinsiek
Mühlspielweg 2
D-37077 Göttingen
psteins@gwdg.de

Dieses Buch ist auch als freie Onlineversion über die Homepage des Verlags sowie über den Göttinger Universitätskatalog (GUK) bei der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (http://www.sub.uni-goettingen.de) erreichbar. Es gelten die Lizenzbestimmungen der Onlineversion.

Satz und Layout:	Katja Töpfer, Freie Kunst & Grafik, Moringen
Umschlaggestaltung:	Wolfgang Tambour, Margo Bargheer
Titelabbildung:	Auf dem Weg zu neuen Zielen – Lehrer und Schüler der Forstlichen Fakultät 1958 (Quelle: PrSlg Peter Lex).
Rückenabbildung:	„Der Lichtungs-Zuwachs nach seiner naturgesetzlichen Allgemeinheit“ (Quelle: SUBGÖ, Bereichsbibliothek Forstwissenschaften; Foto Christian von Schnehen-Ahrens, 2020).



http://univerlag.uni-goettingen.de
ISBN: 978-3-86395-566-3
DOI: https: doi.org/10.17875/gup2023-2234
ISSN: 1867-6731
e-ISSN: 2512-6830

Inhalt

1 Vorwort

Die vorliegende Studie verdankt sich einer Zusammenarbeit des Universitätsarchivs Göttingen mit der Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie der Universität Göttingen. Nachdem die Fakultät ihren Bestand an Altakten dem Universitätsarchiv übergeben hatte, waren die Voraussetzungen günstig, die archivische Erschließung und Verzeichnung der Akten mit einer fakultätsgeschichtlichen Analyse zu verbinden. Während die Verzeichnungsarbeiten von der VGH Stiftung sowie der Calenberg-Grubenhagenschen Landschaft gefördert wurden, ist der Forstlichen Fakultät neben ihrer Beteiligung an der Aktenverzeichnung besonders für die Finanzierung der wissenschaftlichen Untersuchung herzlich zu danken.

Die Arbeitsergebnisse des Forschungsvorhabens reihen sich ein in die vom Verfasser in den Jahren 2015 und 2019 vorgelegten Untersuchungen zur Geschichte der Forstlichen Fakultät. Während „Die Forstliche Fakultät der Universität Göttingen im Nationalsozialismus" (2015) vor allem die Ereignisse und Prozesse zum Gegenstand hat, welche die Nazifizierung der Forsthochschule mit ihren Auswirkungen auf Mitarbeitende, auf Forschung und Lehre kennzeichneten, widmet sich der Band über Richard Falck (2019) dem Leben und Werk dieses außergewöhnlichen jüdischen Gelehrten und Forschers an der Forstakademie und späteren Forstlichen Hochschule zu Hann. Münden. Die älteste Überlieferungsschicht der Fakultät jedoch, welche bis in das Gründungsjahr 1868 zurückreicht, blieb in den vorangegangenen Projekten ebenso weitgehend unberücksichtigt wie die jüngere, in der die Entwicklung der Fakultät nach 1945 bis zu ihrem Umzug von Münden nach Göttingen 1970/72 ihre Spuren hinterlässt.

Damit profitierte dieses Forschungsvorhaben von den vorangegangenen Untersuchungen zur Fakultätsgeschichte. Die Arbeiten bauen aufeinander auf. Es sei jedoch schon an dieser Stelle angemerkt, dass die vorliegende Darstellung nicht darauf verzichten kann, bestimmte Zusammenhänge, die an anderem Ort vom Verfasser bereits erläutert wurden, ein weiteres Mal, wenn auch in verkürzter bzw. komprimierter Form, aufzugreifen. Auch was den Stand der Forschung angeht, ist das Wesentliche in den Bänden aus den Jahren 2015 und 2019 bereits gesagt.

Die Verzeichnung des Aktenbestandes ermöglichte es, die Schriftgutüberlieferung von 1868 bis in die 1970er Jahre hinein für die Beantwortung von Fragen zu nutzen, welche mit der Analyse von wissenschaftspolitischen Aspekten oder der Suche nach Forschungsstrategien eine längere Beobachtungszeit erfordern. Es bedarf keines besonderen Hinweises, dass der gewählte Untersuchungszeitraum wie kaum ein anderer geeignet erscheint, Erhebungen über die Dauerhaftigkeit bzw. Kurzlebigkeit wissenschaftlicher Programme und ihrer Abhängigkeit von politischen Entwicklungen anzustellen.

Das für diese Untersuchung vor allem benutzte Aktenmaterial der Forstlichen Fakultät und ihrer Vorgängereinrichtungen zeigt hinsichtlich seiner inhaltlichen Zusammensetzung große Ungleichgewichte. Wenn etwa die Überlieferung des Bodenkundlichen,

Botanischen oder Zoologischen Instituts deutlich umfangreicher ausfällt als das Schriftgut der Forstpolitik oder der Forsteinrichtungs- und Ertragslehre, so können hierfür zunächst Kassationen oder die Vernichtung durch äußere Einwirkungen in Frage kommen. Sofern es sich jedoch um jüngere Institutsgründungen handelt, wird auch der Umfang der überlieferten Akten entsprechend geringer ausgefallen sein.

Andererseits sollen und können insbesondere die Ausführungen zu den einzelnen Instituten nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Hier geht es vielmehr darum, auf Charakteristika, Kontinuitäten und Brüche der wissenschaftlichen Entwicklung im Untersuchungszeitraum hinzuweisen. Differenziertere Beschreibungen von Forschungsaktivitäten der Institute können in dem vom Verfasser 2015 veröffentlichten, oben schon genannten Band „Die Forstliche Fakultät der Universität Göttingen im Nationalsozialismus" nachgelesen werden (vgl. dort besonders die Anlagen 1-11), neben weiteren Einzelheiten aus der Verfassungsgeschichte der Fakultät sowie Informationen über Dozenten und Studierende.[1] Somit ließen sich die in den genannten Arbeiten bereits ausführlicher behandelten Teilgebiete in der vorliegenden Studie kürzer fassen oder konnten auch ganz entfallen.

Dem Leiter des Universitätsarchivs Göttingen, Herrn Dr. Holger Berwinkel, bin ich zu Dank verpflichtet, weil er mir die Gelegenheit gab, den forstlichen Aktenbestand zu verzeichnen, nicht zuletzt, um diesen über das Archivinformationssystem Niedersachsen und Bremen (URL https://www.arcinsys.niedersachsen.de/arcinsys/start) erstmals sichtbar und der Forschung zugänglich zu machen. Dankbar bin ich auch für alle Unterstützung, die ich durch die dortigen studentischen Kolleginnen und Kollegen erfahren habe, besonders durch Frau Jana Felicitas Schulz und Herrn Kevin Christoph Fröhler. Und dass in dem eigens aufgebauten Wissenschafts-Blog „Waldwissen in alten Akten. Ein Blog zu den Quellen der Göttinger Forstfakultät" (URL https://waldakten.hypotheses.org/) zwischen Januar und September 2022 projektbegleitend Dokumente aus der Aktenüberlieferung der Fakultät vorgestellt werden konnten, war wesentlich der Umsetzung durch Frau Sandra Funck zu danken.

Ohne das Interesse und die Bereitwilligkeit der Forstlichen Fakultät, hier besonders vertreten durch die Dekane Professor Christian Ammer, Professor Oliver Gailing und den Leiter der Fakultätsverwaltung, Herrn Dr. Wolfgang Hiltscher, das Erschließungsprojekt durch einen analytischen Teil zu ergänzen, wäre es nicht möglich gewesen, das Archivgut ‚sprechen' zu lassen. Dass bei der Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse wiederum auf die bewährte und angenehme Zusammenarbeit mit dem Universitätsverlag Göttingen und namentlich mit Frau Katja Töpfer gesetzt werden konnte, ist ebenfalls der Forstlichen Fakultät zu danken. Ein seit Jahren enges und gutes Einvernehmen mit der hiesigen Bereichsbibliothek Forstwissenschaften und ihrem Leiter, Herrn Christian von Schnehen-Ahrens, war auch in diesem Fall gleichermaßen erfreulich wie unverzichtbar. In entsprechender Weise habe ich Herrn Stefan Schäfer, Leiter des Stadtarchivs Hann. Münden, zu danken, dem es immer wieder gelingt, Besonderheiten aus der Beziehungsgeschichte der Forsthochschule und ihrer Stadt ans Tageslicht zu befördern.

In dem vorliegenden Band wird einiges Gewicht auf Abbildungen gelegt, besonders auf solche, bei denen es sich um Beispiele aus historischen Sammlungen der Fakultät handelt. Ich danke Frau Professorin Ursula Kües sowie den Herren Professoren Niko Balkenhol, Dirk Hölscher, Christoph Kleinn und Andreas Schuldt für ihre freundliche Bereitschaft, mir Zugang zu den Sammlungen zu gewähren. Für die Anfertigung der Fotos danke ich sehr herzlich den Herren Dr. Lutz Fehrmann, Volker Meng und Christian von Schnehen-Ahrens sowie meiner Tochter Mareile Steinsiek, außerdem Frau Dr. Katharina Westekemper und Frau Sara Nicke-Mühlfeit für die dabei zuteilgewordene Unterstützung.

Dankbar verpflichtet bin ich überdies einigen Zeitzeugen der Nachkriegsentwicklung in Münden. Sie haben es verstanden, durch ihre Erlebnisberichte Dinge anklingen zu lassen, die sich der schriftlichen Überlieferung meist entziehen. Zu nennen sind in erster Linie die Herren Dr. Helmuth Freist, Dr. Albrecht von Kortzfleisch und Professor Burghard von

1 Vgl. außerdem Steinsiek, Richard Falck (2019), für das von Falck geleitete Mündener Institut für Technische Mykologie.

Lüpke. Herr Professor Hermann Spellmann kann zwar nicht mehr als Zeitzeuge im oben beschriebenen Sinn bezeichnet werden. Aufgrund seiner langjährigen persönlichen Bekanntschaft mit Forstforschern der Nachkriegszeit ist jedoch auch seinen Schilderungen ein besonderer Wert beizumessen. Gleiches gilt, übertragen auf die forschungspolitische Situation im westlichen Nachkriegsdeutschland, für Herrn Professor Karl-Reinhard Volz.

Diese Untersuchung hat nicht zuletzt auch von denjenigen profitiert, die teilweise schon vor Jahren bereitwillig Bildmaterial oder Schriftquellen zur Fakultätsgeschichte zur Verfügung gestellt bzw. ihrer Veröffentlichung zugestimmt haben. Ihnen allen gilt einmal mehr mein aufrichtiger Dank. Ich kann und will hier jedoch nicht schließen, ohne meiner Frau Maja für ihren nimmermüden Beistand von Herzen zu danken.

2 Einführung

2.1 Hintergrund

Im Norden und in der Mitte Deutschlands ist die Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie der Universität Göttingen die einzige universitäre Forschungs- und Lehreinrichtung mit dem Erkenntnisobjekt „Wald und Gesellschaft". Diese Fakultät ging aus der 1868 in Hann. Münden gegründeten Königlich Preußischen Forstakademie hervor. Sie war bis zur Auflösung des Landes neben derjenigen in Eberswalde die einzige in Preußen und zuständig für die forstlichen Verhältnisse in den westlichen Regionen, während Eberswalde sich auf den Osten konzentrierte.

Noch bis weit in das 19. Jahrhundert hinein waren ausgedehnte Strecken im Gebiet des heutigen Landes Niedersachsen mit Zwergstrauchheiden und Mooren bedeckt. Die aktuelle Waldbedeckung ist, von den Mittelgebirgen abgesehen, wesentlich das Ergebnis von Aufforstungen der zurückliegenden etwa 190 Jahre. In dieser Zeit entwickelte sich die Forstkunde zu einer wissenschaftlichen Disziplin, die neben den naturwissenschaftlichen Zugängen zur Erforschung der Wälder als Ökosysteme auch den Wald als Objekt wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handelns in Forschung und Lehre thematisiert. Die Aufforstungen der nordwestdeutschen Heidegebiete führten zu einem Landschaftswandel von bis dahin nicht gekannten Ausmaßen. Den Pionieren der Heideaufforstungen ging es dabei wesentlich um die günstigen landeskulturellen Wirkungen des Waldes, das heißt um einen Schutz des menschlichen Lebensraumes und Kulturlandes vor Witterungsunbilden.

Die Aufgabe der Mündener Forstakademie bestand darin, Fachleute auszubilden, die in der Lage waren, die Wälder so zu bewirtschaften, dass sie finanziell rentierten, ohne Substanzverluste zu erleiden. Diesbezüglich waren die Unterschiede zwischen den Forsten des Berglandes und denen des flachen Landes stark ausgeprägt. Entsprechend hoch waren die Anforderungen an die Ausbildung. Diejenigen Forstleute, die im Nordwesten und Westen Preußens eingesetzt wurden, hatten in der Regel, wenn auch nicht ausschließlich, in Hann. Münden studiert. Damit trug die Forstakademie Mitverantwortung für das, was in diesen Forsten geschah. Dass Niedersachsen inzwischen wieder über ausgedehnte und ertragreiche Wälder verfügt, die gegenwärtig auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse an die Herausforderungen des Klimawandels angepasst werden, ist damit nicht zuletzt dem Wirken der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen zu danken. Sie ist die älteste „Schule der Nachhaltigkeit" Nordwestdeutschlands.

2.2 Ziele

Der Schwerpunkt der vom Verfasser im Auftrag der Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie bereits vorgelegten und im Vorwort erwähnten fakul-

tätsgeschichtlichen Untersuchungen lag in zeitlicher Hinsicht auf der Weimarer Republik und dem „Dritten Reich". Die besondere Rolle, welche der Mykologe Richard Falck als Wissenschaftler an der Mündener Forstakademie bzw. Forstlichen Hochschule und als Kämpfer gegen Unfreiheit und persönlich erlittenen Antisemitismus spielte, rechtfertigte überdies eine ausführliche Biographie.[2] Im Grundsatz ähnliche Beweggründe hatten bereits den Anlass zur Durchführung des ersten Fakultätsprojekts gegeben. Vor allem dort sollte die Geschichte der Fakultät im Nationalsozialismus im Vordergrund stehen. Neben der Situation des von Falck errichteten und geleiteten Instituts für Technische Mykologie sowie seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden auch die Entwicklungen in den einzelnen wissenschaftlichen Instituten behandelt und wichtige strukturelle Momente der Fakultätsgeschichte dargelegt.

Im Unterschied hierzu konzentriert sich diese Studie auf die Genese der Forstwissenschaft als Disziplin in Münden. Während Eckpunkte dieser Entwicklung in den genannten Veröffentlichungen zur Sprache kommen, lauteten jetzt die Leitfragen:

- Wie lässt sich in den einzelnen Fächern die Entwicklung der Forschungsinhalte beschreiben?
- Welche fachlichen, persönlichen, sozioökonomischen und politischen Faktoren nahmen im Untersuchungszeitraum besonderen Einfluss auf die Forschung in den verschiedenen Fächern?
- Gab es Strategien der Forschung, die der Hochschule als Richtschnur dienten?
- Welche strategischen Forschungsziele verfolgten die Institute?

Wichtige grundsätzliche Überlegungen, die den wissenschaftlichen Zugriff zur Beantwortung auch dieser Leitfragen beschreiben, wurden bereits in dem Band zur Geschichte der Forstlichen Fakultät im Nationalsozialismus geschildert, auf den hier verwiesen wird.[3] Es sei jedoch vorausgeschickt, dass zum einen in den Zeiten, die den beiden Weltkriegen in Deutschland unmittelbar folgten, nicht nur die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen ungewiss waren. Auch das forstliche Hochschulwesen sah sich jeweils an einem ‚Wendepunkt', von dem aus Wege in verschiedene Richtungen wiesen. Der Streit über den ‚richtigen' Weg sollte bis zum Umzug der Forstlichen Fakultät von Münden nach Göttingen andauern und die Gremien beschäftigen. Er findet bis heute immer wieder neue Nahrung. Zum anderen: Die Lehre, das heißt der forstliche Unterricht war nicht Gegenstand dieser Untersuchung. Soweit jedoch Angelegenheiten der Studierenden für die Kennzeichnung bestimmter Zeitumstände wichtig erschienen, wurden auch sie in die Darstellung einbezogen. Einige Charakteristika forststudentischen Verhaltens und besonders die von Studenten ausgehenden antisemitischen Umtriebe an der Forstlichen Hochschule seit 1920 wurden in den bereits vorliegenden Bänden zur Geschichte der Forstlichen Fakultät beschrieben.

Wie die Wissenschaften, so unterliegen auch die Universitäten und Hochschulen selbst einem ständigen Wandel. Beide Prozesse sind miteinander verwoben. Sie können einander bedingen, begünstigen und behindern. Und daher werden auch beide im Rahmen dieser Untersuchung behandelt. Ein methodisches Problem bei der Themenbearbeitung bestand indes darin, der Vielschichtigkeit, Vieldeutigkeit und Unbestimmtheit vieler Quellen gerecht zu werden, soweit vor allem die Frage nach den Forschungsstrategien zu beantworten war. Eindeutige Aussagen hierzu fehlen häufig, und selbst wenn sie auffindbar waren, kann nicht ohne Weiteres gefolgert werden, dass ihnen tatsächlich eine Bedeutung im Sinne einer forschungsstrategischen Wirksamkeit zugekommen ist.

Der Blick richtete sich deshalb auf ein breites Spektrum möglicher Akteure[4] und Bedingungen, von denen erwartet wurde, dass sie einen Einfluss auf die

2 Steinsiek, Richard Falck (2019); dasselbe auch im Open Access unter: URL https://univerlag.uni-goettingen.de/handle/3/isbn-978-3-86395-406-2.

3 Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 9 ff.); dasselbe auch im Open Access unter: URL https://univerlag.uni-goettingen.de/handle/3/isbn-978-3-86395-197-9.

4 In diesen wie in allen anderen, ähnlichen Fällen sind grundsätzlich beide Genera gemeint.

programmatische Ausrichtung der Hochschule oder einzelner Institute hatten. In die Entwicklung der Fächer und Lehrgebiete etwa spielten folgende Momente hinein, denen auf der Zeitschiene unterschiedliche Gewichte beizumessen waren:

- Vorgaben der Forstverwaltungen
- Satzungen
- Interessen der Forscher
- Meinungsbildung im Professorenkollegium, Senat und Fakultätsrat
- Forstliche Diskurse in Zeitschriften, Vereinen und anderen waldbezogenen Institutionen
- Entwicklung der wissenschaftlichen Grundlagen, wissenschaftlicher Fortschritt
- Bedeutungswandel der Waldfunktionen
- Konkurrenz um den Raum
- Gesetzliche Regelungen
- Bürgerschaftliches Engagement
- Wald und Umwelt
- Forschungsförderung
- Überzeitliche Forstforschung

Auf Lehrstuhlebene boten die folgenden Felder Ansatzpunkte, um Forschungsstrategien zu etablieren:

- Wissensbildung durch Forschung
- Forschungsumfeld und Personal
- Lehre und Ausbildung
- Zusammenarbeit mit der Praxis
- Öffentlichkeitsarbeit, Wissensvermittlung
- Interdisziplinarität zur Lösung komplexer Forschungsaufgaben
- Austausch mit externen Fachwissenschaftlern und Einrichtungen
- Einflussnahme auf Entscheider in den Bürokratien, Ausschüssen und Parlamenten

Auf der Fakultätsebene wiederum boten sich neben der Einflussnahme auf die Lehrstuhlbesetzung eine Abgrenzung durch Sonderwege und die Entwicklung neuer Arbeitsgebiete als forschungsstrategisch wirksames Konzept an.

Die Arbeit gliedert sich in zwei Teile. In einem vorwiegend dokumentarisch angelegten Abschnitt werden die zur Beantwortung der Leitfragen erforderlichen Informationen zusammengestellt. Der zweite Abschnitt führt aus dem Spektrum möglicher Themen, die im Zusammenhang mit der forschungsstrategischen Positionierung der Hochschule und ihrer wissenschaftlichen Institute von Bedeutung sind, einige wichtige Aspekte vor.

2.3 Quellen

Von einschlägigen Zeitschriftenaufsätzen und Büchern abgesehen basiert die Untersuchung in der Hauptsache auf der Aktenüberlieferung des Forstlichen Fakultät und ihrer Vorläuferinnen (Forstakademie und Forstliche Hochschule).

In anderen Zusammenhängen wurde schon darauf hingewiesen, dass der Aktenbestand seit Gründung der Forstakademie in Münden 1868 Verluste erlitten hat, die sich weder quantitativ noch hinsichtlich der verloren gegangenen Inhalte näher beschreiben lassen. Die Aktenverluste hatten vor allem folgende Ursachen:

- Die von Hochschullehrern benutzten Akten der Lehranstalt wurden nicht wieder zurückgegeben.
- Akten mit brisantem Inhalt fielen, wie Ende des Zweiten Weltkriegs geschehen, der Vernichtung anheim.
- Die in den Instituten entstandenen Akten wurden nicht dauerhaft aufbewahrt.
- Ansehnliche Teile vor allem der älteren Aktenüberlieferung wurden 1997 durch einen Wassereinbruch in das Fakultätsarchiv vernichtet.

Der Göttinger Forstpolitiker und Forsthistoriker Karl Hasel ist sicher, dass nach dem Ersten Weltkrieg und auch in der Zeit des „Dritten Reichs“ Akten der Forst-

hochschule bzw. der Forstlichen Fakultät beseitigt worden sind.[5] In sehr eingeschränkter Weise kommen parallele Überlieferungen im Niedersächsischen Landesarchiv, Abteilung Hannover, im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz sowie im Bundesarchiv, beide Berlin, in Betracht. Wie im Vorwort schon erwähnt, ist besonders das Stadtarchiv Hann. Münden für Recherchen zu sozialgeschichtlichen Aspekten der Mündener Fakultätsentwicklung zu konsultieren.

Die für unseren Untersuchungszusammenhang wichtigsten Akten entstammen der zentralen Registratur der Mündener forstlichen Lehr- und Forschungseinrichtung. Dieser Teilbestand ist auch deshalb so bedeutend, weil er Akten enthält, die den Forschungsbetrieb der Institute betreffen und damit in Teilen an die Stelle der eigentlichen, nicht in jedem Fall überlieferten Institutsakten treten: besonders Forschungsberichte, Forschungsförderung, Besetzung der Lehrstühle. Personalakten gehören seit jeher zu den bedeutenden Quellengattungen der Universitäts- und Staatsarchive und kamen auch hier zur Auswertung. Und obgleich man sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs darauf verständigte, diejenigen Vorgänge, welche im Zusammenhang mit Lehrstuhlbesetzungen standen, das heißt besonders Gutachten externer Wissenschaftler nach Abschluss der Verfahren zu vernichten, blieben gelegentlich Beispiele erhalten. Von disziplinarischen und strafrechtlichen Ermittlungen gegen Studenten, die sich für „groben Unfug“ und anderes mehr zu verantworten hatten, abgesehen, schlugen sich auch Differenzen zwischen Professoren in den Akten nieder, sofern sie ein solches Gewicht hatten bzw. von so grundsätzlicher Bedeutung waren, dass der Akademiedirektor und gelegentlich auch das vorgesetzte Ministerium in Berlin involviert wurden. Mit Bernard Borggreve besaß die Mündener Forstakademie diesbezüglich ein Alleinstellungsmerkmal in der deutschen forstlichen Hochschullandschaft. Von 1879 bis 1891 war er Direktor in Münden, und es fällt schwer, Kollegen ausfindig zu machen, die nicht mit ihm im Streit gelegen hätten. Borggreves Polemik gegen Andersdenkende war, gelinde ausgedrückt, verletzend respektlos. 1891 kostete ihn sein Kampf gegen die Mündener Studentenverbindungen den Posten. Dabei galt er als ungemein produktiver und kreativer Wissenschaftler. Große Teile des Borggreve betreffenden Schriftguts jedoch fehlen, so dass vermutet werden kann, dass er selbst für deren Verschwinden gesorgt hatte.

Neben der oben bereits beschriebenen Aktenüberlieferung auf der zentralen Ebene der Hochschule gehören zum forstlichen Gesamtbestand auch die Studierendenakten, Institutsakten, Personalakten sowie Promotionen und Habilitationen. In Stichworten lässt sich die Überlieferung des Dekanats und seiner Vorgängereinrichtungen, soweit sie in das Universitätsarchiv Göttingen gelangt ist, wie folgt skizzieren (Bestand Forst. Fak.):[6]

- Errichtung der Forstakademie in Hann. Münden
- Belange der Hochschulleitung, soweit sie Forschung, Lehre und Studierende betreffen
- Haushaltssachen, Dienstbetrieb
- Sitzungsprotokolle
- Schriftverkehr zwischen Hochschulleitung und vorgesetztem Ministerium
- (Neu-)Ordnung von Forschung und Ausbildung
- Personalwesen
- Nazifizierung und Entnazifizierung
- Verwaltung, Statistik
- Angelegenheiten der Institute, Forschungsberichte
- Besetzung der Lehrstühle, Lehraufträge
- Wissenschaftliche Sammlungen
- Versuchswesen, Lehrreviere
- Botanische Gärten
- Forschungsförderung
- Angelegenheiten der Studierenden: Zulassung, Studienplan, Prüfung, Vorlesungsverzeichnisse,

5 Hasel, Geschichte (1994, S. 235).

6 Vgl. den Screenshot einer verzeichneten Akte im Anhang 3.

materielle Unterstützung, Studierendenkartei[7], Disziplin, Exkursionen

- Bausachen
- Auslandsbeziehungen
- Jagd in den Lehrrevieren
- Grundsatz- und ‚Überlebensfragen', Hochschulreform, Konkurrenz zwischen den Forstlichen Hochschulen
- Öffentlichkeitsarbeit

Etwa 950 Nummern umfasst zurzeit der Bestand Studierendenakten der Forstlichen Fakultät (Forst. Stud.) aus dem Zeitraum 1930-1969. Sie wurden vom Sekretariat der Forstlichen Hochschule/Fakultät geführt und zeigen einen insgesamt gleichförmigen Aufbau. Nach Kriegsende nahm deren Umfang sukzessive zu. Die Studierendenakten beginnen regelmäßig mit der Bewerbung um einen Studienplatz und enden mit der Exmatrikulation. Sie enthalten den diesbezüglichen Schriftwechsel mit dem Sekretariat der Hochschule bzw. Fakultät, Nachweise über abgelegte Prüfungen und anderes mehr. Durchgängig sind Lebensläufe überliefert, die neben Informationen über das soziale Umfeld auch Angaben über Kriegseinsätze, Verwundungen etc. enthalten. Damit stellen diese Akten eine wichtige Quelle zur Sozialgeschichte der Forststudierenden im 20. Jahrhundert dar. Daneben enthält dieser Bestand auch einige Studienbücher.

Die Überlieferung der wissenschaftlichen Institute (Forst. Inst.) enthält im Vergleich nur wenige Akten aus einzelnen Instituten. Eine Sonderstellung können allerdings die dort ebenfalls eingeordneten Handakten von Heinrich Eberts (1883-1979) beanspruchen. Nachdem Eberts 1931 auf den Lehrstuhl für Forstpolitik und Forstverwaltung der Forstlichen Hochschule in Hann. Münden berufen worden war, übernahm er 1934 in dem auch nach seinen Plänen in Berlin errichteten Reichsforstamt zunächst die Leitung der Zentral- und Personalabteilung. Von 1938 bis 1945 war er für die Forstpolitik und Forstwissenschaft und damit auch für das forstliche Hochschulwesen im „Dritten Reich" verantwortlich. Es gelang ihm, den in seine Zuständigkeitsbereiche fallenden Aktenbestand der Reichsforstamtsregistratur vor der Vernichtung zu bewahren, um ihn nach Kriegsende dem Institut für Forstpolitik der Universität Göttingen zu übergeben. Das Behördenschriftgut wurde einer vertieften Verzeichnung unterzogen, um den Dienstbetrieb der von Eberts geleiteten Abteilungen sowie die Sachbearbeitung im Einzelnen abbilden zu können. Die Verzeichnung dieses Bestands erschließt der Forschung eine vermutlich lückenlose Überlieferung, die auch deshalb von besonderem Wert ist, weil der weitaus größte Teil der Reichsforstamtsüberlieferung im Zweiten Weltkrieg vernichtet wurde. Aus den Inhalten der Ordner wurden Akteneinheiten formiert, die sich an der im Institut für Forstpolitik erfolgten provisorischen Verzeichnung orientieren. Der Bestand lässt sich inhaltlich etwa wie folgt kennzeichnen:

- Forstpolitik
- Erhebungen über ausländische Forstwirtschaft
- Sehr breiten Raum nehmen die Arbeiten an den Entwürfen zu einem Reichsforstgesetz ein, die wesentlich von Eberts selbst stammen
- Koloniale Forstwirtschaft
- Lenkung und Förderung der Forst- und Holzforschung, unter anderem durch Sachbeihilfen
- Technische Zentralstelle der deutschen Forstwirtschaft als Steuerungsinstrument
- Leistungssteigerung in der Forst- und Holzwirtschaft im Zuge der Rüstungs- und Kriegswirtschaft
- Forstforschung in den von Deutschen besetzten Gebieten Osteuropas
- Internationale Forstzentrale
- Forstliche Raumordnung und Landesplanung

7 Die Angaben der Studierendenkartei sind im Grundsatz geeignet, neben dem Studienverlauf auch das familiäre Umfeld der Studierenden, politische Aktivitäten und Zeiten im Arbeitsdienst bzw. in der Wehrmacht zu dokumentieren. Sie wurden vom Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung sowie von der Deutschen Studentenschaft erhoben und handschriftlich in die Formulare eingetragen.

Der Bestand an Personalakten deckt den Zeitraum von 1868 bis zur Mitte der 1950er Jahre ab. Er umfasst neben Akten des wissenschaftlichen Dienstes auch solche des technischen und des Verwaltungspersonals, weist jedoch Lücken auf. Mit Gustav Heyer, Alexander Mitscherlich oder Bernard Borggreve beispielsweise sind gleichwohl bedeutende Repräsentanten ihres Faches vertreten. Hinzuweisen ist jedoch auf weitere Personalakten von Mündener Forstprofessoren, etwa im Bestand Kuratorium des Universitätsarchivs Göttingen, wie die des jüdischen Professors für Technische Mykologie, Richard Falck.

Dass die Mündener Forstlehranstalt nahezu von Beginn an um ihre Existenz fürchten musste, ist bereits mehrfach als ein wichtiges strukturgeschichtliches Moment betont worden. Inwieweit es auch für die forschungsstrategische Ausrichtung von Bedeutung war, gehörte zu den Fragen, die im Rahmen dieser Untersuchung beantwortet werden sollten. Intensiv beschäftigt hat sich die Fakultät nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit Plänen der Wissenschaftspolitik, den Umzug der Förster von Münden nach Göttingen zu nutzen, um die Forst- und die Agrarwissenschaft, gegebenenfalls ergänzt durch weitere Disziplinen, zusammenzuschließen. Die diesbezügliche Aktenüberlieferung illustriert recht gut den Abwehrkampf der „Grünen Farbe" gegen den drohenden Verlust der Selbstständigkeit.

Viele Jahre stand die Mündener Einrichtung im Schatten ihrer älteren „Schwester" in Eberswalde. Die dort neben der Akademie errichtete forstliche Versuchsanstalt band nicht nur Mittel und Personal. Sie zog auch die besondere Aufmerksamkeit der Fachgenossen auf sich. Beide Anstalten jedoch, Münden und Eberswalde, repräsentierten mit dem autokratischen Direktorialsystem ihrer Akademien aus der Sicht sehr vieler Hochschullehrer Deutschlands, auch Preußens, ein rückständiges Modell im Vergleich mit der Ausbildung an einer Universität. Doch Preußen wich von seinem Sonderweg nicht ab, bis dann 1939 die Mündener Forsthochschule als Forstliche Fakultät an die Universität Göttingen angegliedert wurde.

Die Konkurrenz zwischen Münden und Eberswalde einerseits und den höheren Forstschulen außerhalb Preußens andererseits beförderte Bestrebungen, sich im Rahmen des Möglichen durch abweichende Forschungsschwerpunkte abzugrenzen. Hier ist allerdings hervorzuheben, dass die Ansprüche der Verwaltungen gerade an die Lehre auch im eigenen Interesse erfüllt wurden. Leitete sich doch die Legitimation einer Lehranstalt wesentlich von der Studierendenfrequenz her. Bewegten sich indes die Ausbildung und das Ansehen der Lehrer auf niedrigem Niveau, litt auch die Attraktivität der Hochschule. Dies galt es bei der Suche nach geeigneten Fachvertretern zu beherzigen und konnte die Umsetzung von Forschungsstrategien erschweren.

2.4 Verwendete Zeichen, Abkürzungen und Zitierweisen

[…]	Auslassung in Zitaten durch den Zitierenden
[ ]	Einfügung durch den Verfasser
‚ '	Hervorhebung durch den Verfasser
AFFGÖ	Archiv der Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie der Universität Göttingen
AFPGÖ	Archiv der Professur für Forst- und Naturschutzpolitik der Universität Göttingen
ANW	Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
fol.	folio (auf dem Blatt); bezeichnet in Verbindung mit Zahlenangaben die Blattzählung innerhalb eines Aktenstückes
IUFRO	International Union of Forest Research Organizations
MBl.	Ministerialblatt
NLA HA	Niedersächsisches Landesarchiv – Abteilung Hannover
NLA WO	Niedersächsisches Landesarchiv – Abteilung Wolfenbüttel
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
PrSlg	Privatsammlung
r.	recto (bei Schriftstücken die Vorderseite eines Blattes)
StadtA	Stadtarchiv
StadtA HM	Stadtarchiv Hann. Münden
SUBGÖ	Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen
SUBGÖ-HSD	Abteilung Handschriften und Seltene Drucke der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen
UniA GÖ	Universitätsarchiv Göttingen
UniA L	Universitätsarchiv Leipzig
v.	verso (bei Schriftstücken die Rückseite eines Blattes)

Benutzte Archivalien werden durch Angabe des Aufbewahrungsorts (Archivkürzel), der Archivsignaturen (Bestellnummern) oder sonstiger Kennungen und grundsätzlich durch eine Kurzbeschreibung des jeweiligen Vorgangs nachgewiesen. Sofern eine Blatt- oder Seitenzählung vorhanden ist, werden Blattangaben oder Seitenzahlen hinzugesetzt. Ersatzweise können Tag, Monat und Jahr der Abfassung resp. Einlieferung eines Schriftstücks etc. dienen. Ein gesonderter Nachweis der Archivalien in einem Verzeichnis findet deshalb nicht statt. Dasselbe gilt für die benutzten Internet-Quellen.

3 Erkenntnis des Waldes

3.1 Primat der Leistungssteigerung

Solange Wald bewirtschaftet wird, gehören die Gewährleistung und Steigerung der Produktion von Holz und anderen Gütern zu den wichtigsten Aufgaben. Der Schutz des Waldes vor Schäden aus der belebten und unbelebten Umwelt war diesem Ziel durchaus nachgeordnet. Solches galt grundsätzlich für die Forsten



Abb. 1: Kriegsgefangene Franzosen als Zwangsarbeiter im Botanischen Garten der Mündener Forstakademie während des Ersten Weltkriegs (Quelle: PrSlg Familie Bonnemann).

aller Besitzarten, auch wenn sich die Wirtschaftsziele unterschieden. Je nachdem, wie stark die Wälder von der Wirtschaft und Gesellschaft in Anspruch genommen wurden und wie groß der Nutzungsdruck und die Nutzungskonkurrenz ausgeprägt waren, wurde auf Seiten der Forstverwaltungen und der Forstforschung nach Wegen gesucht, den Anforderungen etwa durch abgewandelte waldbauliche Maßnahmen, Rationalisierung der Waldarbeit (Holzernte!) und Ausweitung der Holzverwertung gerecht zu werden.

Zeiten des Krieges schufen hierfür günstige Voraussetzungen. Besonders die Holzernte und der Holztransport bereiteten nach Beginn des Zweiten Weltkriegs in Deutschland große Probleme.[8] Zum einen fehlten Arbeitskräfte, weil immer mehr Waldarbeiter zum Kriegsdienst eingezogen wurden. Zum anderen bereitete der Transport des Holzes aus den Wäldern zu den Verbrauchsorten große Schwierigkeiten, weil nicht nur kraftstoffbetriebene Fahrzeuge fehlten, sondern auch Arbeitspferde. Was den Arbeitskräftemangel angeht, wurden überall in Deutschland Kriegsgefangene und sogenannte Zivilarbeiter gezwungen, Holz einzuschlagen. Kaum ein Forstamt, das nicht über Zwangsarbeiter verfügte. Weil es sich in den meisten Fällen um Menschen handelte, welche die Waldarbeit nicht kannten, oblag die Anlernung häufig älteren deutschen Waldarbeitern. Und hier kamen dann die sogenannten Arbeitslehrer ins Spiel. Mit der Technischen Zentralstelle der deutschen Forstwirtschaft GmbH, die als Technischer Beirat des Reichsforstmeisters fungierte, arbeitete Hanns Gläser an technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Rationalisierung der Waldarbeit. Programme zur Leistungssteigerung im Holzeinschlag entwickelte auch Ernst-Günther Strehlke in Westerhof am Harz.[9] In bestimmten

8 Eine offene Frage ist, inwieweit etwa die 1939 gegründete „Hermann-Göring-Akademie der deutschen Forstwissenschaft“ unter anderem mit den von Staatssekretär Alpers veranlassten Untersuchungen über die angeordneten Überhiebe und deren Auswirkungen auf die Forstwirtschaft wissenschaftliche Erträge oder Anregungen geliefert haben könnten.

9 Teile dieses Abschnitts sind der Buchveröffentlichung des Verfassers „Zwangsarbeit in den staatlichen Forsten des Landes Niedersachsen 1939-1945“ (2017) entnommen bzw. entlehnt. Weil neben Gläser auch Strehlke nach dem Krieg als Hochschullehrer in Münden die forstliche Arbeitslehre vertrat, sei aus der genannten Buchveröffentlichung (S. 66 f.) die Auswertung eines Vortrages hier eingebunden, den Strehlke um 1944 vor Kolonnenführern der Harzforstämter zum Thema „Wege zur Erfüllung der kriegsnotwendigen Waldarbeiten durch Leistungssteigerung“ [Hervorhebung im Orig.] gehalten hat. Der Text findet sich in der Abteilung Wolfenbüttel des Niedersächsischen Landesarchivs, Sign. 55 Neu Holzm I Nr. 118 [30. August 1944]. Das Regierungsforstamt Hannover-Hildesheim trug den nachgeordneten forstlichen Dienststellen auf, die in dem Vortrag gegebenen Anregungen und Hinweise „weitestgehend der Praxis nutzbar zu machen“.
Strehlke gliedert seine Ausführungen formal in drei Hauptabschnitte, denen er jedoch sehr unterschiedliche Gewichte beilegt: „A. Welche Leistung wird von uns erwartet?“ „B. Welche Möglichkeiten zur Leistungssteigerung haben wir?“ „C. Unsere Einstellung zur Leistungssteigerung.“ Am ausführlichsten behandelt er den zweiten Hauptabschnitt. Zunächst geht es um die Frage, wie zusätzliche einheimische Arbeitskräfte gewonnen und die vorhandenen Kräfte entlastet werden können (Selbstwerbung). Strehlke plädiert für den Einsatz des Reichsarbeitsdienstes (Frauen), von Hitlerjugend und Schulen bei der Wiederaufforstung von Kahlflächen und der Beseitigung von Schlagabraum. Die Parole müsse hier, wie bei allen (forstlichen) Aufgaben, sein: „Vereinfachen! Durchdenken! Vorbereiten!“ Im Übrigen sollten selbst die ältesten Waldarbeiter, die schwere körperliche Arbeit nicht mehr leisten können, etwa durch Beaufsichtigung fremder Arbeitskräfte leistungssteigernd eingesetzt werden.
Ausführlich geht Strehlke dann auf den Einsatz von Kriegsgefangenen und anderen ausländischen Arbeitskräften im Wald ein. Um deren Leistung zu steigern, müsse bereits bei der Planung der Lager angesetzt werden. („Das Lager soll Erholung geben. Für Karten- und Steinspiele, Musikinstrumente, die sonst irgendwo verstaubt herumliegen, für eine Karte ihres Heimatlandes, ein paar Bilder an der Wand, danken die fremdvölkischen Arbeitskräfte oft wie Kinder.“) An dieser Stelle sei eingeschoben, dass es den Kriegsgefangenen, selbst wenn sie sich nicht im Arbeitseinsatz befanden, verboten war, außerhalb der Lager Lieder anzustimmen. Inwieweit dieses Verbot auch innerhalb der Lager Anwendung fand, geht aus der entsprechenden Bestimmung nicht hervor. Dafür wurde nachträglich verfügt, dass es insbesondere polnischen Kriegsgefangenen nicht gestattet sei, deutsche Lieder zu singen – wie sich im Übrigen jeder Kriegsgefangene strafbar machte, der den „Deutschen Gruß“ anwendete.
Doch zurück zu Strehlkes Vortrag. Großer Wert sei auf die sachgerechte Anlernung (Arbeitslehrer) und die Auswahl von Spezialisten, etwa für die Werkzeuginstandsetzung, zu legen. Der Kolonnenführer habe die Arbeitsgänge zu überwachen, müsse immer wieder eingreifen und belehren. „Er ist so etwas wie ein Hauptfeldwebel.“ Dass die Gefangenen 120 % der Leistung eines deutschen Waldarbeiters erreichen, sei, so Strehlke, ohne Weiteres möglich. Als Mittel zum Zweck empfiehlt er (neben täglichen Leistungsmessungen) ‚Zuckerbrot und Peitsche‘, das heißt Belohnungen bei guten Arbeitsergebnissen bzw. „Verpflegungskürzung“ oder Strafarbeiten bei „Faulheit“. Erste Voraussetzung für volle Leistung aber sei eine ausreichende Verpflegung (Ernährung aus dem Walde). Kaum glaubhaft klingen die Vorschläge des Referenten für „eine kalorienreiche Zusatzbeköstigung“ der Gefangenen: „Dachs- und Fuchskerne, […] Wildaufbruch, Fallwild“. Als nach wie vor ungelöst erscheint hier ferner die Frage, wie die Zwangsarbeiter mit besseren Schuhen versorgt werden könnten. Denn ungeeignetes Schuhwerk sei „ein besonders schwieriges Hemmnis einer hohen

zeitlichen Abständen wurden zunächst die Zahl, Ausstattung, Unterbringung und die Verpflegung der ausländischen Arbeiter überprüft und dokumentiert. Das besondere Augenmerk galt den Arbeitsleistungen, den Arbeitsverfahren und der Zusammensetzung der Rotten. Es ging folglich nicht nur darum, möglichst genau festzustellen, innerhalb welcher Zeit mit den vorhandenen (kriegs)gefangenen und deutschen Arbeitskräften das festgesetzte Einschlagssoll zu erfüllen war. Vielmehr sollte ermittelt werden, welchen Einfluss die einzelnen Faktoren auf die Arbeitsleistung hatten und wie die Waldarbeit zu organisieren war, um möglichst hohe Leistungen zu erzielen. Noch am 18. Oktober 1944 ordnete der Reichsforstmeister „einen Leistungsvergleich aller Forstbetriebe für Staatswald sowie der größeren Betriebe des Nichtstaatswaldes“ an.[10]

Strehlke nutzte demnach die Bedingungen des Krieges, die zukunftsträchtige forstliche Arbeitswissenschaft mit Erkenntnissen aus der forstlichen Kriegspraxis zu ‚bereichern‘. Die Wirkungen der von ihm und anderen entworfenen Maßnahmen jedoch verhinderten nicht, dass das hohe Einschlagssoll meist nicht erfüllt wurde. In diesem Zusammenhang fiel allerdings ins Gewicht, dass das eingeschlagene Holz oftmals wegen fehlender Transportmöglichkeiten den Wald gar nicht verlassen hat. Wie selbstverständlich machten Strehlke und die forstlichen Arbeitslehrer die Zwangsarbeiter zum ‚Gegenstand‘ ihrer Untersuchungen – kein Gedanke offenbar an das Elend der Gefangennahme, Deportationen, der lebensgefährlichen Transporte und der allgegenwärtigen Gewalt. Der Krieg mag, nicht nur in der forstlichen Arbeitswissenschaft, Impulse für die Forschung gegeben haben, welche von den Forstlichen Fakultäten aufgenommen und verarbeitet wurden. Am Beispiel der Arbeitslehre indes lässt sich zeigen, dass in diesen Fällen die Forstwissenschaft mit den Verbrechen des Nazi-Regimes verbunden war.

Unter dem Eindruck der Nachkriegszeit lag für den Präsidenten des Deutschen Forstwirtschaftsrates, Julius Speer, die Steigerung der einheimischen Holzerzeugung im öffentlichen Interesse, um der Abhängigkeit vom Ausland und dem Raubbau entgegenzuwirken. Hinzu komme die Bedeutung des Waldes für den Schutz und die Erholung des Menschen. Das „Arbeitsprogramm für die deutsche Forstwirtschaft“ des Deutschen Forstwirtschaftsrates aus dem Jahr 1953 schlug zur Produktionssteigerung unter anderem folgende Mittel vor:[11]

- Schutz, Sanierung und Melioration der Waldböden. Weil Eile geboten sei, müsse auf geeigneten Standorten auch gedüngt werden. Waldbauliche Maßnahmen allein würden nicht schnell genug zum Ziel führen.
- Wiederaufforstung und Umbau ertragsschwacher Wälder, Neuaufforstung sowie Holzzucht außerhalb des Waldes.
- Aufschließung der Wälder.
- Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse.

Besonders der zuerst genannte Punkt fand seinen Niederschlag in den Arbeiten Wittichs am Mündener Institut für Bodenkunde. Nach einer überschlägigen Kalkulation des Deutschen Forstwirtschaftsrates entfielen auf die Forschung (einschließlich der Forstschutzstellen) 1 % der in 20 Jahren aufzuwendenden Kosten für die forstliche Produktionssteigerung.[12]

Großen Wert legte der Deutsche Forstwirtschaftsrat auch auf eine gründliche Aus- und Fortbildung

Leistung“. Als leistungsmindernd würde überdies häufig das Verhalten der Wachmannschaften bezeichnet. Sofern deutsche Arbeitskräfte zwischen den Forstämtern umgesetzt werden müssten, sei es am besten, wenn hierfür geschlossene Holzhauerschaften mit ihren Haumeistern abgestellt würden.
Um Arbeitskräfte zu sparen, schlägt Strehlke an erster Stelle den Einsatz von Motorsägen vor. Die Gefangenen hätten nicht nur genügend Zeit, die Sägen zu pflegen, sie täten dies meist auch vorbildlich. Mehr noch: Strehlke ist überzeugt, mit der Motorsäge den Gefangenen eine besondere Freude bereiten zu können. „Für sie, besonders für den Russen ist die Kraftsäge etwas wie ein Spielzeug, bei dessen Besitz sie kindlichen Stolz zeigen.“ Im Übrigen müsse es darum gehen, die Waldarbeit wo irgend möglich zu erleichtern, An- und Abmarschwege zu verkürzen, Pausen sinnvoll zu gestalten. Mit Wendungen wie „Toten Formenkram und Bürokratismus überwinden!“ wird Strehlke den Forstbeamten im Auditorium aus der Seele gesprochen haben. Auch im Wald sollte es nach Strehlke darum gehen, „genau so wie der Soldat an der Front […] in dem großen Kampf um Sein oder Nichtsein unseres Volkes“ alles zu geben.

10 Steinsiek, Zwangsarbeit (2017, S. 85).

11 Speer, Produktionssteigerung (1953, S. 1 f., 4-7).

12 Speer, Produktionssteigerung (1953, S. 13 f.).

sowie Beratung von Bauernwaldbesitzern, deren Zahl seinerzeit mit 650.000 angegeben wurde.[13] Damit blieb die Leistungssteigerung im Bauernwald ein Dauerthema der deutschen Forstpolitik. Diese Aufgabe allerdings erschien gleichermaßen dringlich wie unlösbar.

Herbert Offner schrieb 1958 im Vorwort der von ihm zusammengestellten „Forschungsergebnisse zur forstlichen Erzeugung“ (Teil II) unmissverständlich: „Ziel der gesamten forstlichen Forschung ist die Schließung der in Deutschland bestehenden Holzlücke durch Ertragssteigerung und Qualitätsverbesserung. Alle Forschungsstätten der Forst- und Holzwissenschaft haben die Aufgabe, integrierend an der Lösung dieses wichtigen Problems zu arbeiten.“[14]

3.2 Wald als Dienstleister

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich in Deutschland ein Bewusstsein für den Wald als kulturelles Erbe und „Volksgut“, verbunden mit zivilisationskritischen Ängsten vor dem Verlust von Heimat durch die sich beschleunigenden Prozesse der Industrialisierung und ihren möglichen Folgen. Forstleute erkannten früh das Potential solcher Strömungen, um die Position des Waldes in der Konkurrenz mit alternativen Formen der Bodennutzung und seinen Bestand in Zeiten sinkender Renditen zu sichern.



Abb. 2: Funktionen des Waldes in moderner Sicht (für eine bessere Lesbarkeit des Kleingedruckten vgl. die Quelle: Niedersächsische Landesforsten; URL https://www.landesforsten.de/wir/zahlen-und-fakten/; Abfrage v. 15. August 2022).

Zukunft der Forstwirtschaft

Der Mündener Forstwissenschaftler Karl Hasel wurde nicht müde, auf die durchgreifenden Veränderungen hinzuweisen, denen die Forstwirtschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unterworfen wurde. Seit etwa zehn Jahren, so Hasel 1969 in einem Vortrag über „Die Zukunft der deutschen Forstwirtschaft“, seien die Reinerträge der Forstbetriebe rückläufig. Zu gleicher Zeit vollziehe sich innerhalb der Forstwirtschaft „ein Funktionswandel säkularen Ausmaßes“. Neben die Rohstoff- und Einkommensfunktion trete jetzt die Dienstleistungsfunktion: „landespflegerisch[e] Aufgaben des Waldes zur Sicherung und Pflege der natürlichen Lebensgrundlagen, seine Bedeutung für Klima, Wasserhaushalt und Wasserversorgung, für Bodenerhaltung und Bodenfruchtbarkeit und seine Eigenschaft als Erholungsstätte der Bevölkerung“.[15] Solche Leistungen des Waldes möchte Hasel monetär bewertet wissen. Erforderlichenfalls müsse die Gesellschaft die Forstwirtschaft mit öffentlichen Mitteln funktionsfähig erhalten. „Das ist die Leitidee der Forstwirtschaft im Industriezeitalter“, lautete dazu Hasels Resümee. Und: „Wann wird man endlich lernen, daß als Maßstäbe für die Organisation der Forstverwaltung weder Überschuß- noch Verlustbeträge, weder Waldflächen noch Einschlagziffern gelten können, sondern allein Aufgaben und Arbeitsvolumen, die von der Gesellschaft bestimmt werden?“ Stattdessen verharre man

13 Speer, Produktionssteigerung (1953, S. 23).

14 Offner, Forschungsergebnisse (1958, S. 4).

15 Hasel, Zukunft (1969, S. 5).

immer noch in überholten Vorstellungen und habe keinen Blick für die von Grund auf verwandelte Welt.[16]

Auch die von Hasel dem gedruckten Vortrag angefügte Literaturliste vermittelt den Eindruck, als sei, nachdem sich Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik konsolidiert und neu ausgerichtet hatten, forstlicherseits die Überzeugung gewachsen, am Beginn einer neuen Zeit zu stehen, in der die überkommenen Aufgaben des Waldes in den Hintergrund treten zugunsten seiner landeskulturellen und Sozialfunktionen. Hasel war sich sicher, dass die Forstwirtschaft nicht mehr auf eigenen Beinen würde stehen können, wenn nicht ihre immateriellen Leistungen für die Gesellschaft vom Staat finanziell honoriert würden. Sparmaßnahmen durch Stellenstreichungen und die Zusammenlegung von Forstämtern lehnte er strikt ab. Für eine Rationalisierung durch Mechanisierung sah Hasel in der Forstwirtschaft enge Grenzen und letztlich keinen Weg aus der Krise.[17] Und er schien nicht damit zu rechnen, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Forstwirtschaft in der Zukunft wesentlich zugunsten des Holzabsatzes und der Einkommenssituation ändern würden. Was den Beitrag der Forstlichen Fakultäten zur Bewältigung der Problemlage betraf, konnte Hasel daher allenfalls einen Forschungs- und Ausbildungsbedarf auf den Gebieten der Landespflege, der Raumordnung und des (forstlichen) Naturschutzes festmachen. Er forderte ein Umdenken in Politik und Gesellschaft. Zivilisationskritik jedoch übte er nicht.[18]

Aus der Sicht des Waldbaus rechnete auch der Mündener Forstwissenschaftler Alfred Bonnemann (1904-1979) damit, dass der landeskulturellen Bedeutung des Waldes in Zukunft mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden würde. Dem Waldbau, so Bonnemann 1968 in einem Vortrag, stelle sich dann die Aufgabe, mit geeigneten Waldaufbauformen zu gewährleisten, dass solche Dienstleistungen optimal erfüllt werden können.[19]

Nach dem Zuspruch, von dem Wald und Forstwirtschaft in der frühen Nachkriegszeit hatten profitieren können, begann sich bereits in den 1950er Jahren eine Wende abzuzeichnen. Die schlechter werdende Ertragslage schürte Zukunftsängste unter Waldbesitzern und Forstleuten. Rückte der Wald zunehmend aus dem Blickpunkt des öffentlichen Interesses? Orientierung fehlte, und die Suche nach Auswegen aus der Misere zieht sich wie ein roter Faden durch die forstlichen Debatten. Drückte die politische Unruhe jener Zeit mit Mauerbau (1961), Kubakrise (1962) und später mit Studentenprotesten auf die Stimmung der Forstleute? Drohte die Krise der Forstwirtschaft zu einer Krise der Forstwissenschaft zu werden?

Auch Dekan Dietrich Mülder sah 1968 die Wälder zunehmend in den Dienst der Erholung gestellt. Doch er warnte: „Daß Wälder nicht von den Menschen zu Tode gerupft und getrampelt werden, mag sich zum größten Forstschutzproblem unseres Jahrhunderts entwickeln“. Die Gefahren, die Mülder durch Erholungssuchende für die Wälder befürchtete, verglich er mit denjenigen, die von industriellen Abgasen ausgingen.[20] Ende Juni 1969 sollte in der Fakultät mit Konrad Buchwald, Direktor des Instituts für Landschaftspflege und Naturschutz an der Technischen Universität Hannover, ein Gespräch über „die Sozialfunktionen des Waldes in der Industriegesellschaft der Zukunft“ stattfinden.[21]

3.3 Wald als Umwelt

Im Mittelpunkt des folgenden Abschnitts steht mit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald ein auf breiter gesellschaftlicher Grundlage stehendes Bündnis, welches ursprünglich vor allem dem Ziel diente, den Wald vor den Holzeinschlägen durch die Besatzungsmächte zu schützen und in der Bevölkerung eine „Gesinnung“

16 Hasel, Zukunft (1969, S. 19, 21 f., 24).

17 Hasel, Zukunft (1969, S. 6).

18 1968 suchte auch der forstliche Arbeitswissenschaftler Hubert Hugo Hilf (1893-1984) eine Antwort auf die Frage: „Hat unsere Forstwirtschaft eine Zukunft?“ Es scheint ein Bedürfnis wahrgenommen worden zu sein, in Forstwirtschaft und Forstwissenschaft ein „schöpferische[s] und zugleich kritische[s]“ Denken einzuführen, und zwar, wie es heißt, mit Bezug auf die „modern[e] Zukunfts- und Systemforschung“ (Hilf, Zukunft, 1968, S. 218).

19 Vorträge (1968, S. 182).

20 AFZ-Gespräch (1968, S. 271).

21 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, Protokoll der Sitzung der Weiteren Fakultät am 3. Juni 1969.



Abb. 3: Die erste Geschäftsstelle der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald war im zweiten Stock eines Mündener Fachwerkhauses links im Bild untergebracht (Quelle: Unser Wald, November/Dezember 1967, S. 225).

für die Bedeutung des Waldes und das Erfordernis seines Schutzes zu schaffen.

Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) wurde am 5. Dezember 1947 in Bad Honnef gegründet, um, wie es hieß, „die Zerstörung des deutschen Waldes zu verhindern".[22] Neben der „Erhaltung einer gesunden Landschaft" ging es ihr darüber hinaus besonders um die Wohlfahrtswirkungen des Waldes. Die SDW wollte vor allem Schulen erreichen, ihre Broschüren („Waldfibel") informierten dort, wo Bücher fehlten.[23] „Volk und Jugend [sollten] zum rechten Umgang mit und in der Landschaft" erzogen werden. Denn die Schutzgemeinschaft sah ihre Aufgabe auch darin, „den Nihilismus [!] der Jugend zu bekämpfen".[24] Der Forstmeister Karl-Ernst Ilse verortete den Wald, wieder einmal, in der Rolle des Erziehers. Er schrieb 1967: „Der Mensch und hier vor allem der junge soll aus dem soziologischen Gefüge der Natur im allgemeinen und dem des Waldes im besonderen die Notwendigkeit der Einordnung des einzelnen in die Gesellschaft erkennen."[25]

Rettet den Wald!

Die Idee zur Gründung einer solchen Organisation übrigens wurde an der Forstlichen Fakultät in Münden geboren. Kurt Mantel hatte sich seinerzeit bereiterklärt, den Presse- und Informationsdienst der Schutzgemeinschaft herauszugeben. Laut § 2 der Satzung bestanden die Aufgaben der SDW darin, „die Öffentlichkeit über den volksgefährdenden Zustand des Waldes aufzuklären, die hiermit verbundenen Gefahren aufzuzeigen und für eine verständnisvolle Einstellung zum Wald, sowie eine sparsame Verwendung des Holzes zu gewinnen und für die Bedeutung und Aufgaben der Landespflege zu werben". Um diese Ziele zu erreichen, versammelte die Schutzgemeinschaft „Einzelpersonen, Personenvereinigungen, Behörden und Anstalten, die an der Erhaltung und dem Wiederaufbau des Waldes mitzuwirken bereit sind", um sich. In einem Rückblick auf „30 Jahre im Dienste der Landschaft" zeigte sie sich davon überzeugt, dass das durch die SDW in die Gesellschaft getragene Waldbewusstsein die Parlamentarier in Westdeutschland veranlasst habe, waldfreundliche Gesetze zu schaffen.[26]

Als ‚erste Tat' der SDW könnte die Übergabe einer Protestnote gegen die Holzeinschläge durch die britische Besatzungsmacht an den Zonenbeirat in Frankfurt am Main im Dezember 1947 gewertet werden. Dazu soll ein britischer Politiker erklärt haben, dies sei „die erste nationale Regung seit dem totalen Zusammen-

22 Schutzgemeinschaft (1978, III, S. 1).

23 Unser Wald (November/Dezember 1967, S. 226 f.).

24 Schutzgemeinschaft (1978, S. 1 f.).

25 Ilse, Dienst (1967, S. 250).

26 Schutzgemeinschaft (1978, I, S. 1 f.; III, S. 1; IV, S. 2-4).

bruch 1945“ gewesen.[27] Der Forstmann Karl-Heinz Dauster, einer der eifrigsten Protagonisten der Schutzgemeinschaft, behauptete, dass SDW-Präsident Robert Lehr in seiner Funktion als Bundesminister die Besatzungsmächte über das wahre Gewicht der Schutzgemeinschaft in der Gesellschaft („Massenorganisation“) getäuscht habe, um jene auf die Seite der Waldschützer herüberzuziehen.[28]

Erhard Mäding (1909-1998) übrigens, der von 1948 bis 1966 den Arbeitskreis Landespflege in der Schutzgemeinschaft leitete, hatte als namhafter Landschaftsplaner des „Dritten Reichs“ am sogenannten Generalplan Ost und seinen verbrecherischen Szenarien mitgearbeitet.[29] Die Vorgeschichte des SS-Sturmbannführers Mäding scheint seiner Verwendung in der SDW demnach nicht im Wege gestanden zu haben.



Abb. 4: Der Niedersächsische Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf, Mitbegründer der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, anlässlich eines Jugendwaldeinsatzes in Rotenburg (Quelle: Unser Wald, 3. Ausgabe, Juni 1997, S. 72).

Hinrich Wilhelm Kopf (1893-1961) gehörte zu den Gründern der SDW. Der Landesverband Niedersachsen der SDW wurde am 24. März 1948 aus der Taufe gehoben. Als Niedersächsischer Ministerpräsident stand Kopf von 1951 bis zu seinem Tod 1961 an dessen Spitze.[30] Er soll wesentlich zur Wiederaufforstung der durch Reparationshiebe hart betroffenen Gebiete beigetragen haben.[31] Nach Zundel & Schwartz hatte sich Kopf in der Britischen Zone frühzeitig an die Spitze einer Bewegung gesetzt, die bereits am 26. April 1946 eine Entschließung gegen die starken Holzeinschläge vorlegte.[32]

Auf der Gründungsveranstaltung des Landesverbandes in Celle hielt der renommierte frühere Eberswalder Waldbauer und Ertragskundler Eilhard Wiedemann, inzwischen Sarstedt, einen Vortrag über den „heutige[n] Zustand des Waldes in Niedersachsen“. Erwartungsgemäß konzentrierte er sich dabei auf die starken Holzeinschläge der Nachkriegszeit und kritisierte besonders die umfangreichen Holzexporte aus niedersächsischen Forsten nach Kriegsende durch die britische Besatzungsmacht. Im Ergebnis, so Wiedemann, bliebe nach notdürftiger Befriedigung des dringenden Tagesbedarfs „für die normale Wirtschaft und für den Wiederaufbau unserer Städte fast kein Holz mehr übrig“. In drastischen Bildern führte er die Folgen der außerordentlich starken Einschläge für die künftige Holzversorgung und die Landeskultur vor Augen. Die „eigentliche Aufgabe für den niedersächsischen Wald“ sah Wiedemann im Wiederaufbau der Städte und der Industrie. Er sprach von einer „Demontage des niedersächsischen Waldes“. Nach seinen Angaben

27 Hornsmann, Protest (1967, S. 230).

28 Dauster, Anfang (1967, S. 237).

29 Anonymus, Anfänge (1997, S. 71-74); Klee, Personenlexikon (2003, S. 386); URL https://gepris-historisch.dfg.de/person/5107652; Abfrage v. 1. Dezember 2021.

30 Anonymus, Anfänge (1997, S. 71 f.).

31 Unser Wald (November/Dezember 1967, S. 227).

32 Zundel & Schwartz, Forstpolitik (1994, S. 40).
Der Band „50 Jahre Forstpolitik in Deutschland (1945 bis 1994)“ liefert eine Fülle von Informationen zur Entwicklung forst- und holzwirtschaftlicher Eckdaten (Waldverteilung, Waldaufbau, Ertragslage, Interessenverbände, Gesetzgebung, Strukturverbesserung, Holzmarkt etc.). Damit handelt es sich in erster Linie um eine Dokumentation wichtiger Strukturdaten und zentraler Programmaussagen. Sie spiegeln das Erscheinungsbild der Forst- und Holzwirtschaft im Berichtszeitraum, lassen jedoch die zugrunde liegenden Prozesse weitgehend unberücksichtigt.

machten seinerzeit in Niedersachsen die Kahlflächen nahezu 150.000 ha aus. Die Aufforstung bereite nicht nur Schwierigkeiten, weil Samen und Pflanzen fehlten. Überdies könnten die Arbeitskräfte nicht ausreichend mit Kleidung, Schuhen und Verpflegung versorgt werden.[33]

Wiedemann befürchtete als Folge erhebliche wirtschaftliche Probleme nicht nur für die Forstbetriebe selbst, sondern auch für diejenigen Firmen und Einrichtungen, die direkt oder indirekt vom Wald lebten – von den Gefahren für den Wasserabfluss und die Nachteile für die Landwirtschaft durch den fehlenden Windschutz ganz abgesehen. Auch blieben die „Schäden auf ethischem und ästhetischem Gebiet" nicht unerwähnt. Die Rede war von kilometerweiten Wüsteneien, etwa in der Nähe von Celle.[34]



Abb. 5: „Am 25. April 1952 pflanzte der damalige Bundespräsident Heuss zusammen mit dem damaligen Präsidenten der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Innenminister Robert Lehr, zum ersten Mal am Tag des Baumes im Bonner Hofgarten ein junges Gehölz" (Quelle: Unser Wald, 3. Ausgabe, Juni 1997, S. 22; Unser Wald, November/Dezember 1967, S. 226).

Den ersten „Tag des Baumes" in Deutschland nutzte der damalige Bundespräsident Theodor Heuss (1884-1963), um am 25. April 1952 im Bonner Hofgarten gemeinsam mit dem Präsidenten der SDW einen Ahorn zu pflanzen. Der Tag selbst übrigens ging auf eine Initiative der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1951 zurück.[35]

Neben den bereits genannten öffentlichkeitswirksamen Aktionen der SDW gehörten auch die Waldjugendspiele, Schulwälder, Jugendwaldheime, Waldlehrpfade oder die „Deutsche Waldjugend" zu den Instrumenten, mit deren Hilfe die Schutzgemeinschaft ihre Ziele zu erreichen suchte. Dass sie dabei in der Folge gelegentlich mit Umweltschutzverbänden, aber auch mit Forstverbänden und Jägern aneinandergeriet, sei nur am Rande bemerkt.[36]

Eisenbahn-Ausstellung

Eine erste Eisenbahn-Wanderausstellung „Der Wald – Unser Schicksal" wurde bereits 1947 in etlichen nordwestdeutschen Städten gezeigt. Zwei Jahre später, 1949, ging die Ausstellung, inzwischen neu gestaltet, ein weiteres Mal auf Reisen. Seither war die SDW immer wieder auch auf Großveranstaltungen wie der Grünen Woche oder der Bundesgartenschau vertreten.[37]

Vermutlich wurde diese Ausstellung 1949 in Niedersachsen eröffnet, dort in mehr als 60 Orten gezeigt und von etwa 130.000 Menschen besucht, davon etwa zwei Drittel Schulkinder. In einem Begleittext heißt es dazu: „In 10 Abteilungen, die durch Photoaufnahmen, statistischen [sic!] Darstellungen und reichlich gesammeltem [sic!] Material ein einprägsames Bild über den Stand der Forstwirtschaft geben, soll durch die Ausstellung in breitesten Volksschichten die Erkenntnis dafür geweckt werden, was auf dem Spiel steht, wenn der Wald und die deutsche Landwirtschaft weiter zerstört werden, und die Verantwortung für Wiederauf-

33 Wiedemann, Zustand (1948, S. 3-6).

34 Wiedemann, Zustand (1948, S. 7).

35 Krömer-Butz, Tag des Baumes (1997).

36 Vgl. Migende, Verbände (1997); Tochtrop, Deutsche Waldjugend (1997); Deutsche SPAR Zentrale, Naturschutz (1997).

37 Dauster, Erkenntnis (1967, S. 240 f.); Anonymus, Anfänge (1997, S. 75).

bau und Schutz des Waldes in einer baumreichen Landschaft." Der Zug bestand aus sechs ehemaligen Wehrmacht-Mannschaftswagen. Im Sommer 1950 sah eine vorläufige Planung vor, die Eisenbahn-Wanderausstellung auch den damaligen Landesverbänden Nordrhein-Westfalen, Hessen, Nord und Rheinland-Pfalz der Schutzgemeinschaft zur Verfügung zu stellen. Die Ausstellung hatte bis dahin allein in Niedersachsen im Laufe etwa eines Jahres 50 Städte angefahren. In Nordrhein-Westfalen sollen innerhalb von sieben Wochen etwa 75.000 Ausstellungsbesucher gezählt worden sein, der Ausstellungs-Auftakt sei ein ‚Bombenerfolg' gewesen. Zwischen dem 3. Juni und 23. August 1950 hatten insgesamt 94.685 Menschen die Wanderausstellung besucht. Im April 1951 sollte in Bonn den Abgeordneten des Bundestages Gelegenheit gegeben werden, die Ausstellung zu besichtigen.[38]

Einem Schreiben des Generaldirektors der Hauptverwaltung der Eisenbahnen vom 3. März 1948 zufolge war auch die Hauptverwaltung selbst Mitglied der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und stellte ihr einen Aufbaubeitrag in Höhe von 30.000 DM zur Verfügung. Für die Eisenbahn als Holzgroßverbraucher sei die Waldwirtschaft von besonderer Bedeutung. Sie unterstütze deshalb die Ziele der Schutzgemeinschaft.



Abb. 6: Werbung für die Eisenbahn-Wanderausstellung der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, um 1950 (Quelle: UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 87).

Die Deutsche Bundesbahn förderte die Wanderausstellung „Der Wald – Unser Schicksal", indem sie der Schutzgemeinschaft kostenlos Wagen zur Verfügung stellte. Als „Holzgroßabnehmer, als Frachtführer im Holzgeschäft, als Holzverarbeiter usw." versprach sie sich „nebenher eine beachtliche Werbewirkung". Ein Wagen enthielt dazu eine Sonderschau der Bahn. Interessiert an der Ausstellung zeigte sich auch der Steinkohlebergbau in Nordrhein-Westfalen (Grubenholz).[39]

38 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 87, Typoskript (Entwurf) „Neueröffnung der Eisenbahn-Wanderausstellung »Der Wald – Unser Schicksal«"; ohne Ort, ohne Datum [22. Juni 1950]; a.a.O., [Schreiben vom 16. Februar 1951]; a.a.O., Wallmann für die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Niedersachsen e. V., am 15. Juli 1950; a.a.O., OR [Oberbahnrat] Schönherr, Vertreter der Deutschen Bundesbahn in der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Minden/Westfalen, am 25. August 1950 an die Eisenbahndirektion Mainz; a.a.O., Wallmann für die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Niedersachsen e. V., am 5. September 1950 an Forstmeister Dr. Künanz, Konradsdorf; a.a.O., Forstmeister Dauster, Nienburg (Weser), am 10. Juli 1950 an Forstmeister Schleicher, Duisburg; a.a.O., SDW e. V., Wanderausstellung, Dortmund, am 24. August 1950 an die SDW e. V., Landesverband Niedersachsen; a.a.O., SDW e. V., Landesverband Nordrhein-Westfalen, am 1. März 1951 an den SDW-Landesverband Niedersachsen e. V., Hannover.

39 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 87, Schreiben der Hauptverwaltung der Eisenbahnen, Der Generaldirektor, Offenbach am Main, vom 3.



Abb. 7: „Land in Gefahr". Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald erreichte mit ihrer Eisenbahn-Wanderausstellung sehr viele Menschen (Quelle: Bildarchiv der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, undatiert).

„Willst Du ein ganzes Volk verderben, so lass seine Wälder sterben"

Die Ausstellung warb für die Erhaltung des Waldes, für Wiederaufforstung und eine sparsame Holzverwendung. Hintergrund waren, wie gesagt, die Reparationshiebe der Besatzungsmächte, die starken Holznutzungen für den Wiederaufbau und den Hausbrand und möglicherweise auch die Waldschäden durch Borkenkäfer. In einer Zusammenstellung der gezeigten Bildtafeln sind 103 Objekte aufgeführt, verteilt auf fünf Wagen. Die Anzahl und Auswahl der Objekte konnten schwanken. Zu sehen waren unter anderem: „Fotos zur Veranschaulichung eines geordneten, bewirtschafteten, gepflegten Waldes", Illustration eines „geregelte[n] Naturhaushalt[s]", „Wald und Kulturlandschaft", Wald und Wasser, Schutz vor Dünenbildung und Erosion, „Menschen und Maschinen schaffen Riesenkahlschläge und trostlose Zerstörungen", „Versteppung und Wüstenbildung", „Willst Du ein ganzes Volk verderben, so lass seine Wälder sterben", „Der deutsche Holzbedarf", „Der Holzeinschlag in Niedersachsen", „Holz des Waldes umgibt uns im täglichen Leben", „Der Wald als Arbeitsquelle", Forst- und Holzschutz, „Ödlandaufforstung", „Wald im Unterricht", „Unterricht im Walde"; ferner auch z. B.: „Die Pflanzen des Bahngeländes", „Reichsbahn und Vogelschutz", „Windschutz auf Verschiebebahnhöfen", „Heckenanlagen", „Reichsbahnwald in Niedersachsen" [die Bahn als Akteur des Wald- und Kulturlandschaftsschutzes]; dann: „Bauernwald (gepflegt – ungepflegt)", „Landschaftswandlung in der UdSSR", Windschutz, „Landschaftspflege (nachhaltige Fruchtbarkeit)".[40]

Auf den ersten Blick spielten die Erholungsfunktionen des Waldes hier keine direkte Rolle, wenn sie auch implizit angesprochen wurden. In begrenztem Umfang bezog sich die Ausstellung auf Ergebnisse der Forstforschung, ohne diese allerdings zu thematisieren.

Am 23. August 1951 teilte die Schutzgemeinschaft der Eisenbahndirektion Köln mit, dass der Ausstellungszug der SDW „in seiner alten Form" aufgelöst werde. Ende Juli 1951 war noch von einem neuen Zug

März 1948; a.a.O., Amtsblatt der Eisenbahndirektion Trier, Nr. 13, vom 7. April 1951.

40 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 87, SDW, Landesverband Niedersachsen, Wanderausstellung „Der Wald – unser Schicksal", Zusammenstellung der Bildtafeln; ohne Datum.



Abb. 8: Wiederaufforstung eines Kahlschlags im Westharz in der Nachkriegszeit (Quelle: Bildarchiv der Niedersächsischen Landesforsten, undatiert).

und von einer dort einzurichtenden Handbücherei die Rede gewesen.[41]

Der Werbefeldzug für den Wald und die Forstwirtschaft unter dem Eindruck der Holzeinschläge, Holzexporte und Kahlhiebe stieß offenbar auf ein großes Interesse. Was wurde erreicht? Die Kampagne wandte sich ausdrücklich an die Bevölkerung, damit natürlich auch an Entscheidungsträger, arbeitete mit Aufklärung und bedrohlichen Szenarien. Besonders junge Menschen sollten erreicht und angesprochen werden. An die vermeintlich alte Waldverbundenheit der Deutschen wurde ebenfalls appelliert. Aufschlussreich ist, dass die Waldrettung stets als ein allgemeines, gesellschaftliches Problem aufgefasst und inszeniert wurde. Sie stiftete Gemeinschaft, Solidarität und Engagement für die gute Sache. Die Rettung und der Aufbau des Waldes wurden als Gemeinschaftsaufgabe formuliert, zu deren Lösung jeder beitragen konnte.

41 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 87, SDW, Wander-Ausstellung, Herzberg, am 23. August 1951 an den Abteilungspräsidenten Kleine, Eisenbahndirektion Köln; a.a.O., Forstassessor Bode, Herzberg am Harz, am 31. Juli 1951 an Forstassessor Uhse, SDW, Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V., Essen.

Werbung für den Wald

Der ‚Waldpropaganda' sollte darüber hinaus nicht nur eine Waldfibel, sondern auch eine Wald*lieder*fibel dienen.[42] Außerdem ließ die SDW Ansteckabzeichen „Der Wald unser Schicksal" in großer Zahl herstellen.[43] Die Stadt Neuß plante, eine Reihe von Büchern, die in der Wanderausstellung gezeigt wurden, neben anderen „Der Wald als deutsches Volksgut" von Kurt Borchers, für die Schulen anzuschaffen. Auch die Ruhrchemie Aktiengesellschaft in Oberhausen-Holten kaufte der SDW im August 1950 einige Bücher ab.[44] Wahrscheinlich ist auch, dass Bücher wie „Die Wüste droht", „Uns ruft der Wald" und „Wild im Bild" in diesem Zusammenhang die Runde machten.

42 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 87, Dauster, Nienburg, am 1. Juli 1950 an Schleicher, Duisburg.

43 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 87, [Schreiben vom 11. August 1950].

44 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 87, Der Oberstadtdirektor der Stadt Neuß am 7. Februar 1951 an die SDW, Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.; a.a.O., SDW an die Ruhrchemie Aktiengesellschaft in Oberhausen-Holten, Arbeiter- und Sozialabteilung; ohne Datum und Ort.



Abb. 9: Der kindliche Pan, griechischer Gott des Waldes und der Natur, im Duett mit einem Rotkehlchen im Frühlingswald (Quelle: Dauster & Hermann, 1950 [?], Waldliederfibel [Vorderdeckel]).

„Wie rette ich den Menschen durch den Wald?"[45]
Damit kann die SDW als Sammelbewegung – ohne es zu einer Massenbewegung gebracht zu haben – angesprochen werden, zugleich als eine „nationale Regung". Warum sonst engagierten sich so viele hochrangige Politiker, vom rechten bis zum linken politischen Spektrum? War (auch) daran gedacht, die Deutschen hinter einem gemeinsamen Ziel zu vereinen? Handelte es sich doch beim deutschen Wald um ein „Volksgut", dessen Bewahrung vermeintlich Identität stiften konnte. Sollte den Deutschen damit das Gefühl vermittelt werden, (wieder) an einer großen Sache mitarbeiten, aufbauen zu können?

Die SDW erhoffte sich durch eine Aufklärung der Gesellschaft die Mobilisierung eines Widerstands gegen den Raubbau und Erziehung zur Nachhaltigkeit. Wenn Spitzenpolitiker als Mitglieder und Funktionäre der SDW gewonnen werden konnten, dann standen die Chancen nicht schlecht, dass sich die Idee des Waldschutzes und des Waldaufbaus in politisches Handeln würde ummünzen lassen. Vieles deutet darauf hin, dass in den ersten zwanzig Jahren ihres Bestehens die SDW große Teile der bundesdeutschen Bevölkerung mit ihren Aktionen erreicht hat. Doch hat dies auch zu einer ‚Waldgesinnung', das heißt zu einer besonderen Verbundenheit der Deutschen mit dem Wald geführt? Wenn ja, entwickelte sich daraus eine Tradition der Waldliebe, welche die Deutschen für die Belange des Waldes empfänglich machte? Und hatte diese Gesinnung dann nicht auch ‚Vorläufer' im „Dritten Reich", als die ‚Waldpropaganda' einen ersten Höhepunkt erreichte?

Vom August 1947 stammt die „Denkschrift der an der Erhaltung einer ordnungsmäßigen Forstwirtschaft direkt interessierten Kreise des Regierungsbezirks Hildesheim: Zellerfeld, Osterode, Holzminden, Münden, Einbeck, Göttingen, Northeim und benachbarte Kreise". In zahlreichen Memoranden, heißt es dort, seien die zuständigen britischen und deutschen Stellen auf die zu erwartenden schweren Nachteile aufmerksam gemacht worden, die unter anderem für die Forst- und Holzwirtschaft, den Wald und die Landeskultur aus dem Abholzungsprogramm der britischen Militärregierung für die waldreichen Kreise des Regierungsbezirks Hildesheim resultierten. Es liege doch auch im britischen Interesse, der deutschen Volkswirtschaft nicht den Rohstoff zu entziehen, den sie zum Wiederaufbau so dringend benötige. Ein wichtiges Argument wurde besonders aus der Abhängigkeit der nordwestdeutschen Wirtschaft vom Wasser hergeleitet.

45 Unser Wald (November/Dezember 1967, S. 227).

Durch die geplanten Kahlschläge werde die Wasserspende der Quellen und Wasserläufe verunstetigt und die Wasserversorgung vieler Wirtschaftsbetriebe und Städte gefährdet.[46]

Im Zuge der jetzt rasch fortschreitenden Industrialisierung des Landes machten sich auch Belastungen der Waldökosysteme durch Schadstoffdepositionen stärker bemerkbar. Im November 1966 sollte auf Beschluss der Fakultät Dr. Karl-Friedrich Wentzel, der als international anerkannter Rauchschadensexperte galt, zu Gastvorträgen nach Münden eingeladen werden. Die Initiative ging von dem Waldbauer Bonnemann aus, der darauf hinwies, „daß Rauchschadensfragen in neuerer Zeit immer größere Bedeutung“ erlangten.[47] Nach den Erkenntnissen über neuartige Waldschäden, die durch ferntransportierte Luftverunreinigungen bedingt oder verstärkt wurden, beschloss 1982 die Bundesregierung das Aktionsprogramm „Rettet den Wald“.[48]

3.4 Sicherung der forstlichen Nachhaltigkeit

Der hannoversche Regierungs- und Forstrat Otto von Bentheim (1853-1912) hob in seiner 1901 erschienenen Schrift „Anregungen zur Fortbildung von Forstwirthschaft und Forstwissenschaft im 20. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse des Königreichs Preußen“ die Bedeutung der Naturwissenschaften für die Forstwissenschaft und Forstwirtschaft deutlich hervor. Er forderte von der forstlichen Praxis, endlich die Erkenntnisse der Wissenschaft umzusetzen. Dies sei belang nicht in ausreichendem Maß erfolgt. Möglichst alles, was im Wald geschehe, müsse naturwissenschaftlich begründet werden. Der Waldbau, die Baumartenwahl hätten in der „klaren Erkenntniß chemischer Nothwendigkeiten“ ihr Fundament, und das könne auch heißen, die Böden künstlich zu düngen.[49] Für eine „naturwissenschaftliche Begründung des Waldbaus“ legte er großen Wert auf die forstliche Bodenkunde. Er schrieb dem Rohhumus eine „überaus schädliche Beeinflussung des Bodens“ zu, wie überhaupt der Trockentorf als Geißel der Forstwirtschaft angeprangert wird.[50]

An dieser Stelle sei der Hinweis auf einen programmatischen Erlass des Preußischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten („Eilt!“) vom Februar 1922 eingeschoben, mit dem in den Revieren der nordwestdeutschen Tiefebene (Regierungen Hannover, Stade und Osnabrück) ein Wandel der Wirtschaftsführung eingeleitet wurde, um der Entstehung von Trockentorf („Bodenerkrankung“) entgegenzuwirken.[51] Gefordert wurde eine Abkehr von reinen Nadelholz- und reinen Buchenbeständen namentlich in den Heidegebieten. Denn zahlreiche Bodenuntersuchungen und langjährige Beobachtungen der Bestandsentwicklung hätten die Entstehung von Rohhumus und Trockentorf in den Reinbeständen und eine Verschlechterung des Bodenzustandes erwiesen. Es müsse dringend gehandelt werden, „wenn sich die Verwaltung nicht dem Vorwurf aussetzen will, die der Holznachzucht drohende Gefahr zwar erkannt, aber trotzdem unbeachtet gelassen zu haben“. Es sei zu befürchten, dass die gegenwärtige Wirtschaftsführung nicht die Gewähr „einer nachhaltigen, die Leistungsfähigkeit des Bodens und des Klimas voll ausnutzenden Holzerzeugung“ biete. Mischbestände sollten begründet werden, welche die Entstehung von Rohhumus verhindern und an denen das Laubholz stets einen hervorragenden Anteil haben müsste. Die Revierleiter wurden angewiesen, in betroffenen „Beständen verschiedenen Alters und verschiedener Zusammensetzung Bodeneinschläge“ zu machen, die Ergebnisse zu dokumentieren und bei künftigen Betriebsregelungen jeweils in der Nähe solcher Einschläge neue durchzuführen. Hierdurch sollte geprüft werden, wie sich die Wirtschaftsmaßnahmen auf die Bodenzustände auswirkten.[52]

46 Denkschrift (1947, S. 1 f., 6).

47 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 91, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 1. November 1966.

48 Vgl. Zundel & Schwartz, Forstpolitik (1996, S. 86).

49 Bentheim, Anregungen (1901, S. 3, 18, 68); Kropp & Rozsnyay, Biographie (1998, S. 66 f.).

50 Bentheim, Anregungen (1901, S. 12 f.).

51 Der Trockentorf hat die Mündener Forstwissenschaftler besonders in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stark beschäftigt und wird deshalb auch in dieser Studie verschiedentlich behandelt werden.

52 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 227, Erlass „Wirtschaftsführung in den Oberförstereien der Nordwestdeutschen Tiefebene“ vom 19. Feb-

Als Desiderate der bodenkundlichen Forstforschung betrachtete von Bentheim die folgenden Themen:[53]

- Mineralstoffbedarf der verschiedenen Baumarten
- Erschöpfung ärmerer Böden an Mineralstoffen
- Bekämpfung des Rohhumus auf den verschiedenen Standorten
- „künstliche Düngung und die Wirkung der Bodenlockerung"
- Rückwirkung der Waldbehandlung auf den Bodenzustand
- „eine alles Wissenswerthe wohl geordnet zur Darstellung bringende Gesammtübersicht" der forstlichen Bodenkunde

„Die alte Lehre", fährt von Bentheim fort, „daß der Wald sich selbst erhalte und dünge, ist für unsere heutigen Verhältnisse nicht mehr durchweg haltbar." Die forstliche Düngung („Kunstdüngung im Walde") sei allerdings auf solche Böden zu beschränken, „deren Produktivkraft unter dem verderblichen Einfluß ungesunder Humusbildungen zu erlahmen droht und auf diejenigen ärmsten Forst- und Oedlandflächen, auf denen ohne Ergänzung ihres Nährstoffgehaltes keine [Hervorhebung im Orig.] der für den Anbau dort überhaupt in Frage kommenden nutzbaren Holzarten ein befriedigendes Gedeihen erwarten läßt".[54] Er glaubt nicht, dass sich die in den forcierten Nadelholzanbau gesetzten Hoffnungen erfüllen werden und hebt die starke Gefährdung durch biotische und abiotische Einflüsse besonders auf nicht zusagenden Standorten hervor. „Es handelt sich hier um das gewagte Experiment, eine von der Natur selbst getroffene Wahl korrigiren [sic!] zu wollen. Mit der Ausdehnung dieses Experiments wächst die Gefahr des Wagnisses."[55] Die Ausgaben für die forstliche Forschung und Lehre in Preußen bezifferte von Bentheim seinerzeit auf lediglich 0,52 % der gesamten ständigen Ausgaben der Forstverwaltung.[56]

Otto von Bentheim kann ohne Zweifel als ein ausgezeichneter Kenner des (preußischen) Forstwesens bezeichnet werden. Er bezeugt praktische Erfahrung und eine gute Vertrautheit mit der Fachliteratur. Für ihn steht außer Frage, dass eine nachhaltige, ertragreiche Forstwirtschaft allein auf der Grundlage der naturgesetzlichen Voraussetzungen betrieben werden kann. Im Zweifel ist dem Schutz der Waldbodens Vorrang vor vermeintlich rentablen Bestockungen und Durchforstungsverfahren einzuräumen. Er spricht sich allerdings deutlich für die mineralische Düngung dort aus, wo anderenfalls nährstoffarme Böden eine profitable Waldkultur verhindern. Denn auch ihm ist wichtig, der „Unzulänglichkeit der inländischen Holzerzeugung" abzuhelfen.[57]

Es fällt ins Auge, dass von Bentheim offenbar keinen Anlass sieht, „sozialromantische" Töne anzuschlagen, um die besondere Bedeutung des Waldes für Mensch und Gesellschaft zu betonen oder den Teufel einer drohenden Waldvernichtung durch Verstädterung und Industrialisierung an die Wand zu malen. Wenn es auch vieles gibt, das aus seiner Sicht in der Forstwirtschaft verbessert werden könnte, so zweifelt er doch nicht daran, dass die Fortschritte der Forstforschung die Forstwirtschaft sicherer und ertragreicher machen werden. Im Verein mit einer waldfreundlichen Zoll- und Außenhandelspolitik glaubt er an eine gute Zukunft der Forstwirtschaft, zumal er überzeugt ist, dass Holz als Roh-, Bau- und Werkstoff begehrt bleiben wird. Die staatliche Forstverwaltung stehe in der Pflicht, Vorbild zu sein für die nichtstaatlichen Forstbetriebe, deren Zustand häufig unbefriedigend sei.

Von Bentheim ist an sicheren Erkenntnissen und sichtbaren Informationen (Statistiken!) gelegen. Er möchte sich Klarheit über die Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Kompartimenten des

ruar 1922.

53 Bentheim, Anregungen (1901, S. 13 f.).

54 Er schlug die Heranbildung forstlich geschulter Chemiker vor, um die Ausstattung der Waldböden mit Nährstoffen untersuchen zu lassen und Empfehlungen für eine Düngung herleiten zu können (Bentheim, Anregungen, 1901, S. 21 f., 26).
Auf die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit hatte bereits der Forstdirektor Heinrich Christian Burckhardt (1811-1879) in Hannover sehr großen Wert gelegt (dazu Steinsiek, Burckhardt, 2021).

55 Bentheim, Anregungen (1901, S. 116).

56 Bentheim, Anregungen (1901, S. 169).

57 Bentheim, Anregungen (1901, S. 2).

Waldes verschaffen und nimmt hiervon auch die Eingriffe des wirtschaftenden Menschen nicht aus.

Zwanzig Jahre, nachdem von Bentheim seine „Anregungen“ veröffentlicht hatte, stand für den Mündener Akademiedirektor Schilling fest, dass inzwischen die Fächer Waldbau und Forsteinrichtung „eine tief naturwissenschaftliche Begründung“ erforderten. Bis dahin seien sie an den beiden preußischen Forstakademien eher handwerksmäßig behandelt worden.[58] Hierzu ließe sich anmerken, dass der spätere Waldbauprofessor Julius Oelkers in Münden bereits um 1914 Untersuchungen über die Lichtverhältnisse im Wald begann, für die er eine Reihe von physikalischen Instrumenten benötigte. Unterstützung bei der Bedienung solcher Geräte erhoffte er sich von Göttinger Professoren der Physik.[59]



Abb. 10: Mikroskop. Genaues Beobachten ist die erste Voraussetzung für die Entstehung wissenschaftlicher Fragestellungen, für wissenschaftliche Analyse und Theoriebildung (Quelle: Abteilung Ökopedologie der gemäßigten Zonen, Universität Göttingen; Foto Mareile Steinsiek, 2022).

3.5 Wald als Volksgut

Wenn in Deutschland Menschen glauben, den Wald retten zu müssen, dann greifen sie gerne zur Laute und stimmen das Lied vom „ewigen Wald“ an. Dann mischen sich Zivilisationskritik mit dem Mythos von der Offenbarung des Waldes als Organismus, dessen wichtigste Organe, die Bäume, wie Menschen fühlen und handeln.

Einiges Aufsehen erregte ein preußischer Forstmeister aus dem Bezirk Stettin, Rudolf Düesberg, mit der von ihm 1910 herausgebrachten Monographie „Der Wald als Erzieher“. Dieser Band nimmt vieles von dem vorweg, was Alfred Möller später (1921/22) über den Dauerwald zu sagen hatte; was seit 1933 die ‚Waldpropaganda‘ der Nationalsozialisten kennzeichnete und auch danach nie ganz überwunden wurde. Bei seiner Arbeit an diesem Buch wurde er unter anderem von Möller aus Eberswalde und dem Mündener Akademiedirektor Karl Fricke unterstützt.[60] Weil selbst uns Heutigen wieder einiges daraus bekannt vorkommt, sollen hier einige Sentenzen Düesbergs vorgestellt werden.

Schönheit der Ordnung

Gleich zu Beginn hält Düesberg fest: „Gar vieles haben die Bäume des deutschen Waldes mit dem deutschen Volke gemein“. Er nennt die „Gesellschaftsordnung des deutschen Waldes“ ein Vorbild für das deutsche Volk, dem der Wald zum Erzieher werden könne. Denn am „höchsten ausgebildet erscheint die gesellige Ordnung in der dauernden Gemeinschaft der langlebigen Waldbäume“.[61] Beklagt wird das „Überhandnehmen der gleichaltrigen, reinen Bestände“ [aus Kiefer] in Preußens Osten auch als forstlicher Frevel an der

58 Hasel, Quellen (1968, S. 287).

59 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 327, Der Akademiedirektor am 3. Februar 1914 an den Preußischen Landwirtschaftsminister.

60 Düesberg, Erzieher (1910, S. V).

61 Düesberg, Erzieher (1910, S. IV f.).

Waldesschönheit. Er muss jedoch eingestehen: „Die militärische Ordnung in der Anlage der gut verwalteten Forsten erweckt bei der soldatisch geschulten großen Menge den Eindruck höchster Vortrefflichkeit".[62] Die im Wald genossenschaftlich organisierten Pflanzen und Tiere würden, lernen wir, „weniger vom Kampf ums Dasein beherrscht", sondern bieten „das freundlichere Bild gegenseitiger Anpassung und Hilfe". Wenig überraschend gebraucht er an anderer Stelle bereits den Begriff „Waldorganismus", der gemeinhin mit Möller in Verbindung gebracht wird, und bezeichnet auch das ‚arbeitende deutsche Volk' als Organismus.[63]

Düesberg wendet sich, wie später auch seine forstlichen Nachfahren in den 1920er und 1930er Jahren, polemisch gegen das „Messen und Zählen" im Wald, besonders gegen statistische Methoden, etwa bei der Aufstellung von Ertragstafeln.[64] Dem widerspricht jedoch, dass er die Forstwirtschaft „auf Naturwissenschaft und Biologie" gegründet sehen möchte und die Berücksichtigung wissenschaftlicher Fortschritte fordert.[65] Den forstlichen Versuchsanstalten könne der Vorwurf nicht erspart bleiben, „die Erforschung der Wuchsverhältnisse ungleichaltriger Waldungen über der peinlich genauen Aufnahme des Befundes in gleichaltrigen Beständen gänzlich vernachlässigt zu haben". Er argumentiert eindringlich und ausführlich für den Plenterwald. Mit Düngung, ist Düesberg überzeugt, „lässt sich im Plenterwalde überall Mischwald herstellen und wirtschaftlich vorteilhaft erhalten". Er kann nicht verhehlen, die Deutschen dazu erziehen zu wollen, im (Plenter-)Wald ein Heiligtum zu sehen.[66]

„Blut und Boden"

Das Buch ist rassistisch durchtränkt. Düesberg konstruiert einen schroffen Gegensatz von „nomadischer" und „germanischer" Weltanschauung. „Die Grundlagen des heutigen Staatswesens und die Einrichtungen des öffentlichen Lebens", glaubt Düesberg, „sind weder christlich noch germanisch, sie entsprechen nomadischer, jüdischer Weltanschauung."[67] „Als Nachkommen einer bodenständigen Volksgemeinschaft seßhafter Ackerbauer, die eiserner Zwang zu harter Arbeit unter rauhem Klima auf wenig fruchtbarem Boden groß gemacht hat, gleichen die Deutschen den nordischen Waldbäumen" usw.! „Die Gesellschaftsordnung des deutschen Waldes muß vorbildlich werden für die Einrichtungen im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben des deutschen Volkes." Und: „Die den Aufbau des Waldes beherrschenden Gesetze gelten ebenso für die vernünftig geordnete menschliche Gemeinschaft, so wird eben der Wald zum Erzieher." Er übt Kritik an der „immer steigende[n] Maschinenbenutzung", der Beschäftigung „nichtdeutsche[r] Wanderarbeiter", an industriellen Großbetrieben, Kapitalismus und Großgrundbesitz sowie an dem wachsenden „Zulauf zu den Bekennern sozialdemokratischer Irrlehren".[68]

„Volk ohne Raum"

Sollte, so Düesberg, ein Volk gezwungen [!] sein, neues Siedlungsland in Besitz zu nehmen, weil es ihm in den eigenen Grenzen zu eng geworden sei, stelle dies einen „sittlich berechtigte[n]" Kriegsgrund dar. Die Erweiterung des Reichsgebiets habe „nicht durch die Unterwerfung anderer Völker" zu geschehen, „sondern durch menschenleer gemachtes Land".[69]

Düesbergs forstwirtschaftliche Überlegungen resultierten aus eigenen Erfahrungen als Wirtschafter in ostdeutschen Kiefernheiden, aus der forstlichen Literatur und dem Kontakt mit Forstleuten, die Plenterwälder bewirtschafteten. Seine Kritik an der preußischen

62 Düesberg, Erzieher (1910, S. 12 f.).

63 Düesberg, Erzieher (1910, S. 17, 66, 181).
Düesberg arbeitet umfänglich mit Setzungen wie diesen, ohne dazu wissenschaftliche Referenzen anzugeben: „Die geringe Höhe gleichaltriger Bestände auf trockenerem Standort drückt nur die Gesamtwirkung der ungünstigen Einflüsse aus, die sich bei solchem Bestandsaufbau in übermäßiger Verdunstung bei flacher Bewurzelung äußern" (Düesberg, Erzieher, 1910, S. 97).

64 Düesberg, Erzieher (1910, S. 74 f.).

65 Düesberg, Erzieher (1910, S. 65, 83).

66 Düesberg, Erzieher (1910, S. 97, 118, 133).

67 Düesberg, Erzieher (1910, S. 141, 147).
Hier ist anzumerken, dass sowohl Möller als auch Fricke, die Düesberg, einen bekennenden Antisemiten, bei seinem Buchvorhaben unterstützten, Richard Falck gefördert haben; zu Möller bestand ein freundschaftliches Verhältnis. Möller und Fricke war es zu verdanken, dass Falck 1910 auf den Mündener Lehrstuhl für Technische Mykologie berufen wurde. Selbst Arnold von Vietinghoff-Riesch nahm auf Düesberg Bezug (vgl. Vietinghoff-Riesch, Naturschutz, 1936).

68 Düesberg, Erzieher (1910, S. 138 f., 142 f.).

69 Düesberg, Erzieher (1910, S. 146, 192).

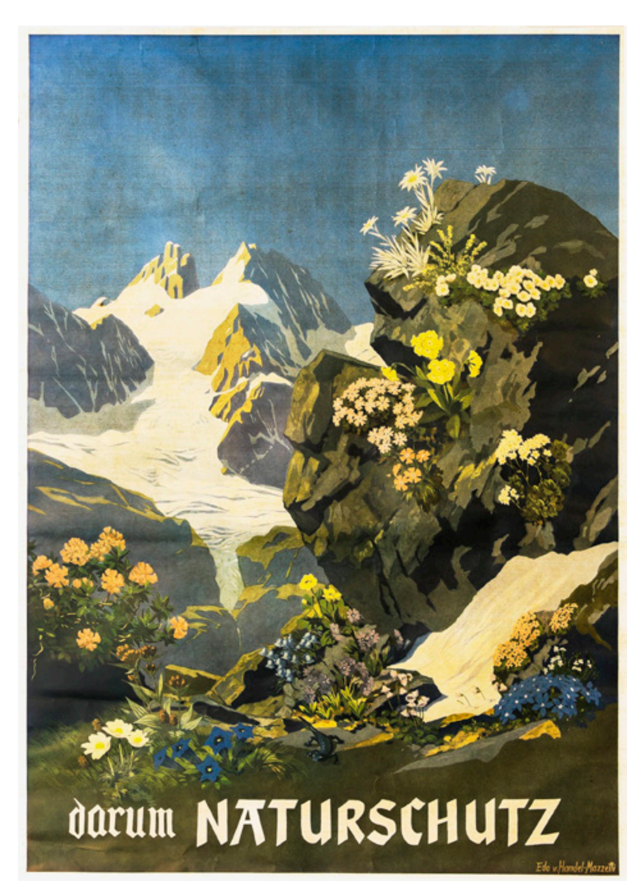


Abb. 11: Theodor Schmucker erhielt von der Reichsstelle für Naturschutz 1943 auf eigenen Wunsch das Naturschutzwerbeplakat „darum Naturschutz“ (Quelle: URL https://www.sky-fish.com/p/alpenverein/1498700/37634286; Abfrage v. 15. August 2022; UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 75, Reichsstelle für Naturschutz, Hueck, Berlin-Schöneberg, am 25. Januar 1943 an Schmucker).

Forstverwaltung ist harsch, ebenso grundstürzend aber auch seine Abrechnung mit den herrschenden sozioökonomischen und politischen Verhältnissen in Deutschland. Er möchte seine Landsleute artgerecht erziehen wie die Bäume des Plenterwaldes, von dem er behauptet, dass er dem Wesen der Waldbäume am nächsten kommt: der „geordnete“ Plenterwald als Vorbild für die deutsche Gesellschaft. Düesberg lehnt die Wissenschaft nicht grundsätzlich ab, misstraut jedoch der Statistik, die seelen- und verständnislos, ohne den Dingen auf den Grund zu gehen, Zusammenhänge konstruiere. Er hält diese Art der Erkenntnissuche für falsch und der deutschen Rasse fremd.

Unklar ist, wie Düesberg die Deutschen dazu bewegen wollte, zu der ihnen „artgemäßen“ ständischen Lebens- und Wirtschaftsform zurückzukehren. Weil er die Demokratie scharf ablehnte, liegt der Schluss nahe, dass er hoffte, der Wandel werde durch einen „Führer“ herbeigeführt.

Stoffliche und seelische Werte des Waldes

In den Bestimmungen über die Ausbildung für den höheren Forstdienst aus dem Jahr 1937 kam dann, wie es hieß, „die Auffassung des nationalsozialistischen Staates von der Forstwirtschaft und der Forstwissenschaft und ihren Aufgaben für das deutsche Volk zum Ausdruck“. So habe die deutsche Forstwirtschaft „schon seit 150 Jahren Gedanken des Nationalsozialismus insofern verwirklicht, als sie den Gemeinnutz über den Eigennutz gestellt, mit ihrer Arbeit in selbstloser Weise mehr für die kommenden als für die lebenden Geschlechter gesorgt und ihre Tätigkeit auf dem Grundsatz der ewigen Nachhaltigkeit der Holznutzung und Holzerzeugung aufgebaut hat“. Neu sei das „Verhältnis zum Walde als einer Lebensgemeinschaft, die dem deutschen Volke nicht nur stoffliche, sondern auch seelische Werte vermitteln soll“. Um den Forststudenten die Aneignung einer „unzerstörbare[n] Grundlage weltanschaulicher Erkenntnisse“ „unseres völkischen und rassischen Rechts-, Staats- und Wirtschaftslebens“ zu erleichtern, wurde der Studienplan durch Vorlesungen wie „Deutsches Recht“, „Volk und Staat“, „Volk und Rasse“ sowie „Volk und Wirtschaft“ ergänzt. Als Wahlprüfungsfach sollte unter anderem Naturschutz angeboten werden.[70]

„Ahnenerbe“

Walther Wüst, Präsident der sogenannten Forschungsgemeinschaft „Das Ahnenerbe“, teilte im April 1938 den deutschen Universitäten, Hochschulen und Akademien der Wissenschaften mit, dass das Reichsforstamt, besagte Forschungsgemeinschaft sowie der

70 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 251, „Die neuen Bestimmungen über die Ausbildung für den höheren Forstdienst“ (1937).

Reichsnährstand mit Unterstützung des Reichsforschungsrates beschlossen hätten, ein „Forschungswerk" zum Thema „Wald und Baum in der arisch-germanischen Geistes- und Kulturgeschichte" durchzuführen, und zwar, wie es weiter heißt, streng wissenschaftlich. Das Spektrum der Themen reichte vom „Wald im religiösen Erleben und Brauch des germanischen Menschen" über rechts- und nutzungsgeschichtliche Aspekte, Pflanzen, Früchte und Tiere des Waldes, „Wald und Baum in der deutschen Kunst", Jagd sowie „Wald, Baum und Mensch in der germanischen Weltanschauung" bis zum „Wald als Lebensgemeinschaft".[71] In diesem Zusammenhang mag interessieren, dass 1944 Josef Nikolaus Köstlers Arbeiten über die „Kulturelle Bedeutung des deutschen Waldes und kulturpolitische Wirksamkeit der deutschen Forstwirtschaft" mit anteilig 11.750 RM vom Reichsforschungsrat gefördert wurden.[72]

In der von Franz Bauer um 1959 herausgegebenen Broschüre „Der Wald. Unser Schicksal" stand auch für Fritz Lamerdin fest: „Wir Deutschen sind von altersher ein Waldvolk gewesen und in unserem innersten Wesen bis heute geblieben." Jeder Mensch bedürfe der Natur, um gesund zu bleiben, doch der deutsche Mensch bedürfe dazu des Waldes. Ohne Wald-Natur erkranke er an den Gefährdungen des modernen, technischen Zeitalters. Beklagt wird die Modernisierung der Landschaft – „Die vorherrschende Farbe ist bräunlich und gräulich." Lamerdin sehnt sich zurück nach dem Zauber und der Natürlichkeit einer vergangenen Welt. Darin ähneln seine Motive denen der Romantiker.[73] Mit seiner Zivilisationskritik greift er ein wichtiges Element der Reformbewegungen seit Mitte des 19. Jahrhunderts auf. Und: Wer den Wald zerstört, zerstört auch die Kultur eines Volkes, glaubt Lamerdin. Als Volksgut sei der Wald ein „Hort edelster und wertvollster Gefühls- und Gemütswerte".[74]

In dem Beitrag klingen Bezüge zu Gott und seiner Schöpfung an, erscheinen die Bäume als Stufen zu Gott; eskapistische Träumereien von einem Zurück zur Natur als Flucht vor der (missgünstigen) Welt. Was blieb, war der Wald; die Sehnsucht nach dem Wald als heiler Welt und Fluchtort. Waren auch die Menschen schlecht, so konnte es der Wald doch nicht sein. Und damit wohl auch diejenigen nicht, die sich dem Wald verschrieben hatten.

Doch was trieb nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Menschen in Deutschland an, einmal mehr das Hohe Lied des Waldes zu singen? Warum das Sendungsbewusstsein der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, warum diese breite Öffentlichkeit? Gab es sie wirklich, die Furcht, der Wald könne einer neuen Zeit geopfert werden? Diente er nicht vielmehr als verbindendes Band zwischen den gesellschaftlichen Schichten und Ausgangspunkt für eine (konservative) Sammlungsbewegung, die möglichst viele erfassen sollte? Hatten nicht auch die Anhänger des Dauerwaldes ähnlich modernisierungsfeindlich argumentiert? Wurde mit dem Wald ein ständisches System als göttliche Ordnung verherrlicht – nachdem die Ständegesellschaft des „Dritten Reiches" untergegangen war? Oder war die Rückbesinnung auf den Wald als ewige Natur ein Ablenkungsmanöver, der „Waldeinsatz" eine Erziehungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die „nihilistische" Jugend – von der offenbar Gefahr ausging, während die vielen unbescholten gebliebenen Handlanger und Parteigänger des „Dritten Reichs" aus solcher Sicht keine Bedrohung oder Belastung darzustellen schienen?

3.6 Wem gehört der Wald?

Die Forstgeschichte durchzieht ein grundlegender Konflikt, der bis in die neueste Zeit hinein nicht gänzlich hat gelöst werden können. Es geht dabei im Kern

71 NLA HA, Nds. 660 Busschewald Acc. 59/91 Nr. 371, Der Präsident des „Ahnenerbe", Walther Wüst, im April 1938 an die deutschen Universitäten etc.

72 Steinsiek, Forst- und Holzforschung (2008, S. 134).

73 Einige meinen, der Wald habe deutsche Identität gestiftet in einer Zeit der staatlichen Zersplitterung. Nicht ganz abwegig scheint aber auch die Vermutung, die Verherrlichung des ‚ungekünstelten' Waldes korrespondiere mit dessen Zähmung oder gar Entzauberung durch den wirtschaftenden, messenden, berechnenden Menschen. Andere glauben, die vermeintlich besondere deutsche Affinität zu ihrem Wald als Reaktion auf Unsicherheiten und Ängste angesichts der hereinbrechenden und sich immens beschleunigenden Entwicklungen in Politik und Wirtschaft verstehen zu müssen (vgl. dazu auch Weyergraf, Waldungen, 1987).

74 Lamerdin, Wald (1959, S. 5, 9, 11 f.).



Abb. 12: „Wer also nimbt sein Recht in acht / Dem wirdt nicht leicht Verdruß gemacht.“ Diese Miniatur aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zeigt einen landesherrlichen Bediensteten sowie einen Bauern bei der Markierung von Grenzbäumen zur Unterscheidung des Waldbesitzes (Quelle: NLA WO, VI Hs 2 Nr. 34, fol. 60; Steinsiek, Wald, 2021, S. 70).

um Unterschiede in der Auffassung über die rechtliche Eigenschaft des Waldes. Mit dem Erstarken des Landesfürstentums leiteten die Territorialherren ihre Forsthoheit von den auf sie übergegangenen Regalien ab. Der ländlichen Bevölkerung verblieb in den Forsten, auch wenn ihr zuvor der gemeinschaftliche Gebrauch zugestanden haben mochte, lediglich das Recht, bestimmte Nutzungen vorzunehmen. Aus dem Braunschweigischen etwa ist eine bunte Vielfalt möglicher Nutzungsrechte in den landesherrlichen Forsten überliefert. Zugleich lässt sich dort recht gut verfolgen, wie der Staat versuchte, die Kontrolle auch über die Gemeinschaftswälder zu gewinnen.

Vor diesem Hintergrund fanden 1525 im Deutschen Bauernkrieg Forderungen Eingang in die sogenannten Zwölf Artikel der Bauernschaft, welche neben der freien Jagd und Fischerei eine Rückerstattung der Gemeinschaftswälder, die letztlich auf das Recht des freien Holzbezugs hinauslief, zum Gegenstand hatten. Wald und Wild wurden als Güter aufgefasst, deren Gebrauch im Grundsatz allen Menschen zustand. In der Revolution 1848/49 machten Bauern ihrem Unmut über die bestehende ländliche Verfassung Luft, indem sie Holz und Wild aus den staatlichen Forsten an sich brachten und Förster bedrohten. In Verbindung mit den Schäden, die das aus den Wäldern kommende Wild an landwirtschaftlichen Kulturen anrichtete, wurden die Privilegien der Grundherren als besonders ungerecht empfunden. Dort, wo die Armut, wie im Solling, besonders groß war, entwickelte sich die Wilderei zu einem traditionellen ‚Erwerbszweig‘ der Dorfbevölkerung.

Die sehr enge Beziehung, welche viele Menschen auf dem Land bis dahin als Nutznießer mit dem Wald verbunden hatte, fand zwar durch die Separationen und Ablösung der Nutzungsrechte im 19. Jahrhundert ihr formelles Ende. Die Regelung der Eigentums- und Besitzverhältnisse änderte jedoch nichts daran, dass in der Bevölkerung das Gefühl verbreitet war, den Wald als ein allen gemeinsam zustehendes „Volksgut" auffassen zu können.

Einmal abgesehen davon, dass eine ‚Aneignung' des Waldes in Liedern, Gedichten und bildender Kunst bereits ihren beredten Ausdruck gefunden hatte, konnten, wiederum im 19. Jahrhundert, Erkenntnisse über die Schutzwirkungen des Waldes und dessen wohltuenden Einfluss auf die Landeskultur und die menschliche Gesundheit das öffentliche Interesse an der Walderhaltung mit Zielen begründen, die außerhalb einer nachhaltigen Holzproduktion lagen. Es war bereits von Verlustängsten die Rede, die mit Beginn des 19. Jahrhunderts den Wald zu einem Sehnsuchtsort werden ließen, bevor mit dem Topos vom Deutschen Wald dessen Inszenierung als nationales Symbol einsetzte. Forstvereine, die jetzt als Interessenverbände gegründet wurden und allen Interessierten offenstanden, fungierten als Scharnier zwischen Waldbesitzern und Öffentlichkeit. Wie gesehen entdeckten auch Lebensreformer den Wald, um sich den Weg zurück zur Natur zu bahnen und einen Ausgleich für die Anfeindungen der Industrialisierung und Verstädterung zu schaffen.

Nachdem schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Streit um den ‚richtigen' Wald zwischen Befürwortern und Gegnern der Bodenreinertragslehre die forstliche Wissenschaft und Praxis gespalten hatte, erwies sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Streit um den Dauerwald als ähnlich wirksam. Hatte in früherer Zeit die Verfügbarkeit des Waldes als Ressource Anlass zu Auseinandersetzungen zwischen Waldeigentümern und Bauern gegeben, so ging es diesmal um die Hoheit über den als richtig befundenen Waldbau.

Nach 1945 begannen in verstärktem Maße die Träger raumbedeutsamer Maßnahmen den Wald in ihre Planungen einzubeziehen. Vertreter der akademischen Forstpolitik erblickten in dieser Entwicklung Risiken wie Chancen: Einerseits galt es zu verhindern, dass Fachplanungen ohne den erforderlichen forstlichen Sachverstand aufgestellt und umgesetzt wurden. Andererseits bestand die Aussicht, durch eine Erweiterung des Lehrangebots Fortleuten Beschäftigungsmöglichkeiten in einschlägigen Behörden und Planungsbüros zu verschaffen. Seit den 1970er Jahren richtete auch die Umweltbewegung ihren Blick auf den Wald, zumal die Neuartigen Waldschäden und das Waldsterben in konzertierten Rettungsaktionen einmal mehr keinen Zweifel daran ließen: „Wald ist Volksgut". Angelegenheiten des Waldes machten die Gesellschaft betroffen und evozierten den Anspruch auf Mitsprache.

Mit dem Problem der ‚Rechtsnatur' des Waldes eng verknüpft war immer auch die Frage, in wessen Hände die Ausbildung derjenigen, die als Forstverwaltungsbeamte Verantwortung für den Wald trugen, bestenfalls zu legen sei. Auch hierüber gingen die Ansichten bis in die neueste Zeit auseinander. Während bei den forstlichen Fächern im engeren Sinn eine forstwissenschaftliche Ausbildung und Praxis als Voraussetzungen einer Berufung unstrittig waren, lässt sich an der Besetzung des Zoologischen Lehrstuhls in Münden zeigen, dass dort die Wahl sowohl auf einen Zoologen (Entomologen) als auch auf einen Forstforscher mit zoologischer Expertise fallen konnte. Selbst der forstakademische Widerstand gegen die Hochschulreform mit ihren Plänen zur Aufspaltung der Fakultät war in den 1960er Jahren getragen von der Überzeugung, den Wald und die Forstforschung keineswegs fachfremden Institutionen zu überlassen. Darauf wird an anderer Stelle noch ausführlicher zurückzukommen sein (vgl. Kapitel 8.2).

Derweil sieht sich die Forstwirtschaft mit Forderungen des Naturschutzes konfrontiert, auf bestimmte Maßnahmen im Wald zu verzichten oder Flächen vollständig aus der Bewirtschaftung zu nehmen. Der Wald im Gewand seiner vielfältigen Funktionen, auch in seiner Doppelrolle als Opfer und Mittel im Kampf gegen die Klimaerwärmung, als Objekt harmonistisch-idyllischer Inszenierungen und nicht zuletzt als Holzlieferant und Wirtschaftsfaktor provoziert deshalb immer aufs Neue die Frage: Wem eigentlich gehört der Wald?

4 Theorie der Forstwissenschaft – Versuch einer Annäherung

4.1 Erkenntnisobjekt Wald

„Hingebung für die Wissenschaft“

In der Ansprache, die Oberlandforstmeister Otto von Hagen bei der Eröffnung der Forstakademie am 27. April 1868 in Münden hielt, ging es dem Festredner zunächst darum, „die Ziele des Instituts, an dessen Wiege wir stehen, uns klar vor Augen zu stellen und die zu deren Erreichung einzuschlagenden Wege in Betracht zu nehmen“. Er forderte die Lehrenden auf, „mit forschendem Blick die Erscheinungen in den Wäldern zu studieren“. Dieses „emsige Suchen nach den Gesetzen der Natur im Leben der Wälder, das, meine Herren, scheint mir die Hauptaufgabe derer zu sein, welche berufen sind, als Werkmeister an dem Ausbau der Forstwissenschaft zu arbeiten“. Je intensiver diese Suche nach Erkenntnis, das heißt eine wissenschaftliche Forschung betrieben würde, desto leichter und besser würde zugleich die Lehre gelingen. Für von Hagen schien demnach festzustehen, dass erst die „Hingebung für die Wissenschaft“ bei dem Lehrer die Gewähr dafür biete, dass auch seine Schüler entsprechend herangebildet würden.[75] In einer „recht tüchtigen wissenschaftlichen Grundlage“ sah er die Bedingung für eine gute forstliche Praxis. Den Studenten rief er zu: „Leben Sie hier wie eine große Familie, deren Vater der Wald, deren Mutter die Wissenschaft ist.“ Von Hagen versäumte es nicht, „unserem verehrten Altmeister Burckhardt“ für dessen Unterstützung bei der Errichtung der neuen Forstakademie zu danken.[76]

Nahezu sechzig Jahre später jedoch, im November 1926, wandte sich der Reichsforstverband mit einem überraschend deutlich formulierten Anliegen, das zugleich einen Protest darstellte, an den Rektor der Mündener Forsthochschule. Er beklagte sich darüber, dass höhere Forstverwaltungsbeamte und auch Hochschullehrer in forstlichen Zeitschriften Artikel veröffentlichten, die von Forstbetriebsbeamten, welche wesentlich die Leserschaft bildeten, nicht verstanden würden. Es sei doch bedenklich, „daß einem Publikum ohne die genügende Schul- und wissenschaftliche Bildung wissenschaftliche Kost verabreicht wird, die es nicht verdauen kann“. Der Rektor wurde gebeten, dahingehend zu wirken, „daß wissenschaftliche Artikel der Hochschullehrer in derjenigen Fachpresse erscheinen, in die sie gehören“.[77]

„Das Objekt der Forstwissenschaft ist die Forstwirtschaft“[78]

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass Gustav Baader (1878-1958), der in Münden zwischen 1938 und 1945 Professor für Forsteinrichtung und Ertragskunde

75 Hasel, Quellen (1968, S. 57).

76 Hasel, Quellen (1968, S. 58).

77 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 186, Der Reichsforstverband am 22. November 1926 an den Mündener Rektor.

78 Baader, Forstwissenschaft (1939, S. 47).

war, der Erforschung der Lebenszusammenhänge im Wald als Voraussetzung für Holzerzeugung und Leistungssteigerung einen hohen Stellenwert beigemessen hat. Den Wald jedoch, losgelöst von wirtschaftlichen Zielsetzungen, in den Mittelpunkt wissenschaftlichen Erkenntnisstrebens zu rücken, kam Baader nicht in den Sinn. Heinrich Süchting dagegen sah als Leiter des Agrikulturchemischen Instituts an der Mündener Forstakademie 1920 große Gefahren für die Produktionskraft vieler Waldböden und damit auch für den Wald selbst. Nachdem die bisherigen Arbeiten „über Wechselwirkung zwischen Boden, Pflanze und Klima […] zur Klärung der Frage nach der Entstehung ungünstiger Humusformen im Walde wesentlich beigetragen" hätten, müsse „unbedingt und möglichst bald" die Frage beantwortet werden, wie die unaufhörliche Alterung gefährdeter Böden verhindert werden könne. So begegne beispielsweise auf zahlreichen Böden die Naturverjüngung größten Schwierigkeiten. Süchting schlug deshalb vor, in geeigneten Revieren „die Bodentätigkeit, die Entwickelung des Bodenzustandes und die ganze Art des Wasserhaushaltes des Bodens unter verschieden dichtem Bestand sowie unter Nadelbezw. unter Laubholz" zu untersuchen. Von Versuchsdrainagen ist die Rede, von zahlreichen Wassermessern auf den Versuchsflächen und von ebenfalls sehr zahlreichen chemischen Untersuchungen. Abschließend äußerte Süchting die Überzeugung, dass es dringend erforderlich sei, dass sich die Wissenschaft dieses Problems unverzüglich annehme. „Jedes weitere Zögern führt unzweifelhaft zu dauernd steigenden Schwierigkeiten bei der Nutzung der »gefährdeten« Böden und zu unaufhaltsamem Verfall der Produktionskraft weiterer Flächen unseres deutschen Waldbodens."[79] Ein entsprechender Förderantrag vom 17. Februar 1920 zeigt bereits eine ökosystemar orientierte Sichtweise, wie sie auch von Süchtings Nachfolgern Walter Wittich und besonders Bernhard Ulrich in Münden bzw. Göttingen weiterentwickelt wurde.

79 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 292, „Gesuch des Prof. der Bodenkunde Dr. Süchting um Bewilligung von besonderen Mitteln zu Versuchen über Bodenerhaltung und Bodenverbesserung gefährdeter Waldböden" vom 17. Februar 1920.

Auch Kurt Mantel (1956) erblickte offenbar das Ziel jeglicher Forstforschung in der Erhaltung des deutschen Waldes und Steigerung seiner Leistungen.[80]

4.2 Wesen der Forstwissenschaft

Die Verwissenschaftlichung der Forstkunde als Prozess, der von den Akteuren als solcher bewusst und planvoll betrieben wurde, nahm in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts Fahrt auf. Wissenschaftliche Ansätze zur Aufklärung bestimmter forstlicher Sachverhalte allerdings gehen, zumindest auf niedersächsischem Gebiet, bereits in das 16. Jahrhundert zurück. An der Systematik der Forstwissenschaft, das heißt ihrer Zusammensetzung aus grundlegenden und aufbauenden Wissensgebieten, hat sich kaum je etwas Maßgebliches geändert, seitdem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hierüber ein intensives Nachdenken begann. Bei diesen „Systemen" ging es zunächst um die für eine forstliche Ausbildung erforderlichen Fächer, deren Bedeutung und deren Position im System. Die *forstlichen* Fächer, das heißt die auf die forstliche Praxis und Verwaltung zielenden Wissensgebiete erfuhren in diesem Prozess eine zunehmende Vertiefung und Anbindung an das durch die sogenannten Grundwissenschaften bereitgestellte Instrumentarium. Auf dieser Basis wurde es möglich, Abhängigkeiten der untersuchten Gegenstände von Einflussfaktoren zu erkennen und zu bestimmen. Die Grundwissenschaften übten für die forstlichen Fächer und diese für die praktische Forstwirtschaft eine dienende Funktion aus, während die Forstwirtschaft wiederum verschiedenen sozioökonomischen Belangen Rechnung zu tragen hatte. Die Rolle der Forstwissenschaften war demnach im Verhältnis zur Forstwirtschaft vor allem eine unterstützende.

Schwierigkeiten für die forstliche Theoriebildung ergeben sich durch die Vielfalt der Waldstandorte einschließlich ihrer Dynamik und die Kombinationen

80 Mantel, Entwicklung (1956, S. 480). Dieser Aufsatz Mantels „Zur Entwicklung der forstlichen Forschung in Deutschland" enthält übrigens so gut wie keine Angaben über die Inhalte der Forstforschung; auch nichts darüber, welchen regionalen, personalen, gesellschaftlichen und politischen Einflüssen die Forstforschung ausgesetzt war.

forstlicher Maßnahmen sowie durch das breite Spektrum möglicher Reaktionen der einzelnen Baumarten und ihrer Herkünfte. So können die Wissenschaft und Theorie über den Bau und das Leben der Waldbäume zu Erkenntnissen führen, welche sich auf die Verwendung von Baumarten im Forstbetrieb auswirken und damit zugleich Auswirkungen auf die Standorte und deren Wechselwirkungen mit den Bäumen haben können. Die Unübersichtlichkeit der Zusammenhänge ließ viele Praktiker bei der Entscheidungsfindung dem forstlichen „Götterblick" – Christof Wagner – den Vorzug vor der mühseligen Analyse geben.

Das von Max Preßler (1815-1886) und anderen für richtig erkannte ökonomische Prinzip forstlicher Rentabilität wirkte auf viele Förster und Forstwissenschaftler wohl auch deshalb so abschreckend, weil es der waldbaulichen Praxis die Entscheidung zwischen richtig und falsch aus der Hand zu nehmen schien. Lehren wie die vom Bodenreinertrag stellten auch das Rechnen im Wald auf eine schwere Probe – gerade weil es dazu angetan war, den Wald zu formalisieren, ihn zu entzaubern. Auch wenn sich in Deutschland das Preßlersche Modell letztlich nicht durchzusetzen vermochte, so kann es doch als ein weiterer Versuch auf dem Weg zu einer forstlichen Wissenschaft als Disziplin verstanden werden, die durch ihr Erkenntnisobjekt, ihre Fragestellungen und Methoden ein abgegrenztes Wissensgebiet formt. Auffällig ist, dass, sobald ‚Rechenkünstler' und ‚Messknechte' im Wald an Einfluss gewannen, auch solche Stimmen lauter wurden, die auf letzthin nicht entwirrbare Zusammenhänge verwiesen und den Wald als Organismus und Kraftquell des Menschen vor der Vereinnahmung durch ‚Rationalisten' zu schützen suchten. Sofern ein forstlicher Streit überwiegend sachlich ausgetragen und nicht durch Polemik unfruchtbar gemacht wurde, war es nicht ausgeschlossen, dass von ihm Anreize zu vertiefter wissenschaftlicher Forschung ausgingen. Solche Impulse konnten außerdem, wie die Kontroverse zwischen Anhängern und Gegnern des Dauerwaldes gezeigt hat, die Voraussetzungen und Maßstäbe einer guten wissenschaftlichen Praxis verbessern helfen.

Darüber, was das Wesen wissenschaftlicher Forschung ausmachte, bestanden wohl weithin übereinstimmende, wenngleich implizite Vorstellungen. Dagegen erwies sich der Begriff oder Gegenstand der *Forst*wissenschaft als wandelbar, wo nicht sogar unklar. Für den Ertragskundler Ernst Gehrhardt (1867-1936) aus Münden war wichtig, dass die Fachvertreter einer forstlichen Hochschule die Einheit und den inneren Zusammenhang ihrer Wissensgebiete nicht aus den Augen verlieren, das heißt dass „nicht jeder Vertreter der Wissenschaft seinen eigenen Weg ginge".[81] Hatte Gehrhardt noch in seinem Aufsatz über „Ansehen, Hemmung und Förderung der Forstwissenschaft" (1925) die ‚spekulativen' Ansätze der Dauerwäldler als unwissenschaftlich kritisiert, glaubte Hans Lemmel aus Eberswalde fünf Jahre später in der forstwissenschaftlichen Forschung einen Wandel beklagen zu müssen, der sich „vom Beobachten im großen […] zum Untersuchen im kleinen und kleinsten" vollzogen habe. Damit jedoch habe sich die Forschung oftmals aus dem Zusammenhang der Forstwissenschaft gelöst. Lemmel spricht von einer unfruchtbaren „Atomisierung" und empfiehlt, anstelle „der individualisierenden […] die universalistische Betrachtung […], an die Stelle der exakten Untersuchung das intuitive Erschauen der Gesamtphänomene" treten zu lassen.[82] Damit jedoch war neuer Streit über den Dauerwald und die Angemessenheit von Methoden, Erkenntnisse über Wälder zu gewinnen, vorprogrammiert.

Wirkende Ursachen: Emil Ramann

Der Bodenkundler Emil Ramann (1851-1926) aus Eberswalde hatte sich, als es in Münden um die Nachfolge des Chemikers und Mineralogen Friedrich Wilhelm Daube ging, in einem Schreiben an die Forstakademie 1885 an dem Posten durchaus, wenn auch ohne Folgen, interessiert gezeigt.[83] In dem Vorwort zu seinem wegweisenden Lehrbuch über „Forstliche Bodenkunde und Standortslehre" (1893) gesteht Ramann ein, dass er etwa über die Wirkung der Durchforstung oder der Beschirmung auf den forstlichen Standort „mit saurem Schweiß" nur das zu sagen habe, „was man nicht weiß". Es fehle der Forstwissenschaft an einer

81 Gehrhardt, Forstwissenschaft (1925, S. 110).

82 Lemmel, Aufgaben (1930, S. 897).

83 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 188, Emil Ramann, Eberswalde, am 16. Juli 1885 an die Forstakademie Münden.

Theorie [Hervorhebung im Orig.]. Die inzwischen etablierte statistische Methode bei forstwissenschaftlichen Arbeiten lehre „immer nur die Endwirkung kennen, zur Ermittelung der wirkenden Ursachen ist sie wenig oder nicht geeignet“ [Hervorhebungen im Orig.]. „Wenn früher mit klarem Blick und in großen Zügen das »wie« gezeigt worden ist, so verlangt die Gegenwart schärfere Zusammenfassung der Begriffe und Antwort auf das »warum«.“[84] Ramanns Hinweis beschreibt recht gut, an welchem Punkt sich die Wissenschaft über den Wald damals befand. Es war an der Zeit, die Beobachtungen und Messungen, in großer Zahl durchgeführt und dokumentiert besonders von den forstlichen Versuchsanstalten, zu nutzen, um Annahmen nicht nur über die Auswirkungen bestimmter forstbetrieblicher Maßnahmen auf das Wachstum der Bestände zu treffen, sondern auch Modelle zu entwickeln, die erklärten, in welchem Zusammenhang die Beobachtungen mit standörtlichen Bedingungen und naturwissenschaftlichen Grundlagen standen. Auf diesem Feld sah Ramann die Forstwissenschaft im Vergleich zum wissenschaftlichen Landbau deutlich im Rückstand. Noch etwas Weiteres war Ramann in diesem Kontext wichtig: Wenn die forstliche Bodenkunde und Standortslehre erst die ihnen gebührende Aufmerksamkeit erhalten haben würden, dann würden den Forstlichen Hochschulen auch nicht mehr die Einrichtungen und Institute fehlen, „die man auch nicht der kleinsten landwirthschaftlichen Anstalt versagt“.[85]

Wirtschaftslehre des Forstwesens: Josef Nikolaus Köstler

In seiner 1943 veröffentlichten Monographie „Wirtschaftslehre des Forstwesens“ umreißt Köstler (1902-1982) die Voraussetzungen und Inhalte forstlicher Tätigkeit auf den Gebieten der Betriebswirtschaftslehre, der Holzmarktlehre und der Forstwirtschaftspolitik. Köstler hatte sich, nachdem er zum Gründungsdirektor der 1939 in Berlin errichteten Internationalen Forstzentrale ernannt worden war, mit ausgesuchter Bestimmtheit beim Reichsforstmeister für die Drucklegung stark gemacht.[86]

> *„Gegenstand der Forstwissenschaft ist das Forstwesen, worunter der gesamte Beziehungskomplex zwischen Mensch und Wald hinsichtlich dessen wirtschaftlicher und technischer Behandlung sowie auch seiner kulturellen Bedeutung zu verstehen ist.“*[87]

Köstler zeigt und erweist sich als vollständig überzeugt von der Notwendigkeit, dass die Zielsetzungen sämtlicher Forstbetriebe den „völkischen“, wirtschaftlichen und sonstigen Belangen des „Dritten Reichs“ untergeordnet werden müssten. Er spricht von einem unmittelbaren Nutzen des Waldes und unterscheidet hiervon den mittelbaren Nutzen (Schutz von Boden, Wasser und Klima sowie Einfluss auf die „überwirtschaftliche, kulturelle Entwicklung“). Künftigen Handlungsbedarf scheint Köstler, ohne diesen jedoch genauer zu fassen, durch die Auswirkungen des Fremdenverkehrs auf das Forstwesen zu erwarten. Den Belangen des durch das Reichsnaturschutzgesetz vom 26. Juni 1935 geregelten Naturschutzes bringt Köstler Sympathien entgegen, zumal er offensichtlich die Auffassung vertritt, dass eine naturgemäße Waldwirtschaft in vielerlei Hinsicht bereits angewandter Naturschutz sei. Der Nutzen des Waldes jedoch könne „nur von einer völkischen Grundeinstellung aus“ richtig beurteilt werden. Die diesbezüglichen staatlichen Vorgaben wollte Köstler unterschiedslos durchgesetzt wissen, auch durch die Mittel der Erziehung und Bildung.[88]

Einigen Raum beansprucht Köstlers Abrechnung mit der Bodenreinertragslehre als Ausdruck eines, wie er fand, fehlgeleiteten, „kapitalistische[n] Ansturm[s]“ auf das Forstwesen. Er bezieht sich dabei auch auf eine gehässige Aussage von Bernard Borggreve (1878), der die Lehre vom Bodenreinertrag als Raubsystem verurteilte, das man den Juden überlasse solle.[89]

Köstler propagiert den naturgemäßen Wirtschaftswald – „Verbindung von Wirtschaft, Technik

84 Ramann, Bodenkunde (1893, S. III f.).

85 Ramann, Bodenkunde (1893, S. IV).

86 Köstler, Wirtschaftslehre (1943, S. XII, 248).

87 Köstler, Wirtschaftslehre (1943, S. XI).

88 Köstler, Wirtschaftslehre (1943, S. 1, 3, 54 f., 241 ff., 260 f.).

89 Köstler, Wirtschaftslehre (1943, S. 347 ff., 355).



Abb. 13: Josef Nikolaus Köstler (1902-1982) (Quelle: Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen; Repro Wolfgang Tambour).

und Natur" –, räumt jedoch ein, dass über die forstlichen und besonders betriebswirtschaftlichen Implikationen jener Bewirtschaftungsform noch wenig Zuverlässiges bekannt sei. Abhilfe sollte die Analyse von Musterbetrieben schaffen. Darüber hinaus müssten einige 100.000 ha Wald des Reichs vollständig aus der Bewirtschaftung genommen werden, um Informationen über die natürliche Waldentwicklung und Hinweise auf den Waldbau in den bewirtschafteten Forsten zu erhalten. Dass, wie Köstler schreibt, in früherer Zeit die zuständigen Ministerien keinerlei Interesse an einer wissenschaftlichen Forstforschung gehabt hätten, lässt sich so allgemein sicher nicht sagen. Richtig ist allerdings, dass die entsprechenden staatlichen Aufwendungen den Anforderungen nicht genügten.[90]

Köstler lässt an seiner umfassenden Loyalität gegenüber den Zielen, den Institutionen und der Vorgehensweise des „Dritten Reichs" im Allgemeinen und auch auf forstlichem Gebiet keinen Zweifel. Sein Buch kann zudem als Aufforderung an die seinerzeit Verantwortlichen verstanden werden, ihn selbst und seine „Wirtschaftslehre des Forstwesens" nach dem Krieg in angemessener Weise zu berücksichtigen.

Zusammenfassend entsteht hier der Eindruck einer „Offenbarung des Waldes" und des Forstwesens im Nationalsozialismus: So wenig, wäre zu folgern, die Wahrheit der Nachhaltigkeit als Leitbild der Forstwirtschaft je bestritten werden kann, so unwiderruflich dient auch das Forstwesen schon seinem Wesen nach dem „Dritten Reich" und seinen Zielen. Weil erst der Nationalsozialismus dem Deutschtum zu seinem Recht verhelfe und Deutschtum ohne Wald nicht zu denken sei, könne und werde sich deutsche Waldgesinnung auch in der Waldbewirtschaftung und den Forstgesetzen Bahn brechen. Köstler glaubte sich im „Dritten Reich" am Ende eines weiten Weges und war im Begriff, den dunklen ‚Holzweg' aus Irrtümern zu verlassen, um den ‚Waldweg' der Wahrheit in eine lichte Zukunft für Wald und Volk einzuschlagen.

„Sinn der Forstwirtschaft": Victor Dieterich

Sehr genaue Vorstellungen über die Rolle, welche einzelnen Fächern in Abhängigkeit von den übergeordneten Zielsetzungen der Forstwirtschaft und Forstwissenschaft zukommen sollte, entwickelte zu gleicher Zeit Victor [auch: Viktor] Dieterich (1897-1971), Professor am Lehrstuhl für Forstpolitik und Forstliche Betriebswirtschaftslehre der Ludwig-Maximilians-Universität München. So setzte er sich in Veröffentlichungen intensiv mit den Wissenschaftszielen der forstlichen Hochschulen und der Forstwirtschaft auseinander. Dieterich gilt als Begründer der sogenannten Forstlichen Funktionenlehre. Er sprach von Funktionen, die der Wald und damit auch die Forstwirtschaft innehaben bzw. erfüllen je nachdem, welche Aufgaben dem Wald in seiner Beziehung zu „Mensch

90 Köstler, Wirtschaftslehre (1943, S. 246, 358-360).

und Volk“ zugewiesen werden. Die einzelnen Fächer hätten sich hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Ausgestaltung an der „Endzweckmäßigkeit“, das heißt an der forstwissenschaftlichen *Gesamt*zielrichtung zu orientieren. Das Ziel der Forstwissenschaft bestehe darin, „die Beziehungen zwischen den Naturgesetzen und den Forstwirtschaftszielen zu sichern“.[91] Dieterich forderte folglich als allgemeinen Maßstab für die Zielerreichung, die naturgesetzlichen (biologischen) und die wirtschaftlichen Implikationen der Forstwirtschaft zu erforschen. Seine größte Sorge galt offenbar der „Zersplitterung und Störung der wissenschaftlichen Ziele und Zusammenhänge“ an den forstlichen Hochschulen.[92]

Dass Forsten für die menschlichen Gesellschaften verschiedenartige Funktionen zu erfüllen haben, ist gewiss keine neue Erkenntnis. Die Forstgeschichte weiß von zahlreichen Fällen, in denen die Akteure um den Vorrang ihrer Nutzungsinteressen kämpften. Was Dieterich indes zu vermissen schien, das war ein klares Verständnis von den jeweils zu erfüllenden Aufgaben (Funktionen) der Forstbetriebe und den darauf auszurichtenden Wissenschaftszielen.

Anders als Köstler präsentierte Victor Dieterich seine dreibändige „Forstliche Betriebswirtschaftslehre“ nicht als Grundriss, sondern als Lehr- und Handbuch. Die Bände erschienen zwischen 1939 und 1941. Dieterich lehrte und forschte von 1930 bis 1950 an der Ludwig-Maximilians-Universität München und gehört bis heute zu den geachtetsten deutschen Forstwissenschaftlern. Er wurde vielfach für seine Arbeiten ausgezeichnet und hat in dem hier zu betrachtenden Untersuchungszeitraum wie kein Zweiter die wissenschaftliche forstliche Betriebswirtschaftslehre durchdrungen und nachhaltig geprägt. Dabei äußerte er sich im Vorwort zu dem 1941 erschienenen dritten Band nicht eben bescheiden über die erhofften Wirkungen seiner „Betriebswirtschaftslehre“: Unterstützung der Neugestaltung und Verbesserung des Forstwesens im „Großdeutschen Reich“, Beitrag zum „Aufbau anderer nationaler Forstwirtschaften, letzten Endes einer Weltforstwirtschaft“.[93]

Für uns wird Dieterich jedoch vor allem deshalb interessant, weil er mit seinen Forschungen dezidiert nach einer Antwort auf die „Oberfrage [!] nach dem S i n n d e r F o r s t w i r t s c h a f t“ [Hervorhebung im Orig.] sucht.[94] Dieterich legt größten Wert auf die Verbindung der verschiedenartigen forstlichen Wissenschaftsgebiete zu einer „organische[n] Einheit“ durch Planung, das heißt Zielsetzungen. Die „oberst[e] Wissenschaftsaufgabe“ laute, den Sinn der Forstwirtschaft zu erkennen. Dieterichs Ansatz besteht nun darin, eine große Zahl forstlicher Betriebe verschiedenster Art zu untersuchen, also Beobachtungen anzustellen und Daten zu erheben. Es geht ihm zunächst darum, nach der ursprünglichen Bedeutung von Theorie die Dinge so zu betrachten, wie sie sind. Erst auf der Grundlage gesicherter empirischer Erkenntnis ließen sich die Zusammenhänge entdecken und Veränderungen, sollten sie für notwendig gehalten werden, in die Wege leiten.[95]

Das „völkische Forstwesen“ indes könne seine gemeinwirtschaftlichen Funktionen nicht erfüllen, wenn der Waldbesitz vor allem nach Gewinnmaximierung strebe. Dieterich spricht hier von einer „Amphibientätigkeit“ des Forstwesens als „Anstalt“ sowohl der Landeskultur als auch der Bodenwirtschaft. Bei „universaler“ Betrachtung erweise sich die Forstwirtschaft als Glied „des ganzen Volkstums“. „Damit ist die »Forstwirtschaftstheorie« umschrieben“, so Dieterich am Schluss seines Werkes.[96] Hier wäre vielleicht zu ergänzen, dass Dieterich die „wirtschaftliche Gesundheit“ der Forstbetriebe als zentrale Voraussetzung dafür, dass das Forstwesen auch die „überwirtschaftlichen“ Ziele erreichen könne, ansieht. An anderer Stelle ist auch, auf der Ebene der Einzelbetriebe, von der Sicherstellung eines „höchsten nachhaltigen“ Erfolgs die Re-

91 Dieterich, Ausgestaltung (1934, S. 66).

92 Dieterich, Wissenschaftsziele (1935, S. 138 f., 143, et passim).

93 Dieterich, Forstliche Betriebswirtschaftslehre (3. Band, 1941, S. IV).

94 Dieterich, Forstliche Betriebswirtschaftslehre (3. Band, 1941, S. IV).

95 Dieterich, Forstliche Betriebswirtschaftslehre (3. Band, 1941, S. 250 f.).

96 Dieterich, Forstliche Betriebswirtschaftslehre (3. Band, 1941, S. 252).

de.[97] Oder: „Bei peinlicher Rücksichtnahme auf das Gemeinwohl soll die Bewirtschaftung des einzelnen Forstbetriebs dem Waldbesitzer nach den Grundsätzen der Vernunft größtmöglichen (nachhaltigen) Nutzen einbringen."[98]

Theorie der Forstwirtschaft?

Die regelbasierte Analyse forstlicher Betriebe ist bei Dieterich denkbar umfassend angelegt. Sie soll möglichst alle Faktoren berücksichtigen, welche Einfluss auf die Ziele und die Zielerreichung der Waldbesitzer nehmen. Daraus wäre dann zu folgern, dass [unabhängig von der konkreten Zielsetzung] unter gegebenen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen den Waldbesitzern eine Auswahl an bestimmten Strategien und Instrumenten für die Zielerreichung zur Verfügung steht. In ihren Elementen und Abläufen lassen sie sich als (Teil einer) Theorie über die Bewirtschaftung von Forstbetrieben auffassen.

Diese ‚Theorie' jedoch krankte daran, dass im Nationalsozialismus den Waldbesitzern die Entscheidungshoheit fehlte. Obgleich Dieterich keinen Zweifel an dem Vorrang „völkischer" waldbezogener Ziele gegenüber konkurrierenden Zwecken lässt, durchzieht sein Werk eine starke Betonung der einzelbetrieblichen Zielsetzungen. Nur wenn diese ausreichend berücksichtigt würden, ließen sich auch die übergeordneten Ziele erreichen. Folglich wendet sich Dieterich auch gegen jeden Schematismus und Rigorismus in der Forstwirtschaft. Waldbauliche Dogmen, wie sie besonders nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in Deutschland Konjunktur hatten, lehnt er ab.

Vor diesem Hintergrund fällt auch sein Urteil über die „Dauerwaldbewegung" kritisch aus. Er bemängelt, dass der Dauerwaldbetrieb bereits als ein „im ganzen deutschen Wald anzuwendendes »Betriebssystem«" vorgeschrieben worden sei, bevor Klarheit vor allem über die waldbaulichen und standörtlichen Voraussetzungen bestanden habe. Es gehe nicht an, ein örtlich bewährtes Verfahren zur Generalregel zu erheben.[99]

Ein Wort zum forstlichen Unterricht[100]

Seit dem 19. Jahrhundert fühlten sich immer wieder Forstleute, Praktiker und Wissenschaftler, berufen – von anderen Akteuren aus Politik und Gesellschaft, die ebenfalls ihre Stimme erhoben, abgesehen –, sich zu der Frage zu äußern, ob das forstliche Leitungspersonal besser an einer Fachhochschule oder einer Universität ausgebildet werden müsse; ferner, wie die Gewichte der einzelnen Fächer zu verteilen wären und, mit einiger zeitlicher Verzögerung, welche Rolle den Wissenschaften dabei zukommen solle. Den Anlass dazu gab unter anderem, dass in Deutschland unterschiedliche Modelle favorisiert wurden. Neben sachlichen Erwägungen steuerten wiederholt auch finanzielle Momente die Diskussionen und Entscheidungen. Dabei machte der immer wieder beklagte Personalmangel auch vor den Professorenstellen nicht halt. Nachdem 1910 in Münden ein forstlicher Lehrstuhl in eine naturwissenschaftliche Professur umgewandelt und Richard Falck übertragen worden war, fehlte eine Dozentenstelle für den Unterricht in den forstlichen Fächern. 1923 richtete daher die Forstliche Hochschule an das Landwirtschaftsministerium den Antrag, diesen Mangel durch die Bewilligung einer forstlichen Professur zu beheben. Es sei ein durchaus unhaltbarer Zustand, wenn, wie es augenblicklich der Fall sei, die Forstabschätzung, Holzmesskunde, forstliche Betriebswirtschaftslehre und Forstpolitik in nur einer Hand liegen würden. Zugleich wurde darum gebeten, die Errichtung der beantragten Professur nicht auf Kosten eines bestehenden naturwissenschaftlichen Lehrstuhls vorzunehmen.[101]

Neben der sogenannten Unterrichtsfrage, auf die übrigens bis heute eine allgemein anerkannte, befriedigende Antwort nicht hat gefunden werden können, wurden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch

97 Dieterich, Forstliche Betriebswirtschaftslehre (3. Band, 1941, S. 253; 1. Band, 1939, S. 339).

98 Dieterich, Forstliche Betriebswirtschaftslehre (1. Band, 1939, S. 62).

99 Dieterich, Forstliche Betriebswirtschaftslehre (3. Band, 1941, S. 163 f.).

100 Einen guten, detaillierten Überblick über den Verlauf und die Positionen im Streit um die forstliche Unterrichtsfrage bietet Eberts, Neuordnung (1939).

101 Hasel, Quellen (1968, S. 253).

Überlegungen zur Ausgestaltung des Wissenschaftsbetriebes in den Forstzeitschriften zur Diskussion gestellt. Die Auseinandersetzungen waren geprägt von dem Verhältnis zwischen Forschung, Wissenschaft und Praxis, das durchaus abweichend bestimmt wurde. Bezeichnend ist, dass die maßgeblichen Fachvertreter und Leiter der Hochschuleinrichtungen herausgehobene Anlässe dazu nutzten, ihre Standpunkte zu erläutern.[102] Der Legitimation diente gelegentlich die besondere Verpflichtung und Bedeutung des Waldes für die Wohlfahrt der Menschen, und das jeweilige Programm versprach denn auch, ihr am ehesten gerecht zu werden. Der hier betrachtete Zeitraum war, zumindest über weite Strecken, von Krisen, Kriegen und Aufbauphasen überschattet, so dass es kaum verwundert, dass Forstwissenschaftler, zumal wenn sie der Verwaltungspraxis entstammten, die besondere Rolle des Waldes für Wirtschaft und Gesellschaft hervorzuheben pflegten. Die Reden und Aufsätze bringen zum Ausdruck, dass die Suche nach dem ‚richtigen' Standort Schwierigkeiten unterworfen war, gerade weil der Positionierung von Forstwirtschaft und Forstwissenschaft so viel Wert beigemessen wurde.

Mathematik als Schule wissenschaftlichen Denkens

In diesem Zusammenhang ist gelegentlich auch darüber nachgedacht worden, welche Rolle der Mathematik für die wissenschaftliche Entwicklung der forstlichen Fächer spielen könnte.[103] Durch mathematische Gesetze ließen sich forstliche Phänomene, nicht nur in der Ertragskunde oder bei der Behandlung von Kollektivgegenständen, als Voraussetzung von wissenschaftlicher Erkenntnis aufklären. Die Mathematik nützt, so ließe sich hinzufügen, jedoch nicht nur bei der Erklärung oder Prognose von Ereignissen oder Prozessen, wie sie besonders auf den Gebieten der Biologie oder Ökonomie zu beobachten sind. Vielmehr kann die Kenntnis ihrer Gesetze und Anwendungen die Theoriebildung unterstützen. Begriffliche Klarheit und Folgerichtigkeit fördern nicht nur das wissenschaftliche Arbeiten, sondern auch die Kommunikation ihrer Ergebnisse.

Doch zurück zum Wesen der Forstwissenschaft und ihrem Verhältnis zur Forstwirtschaft.

> *„Die Forstwissenschaft ist die Wissenschaft vom jährlichen Betrieb der Forstwirtschaft. Ihr Objekt ist somit der »Jährliche Betrieb«".*[104]

Der Freiburger Forstwissenschaftler Christof Wagner (1869-1936) forderte in seiner Schrift über den „Neuaufbau der Deutschen Forstwissenschaft" (1929) eine gründliche theoretische Schulung, vom Vertreter der Forstwissenschaft genaueste Kenntnis der Forstwirtschaft als Ganzes. Die Praxis selbst indes verstand er als Gottesgabe. Sie könne nicht erlernt werden, lebe allein von der Intuition. Dem einen sei sie gegeben, dem anderen nicht.[105] Von der Forstwissenschaft stellte Wagner fest, dass sie krank sei, weil „sie die Aufgaben und die Beziehungen zwischen dem Ganzen und seinen Gliedern nicht richtig" erkenne.[106]

Das Objekt der Forstwissenschaft ist die Forstwirtschaft: Lorenz Wappes

Bereits zwanzig Jahre zuvor hatte sich Lorenz Wappes (1860-1952) mit einer selbstständig erschienenen Schrift über die „Grundbegriffe und die Systematik der Forstwissenschaft" (1909) an die Öffentlichkeit gewandt. Wappes wollte damit, wie er einleitend schreibt, einen Beitrag leisten „zu einer wissenschaftlichen Auffassung und Begründung unseres Faches". Solches sollte zugleich dazu dienen, die Wertschätzung des Forstfaches zu erhöhen. Denn „das, was wir heute Forstwissenschaft nennen, [kann] weder nach seinem Inhalt noch nach seiner systematischen Fassung" den Anspruch erheben, Wissenschaft zu sein, sondern bestenfalls eine Fachlehre.[107] Wappes führte diesen Umstand auf das Fehlen von Theorie zurück. Erst durch Theorie ließen sich aus der Empirie der Praxis Gesetze finden, welche wiederum der Praxis neue Wege weisen

102 Von der Vielzahl einschlägiger Arbeiten seien hier nur die „Grundlinien einer neuen Forstwirtschaftsphilosophie" (1919) von Heinrich Weber genannt.

103 Vgl. Dingler, Ausbildung (1930).

104 Wagner, Forstwissenschaft (1929, S. 7).

105 Wagner, Forstwissenschaft (1929, S. 8).

106 Wagner, Forstwissenschaft (1929, S. 16).

107 Wappes, Grundbegriffe (1909, S. 7-9).

würden, die ihrerseits, durch Theorie, neue Gesetzmäßigkeiten offenlegen.[108]

> *„Die Forstwissenschaft entsteht durch die Erforschung und hat als Inhalt die Erkenntnis von den Systemen, Methoden und Verfahren, nach denen die wirtschaftliche Praxis arbeitet, also der Untersuchung und Würdigung der Art, wie natürliches Geschehen und wirtschaftliche Tatsachen in den Dienst des forstlichen Unternehmens gestellt werden oder auch gestellt werden könnten. Die Forstwirtschaft ist also das* **Objekt** *[Hervorhebung im Orig.] forstwissenschaftlicher Forschung.* “[109]

„Die Forstwissenschaft hat als Aufgabe die Erforschung, als Inhalt die Erkenntnis des Wesens der Forstwirtschaft.“ Den Wald als Ausgangspunkt zu wählen, sei, so Wappes, „eines der größten Hindernisse für die Erfassung des Wesens unserer Wissenschaft“. Denn: „Die von der Naturwissenschaft abweichende Beobachtungsweise der Forstwissenschaft findet ihr Prinzip in den Beziehungen [Hervorhebung im Orig.] zwischen Wald und Mensch, also in geistigen Vorgängen.“[110] Die Forstwissenschaft sei somit eine Geisteswissenschaft. Die „Kausalität der natürlichen Vorgänge“ im Wald gehörte nach Wappes ausdrücklich nicht zur forstwissenschaftlichen Forschung.[111]

Wappes hielt es offenbar für sehr wichtig, die Forstwissenschaft von dem Makel oder Vorwurf, sie sei überhaupt keine Wissenschaft, zu befreien. Dazu aber war, wie er fand, eine differenzierte Bestimmung des Gegenstandes erforderlich, auf den sich die forstwissenschaftliche Forschung bezog – die Forstwirtschaft. Mit dem Begriff der Forstwirtschaft stand oder fiel die Forstwissenschaft als *eigen*ständige Disziplin. Diese wiederum bedurfte der Erfassung als Einheit und Ganzes, um mit wissenschaftlichen Methoden ihr Wesen und die Gesetze erforschen zu können, die der Forstwirtschaft als, wie Wappes sagt, „einheitliche[m] wirtschaftliche[m] Organismus“ zugrunde liegen.[112] Von Forstwissenschaft konnte demnach erst dann gesprochen werden, wenn es nicht mehr nur um Regeln, sondern um gültige Gesetze ging, die im Grundsatz den *Zusammenhang* der forstwirtschaftlichen Erscheinungen erklärten.

Das Objekt der Forstwissenschaft ist der Wald: Johann Christian Hundeshagen

Nach Wappes findet sich bei Johann Christian Hundeshagen (1783-1834) in der 1842/43 erschienenen vierten Auflage seiner „Encyclopädie der Forstwissenschaft“ ein dem Obigen entgegengesetzter begrifflicher Ansatz. Hundeshagen hatte die „Wissenschaft von den Wäldern“, nicht die *Wirtschaft*, als Gegenstand der Forstwissenschaft definiert. Jene erforsche, wird Hundeshagen zitiert, „die wissenschaftlich geordneten Grundsätze zu einer den zeitlichen und örtlichen Zwecken der Menschen möglichst angemessenen Behandlung der Wälder“.[113]

Von Interesse ist, dass Wappes zur Kennzeichnung der Rolle, „welche der Wald im Haushalte der Natur“ spielt – Wirkungen auf Klima und Witterung, Wasserhaushalt, Ästhetik und Ethik –, als „Funktionen“ bezeichnet, deren Gewährleistung in einem öffentlichen Interesse liegt und deshalb den administrativen, nicht den forstlichen Tätigkeiten zugeordnet wird.[114] Auch die „wissenschaftliche Behandlung des Verhältnisses, in dem die Forstwirtschaft zum Staate steht“, gehört laut Wappes nicht zur Forstwissenschaft, sondern zu den Staatswissenschaften.[115] Doch, so möchte man fragen, ist nicht die Forstwirtschaft gerade hinsichtlich dieses besonderen Verhältnisses der Theorie zugänglich?

„Forstwirtschaft der Idee“: Heinrich Weber

Zwar musste auch zehn Jahre nach Erscheinen der oben kurz umrissenen Schrift von Wappes Heinrich Weber in seinen „Grundlinien einer neuen Forstwirtschaftsphilosophie“ (1919) konstatieren, dass „[u]nse-

108 Wappes, Grundbegriffe (1909, S. 10).

109 Wappes, Ausbildung (1929, S. 72).

110 Wappes, Grundbegriffe (1909, S. 14 f.).

111 Wappes, Grundbegriffe (1909, S. 19).

112 Wappes, Grundbegriffe (1909, S. 30 f.).

113 Wappes, Grundbegriffe (1909, S. 38 f.).

114 Wappes, Grundbegriffe (1909, S. 67 f.).

115 Wappes, Grundbegriffe (1909, S. 58 f.).

re Wissenschaft […] leider in ihrem jetzigen Gewande nur eine inexakte Sammelwissenschaft [darstellt], der die geschlossene Einheit eines führenden Prinzipes abgeht".[116] Im Übrigen aber bezeichnete Weber die Vorgehensweise von Wappes als „Irrweg mit falschem Ausgangspunkt und falschem Ziel".[117] Unter anderem wurde von Weber kritisiert, dass Wappes neben anderen Grundwissenschaften auch die naturwissenschaftliche Erforschung des Waldes aus seinem Konzept der Forstwissenschaft ausschließt. Weber setzte dagegen: „In unsrer Wissenschaft [die Rede war von einer Forstwirtschafts-Wissenschaft] wollen wir dem praktischen Forstwirt eine Anweisung, eine Norm an die Hand geben, nach der er sich bei der Ausübung seiner Wirtschaft, d. h. der Erzeugung und Verwertung der forstwirtschaftlichen Güter richten soll. Diesen und keinen anderen Zweck verfolgen wir mit unsrer Wissenschaft." Die Norm sei die Spitze, in der auch die Wissenschaft von der Forstwirtschaft gipfeln müsse, „die Krone, der eigentliche Zweck des Ganzen", so Weber.[118] Er konnte nicht gelten lassen, dass es sich (nur) dann um Wissenschaft handele, Erscheinungen „nach ihrem kausalen Zusammenhang" zu erforschen und begrifflich zu fassen. Weber wollte die Dinge nicht erklären, sondern nur begreifen, indem er die menschlichen Zwecksetzungen in seine ‚Theorie' einbezog.[119]

Den Gegenstand der Forstwirtschafts-Wissenschaft sah Weber folglich in einer „Forstwirtschaft der Idee". Das innerste Wesen einer jeden Wissenschaft jedoch sei die Einheit. Und: „Das ideale forstwirtschaftliche Handeln [gemeint ist das Handeln des Forstwirts, nicht des Staates][120] ist unsre Aufgabe, unser Ziel, es ist der Gegenstand unsrer Wissenschaft." Hierzu seien auch die durch Forschung gewonnenen wissenschaftlichen Grundlagen zu rechnen, die zu den Urteilen führen, sowie die forstpraktischen Erfahrungen als die „rückwirkende Kontrollinstanz dieser Urteile". Weber verstand das Ideal der Norm nicht als ein „starres, unverrückbares Prinzip", sondern als eine durch praktische Erfahrung zu überprüfende Hypothese. Wissenschaft jedoch sei ohne ein System nicht zu denken. Es entstehe nicht durch die Addition einzelner Wissens-Tatsachen, sondern durch einen Plan, nach dem die Wissensobjekte zusammenzufügen seien. „Wie noch so viele Maurer ein Haus nicht ordentlich aufbauen können ohne einen genauen Bauplan, so können auch alle in einer Wissenschaft tätigen Einzelforscher nicht auf gut' Glück eine Wissenschaft zimmern."[121]

Während Wappes „die praktische Welt der Freiheit über der theoretischen Welt der Naturerscheinungen nicht anerkennen will", zog Weber die sogenannten Willenswissenschaften, „die auf dem Zweckbegriffe und den Prinzipien der Ethik begründet sind", in seine Überlegungen mit ein.[122] Neben den natur- und den willenswissenschaftlichen Disziplinen gehörte für Weber auch die Kunstwissenschaft zu den Quellen und Grundlagen der Forstwirtschafts-Wissenschaft. Bei den „Willenswissenschaften" handelte es sich weiterhin um die Staatswissenschaften, die Volks- und die Privatwirtschaftswissenschaften. Die Kunstwissenschaft wiederum berühre die Forstwirtschafts-Wissenschaft insofern, als der Forst „ein Mittel zur Verschönerung der Landschaft im Interesse des Allgemeinwohls" sei.[123] Weber war fest davon überzeugt, dass es sich auch bei den Arbeiten zur Gewährleistung der Wohlfahrts- und Schönheitsfunktionen des Waldes um produktive Tätigkeiten handelte, die damit zugleich als Elemente der Forstwirtschaftstheorie aufgefasst werden müssten. Erst die Berücksichtigung volkswirtschafts-, staats- und kunstwissenschaftlicher Faktoren versetze die Forstwirtschaft in die Lage, „auf der Einnahmeseite auch nicht meßbare und faßbare, der Allgemeinheit zugute kommende Imponderabilien mit in Kauf zu ziehen, für deren Erreichung sie Ausgaben und Kosten auf sich zu nehmen hat".[124]

116 Weber, Grundlinien (1919, S. 9).

117 Weber, Grundlinien (1919, S. 10).

118 Weber, Grundlinien (1919, S. 16).

119 Weber, Grundlinien (1919, S. 18-20).

120 Weber weist an anderer Stelle jedoch darauf hin, dass forstwirtschaftliches Handeln nicht nur Privatsache sei, sondern auch Sache der Allgemeinheit – indem Mittel eingesetzt würden, welche für die gesamte Gesellschaft wichtig seien (Weber, Grundlinien, 1919, S. 44).

121 Weber, Grundlinien (1919, S. 21, 23-27, 30 f., 46).

122 Weber, Grundlinien (1919, S. 19).

123 Weber, Grundlinien (1919, S. 39, 57 f.).

124 Weber, Grundlinien (1919, S. 68).

Weber bezeichnete die Norm – „Inbegriff von praktischen Regeln“ – des forstwirtschaftlichen Handelns als Forstwirtschaftstheorie. Diese sei nichts anderes als „die Funktion aller ihrer grundlegenden Faktoren“:

$$y = f(u, v, w, x, y, z)$$

y = die Norm der Forstwirtschaftstheorie

u = die naturwissenschaftlich-mathematischen Faktoren

v = die naturwissenschaftlich-biologischen Faktoren

w = die privatwirtschaftswissenschaftlichen Faktoren

x = die volkswirtschaftswissenschaftlichen Faktoren

y = die staatswissenschaftlichen Faktoren

z = die kunstwissenschaftlichen Faktoren[125]

Großen Wert legte Weber abschließend auf die Methodologie der Forstwirtschafts-Wissenschaft.[126]

Werte des Waldes: Reinhard Strecker

Es verdient einige Beachtung, dass 1930 die Forsthochschule Eberswalde dem links-liberal und pazifistisch-demokratisch eingestellten Philosophen, Pädagogen und SPD-Politiker Reinhard Strecker (1876-1951) einen Lehrauftrag für Naturphilosophie erteilte. In seinen Vorträgen referierte er über Logik, Erkenntnistheorie, Religionsphilosophie, Natur- und Forstphilosophie. Und obgleich Strecker nach 1933 seiner sämtlichen Ämter enthoben und mit Berufsverbot belegt wurde, war es ihm dennoch möglich, in Eberswalde weiterhin Vorlesungen zu halten.[127] 1938 brachte Strecker eine Monographie über „Die philosophischen Probleme in der Forstwirtschaftslehre“ heraus. Er schloss sich später dem Widerstand gegen Hitler an.[128]

Anders als Wappes oder Weber legte Strecker großen Wert auf die Feststellung, dass im Wald alles zweckgerichtet sei. Der Mensch habe die Bestimmung des Waldes als „Form Gottes“ in der Forstwirtschaft zu verwirklichen. Und im Unterschied zu Wappes sprach Strecker nicht von „Funktionen“, sondern von „Werten“, die den Wald und die Forstwirtschaftslehre kennzeichneten: Wahrheitswerte, Wirtschaftswerte, Schönheitswerte und Ethische Werte.[129]

Unumstößliche, ewige Wahrheiten jedoch bedurften der Theorie nicht. Strecker glaubte an göttliche Ziele, die der Natur, dem Wald und dem Menschen gesetzt seien und die es zu erreichen gelte. Ihnen müssten letzten Endes auch die Gesetze gehorchen, die es im Wald zu entdecken gab. Die Wissenschaft vom Wald und von der Forstwirtschaft wurde deshalb nicht hinfällig. Strecker indes ging über sie hinaus, indem er sie einem höchsten Prinzip unterordnete. Dieses Prinzip wies dem Wald die Aufgaben zu, die er im Dasein des Menschen zu erfüllen hatte.

„Sinn des Waldes“

Wiederholt wurden Versuche unternommen, den Wald an höhere, transzendente Instanzen anzubinden. Der Wald selbst und die in ihm lebenden Geschöpfe konnten als Gottesbeweise aufgefasst werden (Physikotheologie). Ihre Erforschung diente gleichermaßen der Erkenntnis Gottes. Gott in allen Dingen: Der Pantheismus setzt Gott mit dessen Schöpfung gleich. Davon gänzlich losgelöst führten im 20. Jahrhundert biologistische Annahmen dazu, ‚Gesetze der Natur‘ auf den Menschen und menschliche Gesellschaften anzuwenden („Kampf ums Dasein“).

Wald tut not: Im 19. Jahrhundert, unter dem Eindruck einer zunehmenden Entfremdung bzw. Entkoppelung von Natur und Mensch, mehrten sich in Deutschland die Stimmen, welche dem Wald eine essentielle Bedeutung für das seelische Wohlergehen des Menschen zuschrieben. Etwa gleichzeitig erweiterte sich das Wissen über die positiven landeskulturellen Wirkungen des Waldes. Der fortschreitenden Verwissenschaftlichung der Forstkunde durch Messen und Rechnen stellte sich seit den 1920er Jahren eine Bewegung an die Seite, welche den „mechanistischen“, zergliedernden Verfahren der Forschung einen ganzheitlichen, „organismischen“ Ansatz entgegenstellte. Seine

125 Weber, Grundlinien (1919, S. 69, 74).

126 Weber, Grundlinien (1919, S. 96 ff.).

127 Steinsiek, Forst- und Holzforschung (2008, S. 229).

128 Vgl. hierzu Steinsiek, Forstleute (2020, S. 96 ff.).

129 Steinsiek, Forst- und Holzforschung (2008, S. 229 f.); Steinsiek, Forstleute (2020, S. 99).

Hypothesen richteten sich gegen die ‚Rechenkünstler' der sogenannten Eberswalder Schule um die Forstwissenschaftler Alfred Dengler, Eilhard Wiedemann und Walter Wittich. Von Interesse ist, dass die drohende Abkehr von der erworbenen wissenschaftlichen Routine in der Forstforschung einen intensiven Prozess forstlicher ‚Bewusstwerdung' bei Wissenschaftlern und Praktikern auslöste. Dabei spielte mit, dass, wie ein forstlicher Zeitgenosse später resümierte, die Hypothese des Dauerwaldes oder besser der Dauerwaldgedanke selbst mystifiziert und von wortgewaltigen „Schwadrologen" diskreditiert wurde. Organismische, ganzheitliche Konzepte, auch in Verbindung mit pantheistischen Vorstellungen, kennzeichnete zudem eine in Deutschland von namhaften Philosophen und Pädagogen etwa zeitgleich vertretene Geisteshaltung und Denkrichtung, so dass Beziehungen zwischen beiden Diskursen kaum von der Hand zu weisen sind.

Die Architekten einer nach Exaktheit strebenden forstlichen Forschung mussten fürchten, dass ihrer Disziplin die wissenschaftlichen Methoden abhandenkamen.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg Pläne einer Umstrukturierung und Neuordnung auf den Gebieten der Landbauwissenschaften an die Mündener Forstfakultät herangetragen wurden, waren die forstlichen Lehrstuhlinhaber gezwungen, den Zusammenhang ihrer Fächer herauszuarbeiten, um den Zusammenhalt und die Geschlossenheit der Fakultät wirksam vertreten zu können. Zum ersten Mal kam hier eine Diskussion über Grundsatzfragen der forstlichen Forschung und Lehre in Gang, die sämtlichen Hochschullehrern eine Beteiligung abverlangte. Im Ergebnis wurde ein Programm präsentiert, das den inneren Zusammenhang der einzelnen Fächer in den Mittelpunkt stellte, um dem Wald und seinen Funktionen als Objekt der Forstwissenschaft die bestmögliche Forschung zukommen lassen zu können – zu groß erschien allen die Gefahr einer Zergliederung oder gar Zerschlagung der Fakultät. Jetzt war es an der Zeit, der Forstwissenschaft als eigenständiger Disziplin scharfe Konturen zu geben, sie gleichermaßen konsistent und unterscheidbar von benachbarten Disziplinen zu machen. Auch den übrigen Forstfakultäten der damaligen Bundesrepublik blieben Auseinandersetzungen der vorgenannten Art nicht erspart. In Münden wurde für die Einheit der Forstwissenschaften besonders ins Feld geführt, dass nur eine enge fachliche Zusammenarbeit, die zwangsläufig auch des räumlichen Zusammenschlusses bedurfte, den großen Anforderungen der Volkswirtschaft in der Nachkriegszeit an den Wald würde gerecht werden können. Während allerdings in früherer Zeit und regelmäßig die Schließung der Hochschule drohte, schien jetzt zumindest diese Gefahr, nachdem die Standorte Eberswalde und Tharandt nicht mehr erreichbar waren, gebannt zu sein.

Nachhaltigkeit

Den Programmen zur Erforschung der Forstwirtschaft und des Waldes ist das Gebot der Nachhaltigkeit eingeschrieben. Es lässt sich seit dem Beginn der Frühen Neuzeit besonders in landes- und grundherrlichen Verlautbarungen aufspüren. Die Mechanismen der Holzzuteilung an Dorfbewohner, beispielsweise im Fürstentum Braunschweig-Wolfenbüttel, deuten jedoch auf sehr viel ältere Ursprünge des forstlichen Nachhaltigkeitsprinzips hin. Dass auch die Jagdleidenschaft des Adels hier und da zu einem Bestandsschutz der Wälder beigetragen hat, sei ebenfalls nicht verschwiegen.

Der Grundsatz, pro Zeit- und Flächeneinheit nicht mehr Holz zu nutzen als nachwächst, wurde im 19. Jahrhundert auf die Nachhaltigkeit der standörtlichen Produktionsbedingungen übertragen. Zugleich wurde die Bedeutung des Waldes für die Wohlfahrt des Landes in das Bewusstsein der Menschen gerufen und erreicht, dass, von Ausnahmen abgesehen, die staatlichen Verwaltungen auch dann noch am Wald festhielten, als dieser sich nicht mehr rentierte. Damit korrespondierte in der öffentlichen Meinung die ‚Erfindung' des Waldes als Volksgut, ‚Idee' der Identitätsstiftung und Fluchtort. Sie hat, stark befördert und ideologisch aufgeladen im „Dritten Reich" – „ewiger Wald, ewiges Volk" – und in der frühen Nachkriegszeit, bis heute nichts von ihrer besonderen Anziehungskraft verloren.[130]

130 Es wäre freilich zu ergänzen, dass in den Konflikten um die Nutzungen des Waldes in Deutschland aus älterer Zeit von den „Untertanen" den Obrigkeiten immer wieder vorgehalten wurde, dass der Wald und seine Nutzungen ursprünglich allen zugestanden hätten.

Die Einrichtung einer nachhaltigen Holznutzung war und ist eine der anspruchsvollsten Aufgaben der Forstwirtschaft, denn sie setzt eine möglichst genaue Kenntnis der Flächengrößen, Standorte, der Standortsansprüche der Baumarten, ihres Wachstums und ihrer Krisenfestigkeit voraus. Die wissenschaftlichen Ziele der forstlichen Fächer waren und sind jenem Ober-Ziel, den Wald zu erhalten, verpflichtet, auch wenn über die Wege dorthin die Meinungen auseinandergehen. Die Teilhabe der verschiedenen Fächer bzw. Disziplinen und gesellschaftlichen Akteure am Wald als Dienstleister ist inzwischen zu einem Gegenstand eigenständiger wissenschaftlicher Betrachtung geworden.

Karl Hasel hebt in seiner Biographie über Victor Dieterich hervor, dass die von ihm begründete Lehre von den Funktionen des Waldes „seine ganz eigene Leistung gewesen" sei.[131] Sicher richtig ist, dass es Dieterich verstanden hat, den wissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Wert der „immateriellen" Leistungen des Waldes (Schutz und Erholung) im forstfachlichen Diskurs prominent zu vertreten und fest zu verankern, neben der Funktion, Holz und andere sächliche Güter zu produzieren. Dieterich gab damit einer Entwicklung ihren gültigen Ausdruck, die im 19. Jahrhundert einsetzte. Im Reichsforstgesetzentwurf vom Februar 1942 war dann davon die Rede, dass bei der Waldbewirtschaftung „die Schönheit des Waldbildes, die Aufgaben der Landschaftspflege, die Ziele des Natur- und Heimatschutzes und die Bedeutung des Waldes für die allgemeine Landeskultur gebührend zu berücksichtigen" seien. Dieterich selbst übrigens hatte vorgeschlagen, im Entwurf anstelle der ursprünglich genannten „heimische[n] Tierwelt" die Belange des Natur- und Heimatschutzes zu setzen.[132]

Auch der hannoversche Forstdirektor Heinrich Christian Burckhardt (1811-1879) hatte erkannt, dass es, wie Dieterich anklingen lässt, erforderlich sein kann, die Bewirtschaftung des Waldes nicht zuerst des Holzes wegen, sondern um seiner Schutzfunktionen willen zu betreiben. Bei der Aufforstung weiter Heidegebiete war für Burckhardt der Schutz der Landwirtschaft und Siedlungen vor schädlichem Wind und Sandverwehungen eines der Hauptmotive.

Dass der Wald vielfältige Aufgaben auf gleicher Fläche erfüllt, kann bis zu den Separationen und Forstrechteablösungen des 19. Jahrhunderts, also in vor- und frühmoderner Zeit, geradezu als Wesensmerkmal einer ordnungsgemäßen Forstwirtschaft bezeichnet werden. Selbst im Bergbaugebiet des westlichen Harzes etwa, wo Schacht- und Kohlholz eine überragende Bedeutung besaßen, war es nicht möglich, zugunsten der Holzerzeugung für den Bergwerkshaushalt die Holz- und Weideberechtigungen der Bevölkerung nennenswert einzuschränken oder gar ersatzlos aufzuheben. Der Mittelwald stellt geradezu die klassische forstliche Betriebsform eines Mehrzweckwaldes dar. Entscheidend war, dass sämtliche Nutzungen nachhaltig erfolgten. Der Nachhaltigkeit und, etwas überspitzt formuliert, Zukunftsfähigkeit menschlichen Tuns könnte in der Politik des damaligen Kurfürstentums Hannover ein so großes Gewicht beigelegt worden sein, dass ihr als Motto die Inschrift des zwischen 1710 und 1716 erbauten Landschaftlichen Hauses zu Hannover gewidmet wurde: „POSTERITATI".[133]

Die Aufgabe der naturwissenschaftlichen Fächer besteht darin, Erkenntnisse über den Wald als Ökosystem zu gewinnen und zu vertiefen, auf denen die angewandten Fächer aufbauen. Beide Bereiche sind nicht losgelöst von gesellschaftlichen Zielsetzungen, die sich auch in der Forschungsförderung spiegeln. Theorien der *Einzel*wissenschaften können unter ihren jeweiligen Voraussetzungen dazu dienen, bestimmte Phänomene des Waldes sowie die Beziehungen zwischen Wald und Mensch aufzuklären. Die verschiedenen Waldfunktionen – etwa die Bedeutung des Waldes für die Biodiversität – lassen sich ebenso wie die Beziehungen zwischen Wäldern und menschlichen Gesellschaften theoriegestützt untersuchen. Das Gleiche gilt beispielsweise für die Rolle des Waldes in der Kunst. Es kommt hinzu, dass die Wissenschaft von den Wäldern und ihren Beziehungen zur naturalen und gesellschaftlichen Umwelt auch den „Eigeninteressen" der beteiligten Fächer, gegebenenfalls ohne unmittelbare

131 Hasel, Karl [1999]: [Biographie über Victor Dieterich] (URL https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kgl_biographien/117637505/biografie; Abfrage v. 10. Mai 2022).

132 Steinsiek, Forst- und Holzforschung (2008, S. 265).

133 „Für die Nachwelt"; vgl. Steinsiek, Burckhardt (2021, S. 303 f.).

forstpraktische Relevanz, Rechnung zu tragen in der Lage ist.

Unter der Voraussetzung, dass nach dem hier zugrundeliegenden Verständnis die Hypothesen einer Theorie falsifizierbar sein müssen, wenn sie wissenschaftlichen Fortschritt ermöglichen sollen, sind die Ergebnisse geistes- und kulturwissenschaftlicher Forschungen über den Wald, sofern deren Methoden jene Bedingungen nicht erfüllen, kritisch zu betrachten. Sogenannte Turns, die ab und an in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften erscheinen, um den Blick auf bestimmte, für besonders wichtig erachtete und bis dahin vernachlässigte Momente der Entwicklung wie etwa Sprache, Raum oder Bilder als Quellen und Gegenstände der Forschung zu richten, haben gelegentlich allerdings eher den Charakter einer modischen Wende als den eines Theoriewechsels.

5 Inhalte der Forschung

5.1 „Räumliche Ordnung“ und Fächer-Kanon

Um 1930 bestand die Forstliche Hochschule in Münden aus drei Gebäuden. Diese Gebäude wurden wie folgt genutzt:

I. Hauptgebäude
1. Waldbauinstitut
2. Institut für forstliche Betriebslehre
3. Botanisches Institut
4. Mykologisches Institut
5. Physikalisches Institut
6. Jagdsammlung
7. Bücherei
8. Aula (gleichzeitig Hörsaal)
9. Hörsaal
10. Lesezimmer
11. Geschäftszimmer
12. Wohnung des Hausmeisters

II. Gebäude in der Lotzestraße 3
1. Agrikulturchemisches Institut
2. Mineralogisch-geologische Sammlung

III. Schloss, Westflügel
1. Forstbenutzungsinstitut
2. Zoologisches Institut
3. Chemisches Institut (ein Neubau war in der Lotzestraße geplant)

Zur Hochschule gehörten außerdem der Große und Kleine Botanische Garten in der Lotzestraße bzw. hinter dem Hauptgebäude. Die staatlichen Oberförstereien Kattenbühl, Gahrenberg und Bramwald dienten seinerzeit als Lehrreviere.[134]

134 Nachrichten (1930, S. 4).

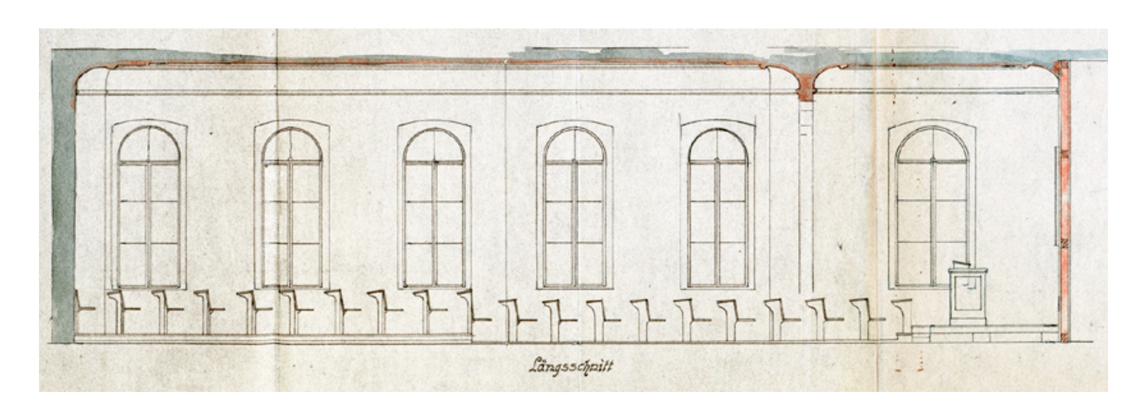


Abb. 14: „Projekt einer Aula in der Forstlichen Hochschule in Hann. Münden“, Juli 1926 (Quelle: UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 332).





Abb. 15a-b: Blick in den Großen (Abb. 15a) und in den Kleinen Botanischen Garten (Eichenquartier); die Aufnahmen könnten in den 1920er oder 30er Jahren entstanden sein (Quelle: Abteilung für Forstbotanik und Baumphysiologie, Universität Göttingen, Fotoalbum des ehemaligen Botanischen Instituts; Repros Volker Meng, 2022).

Fächer-Kanon

Mit Stand von 1939 wurde seit Bestehen der Mündener Forstakademie in den folgenden, alphabetisch geordneten Fächern Unterricht erteilt (ohne nennenswerte Unterbrechung bis 1939, soweit nichts anderes angegeben; während des Ersten Weltkriegs fand in Münden keine Lehre statt):[135]

- Betriebswirtschaftslehre: 1931 ff.
- Bodenkunde: 1868 ff.
- Botanik: 1868 ff.
- Chemie: 1868 ff.
- Dauerwaldwirtschaft und Kontrollwirtschaft (Leistungskontrolle): 1935-1937
- Einführung in die Forstwissenschaft: 1881-1891, 1896-1907, 1926-1929, seit 1937
- Fischereiwirtschaft: 1937 ff.
- Forstbenutzung: 1868 ff.
- Forsteinrichtung, Ertragsregelung: 1868 ff.
- Forstgeschichte: 1868 ff.
- Forstpolitik: 1885 ff.
- Forstschutz: 1868 ff.
- Forstverwaltung: 1868 ff.
- Geodäsie, Planzeichnen, Mathematik: 1868-1934, seit 1937
- Geologie, Mineralogie: 1868 ff.

135 Köstler, Festschrift (1939, S. 32-34).

- Holzmesskunde: 1879-1895, 1903-1907, 1911-1912, seit 1921
- Jagdkunde: 1868-1878, 1885-1937
- Landwirtschaft: 1892-1914, 1922-1925, 1938 (Ende)
- Meteorologie, Klimalehre, Physik: 1868-1929, seit 1932
- Mykologie: 1911 ff.
- Naturschutz: 1937 ff.
- Ornithologie: 1870-1872, 1921-1938
- Rechtskunde: 1868 ff.
- Volkswirtschaftslehre, Finanzwissenschaft: 1868-1892, 1903-1914, 1926-1927, seit 1930
- Volk und Staat: 1937 ff.
- Waldbau: 1868 ff. (beachte, dass hier streckenweise mehrere Dozenten Waldbau gleichzeitig unterrichteten, z. B. Oelkers, von Schweppenburg, Hartmann, Früchtenicht)
- Waldwegebau: 1868-1869, 1871-1891, 1893-1930, seit 1935
- Waldwertrechnung, forstliche Statik: 1868-1878, 1880-1935
- Wehrpolitik und Wehrwissenschaft: 1934 ff.
- Zoologie: 1868 ff.[136]

Außerdem:

- Erste Hilfe bei Unglücksfällen: 1892-1929



Abb. 16: Aus dem Prachtalbum der Mündener Forststudenten für den scheidenden Akademiedirektor Wilhelm Weise, 1906, hier in Anspielung auf Preußens Sieg bei Königgrätz im Deutschen Krieg 1866 (Quelle: SUBGÖ, Bereichsbibliothek Forstwissenschaften; Foto Christian von Schnehen-Ahrens, 2022).

„Aus dem Walde des Waldes Wohl und Bestes“

Die preußischen Gebietszuwächse von 1866 haben neben dem Erfordernis, den forstlichen Unterricht an die hinzugewonnenen Wuchsräume anzupassen, auch der Forschung neue Aufgaben zugewiesen und damit die Errichtung einer zweiten Forstakademie in Hann. Münden begründet: „Die Forschungsarbeiten sollten wachsen aus dem Antrieb, »mit forschendem Blick [...] die Wälder und die Bäume zu fragen, aus dem Schatze der Wissenschaft die Antwort zu suchen und hinwiederum der Wissenschaft aus dem Walde neue Schätze hinzuzutragen«.“[137] Das Ziel und das Streben, formulierte Wilhelm Weise in seiner Festrede zum 25-jährigen Bestehen der Forstakademie, seien immer gleich geblieben: „Aus dem Walde des Waldes Wohl und Bestes herauszulesen.“ Weise fand, dass das Forstwesen der



136 Köstler, Festschrift (1939, S. 32-34).

137 Senat, Forstliche Hochschule (1933, S. 7).
Nach Weise wurden diese Worte am 27. April 1868 von dem Kurator Oberlandforstmeister Otto von Hagen in seiner Rede zur Eröffnung der Forstakademie gesprochen (Weise, Festrede, 1893, S. 12).

zurückliegenden 20 Jahre „eine sehr beachtenswerthe Vertiefung der wissenschaftlichen Richtung empfangen" habe.[138]

Inhaltlich wurden unterschieden:[139]

- forstliche Fächer
- anorganische Naturwissenschaften
- organische Naturwissenschaften
- Mathematik und Messkunde
- Rechtskunde
- Volkswirtschaftslehre, Finanzwissenschaft und Agrargesetzgebung

Bis 1933 hatte sich die Zuordnung der Fächer in Münden wie folgt entwickelt:[140]

- 1872 wurden die organischen Naturwissenschaften in Zoologie und Botanik aufgeteilt.
- 1879 wurde aus den anorganischen Naturwissenschaften die Bodenkunde abgespalten, 1883 kamen Physik und Meteorologie zur Bodenkunde.
- 1919 blieb von den anorganischen Naturwissenschaften nur noch die Chemie. Mineralogie und Geologie kamen zur Bodenkunde; von dort wurden Physik und Meteorologie an die Mathematik mit Geodäsie abgegeben.
- 1910 entstand die Technische Mykologie durch Abspaltung von der Botanik, bis 1933 beide Fächer wieder zusammengelegt wurden.
- Im Lauf der Zeit vermehrte sich dann auch die Zahl der forstlichen Fächer durch Spezialisierung von zwei auf fünf.

Auf den grundwissenschaftlichen Gebieten hatten sich bereits bis Ende des 19. Jahrhunderts neben den Lehrstühlen auch Forschungsinstitute gebildet. Im Bereich der forstlichen Fächer kam es erst nach der Umwandlung der Akademie in eine Hochschule zu Institutsgründungen.[141]

Der Große Botanische Garten an der Lotzestraße diente unter anderem zunächst dem Ziel, durch die Abgabe von Bäumen und Sträuchern die „Landeskultur" zu heben. Dieser „Betriebszweig" wurde später jedoch wieder gestrichen. Hervorzuheben ist, dass bis 1933 „mit ca. 90 Gärten fast aller Erdteile ein reger Tauschverkehr" bestand.[142]

Hauptstelle für forstlichen Pflanzenschutz

Unter dem Dach der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft wurde 1905 in Münden die Hauptstelle für forstlichen Pflanzenschutz errichtet. Es handelte sich darum, auch den Schutz der forstlichen Kulturpflanzen vor Krankheiten und Schäden zu bündeln und zu verbessern, der Praxis mit Auskünften zu helfen und die Forschung voranzubringen. Beteiligt waren 1933 das Institut für Botanik und Technische Mykologie sowie das Zoologische Institut. Örtliche Revierverwalter in den westlichen preußischen Provinzen fungierten als regelmäßige Berichterstatter. Damit sei ein „dauernde[r] Ueberblick über den Gesundheitszustand" der Forsten ermöglicht worden.[143]

‚Institutionalisierung' der Forschung

Einem Bericht des Mündener Rektors vom 15. Mai 1923 zufolge sprach sich das Professorenkollegium jetzt für die Bildung forstlicher Institute „analog den Lehrstühlen" aus.[144] Das Kollegium war bereit und in der Lage, den Auftrag der neuen Hochschulverfassung zu forstlicher Forschung umzusetzen und den Handlungsspielraum entsprechend zu nutzen. An der „Feier der Einführung der neuen Hochschulverfassung an der seitherigen Forstakademie Münden am 3. Mai 1923" nahmen auch Vertreter der Mündener Arbeiterschaft teil. Der Preußische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Dr. Hugo Wendorff, wies die anwesenden Studenten auf die Pflichten hin, welche ihnen durch die neue Verfassung auferlegt würden: „Die

138 Weise, Festrede (1893, S. 12, 17).

139 Senat, Forstliche Hochschule (1933, S. 10).

140 Senat, Forstliche Hochschule (1933, S. 10 f.).

141 Senat, Forstliche Hochschule (1933, S. 30).

142 Senat, Forstliche Hochschule (1933, S. 23).

143 Senat, Forstliche Hochschule (1933, S. 7, 17).

144 Hasel, Quellen (1968, S. 360).

neue Verfassung fordert von Ihnen die Anspannung aller Kräfte zu freier wissenschaftlicher Betätigung, zur Arbeit an sich selbst, daß Sie nicht nur Fachleute werden, sondern von Forschungseifer erfüllte Persönlichkeiten, voll Bewußtseins der Pflichten gegen den Staat und die Volksgemeinschaft." Für Wendorff gehörten wissenschaftliche Arbeit und „vaterländisch[e] Gesinnungserziehung" zusammen.[145]

Mit Ludwig Rhumbler wurde 1923 erstmals ein Nichtforstmann als Hausherr und Rektor in Münden eingeführt. Seiner Antrittsrede gab er den etwas ambitionierten Titel „Die Integration organismischer Kleineinheiten im Vergleich zu staatlichen Integrationen und insbesondere zur Integration forstlicher Hochschul-Lehranstalten." In der Entwicklung forstlicher Lehranstalten sah Rhumbler Analogien zur körperlichen Entwicklung von Lebewesen und ihrer Organe. „Alles scheint", so Rhumbler, „in einem organismischen Aufbaustoffwechsel begriffen". Er freute sich über „eine erheblich größere Entwicklungsmöglichkeit und freieren Spielraum" der Forscher im neuen Hochschulsystem, will jedoch nicht ausschließen, dass Fächer ihre frühere Bedeutung verlieren könnten. Sein Ideal war wissenschaftliche Geschlossenheit. „So hat sich die forstliche Hochschule sozusagen als das »Waldauge« der Regierung bezw. des Staates von der ursprünglichen Verwaltungsstelle aus zu größerer Selbständigkeit und gesteigerter Einstellbarkeit auf die wissenschaftlichen Probleme des Waldes emanzipiert" – „Integration und Differenzierung". Rhumbler erblickte in der Entwicklung auch der Forstwissenschaft etwas notwendig Gesetzmäßiges.[146]

Nach Baader (1939) bestand das ‚Gebäude' der Forstwissenschaft seinerzeit aus zwei Komplexen – einem wirtschaftswissenschaftlichen und einem naturwissenschaftlichen. Weil die Naturwissenschaften auch für die Forstwissenschaften eine immer wichtigere Rolle spielten, war, so Baader, die Angliederung der Forsthochschule als Forstliche Fakultät an die Universität Göttingen mit ihrer mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenz eine „unabwendbare Folgerung".[147]

145 Rhumbler, Festschrift (1924, S. 1 f.).

146 Rhumbler, Rede (1924, S. 11-13).

147 Baader, Forstwissenschaft (1939, S. 35 f.).

Doch gerade in diesem Punkt sollte später, nach Kriegsende, die Mehrheit der Mündener Forstforscher einen entgegengesetzten Standpunkt einnehmen, zumindest vorübergehend.

Technik als Brücke vom Wissen zur Tat

„Die Summe aller Technik macht den forstlichen Betrieb" [Hervorhebung im Orig.]. Seine Ziele setze die Wirtschaft, seine Mittel die Naturwissenschaften.[148] Mit knappen Worten wie diesen versuchte Baader 1939, die Eigenart der Forstwirtschaft im damaligen Deutschland sowie die Rolle der Wissenschaften zu kennzeichnen. Er ließ keinen Zweifel daran, dass nicht nur der Staat, sondern auch Kommunen, Körperschaften oder Private als Waldbesitzer die gleichen Ziele verfolgten. Was indes die Wissenschaftszweige betraf, forderte Baader eine „vollkommene Gleichberechtigung" und sprach zugleich von einer „völkische[n] Geltung" der deutschen Forstwissenschaft.[149]

Nach 1945

„Wie läßt sich der Wald am besten den Interessen der Menschen nutzbar machen?" So müsse „die Frage, auf die man mittels Forstwissenschaft die Antwort sucht, [...] heute wie einst" lauten, gab Dekan Dietrich Mülder in einem Gespräch, das er 1968 mit der Allgemeinen Forstzeitschrift über „Die Forstliche Fakultät der Universität Göttingen zwischen heute und morgen" führte, zu verstehen.[150] Auf Schwerpunkte in der Forschung der Fakultät angesprochen, nannte Mülder beispielhaft die Technologie des Buchenholzes, ferner die Jagdkunde [Alleinstellungsmerkmal der Mündener Fakultät in der Bundesrepublik: „Biologie der freilebenden Tiere in einer Kulturlandschaft als Lebensraum als auch die Wirkung der Tiere auf diese Landschaft"; Wildmarkenforschung] sowie die forstlichen Verhältnisse der Tropen und Subtropen.[151] Bei der Auswahl

148 Baader, Forstwissenschaft (1939, S. 39).

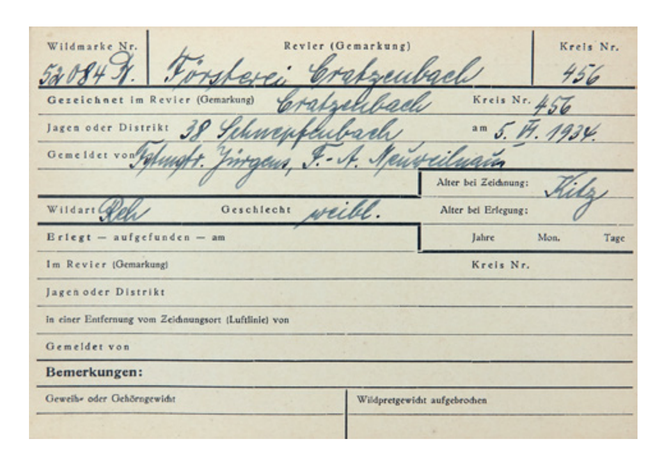
149 In diesem Zusammenhang warnte Baader vor den Gefahren der Vielseitigkeit des Forstberufs. Dadurch drohe, scheinbar paradox, die „Flucht in die Einseitigkeit". Jede Zeit habe daher ihr Lieblingsthema (Baader, Forstwissenschaft, 1939, S. 42, 48).

150 AFZ-Gespräch (1968, S. 270).

151 AFZ-Gespräch (1968, S. 272 f.).

von Forschungsthemen hielt Mülder folgende Faktoren für ausschlaggebend (die anschließende Aufstellung in wörtlicher Wiedergabe der Quelle):

- Veranlagung oder Neigung und besondere Erfahrungen der am Institut tätigen Wissenschaftler
- zweckgebundene Forschungsmittel
- Anforderungen der Praxis
- kollegiale Bemühungen um Arbeitsteilung und Gruppenarbeit [Interdisziplinarität]
- Wünsche von Doktoranden u. a. m.[152]



Wildmarke Nr. 52084 | Revier (Gemarkung) Försterei Cratzenbach | Kreis Nr. 456

Gezeichnet im Revier (Gemarkung) Cratzenbach | Kreis Nr. 456

Jagen oder Distrikt 38 Schnepfenbach | am 5. VI. 1934

Gemeldet von [illegible]

Alter bei Zeichnung: Kitz

Wildart Reh | Geschlecht weibl. | Alter bei Erlegung:

Erlegt — aufgefunden — am | Jahre | Mon. | Tage

Im Revier (Gemarkung) | Kreis Nr.

Jagen oder Distrikt

in einer Entfernung vom Zeichnungsort (Luftlinie) von

Gemeldet von

Bemerkungen:

Geweih- oder Gehörngewicht | Wildpretgewicht aufgebrochen

Abb. 17: In der Abteilung Wildtierwissenschaften der Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie befinden sich neben weiteren Aufzeichnungen Tausende der hier gezeigten Karteikarten für die Wildmarkenforschung (Foto Mareile Steinsiek, 2022).

Wichtige Aufgaben der Forstforschung

Die Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde von den (forstlichen) Zeitgenossen als gleichermaßen katastrophal wie umwälzend, besonders was die wirtschaftliche Entwicklung betraf, erlebt. Zugleich war gelegentlich die Rede von einem ausgeprägten Spannungsfeld, in dem sich die Forstwirtschaft seinerzeit befunden habe und das wieder einmal nicht anders als krisenhaft wahrgenommen wurde: Holzverdrängung, Rodungsabsichten, Erholungsansprüche, Arbeitskräftemangel, Ertragslage. Von der Forstwirtschaft wurde daher erwartet, dass sie in Teilen neue Wege ging.[153]

Eine gewisse Vorstellung von dem, was wenige Jahre nach Kriegsende die Mündener Forstforscher bewegte, vermitteln die Vorträge, welche anlässlich der Hochschulwoche 1951 in Hann. Münden gehalten wurden. Hier soll es genügen, lediglich die Referenten und Beitragstitel zu nennen, gegebenenfalls ergänzt durch einige weitere Hinweise:[154]

G. Baader, Untersuchungen über Randschäden [ermittelt].

J. Krahl-Urban, Waldfeldbau in einem Mittelgebirgsrevier [ermittelt].

H. Gläser, Neue Ergebnisse der Waldarbeitsforschung (S. 1-5) [Rationalisierung, Arbeitsphysiologie].

F. K. Hartmann, Waldsoziologie, Waldökologie und Waldbau. Dargelegt an Beispielen aus dem Mittelgebirge (S. 6-12) [Zusammenhang von (S. 8) „naturgerecht zusammengesetzten Waldgesellschaften […] und ihren Standorten"; Leistungssteigerung auf schwachen Standorten].

G. Heberer, Menschwerdung und Jagd (S. 12-16).

J. Hopmann, Die Mathematik im forstlichen Verwaltungs- und Versuchswesen (S. 17-19) [im Unterschied zu anderen angewandten Natur-

152 AFZ-Gespräch (1968, S. 272).

153 Bauer, Fortschritte (1960, S. VII f.).
Während übrigens in Münden der Vorlesungsbetrieb zum Wintersemester 1945/46 wiederaufgenommen werden konnte, hatten die wissenschaftlichen Institute ihre Arbeit mit Genehmigung der Besatzungsbehörde bereits unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs beginnen dürfen. Prodekan Oelkers drang in einem Schreiben vom 22. Mai 1945 an die Militärregierung darauf, die Fakultät so schnell wie möglich wieder für Studierende öffnen zu können. Denn die Vorlesungen seien, so Oelkers, „ohne politischen Inhalt und Zusammenhang mit der Kriegs-Industrie". Die Verfassung der Fakultät sei schon am 30. April 1945 den Vorschriften der Besatzungsbehörde gemäß geändert und mit Professor Schmucker ein Nicht-Partei-Genosse zum Dekan gewählt worden. Auch der Mitarbeit von ortsanwesenden, durchweg schwerkriegsbeschädigten Forststudenten sei es zu verdanken gewesen, dass die Kriegsschäden an den Hochschulgebäuden im erforderlichen Maß hätten beseitigt werden können (UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 195, Oelkers am 22. Mai 1945 an die Besatzungsbehörde).

154 Schober, Vorträge (1952).

wissenschaften haben die Forstwissenschaften bei dem Gebrauch mathematischer Verfahren einen großen Nachholbedarf; Hopmann gab ein erstes Lehrbuch „Forstmathematik“ heraus; Mathematiker sollten die forstlichen Anwendungen kennen, Forstleute den Nutzen mathematischer Anwendungen und deren Anforderungen; S. 19: „Ein Übermaß von zweckgebundener Forschung ist der Tod jeder echten Wissenschaft“].

H. Lemmel, Notwendigkeit und Bedeutung der forstlichen Erfolgsrechnung (S. 20-23) [S. 21: 1928 ordnete die Preußische Staatsforstverwaltung die Aufstellung von Haushaltsplänen für die Forstämter an; die Revierverwalter dachten nicht betriebswirtschaftlich; 1930 forderte der Landtag das Preußische Staatsministerium auf, der Wirtschaft in Forschung und Lehre mehr Gewicht beizumessen; seither gibt es Vorlesungen über Betriebswirtschaftslehre an den beiden preußischen Forsthochschulen].

K. Mantel, Forstgeschichtliches aus dem mittel- und nordwestdeutschen Buchengebiet (S. 24-27) [Baumartenwandel, Waldeigentum, Forstordnungen].

H. Mayer-Wegelin, Verwertung und Aushaltung des Buchenstammholzes (S. 28-31).

D. Mülder, Neue Grundlagen der Kienzopfabwehr (S. 32-35).

D. Müller-Using, „Kultur und Jagd“ (S. 35-39).

F. Nüßlein, Die Wilddichte beim Schalenwild (S. 39-42) [1938 Jagdnutzungsanweisung, Begriff der Wilddichte].

A. Olberg, Ertragssteigerung durch waldbauliche Maßnahmen, Wege und Aussichten (S. 43-46) [Wertholzerziehung! Technische Fehler vermeiden, vor allem bei der Verjüngung; Bodenmeliorationen].

T. Schmucker, Über einige Möglichkeiten der Forstpflanzenzüchtung (S. 47-50).

R. Schober, Forsteinrichtungsplanung und Betriebsvollzug (S. 51-54) [Leistungssteigerung als Ziel; Einheit von Planung und Vollzug; S. 54: „Rückkehr zur Nachhaltigkeit“ nach der „Epoche der Überhiebe“ durch Gesamt- und Einzelplanung].

H. Schumann, Neuere Erkenntnisse auf dem Gebiet der Bodenminerale (S. 55-57).

R. Themlitz, Vergleichende Untersuchungen über die Wirkung verschiedener Kalkdüngerarten auf die Rohhumuszersetzung (S. 58-61).

A. v. Vietinghoff-Riesch, Vertilgerkreise einiger forstlicher Großschädlinge (S. 62-66) [S. 64: Bild eines „übergeordneten Organismus“; Plädoyer für Naturnähe und Biodiversität im Wald => Balance, Krisenfestigkeit, Elastizität, Stabilität].

E. Volkert, Einige Ergebnisse der Standortkartierung [sic!] im Mittelgebirge, ihre Darstellungsform und Auswertungsmöglichkeiten (S. 67-70).

W. Wittich, Grundlagen der Bodenmelioration durch landwirtschaftliche Zwischennutzung (S. 71-74) [Syker Verfahren; Wittich möchte den Rohhumus möglichst für die Waldernährung nutzen und (S. 74) „mit künstlichen Mitteln regulierend in den Boden eingreifen“; Künstliches könne dem Natürlichen auch biologisch weit überlegen sein].

H. Zycha, Das Buchensterben, Ursache und Prognose (S. 75-78).[155]

Der Forstforschung stellten sich nach einer von Franz Bauer 1960 veröffentlichten Übersicht vorrangig Aufgaben auf folgenden Feldern:[156]

- Pflanzenzüchtung
- Standortskartierung
- Exaktheit der Ertragskunde
- Düngung
- Chemischer Forstschutz, Biologische Schädlingsbekämpfung
- Technische Rationalisierung der Waldarbeit
- Ertragssteigerung im Bauernwald als Aufgabe der Forstpolitik

155 Schober, Vorträge (1952).

156 Bauer, Fortschritte (1960, S. V).

Insgesamt scheinen von den Referenten, die in dem von Bauer 1960 edierten Band „Fortschritte in der Forstwirtschaft“ über ihre jeweiligen Fachgebiete berichteten, die vergangenen fünfzehn Jahre als eine Zeit angesehen worden zu sein, in der sich auf technischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet Veränderungen in einem bis dahin nicht gekannten Tempo vollzogen. Dagegen habe, wie Steinlin argumentiert, die Forstwirtschaft früher „geruhsam und naturverbunden ihre Aufgabe im Dienst des Ganzen zu erfüllen gesucht“.[157] Diese Auffassung indes scheint die vorangegangenen zwölf Jahre der nationalsozialistischen Diktatur außer Acht zu lassen[158] – als wären in jener Zeit nicht viele, darunter auch zentrale Anliegen der Forstwirtschaft und Forstwissenschaft in Frage gestellt worden, ganz abgesehen von stark beschleunigten Weiterentwicklungen. Überdies wurden die Auseinandersetzungen über strittige Fragen, wenn auch im engeren Rahmen, fortgesetzt. Die Forstforscher profitierten seinerzeit von bis dahin nicht gekannten staatlichen Zuwendungen allerdings vorzugsweise für solche Projekte, die aus Sicht der rüstungsrelevanten Leistungssteigerung und Kriegsproduktion wichtig erschienen. Auch während des Krieges blieben die Wissenschaftler bemüht, etwa die Holzwerbung zu rationalisieren oder die Verwendungsmöglichkeiten des Holzes zu erweitern. Dies mag besonders auf Hans Mayer-Wegelin zugetroffen haben, der in Münden Holzforschung betrieb. Er sprach davon, dass nach dem Krieg „die Grundlagen der forstlichen Holzerzeugung und Holzverwertung wankend geworden“ seien; dass die Existenz einer sich selbst behauptenden Forstwirtschaft auf dem Spiel stehe; und dass es Auseinandersetzungen um eine [neue] forstliche Zielsetzung gebe.[159]

Die von Mayer-Wegelin zuletzt gemachten Äußerungen spiegeln sich teilweise auch in den Vorträgen der Hochschulwoche, die 1963 von der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen in Hann. Münden veranstaltet wurde. Im Vergleich zu den Referaten aus dem Jahr 1951 ist eine fortschreitende wissenschaftliche Vertiefung in den einzelnen Fächern nicht zu übersehen. Ökologische Denk- und Forschungsansätze sind erkennbar auf dem Vormarsch. Spürbar wird jetzt allerdings auch eine Uneinigkeit über die (forstlichen) Zielsetzungen, die nicht zuletzt aus der offenen Frage resultierte, welche Rolle den Sozialfunktionen des Waldes künftig beizumessen sein würde. Die Forstwissenschaftler waren sich bewusst, dass sie in einer Zeit rascher Veränderungen lebten:[160]

G. Buhse, Auftreten verschiedenartiger Fischsterben, dargestellt am Beispiel der Werra (S. 25-32). Sie wurden unter anderem verursacht durch anthropogene Schadstoffe.

K. Hasel, Einige forstpolitische Probleme des Körperschaftswaldes in der Bundesrepublik (S. 59-69). S. 65: „Hätte man den örtlichen Kräften [in den Gemeinden; der Verf.] freie Hand gelassen, wäre es um die nachhaltige Leistung des Gemeindewaldes sehr viel schlechter bestellt.“

E. Heidenreich, Gefährden Pflanzenschutzmittel unsere Gesundheit? (S. 71-78). S. 75: Heidenreich findet zwar, dass das Buch „Silent Spring“ [1962] von Rachel Carson „im Rahmen volkstümlichen Schrifttums sicher eine Leistung“ gewesen und „im Appell an Hausfrauen und an nichtinformierte Kreise ein Bestseller geworden“ sei. Er beurteilt Carsons Argumentation jedoch als zu einseitig.

E. Röhrig, „Über die Konkurrenz von Nutzpflanzen und Unkraut in Verjüngungen“ (S. 153-161).

E. Schimitschek, Forschungsergebnisse aus dem Forstzoologischen Institut der Universität Göttingen 1953-1963 (S. 163-182). S. 163 f.: Erfassung der Insektenfauna und Bodentieruntersuchungen im Naturschutzgebiet bei der Sababurg, letztere zum Vergleich auch im anschließenden Wirtschaftswald. S. 165 ff.: Etliches zur „Biologie, Ökologie und Epidemiologie einzelner schädlicher Insekten bzw. bestimmter Gruppen“. S. 168 ff.: Dabei auch ein Kapitel „Klärung der Zusammenhänge zwischen den standörtlichen Gegebenheiten,

157 Steinlin, Holzeinschlag (1960, S. 203).

158 Hasel scheint der Einzige zu sein, der für das von ihm zu behandelnde Fach auf die Entwicklung im „Dritten Reich“ Bezug nahm (Hasel, Forstverwaltung, 1960).

159 Mayer-Wegelin, Holzverwendung (1960, S. 221).

160 Hochschulwoche 1963.

menschlichen Kulturmaßnahmen und Massenauftreten forstschädlicher Insekten".

T. Schmucker, Anfänge (S. 183-194). Hier spielt Schmucker sein Interesse an der Geschichte der Naturwissenschaften im Allgemeinen und der Biologie bzw. Botanik im Besonderen aus. Der Essay ist allgemein verständlich, humorvoll, nie unbeteiligt verfasst. S. 193: Schmucker, der 1894 geboren wurde, spricht von unglaublichen Errungenschaften der Wissenschaften allein in den zurückliegenden 50 Jahren seines eigenen Lebens. Mit Blick in die Zukunft leitet er seine demütige Einstellung her, dass volle Erkenntnis, „auch letzter Dinge", uns versagt bleiben werden.

E.-G. Strehlke, Im Umbruch zur Mechanisierung der deutschen Waldarbeit (S. 205-215). S. 207: Der deutsche Forstmann, so behaupten Stimmen, sei aufgrund seiner „ausgesprochen biologische[n] Grundeinstellung" maschinenfeindlich. Auch Strehlke fordert: „Die Maschine hat sich dem Wald und seinen biologischen Forderungen anzupassen, nicht aber der Wald der Maschine." In der Folge relativiert er diese Aussage allerdings. S. 211: Der neuartige Einsatz von Großmaschinen im Wald stellt den bisherigen Arbeitsverfahren etwas völlig Neues entgegen.

R. Themlitz, Nährstoffaufnahme und Trockensubstanzproduktion verschiedener Baumarten auf einem grundwassernahen Standort bei Düngung insbesondere mit Rhenaniaphosphat (S. 217-237).

C. Wiebecke, Wirtschaftsziele und Rationalisierung in der Forstwirtschaft (S. 261-272). S. 262: „Es wäre eine wichtige und interessante Aufgabe, zu klären, warum in der Forstwirtschaft bestimmte Erkenntnisse nicht angewendet werden." Die Landesforstverwaltungen tendieren dazu, mit Hinweis auf die unsichere Zukunft und namentlich auf die zunehmende Bedeutung der Erholungsfunktion ihre Ziele allgemein oder unbestimmt zu halten oder, dazu im Gegensatz, (S. 265) „einen möglichst vollständigen Katalog aller nur denkbaren Wirtschaftsziele" aufzustellen. Die Forstwirtschaft sei sich oft uneinig über die Stellung, welche sie in der Volkswirtschaft einzunehmen habe. Wiebecke scheint damit auf neue gesellschaftliche Ansprüche an die Forstwirtschaft nach dem Krieg und die Verunsicherung bei den forstlichen Akteuren anzuspielen. Er moniert eine mangelnde Umsetzbarkeit der Zielvorgaben (S. 266) und die „Unsicherheit […] in der Auffassung über die Wirtschaftsziele", möchte den Begriff der Nachhaltigkeit „gewissermaßen nachhaltig in Frage stellen". Es sei auffallend, dass gerade die Nachhaltigkeit nach 1945 verschieden ausgelegt worden sei. (S. 267) Wiebecke spricht von den „immer drängender und ausgedehnter werdenden Wohlfahrtswirkungen des Waldes".

W. Wittich, Die Bedeutung der Humusform für die Ernährung des Waldes und die Entwicklung seiner Böden (S. 273-283).[161]

Gerd-Dietrich Schmidt bestimmte im Jubiläumsjahr 1968 „Die Bedeutung der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen in Hann. Münden für die Forstwirtschaft in Nordwestdeutschland" anhand der aus Sicht der forstlichen Praxis besonders wichtigen Forschungsfelder. Von wenigen, in neuerer Zeit hinzugekommenen Aspekten abgesehen zeigen viele der genannten Fragestellungen eine lange Tradition:[162]

Forstliche Bodenkunde

- Rohhumusumwandlung, Waldbodenmelioration, Forstdüngung, Standortsaufnahme

Forstbotanik und Forstgenetik

- „abiotische Resistenz der Forstpflanzen", Keimungsphysiologie, Mykorrhiza, Waldsamenprüfung

Forstzoologie

- Biologie, Prognose und Bekämpfung forstlicher Schadinsekten

161 Hochschulwoche 1963.

162 Schmidt, Bedeutung (1968, S. 268).

Waldbau

- Erfassung der Standortsfaktoren und Baumartenleistung, Systematik der Waldgesellschaften, Anbau ausländischer Baumarten, Verjüngung des Laubholzes, „Unkrautbekämpfung“, Provenienzversuche bei Laubbäumen

Forsteinrichtung und Ertragskunde

- Ertragstafelforschung, Wuchseigenschaften und Ertrag ausländischer Baumarten, Ertrag mehrschichtiger Bestände

Forstbenutzung und Holzbringung

- Ästung, Holzeigenschaften, Rotkern der Buche, „Systematik des Waldwegebaues“

Forstpolitik und forstliche Betriebswirtschaft

- Holzmarktforschung, Erfolgsrechnung, Rationalisierung und Statistik forstlicher Betriebe, „Struktur des kleinen Privatwaldes und seiner Zusammenschlüsse“

Waldarbeit und Forstmaschinen

- Mechanisierung der Waldarbeit, Arbeitsphysiologie, Aufstellung von Leistungslöhnen

Forstgeschichte, Natur- und Landschaftsschutz

- Organisation staatlicher und privater Forstverwaltungen, Forstgeschichte nordwestdeutscher Waldgebiete, Ausbau des Natur- und Landschaftsschutzes, Einrichtung von Naturparken

Jagdkunde

- Ernährung, Biologie, Hege und Bejagung des Wildes, Alter und Krankheiten des Wildes, Schutzmittel gegen Wildschäden

Vor dem Hintergrund der oben genannten forstwissenschaftlichen Forschungsfelder wäre es vielleicht angebracht gewesen, die Festveranstaltung zur 100. Wiederkehr der Akademiegründung nicht nur unter das Motto des forstlichen Studiums – „100 Jahre forstliches Studium in Münden“ –, sondern auch der Wissenschaft zu stellen.

Arten und Formen

Die forstliche Forschung und Lehre baut in hohem Maße auf Arten- und Formenkenntnissen auf: besonders die Fächer Forstbotanik/Waldbau (holzige und krautige Pflanzen, Moose), Mykologie (vor allem Schadpilze), Entomologie, Jagdkunde (jagd- und nicht jagdbare Säugetiere und Vögel), Forstbenutzung (Hölzer und deren Gütemerkmale), Mineralogie und Böden. Auch die Fischereikunde setzte Artenkenntnisse voraus. Artenkenntnisse und das Ansprechen von Krankheits- und Schädigungssymptomen spielten dann im weiteren Verlauf, in Verbindung mit der Ökosystem- und Waldschadensforschung, eine Rolle, in der Naturschutz- und Biodiversitätsforschung wiederum neben anderem Artenkenntnisse sowie Formenkenntnisse auf den Gebieten der Landschaftsökologie.

5.2 Entwicklung der Lehrgebiete und Fächer

In den folgenden Abschnitten werden die Fachgebiete des forstlichen Themenspektrums bestimmten Oberthemen zugeordnet. Diese Darstellung verfolgt den Zweck, anhand ausgewählter Aspekte die Schwerpunkte der forstfachlichen Entwicklung zu umreißen. Einzelne Fachgebiete können dabei mehrfach Erwähnung finden. Je nach Quellenlage sollen besonders auch solche Vorgänge zur Sprache kommen, die für die inhaltliche Ausrichtung des Faches von Bedeutung waren.

Es sei noch einmal betont, dass es sich hierbei lediglich um Schlaglichter auf die fachliche Entwicklung handeln kann. Dass die fraglichen Abschnitte deutliche Unterschiede hinsichtlich ihres Umfangs aufweisen, ist nur zum Teil mit der Bedeutung des jeweiligen Faches für den wissenschaftlichen Betrieb zu begründen. In der Regel war hierfür die Quellensituation verantwortlich. Lehrgebiete, die durch Lehraufträge vertreten wurden, werden nur ausnahmsweise berücksichtigt.

Weil immer wieder von einem Dozenten mehrere Fächer in Forschung und Lehre vertreten und in den Akten zusammenhängend überliefert wurden, erschien es grundsätzlich nicht ratsam, die vorgefundene Ordnung aufzulösen. Ein Beispiel stellen die Fachgebiete Forstgeschichte, Forstschutz und Naturschutz dar, für die in den 1950er Jahren Arnold von

Vietinghoff-Riesch zuständig war. In solchen Fällen ließ es sich nicht vermeiden, dass neben den an sich zu behandelnden Fächern noch weitere in die Darstellung einbezogen wurden.

Zusätzliche Informationen bietet die Veröffentlichung des Verfassers „Die Forstliche Fakultät der Universität Göttingen im Nationalsozialismus" (2015), etwa im Kapitel 9 „Entwicklung der Forst- und Holzforschung in Hann. Münden" − geordnet nach Instituten und Lehrgebieten − sowie dort mit den tabellarischen Forschungsübersichten für die einzelnen Fächer im Anhang (Anlagen 1-11).[163] Diese Übersichten reichen meist bis in die 1920er Jahre zurück. Weiteres dazu enthält überdies der Band des Verfassers „Forst- und Holzforschung im »Dritten Reich«" (2008). Durch thematische Überschneidungen mit den vorgenannten Arbeiten ließen sich Doppelungen gelegentlich nicht umgehen.

5.2.1 Orientierung über Wald und Gesellschaft

- Forstgeschichte
- Forstpolitik

Das Preußische Landwirtschaftsministerium verfügte am 12. Dezember 1930 aus Kostengründen die Schließung des Physikalischen Instituts an der Mündener Forsthochschule und kündigte zugleich die Errichtung einer Professur für Forstpolitik an.[164] Seit der Berufung von Heinrich Eberts auf den Lehrstuhl für Forstpolitik und Forstverwaltung 1931 befand sich ein entsprechendes Institut in der Entwicklung. An Aktivitäten wurden 1933 genannt:[165]

- Einwirkung des Staates auf die Privatforstwirtschaft
- Probleme der Betriebsstatistik
- Erhaltung und Schaffung eines Waldarbeiterberufsstandes
- Organisation der Staatsforstverwaltungen
- Sommersemester1933: „Hauptfragen nationalsozialistischer Auffassung auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik"
- Die Vorlesungen „Forstwirtschaft im neuen Staat" sollten die Studierenden „in die Fragen und Aufgaben des Nationalsozialismus der Forstwirtschaft gegenüber" einführen.

Julius Oelkers übrigens verlangte von einem preußischen „Hochschul-Forstpolitiker in erster Linie ein umfassendes Wissen über die preuß. Staatsforstverwaltung, insbesondere einschließlich der Oberförstereierfahrung −, und auf dieser Grundlage die eingehende Kenntnis der Stellung der Forstverwaltung zur Allgemeinen Verwaltung. Daneben eine gute Kenntnis von Kommunal- und Privatwald. Ebenso wenig darf fehlen ein klarer Blick für das Verhältnis der Forstwirtschaft zur gesamten Volkswirtschaft." Er müsse eine zumindest mitführende Rolle in den forstpolitischen Angelegenheiten spielen, fand Oelkers.[166]

Das Institut sah seine Aufgabe jetzt darin, „in Zukunft in Unterricht und Forschung nationalsozialistisches Gedankengut zu pflegen und im Sinne des neuen Staates an der Weiterentwicklung deutscher Forstwirtschaft und Forstwissenschaft mitzuarbeiten".[167] Im Bericht der Forstlichen Hochschule Hann. Münden über das Rektoratsjahr 1933/34 war unter anderem davon die Rede, dass die „Neuordnung der politischen Verhältnisse durch die nationalsozialistische Revolution […] für Unterricht und Forschung im Forstpolitischen Institut […] von richtunggebender Bedeutung" gewesen sei (Heinrich Eberts).[168] Für die Nachfolge von Eberts, der wenig später in die

163 Vgl. für die Version im Open Access: URL https://doi.org/10.17875/gup2015-809.

164 Hasel, Quellen (1968, S. 365).

165 Die folgende Auflistung in wörtlicher Übernahme aus: Senat, Forstliche Hochschule (1933, S. 33).

166 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 192, Oelkers am 16. Dezember 1927 an einen nicht näher bezeichneten Landforstmeister, Stück 110.

167 Senat, Forstliche Hochschule (1933, S. 33 f.). Bei der vom Senat der Forstlichen Hochschule Hann. Münden 1933 herausgegebenen Broschüre handelte es sich um eine Werbeschrift.

168 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 19601, Bericht der Forstlichen Hochschule Hann. Münden über das Rektoratsjahr 1933/34, S. 17.



Abb. 18: Arbeitsraum des Instituts für Forstpolitik und Forstverwaltung, um 1933 (Quelle: Senat, Forstliche Hochschule, 1933, S. 34).

Zentrale der Preußischen Landesforstverwaltung nach Berlin wechselte, wurden vorgeschlagen: 1. Karl Abetz, 2. Kurt Freiherr von Plettenberg, 3. Kurt Mantel. Für Abetz, der lediglich ein halbes Jahr den Lehrstuhl innehatte, kam im Dezember 1934 Josef Nikolaus Köstler.[169]

Die Arbeitsgebiete des inzwischen neu formierten Instituts für Forstpolitik und Forstliche Betriebswirtschaftslehre umriss Köstler (1939) dann wie folgt: Forstpolitik, Holzmarktkunde, Betriebswirtschaftslehre, Forstverwaltungslehre, Forstgeschichte; ferner wirtschaftliche Standortsfragen, Forstgesetze, Waldbesitzverhältnisse; zwischenstaatlicher Holzverkehr, Marktordnung; Afrikas Holzausfuhrgebiete; Wirtschaftslage der verschiedenen Besitzarten und Betriebsgrößen, Rationalisierung, Wirkung der Holzpreise auf die bäuerlichen Waldbesitzer; „Arbeitsorganisation der Staatsforstbetriebe“; Waldarbeiterfrage.[170] Nachdem Köstler 1939 in Berlin die Aufgabe übernommen hatte, eine Internationale Forstzentrale aufzubauen und diese auch zu leiten, scheint die Fakultät die Absicht verfolgt zu haben, den Lehrstuhl für Forstpolitik neu zu besetzen. Im Juni 1942 wurde entschieden, Julius Speer auf Platz 1 der Vorschlagsliste zu setzen, gefolgt von Hans Lemmel und dem Oberlandforstmeister Dr. Jäger. Die Pläne wurden jedoch aus bislang unbekannten Gründen nicht umgesetzt.[171]

Nach 1945

In der Zeit vom 1. Juli 1946 bis 30. Juni 1947 führte das jetzt von Hans Lemmel geleitete Institut neben anderem Untersuchungen über „die Auswirkung der Zoneneinteilung in forst- und holzwirtschaftlicher Hinsicht“ durch.[172] Die wissenschaftlichen Aktivitäten waren demnach erwartungsgemäß sehr begrenzt. Ende 1947 gab das Institut an, die „[w]irtschaftspolitische Bedeutung der Übernutzung der deutschen Forsten während und nach dem Krieg“ zu erforschen. Auf dem Gebiet der Forstlichen Betriebswirtschaftslehre wurden „Leistungsuntersuchungen im Staatsforstamt Bramwald an älteren Buchenbeständen“ durchgeführt, während für die Forstverwaltung „Grundsätze der Verwaltungsorganisation für die staatlichen Forsten“ auf dem Programm standen.[173]

„Die Forstpolitik hat sich mit den Beziehungen und Kräften zu befassen, die sich aus der Bewirtschaftung des Naturgebildes Wald im Hinblick auf die Bedürfnisse der menschlichen Gemeinschaften ergeben“, resümierte Julius Speer (1960) in seinem Rückblick auf fünfzehn Jahre Forstpolitikforschung.[174] Aus volks-

169 Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 133 f.). Zur Rolle, die Kurt von Plettenberg im Widerstand gegen Hitler spielte, vgl. Steinsiek, Forstleute (2020, S. 55 ff.).

170 Köstler, Festschrift (1939, S. 61 f., 91).

171 AFFGÖ, Protokolle der Fakultätssitzungen, Sitzung vom 4. Juni 1942. Zur Rolle, die Julius Speer im Widerstand gegen Hitler spielte, vgl. Steinsiek, Forstleute (2020, S. 66 ff.).

172 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 88, Institut für Forstpolitik und Betriebswirtschaftslehre, Lemmel, am 4. November 1947 an den Göttinger Kurator.

173 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 88, Formular „Angaben betreffend ein Forschungs-Institut“, 4. Dezember 1947.

174 Auch nach Kriegsende war Speer der Wunschkandidat der Forstlichen Fakultät für den Forstpolitik-Lehrstuhl, wiederum gefolgt

wirtschaftlicher Sicht, fuhr Speer fort, würden derweil die Wohlfahrtswirkungen des Waldes hinsichtlich ihres Wertes die Holzproduktion übertreffen. Zwischen den wirtschaftlichen Belangen der Forstwirtschaft und den Interessen des Landschafts-[und Natur-]schutzes müsse ein Kompromiss gefunden werden. Speer zufolge gehörten besonders die folgenden Bereiche zum Forschungsprofil der Forstpolitik:[175]

- Forstgesetzgebung
- Fragen der bäuerlichen Waldwirtschaft
- Wohlfahrtswirkungen
- Steuergesetzgebung
- Holzmarktfragen

So hatte auch Lemmel in Münden im April 1951 einen Projektantrag zum Thema „Die Ertragssteigerung im bäuerlichen Privatwald des Landes Nordrhein-Westfalen durch Bildung von Waldwirtschaftsgemeinschaften und Forstverbänden" vorgelegt. Als Zweck der geplanten Untersuchung nannte Lemmel die „Mobilisierung der wichtigsten Leistungsreserve der forstlichen Erzeugung". Und zur Begründung hieß es unter anderem, dass die „Ertragssteigerung im Bauernwald […] eines der wichtigsten Probleme der Forstpolitik [ist], weil hier der größte Unterschied zwischen möglicher und tatsächlicher Produktion an Nutzholz besteht".[176] Lemmels Nachfolger Gerhard Speidel dagegen führte 1958 „Untersuchungen über den Einfluß der Flächengröße auf die betriebswirtschaftliche Leistung von Beständen" sowie über die „gegenwärtigen Waldarbeiterverhältnisse und [die] Gründe des Waldarbeitermangels" durch.[177]

In der Nachkriegsgeschichte des Instituts für Forstpolitik spielte überdies das Fach Forstgeschichte eine wichtige Rolle. Weil jedoch der Niedersächsische Kultusminister von der Wichtigkeit des Faches keineswegs überzeugt war, sah sich die Fakultät im November 1949 veranlasst, mit einer „Äusserung über Stellung und Bedeutung der Forstgeschichte als Lehr- und Forschungsgebiet" die Zweifel des Ministers zu zerstreuen.[178]

Nachdem Kurt Mantel 1954 die Leitung des aus dem gleichnamigen Lehrgebiet hervorgegangenen Instituts für Forstrecht und Forstgeschichte zugunsten eines Rufes nach Freiburg aufgegeben hatte, ergab sich für die Fakultät erneut eine Gelegenheit, den Kultusminister um die Errichtung eines eigenen Lehrstuhls für Forstgeschichte anzugehen. Der von der Fakultät um ein Gutachten gebetene Historiker Hermann Aubin (1885-1969) vertrat vor diesem Hintergrund die Auffassung, dass die Forstgeschichte von einem Forstwissenschaftler vertreten werden müsse, der sich jedoch „mit den Grundsätzen historischer Arbeitsweise vertraut zu machen" habe. Der Zürcher Rechts- und Landeshistoriker Karl Siegfried Bader legte in seinem Gutachten Wert auf die Feststellung, dass neben der Wirtschafts-, Siedlungs- und Verfassungsgeschichte auch die Forstgeschichte in größerem Umfang „am Grundproblem des historischen Verhältnisses von Raum und Mensch" interessiert sei.[179]

Der Niedersächsische Kultusminister konnte sich indes am 1. November 1955 lediglich zu einer Umbenennung des Lehrstuhls und Instituts für Forstrecht und Forstgeschichte in Lehrstuhl und Institut für Forstgeschichte, Forstschutz und Naturschutz durchringen.[180] Wenig später, 1956, übernahm Arnold

von Lemmel. Berufen wurde 1946 Hans Lemmel, der neben Forstpolitik auch die Forstliche Betriebswirtschaftslehre und Forstverwaltungslehre vertrat (AFFGÖ, Protokolle der Fakultätssitzungen, Sitzung vom 19. Juli 1946).

175 Speer, Forstpolitik (1960, S. 271, 279 f.).

176 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 23, Lemmel am 25. April 1951 mit einem Projektantrag zum Thema „Die Ertragssteigerung im bäuerlichen Privatwald […]".
Im Herbst 1946 profitierte das Mündener Institut für Forstpolitik von Zuwendungen aus dem Hannoverschen Klosterfonds in Höhe von 1.500 RM (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 23, Schreiben vom 28. September 1946 an das Institut für Forstpolitik).

177 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 60, Dekan Nüßlein am 6. Juni 1958 an die FAO in Rom.

178 NLA HA, Nds. 401 Acc. 2003/128 Nr. 400, „Äusserung über Stellung und Bedeutung der Forstgeschichte als Lehr- und Forschungsgebiet" vom 14. November 1949.

179 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 23, Gutachten von Hermann Aubin vom 25. Januar 1955; a.a.O., Gutachten von Karl Siegfried Bader vom 24. Januar 1955.

180 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 24, Der Niedersächsische Kultusminister am 1. November 1955 an den Göttinger Kurator.

Freiherr von Vietinghoff-Riesch die Institutsleitung.[181] Vietinghoff hatte zuvor schon die „Lehrgebiete Forstschutz – Ornithologie und Fischerei der Forstlichen Fakultät Hann. Münden“ vertreten und im Wintersemester 1954/55 erstmals an der Universität Göttingen Vorlesungen und Lehrwanderungen zum Naturschutz angeboten.[182] Die Hörerzahl sei beträchtlich gewesen, so von Vietinghoff-Riesch. Möbel für sein Institut beschaffte er aus Eigenmitteln.[183] Im Mai 1957 erklärte er sein Institut an kalten Tagen für arbeitsunfähig, „wenn es nicht auf irgendeine Weise hin und wieder einmal wenigstens durchgeheizt werden kann“. Am 18. Dezember 1959 stellte er beim Niedersächsischen Kultusminister den Antrag, in der Institutsbezeichnung künftig den Forstschutz wegfallen zu lassen. Denn dieser könne von ihm nicht in der Forschung vertreten werden. Im Vordergrund stehe die Forstgeschichte. Naturschutz und Landschaftsgestaltung hingegen würden an Bedeutung zunehmen, so dass er versuche, die Aktivitäten auf diesen Gebieten zu verstärken.[184]

Arnold von Vietinghoff-Riesch bildete das Spektrum seiner Forschungen 1958 wie folgt ab:[185]

- „Die Forstgeschichte der Oberlausitz“
- „Forstgeschichtliche Untersuchungen des Amtes Harburg-Winsen (Niedersachsen)“
- „Untersuchungen über die forstgeschichtliche Entwicklung in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung des Kreises Verden“
- „Forstgeschichtliche Untersuchungen über den Verwaltungsbezirk Oldenburg“
- „Untersuchungen über Biologie und Ethologie des Siebenschläfers (Glis glis)
- „Rauchschadensfragen im Industriegebiet“
- „Forstschädlingsbekämpfung mit Luftfahrzeugen“
- „Siedlungsdichte verschiedener Vogelarten und biologische Forstschädlingsbekämpfung“

Im Portfolio des Instituts für Forstgeschichte, Forstschutz und Naturschutz befand sich somit seinerzeit kein dezidiert naturschutzkundliches Thema. Den Naturschutz, Landschaftsschutz und die Landschaftsgestaltung scheint Vietinghoff jedoch im Rahmen einer Vorlesung über die Grundlagen der Forstwirtschaft behandelt zu haben. Einem Typoskript aus dem Jahr 1956 zufolge umfasste der Naturschutz „Bestrebungen und Maßnahmen zur Erhaltung der Reste der Urlandschaft mit ihrer Pflanzen- und Tierwelt als Stätten der Erbauung, Erholung und Freilandforschung“. Die Gliederung des Textes folgt offenbar im Wesentlichen den Bestimmungen des Reichsnaturschutzgesetzes (1935) und der Naturschutzverordnung (1936).[186]

In Anlehnung an die von Vietinghoff 1936 veröffentlichte Monographie „Naturschutz. Eine nationalpolitische Kulturaufgabe“ wurde das Verhältnis zwischen Naturschutz und Forstwirtschaft in Deutschland durch folgende Aufgabenstellung gekennzeichnet:

181 Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 178).
An sich hatte sich Vietinghoff für seinen Lehrstuhl die Bezeichnung „Forstgeschichte, Forstschutz und Landschaftsgestaltung“ gewünscht (NLA HA, Nds. 401 Acc. 2003/128 Nr. 407, Schreiben vom 1. November 1955).

182 Einer anderen Quelle zufolge hatte Vietinghoff den Lehrauftrag unter anderem für Naturschutz bereits seit dem Sommersemester 1954 inne (NLA HA, Nds. 401 Acc. 2003/128 Nr. 407, Schreiben vom 7. Oktober 1955).

183 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 24, Von Vietinghoff-Riesch, „Lehrgebiete Forstschutz Ornithologie und Fischerei der Forstlichen Fakultät Hann. Münden“, am 12. Februar 1955 an den Mündener Dekan; a.a.O., Von Vietinghoff-Riesch am 23. Mai 1956 mit einem Pro Memoria zur Lage des Instituts für Forstgeschichte, Forstschutz und Naturschutz.

184 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 24, Von Vietinghoff-Riesch am 22. Mai 1957 an den Göttinger Kurator; a.a.O., Von Vietinghoff-Riesch, Institut für Forstgeschichte, Forstschutz und Naturschutz, am 18. Dezember 1959 an den Niedersächsischen Kultusminister.
Ganz am Schluss seines Berichts über eine Reise, die ihn im Sommer 1958 nach Irland geführt hatte, gibt von Vietinghoff-Riesch zu erkennen, dass es ihm wichtig sei, den Menschen klarzumachen, „was mit der Welt, mit Europa, mit der Kultur des Abendlandes, aber auch mit der christlichen Kirche geschehen wäre, hätte der Nationalsozialismus obsiegt“ (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 24, Von Vietinghoff-Riesch, „Bericht über meine Bereisung von Irland vom 8.V.-6.VI.1958“; ohne Ort und Datum).

185 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 60, Dekan Nüßlein am 6. Juni 1958 an die FAO in Rom.

186 AFPGÖ, Typoskript „Naturschutz, Landschaftsschutz, Landschaftsgestaltung“ von Arnold v. Vietinghoff-Riesch (1956), S. 6.

- Wiederherstellung des natürlichen Waldbildes Deutschlands; Wiederaufbau der Klimaxwälder
- „Natürliche Verjüngung überall dort, wo die Voraussetzungen dafür gegeben sind“; um diese zu schaffen, notfalls auch Kahlschlag
- Einzelstammwirtschaft und Vorratspflege
- Intensive Waldklima- und Bodenpflege; Streunutzung vermeiden
- „Strenge Befolgung der rassenhygienischen Grundsätze der Waldbestockung“
- Erhaltung von landschaftscharakteristischen Waldbildern, von seltenen Bäumen und Wuchsformen[187]

Ringen um die Forstgeschichte als eigenständiges Lehr- und Forschungsfach

Im Februar 1962 unternahm die Fakultät einen weiteren Versuch, die Umwandlung des außerordentlichen Lehrstuhls für Forstgeschichte in ein Ordinariat zu erreichen. Zur Untermauerung heißt es diesmal in einem Schreiben Nüßleins: „Die Forstliche Fakultät sieht die Bedeutung des Fachgebietes »Forstgeschichte« und ihre Wertung als Ordinariat insbesondere darin begründet, daß es sich nicht nur um eine historische, in der Hauptsache registrierende und rückschauende Ermittlung handelt, sondern um einen für die Fortentwicklung der komplizierten Gemeinschaftseigentumsformen und der Nutzungsrechte am Walde notwendigen Unterbau und um eine für Betriebslehre und Waldbau unentbehrliche ökonomische Grundlage. Für keinen Wirtschaftszweig und seine wissenschaftliche Fundierung hat die historische Betrachtung eine ähnliche Bedeutung, gerade auch für die Wirtschaftsplanung und laufende Wirtschaftsführung[,] als in der Forstwirtschaft. Dies ist auch der Grund, weshalb das Fachgebiet Forstgeschichte seit Jahrzehnten Pflichtvorlesungsfach und Prüfungsgebiet der Hochschulschlußprüfung ist.“[188] Vietinghoff indes hatte in einem Gespräch mit Kurator Dr. Dahnke noch am 13. November 1961 den Eindruck gewonnen, dass seitens der hannoverschen Ministerialbürokratie die Forstgeschichte als ein Randgebiet angesehen würde, „mehr für Interessenten, als von echter wissenschaftlicher und praktischer Bedeutung“. Der Göttinger Kurator hatte daher die Fakultät gebeten, einen neuen Antrag vorzulegen, dem Gutachten von maßgebenden deutschen Forsthistorikern zur „Bedeutung der Forstgeschichte im Rahmen der dortigen Disziplinen und einer Forstlichen Fakultät überhaupt“ beigefügt werden müssten.[189] Sodann wies der um eine Stellungnahme gebetene Herbert Hesmer darauf hin, dass in den 1930er Jahren geplant gewesen sei, an einer nord- und einer süddeutschen Hochschule je einen Lehrstuhl für Forstgeschichte zu schaffen. Der Krieg habe dann die Umsetzung verhindert. Hesmer betonte die Notwendigkeit, in der Forstgeschichte methodisch neue Wege zu gehen und „eine moderne Gesamtdarstellung der deutschen Forstgeschichte“ zu erarbeiten.[190]

Auf der Suche nach einem Nachfolger für den 1962 bei einem Verkehrsunfall tödlich verunglückten Arnold von Vietinghoff-Riesch legte die Fakultät Wert darauf, dass der Arbeitsschwerpunkt des Lehrstuhls künftig auf forstgeschichtlichem Gebiet liegen sollte. Von dem in Aussicht genommenen Karl Hasel wurde angenommen, dass er außerdem in der Lage wäre, „vom rechtlichen und verwaltungsmässigen [sic!] Standpunkt und aus seinen eigenen Erfahrungen heraus“ den Naturschutz würde vertreten können. Hasel waren nach eigenem Bekunden die Beziehungen der Forstgeschichte „zur politischen, Wirtschafts-, Verfassungs- und Rechtsgeschichte“ wichtig.[191] In dem Ringen um ein Ordinariat für die Forstgeschichte ging es immer auch um die Frage ihrer Legitimität als akademisches Fach.

187 Vietinghoff-Riesch, Naturschutz (1936, S. 134); vgl. dasselbe in Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 180).

188 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 23, Nüßlein am 15. Februar 1962 an die Göttinger Universitätsleitung.

189 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 23, Von Vietinghoff-Riesch, „Ergebnis meiner Besprechung [vom 13. November 1961] mit Kurator Dr. Dahnke wegen der Ablehnung der Umwandlung des a.o. Ordinariates für Forstgeschichte in ein Ordinariat (für 1962)“.

190 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 23, Hesmers Gutachten vom 16. Januar 1962.

191 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 23, Speidel am 4. Februar 1963 an Mantel in Freiburg i. Br.; a.a.O., Hasel aus Freiburg am 17. September 1962 an Speidel.

Hasel übrigens wurde als still, bescheiden und charakterlich gediegen, „aber in der Vertretung seiner wissenschaftlichen Ansichten sehr unerschrocke[n]“ beschrieben. Was den Naturschutz betraf, wurde für ausreichend befunden, dass Hasel im Rahmen seiner Verwaltungstätigkeit sowie seiner forstrechtlichen und forstpolitischen Studien mit Fragen des Naturschutzes in Berührung gekommen sei.[192] Auf den Gebieten des Naturschutzes gab es seinerzeit keine oder kaum ausgewiesene Fachleute, welche zugleich und vor allem die Forstgeschichte hätten vertreten können. Damit waren auch die Anforderungen an den künftigen Lehrstuhlinhaber, soweit sie den Naturschutz betrafen, denkbar gering. Bei Vietinghoff hatten sich die Dinge ähnlich verhalten. So wurde von niemandem bedauert, dass der Naturschutz nicht angemessen würde berücksichtigt werden können – weder innerhalb noch außerhalb der Fakultät, auch von den Gutachtern nicht. Aus Hannover sind gleichfalls keine Hinweise überliefert, wonach dort auf den Naturschutz ein besonderer Wert gelegt worden wäre. Eindeutig im Vordergrund stand die Forstgeschichte, zumindest bei den Vertretern der Wissenschaft.

Mit Wirkung vom 1. April 1964 [?] wurde Hasel der ordentliche Lehrstuhl für Forstgeschichte, Forstschutz und Naturschutz übertragen. Am 27. Juli 1965 beschloss die Fakultät, den Lehrstuhl für Forstpolitik und Forstliche Betriebswirtschaftslehre aufzuteilen: in einen Lehrstuhl für Forstpolitik mit Holzmarktlehre, Forstgeschichte und Naturschutz sowie einen Lehrstuhl für Forstliche Betriebswirtschaftslehre mit Waldbewertung und Forstverwaltungslehre.[193] Dass er die Forstpolitik einschließlich Holzmarktlehre in Forschung und Lehre ohne einen Assistenten vertreten musste, bezeichnete Hasel in einem Schreiben vom 18. Dezember 1965 an den Mündener Dekan als „fast unerträglich“.[194]

192 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 23, Der Mündener Dekan am 29. Dezember 1962 an den Niedersächsischen Kultusminister.

193 Benett, Geschichte (1987, S. 95); UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 91, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 27. Juli 1965.

194 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 23, Der Göttinger Kurator am 30. September 1963 an den Mündener Dekan; a.a.O., Hasel am 18. Dezember 1965 an den Mündener Dekan, et passim.

Im ersten Jahresbericht der Universität Göttingen für das akademische Jahr 1966/67 formulierte Hasel als das Ziel seiner forstgeschichtlichen Arbeit, „den völlig verloren gegangenen Zusammenhang mit den Grenzgebieten der Agrar-, Siedlungs-, Rechts- und Wirtschaftsgeschichte wieder herzustellen“. An forstgeschichtlichen Vorhaben nannte er die Fakultätsgeschichte, Erfassung forstgeschichtlicher Literatur, Geschichte der Erholung im Wald sowie die Forstgeschichte des Harzes.[195]

Intensive Forschung war allerdings nur sehr eingeschränkt möglich. Die akademische Bürokratie funktionierte indes offenbar reibungslos. Persönliche Kontakte zu Entscheidungsträgern konnten sich auszahlen. Mit Ausnahme einer Anmerkung Vietinghoffs in seinem Bericht über die Irlandreise deutet in den ausgewerteten Akten nichts auf das zurückliegende „Dritte Reich“ hin.

5.2.2 Politische und gesellschaftliche Setzungen

- Forstpolitik (s. o.)

5.2.3 Methodisches Rüstzeug wissenschaftlicher Arbeit

- Forstmathematik

Am 21. Juli 1922 hatte sich das Mündener Professorenkollegium für die „Errichtung einer mathematisch-physikalisch-meteorologischen Professur“ ausgesprochen. „Bei der heutigen Bedeutung der Physik als Hilfswissenschaft für die übrigen Hilfswissenschaften sowie für die Forstwissenschaft wird für erforderlich gehalten, physikalische u[nd] mathematische Vorlesungen abzuhalten“, heißt es in einem Sitzungsprotokoll vom 20. November 1922. Der Unterricht in Geodäsie indes wurde in dem bisherigen Umfang nicht

195 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 94, Prorektor der Universität Göttingen am 2. April 1968 an die Direktoren der Institute etc.

mehr für notwendig erachtet.[196] Der Chemiker Edgar Wedekind wies darauf hin, dass „Vorlesungen über Physik […] an einer auf naturwissenschaftliche Basis gestellten Hochschule unentbehrlich [sind], ebenso mathematische Vorlesungen und Übungen". Überdies bestehe bei einigen Vertretern der Grundwissenschaften der dringende Wunsch, bei wissenschaftlichen Arbeiten Anregung und Förderung durch einen Physiker zu erhalten. Wedekind stellte den Antrag, den Lehrstuhl für Geodäsie in einen solchen für Physik, Meteorologie und Mathematik umzuwandeln.[197] Eine Denkschrift des Professorenkollegiums vom 1. Februar 1923 unterstrich die Ernsthaftigkeit der Angelegenheit.[198]

Das zuständige Ministerium allerdings dämpfte die Hoffnungen der Hochschule. Der in Aussicht genommene Dr. Rohmann in Münster scheine reiner Physiker zu sein. Es sei daher fraglich, ob Rohmann bereit sei, auch die von ihm zu übernehmenden Veranstaltungen in Geodäsie und Meteorologie durchzuführen. Dem Ministerium lag sehr daran, dass sich der Lehrstuhlinhaber in der Mathematik und Physik den Bedürfnissen des forstlichen Unterrichts entsprechend auf ausgewählte Kapitel beschränkte.[199] Im Übrigen ließ das Ministerium den Mündener Rektor wissen, dass nicht daran gedacht sei, „ein besonders reich ausgestattetes rein physikalisches Institut zu unterhalten". Die Mittel seien knapp, auch stehe nicht in Aussicht, weiteres Personal zu berufen.[200] Der hierzu um eine Stellungnahme gebetene Hermann Rohmann war indes damit einverstanden, neben Physik auch Meteorologie und Geodäsie zu lesen. Er legte jedoch Wert darauf, in Münden auch experimentell arbeiten zu können und war auch bereit, erforderlichenfalls eigene Apparate einzusetzen bzw. solche selbst herzustellen.[201] Für Rohmann sprach wohl auch, dass er plante, für den Fall seiner Berufung „die ihm von dem bekannten verstorbenen Physiker Braun vermachte Bibliothek" mitzubringen.[202] Rohmann wurde noch im gleichen Jahr, 1923, nach Münden berufen.

Als gegen Ende der 1920er Jahre Überlegungen im Raum standen, die Mathematik als Prüfungsfach aufzugeben, reagierte der Mündener Senat strikt ablehnend. Er hielt vielmehr eine Erweiterung der mathematischen Ausbildung für notwendig.[203] Eher sollte die Geodäsie als Prüfungsfach entfallen. Hintergrund war ein Erlass des Preußischen Landwirtschaftsministers vom 1. Mai 1929, in dem es lapidar hieß: „Um den übermässigen [sic!] Umfang der Prüfungsfächer in der Vorprüfung etwas zu verkleinern, soll die Mathematik als Prüfungsfach fortfallen."[204]

Durch Erlass vom 31. Oktober 1930 wurde die Hochschule angewiesen, das Physik-Institut aufzulösen und es anderen Instituten anzugliedern. „Die Forschung auf dem Gebiete der Mathematik und Physik", heißt es in dem Erlass, „muss künftig als ausserhalb des Rahmens der Aufgabe der Forstlichen Hochschule angesehen werden, […]." Der entsprechende Lehrauftrag (für allgemeine Physik und Mathematik) sei künftig eng zu umgrenzen.[205] Die Reaktion aus Münden fiel deutlich aus. Der Senat erblickte in der Maßnahme des Ministeriums „eine Beschränkung der ihm […] auferlegten Pflicht, über die allgemeinen Unterrichtsinteressen der Hochschul[e] zu wachen". Dies habe nicht nur für die Studierenden negative Folgen; „auch

196 AFFGÖ, Protokolle der Professorenkonferenzen, Sitzung vom 20. November 1922.

197 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 192, Antrag von Wedekind, 1922.

198 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 192, Denkschrift des Professorenkollegiums vom 1. Februar 1923.

199 Mit Schreiben vom Mai 1930 legte das Ministerium dem Privatdozenten Dr. Cario im Physikalischen Institut der Forsthochschule nahe, den Foststudenten Kenntnisse von Verbrennungsmotoren zu vermitteln. „Die immer zunehmende Verwendung von Kraftfahrzeugen und Kraftmaschinen im Walde lässt diese Forderung erwünscht erscheinen." Im Übrigen war das Ministerium an einer besonderen Förderung des Instituts nach wie vor nicht interessiert (UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 202, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 24. Mai 1930 an den Mündener Rektor).

200 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 180, Das Preußische Landwirtschaftsministerium am 4. Juli 1923 an den Mündener Rektor.

201 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 180, Rohmann am 14. Juli 1923 an den Mündener Rektor.

202 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 192, Besetzung des Lehrstuhls für Physik, Mathematik und Meteorologie, ohne Datum (um 1923).

203 AFFGÖ, Protokolle der Senatssitzungen, Sitzung vom 12. Juni 1929.

204 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 355, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 1. Mai 1929 an die Forstliche Hochschule; a.a.O., Die Forstliche Hochschule am 14. Juni 1929 an den Preußischen Landwirtschaftsminister.

205 AFFGÖ, Protokolle der Senatssitzungen, Sitzung vom 4. November 1930.

für die Forschungsaufgaben ist das Fehlen eines ständigen Vertreters der genannten Fächer [neben Physik und Mathematik auch Klimalehre und Meteorologie] nachteilig, denn es fehlt die Möglichkeit, sich jederzeit in den benachbarten Arbeitsgebieten fachmännischen Rat zu holen". Das Ansehen der Hochschule müsse leiden, wenn die einschlägigen Forschungen wegfielen. Vor allem aber geriete durch einen solchen Einschnitt Münden gegenüber Eberswalde noch weiter ins Hintertreffen. Denn dort würden Klimatologie, Mathematik und Physik sehr eifrig und erfolgreich betrieben. Der Rektor wies in diesem Zusammenhang noch darauf hin, dass die Studenten mit insgesamt sehr geringen Vorkenntnissen an die Hochschulen kämen. Folglich könne es sich bei dem zu erteilenden Lehrauftrag nur um ein Provisorium handeln, bis normale Zustände wiederhergestellt seien.[206]

In der Argumentation des Mündener Senats ist der Hinweis auf die Schlechterstellung Mündens im Vergleich zu Eberswalde nicht zu unterschätzen. In Münden ist auf diesen Aspekt immer wieder aufmerksam gemacht worden, erste Hinweise finden sich bereits aus der Frühphase der Akademie. Als nachteilig empfunden wurde besonders die Errichtung der einzigen forstlichen Versuchsanstalt für Preußen in Eberswalde, während Münden unberücksichtigt blieb. Hierzu konnte aus Mündener Sicht auch die Mitteilung gezählt werden, mit der sich das Preußische Landwirtschaftsministerium am 6. Mai 1913 an die Königlichen Regierungen des Landes wandte. In dem Rundschreiben wurde deutlich gemacht, wie sehr die Verwendung von Holz als Rohstoff für chemisch-mechanische Industrien zugenommen habe und wie wichtig daher die wissenschaftliche Erforschung der Chemie des Holzes für die Forst- und Holzwirtschaft geworden sei. Bemerkenswerte Erfolge seien bereits auf den Gebieten der Holzkonservierung sowie des Schutzes gegen holzzerstörende Pilze erzielt worden. „Um die Lösung derartiger Fragen in systematisch-wissenschaftlicher Weise einzuleiten und zu fördern", verfügte das Ministerium bei der schon erwähnten Hauptstation des forstlichen Versuchswesens in Eberswalde die Einrichtung einer chemisch-technologischen Abteilung mit einem Laboratorium für Zellstoff- und Holzchemie.[207] In Münden dagegen war es um die Chemie nicht so gut bestellt, das Institut musste 1932 aus Kostengründen schließen.[208]

Der Astronom Josef Hopmann vertrat zwischen 1946 und 1951 im Lehrauftrag die Fächer Mathematik, Meteorologie und Physik an der Mündener Forstfakultät.[209] 1951 brachte er sein Lehrbuch „Forstmathematik in Forschung und Unterricht" heraus. Hopmann gliedert das Buch (235 Seiten) in einen allgemeinen Teil, der neben Rechentechniken forstliche Anwendungen der damaligen Schulmathematik beinhaltet (unter anderem Trigonometrie, Reihen- und Rentenrechnung, Analysis), einen Abschnitt zur Fehlerrechnung sowie einen weiteren zur Statistik. Natürlich fordert er, bei forstwissenschaftlichen Untersuchungen stärker als bisher die Mathematik heranzuziehen und sieht in dieser Hinsicht die Forstwissenschaft im Vergleich mit anderen angewandten Wissenschaften im Hintertreffen. Er empfiehlt insbesondere die stärkere und korrekte Anwendung statistischer Methoden und der Fehlerrechnung, namentlich in der Dendrometrie und Ertragskunde. Vor diesem Hintergrund werden Zweifel an der Richtigkeit mancher „Kurven und Zahlenwerte in den Ertragstafeln" geäußert und die Herleitung verbesserter Formeln, die eine Berücksichtigung naturaler und anthropogener Einflüsse erlauben, angemahnt. Die Zusammenarbeit von Forstbiologen und Mathematikern hält Hopmann auf vielen Gebieten für ertragreich.[210]

Dass Hopmann die Bedeutung mathematischer Methoden für die Forstwissenschaft und Forstwirtschaft betont, kann nicht überraschen; desgleichen nicht, dass insgesamt die Forstleute der Mathematik

206 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 202, Der Mündener Rektor am 3. Dezember 1930 an den Preußischen Landwirtschaftsminister.

207 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 206, Das Preußische Landwirtschaftsministerium am 6. Mai 1913 an sämtliche Königliche Regierungen mit Ausnahme von Aurich und Münster.

208 Steinsiek, Forstliche Fakultät (1915, S. 119).

209 Hasel, Quellen (1968, S. 42).
Die Fakultät hatte übrigens seinerzeit keinen Zweifel daran gelassen, dass für sie eine Professur für Forstrecht und Forstgeschichte wichtiger war als eine Professur für Meteorologie und Mathematik oder für Forstschutz und Naturschutz (AFFGÖ, Protokolle der Fakultätssitzungen, Sitzung vom 30. März 1949).

210 Hopmann, Forstmathematik (1951, S. 1 f., 215, 217-219).



Abb. 19: Josef Hopmann (1890-1975), Aufnahme von 1935 (Quelle: UniA L, FS N02150).

mit Zurückhaltung begegneten. Dabei scheint er den Dozenten der Fakultät nicht immer den Vorwurf ersparen zu können, beispielsweise bei der Auswertung und Interpretation von Messwerten die Erfordernisse der Statistik nicht genau genug beachtet oder auch unzureichende bzw. veraltete Formeln verwendet zu haben. Hopmann ist der Ansicht, dass sehr vieles von dem, was im Wald geschieht, erfasst (gemessen) und mit mathematischen Methoden beschrieben werden sollte. Er unterscheidet sich hierin nicht von den ‚Pionieren' oder Klassikern der Forstmathematik.

Fakultät fordert Lehrstuhl für Forstliche Biometrie

Einem Bericht über das Amtsjahr 1962/63 ist zu entnehmen, dass die Fakultät beantragte, die Stelle eines Wissenschaftlichen Rates für Forstliche Biometrie zu schaffen.[211] Im November 1964 wurde auf Beschluss der Fakultät die Errichtung eines Lehrstuhls für Biometrie vorgeschlagen.[212] Die Notiz, dass zu gleicher Zeit die Einrichtung eines zentralen Rechenzentrums an der Universität Göttingen Gesprächsthema in der Fakultät war, ist hinsichtlich der Rolle, die ein solches Zentrum für die Entwicklung auch der forstlichen Fächer spielen sollte, in unserem Zusammenhang von einiger Bedeutung.[213] Die Errichtung einer Abteilung für Forstliche Biometrie war dann jedoch erst im Laufe des Sommersemesters 1969 geplant.[214]

5.2.4 Voraussetzungen der ökologischen Waldforschung

- Chemie, Physik
- Forstmathematik (s. o.)

Für die Berufung von Alexander Mitscherlich (1836-1918) aus Berlin nach Münden hatte sich bekanntlich der renommierte Göttinger Chemiker Friedrich Wöhler (1800-1882) stark gemacht, ihn als kenntnisreich, gesetzt, ehrenhaft und liebenswürdig gelobt. Für ihn spreche auch, so Wöhler am 10. Januar 1868 an Heinrich Christian Burckhardt, dass er beabsichtige, die vom Vater geerbten geognostischen Sammlungen in das Institut zu überführen, an das er einst berufen würde.[215] Wöhler hatte jedoch auch einen Dr. Meusel für die Besetzung des chemisch-geognostischen Lehrstuhls ins Gespräch gebracht. Meusel sei „eine frische, kräftige, einnehmende Persönlichkeit und für seine Fächer enthusiasmirt" [sic!]. Den möglichen Einwand, dass Meusel bislang nicht unterrichtet habe,

211 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 90, Bericht über das Amtsjahr 1962/63 (1. April 1962 bis 25. Februar 1963).

212 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 90, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 10. November 1964.

213 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 90, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 17. November 1964.

214 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, Protokoll der Sitzung der Weiteren Fakultät am 22. April 1969.

215 NLA HA, Hann. 76a Nr. 732, Wöhler, Göttingen, an Burckhardt vom 10. Januar 1868, fol. 57.

wollte Wöhler mit dem Hinweis relativieren, dass Talent und Kenntnisse ihn dazu in kurzer Zeit befähigen würden. Denn „ein Mal muß einer irgend wo den Anfang machen". Wöhler machte keinen Hehl daraus, dass für potentielle Bewerber auch die Höhe der Besoldung ein wichtiges Moment darstellte.[216] Daraufhin nahm Burckhardt Kontakt zu Meusel auf, der seinerzeit am University College in London den Chemiker Williamson im Laboratorium vertrat. Die Verhältnisse dort, erfahren wir, sagten ihm an sich sehr zu. In seiner Antwort vom 25. Januar 1868 ließ Meusel Burckhardt wissen, er sei gerne bereit, „unter ehrenvollen und sicheren Verhältnissen […] in Deutschland einen Lehrstuhl anzunehmen". Seine Aufgabe als Dozent erblickte er darin, sowohl eine möglichst erfolgreiche Lehrtätigkeit zu entfalten als auch „eine rege und selbstthätige Theilnahme an dem Ausbau der Wissenschaft". Beides sei „für die innere Befriedigung" nötig, so Meusel. Voraussetzung sei, dass sich der Wissenschaftler auf lediglich eine Disziplin konzentrieren könne. Und deshalb glaube er nicht, dass es sinnvoll sei, Chemie und Geognosie in einem Lehrstuhl zu vereinigen. Meusel war überzeugt, dass die Leitung des chemischen Laboratoriums ihn derart beanspruchen würde, dass ihm keine Zeit bliebe für geognostische Exkursionen. Er schlug daher vor, den Lehrstuhl für Chemie mit dem der Mineralogie und Gesteinskunde zu verbinden.[217]

Alexander Mitscherlich trat bekanntlich mit der Entwicklung des Sulfitverfahrens zur Gewinnung von Zellulose aus Holz hervor. Zentral scheint hier ein Schreiben zu sein, welches Mitscherlich am 6. April 1877 dem Kurator der Forstakademie, Oberlandforstmeister von Hagen, schickte. Darin heißt es: „Mir ist es gelungen, ein neues Verfahren ausfindig zu machen, vermittelst dessen eine wichtige Ausnutzung des Holzes auf chemischem Wege ermöglicht wird. Durch das Verfahren bin ich im Stande, drei außerordentlich wichtige Bestandtheile[,] Cellulose, Gerbsäure und Gummi[,] gleichzeitig zu gewinnen. Dasselbe ist", fährt Mitscherlich fort, „patentirt von Preußen und den wichtigsten europäischen Staaten." Dem Holz würde damit ein neues Absatzgebiet eröffnet. Und er fügt noch hinzu, dass er durch die zu errichtende Fabrik Verpflichtungen, die ihn von seinem Beruf abhalten könnten, nicht eingehe, indem die Leitung einer passenden Persönlichkeit übertragen würde. Direktor Heyer hatte seinerzeit gegen den Betrieb einer solchen Anlage nichts einzuwenden, und auch das Ministerium stimmte zu.[218]

Durch die Entwicklung des besagten Verfahrens und die Errichtung einer eigenen Zellstoff-Fabrik jedoch hatte sich Mitscherlich an der Forstakademie mit dem Direktor Borggreve einen mächtigen Feind gemacht. Borggreve legte dem vorgesetzten Ministerium in sehr [!] weitläufigen Schreiben auseinander, warum er, neben anderem, in dem Betrieb der Fabrik eine schwerwiegende Pflichtverletzung Mitscherlichs zu erkennen glaubte. Dass ein Professor der Chemie auf eigene Rechnung am Ort eine chemische Fabrik betreibe, sei augenscheinlich ungehörig. Jener werde sich von dem naheliegenden Verdacht nicht reinigen können, dass er einen namhaften Teil der ihm zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel direkt oder indirekt in seinem eigensten Interesse verwendet habe usw.[219] Borggreve eindringlich, Januar 1881: „Wollen und können Euer Excellenz [gemeint ist der Preußische Landwirtschaftsminister Lucius] in irgend einer geeignet scheinenden Weise […] dem p. Mitscherlich zu verstehen geben, daß es schon alleine wegen des öffentlichen Ärgernisses äußerst erwünscht wäre, wenn er Schritte thäte[,] sich seines Fabrikgeschäfts zu entledigen, da anderenfalls bei erster Gelegenheit eine Versetzung ins Auge gefaßt werden müßte, so würde dieses sicher im Interesse der hiesigen Anstalt sein".[220] Ende September desselben Jahres trug Minister Lucius dann dem Mitscherlich auf, die Zellulosefabrik „binnen

216 NLA HA, Hann. 76a Nr. 732, Wöhler, Göttingen, an Burckhardt vom 12. Dezember [1867], fol. 58 f.

217 NLA HA, Hann. 76a Nr. 732, Dr. Ed. Meusel, London, University College, am 25. Januar 1868 an Burckhardt, fol. 75-77.

218 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 193, Mitscherlich am 6. April 1877 an Oberlandforstmeister von Hagen; a.a.O., Akademiedirektor Heyer am 7. April 1877 an Oberlandforstmeister von Hagen; a.a.O., Der Preußische Finanzminister am 14. April 1877 an Direktor Heyer in Münden.

219 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 191, Akademiedirektor Borggreve am 27. August 1882 an den Preußischen Landwirtschaftsminister; Kropp & Rozsnyay, Biographie (1998, S. 337 f.).

220 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 194, Borggreve am 24. Januar 1881 an den Preußischen Landwirtschaftsminister.



Abb. 20: Luftbild von der auf Alexander Mitscherlich zurückgehenden Mündener Zellulosefabrik, vermutlich 1956 (Quelle: StadtA HM, Industriefotos_Cellulosefabrik_Schulzenrode [1]; Stefan Schäfer, schriftliche Mitteilung v. 11. März 2022).

einer angemessenen Frist“ zu verkaufen. Als Begründung allerdings wurde jetzt in erster Linie angeführt, dass die Schäden an den Waldbeständen der Oberförsterei Kattenbühl unter anderem von den Emissionen der nahe gelegenen Fabrik herrührten. Erst in zweiter Linie wies der Minister darauf hin, dass die Leitung der Fabrik Mitscherlich viel stärker in Anspruch nehme, als dies früher erwartet worden sei.[221]

221 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 194, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 29. September 1881 an Mitscherlich in Münden.

Mitscherlich wiederum beklagte sich beim Landwirtschaftsminister darüber, dass Borggreve Briefe, die an ihn, Mitscherlich, gerichtete gewesen seien, offenbar von seiner vierzehnjährigen Tochter habe schreiben lassen. Sie habe ihren Mitschülerinnen von den Inhalten erzählt, die auf diesem Weg an die Öffentlichkeit gelangt seien.[222] Nachdem der Minister Borggreve aufgefordert hatte, sich dazu umgehend zu äußern, scheint dieser das Geschilderte eingeräumt zu haben. Der Minister drückte hierfür dem Akademiedirektor gegenüber seine Missbilligung aus, sprach von einer „Verletzung der von den Ihnen unterstellten Beamten unbedingt zu beanspruchenden discreten Behandlung ihrer persönlichen Angelegenheiten". Mitscherlich entschied sich schließlich, die Rechte an seinem Verfahren sowie die Fabrik zu verkaufen und seine Tätigkeit an der Forstakademie zu beenden.[223]

Als sich 1885 andeutete, dass Mitscherlichs Nachfolger in Münden, Friedrich Wilhelm Daube (1844-1886), vermutlich aus gesundheitlichen Gründen seine Stellung würde aufgeben müssen, richtete der erst unlängst in Eberswalde habilitierte 34-jährige Emil Ramann ein Schreiben an die Mündener Forstakademie. Er nannte darin Daube einen Freund, der vermutlich selbst für ihn, Ramann, eintreten würde, sollte es zu dessen Entpflichtung kommen. Ramann bat deshalb auch den Direktor bei entsprechender Vakanz um gütigste Unterstützung. Indes kam es nicht dazu, Ramann blieb bis auf Weiteres in Eberswalde und entwickelte sich dort zu einem der führenden deutschen Bodenkundler.[224] In gleicher Angelegenheit hatte sich dann im Januar 1886 auch Constantin Councler (1851-1910), ebenfalls Eberswalde, geflissentlich als Nachfolger Daubes ins Gespräch gebracht. Er, Councler, wolle nicht unbescheiden erscheinen, aber einen geeigneteren Bewerber als ihn gebe es nicht.[225]

Am 8. März 1886, einen Tag nach dem Tod Daubes, antwortete Professor Julius von Schroeder, Forstchemiker in Tharandt, auf einen Brief aus Münden, in dem ihm offenbar der frei werdende Lehrstuhl von Daube in Aussicht gestellt worden war. Von Schroeder ist bis heute bekannt besonders für die zusammen mit dem Harzer Forstmann Carl Reuß 1883 herausgegebene Monographie über „Die Beschädigung der Vegetation durch Rauch und die Oberharzer Hüttenrauchschäden".[226] Hier ist von Interesse, dass von Schroeder seine Stellung an der Forstakademie in Tharandt keinesfalls aufgeben wollte. Sehr lobend äußerte er sich allerdings über Councler, von dem er ganz sicher zu sagen wusste, dass er der Forstakademie in Münden als Lehrer und Forscher zur Zierde gereichen würde.[227]

Councler ein früher Vertreter der Umweltchemie

Hier ist noch anzumerken, dass es seinerzeit in Münden ein forstchemisches Versuchslaboratorium gab, das von Daube geleitet und erst unter seiner Ägide eingerichtet worden war.[228] Councler, der den Mündener Lehrstuhl für Chemie, Geologie und Mineralogie von 1886-1910 innehatte, forschte über die Mineralstoffernährung der Waldbäume, Gerbstoffbestimmung, Kohlenhydrate des Holzes sowie Zellulose. Darüber hinaus untersuchte er in Münden auf Veranlassung der Regierung in Hildesheim die Abwässer des städtischen Schlachthauses, ferner für den Mündener Magistrat die Qualität des Trinkwassers. Auf „privates Ansuchen von hiesigen Geschäftsleuten" dehnte Councler seine Analysen auch auf Brot, Mehl, Butter, fette Öle, Wein und Weinfarbstoffe aus. Akademiedirektor Weise gab eine Untersuchung des Staubes einer Mündener Schmirgelfabrik in Auftrag, der Landwirtschaftsminister ein Gutachten über die Eignung von Birkenholz für die Zellulosefabrikation.[229] Einige Zeit später jedoch, im

222 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 191, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 7. November 1882 an Borggreve in Münden.

223 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 191, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 28. November 1882 an Borggreve in Münden.

224 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 188, Emil Ramann, Eberswalde, am 16. Juli 1885 an die Forstakademie Münden.

225 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 188, Constantin Councler, Eberswalde, am 24. Januar 1886 an die Forstakademie Münden.

226 Ohne Zweifel handelt es sich hierbei um ein richtungsweisendes Standardwerk der frühen Waldschadensforschung. Sein Wert liegt vor allem in dem ergiebigen Zusammengehen von Forst- und Naturwissenschaft.

227 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 188, Julius von Schroeder, Tharandt, am 8. März 1886 an die Forstakademie Münden.

228 Kropp & Rozsnyay, Biographie (1998, S. 126).

229 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 188, Akademiedirektor Weise am 1. Mai 1895 an den Göttinger Kurator Höpfner.

Jahr 1901, eröffnete Councler dem Akademiedirektor seinen Entschluss, sich nach einer Professur für Chemie umzusehen. Direktor Weise berichtete entsprechend an das Ministerium nach Berlin. Als Grund soll er demnach die Vielfalt der von ihm zu vertretenden Fachgebiete angegeben haben. Die wissenschaftliche Forschung in diesen Fächern mache so große Fortschritte, dass er ihnen nicht mehr zu folgen vermöge. Er selbst wolle sich jedoch auf die Chemie konzentrieren. Dies habe, wie Councler befürchtete, zur Folge, dass er sich um die beiden anderen Fächer weniger intensiv kümmern könne. Er stehe damit einem Konflikt zwischen Pflichten und Leistungsfähigkeit gegenüber, der ihn tief betrübe.[230] Der Aktenüberlieferung ist nicht zu entnehmen, warum sich Councler entschied, doch in Münden zu bleiben.

Noch im Jahr seiner Berufung zum ordentlichen Professor der Chemie, Mineralogie und Geologie, verbunden mit der Leitung des Mündener Chemischen Instituts, wandte sich Heinrich Süchting (1880-1962) wiederholt an Direktor Fricke mit der Bitte, einen Assistenten anstellen zu dürfen. Zur Begründung führte Süchting am 29. September 1912 aus, dass „die Bearbeitung der Humusfrage" Untersuchungen erfordern würde, die eine gewisse Zeit beanspruchen und keinesfalls unterbrochen werden dürften. Der Semesterbetrieb jedoch hindere ihn daran, diese Arbeiten aufzunehmen. Die vorlesungsfreie Zeit wiederum sei dafür zu kurz bemessen. Die Unterstützung durch einen Assistenten sei daher dringend notwendig.[231] Fricke war einverstanden, und auch das Ministerium erklärte sich bereit, die Anstellung eines Assistenten zu genehmigen.[232] Zu Beginn des Ersten Weltkriegs jedoch verlor Süchting seinen Assistenten an das Militär, die Arbeiten im Laboratorium mussten eingestellt werden und auch Süchting selbst hatte noch gehofft, als Kriegsfreiwilliger Verwendung zu finden.[233]

Als ein besonders vielseitiger Wissenschaftler galt Edgar Wedekind (1870-1938). Er wurde 1919 auf den neuerrichteten Lehrstuhl für Chemie nach Münden berufen. Seine Interessen lagen auf den Gebieten der Magnetochemie, Verschwelung des Trockentorfs, der synthetischen Kontaktgifte zur Bekämpfung von Forstschädlingen sowie der Komponenten des Holzes (Lignin, Zellulose, Hemizellulosen).[234] Köstler (1939) erwähnte außerdem: Zellstoff aus Buchenholz; Einfluss des Rotfäulepilzes auf die Eigenschaften des Fichtenholzes; chemische Zusammensetzung des Buchenholzes („Holzchemie").[235]

In seiner Festrede anlässlich der Rektoratsübergabe an der Forstlichen Hochschule Hann. Münden am 6. Mai 1929 zum Thema „Chemie und Forstwissenschaft" betonte Wedekind die Bedeutung der Chemie für die Aufschließung des Holzes, etwa zur Gewinnung von Zellulose, um Papier und Kunststoffe herzustellen. Er nannte außerdem die Holzverzuckerung als eine weitere Möglichkeit, Abfallholz zu verwerten. Große Bedeutung maß Wedekind, wie oben schon erwähnt, den chemischen Giften bei der Bekämpfung forstlicher Schädlinge bei (Insekten, Pilze). Bei der Anwendung chemischer Präparate im Wald müsse eine Schädigung auch der „nützlichen Bewohner des Waldes" sowie unter Umständen von Menschen in Erwägung gezogen werden. Solches sei insbesondere bei der Ausbringung von Giften durch Flugzeuge zu berücksichtigen.[236] Zur Sprache kam auch die Beschädigung oberirdischer Pflanzenorgane durch Rauchgase der Industrie. Von den Wirkungen solcher Stoffe auf den Boden und die Rhizosphäre, gasförmig oder im Niederschlag gelöst, war jedoch nicht die Rede.[237]

230 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 188, Akademiedirektor Weise am 10. April 1901 an das Preußische Landwirtschaftsministerium.

231 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 325, Süchting am 29. September 1912 an den Mündener Akademiedirektor.

232 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 325, Fricke am 3. Oktober 1912 an den Preußischen Landwirtschaftsminister; a.a.O., Das Preußische Landwirtschaftsministerium am 24. Oktober 1912 an den Mündener Akademiedirektor.

233 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 325, Süchting am 1. Dezember 1914 an den stellvertretenden Akademiedirektor.

234 Köstler, Festschrift (1939, S. 49 f.).

235 Köstler, Festschrift (1939, S. 82 f.).

236 Wedekind, Chemie (1929, S. 1-3).
Aus dem Jahr 1926 stammt der Hinweis auf Versuche zur chemischen Schädlingsbekämpfung, die Wedekind und der Zoologe Rhumbler gemeinsam durchführten (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 206 [Schreiben vom 16. April 1926]).

237 Wedekind, Chemie (1929, S. 5).



Abb. 21a-c: Dem damaligen Leiter des Mündener Instituts für Zoologie, Ludwig Rhumbler, machte die Firma Schering ein Fotoalbum zum Geschenk, in dem eine Flugzeugbestäubung von Waldbeständen 1927 gegen die Nonne (Lymantria monacha) und die Kiefernbuschhorn-Blattwespe (Diprion pini) mit Arsenstaub („Meritol") dokumentiert wurde (Quelle: Abteilung Forstzoologie und Waldschutz, Universität Göttingen; Repros Mareile Steinsiek, 2022).

Wedekind beschränkte sich in seiner Rede im Wesentlichen auf die engeren Anwendungsbereiche der Chemie in der Forstforschung. Programmatische Entwürfe zu einer möglichen Weiterentwicklung des Faches, nicht zuletzt durch Kooperation mit Fächern wie der Zoologie, der Technischen Mykologie, der Bodenkunde oder mit der Praxis, fehlen. Dass Böden und Bäume von einer Kalkung profitieren können, wie sie der Kollege Süchting empfahl, fand ebenfalls keine Erwähnung.

Das Chemische Institut wurde aufgrund der zweiten preußischen Notverordnung vom 23. Dezember 1931 mit Wirkung zum 1. Oktober 1932 geschlossen, Wedekind jedoch führte den Betrieb „in eingeschränktem Umfang" dank privater Zuwendungen weiter.[238] Auf ihrer Sitzung vom 16. April 1936 beantragte die Hochschule die Wiedererrichtung von Lehrstuhl und Institut für Chemie.[239] Als Wedekind, inzwischen emeritiert, beabsichtigte, für das Sommersemester 1937 eine Vorlesung über „Kriegs- und Wehr-

238 Senat, Forstliche Hochschule (1933, S. 29).

239 AFFGÖ, Protokolle der Senatssitzungen, Sitzung vom 16. April 1936.
Hier und auch in der Folge ist in den Sitzungsprotokollen von „Fakultät" die Rede, obgleich die Angliederung der Forstlichen Hochschule als Forstliche Fakultät an die Universität Göttingen erst 1939 vollzogen wurde.





chemie“ anzukündigen, zeigte sich Rektor Köstler in einem Schreiben an den Reichsforstmeister gleichwohl ungehalten. Eine Fortsetzung der Lehrtätigkeit Wedekinds sei „durchaus unerwünscht“. Dieser sei in der Stadt als ehemaliger Angehöriger des [SPD-nahen] Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold bekannt, sein öffentliches Auftreten würde infolge seines schlechten Gesundheitszustandes peinlich erscheinen.[240] Der Reichsforstmeister lehnte es dann aus formal-rechtlichen Gründen ab, dass Wedekind weiterhin Vorlesungen an der Forsthochschule hielt.[241]

Ordinariat für Chemische Holzforschung besonders vordringlich

Im Februar 1939 jedoch wurde die Einrichtung eines Ordinariats für Chemische Holzforschung von der Hochschule als besonders vordringlich bezeichnet.[242] Bis dahin hatte der Dozent Dr. Storch die Holzchemie im Lehrauftrag vertreten. Im Juni 1939 beantragte dann Dekan Baader mit Hinweis auf die neue Studienordnung die Errichtung des Lehrstuhls. Denn die neue Studienordnung für den höheren Forstdienst enthielt die chemische Technologie des Holzes als Prüfungsfach. Auch der Stellenplan für die in Göttingen neu zu errichtende Forstliche Fakultät sehe ein Institut für chemische Holzforschung vor.[243] Storch erhielt Ende September 1939 von Baader die Mitteilung, dass die von ihm angezeigte Vorlesung stattfinden könne und eine Schließung des Chemischen Instituts – das es ja offiziell gar nicht mehr gab – nicht in Frage komme. Am 21. November allerdings stand fest, dass der Forschungsbetrieb des Institutsendgültig eingestellt werden sollte. Der Dekan beabsichtigte nun, in dessen Räumen die Vegetations- und Ertragskunde aus Har-

240 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 191, Der Mündener Rektor Köstler am 3. Februar 1937 an den Reichsforstmeister.

241 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 191, Der Reichsforstmeister am 9. Februar 1937 an den Mündener Rektor.

242 AFFGÖ, Protokolle der Senatssitzungen, Sitzung vom 22. Februar 1939.

243 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 229, Baader am 20. Juni 1939 an den Reichswissenschaftsminister; a.a.O., Baader am 30. September 1939 an Storch; a.a.O., Baader am 21. November 1939 an Storch.

burg-Wilhelmsburg unterzubringen (vgl. Kapitel 5.2.5, Waldbau-Grundlagen).

5.2.5 Grundlagen der Holzerzeugung und Waldforschung

- Forstbotanik
- Forstgenetik
- Forstliche Vegetationskunde
- Waldbau-Grundlagen
- Forstliche Bodenkunde

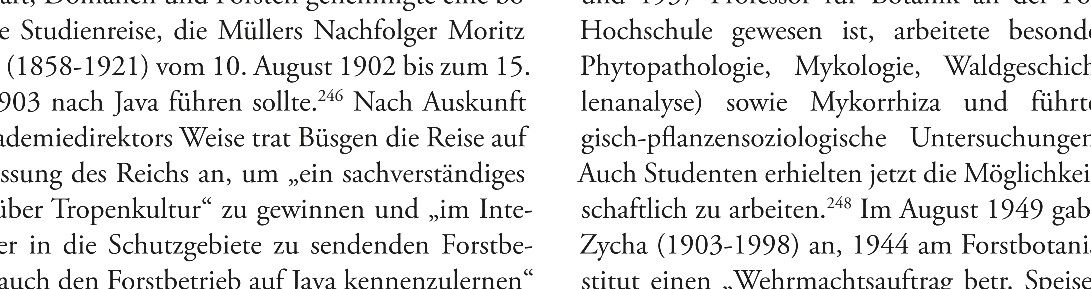
Forstbotanik
Das Fach Botanik wurde 1872 in Münden ein selbstständiges Lehrgebiet, bevor Nicolaus Jacob Carl Müller, dem mit seiner Berufung „auch besonders wissenschaftliche Untersuchungen aufgegeben“ worden waren, kurz darauf das „von Borggreve begründete Botanische Cabinett“ zu einem kleinen Institut ausbaute. Moritz Büsgen widmete den botanischen Sammlungen viel Aufmerksamkeit. Auch 1933 wurde auf die sehr reichhaltigen Sammlungen und Materialien des Instituts besonders hingewiesen.[244]

Die Fachvertreter sollten von Beginn an auch wissenschaftlich arbeiten. N. J. C. Müller entwickelte eine rege, vor allem pflanzenphysiologische Forschungstätigkeit.[245] Das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten genehmigte eine botanische Studienreise, die Müllers Nachfolger Moritz Büsgen (1858-1921) vom 10. August 1902 bis zum 15. April 1903 nach Java führen sollte.[246] Nach Auskunft des Akademiedirektors Weise trat Büsgen die Reise auf Veranlassung des Reichs an, um „ein sachverständiges Urteil über Tropenkultur“ zu gewinnen und „im Interesse der in die Schutzgebiete zu sendenden Forstbeamten auch den Forstbetrieb auf Java kennenzulernen“



Abb. 22: Nicolaus Jacob Carl Müller (1842-1901) (Quelle: Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen; Repro Wolfgang Tambour).

und darüber zu berichten.[247] 1908 bereiste Büsgen Togo und Kamerun.



Eduard Jahn (1871-1942), der zwischen 1921 und 1937 Professor für Botanik an der Forstlichen Hochschule gewesen ist, arbeitete besonders über Phytopathologie, Mykologie, Waldgeschichte (Pollenanalyse) sowie Mykorrhiza und führte ökologisch-pflanzensoziologische Untersuchungen durch. Auch Studenten erhielten jetzt die Möglichkeit, wissenschaftlich zu arbeiten.[248] Im August 1949 gab Herbert Zycha (1903-1998) an, 1944 am Forstbotanischen Institut einen „Wehrmachtsauftrag betr. Speisepilzzüchtung auf Holzabfällen“ erhalten bzw. bearbeitet zu haben. Laut Bericht der Biologischen Bundesanstalt für



244 Senat, Forstliche Hochschule (1933, S. 26 f.).
245 Köstler, Festschrift (1939, S. 43).
246 Hasel, Quellen (1968, S. 215).
247 Hasel, Quellen (1968, S. 215).
248 Senat, Forstliche Hochschule (1933, S. 26).

Land- und Forstwirtschaft, Institut für angewandte Mykologie und Holzschutz in Hann. Münden, vom 4. April 1950 liefen derartige Untersuchungen auch nach dem Krieg weiter.[249]

Sofern die Vorgänge, insbesondere gutachtliche Stellungnahmen von Fachgenossen bzw. die Voten der Mündener Hochschulleitung oder der Berliner Zentrale im Zusammenhang mit der Neubesetzung von Lehrstühlen in den Akten überliefert sind, können sich wichtige Anhaltspunkte für die programmatische Ausrichtung der Forschung ergeben. Dekan Köstler etwa nutzte die Neubesetzung der Professur für Botanik (Nachfolge Jahn) im Juli 1937 dazu, sich gegenüber dem Reichsforstmeister und Preußischen Landesforstmeister seitenlang zum künftigen Zuschnitt des Lehrstuhls und zur Bewerberauswahl zu äußern. Köstler machte gleich zu Anfang keinen Hehl daraus, dass sich der Stelleninhaber nicht nur als Fachbotaniker, sondern auch als Nationalsozialist bewährt haben müsse. Er räumte jedoch sofort ein, dass es ihm trotz umfangreicher Bemühungen nicht gelungen sei, Wissenschaftler ausfindig zu machen, die beiden Anforderungen gleichermaßen genügten. Köstler wurde bei seiner Suche von externen Sachverständigen unterstützt. Fest stand, einen Fachbotaniker gewinnen zu wollen, nicht etwa einen Forstmann mit entsprechender wissenschaftlicher Qualifizierung. An Heinrich Walter von der Technischen Hochschule Stuttgart etwa wurde gelobt, dass er als bedeutender Pflanzenökologie der in Forstkreisen verbreiteten Pflanzensoziologie gegenüber „ein gesundes Gegengewicht" würde darstellen können. Köstler betonte, dass aus Sicht der Forstwissenschaft „die Ökologie eine durchaus erwünschte und für unser Gebiet ausbaufähige Arbeitsrichtung" sei. Theodor Schmucker, den Köstler als Spezialist für Pflanzenphysiologie und Ökologie bezeichnete, wurden neben fachlichen Qualitäten auch hervorragende didaktische Fähigkeiten attestiert. Darüber, dass er seiner äußeren Erscheinungsform sehr geringe Aufmerksamkeit schenkte, würde die Fakultät laut einstimmigem Beschluss hinwegsehen wollen. Köstler fügte noch hinzu, dass durch eine Berufung Schmuckers die Beziehungen zur Universität Göttingen, an der er, aus München kommend, seit 1923 im Botanischen Institut beschäftig war, verstärkt werden würden. Köstler musste allerdings einräumen, dass sich die von ihm vorgeschlagenen Professoren bis dahin mit forstlichen Fragen nicht „wirklich ernstlich" befasst hätten. Dies gelte auch für die Mykologie, welche allerdings, gemessen an den sehr zahlreichen Anfragen aus der Praxis, nicht vernachlässigt werden dürfe. Köstler stellte deshalb zugleich den Antrag, die Mykologie aus dem Botanischen Institut herauszulösen und wieder mit einem eigenen Institut zu verselbstständigen.[250] Und er präsentierte mit Theodor Rohde auch bereits einen möglichen Institutsleiter. Er hielt Rohde zwar für wissenschaftlich sehr einseitig vorgebildet, ohne den erforderlichen Weitblick in Hochschulfragen und für wenig originell. Aber er habe sich als Nationalsozialist bewährt, auch wenn [oder gerade weil] er „schon vielfach durch sein Verhalten als Dozentenschaftsleiter Anstoss [sic!] erregt" habe. Köstler, der selber kein Parteimitglied war, beurteilte in diesem Zusammenhang die „parteipolitischen Verhältnisse an der hiesigen Hochschule" als „besonders schwierig, weil an der Hochschule ein Mangel an verdienten alten Nationalsozialisten und auch an Parteigenossen besteht".[251] Köstler ging es um eine „politisch[e] Neugestaltung der Hochschule". Diese schien ihm offenbar auch deshalb wichtig zu sein, weil feststehe, „dass Münden als selbstständige Hochschule fortbestehen bleibt". Dieser Hinweis muss insofern sehr überraschen, als Köstler derjenige Akteur in Münden gewesen ist, der am engagiertesten die Angliederung der Forstlichen Hochschule als Fakultät an die Universität Göttingen betrieben und wenig später auch durchgesetzt hatte. Jedenfalls glaubte Köstler den Zeitpunkt gekommen, für einen weiteren Ausbau der

249 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 182, Zycha vermutlich am 10. August 1949; a.a.O., Bericht für die Zeit vom 1. Oktober 1949 bis 31. März 1950 vom 4. April 1950.

250 Nachdem Richard Falck Ende März 1933 aus Münden hatte fliehen müssen, wurde das von ihm geleitete Institut für Technische Mykologie am 23. Juni 1933 mit dem Institut für Botanik vereinigt (Steinsiek, Forstliche Fakultät, 2015, S. 166).

251 Hier wäre allerdings zu bemerken, dass Eduard Jahn, um dessen Nachfolge es ging, im November 1936 darauf aufmerksam gemacht hatte, dass der industrielle Aufschwung im Land „zur Abwanderung aller guten Kräfte aus den gering besoldeten Staatsstellungen" führen könne. Jahn also befürchtete vielmehr, „daß auf die Dauer die wissenschaftlichen Institute arbeitsunfähig werden" würden (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 22, Jahn am 19. November 1936 an den Mündener Rektor).

Hochschule Sorge zu tragen, durch bauliche Erweiterungen und eine personelle Aufstockung. Den Ruf auf den Lehrstuhl für Botanik erhielt dann Theodor Schmucker (1894-1970). Zu einer Abtrennung der Mykologie von der Botanik kam es allerdings nicht.[252]

Zu Schmuckers Arbeitsschwerpunkten, der zunächst, wie oben schon erwähnt, von 1923 bis 1937 am Pflanzenphysiologischen Institut der Universität Göttingen beschäftigt war und dann zwischen 1937 und 1962 den Mündener Lehrstuhl für Forstbotanik und Technische Mykologie innehatte, zählte neben der Forstpflanzenzüchtung die Pflanzengeographie.[253] Er unterzog sich der ausgesprochen mühseligen Aufgabe, aus den seinerzeit verfügbaren einschlägigen Quellen „Die Baumarten der nördlich-gemäßigten Zone und ihre Verbreitung" (1942) zu ermitteln und in 250 Karten darzustellen – allerdings nicht ohne auf die vielen Unsicherheiten hinzuweisen, welche eine solche Unternehmung mit sich brachte. Schmucker kam dabei zu dem Ergebnis, dass die rezenten Klimabedingungen als maßgebliche Erklärung für das Vorkommen der Baumarten nicht überbewertet werden sollten. Wie die Dauerfaktoren würden auch Extremereignisse, „so selten und so unregelmäßig sie eintreten mögen", über



Abb. 23: Mikroskopiersaal des Instituts für Botanik und Technische Mykologie, um 1933 (Quelle: Senat, Forstliche Hochschule, 1933, S. 27).

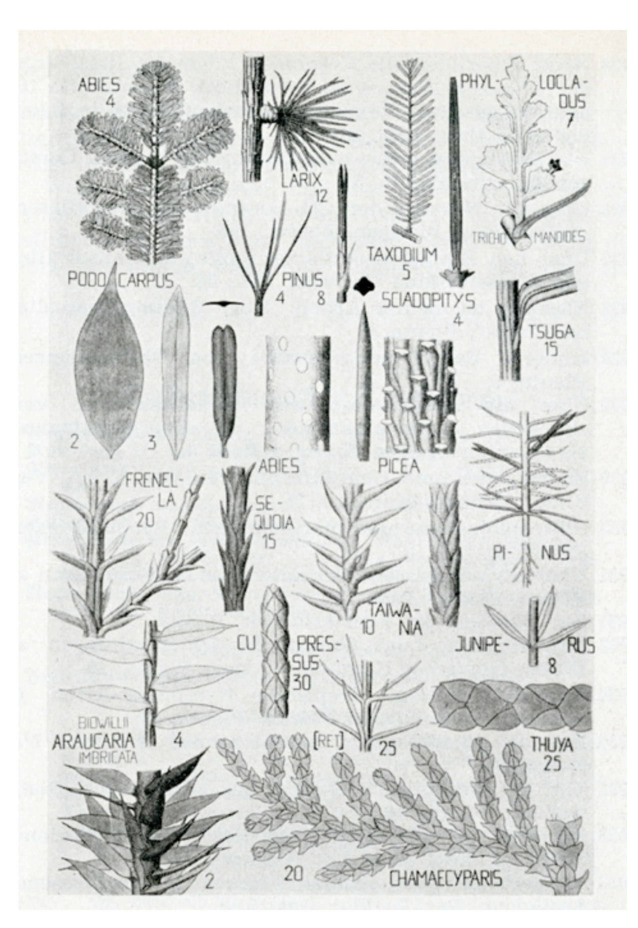


Abb. 24: Eine von Theodor Schmucker entworfene und gezeichnete Unterrichtstafel „Blattypen der Coniferen", Originalgröße 150 x 100 cm (Quelle: Forstarchiv 35, 1964, S. 79). Schmucker soll einige hundert solcher großformatigen, farbigen Tafeln angefertigt haben. Keine einzige hat sich offenbar erhalten.

die Lebensmöglichkeiten entscheiden.[254] Für einen besonders wichtigen weiteren Faktor hielt Schmucker die Konkurrenz. Der „Zahlenwert eines oder ganz weniger z. B. klimatischer Faktoren" reiche nicht aus, um die Verbreitung von Baumarten zu erklären. Weil ein Kollege Schmuckers in Münden, Julius Oelkers, für seinen „neuen Waldbau" (vgl. Kapitel 5.2.6) eben solche Werte maßgeblich bei der Baumartenwahl herangezogen sehen wollte, kann Schmuckers Kritik auch als Votum gegen Oelkers Methode verstanden werden: „Mag eine solche Behauptung, wenn sie auf sinnvollen und genü-

252 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 217, Dekan Köstler am 2. Juli 1937 an den Reichsforstmeister und Preußischen Landesforstmeister.

253 Kropp & Rozsnyay, Biographie (1998, S. 396).

254 Schmucker, Verbreitung (1942, S. 50 f.).

gend umfassenden Daten beruht, lokale, heuristische und praktische Bedeutung haben! In ihr die wahre Ursache schlechthin erkannt haben zu wollen, das bedeutet nur zu leicht unzulässige Vereinfachung und trägt den Fluch unberechtigter Extrapolation in sich.“[255]

Neue Wälder braucht das Land

Das Landesforstamt beim Oberpräsidenten der Provinz Hannover erteilte Schmucker am 2. März 1946 den Auftrag, eine Prüfungsstelle für Waldsamen einzurichten.[256] Im Folgejahr war der Neubau eines Gewächshauses für das Forstbotanische Institut geplant. Dieses Gewächshaus werde, wie es hieß, „dringend gebraucht zur Aufzucht von Waldsämereien zwecks Wiederaufforstung unserer Wälder.“ Im vorausgegangenen Winter hatte der Frost das Institut mehr als zwei Monate lang völlig lahmgelegt, weil Behelfsöfen fehlten.[257] 1947 wurden bearbeitet (Aufstellung in wörtlicher Wiedergabe der Quelle):[258]

- Physiologie von Birkenarten
- Geographische Verbreitung der Bäume
- Baumkrankheiten, insbesondere der Fichte
- Untersuchung von Baumsamen
- Untersuchung holzzerstörender Pilze
- Borkenkäferbekämpfung

Schmucker wies in diesem Zusammenhang noch darauf hin, dass Forschungsergebnisse als Gutachten der Praxis direkt zugeleitet würden. Doch erst Ende Februar 1949 habe das Forstbotanische Institut, so Schmucker später, „durch Ordnungs-, Erneuerungs- und Ergänzungsarbeiten endlich in einen arbeitsfähigen Zustand versetzt“ werden können.[259] Im selben Jahr bereitete das Institut eine Veröffentlichung über den Schutz einheimischer Pflanzen vor.[260]

Der Arbeitsbericht für das Jahr vom 1. Juli 1947 bis 30. Juni 1948 enthält ein für die damalige Zeit durchaus interessantes Detail, das gleichwohl in Münden nicht allein stand. Denn indem Schmucker den Studenten seine ganze Aufmerksamkeit schenkte, wird er mehr für sie getan haben, als ihnen lediglich wissenschaftliches Arbeiten nahezubringen. Er schrieb: „Der Lehrbetrieb erforderte einen großen Teil der Arbeitskraft, zumal die engere Verbindung zwischen Studenten und Lehrern gefördert werden sollte. Die Beratung bei wissenschaftlichen Arbeiten und die Förderung der eigenen naturwissenschaftlichen Betätigung der Studenten durch Hilfeleistung war allen Institutsangehörigen eine umfangreiche, aber sehr gern übernommene Arbeit, deren Erfolge wohl befriedigten.“[261] Dass dies allerdings auf Kosten der Forschung ging, versteht sich von selbst.

Zu Beginn der 1950er Jahre klagte Schmucker über einen prekären Geldmangel.[262] Im November 1952 war dann die Rede von finanziellen Unterstützungen durch verschiedene Landesforstverwaltungen und den Bund. Noch im gleichen Jahr genehmigte der Niedersächsische Kultusminister die Umbenennung des Instituts für Forstbotanik und Technische Mykologie in Institut für Forstbotanik und Forstgenetik.[263] Das Institut wurde von laufenden Anforderungen aus der Praxis (wissenschaftliche Untersuchungen und Gutachten) derart in Anspruch genommen, dass Grundla-

255 Schmucker, Verbreitung (1942, S. 51).

256 Bereits im November 1941 hatte die Fakultät beschlossen, eine Stelle für Saatgutprüfung dem Forstbotanischen Institut anzugliedern (AFFGÖ, Protokolle der Fakultätssitzungen, Sitzung vom 7. November 1941).

257 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 75, Der Oberpräsident der Provinz Hannover – Landesfortamt – am 2. März 1946 an Schmucker; a.a.O., Regierung Hildesheim am 26. August 1947 an den Göttinger Kurator; a.a.O., Schmucker am 8. Juli 1947 an das Wirtschaftsamt Hann. Münden.

258 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 65, Institutsbericht (Forstbotanik) für die Zeit vom 1. März bis 30. Juni 1947.

259 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 65, Schmucker am 14. Februar 1949 an die Forschungsüberwachungsstelle beim Niedersächsischen Minister für Wirtschaft und Verkehr.

260 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 65, [Vgl. die Angaben auf dem Formular vom 13. Juni 1949 (?)].

261 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 65, Schmucker am 29. Juni 1948 mit dem Jahresbericht (1. Juli 1947 bis 30. Juni 1948).

262 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 75, Schmucker am 18. Juni 1952 an den Mündener Dekan.

263 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 76, Schmucker an den Niedersächsischen Kultusminister; ohne Ort und Datum [um den 8. November 1952]; a.a.O., Der Niedersächsische Kultusminister am 18. Dezember 1952 an den Göttinger Kurator.

Abb. 25: Bau und Bepflanzung des Alpinums im Großen Botanischen Garten der Forstlichen Fakultät zu Münden, 1952 (Quelle: Abteilung für Forstbotanik und Baumphysiologie, Universität Göttingen, Fotoalbum des ehemaligen Botanischen Instituts; Repro Volker Meng, 2022).

genforschung und die Kooperation mit anderen Instituten stark eingeschränkt werden mussten. So schrieb Schmucker am 21. Juni 1954 dem Niedersächsischen Kultusminister: „Die Art der im Forstbotanischen Institut anfallenden wissenschaftlichen Arbeiten richtet sich weniger nach meinen Wünschen als nach den uns gestellten Aufgaben."[264] Er strebte an, durch den Anbau von sogenannten Art-Hybriden zur Ertragssteigerung in der Forstwirtschaft beizutragen. Und immer noch mussten bestimmte Forschungsarbeiten von der Militärregierung genehmigt werden, verbunden mit Berichtspflichten.[265]

Nach Bruno Huber (1960) bildete in den fünfzehn Jahren seit Kriegsende auch in Deutschland die Baumphysiologie einen Schwerpunkt der forstbotanischen Forschung. Außerdem glaubte er, dass die „Lehre von den Lebensgemeinschaften" in ihrer Bedeutung zuerst von Forstleuten erkannt worden sei. Er wies in diesem Zusammenhang auf Friedrich Karl Hartmann in Münden hin.[266]

264 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 83, Schmucker, Institut für Forstbotanik und Forstgenetik, am 21. Juni 1954 an den Niedersächsischen Kultusminister.

265 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 65, Schreiben vom 30. April 1954, et passim.

266 Huber, Forstbotanik (1960, S. 4, 26).

Mit Stand von 1958 war das Institut für Forstbotanik und Forstgenetik auf folgenden Forschungsfeldern aktiv (Aufstellung in wörtlicher Wiedergabe der Quelle):[267]

- Enzymologische Untersuchungen an Koniferen
- Vegetative Vermehrung von Bäumen (Untersuchung von entwicklungsphysiologischen Fragen). Heteroplastische Transplantationen
- Osmotische Werte bei Bäumen, insbesondere Rassen im Jahresgang
- Unterschiede der Mycorrhiza bei Raumrassen
- Selbst- und Fremdbefruchtung bei Bäumen
- Vorkommen von Mortierella in verschiedenen Bäumen
- Rostresistenz bei Kiefernbastarden
- Bastardierungszüchtung bei verschiedenen Gattungen (Alnus, Populus)

Dem Niedersächsischen Kultusminister gegenüber hatte sich Schmucker dahingehend geäußert, dass seines Wissens im deutschen Sprachgebiet die Forstpflanzengenetik und -zucht durch ihn, Schmucker, als Lehrfach begründet und in Münden erstmals vertreten worden sei.[268]

Auf der Suche nach einem Nachfolger für Theodor Schmucker, der am 30. September 1962 emeritiert wurde, wandte sich die Fakultät neben anderen an André Pirson vom Pflanzenphysiologischen Institut der Universität Göttingen mit der Bitte um Vorschläge. Die Berufungskommission war an sich der Meinung, dass die Forstbotanik einschließlich der allgemeinen Botanik durch einen der Forstwirtschaft nahestehenden Fachbotaniker vertreten werden sollte. Eine sofortige Berufung scheint wegen der noch ungewissen Neubauplanung auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein.[269] So bezeichnete auch Pirson die Lage der Fakultät „im Vorstadium der Übersiedlung" als schwierig, hier namentlich im Hinblick auf die Besetzung von Lehrstühlen. Große Stücke hielt Pirson auf den Botaniker Otto Ludwig Lange. „Er verbindet in vorbildlicher Weise – was leider selten ist – ökologische Interessen mit exakter Methodik."[270]

Hans Ferdinand Marquardt, Forstbotanisches Institut der Universität Freiburg i. Br., machte am 19. Juli 1962 den Mündener Dekan Speidel darauf aufmerksam, dass es kaum gelingen werde, einen Wissenschaftler, der bereits über gute Arbeitsmöglichkeiten verfüge, nach Münden zu berufen, wo erst nach Jahren mit vergleichbaren Bedingungen würde gerechnet werden können. Was die Arbeitsrichtung anging, riet Marquardt dringend zu einem Forscher, der die modernen experimentellen Methoden der Biologie beherrscht und anzuwenden versteht. Die gesuchte Persönlichkeit sollte, so Marquardt weiter, nicht auf die äußeren Wirkungen seiner Arbeiten bedacht sein und einen eigenständigen Geist besitzen, „der sich gerade an den Fragen entzündet, an denen andere keine Probleme mehr sehen".[271] An seinem Gutachten wird außerdem deutlich, wie sehr in Westdeutschland die Naturwissenschaften von den inzwischen wieder etablierten Beziehungen zu ausländischen Einrichtungen und Forschenden profitierten. Die wissenschaftliche Anerkennung wurde durchaus (auch) im Ausland gesucht.

Am 18. Januar 1963 hielt Lange in Münden einen Probevortrag zum Thema „Experimentell-öko-

267 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 60, Dekan Nüßlein am 6. Juni 1958 an die FAO in Rom.

268 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 76, Schmucker an den Niedersächsischen Kultusminister; ohne Ort und Datum [um den 8. November 1952].

269 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 90, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 22. Mai 1962.

270 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 76, Vermutlich Pirson, Pflanzenphysiologisches Institut der Universität Göttingen, am 2. Juli 1962 an den Mündener Dekan Speidel; a.a.O., [Schreiben vom 27. Oktober 1962].
Die persönlichen Gutachten, die im Zuge der Nachfolge Schmucker eingeholt worden waren, sollten später vernichtet werden. Dass dies glücklicherweise nicht in jedem Fall geschehen ist, zeigt die weitere Auswertung.
Es scheint üblich gewesen zu sein, dass der zu emeritierende Professor die Gutachter über mögliche Kandidaten für seine Nachfolge (auch) selbst vorschlug.

271 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 76, Prof. Dr. Dr. H. Marquardt, Forstbotanisches Institut der Universität Freiburg i. Br., am 19. Juli 1962 an Dekan Speidel in Münden.

logische Untersuchungen über die Bedeutung von Wärmehaushalt und Hitzeresistenz für die Verbreitung der Pflanzen".[272] In ihrer Begründung, O. L. Lange für Schmuckers Nachfolge berufen zu wollen, betonte die Fakultät dem Niedersächsischen Kultusminister gegenüber, dass der neue Lehrstuhlinhaber in der Lage sein sollte, in der Forschung besonders die Pflanzenphysiologie und Ökologie zu vertreten. Ein pflanzenphysiologisch-ökologischer Schwerpunkt würde die bodenkundlichen, ertragskundlichen und waldbaulichen Arbeiten sowie die Holzforschung in wünschenswerter Weise ergänzen.[273]

Lange hatte übrigens in den Verhandlungen über seine Berufung nach Münden die Schaffung einer Abteilung für forstliche Mykologie und botanische Forstpathologie zu erreichen versucht. Es gibt mehrere Beispiele dafür, dass im Zuge einer Lehrstuhlbesetzung auch der geplante Umzug nach Göttingen und die damit verbundene bessere räumliche Ausstattung dazu genutzt wurden, die Einrichtung neuer Abteilungen an bestehenden Instituten ins Gespräch zu bringen.[274]

Mit der Berufung von Otto Ludwig Lange 1964 an die Forstliche Fakultät waren an sich die Weichen für eine glänzende Zukunft der Forstbotanik in Münden bzw. Göttingen gestellt. Doch dieser ausgezeichnete junge Wissenschaftler verließ die Fakultät bereits nach drei Jahren für eine Professur in Würzburg. Lange ließ sich nicht ersetzen. Er hatte in Münden Maßstäbe gesetzt, dem Institut Glanz verliehen und es aufgewertet. Als Auszeichnung konnte deshalb gelten, ihm nachzufolgen, zumal der Neubau in Göttingen hochwertige Arbeitsbedingungen versprach. Die Fakultät selbst ließ nichts unversucht, eine möglichst attraktive Lösung zu finden. Gesucht wurde wiederum ein experimenteller Ökologe und/oder Pflanzenphysiologe. Von Frauen war in diesem Zusammenhang nicht die Rede.

In seinem letzten Schaffensjahr an der Forstlichen Fakultät befassten sich, wie Lange schrieb, die Forschungsarbeiten des Instituts „vor allem mit öko-physiologischen Aufgaben", namentlich mit „Fragen nach der Kausalerklärung für die Verbreitung der Pflanzen". Weitere Themen stellten die Kälte-, Hitze-, Austrocknungs- und Salzresistenz, der CO_2-Gaswechsel von Pflanzen, Mineralstoffernährung und Enzymaktivitäten von Blättern verschiedener Pappelsorten, die Allelopathie (Lange spricht hier vom Konkurrenzkampf der Pflanzen) und die Mykorrhiza dar.[275]



Abb. 26: Otto Ludwig Lange (1927-2017) (Quelle: Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen; Repro Wolfgang Tambour).

Der bevorstehende Umzug schuf in diesem Zusammenhang eine für die Fakultät komfortable Situation bei Berufungen. Diese Ausgangslage konnte dann auch dazu genutzt werden, durch exzellente Wissenschaftler (und Lehrer) das Ansehen der Fakultät innerhalb der Universität zu verbessern. Es sollte sich zeigen,

272 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 76, [Schreiben vom 12. Januar 1963].

273 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 76, Der Mündener Dekan am 30. Januar 1963 an den Niedersächsischen Kultusminister.

274 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 76, Lange am 24. März 1963 an den Mündener Dekan.

275 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 94, Prorektor der Universität Göttingen am 2. April 1968 an die Direktoren der Institute etc.

dass die dabei eingeholten Gutachten einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Personalentscheidungen und damit auf die inhaltliche Ausrichtung des Faches hatten. Die Ernsthaftigkeit und Ausführlichkeit, mit denen die Mehrzahl der Gutachten erstellt wurde, kann durchaus als Indiz einer Wertschätzung und des Vertrauens in die Zukunftsfähigkeit der Fakultät gewertet werden. Dass die hier ausgewerteten Gutachten überhaupt noch vorhanden sind, könnte einem Versehen in der Fakultät geschuldet sein. Denn an sich wurde seinerzeit, wie oben bereits angedeutet, den Gutachtern zugesichert, die Stellungnahmen nach Abschluss des Verfahrens zu vernichten.[276]

Zu den Gutachtern, die von der Fakultät gebeten wurden, Vorschläge für die Nachfolge von Lange zu machen, gehörte auch Heinrich Walter aus Stuttgart-Hohenheim. Nach Walters Auffassung kam für die Nachfolge Lange in erster Linie „ein Botaniker mit ökologischer Forschungsrichtung" in Betracht, „der sich für den Wald als Ökosystem", seine Produktivität und den Stoffkreislauf in Abhängigkeit von den jeweiligen Außenbedingungen interessiert, „zugleich aber auch für den Baum als Organismus Interesse hat". Walter nennt an erster Stelle Dr. W. Tranquillini, Innsbruck, und hebt dessen Erfahrungen auf forstlichem Gebiet hervor (neben anderem Untersuchungen über die Wasserbilanz, den CO_2-Gaswechsel, die Stoffproduktion und die Konkurrenz von Waldbäumen). Platz 2: Prof. Dr. Karlheinz Kreeb, Stuttgart-Hohenheim (experimentell-ökologische Arbeitsweise, „reiche Unterrichtserfahrungen"). Platz 3: Prof. Dr. Franz Hermann Meyer, Reinbek bei Hamburg, sowie Prof. Dr. Reinhard Bornkamm, Köln. Zu einem etwas späteren Zeitpunkt empfahl Walter außerdem noch die Herren 1.) Walter Eschrich aus Bonn und 2.) Wilhelm Lötschert aus Frankfurt am Main. Im Vordergrund standen deren Qualitäten als Wissenschaftler, die Eignung als Lehrer war zweitrangig.[277]

André Pirson vom Pflanzenphysiologischen Institut der Universität Göttingen setzte Prof. Dr. Walter Liese, Hamburg (Holzanatomie, Holzveränderungen durch Pilze), an die erste Stelle. Platz 2: Prof. Dr. Walter Eschrich, Bonn (Mikromorphologie, Physiologie). Platz 3: Dr. Rainer Kollmann, Bonn. Platz 4: Dr. Walter Tranquillini, Innsbruck (experimenteller Ökologe). Platz 5: Prof. Dr. Franz Hermann Meyer, Reinbek (Mykorrhiza-Forschung). Platz 6: Dr. Heinz Butin (Mykologie). Hinsichtlich der Rangfolge empfahl Pirson abschließend: Liese, Eschrich, Tranquillini. Einmal mehr entsteht der Eindruck, dass an den künftigen Göttinger Lehrstuhl für Forstbotanik in neuem Gewand hohe Erwartungen geknüpft wurden. Dies wird sich positiv auf das Interesse qualifizierter Forscher ausgewirkt haben.[278]

Der von Pirson auf Platz 1 gesetzte Liese jedoch war auch selbst von der Forstlichen Fakultät um Vorschläge gebeten worden. Liese stellte die folgende Rangfolge auf: Platz 1: Prof. Dr. Franz Hermann Meyer (Mykorrhiza, Mikrobiologie des Bodens). Platz 2: Prof. Dr. Walter Eschrich. Platz 3: Prof. Dr. Helmut Braun, Freiburg (Bau und Funktion des Holzes; besondere didaktische Begabung). Platz 4: Prof. Dr. Walter Tranquillini (Assimilationsphysiologie). Positiv beurteilt wurden abschließend auch Horst Bartels und Heinz Butin. Mit seiner Auswahl versuchte Liese dem Umstand Rechnung zu tragen, dass nach seinen Worten O. L. Lange eine neue Arbeitsrichtung eingeführt habe. Damit sah er Lange in der Tradition Falcks und Zychas, welche dem Mündener Lehrstuhl für Forstbotanik und Technische Mykologie zu internationalem Ansehen verholfen hätten.[279]

Der erneut um Vorschläge gebetene Hans Ferdinand Marquardt aus Freiburg übersandte dem Mündener Dekan Hasel am 5. Mai 1967 eine Liste von immerhin acht Forschern. Auch diesmal deuten die in Klammern gesetzten Arbeitsschwerpunkte bzw. als wichtig beurteilten Erfahrungen darauf hin, auf welchen Gebieten die künftige wissenschaftliche Ausrich-

276 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 40, Hasel am 26. Mai 1967 an Prof. Huber in München.

277 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 40, Prof. Dr. H. Walter, Stuttgart-Hohenheim, am 25. März 1967 an den Mündener Dekan Knigge; a.a.O., Prof. Dr. H. Walter, Stuttgart-Hohenheim, am 2. Mai 1967 an den Mündener Dekan Hasel.

278 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 40, A. Pirson, Pflanzenphysiologisches Institut der Universität Göttingen, am 26. April 1967 an Dekan Hasel.

279 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 40, Prof. Dr. Walter Liese, Hamburg, am 27. April 1967 an den Mündener Dekan.

tung des Mündener Instituts erwartet oder empfohlen wurde. Platz 1: Liese und Braun. Platz 2: Tranquillini („Physiologie der Stoffproduktion"). Platz 3: Butin. Platz 4: Eschrich. Platz 5: Kollmann. Platz 6: Keller, Eidgenössische Technische Hoschule Zürich. Platz 7: Koch (erfahren in pflanzlicher Assimilations-Technologie). Platz 8: Zimmermann („genetischer Mykologe").[280]

Arthur Pisek aus Innsbruck sah Prof. Dr. Hans Polster (physiologisch-ökologische Studien) an erster Stelle, gefolgt von Tranquillini (auch ein ausgezeichneter Lehrer) und Dr. Werner Koch (physiologisch-ökologische Arbeitsrichtung, in der auch Lange bahnbrechend gearbeitet habe). Josef Kisser, Botanisches Institut der Hochschule für Bodenkultur Wien, gab ausschließlich Tranquillini an.[281]

„Modernstes Forstbotanisches Institut Deutschlands"

Bruno Huber aus dem Forstbotanischen Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München sah Liese vorn, gefolgt von Tranquillini, Werner Koch (Assimilation; Wasser- und Stoffhaushalt von Fichtenbeständen), Theo Keller (Rauchschäden und Antitranspiranten) und schließlich Dr. Josef Bauch. Als Huber sich wenig später in derselben Angelegenheit noch einmal an den Mündener Dekan wandte, äußerte er sich lobend über Walter Eschrich (originell, ideenreich; sehr anerkannt in den USA). „Auf jeden Fall", so Huber, „wünsche ich der Fakultät eine vorbildliche Entscheidung, weil es sich um das modernste Forstbotanische Institut Deutschlands handelt."[282]

Heinz Ellenberg, Systematisch-Geobotanisches Institut der Universität Göttingen, vertrat die Auffassung, dass der forstbotanische Lehrstuhl möglichst durch einen Botaniker besetzt werden sollte, der mit Ökologie und Vegetationskunde vertraut sei. Für Ellenberg war klar, dass die auszuwählende Persönlichkeit „ein guter Pädagoge sein und sich gern mit jüngeren Semestern abgeben" müsste. Ellenberg favorisierte deshalb Franz Hermann Meyer aus Reinbek. Platz 2 nahm Prof. Dr. Reinhard Bornkamm aus Köln ein (vegetationskundlich-ökologisch, ökologisch-physiologisch), Platz 3 Dr. Gerhard Lang aus Karlsruhe (ökologisch, pflanzensoziologisch, floristisch, waldgeschichtlich).[283]

Für Helmut Jähnel von der Fakultät für Forstwirtschaft Tharandt der Technischen Universität Dresden kam allein Walter Liese für die Nachfolge von Otto Ludwig Lange in Frage.[284] Hubert Ziegler aus Darmstadt dagegen nannte: 1. Eschrich, 2. Karlheinz Kreeb (ökologisch, pflanzengeographisch), 3. Werner Koch (experimenteller Ökologe), 4. Tranquillini, 5. Butin, 6. Dr. K. A. Santarius, Bonn (Pflanzenphysiologe), 7. Dr. Ulrich Lüttge (Stoffaufnahme durch die Wurzeln). „Wegen des besonders engen fachlichen Kontaktes innerhalb einer Forstfakultät sollte der Lehrstuhlinhaber ein verträglicher, zur Zusammenarbeit bereiter Kollege sein."[285]

Der Mündener Dekan teilte Walter Eschrich dann am 22. Juni 1967 mit, dass die Fakultät ihn „mit einer fast an Einstimmigkeit grenzenden Einmütigkeit" an die erste Stelle der Berufungsliste für die Nachfolge Lange gesetzt habe. „Das Klima in unserer Fakultät ist ausgesprochen gut, es herrscht ein offener und freundschaftlicher Ton, bei dem sich gut arbeiten läßt."[286] Nach seiner Berufung 1968 vertrat Eschrich gegenüber der Fakultät den Standpunkt, dass der Forstbotanik künftig ein größerer Stellenwert beigemessen werden sollte. Weil hierfür am neuen Standort in Göttingen

280 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 40, Prof. Dr. H. Marquardt, Forstbotanisches Institut der Universität Freiburg i. Br., am 5. Mai 1967 an Dekan Hasel.

281 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 40, Prof. Dr. A. Pisek, Innsbruck, am 31. März 1967 an Dekan Knigge; a.a.O., Prof. Dr. Josef Kisser, Botanisches Institut der Hochschule für Bodenkultur Wien, am 10. April 1967 an Dekan Knigge.

282 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 40, Prof. Dr. Bruno Huber, München, am 31. März 1967 an den Mündener Dekan; a.a.O., Prof. Dr. Bruno Huber, Forstbotanisches Institut München, am 29. Mai 1967 an den Mündener Dekan.

283 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 40, Ellenberg, Systematisch-Geobotanisches Institut der Universität Göttingen, am 28. März 1967 an Knigge in Münden.

284 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 40, Prof. Dr. Jähnel, Forstbotanisches Institut und Forstbotanischer Garten, Fakultät für Forstwirtschaft Tharandt, am 28. März 1967 an Dekan Knigge.

285 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 40, Prof. Dr. Hubert Ziegler, Botanisches Institut und Botanischer Garten der Techn. Hochschule Darmstadt, am 20. März 1967 an Dekan Knigge.

286 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 40, Der Mündener Dekan am 22. Juni 1967 an Eschrich.

die Voraussetzungen gegeben seien, stellte er den Antrag auf ein zweites Ordinariat für Forstbotanik. In der Fakultätssitzung vom 3. Dezember 1968 wurde allerdings der Zeitpunkt für einen solchen Antrag überwiegend als unpassend angesehen.[287]

Forstgenetik

Die Genetik und Züchtung der Waldbäume wurden, wie Ernst Rohmeder 1960 darlegte, erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eingehend wissenschaftlich behandelt.[288] Für die „Züchtung von Forstpflanzen" indes interessierte sich das Preußische Landwirtschaftsministerium bereits im Jahr 1930. Minister Steiger trieb die Sorge um, dass der immer größer werdende „Fehlbetrag der Holzerzeugung gegenüber dem Holzverbrauch" Deutschland über kurz oder lang in eine missliche Lage bringen könnte. Es müssten rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden. „So erscheint mir eine Prüfung der Frage geboten, ob und in welcher Weise die züchterische Bearbeitung der Forstpflanzen [Hervorhebung im Orig.] künftig in den Dienst der Produktionstechnik gestellt werden soll." In Schweden oder Nordamerika würden diesbezüglich schon seit längerer Zeit entsprechende Anstrengungen unternommen, so der Minister weiter. Er forderte die beiden Preußischen Forsthochschulen sowie die Waldsamenprüfungsanstalt in Eberswalde auf, ihm binnen eines Monats mitzuteilen, ob in Preußen die Züchtung von Forstpflanzen für erforderlich gehalten werde und, wenn ja, wie und zu welchen Kosten ein solches Projekt durchzuführen wäre.[289] Der Waldbauer Julius Oelkers aus Münden machte keinen Hehl aus seiner Skepsis gegenüber einer „züchterische[n] Bearbeitung von Forstpflanzen". Wenn nämlich von der Optimalleistung eines Waldbestandes der Einfluss des Standorts und der Bestandespflege abgezogen würde, könne das, was dann übrig bliebe, „als Ergebnis von Vererbung bzw. Gegenstand der Züchtung angesehen werden" – „und das ist im Verhältnis sehr wenig" [Hervorhebung im Orig.].[290] Oelkers' Abwehrhaltung in dieser Frage mag denn auch dazu geführt haben, dass in der seit 1935 bestehenden „Arbeitsgemeinschaft für Baumrassenforschung und Forstpflanzenzüchtung" ein Forstforscher aus Münden nicht vertreten war. Aus Eberswalde dagegen wirkten Werner Schmidt und Alfred Dengler mit.[291]

Am 17. Januar 1964 richtete der Mündener Dekan an den Niedersächsischen Kultusminister die Bitte, die Errichtung eines Lehrstuhls für Forstpflanzenzüchtung im Haushaltsvoranschlag für 1965 vorzusehen, nachdem der Beginn der Arbeiten an dem Fakultätsneubau in Göttingen in greifbare Nähe gerückt sei.[292] Der in Verbindung mit der Suche nach einem geeigneten Lehrstuhlinhaber von der Fakultät um ein Gutachten gebetene Prof. Langner von der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, Institut für Forstgenetik und Forstpflanzenzüchtung in Schmalenbeck, gab in seiner Antwort an Dekan Strehlke zugleich seiner Hoffnung Ausdruck, dass mit der Errichtung des neuen Lehrstuhls in Münden dem zunehmenden Mangel an wissenschaftlichem Nachwuchs würde abgeholfen werden können. Langner hielt seinen Institutskollegen Klaus Stern, der im Übrigen viel an einschlägigen Einrichtungen des Auslan-

287 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 91, Protokoll der Fakultätssitzung am 3. Dezember 1968.

288 Das Forstliche Artgesetz aus dem Jahr 1934 sei 1957 durch das Bundesgesetz über forstliches Saat- und Pflanzgut abgelöst worden (Rohmeder, Genetik, 1960, S. 31, 38).

289 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 196, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 31. Dezember 1930 unter anderem an die Mündener Forsthochschule.

290 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 196, Oelkers am 31. Januar 1931 an den Preußischen Landwirtschaftsminister.

291 Die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft bestand darin, „die wissenschaftlichen Grundlagen für die Durchführung des Forstlichen Artgesetzes vom 13. Dezember 1934 zu schaffen". Nicht eben zimperlich zeigte sich der Reichsforstmeister bei der Strafbewehrung des Artgesetzes. Zuwiderhandlungen etwa gegen die Durchführungsverordnung vom 19. März 1935 wurden mit Geldstrafen bis 10.000 RM „oder mit Gefängnis oder Haft" geahndet (UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 197, Der Reichsforstmeister und Preußische Landesforstmeister am 21. Dezember 1936 unter anderem an die Mündener Forsthochschule; a.a.O., Verordnung zur Durchführung des Forstlichen Artgesetzes vom 19. März 1935).

292 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 83, Der Mündener Dekan am 17. Januar 1964 an den Niedersächsischen Kultusminister.
Am 22. November 1962 hatte der Arbeitskreis zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Niedersachsen die „Analyse von Entwicklungsvorgängen bei Menschen, Tier und Pflanze einschließlich ihrer genetischen Grundlagen" als förderungswürdigen Forschungszweig anerkannt (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 95, Der Niedersächsische Kultusminister am 14. Februar 1963 unter anderem an den Göttinger Kurator).

des gearbeitet hatte, für die erste Wahl. „Begabungen seines Niveaus“ solle die Möglichkeit gegeben werden, „auf Universitätsebene durch Formung des Nachwuchses“ dem wissenschaftlichen Fortschritt zu dienen.[293]

Die Stellungnahmen dazu von Ernst Rohmeder aus München vom 9. Dezember 1964 sind 19 Schreibmaschinenseiten lang. Diese Ausführlichkeit lässt den Schluss zu, dass er die Mündener Initiative sehr ernst nahm, ihr großes Gewicht beilegte. Rohmeder selbst schrieb Standardwerke zur Genetik und Züchtung der Waldbäume und zählt zu den Pionieren der Forstpflanzenzüchtung. Er hatte seinerzeit den ersten und bis dahin einzigen Lehrstuhl für Genetik und Züchtung der Waldbäume in Deutschland inne. Sein dringender Rat an die Fakultät lautete, anstelle eines Botanikers mit entsprechender Qualifizierung möglichst einen Forstwissenschaftler mit Spezialwissen auf botanisch-genetischem Gebiet zu berufen. Dr. Alexander von Schönborn, München, befasste sich, so Rohmeder in seinem Gutachten, auch „mit Fragen der Resistenzzüchtung, insbesondere mit der Züchtung von gegen Industrieabgase relativ resistenten Fichten- und Kiefernsorten“. Bei von Schönborn sei der einwandfreie und lautere Charakter ganz besonders hervorzuheben. Klaus Stern habe Naturwissenschaften in Hamburg und Gießen sowie Forstwissenschaft in Eberswalde studiert. Nach Rohmeders Meinung waren Sterns „hochwissenschaftliche“, mathematisch ausgerichtete Abhandlungen jedoch für den forstlichen Praktiker wie für den Forststudenten „schlechterdings unlesbar“. Er könne sich seinen Hörern und Lesern einfach nicht verständlich machen und komme deshalb für die Übernahme des Lehrstuhls nicht in Frage.[294] Letzteres beurteilte Åke Gustafsson, Institut für Forstgenetik an der Königlichen Forstlichen Hochschule in Stockholm, in seinem Gutachten über Stern an Strehlke vom 21. November 1964 indes völlig anders.[295]



Abb. 27: Klaus Stern (1923-1973) (Quelle: Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen; Repro Wolfgang Tambour).

Auch Arnold Scheibe, Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung der Universität Göttingen, empfahl Stern und hob dessen modernen mathematischen Ansatz hervor. Scheibe war dabei auch wichtig, dass der Stelleninhaber in der Lage sei, „die kommende Generation auf dem Gebiet der Forstpflanzenzüchtung im modernen Sinne und daher zukunftsträchtig auszubilden“. Scheibe gab abschließend zu bedenken, ob es nicht ratsam wäre, dass künftig in Forschung und Lehre zwischen Land- und Forstwirten in Göttingen eine Arbeitsteilung stattfinde, mit Schwerpunkt auf der Populationsgenetik und quantitativen Genetik bei der Forstlichen Fakultät. Denn es gehöre zum wissenschaftspolitischen Anliegen unserer Zeit, in begründeten Fällen Fakultätsgrenzen zu überspringen. Dekan

293 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 83, Prof. Dr. Langner, Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, Institut für Forstgenetik und Forstpflanzenzüchtung, Schmalenbeck, am 19. November 1964 an Dekan Strehlke.

294 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 83, Prof. Dr. Ernst Rohmeder, München, am 9. Dezember 1964 an den Mündener Dekan Strehlke.

295 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 83, Åke Gustafsson, Institut für Forstgenetik an der Königlichen Forstlichen Hochschule in Stockholm, am 21. November 1964 an Strehlke.

Strehlke reagierte in seiner Antwort auf Scheibes Vorstoß am 28. Januar 1965 ausgesprochen positiv.[296]

Hans Ferdinand Marquardt, Forstbotanisches Institut der Universität Freiburg i. Br., verwies darauf, dass im Unterschied zu den einschlägigen Einrichtungen der forstlichen Versuchsanstalten Hochschulinstitute der Forstpflanzenzüchtung eher in der Lage seien, „neue Verfahren zu entwickeln und zur eigentlichen Pionierforschung vorzustoßen“. Mit Blick auf das Ansehen der deutschen Forstwissenschaft würden Forstgenetiker gebraucht, „die neue methodische Impulse zu entwickeln und weiterzugeben vermögen“, so Marquardt weiter. Vor diesem Hintergrund komme für den ersten Lehrstuhl für Forstgenetik in der Bundesrepublik nur der international anerkannte Klaus Stern in Betracht.[297] Stern wurde immer wieder, auch an erster Stelle, genannt, teils fast überschwänglich gelobt.

Eine Stellenausschreibung erfolgte nicht, sondern es wurden Wissenschaftler zum Probevortrag nach Münden eingeladen, die dort, nicht zuletzt auf der Grundlage der erbetenen Gutachten, für besonders geeignet gehalten wurden. Danach folgte der Dreiervorschlag. Die Gutachter – einige aus dem europäischen Ausland, wie auch Hans Leibundgut aus der Schweiz – legten neben der fachlichen Exzellenz Wert auf günstige charakterliche Qualitäten, gute pädagogische Fähigkeiten, administrative Kompetenzen, Organisationstalent, Verhandlungsgeschick, Teamgeist und Führungsqualitäten.

Dr. Stern, der seinerzeit an der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, Institut für Forstgenetik und Forstpflanzenzüchtung, beschäftigt war, wollte in seinem Probevortrag über „Die genetische Komponente der Konkurrenz in gleichaltrigen Reinbeständen“ sprechen. Auch Dr. Peter Schütt, seinerzeit Botanisches Institut der Universität des Saarlandes, wurde am 23. November 1965 zu einem Vortrag in Münden erwartet. Dr. A. von Schönborn, Forstamt München-Süd, kündigte im Rahmen des Berufungsverfahrens einen Vortrag zum Thema „Die Züchtung der Fichte auf erhöhte Widerstandskraft gegenüber Industrieabgasen“ an. Mit C. Syrach Larsen lud die Fakultät auch einen dänischen Wissenschaftler zum Probevortrag ein.[298]

Auf ihrer Sitzung vom 26. Januar 1966 beschloss die Fakultät mit elf Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen, Stern an die erste Stelle der Berufungsliste zu setzen. Zugleich wurde entschieden, den Berufungsvorschlag als Einer-Liste aufzustellen.[299] Am 4. Juli 1967 erfolgte die Abspaltung der Forstpflanzenzüchtung von der Forstbotanik durch Errichtung eines eigenen Lehrstuhls für Forstgenetik und Forstpflanzenzüchtung an der Mündener Forstfakultät.[300] Auf den Lehrstuhl wurde Klaus Stern berufen. Ein Hochschulinstitut für Forstgenetik und Forstpflanzenzüchtung an einer Forstlichen Fakultät war in Westdeutschland vor allem deshalb etwas ganz Neues, weil es nicht nur darum ging, zukunftsweisende Forschung zu betreiben, sondern eben auch darum, wissenschaftlichen Nachwuchs, der dringend benötigt wurde, heranzuziehen.

Waldbau-Grundlagen

Am 31. August 1934 wurde in Münden unter der Leitung von Friedrich Karl Hartmann ein Lehrstuhl für Vegetationskunde und Waldökologie, seit 1. November 1934 „Lehrstuhl für Vegetations- und Ertragskunde“, errichtet. Als Vorläufer existierte von 1928 bis 1932 eine Arbeitsstelle für Waldboden- und Vegetationskunde in Hamburg-Harburg/Hann. Münden, 1933 „Forschungsinstitut für Waldboden- und Vegetationskunde“.[301] Nach Hartmann verfolgte die

296 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 83, Prof. Dr. Arnold Scheibe, Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung der Universität Göttingen, am 25. Januar 1965 an Dekan Strehlke; a.a.O., Strehlke am 28. Januar 1965 an Scheibe.

297 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 83, Prof. Dr. Dr. H. Marquardt, Forstbotanisches Institut der Universität Freiburg i. Br., am 1. Februar 1965 an Dekan Strehlke.

298 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 83, Dr. K. Stern, Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, Institut für Forstgenetik und Forstpflanzenzüchtung, am 18. August 1965 an den Mündener Dekan; a.a.O., Nüßlein am 6. November 1965 an Dr. Peter Schütt in Saarbrücken; a.a.O., Dr. A. von Schönborn, Forstamt München-Süd, am 6. Dezember 1965 an Dekan Nüßlein; a.a.O., [Schreiben vom 17. Dezember 1964].

299 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 91, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 26. Januar 1966.

300 Benett, Geschichte (1987, S. 95).

301 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 40, Typoskript „Arbeiten des Institutes für Waldbau-Grundlagen (1937) (und seiner Vorläufer Institut für Vegetations- und Ertragskunde 1933-37 [!] und Arbeitsstelle für Waldboden- und Vegetationskunde Hamburg-Harburg/

Preußische Landesforstverwaltung ursprünglich das Ziel, durch die forstliche Pflanzensoziologie und Vegetationskunde dem Waldbau und der Ertragsforschung dienliche Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Vegetationskartierungen habe es in Norddeutschland schon seit 1925 gegeben. Die Untersuchung der soziologischen und ökologischen Grundlagen der Wälder sollte deren Leistung steigern helfen. Hartmann hielt zwischen 1931 und 1933 in Münden Vorlesungen über „Forstliche Pflanzensoziologie und -synökologie“, ab 1934 über „forstliche Vegetationskunde und forstliche Ökologie“.[302]

Das Institut für Vegetations- und Ertragskunde der Forstlichen Hochschule befasste sich mit folgenden Themen (Stand 1939 nach Köstler):

- Aufnahme der nord- und mitteldeutschen Waldstandorte nach Klima, Lage, Boden
- „Studium der mehr oder weniger natürlichen Waldgesellschaften“
- Bestandesgeschichte
- Bestandes- und Betriebszieltypen
- Standorts- und Vegetationskartierung
- Bodenuntersuchungen
- „Studium der natürlichen Waldentwicklung in Naturwaldzellen“[303]



Abb. 28: Friedrich Karl Hartmann (1897-1974), 1958 (Quelle: PrSlg Albrecht von Kortzfleisch).

Mit Wirkung vom 1. April 1950 wurde Hartmann dann als ordentlicher Professor und Direktor des Instituts für Waldbau I (Waldbau-Grundlagen) wiedereingesetzt.[304] Bis dahin war das Institut infolge der Amtsenthebung Hartmanns aus politischen Gründen in räumlicher und personeller Hinsicht mit dem Institut für Waldbau II (Waldbau-Technik), dessen Lehrstuhl bis 1949 allerdings gleichermaßen unbesetzt blieb, verbunden. Mit der Rückkehr Hartmanns wurden beide Institute wieder voneinander getrennt. Die Leitung des Instituts für Waldbau II verblieb bei Adolf Olberg.[305] Das Waldbau-Grundlagen-Institut erwies sich zu diesem Zeitpunkt allerdings keineswegs in einem, wie Hartmann schrieb, arbeitsfähigen Zustand. Im Zuge von Kampfhandlungen und Besatzung sollen dem Institut „sämtliche Photogeräte, Mikroskope, Binokulare und anderes optisches Gerät wie Baumhöhenmesser, barometrische Höhenmesser usw., ferner sämtliche geologischen Karten, Messtischblätter und Reichskar-



Hann. Münden 1928-32)“; ohne Ort und Datum [um 1965?]; verm. von Hartmann.

302 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 40, Typoskript „Betr. Lehrstuhl »Waldbaugrundlagen« (insb. Forstl. Vegetations- und Standortslehre)“ von Hartmann; ohne Ort und Datum.

303 Köstler, Festschrift (1939, S. 62-64). Bei Köstler findet sich überdies ein Hinweis auf die Arbeitsgemeinschaft für Vegetationskartierung sowie auf die 1936 gegründete Arbeitsgemeinschaft für forstliche Standortslehre (a.a.O., S. 94).

304 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 200, Der Niedersächsische Kultusminister am 11. Mai 1950 an Hartmann.

305 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 200, Schreiben zur Wiederrichtung des Instituts für Waldbau I vom 11. Mai 1950.

ten 1:100000 sowie örtlich gefertigte Standorts- und Vegetationskarten bis über die Elbe hinaus abhanden gekommen“ sein.[306]

An dieser Stelle sei ein kurzer Blick zurück in die Zeit der Lehrstuhlvakanz gestattet. Die vorliegende Aktenüberlieferung legt an den Tag, wie intensiv und energisch die Wiedereinsetzung Hartmanns besonders durch Hans Lemmel als Dekan 1949/50 betrieben wurde. Hierzu sei vorausgeschickt, dass Hartmann, bevor er am 1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten und noch im selben Jahr Mitglied der SS geworden war, von 1918 bis 1920 Mitglied der radikal rassistischen und antisemitischen Deutsch-Völkischen Freiheitspartei (Studentengruppe) gewesen ist. Heinrich Süchting machte, als er zu dem Einspruch Hartmanns gegen seine Amtsenthebung 1946 zu einer Stellungnahme aufgefordert wurde, keinen Hehl aus seiner außerordentlich ungünstigen Meinung über Hartmann. Dieser sei, so Süchting, zweifellos ein aktivistischer Nationalsozialist gewesen, der immer wieder geäußert habe, ein ‚alter Kämpfer' zu sein. Er habe berufliche Vorteile durch seine Zugehörigkeit zur NSDAP und SS gehabt. Die große finanzielle Förderung seiner Arbeiten habe in keinem Verhältnis zu seinen wissenschaftlichen Leistungen gestanden. Damit wandte sich Süchting ausdrücklich gegen eine Rehabilitierung von Hartmann.[307]

Biologie vs. Mathematik

Andere wiederum stellten die charakterlichen und wissenschaftlichen Qualitäten Hartmanns in einem völlig anderen, günstigen Licht dar. Zu den vielen Gewährsleuten, die sich nach dem Krieg für die Wiederverwendung Hartmanns aussprachen, gehörte auch Heinrich Eberts. Eberts selbst hatte, als er im Reichsforstamt für die Forst- und Holzforschung zuständig war, die forstliche Pflanzensoziologie sehr gefördert. Als Hartmann 1936 in Münden zum ordentlichen Professor ernannt worden sei, da habe sich das Reichsforstamt von der Erwägung leiten lassen, „mit Hilfe der jungen Wissenschaft der forstlichen Pflanzensoziologie eine starke biologische Untermauerung der Waldbauwissenschaft und -praxis in Richtung eines naturgemässen [sic!] Waldbaus zu schaffen und diese biologische Richtung auch in der Ertragskunde und Forsteinrichtung neben oder an Stelle der in Münden bis dahin vertretenen mathematischen Richtung wirksam werden zu lassen.“[308]

Lemmel wandte sich noch im März 1950 mit einem eindringlichen Schreiben an das Niedersächsische Kultusministerium. Darin zitierte er den Personalchef der Landesforstverwaltung von Nordrhein-Westfalen, wonach der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Heinrich Lübke auf die Wichtigkeit der Pflanzensoziologie für die Forstwirtschaft hingewiesen haben soll. „»Mit dem Reagenzglas allein«“ – so habe er gesagt – „»werden wir den Standort nicht richtig beurteilen«“. Der Minister wünsche zu wissen, was in Münden „für die Ausbildung der Studierenden in der Pflanzensoziologie geschehe“. Lemmel ergänzte diesen Eindruck durch Beobachtungen, die er in Hessen und Nordrhein-Westfalen habe machen müssen. Dort würden immer wieder Bestrebungen hervortreten, „eigene forstliche Forschungsinstitute und Versuchsanstalten zu unterhalten und an ihren Landesuniversitäten forstlichen Unterricht einzurichten“. Er fand deshalb, dass der Unterricht in Münden keine Mängel aufweisen dürfe, die solchen Bestrebungen Vorschub leisten könnten.[309]

Dem Göttinger Kurator hatte Lemmel bereits im Juni 1949 ausführlich auseinandergesetzt, wie dringlich aus Sicht der Fakultät die Wiedereinsetzung Hartmanns in sein vormaliges Amt gehalten wurde. Er wies darauf hin, dass sich auch die Universitäten München, Freiburg und Gießen um Hartmann bemüht hätten. Dessen Rückkehr sei auch deshalb so wichtig, weil beide Waldbaulehrstühle seit dem Krieg unbesetzt seien und der weitere Wiederaufbau der Fakultät in Frage stehe. Wiederholt widersprach Lemmel dem Vorwurf,

306 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 200, Hartmann am 8. Mai 1950 an den Mündener Dekan.

307 Das Vorstehende findet sich bei Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 244 ff.), wo der fragliche Zusammenhang eingehender geschildert wird.

308 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 200, Erklärung in der „Angelegenheit der Wiederverwendung des Ordentlichen Professors Dr. F. K. Hartmann“ durch Heinrich Eberts vom 16. Juni 1949.

309 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 200, Lemmel am 27. März 1950 an Oberregierungsrat Rilke im Niedersächsischen Kultusministerium.

dass Hartmann aus politischen Gründen beruflich profitiert habe.[310] Hartmann sei „gutgläubig[]“ in die SS eingetreten. Er habe sich von ihr distanziert, als sie einen kirchenfeindlichen Weg eingeschlagen habe. Dass Lemmel in diesem Zusammenhang die SS als „die zivilisierte Organisation der NSDAP.“ bezeichnete, ist erschreckend, auch wenn berücksichtigt wird, dass er damit die vermeintliche Gutgläubigkeit Hartmanns zum Ausdruck bringen wollte.[311] Hartmann hat es sich nicht nehmen lassen, bei offiziellen Feiern in SS-Uniform zu erscheinen.

In der Zeit vom 1. April 1950 bis zum 31. März 1951 stand die „[r]egionale Untersuchung bestimmter Wuchsgebiete Westdeutschlands nach Waldgesellschaften und deren ökologischen Grundlagen, nach Standortseinheiten und deren Auswertung für die Waldbauplanung und den waldbautechnischen Vollzug“ auf dem Forschungsprogramm;[312] außerdem „[a]usgewählte Kartierungen von Waldgesellschaften und Standortseinheiten und Herleitung der leistungsmäßig und biologisch günstigsten Bestockungsziele (sog. Bestandes- bzw. Betriebszieltypen)“ sowie „Untersuchungen über Standortsansprüche, Leistungsfähigkeit und Betriebssicherheit verschiedener Douglasienformen im mitteldeutschen Bergland“.[313]

Eines der von Hartmann am intensivsten bearbeiteten Forschungsfelder war damit die



Abb. 29: Die Forstliche Hochschule in Münden ließ keinen Zweifel an ihrer Treue zum NS-Regime, 1933 (Quelle: Abteilung für Forstbotanik und Baumphysiologie, Universität Göttingen, Fotoalbum des ehemaligen Botanischen Instituts; Repro Volker Meng, 2022).

Pflanzensoziologie. Die folgende Definition stammt vermutlich von ihm: „Beschreibung, systematische Ordnung, kausale Erklärung sowie historische und geographische Untersuchung der aus Bäumen, Sträuchern, Kräutern sowie Moosen und Flechten bestehenden, gesetzmäßig von ihrer Umwelt abhängigen, konkurrenzbedingten Pflanzengesellschaften“. In einer Ausarbeitung über die „Entwicklung und Aufgaben der Waldbau-Institute an der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen“, die ebenfalls mutmaßlich von ihm zu Beginn der 1960er Jahre angefertigt wurde, findet sich der Hinweis, dass die Standortskartierung der westdeutschen Landesforstverwaltungen in zunehmendem Maße Gebrauch von vegetationskundlichen For-



310 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 200, Lemmel am 20. Juni 1949 an den Göttinger Kurator.

311 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 200, Lemmel am 1. Oktober 1948 mit einer „Beurteilung der wissenschaftlichen Befähigung und Leistungen des Prof. Dr. F. K. Hartmann“.

312 Köstler bezeichnete die Pflanzensoziologie [lediglich] als Hilfsmittel für den Waldbau. Der Ertragskundler Schober pflichtete Köstler bei mit dem Bemerken, dass bei der Pflanzensoziologie zweifellos das Bestreben bestehe, „allzusehr eine Rückkehr zu den natürlichen Waldgesellschaften zu empfehlen, eine Forderung, die häufig mit der Zielsetzung des Wirtschaftswaldes nicht übereinstimmt“. Andererseits hob Schober die Bedeutung der Pflanzensoziologie für die Betriebsplanung, Forsteinrichtung und den Betriebsvollzug hervor (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 376, Schober, Münden, am 16. Mai 1950 an Köstler, München).

313 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 106, Jahresbericht des Instituts für Waldbau I für die Zeit vom 1. April 1950 bis 31. März 1951, erstattet am 30. März 1951.

schungsergebnissen [Waldgesellschaften!] mache. Dem Wald komme als Erholungsraum und im Rahmen des Landschaftsschutzes eine wachsende Bedeutung zu. Der Autor glaubte, dass Kenntnisse in Standorts- und Vegetationskunde helfen könnten, die Forstwirtschaft vor Nachteilen, etwa bei der Errichtung von Schutzgebieten, zu bewahren. Aus seiner Sicht ergaben sich Kooperationen des Instituts für Waldbau-Grundlagen mit den Instituten für Bodenkunde, für Forstgenetik und Forstbotanik, für Forsteinrichtung, Forstbenutzung, Waldbau-Technik und für Forstliche Betriebswirtschaftslehre. Zudem ist von einem Arbeitsgebiet „Naturschutz, Landschaftspflege und Raumordnung" die Rede, für das die entsprechenden Untersuchungen angestellt und Grundlagen geschaffen würden. Ökologisch-experimentelle Forschung nehme an Bedeutung zu. Bei der forstlichen Vegetationskunde und Standortslehre handele es sich um ein in Münden besonders entwickeltes Forschungsgebiet.[314]

Hartmann stellte 1958 folgenden Katalog von Forschungsthemen, mit denen sich sein Institut beschäftigte, zusammen:[315]

- „Untersuchungen der natürlichen und abgewandelten Waldgesellschaften Deutschlands und der angrenzenden Länder sowie Neueinordnung der beschriebenen Waldgesellschaften in ein übersichtliches System"
- „Genaue Untersuchung der Standorte nach neuesten chemisch-analytischen Methoden; diese Ergebnisse sollen neben pflanzensoziologischen Methoden die Beurteilung und die Einstufung der forstlichen Standorte ermöglichen"
- „Dem gleichen Zweck dient auch die Untersuchung der Bodenfauna, wobei besonders die verschiedene Besiedlung durch Regenwurmarten wichtige Fingerzeige gibt"
- „Erfassung des Kleinklimas unserer Waldgebiete durch genaue Klimaerhebungen und laufende phänologische Beobachtungen in Zusammenarbeit mit den meteorologischen Dienststellen"
- „Erfassung und Abgrenzung der Waldwuchsräume und pflanzengeographisch-ökologische Kennzeichnung derselben"
- „Erfassung der bisherigen Anbauversuche fremdländischer, besonders nordamerikanischer Baumarten, Feststellung der für diese Baumarten geeignetsten Standorte und Ausarbeitung eines Programms für die Ertragssteigerung unserer Wälder durch Anbau gebietsfremder, aber standortsgerechter Baumarten"
- „Beurteilung der Kalkung und des Düngungserfolges im Walde durch pflanzensoziologische und ökologische Untersuchungen"
- „Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen Standort und Holzeigenschaften von Eichen"

Hartmanns Programm erscheint sehr ambitioniert, wenn nicht überzogen. Mit der expliziten Einbeziehung vor allem bodenkundlicher Fragestellungen konnte er, sofern eine Zusammenarbeit mit dem Bodenkunde-Institut nicht geplant war, mit dessen Leiter in Konflikt geraten.

Hartmanns Vorlesungen übrigens, die er im Sommersemester im Fach Waldbau-Grundlagen zu halten pflegte, gliederten sich in zwei Abschnitte, wobei einer die ökologischen Faktoren behandelte. Dabei ging es unter anderem um deren Einfluss „auf Maßnahmen zur Landschaftspflege und Raumordnung". Zu den Themen der Übungen im Sommersemester gehörten auch die Landschaftsökologie und die „Wohlfahrtswirkungen des Waldes und der Landschaft, Anlagen zur Abwehr von Immissionen und dergl."[316]

Einmal mehr vermitteln die Vorgänge im Zusammenhang mit der Wiederbesetzung von Lehrstühlen interessante Einblicke in das wissenschaftliche Gefüge der Fakultät sowie in die persönlichen Befindlichkei-

314 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 40, Ausarbeitung „Entwicklung und Aufgaben der Waldbau-Institute an der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen"; ohne Verfasser, Ort und Datum [nach 1959, evtl. Beginn der 1960er Jahre]; vermutlich von Hartmann.

315 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 60, Dekan Nüßlein am 6. Juni 1958 an die FAO in Rom.

316 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 40, „Stoffplan der Vorlesung in Waldbau-Grundlagen", Prof. Dr. F. K. Hartmann; ohne Ort und Datum.

ten und Zielsetzungen der beteiligten Akteure. Im Vorfeld seiner Emeritierung hatte sich Hartmann über die „Entwicklung und Aufgaben der Waldbau-Institute an der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen" geäußert. Er zeigte sich davon überzeugt, dass vegetationskundlich ausgebildete Forstamtsleiter in der Lage wären, unberechtigten Ansprüchen des Landschaftsschutzes und der Erholungsplanung entgegenzutreten. Die künftigen Forschungsaktivitäten des Instituts für Waldbau-Grundlagen sah Hartmann auf folgenden Gebieten:[317]

- I. Forstliche Vegetationskunde
- II. Forstliche Standortskunde
- III. Anwendung der vegetations- und standortskundlichen Grundlagen
- IV. Naturschutz, Landschaftspflege und Raumordnung (hier besonders die Schutzfunktionen des Waldes; in Verbindung mit dem Fach Naturschutz schwebte ihm die „Schaffung von Grundlagen für eine naturnahe, standortsgerechte und wirtschaftlich sinnvolle Waldgestaltung" vor)

Das von ihm, wie er schrieb, entwickelte Forschungsgebiet bezeichnete Hartmann als ein besonderes Merkmal der Mündener forstlichen Lehrstätte.[318]

Wenige Wochen, bevor der Privatdozent Dr. Hannes Mayer[319] von der Fakultät auf Platz 1 der Berufungsliste für die Nachfolge Hartmann gesetzt wurde − gefolgt von den Professoren Hans Lamprecht und Ernst Röhrig −, hatte Hartmann auf elf Schreibmaschinenseiten zu einer Kritik Stellung bezogen, die sein Mündener Kollege Bonnemann (Waldbau-Technik) an einem Aufsatz Mayers über die „Bodendecke und Naturverjüngung" (1963) geübt hatte. Bonnemann hatte darin gleichermaßen ausführlich wie vernichtend die Arbeitsweise, die Darstellung und den Stil besprochen. Die Versuchsergebnisse anderer Autoren seien, sofern Mayer sie überhaupt herangezogen habe, falsch verwendet, die Quellenangaben mangelhaft, Schlüsse leichtfertig hergeleitet worden usw.[320] Hartmann dagegen weist die Kritik Bonnemanns an Mayer als im Wesentlichen ungerechtfertigt zurück. Bonnemann seien vegetationskundliche Arbeitsmethoden fremd. „Das Maß einer objektiven [Hervorhebung im Orig.] und fairen Kritik", fährt Hartmann fort, „wird entschieden überschritten, wenn man einem auch international anerkannten Wissenschaftler unter anderem »Unkorrektheit« sowie einen »bedenklichen Mangel an kritischen Fähigkeiten« usw. unterstellt."[321]

Der Bodenkundler Walter Wittich allerdings hielt schon grundsätzlich die Aufteilung des Waldbaus in „Grundlagen" und „Technik" für nicht mehr haltbar. Er trat stattdessen für eine Stärkung der „Regionalen Standortslehre" − „mit ihren standörtlichen und



Abb. 30: Alfred Bonnemann (1904-1979) mit Sohn und Tochter 1956 (Quelle: PrSlg Peter Lex).

317 AFFGÖ, [Institut für Waldbau-Grundlagen], [Hartmann] über „Entwicklung und Aufgaben der Waldbau-Institute an der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen", ohne Datum.

318 AFFGÖ, [Institut für Waldbau-Grundlagen], [Hartmann] über „Entwicklung und Aufgaben der Waldbau-Institute an der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen", ohne Datum.

319 Von den um eine Stellungnahme gebetenen Fachgenossen wurde Mayer als der mit Abstand bestgeeignete Gelehrte gelobt. Es seien Gutachten „von allen einschlägigen deutschen Lehrstuhlinhabern und Fachvertretern, ferner auch der Schweiz, Österreichs, Belgiens und Italiens eingeholt" worden (AFFGÖ, [Institut für Waldbau-Grundlagen], Stellungnahme von Reinhard Schober im Anschluss an die Fakultätssitzung vom 15. Dezember 1964; a.a.O., [Institut für Waldbau-Grundlagen], Nachfolge Hartmann, Berufungsliste vom 15. Februar 1965).

320 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 228, Stellungnahme von Alfred Bonnemann zu Hannes Mayers Aufsatz „Bodendecke und Naturverjüngung", ohne Datum.

321 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 228, Entgegnung von Friedrich Karl Hartmann zu Bonnemanns Kritik an Mayers Aufsatz „Bodendecke und Naturverjüngung" vom 11. Januar 1965.

vegetationskundlichen Grundlagen“ – ein. Ein Vegetationskundler müsse notwendig die Standortslehre beherrschen. Dies zeigten schon die schlechten Erfahrungen mit den im großen Umfang durchgeführten vegetationskundlichen Kartierungen von Wäldern in der Vergangenheit. Sie seien von den meisten Pflanzensoziologen als ausreichend betrachtet worden, hätten sich aber als unfruchtbar erwiesen. Wittich begrüßte es daher, dass Hartmann der Standortslehre eine große Bedeutung beimaß. Er wies außerdem noch besonders auf die Bedeutung der Lehre hin. Es handele sich um ein schwieriges Gebiet, das den Studierenden auf angemessene Weise nahezubringen sei.[322]

Im September 1965 teilte Mayer dem Niedersächsischen Kultusminister mit, dass er den Ruf auf den Lehrstuhl für Waldbau-Grundlagen ablehne, und zwar zugunsten eines Rufes auf die Lehrkanzel für Waldbau an der Hochschule für Bodenkultur in Wien. Die Aufgabe dort sei verantwortungsvoller und ihn erwarteten „vielseitigere Entfaltungsmöglichkeiten“.[323] Im März 1966 übernahm dann Hans Lamprecht Lehrstuhl und Institut für Waldbau-Grundlagen in Münden.

Die Schutz- und Sozialfunktionen des Waldes im Rhein-Main-Gebiet standen auch 1966/67 auf dem Arbeitsprogramm des Instituts, außerdem die klimabedingten „Standortsverhältnisse natürlicher Waldstufen und ihrer Waldgesellschaften in verschiedenen deutschen Mittelgebirgen“ sowie die Stickstoffversorgung humoser Waldböden. Lamprecht publizierte 1967 seine „Überlegungen zur waldbaulichen Planung in den Tropen“ auf Spanisch, desgleichen über „Waldbau in der tropischen Holzzuchtplantage und im naturnahen tropischen Wirtschaftswald“.[324]

Am 21. Juli 1969 beschloss die Fakultät, den Lehrstuhl für Waldbau-Grundlagen in „Lehrstuhl für Naturwaldforschung und Waldbau der Tropen und Subtropen“ umzubenennen, denjenigen für Waldbau-Technik in „Lehrstuhl für Waldbau der gemäßigten Zone [!]“.[325]

Forstliche Bodenkunde



Abb. 31: Institut für Bodenkunde in der Lotzestraße zu Münden (Quelle: Senat, Forstliche Hochschule, 1933, S. 24).

Seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wurde auf dem Gebiet der forstlichen Boden- und Standortskunde als Wissenschaft intensiv geforscht. Die Fächer Bodenkunde, Geologie und Mineralogie teilten sich ab 1919 eine Professur. Heinrich Süchting (1880-1962) entwickelte etwa 1914 ein sorgfältig durchdachtes Forschungsprogramm „für die Ausführung von Humusuntersuchungen“, dessen Finanzierung durch das Preußische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten er sich erhoffte. Süchting schloss sich damit einer bereits etliche Jahre bestehenden Arbeits-

322 AFFGÖ, [Institut für Waldbau-Grundlagen], „Gedanken zum Inhalt des Lehrstuhles Waldbau I.“ von Walter Wittich; ohne Datum [?].

323 AFFGÖ, [Institut für Waldbau-Grundlagen], Mayer am 18. September 1965 an das Niedersächsische Kultusministerium.

324 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 94, Prorektor der Universität Göttingen am 2. April 1968 an die Direktoren der Institute etc.

325 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, Protokolle der Sitzungen der Weiteren Fakultät am 21. Juli 1969 sowie am 21. Oktober 1969.

richtung an, deren Ziel darin bestand, „durch genaue vielseitige Untersuchungen über die Entstehung, über die Bildung und Umbildung der Humusstoffe, im besonderen der Waldhumusarten, sowie ferner über die Beeinflußung des Bodens durch die Humusstoffe in Bezug auf Durchlüftung und Einwirkung auf die Tätigkeit der darauf wachsenden Pflanzen diese für die Forstwirtschaft besonders so sehr wichtige Humusfrage, wenn möglich, zu klären.“ Er plante, zunächst die Humusstoffe zu identifizieren. Auf dieser Grundlage sollte das Verhalten von Forstgewächsen gegenüber den verschiedenen Humusarten untersucht werden. Anschließend ging es um die Frage, wie sich unterschiedliche Baumbestände in physiologischer Hinsicht auf verschiedenen Böden verhielten. Süchting formulierte sechsundzwanzig Teilfragen, von denen er annahm, dass ihre Beantwortung zur Lösung seiner Forschungsaufgabe beitragen würde.[326]

„Die Forschungsarbeit des Instituts“, so Köstler 1939 zusammenfassend, ist auf das Ziel gerichtet, Hilfsmittel zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Waldböden zu finden, durch deren praktische Anwendung der Gesamtertrag der deutschen Forsten gehoben werden kann.“ Zu den Forschungsthemen heißt es bei Köstler dann:

- Ermittlung der Bodeneigenschaften
- Klärung der Baumernährung (Nährstoffaufnahme, -wanderung etc.)
- Klärung der Waldstreuzersetzung, besonders der Entstehung, des Abbaus und der Nährelementgehalte von Auflagehumus
- Düngung[327]

In einem Schreiben an den Reichsforstmeister vom 2. August 1941 hatte Süchting eine forstliche Erzeugungssteigerung durch Düngung auch während des Krieges für erforderlich und möglich angesehen.[328] Seine Arbeiten waren 1939 vom Präsidenten des Reichsforschungsrats als „kriegs- und staatswichtig“ anerkannt worden. Auch Dekan Schmucker bescheinigte im September 1942, dass Süchting seinerzeit mit „kriegs- und staatswichtigen vordringlichen Forschungsaufgaben“ betraut sei. Um welche Aufgaben es sich dabei genau handelte, wurde nicht gesagt.[329]



Abb. 32: Laboratorium im Institut für Bodenkunde (Quelle: Senat, Forstliche Hochschule, 1933, S. 25).

Nach 1945

Während des Zweiten Weltkrieges waren, soweit überhaupt möglich, im wissenschaftlichen Betrieb des Instituts fehlende Männer durch Frauen ersetzt worden. Zugleich gingen die Forschungsarbeiten notdürftig weiter. Nach Kriegsende gehörte Süchting zu den wenigen, die als politisch unbelastet galten und im Dienst blieben. Hierdurch konnte eine (gewisse) Kontinuität und Nachhaltigkeit der Forschung gewährleistet werden. Sie wurde jedoch durch teilweise prekäre Knappheiten an Personal- und Sachmitteln sowie bauliche Mängel jahrelang bedroht. Der Institutsetat war jetzt

326 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 196, „Arbeitsplan für die Ausführung von Humusuntersuchungen“ von Süchting; ohne Datum [ca. 1914].

327 Köstler, Festschrift (1939, S. 46-48, 80 f.); Senat, Forstliche Hochschule (1933, S. 24).

328 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 74, Süchting am 2. August 1941 an den Reichsforstmeister.

329 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 74, Süchting, Institut für Bodenkunde, am 21. September 1942 an den Mündener Dekan; a.a.O., Bescheinigung des Mündener Dekans Schmucker vom 23. September 1942.

so gering, dass bis 1962 Forschungsarbeiten allein aus Drittmitteln finanziert werden mussten. Das Geld kam vor allem aus den Landesforstverwaltungen für Forschungsaufträge, von der DFG, dem Zahlenlotto und dem ERP [European Recovery Program, auch Marshallplan genannt]. Erst seit 1962 wurde der Etat des Instituts als ausreichend bezeichnet. Damit seien, wie Wittich resümierte, „heute die Voraussetzungen für eine freie Wahl der Forschungsthemen gegeben".[330]

Im Juli 1946 etwa bemühte sich Süchting darum, dass Versuche, die bereits seit einigen Jahren durchgeführt wurden und unbedingt fortgesetzt werden sollten, nicht wegen Geldmangels unterbrochen würden.[331] Die seit 1943 laufenden Untersuchungen hatten die „Bestimmung der Güte und Leistungsfähigkeit der Waldböden" zum Gegenstand. Vegetationsversuche dienten der Feststellung von Nährstoffgehalten in den Pflanzen, außerdem wurde der Einfluss unterschiedlicher Durchforstungsgrade auf die Wasserverhältnisse des Bodens untersucht. Süchting betonte den zunehmenden Mangel an Geräten und Verbrauchsmaterial, der die Forschungstätigkeit des Instituts in größte Schwierigkeiten gebracht habe.[332] Das Bodenkunde-Institut konnte dann im September desselben Jahres für Forschungsaufgaben aus dem Hannoverschen Klosterfonds 3.000 RM verbuchen.[333] Damit hätten die oben genannten Versuche über die Nährstoffdynamik von Waldböden und die Nachlieferung von Nährstoffen weitergeführt werden können. Rudolf Themlitz forschte, wie dem Jahresbericht über die Forschungstätigkeit[334] des Instituts für Bodenkunde vom 1. Juli 1947 bis 30. Juni 1948 zu entnehmen ist, über die Wechselwirkungen der Austauschsilikate in den Böden mit den Phosphorsäureverbindungen. Ferner standen auf dem Programm: Wirkung von Natrium auf die Ernährung der Kiefer, Fortführung eines vor 17 Jahren im Forstamt Oerrel angelegten Forstdüngungsversuchs, Wasserverhältnisse in Waldböden sowie die Planung von umfangreichen Bodenuntersuchungen in Verbindung mit der Hessischen Landesforstverwaltung (Standortserkundung).[335] Im Vordergrund stand die „Melioration der Waldböden zwecks Steigerung der Holzerzeugung" [Hervorhebung im Orig.].[336]

In seinem „Kurze[n] Lehrbuch der Bodenkunde und Pflanzenernährung für Forstwirte und auch für Landwirte, Gärtner und Naturwissenschaftler" ging Süchting 1949 auch auf den Trockentorf ein, der bis dahin in Münden neben Bodenkundlern auch Mykologen, Chemiker und natürlich die Waldbauer intensiv beschäftigt hatte. „Die Hauptmasse des Trockentorfs", erfahren wir, „besteht aus schlecht bis mangelhaft zersetzter Streu, in der oberen Schicht aus kaum veränderter oder wenig zerkleinerter und zerfressener Nadelmasse [besser: Blattmasse], die durch Pilzmycel verfilzt ist." Der Trockentorf setze sich normalerweise aus drei Schichten zusammen, „einer Moderschicht, darüber einer Schicht mit den Merkmalen des Rohhumus und darüber der echten Trockentorfschicht." Süchting hielt wie Wittich die Melioration von Waldböden durch Düngung für unverzichtbar, um die Holzproduktion zu steigern. Hinweise auf einen „Kreislauf der Nährstoffe" im Wald hatte er nicht.[337]

Indes war die Forschung über Humusstoffe, deren Bildungsbedingungen sowie über die Anreicherung der Böden mit Humus noch ohne entscheidende

330 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 74, „Bericht über die Entwicklung des Instituts für Bodenkunde der Forstlichen Fakultät von 1945-1962"; ohne Ort und Datum.

331 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 74, Süchting am 22. Juli 1946 an den Oberpräsidenten der Provinz Hannover.

332 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 190, Jahresbericht über die Forschungstätigkeit des Instituts für Bodenkunde vom 1. Juli 1946 bis 30. Juni 1947.

333 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 74, Schreiben vom 28. September 1946 an das Institut für Forstliche Bodenkunde.

334 Die „Kontrolle der naturwissenschaftlichen Forschung" auf der Grundlage des Kontrollratsgesetzes Nr. 25 verpflichtete die einschlägigen Institute bzw. Forscher, jährlich Anträge auf Erneuerung der Genehmigung zum Betreiben naturwissenschaftlicher oder technischer Forschung zu stellen. Beim Niedersächsischen Minister für Wirtschaft und Verkehr ressortierte eine sogenannte Forschungsüberwachungsstelle. Der Kontrollrat hatte bereits am 29. April 1946 das Gesetz Nr. 25 „Gesetz zur Regelung und Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung" ausgefertigt. Das Gesetz Nr. 23 „Überwachung der wissenschaftlichen Forschung" der Militärregierung Deutschland, Britisches Kontrollgebiet, trat am 12. September 1949 in Kraft (vgl. UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 190, [Schreiben vom 31. August 1948], et passim).

335 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 190, Jahresbericht über die Forschungstätigkeit des Instituts für Bodenkunde vom 1. Juli 1947 bis 30. Juni 1948.

336 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 190, [Schreiben vom 19. März 1948].

337 Süchting, Lehrbuch (1949, S. 165, 232 f.).



Abb. 33: Lackabzug eines Podsols mit Anzeichen einer Trockentorfausbildung (Quelle: Abteilung Ökopedologie der gemäßigten Zonen, Universität Göttingen; Foto Mareile Steinsiek, 2022).

Erfolge geblieben. Das Rohhumusproblem stelle sich, so lautete eine Bilanz von Wittich, vor allem in Nordwestdeutschland und habe die Forstleute schon früh bewogen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Störung der Humuszersetzung zu beseitigen. Allerdings fehlte es seinerzeit noch an den erforderlichen Einblicken in die Chemie, Physik und Biologie der korrespondierenden Prozesse.[338] Diskutiert wurden fallweise die Kalkdüngung, eine „Vermischung des Rohhumus mit dem Mineralboden“ und Leguminosenanbau. Wittich empfahl, den Rohhumus nicht von den Flächen zu entfernen, sondern ihn als Speicher organischer Substanz zu aktivieren bzw. umzuwandeln und ihn dadurch für den Waldbau nutzbar zu machen – dies selbstverständlich unter Beachtung der jeweiligen Standortsverhältnisse und forstlichen Zielsetzungen.[339]

Walter Wittich setzte die Trockentorfforschung seiner Vorgänger fort. Sein Ziel war es, Waldböden, wo es erforderlich und möglich erschien, zu verbessern und damit die Holzerträge der Waldbestände zu steigern. Damit erteilte er zugleich solchen Verfahren, die das Rohhumusproblem allein auf waldbaulichem Wege zu lösen versuchten, eine Absage. Er zeigte sich insgesamt davon überzeugt, dass im Wald „der künstlich geschaffene Zustand dem natürlichen auch biologisch weit überlegen ist“.[340]

In der Bodenkunde konnten somit unmittelbar nach Kriegsende Untersuchungen weitergeführt werden, deren Beginn teilweise schon viele Jahre zurücklag (Nachhaltigkeit der Forschung). Hinzu kam, dass hierfür mit Süchting auch nach 1945 ein Forscher zur Verfügung stand, welcher der Mündener Einrichtung bereits angehört hatte, als sie noch eine Königl. Preußische Forstakademie war. Inhaltlich knüpfte dann Wittich an die Arbeiten seines Vorgängers Süchting an. Geldzuwendungen durch verschiedene Landesforstverwaltungen für die Durchführung von Bodenuntersuchungen schufen günstige Voraussetzungen dafür, das Institut arbeitsfähig zu halten.

Walter Wittich leitete seit 1949 das Mündener Institut für Bodenkunde. Er hatte am 15. Oktober 1949 einen Ruf auf den Bodenkundlichen Lehrstuhl der Universität Freiburg erhalten, diesen aber bekanntlich nicht angenommen.[341] Bis dahin, das heißt seit 1939 hatte sich Heinrich Süchting ganz überwiegend mit den Ernährungsverhältnissen des Waldes befasst, entsprechend publiziert und in diesem Zusammenhang auch die Kalkdüngung behandelt.[342] Auch in der

338 Wittich ging dabei auch auf „die Lehren Erdmanns und sein Betriebssystem“ ein. Er fand anerkennende Worte für die von Erdmann ins Werk gesetzten Maßnahmen gegen den Trockentorf, auch wenn jene inzwischen aufgrund erweiterter Kenntnisse überholt seien (Wittich, Humus, 1952, S. 37 ff.).

339 Wittich, Humus (1952, S. 2 f., 39, 53).

340 Wittich, Humus (1952, S. 101).

341 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 74, Wittich am 14. Juni 1958 an den Göttinger Kurator.

342 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 190, Verzeichnis der im Institut für Forstliche Bodenkunde seit 1939 durchgeführten Forschungsar-

Folge gehörten die Nährstoffdynamik in Waldböden, die Humusumformung und in besonderem Maße Untersuchungen von Bodenproben im Auftrag etwa der Hessischen Landesforstverwaltung zu den Hauptthemen des Instituts.[343] Die 1) Wurzellöslichkeit von Phosphorsäure, das 2) Nährstoffbedürfnis verschiedener Baumarten, die 3) Wirkungen von Kalkung, 4) Dynamik der Nährstoffe Kali, Kalk und Phosphorsäure, der 5) Wasserhaushalt von Böden sowie 6) Bodenuntersuchungen für die Hessische, Niedersächsische und Nordrhein-Westfälische Landesforstverwaltung standen im Berichtszeitraum 1. April 1950 bis 31. März 1951 auf dem Programm.[344] Auch die Angaben für April 1953 bis März/Mai 1954 erfolgten aufgrund des Gesetzes Nr. 23 der Militärregierung. Gearbeitet wurde demnach unter anderem über das „Nährstoffbedürfnis verschiedener Holzarten“ und die Bewertung von Hüttenkalken. Wittich unterstützte nach wie vor die forstlichen Standortsaufnahmen der Niedersächsischen Landesforstverwaltung mit Bodenuntersuchungen. Außerdem interessierten ihn die Streuzersetzung sowie Möglichkeiten einer Erzeugungssteigerung durch die Melioration degradierter Waldböden.[345]

Nach einer Erhebung von FAO und IUFRO aus dem Jahr 1958 arbeitete das Institut seinerzeit auf folgenden Gebieten (Aufstellung in wörtlicher Wiedergabe der Quelle):[346]

- Die Verwendung mineralischer Düngung im Walde und Ausarbeitung von diagnostischen Methoden zur Klärung des Nährstoffhaushaltes der Waldböden
- Der Einfluß der Baumart auf den Bodenzustand
- Meliorationsmaßnahmen im Walde
- Eigenschaften verschiedener Humusformen und die Möglichkeit ihrer Verbesserung

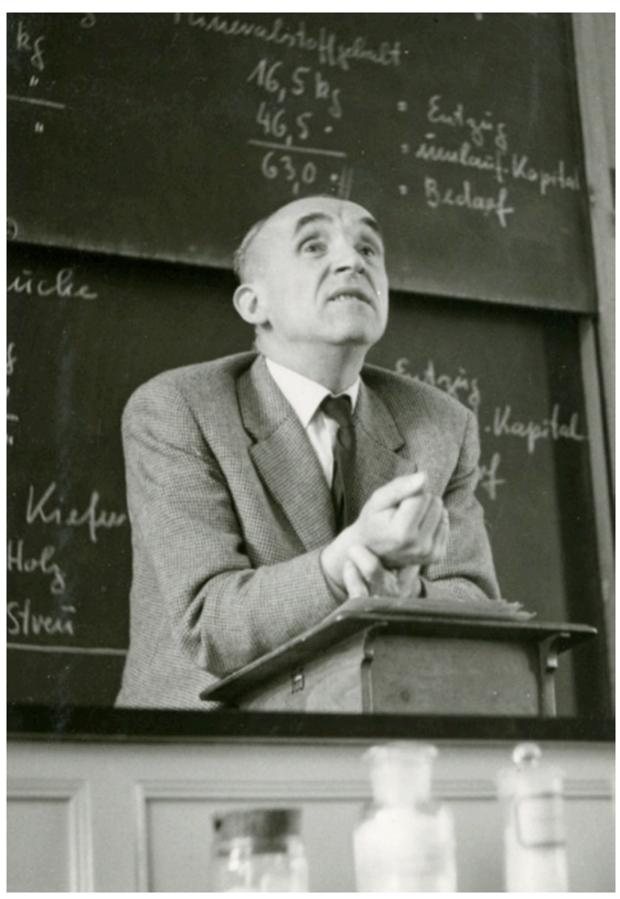




Abb. 34a-b: Walter Wittich (1897-1977) im Hörsaal, vermutlich 1957 (Quelle: PrSlg Albrecht von Kortzfleisch), und im Walde, 1956/60 (Quelle: PrSlg Peter Lex).

beiten; ohne Datum [vermutlich Januar 1949].

343 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 190, Jahresbericht des Instituts für Forstliche Bodenkunde vom 10. Juni 1949 über die Forschungstätigkeit vom 1. Juli 1948 bis 30. Juni 1949.

344 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 190, Jahresbericht für die Zeit vom 1. April 1950 bis 31. März 1951.

345 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 190, Jahresbericht für die Zeit vom 1. April 1953 bis 31. März 1954 (4. Mai 1954).

346 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 60, Dekan Nüßlein am 6. Juni 1958 an die FAO in Rom.

Im selben Jahr, 1958, äußerte sich Wittich in einem Bericht über „Forschungsergebnisse zur Förderung der forstlichen Erzeugung" auch zur „Eignung von Stadtmüll als forstliches Düngemittel". Untersuchungen mit ausgesiebtem Material einer Müllhalde der Stadt Düsseldorf, das, wie Wittich schreibt, „einem relativ armen Flottsandboden aus dem Forstamt Syke" zugesetzt wurde, um es anschließend mit Fichtensamen zu besäen, hatten ergeben, dass im Vergleich mit ungedüngten Böden die Aufnahme von Stickstoff bzw. Kalk auf etwa das Doppelte, die Phosphorsäureaufnahme „bis auf das Achtfache" erhöht wurden. Weitere Untersuchungen waren geplant.[347]

Wittich betrachtete es als das allgemeine Ziel der forstlichen Bodenkunde, „zu einer ursächlichen Klärung der Erscheinungen im Walde beizutragen" mit dem Ziel, den Waldbau von einer auf Empirie beruhenden Technik zur einer Wissenschaft zu entwickeln. „Kennzeichnend für die Entwicklung des Waldbaus nach dem Krieg ist die zunehmende Betonung der Bedeutung des Standortes." Die Standortskartierung sollte deshalb nach dem Krieg in allen deutschen Ländern eine bedeutende Rolle spielen. An weiteren wichtigen Forschungsfeldern nannte Wittich neben anderem (Aufstellung teilweise in wörtlicher Wiedergabe der Quelle):[348]

- Wirkung der Streunutzung auf den Boden
- Eigenschaften und Melioration von Heideböden
- Bodenbearbeitung
- Wasserhaushalt (einschließlich des Einflusses, den der Wald auf die Wasserwirtschaft eines Landes ausübt) sowie
- Düngung und Verbesserung des Nährstoffhaushalts

Dem zuletzt genannten Forschungsfeld maß Wittich den größten Raum zu. Er führte aus: „Die Entwicklung der forstlichen Bodenkunde ist im Begriff, einen neuen Weg für die Steigerung der Erträge zu öffnen, der früher nur mit großem Risiko gangbar war: die Verbesserung der Nährstoffversorgung des Waldes durch regulierende Eingriffe", namentlich durch mineralische Düngung.[349]

Obgleich, wie oben dargelegt, bis dahin von einer Freiheit der Forschung kaum die Rede sein konnte, lagen die bearbeiteten Themenfelder durchaus im Interesse Süchtings und Wittichs. Einer freien, unbeschwerten Entfaltung der Forschung standen jedoch ohnehin, solange die Fakultät in Münden residierte, die unzulänglichen Arbeitsbedingungen im Weg. Wegen Platzmangels war 1949 nicht daran zu denken, dass Studierende im Institut arbeiten konnten, obgleich durchaus Interesse an solchen Praktika geäußert wurde. Im Dezember 1950 sah Wittich sein Institut bereits vor dem Aus. Am 11. Januar 1954 führte er in einem Schreiben an den Göttinger Kurator beredte Klage über die Gesundheitsgefahren, welche neben anderem von völlig veralteten und im Verfall begriffenen Abzugsanlagen in den Laboratoriumsräumen herrührten. „Bei bestimmten Wetterlagen sind die beiden Institutsräume so mit Gasen angefüllt, dass ihre Räumung durch die Arbeitskräfte notwendig wird." Hinzu kämen die hierdurch veranlassten Fehlerquellen bei der Analyse von Bodenproben. Wittich sah, einmal mehr, den Zeitpunkt voraus, an dem „die Arbeit im Institut völlig eingestellt werden muss".[350] Dass auch in der frühen Nachkriegszeit wissenschaftliches Personal kaum zur Verfügung stand, erschwerte die Situation noch zusätzlich.[351]

Bernhard Ulrich (1926-2015) folgte 1965 Walter Wittich in der Leitung von Lehrstuhl und Institut für Bodenkunde nach. Mit Beschluss vom 13. Januar 1967 wurde das Institut für Bodenkunde in Institut für Bo-

347 Wittich, Stadtmüll (1958).

348 Wittich, Forstliche Bodenkunde (1960, S. 47, 51, 53, 57 f., 60, 65 f.).

349 Wittich, Forstliche Bodenkunde (1960, S. 60 ff.).

350 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 74, Wittich am 13. Mai 1949 an den Mündener Dekan; a.a.O., Wittich am 1. Dezember 1950 an den Niedersächsischen Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; a.a.O., Wittich am 11. Januar 1954 an den Göttinger Kurator.

351 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 74, Süchting am 5. April 1948 an den Göttinger Kurator.
Während des Krieges bereitete es Schwierigkeiten, männliches wissenschaftliches Personal nach Münden zu bekommen. Süchting brachte deshalb in Vorschlag, die verfügbaren Gelder für die Finanzierung einer wissenschaftlichen Assistentin zu verwenden (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 74, Süchting am 4. Dezember 1941 an den Mündener Dekan).



Abb. 35: Bernhard Ulrich (rechts) im Gespräch, vermutlich 1966 (Quelle: PrSlg Wolfgang Tambour).

denkunde und Waldernährung umbenannt.[352] Im laufenden akademischen Jahr 1966/67 standen Arbeiten über die Bodenuntersuchungsmethodik zur „Charakterisierung eines Bodens für ökologische Zwecke" auf dem Arbeitsprogramm, ferner die Bilanzierung von Nährstoffvorräten „in den Bodenhorizonten verschiedener Standorte und Waldformen", der „Anteil der Kronenauswaschung am Nährstoffkreislauf" sowie der Einfluss von Düngung, Bodenbearbeitung und Feuer auf die Nährstoffsituation der Böden.[353] Durch Stoffhaushaltsmessungen, die Ulrich als Beteiligter an dem 1966 begonnenen interdisziplinären Solling-Projekt durchführte, konnte gezeigt werden, dass ferntransportierte Luftschadstoffe in die Waldökosysteme eingetragen wurden und deren Konstitution schwächten.

Das Mündener Jubiläumsjahr 1968 nahm dann noch einmal Wittich zum Anlass, über die „Entwicklung der forstlichen Standortskunde und ihr[en] Einfluß auf das waldbauliche Denken und Handeln" Überlegungen anzustellen. In der Vergangenheit, so Wittich, hätten die Forstleute von der Stellung des Waldes in der Natur „eine unkomplizierte, dafür aber richtige Vorstellung" gehabt: „eine Gemeinschaft der verschiedensten Organismen, die sich gegenseitig beeinflussen, teils antagonistisch, vor allem im Kampf um Licht, Wasser und Nährstoffe, teils synergistisch. In dieses Zusammenspiel Einblick zu gewinnen, war selbstverständliches Ziel der sich mehr und mehr entwickelnden naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung."[354]

Im Anschluss diskutierte der Mündener Bodenkundler ausführlich die Annahmen der Dauerwaldbewegung im Vergleich mit der von ihm selbst verfochtenen standortskundlichen Grundlagenforschung in Einzelvorgängen. Die Dauerwaldbewegung habe, so Wittich, für den bis dahin erreichten hohen Stand waldbaulichen Denkens einen schweren Rückschlag bedeutet. Indem jene den Wald als Organismus konzipierte, habe Grundlagenforschung kaum noch stattgefunden. Dies sei angesichts der vermeintlichen „Wunderleistungen von Bärenthoren" auch nicht weiter überraschend gewesen. Wittich bezeichnete die Einführung der Bärenthorener Wirtschaft in Deutschland nach 1933 als verheerenden Fehler, weil sie den Standort vernachlässigte und auf falschen Annahmen beruhte. Andererseits könne positiv vermerkt werden, dass der Widerspruch, den diese Vorgänge gefunden hätten, der forstlichen Standortskunde enormen Auftrieb gegeben und zur Aufklärung dessen geführt habe, was in den Dauerwaldrevieren tatsächlich geschehen sei. Kritisch setzte sich Wittich auch mit der Forderung nach einer „Stetigkeit des Waldwesens" auseinander, indem seitens der Dauerwäldler jede Entblößung des Waldbodens als Sünde gebrandmarkt worden sei. Wittich dagegen machte die möglichen Folgen einer Freilage für den Boden und den Waldbau von den jeweiligen standörtlichen Gegebenheiten abhängig und warnte vor pauschalen Urteilen.[355]

352 Benett, Geschichte (1987, S. 95).

353 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 94, Prorektor der Universität Göttingen am 2. April 1968 an die Direktoren der Institute etc.

354 Wittich, Entwicklung (1968, S. 187).

355 Wittich, Entwicklung (1968, S. 187-189).

Hier handelt es sich in gewisser Hinsicht um eine pointierte Fortführung der Auseinandersetzungen der sogenannten Eberswalder Schule in den 1930er und 40er Jahren mit der Dauerwaldbewegung und ihren Vertretern. Die Vorwürfe wiegen schwer. Vor allem deshalb, weil die Vertreter des Dauerwaldes nach Ansicht Wittichs den Pfad der Wissenschaft verließen zugunsten einer gefühlsmäßigen Gesamtschau. Diese Vorgehensweise musste für Wittich besonders deshalb als unwissenschaftlich gelten, weil die sichtbaren Befunde und die sie erklärenden Hypothesen nicht kritisch hinterfragt geschweige denn durch Untersuchungen überprüft wurden. Auf Seiten der Dauerwäldler, später der „Naturgemäßen" in der Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft wurden, so eine Annahme, „zergliedernde" Untersuchungen auch deshalb nicht geschätzt, weil sie dem Wesen des Waldes als Organismus nicht gerecht würden und die Wesenhaftigkeit des Waldes ohnehin unerforschlich sei.

5.2.6 Nachhaltigkeit der Produktionsfaktoren und Holznutzung

- Forsteinrichtung und Ertragskunde
- Waldbau-Technik

Forsteinrichtung und Ertragskunde

In der Forsteinrichtung, besonders jedoch in der ertragskundlichen Forschung lassen sich im Untersuchungszeitraum ausgeprägte Kontinuitätslinien erkennen. Die Themen Leistung und Stabilität der Waldbestände unter Kostendruck ziehen sich wie ein roter Faden durch die Forschungsprojekte und Literatur.

Das Institut für Ertrags- und Forsteinrichtungslehre wurde 1929 gegründet und befasste sich mit Bestandeswachstumsgesetzen, Ertragstafelkonstruktionen, Schnellwuchsbetrieb, Massenermittlungsverfahren und Aufastungsversuchen. Mit der Übernahme des Instituts durch Karl Abetz (1896-1964) im Jahr 1935 änderte sich die Institutsbezeichnung in „Institut für Forsteinrichtung und forstliche Betriebswirtschaft".[356] An Richard Kleinschmit übrigens, der einen Lehrauftrag für Forsteinrichtung an der Forstlichen Hochschule innehatte, wurde 1936 besonders seine Fähigkeit gelobt, eine „Vorlesung über Forsteinrichtung im Sinne des modernen Dauerwaldgedankens zu halten". Die Hochschule und spätere Forstliche Fakultät ist im Übrigen nicht eben als Domäne des Dauerwaldes hervorgetreten.[357]

Ernst Gehrhardt (1867-1936) baute die von ihm entwickelten Ertragstafeln anders als die übrigen Ertragskundler seiner Zeit „auf mathematisch hergeleiteten allgemeinen Wachstumsgesetzen auf". Sein Ziel war letztlich eine Erhöhung der Massen- und Wertleistung der Waldbestände mittels starker Durchforstungen (Schnellwuchsbetrieb).[358] Hackerott weist darauf hin, dass, vermutlich beginnend in den 1920er Jahren, in zunehmendem Maße ungleichaltrige Bestände angestrebt worden seien. Darauf hätten auch die Forschungen im Waldbau und in der Ertragskunde mit Untersuchungen reagiert.[359] Gehrhardt übrigens kam in Münden zum Zuge, nachdem Gustav Ludolf Schilling (1861-1928) als Leiter der Forstlichen Versuchsanstalt nach Eberswalde versetzt worden war. Das Ministerium selbst hatte Gehrhardt im November 1922 der Mündener Forsthochschule in Vorschlag gebracht und dabei besonders seine wissenschaftlichen Arbeiten hervorgehoben. Das Professorenkollegium wurde aufgefordert, dem Ministerium zu berichten, ob gegen die Berufung von Gehrhardt Bedenken bestehen.[360]

Auch Reinhard Schober (1906-1998), der, wie sein Vorgänger Gustav Baader aus Gießen kommend, das Institut für Forsteinrichtung und Ertragskunde von 1947 bis 1974 leitete, konnte beobachten, dass die

356 Köstler, Festschrift (1939, S. 56 f.); Senat, Forstliche Hochschule (1933, S. 32 f.).

357 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 115, Rektor Oelkers [?] am 17. April 1936 an den Reichsforstmeister.

358 „Ueber die Wirkung frühzeitiger starker Durchforstungen an Fichtenbeständen" hatte auch Adam Schwappach 1924 in einer Mündener Festschrift berichtet.

359 Hackerott, Institut für Forsteinrichtung (1979, S. 35 f., 40). Neben Reinhard Schober befasste sich dessen Nachfolger Horst Kramer ebenfalls mit Ertragstafeln.

360 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 200, Das Preußische Landwirtschaftsministerium am 14. November 1922 an den Mündener Rektor.



Abb. 36: „Der Lichtungs-Zuwachs nach seiner naturgesetzlichen Allgemeinheit und wirthschaftlichen Bedeutung für alle deutschen Holzarten, dargestellt in Stammquerschnitts-Sectoren von unsern 5 wichtigsten Waldbäumen: 1, 6, 7, Kiefer, 2 Eiche, 3, Tanne, 4, Fichte, 5, Buche“ (Quelle: SUBGÖ, Bereichsbibliothek Forstwissenschaften; Foto Christian von Schnehen-Ahrens, 2020. Der Schaukasten stammt mit großer Sicherheit aus der Forstakademie zu Münden und wurde vermutlich vor 1914 angefertigt, vgl. Steinsiek, Burckhardt, 2021, S. 216).



Abb. 37: Arbeitsraum im Institut für Forsteinrichtungs- und Ertragslehre, um 1933 (Quelle: Senat, Forstliche Hochschule, 1933, S. 32).

Forstliche Ertragskunde seit Kriegsende gelernt hatte, den Blick immer stärker auf das Spektrum sämtlicher Einflussfaktoren und Wechselbeziehungen zu richten, die für die Wachstumsvorgänge von Einzelbäumen und Beständen von Bedeutung sein könnten. In diesem Zusammenhang hielt er offenbar folgende Forschungsfelder für besonders wichtig:[361]

- Ertragstafelforschung
- Bestandeserziehung und Zuwachs
- Zuwachs und Bestandesform
- Ertragsleistung und Provenienz

Kurz zuvor, 1958, hatte Schober zu den Forschungsaktivitäten seines Instituts folgende Angaben gemacht (Aufstellung in wörtlicher Wiedergabe der Quelle):[362]

- Untersuchungen über die Ertragsleistung und Wuchsform der Rotbuche (insbesondere ihren Massen- und Wertertrag in Abhängigkeit von verschiedener Durchforstung) auf der Grundlage langfristig beobachteter Versuchsflächen
- Monographie der Sitkafichte in Deutschland (Standortsansprüche, Ertragsleistung, waldbauliches Verhalten, Provenienzfrage und Anfälligkeit gegen Schäden der organischen und anorganischen Natur)
- Ertragskundliches und waldbauliches Verhalten von Mischbeständen mit Lichtholz-Oberstand und Schattholzunterstand
- Provenienzuntersuchungen für europäische und japanische Lärche. Gleichzeitig Vorbereitung eines internationalen Provenienzversuches mit europ. Lärche in 12 europ. Ländern, in USA und Chile sowie eines deutschen Provenienzversuches mit japanischer Lärche
- Die Esche in Schleswig-Holstein
- Das ertragskundliche Verhalten der Weymouthskiefer
- Methodische Untersuchungen über die forstliche Bildauswertung bei mitteleuropäischen Waldverhältnissen
- Über die Methodik der Zuwachsanalyse ertragskundlicher Dauerversuchsflächen (am Beispiel einer Buchen-Durchforstungs-Versuchsreihe) mit Hilfe von Lochkartenverfahren

In dem Einzelbericht des Instituts für den Jahresbericht der Universität 1966/67 wurden lediglich eine Monographie über die Rotbuche sowie die Lärchen-Provenienzversuche erwähnt.[363]

Schobers Nachfolger auf dem Lehrstuhl für Forsteinrichtung und Ertragskunde, Horst Kramer (1924-2015), beschäftigte sich intensiv mit Fragen der Bestandesbegründung, Jungbestandspflege und Durchforstung, auch unter dem Gesichtspunkt der

361 Schober, Forstliche Ertragskunde (1960, S. 153, et passim).

362 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 60, Dekan Nüßlein am 6. Juni 1958 an die FAO in Rom.

363 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 94, Prorektor der Universität Göttingen am 2. April 1968 an die Direktoren der Institute etc.

Bestandessicherheit. Es folgten Untersuchungen, die sich mit den Möglichkeiten der Rationalisierung der Waldinventur durch Luftbilder auseinandersetzten. Sehr viele der nach 1945 am Institut angefertigten Dissertationen und Habilitationen haben ertragskundlich-biologische Untersuchungen an ausländischen Baumarten zum Gegenstand.[364]

Für die praktische und wissenschaftliche Forsteinrichtung hob Michail Prodan aus Freiburg den Ertrag internationaler Zusammenarbeit hervor.[365] Im Übrigen gehörten für ihn Stichprobenverfahren, die Bitterlich'sche Winkelzählprobe und anderes mehr bei der Holzvorratsinventur zu den seit 1945 erreichten Fortschritten. Außerdem: verbesserte Verfahren der Massenberechnung, Leistungskontrolle und Qualitätserfassung sowie der Luftbildmessung.[366]

Waldbau-Technik

Vorangestellt seien einige Details aus der Vorgeschichte des Mündener Instituts für Waldbau(-Technik). Sie sind den Handakten von Julius Oelkers entnommen, dessen Initiative sich die Gründung des Instituts wesentlich verdankte und der bis 1945 die Institutsleitung innehatte. Oelkers hat in seinen Handakten, die offenbar leider nicht vollständig überliefert sind, Material sorgfältig gesammelt und zu Büchern binden lassen, das sich auf die damalige Forstliche Hochschule und spätere Forstliche Fakultät im Allgemeinen (Zeitungsausschnitte) sowie im Besonderen auf Vorgänge bezieht, an denen er selbst beteiligt war. Von Wert sind die Denkschriften und Stellungnahmen zu Forschung, Studium und Lehre in Münden sowie Vortragstyposkripte.

Doch bevor die angekündigten Details zur Sprache kommen, soll auf eine Initiative hingewiesen werden, die Professor Carl Metzger (1865-1950) bereits im Jahr 1908 ergriff, um zu erreichen, dass in Münden ein Institut für waldbauliche Forschung entsteht. Akademiedirektor Paul Riebel (1850-1919) hatte dem Ministerium gegenüber den Antrag Metzgers warm unterstützt. Ein waldbaulich-biologisches Institut würde, so Riebel, „das der preußischen Staatsforstverwaltung zur Verfügung stehende Rüstzeug für forstwissenschaftliche Forschung um ein wichtiges Glied vermehren". Im Übrigen fand es Riebel nur gerecht, wenn dieses Institut in Münden errichtet würde, nachdem Eberswalde neben anderem bereits seit Jahrzehnten durch die dort angesiedelte forstliche Versuchsanstalt begünstigt sei.[367] Das Ministerium allerdings konnte sich mit Hinweis auf die schlechte Finanzlage des Staates nicht dazu durchringen, dem Antrag zu entsprechen. Daran, dass Metzger die Absicht hatte, ein waldbauliches Kolleg vorzubereiten, welches die naturwissenschaftlichen Grundlagen des praktischen Waldbaus behandelte, wusste das Ministerium an sich nichts auszusetzen. Vorläufig müsse es jedoch ausreichen, „ihm einige Versuchsfelder in den Lehrrevieren zur Verfügung zu stellen".[368] Staatlicherseits erfuhren hierdurch die wissenschaftlichen Ambitionen der Mündener Forstakademie einen empfindlichen Dämpfer. Dass zwei Jahre später, 1910, mit dem Institut für Technische Mykologie in Münden eine ganz überwiegend der Forschung gewidmete Einrichtung geschaffen wurde, muss vor diesem Hintergrund überraschen.

Vom 17. Juli 1923 datiert dann ein Schreiben von Oelkers aus Münden an den Preußischen Landwirtschaftsminister, mit dem er für die Errichtung eines Waldbauinstituts wirbt. Oelkers macht das Bedürfnis nach einer solchen Einrichtung zunächst an dem praktischen Nutzen fest, der etwa aus der für dringend gehaltenen, zentralen Aufsicht über die Werbung und Verteilung geeigneten Baumsamens resultierte. Die Finanzierung wäre, so Oelkers, in der Hauptsache bereits durch den Verkauf von Samen und Pflanzen

364 Vgl. Hackerott, Institut für Forsteinrichtung (1979, S. 69 f., 71).

365 Johannes Weck hatte darauf hingewiesen, dass die internationale Zusammenarbeit mit der deutschen Forstwissenschaft bis 1945 vollkommen zum Erliegen gekommen sei (Weck, Zusammenarbeit, 1960, S. 301).

366 Prodan, Forsteinrichtung (1960, S. 173, et passim).

367 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 193, Riebel am 20. März 1908 an das Preußische Landwirtschaftsministerum.
Bei der hier benutzten Quelle handelt es sich um Material, das Karl Hasel aus seinem Manuskript „Quellen zur Geschichte der Forstlichen Fakultät" wieder ausgeschieden hat. Die dort von Hasel vermutlich im Wortlaut wiedergegebene Akte könnte neben anderen Stücken inzwischen verschiedenen Verlustursachen zum Opfer gefallen sein.

368 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 193, Das Preußische Landwirtschaftsministerium am 6. April 1908 [an den Mündener Akademiedirektor].

an die Forstbetriebe gewährleistet. Erst danach kam Oelkers auf die aus seiner Sicht eigentlichen Aufgaben eines Waldbauinstituts zu sprechen: Versuche „über Trockentorf, über Bodenflora u[nd] Humusformen, über Wasser, Licht und Mineralbedarf der Holzarten, über das Verhältnis von Wurzel zu Blatt und Klima, über Bedeutung des Zusammenlebens von Pilzen und Holzarten." Bemerkenswert ist ferner, dass Oelkers die bereits zugesagte Mitwirkung des Bodenkundlichen (Süchting) und Mykologischen Instituts (Falck) als Voraussetzung für das Gelingen bezeichnete.[369]

Wortreiche Unterstützung leistete auch der Oberforstmeister Doerr aus Kassel. Er kam dabei unter anderem auf den Umstand zu sprechen, dass bislang in Münden „alle Professoren der Hülfswissenschaften die entsprechenden Institute haben und der Vertreter des doch wohl wichtigsten Hauptfachs, des Waldbaus allein auf ein solches verzichten soll". Auch Doerr bezeichnete es als vorrangig wichtig, den Anbau der Baumarten auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen. Ein Waldbauinstitut dürfe an einer Forstlichen Hochschule, „die nicht nur Forstliche Hochschule heißt, sondern auch ist", nicht fehlen.[370]

Das Ministerium jedoch kam einmal mehr in seinem Schreiben vom 23. Oktober 1923 und mit „Rücksicht auf die finanzielle Lage des Staates" zu dem Beschluss, Oelkers' Antrag nicht zu entsprechen.[371]

Doch Oelkers gab nicht auf. Am 27. September 1926 nutzte er eine Gelegenheit, dem Landwirtschaftsministerium erneut die Einrichtung eines eigenen Instituts für Waldbau nahezubringen. Oelkers begründete die Notwendigkeit eines solches Schrittes mit dem Stand seiner bisherigen Forschungen über den Trockentorf. Die Erfolge seiner Arbeiten seien nur möglich geworden, weil er Ressourcen des Agrikulturchemischen und des Mykologischen Instituts habe in Anspruch nehmen dürfen.[372] Durch die zunehmende Arbeitsbelastung beider Institute sei dies künftig jedoch kaum noch möglich. Folglich benötige er dringend einen eigenen chemischen Assistenten und einen entsprechend ausgebauten Arbeitsraum.[373] Das Ministerium stimmte daraufhin dem Ausbau des bestehenden Waldbauarbeitsraums als Waldbauinstitut grundsätzlich zu, sah sich jedoch vorerst nicht in der Lage, den erbetenen chemischen Assistenten zu bewilligen.[374]

Im Sommer 1927 ist es dann tatsächlich gelungen, in Münden das ersehnte Institut zu gründen. Die Stadt Münden steuerte als Grundstock 5.000 Mark bei, während das Preußische Landwirtschaftsministerium lediglich 2.000 Mark in Aussicht stellte.[375]

„Allemal ist beruhigend: Der Wald hält viel aus"[376]

Zeiten der Veränderungen, Umbrüche und Unsicherheiten, wie sie auch die 1960er Jahre darstellten, geben bisweilen Anlass zur Rückschau. Julius Leiber etwa, ein forstlicher Zeitgenosse der von ihm selbst geschilderten waldbaulichen Entwicklung, wusste zu berichten, dass seit der Jahrhundertwende im Norden wie im Süden Deutschlands heftige „forstliche Glaubenskämpfe" ausgetragen worden seien. Es blieb nicht aus, dass sich die Disputanten, wie Leiber 1966 schrieb, aggressiver, ehrverletzender und marktschreierischer Übertreibungen bedienten.

Um 1900, so Leiber, habe in ganz Deutschland noch der Kahlschlagbetrieb überwogen. Der Bodenreinerträgler Philipp in Baden habe die Buche, von anderen liebevoll als „Mutter des Waldes" verehrt, „rentenraubend" genannt und sie gelegentlich als „Waldhure" beschimpft.[377] Obgleich süddeutsche Entwicklungen im Vordergrund stehen, nimmt auch der Dauerwald bei Leiber einigen Raum ein. Er äußert

369 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 191, Oelkers am 17. Juli 1923 an den Preußischen Landwirtschaftsminister, fol. 31-33.

370 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 191, Doerr am 6. November 1923 an Oelkers, fol. 34 f.

371 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 191, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 23. Oktober 1923 an den Mündener Rektor, fol. 30.

372 In diesem Zusammenhang wies Oelkers noch einmal besonders auf die Zusammenarbeit mit Falck hin.

373 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 192, Oelkers am 27. September 1926 an das Preußische Landwirtschaftsministerium, Stück 108 b.

374 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 192, Das Preußische Landwirtschaftsministerium am 9. Oktober 1926 an die Forstliche Hochschule.

375 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 192, Das Mündener Waldbauinstitut am 17. März 1928 an die Regierung in Hildesheim; a.a.O., Bericht der Forstlichen Hochschule Hann. Münden über das Rektoratsjahr 1926/27, S. 4 f.

376 Leiber, Erinnerungen (1966, S. 169).

377 Auch Leiber ging zu Unrecht davon aus, dass vor 1800 der Waldbau in Deutschland in tiefe Finsternis gehüllt gewesen sei (Leiber, Erinnerungen, 1966, S. 169, 172 f.).

sich kritisch und belächelt gelegentlich die „Kreuzritter des Dauerwaldes“, spricht auch von einer „forstmystischen Richtung“. Seine Anmerkungen fallen teils witzig und humorvoll, teils sarkastisch und polemisch aus. „Die Dauerwaldfrage war, nachdem sie geradezu politisch hochgespielt worden war, fast zur Weltanschauungsfrage geworden.“[378] Leiber indes verkannte nicht, dass der Waldbau in Deutschland, besonders in Norddeutschland, zu Beginn der 1920er Jahre, „als Möller seine Dauerwaldgedanken verkündete“, einer „Renaissance“ bedurfte.[379]

„Der Dauerwald ist Mode [Hervorhebung im Orig.] geworden“, hatte schon Friedrich August Christian Erdmann 1924 erklärt. Dieser außerordentlich erfahrene, als Ratgeber gefragte Praktiker war sich jedoch nicht sicher, ob der Dauerwald die an ihn gestellten Erwartungen auch würde erfüllen können. „Steht es denn wirklich fest“, so Erdmann, „daß der natürlich aufgebaute Wald die Dauereigenschaft [Hervorhebung im Orig.] in sich trägt und sich immer mehr nach einem Optimum hin vervollkommnen muß?“[380]

Der Mündener Ertragskundler Gehrhardt wiederum beharrte auf seinen Ertragstafelmodellen und die „Zusammenhänge von Stammzahl, Mittelhöhe und mittlerem Durchmesser“ und warf den Dauerwäldlern vor, „Kampf gegen den »Ertragstafelwald«“ zu führen. Er bezeichnete den Dauerwaldgedanken als eine „Lehre, an der, wie treffend gesagt worden ist, das Gute nicht neu, das Neue aber nicht richtig ist“. Und: „Helft, […], den reinen, gleichaltrigen Buchen-Hochwald zu dem hehren, grünen Dom zu gestalten, der für uns Deutsche den Inbegriff der Waldesherrlichkeit bedeutet.“[381] Hermann [?] Kautz jedoch widersprach, „Dauerwald“ sei „der glückliche Name für eine gute Sache“. Dieser gleichfalls erfahrene Praktiker, guter Beobachter und mit dem Stand des Wissens vertraute Fachmann stellte Überlegungen dazu an, wie die herkömmliche in eine neue Wirtschaft überführt werden könnte („Übergangswirtschaft“).[382]

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war demnach von waldbaulichen Dogmen geprägt, von starken Kämpfen zwischen den Anhängern der unterschiedlichen Waldbausysteme! Deren Führer gebärdeten sich, wie Leiber anschaulich zu erzählen weiß, gelegentlich wie Demagogen. Zugleich wurde deutlich: Je stärker der Waldbau naturwissenschaftlich unterfüttert wurde, desto eher konnte es gelingen, von starren Systemen wegzukommen und dem Standort Vorrang einzuräumen.



Abb. 38: Versuchshaus des Waldbauinstituts, um 1933 (Quelle: Senat, Forstliche Hochschule, 1933, S. 30).

„Neuer Waldbau“: Julius Oelkers

An der Errichtung des Mündener Waldbauinstituts beteiligten sich übrigens auch das Landesdirektorium und die Landwirtschaftskammer Hannover mit nam-

378 Karikatur eines Dauerwäldlers: „Sah er ein Mauseloch, kniete er andächtig nieder, bohrte mit dem Finger in dem Loch herum und dozierte über die Reisigdüngung und die Bodengare. Bloß die Frage nach dem Hiebsatz, den er hauen sollte, war ihm lästig“ (Leiber, Erinnerungen, 1966, S. 182 f.).

379 Leiber, Erinnerungen (1966, S. 184).

380 Erdmann, Dauerwald (1924, S. 92, 94).

381 Gehrhardt, Ertragskunde (1924, S. 100, 108 f.).

382 Kautz, Übergangswirtschaft (1924, S. 110).

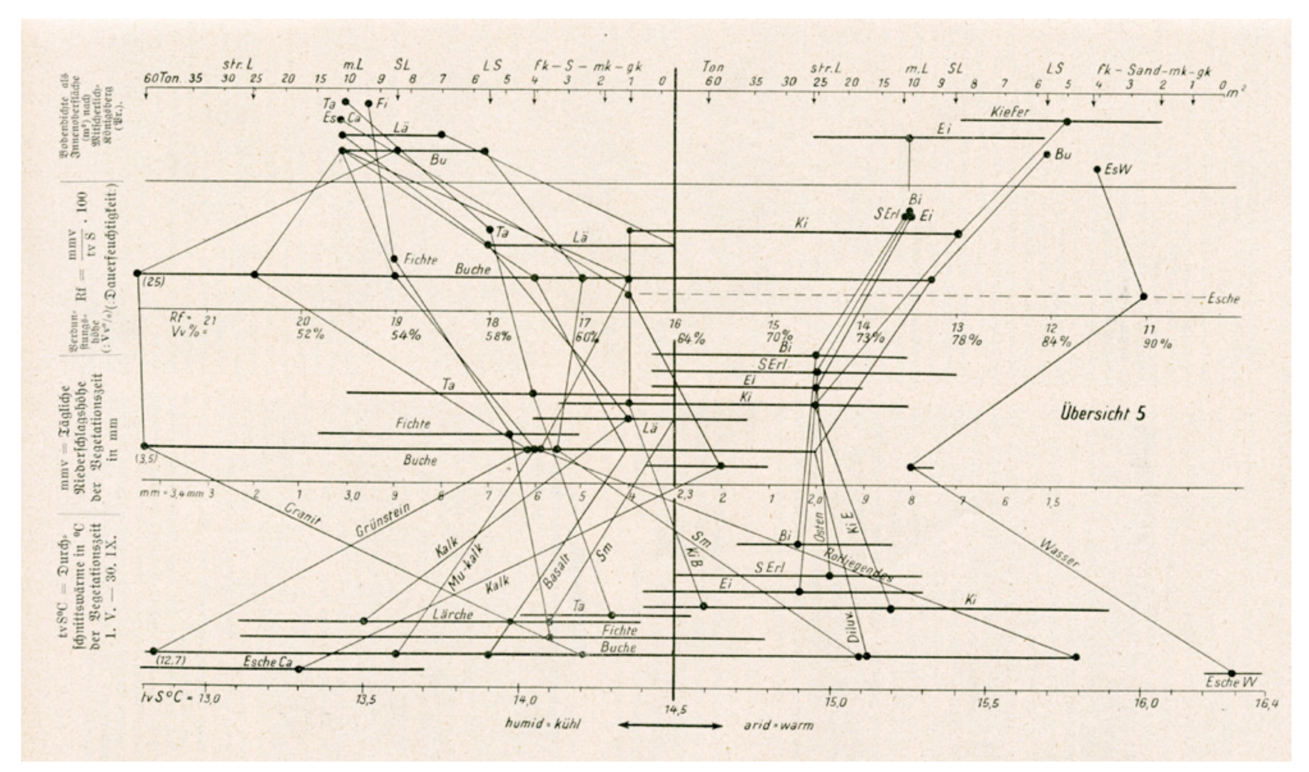


Abb. 39: Der von Julius Oelkers beschriebene Zusammenhang zwischen Standortsfaktoren und Ertragsklasse für verschiedene Baumarten (Quelle: Oelkers, Standortsklasse, 1929, S. 225).

haften Geldbeträgen. „Das Institut sucht die Standortsfaktoren und ihre wirtschaftliche Auswirkung auf Holzartleistung und Nachhaltigkeit der Produktion exakt zahlenmäßig zu erfassen", und zwar „unter bewußter Lösung von der bisher vorwiegend empirischen Betrachtungsweise waldbaulicher Probleme", heißt es 1933 zutreffend über die Aktivitäten unter der Ägide von Julius Oelkers.[383] Zu den wichtigen Forschungsfeldern zählten bis 1939 außerdem:

- Bedingungen der Holzerzeugung
- Zersetzung des Bestandsabfalls der Hauptbaumarten
- Fichtennaturverjüngung
- Düngung
- Wirtschaftstypen

383 Senat, Forstliche Hochschule (1933, S. 30).

Oelkers konstatierte, dass unter den humidkühlen Bedingungen Nordwestdeutschlands zunächst der Wärmehaushalt im Bestand für die Holzerzeugung bestimmend sei, gefolgt vom Wasserhaushalt und vom Nährstoffhaushalt.[384] Er hatte es sich zum Ziel gesetzt, aus Klimadaten und dem Bodenzustand die Ansprüche der verschiedenen Baumarten zahlenmäßig herzuleiten.[385] „Aufgabe […] der Waldbauwissenschaft […] ist die quantitative und qualitative, zahlenmäßige Erforschung des Zusammenhanges zwischen Holzartleistung und Standort und Wirtschaftsführung im »Bestande« [Hervorhebungen im Orig.] […] im Rahmen des forstpolitischen, volkswirtschaftlichen Zieles der Forstwirtschaft: »Höchste Wertleistung in Holz, nachhaltig, mit geringstem Aufwand von Kosten, Zeit, Arbeit, Holzvorrat.«"[386]

384 Köstler, Festschrift (1939, S. 55 f., 88).

385 Oelkers, Standort (1924).

386 Oelkers, Waldbau (Teil I, 1930, S. 1).

Von Beginn an setzte Oelkers im Waldbau auf die Kooperation mit den Grundwissenschaften und den forstlichen Fachvertretern. Größten Wert jedoch legte er darauf, dass der akademische Waldbaulehrer zugleich Leiter eines eigenen Forstreviers war. „Ohne die andauernde Befruchtung durch das Revier […] muß die Waldbauforschung zur Literaturkritik oder Wiederholung der Grundwissenschaft werden. Und dann vermag sie wirtschaftlich [Hervorhebung im Orig.] Wichtiges und Neues nicht zu bringen."[387] Möglichst viel und qualitativ hochwertiges Holz lasse sich, so lautete Oelkers' Credo, nur produzieren, wenn zunächst die jeweiligen Standortsfaktoren durch Forschung geklärt seien. Der Waldboden müsse durch den Wirtschafter dauernd gesund erhalten werden. Als Oelkers 1930 den ersten Teil seines vier Teile umfassenden „Waldbaus" herausbrachte, bezeichnete er sein Fachgebiet als noch sehr junge Wissenschaft. Um Fehler zu erkennen und zu beseitigen, müsse das vorhandene Wissen zahlenmäßig gefasst werden. Denn „Wortfassung ermöglicht zu sehr Aneinander-Vorbei-Reden".[388]

Diesem Prinzip ist es geschuldet, dass Oelkers' Waldbau-Buch auf nahezu alle Elemente, die es zu einer lesbaren Lektüre hätten machen können, bewusst verzichtet. Gleichwohl – oder gerade deshalb – gelingt es ihm, auf sehr engem Raum sehr viele Informationen, darunter regelmäßig Messdaten zur Kennzeichnung der Standorte, und Beispiele aus unterschiedlichsten Waldgebieten zu präsentieren. Oelkers lässt auch Ansichten von Fachgenossen aus Wissenschaft und Praxis einfließen und das Publikum an seinem reichen Erfahrungswissen teilhaben. Er bezeichnet die von ihm vorgetragene Lehre als „neuen" Waldbau[389], für den etwa das folgende Zitat – ohne dass vom Autor die an sich notwendigen Erläuterungen dazu gegeben werden – charakteristisch sein mag: „Bei der Holzartwahl folge ich auf Grund der Teile I und II meines Waldbaus und praktischer Erfahrung nachstehendem Gedankengange. Ich bestimme die Holzart oder Holzarten nach »TvS« [Vegetationszeit-Durchschnittstemperatur des Bestandes in Seehöhe] – vgl. Teil II, 128 ff. – d. h. ihrem Wärmeanspruch – z. B. nach den Uebersichten im Waldbau, Teil II, 247 ff., oder den Zahlen bei den einzelnen Holzarten, z. B. Eiche, Teil II, 135, oder Esche, Teil II, 221, entsprechend der Ueberlegung, daß nach der als forstlich zweckmäßig unterstellten Bauerschen Reaktionsnorm – vgl. Waldbau, Teil IV, Hauptabschnitt F – die »wesentlichste Eigenschaft« der Holzart diejenige ist, auf die Wärmelage des Optimal-Standorts – hier gekennzeichnet mittels TvS – mit der intensivsten Tätigkeit ihres Assimilationsapparates zu reagieren."[390]

In konsequenter Anwendung der von ihm entwickelten Vorgehensweise und Heranziehung der vorliegenden Literatur stellt Oelkers der Dauerwaldwirtschaft in Bärenthoren ein sehr gutes Zeugnis aus: „In ökonomisch-waldbaulicher Hinsicht vollkommenste Leistung, weil alle Bedingungen des »Forstwirtschaftsziels« erreicht werden in einem [Hervorhebung im Orig.] Arbeitsgange, nämlich der »Durchforstung«. Diese erfüllt: Holzernte, Bestandespflege, einschließlich Kronenpflege, Bodenpflege, Naturverjüngung, Nachhaltigkeit höchster Erzeugung."[391] Nach den Oelkersschen Grundsätzen kann allerdings kein Zweifel daran bestehen, dass mit dieser Einschätzung eine Übertragbarkeit der Wirtschaftsweise in Bärenthoren auf Standorte, welche die Voraussetzungen nicht erfüllten, ausgeschlossen war. Folgerichtig sah Oelkers dort, wo „richtige Holzartwahl nicht zum Mischbestand führen und die »Durchforstung im Herrschenden« die Entstehung des Trockentorfs nicht hindern kann", den Kahlschlag „als wirtschaftlich geeignetstes Mittel zur Wiederherstellung eines verloren gegangenen günstigeren Wald- und Bodenzustandes stetiger, nachhaltiger Holzerzeugung" an.[392]

Nach 1945

Lukas Leiber, ehedem Waldbaureferent im Reichsforstamt, hat besonders betont, dass er Forstwirtschaft betreiben wollte, die auf ein Betriebsziel ausgerichtet war.

387 Oelkers, Waldbau (Teil I, 1930, S. 2).

388 Oelkers, Waldbau (Teil I, 1930, S. 2 f.).

389 Auch als Signum der nationalsozialistischen Bewegung wurde das „Neue" allenthalben hervorgehoben. In den Wissenschaften war dann auch das Adjektiv „modern" beliebt.

390 Oelkers, Waldbau (Teil III, 1932, S. 275); Oelkers, Waldbau (Teil IV, 1937, S. 375 f.).

391 Oelkers, Waldbau (Teil III, 1932, S. 346).

392 Oelkers, Waldbau (Teil IV, 1937, S. 529).

Einer „Waldromantik oder Gefühlswirtschaft" erteilte er eine deutliche Absage. Im Rahmen des Möglichen und Unschädlichen wollte er folglich auch nicht zu ‚zimperlich' sein. Und so hatte er gegen einen „Nadelholzreinbestand am rechten Ort" nichts einzuwenden. Es sei, so Leiber, feige, sich „hinter Wohlfahrtswirkungen, Sozialfunktionen u. dergl." zu verstecken.[393]

Der Waldbau erwies sich für ‚radikale' Positionen und ‚mystische' Aufladungen als besonders anfällig. Er war es auch deshalb, weil, überspitzt formuliert, jeder Revierleiter auch ein Experimentator war, der leicht glaubte, dass das von ihm Praktizierte Anspruch auf allgemeine Gültigkeit erheben konnte. Dass dabei Rechthaberei und Besserwissertum nicht vor Beschimpfung und Verunglimpfung zurückschreckten, ist ein bedauerliches, immer wiederkehrendes Moment in der Forstgeschichte.

Auf der Forstlichen Hochschulwoche, die 1968 in Münden stattfand, wies Alfred Bonnemann in seinem Vortrag über „Leitlinien des Waldbaus" darauf hin, dass Oelkers in Münden den „Übergang von der empirischen zur experimentellen Forschung" vollzogen habe. Adolf Olberg soll dann, wie es heißt, die ökologische Arbeitsrichtung des Instituts verstärkt haben, neben einer Erweiterung der Herbizidforschung. Bonnemann unterstreicht dabei die Bedeutung von mathematisch-statistischen Verfahren. Künftig jedoch – und hier unterschied er sich von der Position, die Leiber vertrat – würden die landeskulturellen Funktionen des Waldes stärker in den Vordergrund rücken.[394]

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich nach Bonnemann (1960) die Waldbauforschung in Münden noch intensiv mit Naturverjüngungsverfahren in Abhängigkeit von der Hiebsführung befasst, bevor Oelkers seine Modelle entwickelte, die Eigenschaften der forstlichen Standorte als Standortsklassen in eine regelmäßige Beziehung zu den Standortsansprüchen der einzelnen Baumarten zu setzen und hieraus Anbauempfehlungen abzuleiten.[395] Den starken Holzeinschlägen des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit war es dann geschuldet, dass sich die Forstforschung jetzt vor allem auf die künstliche Verjüngung konzentrierte, um die Kahlflächen wiederaufzuforsten. Inzwischen gehe es, so Bonnemann weiter, besonders um die Ökologie der Naturverjüngung. Die vor allem von Hartmann vertretenen Waldgesellschaften könnten eine Grundlage für die Baumartenwahl und die Herleitung von Betriebszieltypen und Betriebsformen bilden.[396] Köstler wiederum ergänzte, dass allenthalben, nicht nur in Deutschland, seit 1945 der Pflegebetrieb erheblich ausgeweitet und verfeinert worden sei. Der Wald werde dank erweiterter naturwissenschaftlicher Erkenntnisse fortschreitend ökologisch betrachtet.[397]

Arnold von Vietinghoff-Riesch beschränkte sich in seinem Institutsbericht vom 10. März 1947 auf die „Monographische Bearbeitung von Waldgebieten und Holzarten"; 1945 bis 1946 sei über Möglichkeiten des Douglasien- und des Weymouthskiefernanbaus in Deutschland recherchiert worden. Seit Kriegsende hätten eigentliche Forschungsarbeiten nicht durchgeführt werden können, auch infolge Schädigung der Räume durch Kriegseinwirkungen. Die Wiederaufnahme eines Forschungsbetriebs war dann 1947 vorgesehen.[398] Gisela Jahn hielt wenig später fest: „Durch die Schwedenspeisung[399], die auch Professoren und Assistenten zugute kommt, die besonders unter den schlechten Ernährungsverhältnissen zu leiden hatten, und die damit vorübergehend eine gewisse Erleichterung verschafft, ferner durch die etwas ruhigere Arbeit des Winters unter erträglichen Temperaturverhältnissen ist es berechtigt zu sagen, dass in den Arbeitsbedingungen eine gewisse Besserung zu spüren ist, die allerdings sehr labilen Charakter hat."[400] Max Schlüter befasste sich mit „[v]ergleichende[r] Walderforschung in den Tro-

393 Leiber, Erinnerungen (1966, S. 186 f.).

394 Vorträge (1968, S. 182).

395 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 192, Bericht vom 8. Juli 1928 über die Forstliche Hochschulwoche in Münden, Stück 37.

396 Bonnemann, Bestandesverjüngung (1960, S. 70, 72, 89).

397 Köstler, Waldpflege (1960, S. 106 f.).

398 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 106, Bericht durch von Vietinghoff-Riesch vom 10. März 1947.

399 Als „Schwedenspeisung" wurde die Massenspeisung von vor allem Kindern besonders in Westdeutschland und Wien bezeichnet, an der sich zwischen 1946 und 1949 neben Schweden eine Reihe weiterer Länder beteiligte (vgl. URL https://de.wikipedia.org/wiki/Schwedenspeisung; Abfrage v. 14. Juli 2022).

400 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 106, Institut für Waldbau II, 21. Februar 1948, Gisela Jahn mit dem Institutsbericht für die Zeit vom 1. November 1947 bis 29. Februar 1948.



Abb. 40: Arnold von Vietinghoff-Riesch gefiel sich in der Rolle des eloquenten Unterhalters (Quelle: Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen, um 1960).

pen“ [als Ergebnis seiner Reise mit dem Zoologen Eidmann nach Spanisch Guinea vom 8. August 1939 bis 22. Dezember 1940].[401] Im Institutsbericht von Gisela Jahn vom 11. Oktober 1948 heißt es außerdem, dass von „Forstmeister Schlüter der Aufbau einer Methode zur Erforschung der Grundlagen tropischer Forstwirtschaft und ihre Anwendung im Gegensatz zur holzwirtschaftlichen Exploitation in den Tropen“ als Forschungsarbeit durchgeführt worden sei.[402] Adolf Olberg befasste sich 1950/51 unter anderem mit der „Umwandlung u[nd] Überführung v[on] Beständen im Sinne des naturgemäßen Wirtschaftswaldes“.[403]

Wenn Vietinghoff davon sprach, dass seinerzeit Untersuchungen „über Waldbau, Forstschutz u[nd] Ornithologie; Forstbenutzung beim Vollzug eines Hauungsplanes; Anwendung von Maschinen bei Durchführung waldbaulicher Arbeiten im Walde; Anbaumöglichkeiten ausländischer Holzarten“ angestellt wurden, dann ist vor dem Hintergrund prekärer Arbeitsbedingungen in Münden klar, dass tiefgehende wissenschaftliche Analysen weder geplant waren noch möglich gewesen sein werden. Das Programm der Nordwestdeutschlandexkursion, welche vom 28. April bis zum 2. Mai 1948 stattfand, berührte mit der Kiefernwirtschaft, Kahlschlagswirkungen, Korbweidenzucht, Pappelanbau[404] und zweialtrigem Kiefernhochwaldbetrieb einige für die Region charakteristische Themen mit vielen offenen Fragen, die den Verhältnissen der Nachkriegszeit geschuldet waren. Von Vietinghoff-Riesch bemerkte noch, dass das Institut durch die Betreuung und Bewertung der vielen Seminar- und Diplomarbeiten, „die oft sehr umfangreich sind“, sehr stark in Anspruch genommen werde.[405]

Vietinghoff war seinerzeit in Münden, kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die Aufgabe übertragen worden, eine Vorlesung über die Technik des

401 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 106, [Schreiben vom 26. April 1948 und Formular „Persönliche Angaben“, vermutlich vom 4. Dezember 1947].
Schlüter hat über das oben genannte Thema eine nicht veröffentlichte Dissertation angefertigt („Vergleichende Walderforschung in den Tropen“).

402 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 106, Institutsbericht Waldbau II (1. Juli 1948 - 31. Oktober 1948) vom 11. Oktober 1948.

403 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 106, Institutsbericht Waldbau II (1. April 1950 - 31. März 1951), vermutlich vom 22. März 1951.

404 Dr. Helmuth Freist, der in den 1950er Jahren in Münden und München Forstwissenschaft studierte, erinnert sich, dass besonders der Pappelanbau geeignet erschien und gefördert wurde, um die Holzproduktion zu steigern. Gelobt wurde übrigens seinerzeit das wesentlich von Richard Falck in Münden entwickelte Holzschutzmittel „Xylamon“ (Helmuth Freist, schriftliche Mitteilung v. 21. Juni 2022).

405 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 106, Von Vietinghoff-Riesch, Institut für Waldbau II, am 5. Juli 1948 mit seinem „Bericht über die Zeit vom 1.3.-30.6.1948“.

Waldbaus zu halten. Überliefert ist sein Kolleg aus dem Sommersemester 1947. Vietinghoff galt, von seinen wissenschaftlichen Qualitäten abgesehen, als brillanter Erzähler und Redner. Er war sehr gebildet und auch als Schriftsteller erfolgreich.[406] Sein Kolleg besticht durch den flüssigen, klaren Schreibstil und die eingestreuten geschichtlichen Bezüge. Er macht gleich zu Anfang keinen Hehl aus seiner Sympathie für die Naturgemäße Waldwirtschaft: „Es erscheint uns […] richtig, solange [sic!] auf den Wegen der Natur zu bleiben, wie irgend möglich, und als Synthese mit der Wirtschaft das Ziel des naturgemässen [sic!] Wirtschaftswaldes unbeirrt im Auge zu behalten." Wer zum Kahlschlag greife, ohne dazu gezwungen zu sein, „d. h. ohne triftige Gründe dafür anführen zu können, sondern aus Bequemlichkeit und Gedankenlosigkeit, der sollte als unfähiger Beamter seines Postens enthoben werden", fand Vietinghoff, der im Übrigen eine durchaus kritisch-ausgewogene Darstellung liefert. So scheint er ein gewisses Verständnis dafür gehabt zu haben, dass sich Alfred Dengler in seinem Lehrbuch „Waldbau auf ökologischer Grundlage" (1. Aufl. 1930) gegen die Ansicht stellte, „in der Natur überall nur die Meisterin und im Menschen einen hoffnungslosen Stümper zu sehen".[407] Dem Möllerschen Begriff vom Dauerwald attestierte Vietinghoff jetzt, der sich vor 1945 noch als dessen (gemäßigter) Anhänger positioniert hatte, Unklarheit, an der „denn auch viel Gutes gescheitert" sei. Die „Stetigkeit des Waldwesens" sei auch von anderen Aufbauformen des Waldes garantiert, „und der Dauerwald bedeutete diesen gegenüber kein neues System". Zu vermissen schien Vietinghoff am Dauerwald den Verjüngungsbetrieb.[408]

Im Juli 1947 äußerte sich gegenüber dem Niedersächsischen Kultusminister ein nicht eindeutig zu identifizierender Autor zur Wiederbesetzung des Lehrstuhls Waldbau II der Forstlichen Fakultät in Münden. Von der zu berufenden Persönlichkeit müsse Lebendigkeit erwartet werden. Sie sei erforderlich, „um den Problemen gerecht zu werden, die sich aus der Waldausplünderung und der dadurch bedingten Großaufforstung ergeben". Sehr gelobt werden die wissenschaftlichen Qualitäten Wiedemanns, der überdies mit den waldbaulichen und forstlichen Verhältnissen Nordwest- und Westdeutschlands bestens vertraut sei. Zu diesen Vorzügen komme bei ihm ein sehr gutes Lehrtalent. In diesem Zusammenhang legte die Fakultät übrigens Wert darauf, dass der künftige Lehrstuhlinhaber „in politischer Beziehung vollkommen einwandfrei" sein müsse. Sie nahm dies von Olberg an, nicht jedoch von Eilhard Wiedemann. Der Verfasser des fraglichen Votums wollte indes berücksichtigt wissen, dass Wiedemann „durch die Enthebung als Rektor [der Forstlichen Hochschule Eberswalde] im Jahre 1933 aus politischen Gründen und durch die Zurücksetzung wegen seiner nicht genehmen wissenschaftlichen Richtung [Kritik am Dauerwald] Nachteile erlitten" habe.[409]

Olberg vs. Oelkers

In Münden bzw. Hannover fiel dann die Entscheidung zugunsten Olbergs aus. Adolf Olberg selbst äußerte sich dazu in einem Brief an Hans Lemmel vom 23. November 1948 sehr überrascht. Denn er ging davon aus, dass Wiedemann, nachdem dieser eine Zusage erhalten habe, in Münden bereits mit Vorlesungen beschäftigt sei. Olberg machte sodann ein ihm zusagendes Lehrrevier zur unbedingten Voraussetzung für die Annahme der Professur. Das Revier Gahrenberg kam für ihn allerdings keinesfalls in Frage. Dort hatte sein Amtsvorgänger und Schwager Oelkers die Wirtschaft nach Anschauungen geführt, die er selbst nicht für richtig hielt.[410] „In der Lehre", so Olberg weiter, „hat dies nichts auf sich und kann mit dem nötigen Takt überbrückt werden. Aber im Revier wäre ich zu grund-

406 Vgl. besonders die Chronik „Letzter Herr auf Neschwitz. Ein Junker ohne Reue" (1958), mit der Vietinghoff der Gutsherrschaft seiner Familie in der Oberlausitz ein Denkmal zu setzen versucht.

407 AFPGÖ, Vorlesung „Technik des Waldbaus" von Arnold v. Vietinghoff-Riesch, Hann. Münden, Sommersemester 1947, S. 1 f. (hektographiertes Typoskript).

408 AFPGÖ, Vorlesung „Technik des Waldbaus" von Arnold v. Vietinghoff-Riesch, Hann. Münden, Sommersemester 1947, S. 39 (hektographiertes Typoskript).

409 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, Schreiben vom 19. Juli 1947 an den Niedersächsischen Kultusminister.

410 „Seit langem habe ich den Eindruck, als wenn die Arbeit im Mündener Institut auf ein recht unfruchtbares Geleis geschoben ist" (UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 202, Olberg am 25. Dezember 1948 an Lemmel).

sätzlichen Umstellungen gezwungen, was den Vorgänger natürlich verbittert.“[411]

Zu diesem Zeitpunkt konnte noch niemand ahnen, wie kompliziert sich die Berufung Olbergs nach Münden gerade durch die Frage des Lehrreviers gestalten würde. Olberg legte großen Wert darauf, dass der forstliche Unterricht mehr als bisher in den Wald verlegt würde. Das forstliche Studium sei viel zu sehr in die Breite gegangen und habe an Tiefe verloren.[412] In der Frage eines geeigneten Assistenten übrigens wollte Olberg nicht ausschließen, den renommierten Eberswalder Holzforscher Johannes Liese in seinem Institut aufzunehmen. Er, Olberg, habe erfahren, dass sich Liese mit dem Gedanken trage, in den Westen zu gehen, weil die Lage in Eberswalde immer unerträglicher werde. „Aus alter Kameradschaft“ würde er ihm gern helfen.[413] Johannes Liese jedoch blieb in Eberswalde.[414] Nach einigem Hin und Her ernannte das Niedersächsische Staatsministerium Adolf Olberg mit Wirkung vom 1. Oktober 1949 zum ordentlichen Professor für Waldbau. Die Leitung des Instituts für Waldbau II wurde ihm am 27. Dezember 1949 vom Niedersächsischen Landwirtschaftsminister übertragen.[415] Die Fakultät hatte nach eigenem Bekunden deshalb so viel Energie auf die Berufung Olbergs verwandt, weil er, von seinem hervorragenden Ruf als Wissenschaftler und Lehrer abgesehen, in ausgesprochener Weise den technischen Waldbau vertrete. Dieser sei seit Jahrzehnten gegenüber der Grundlagenforschung ins Hintertreffen geraten. Olberg plante, „eine grössere [sic!] Anzahl neuer Versuchsflächen anzulegen“.[416]

Einer überlieferten Mitschrift der Vorlesungen zufolge, die Olberg zwischen 1949 und 1951 in Münden im Fach Waldbau II gehalten hat, deutet auf eine differenzierte Beurteilung des Plenterwaldes hin. Abgesehen von den standörtlichen Voraussetzungen, die dem Plenterwald in Norddeutschland Grenzen setzen würden, scheint Olberg ihm im Grundsatz eine große Widerstandsfähigkeit gegenüber Schadereignissen wie Sturm, Schnee und auch Insekten attestiert zu haben, bei gefahrloser Reservebildung und vergleichsweise geringen Betriebskosten. In den zurückliegenden Kriegs- und Nachkriegszeiten hätten Plenterwälder die starken Eingriffe gefahrlos überstanden. Zu den Nachteilen des Plenterwaldes rechnete Olberg hohe Anforderungen an die Förster und Waldarbeiter etwa bei der Hiebsführung. Nach Olberg zeigt der Plenterwald insgesamt mehr Vor- als Nachteile. Er empfahl, auch in Nordwestdeutschland ernsthaft zu prüfen, wo der Plenterwald seine Berechtigung habe und dachte dabei besonders an Schutzwald und den bäuerlichen Kleinbesitz. Olberg forderte, den Waldbau möglichst an die kleinstandörtlichen Verhältnisse anzupassen

411 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 202, Olberg am 23. November 1948 an Lemmel in Münden.

412 Im Niedersächsischen Kultusministerium fand man es wichtig, dass die Lehrreviere nicht zu weit von Münden entfernt wären. Denn der „Hauptmisstand der Forstlichen Fakultät [liege] in der Ortsabwesenheit der Professoren“ (UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 202, Lemmel, Münden, am 17. Februar 1949 an Olberg, Forbach).

413 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 202, Olberg am 28. Februar 1949 an Lemmel.

414 Dass der Schriftwechsel zwischen Olberg und Lemmel, der an sich von großem Ernst und hoher Intensität in der zerfahrenen Berufungsangelegenheit gekennzeichnet war, auch ausgelassene Passagen aufwies, zeigt das folgende Zitat. Es bezieht sich auf die Habilitationsschrift von Dietrich Mülder, deren Begutachtung durch Olberg seit vielen Monaten ausstand. Olberg schrieb: „Wenn Sie mir aber nicht […] postwendend drei heilige Eide schwören, daß ich nie und nimmer und selbst nicht nach meinem Tode mit der Habilitationsschrift von Mülder befaßt werde, ziehe ich alle Zusagen zurück und lasse mich sofort für den Rest meines Lebens in Baden naturalisieren, denn Mülder hatte sie mir schon zugesandt, ich mußte sie lesen, und das hat mich meine eiserne Reserve an Schwarzwälder Kirsch gekostet, den ich für Kreuzotterbisse und ähnlich schwere occasiones im Keller hatte und den ich bis zum letzten Tropfen leeren mußte, um alle Fünf wieder richtig zu ordnen! Meine Begutachtung müßte ich in die Worte des alten Aeneas kleiden „Obstipui steteruntque comae et vox faucibus haesit“! [„Ich erstarrte, die Haare standen (zu Berge) und die Stimme blieb im Rachen stecken“!] Höchstens könnte ich noch hinzufügen, was ich einst über Dantes Göttliche Komödie las: »Wenn ich als Schiffbrüchiger auf der entlegensten Insel des Stillen Ozeans nach zehnjähriger Entbehrung aller Lektüre beim Wurzelgraben auf ein Exemplar dieser Schrift stieße, so würde ich sie sofort mit Abscheu wieder eingraben«“ (UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 202, Olberg am 1. August 1949 an Lemmel). Mülder übrigens hatte von 1966 bis 1974 den Lehrstuhl für Forstliche Betriebswirtschaftslehre der Universität Göttingen inne (URL https://www.uni-goettingen.de/de/101799.html; Abfrage v. 12. April 2022).

415 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 202, Der Niedersächsische Landwirtschaftsminister am 27. Dezember 1949 an Olberg.

416 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 202, Dekan Lemmel am 19. Februar 1949 an Ministerialrat Zierold, Hannover; a.a.O., Lemmel am 19. Januar 1950 an den Nordrhein-Westfälischen Landwirtschaftsminister.

und waldbauliche Freiheit walten zu lassen. Folglich hätten auch gleichaltrige Formen gegebenenfalls ihre Berechtigung. Auch der Dauerwald wurde in der Vorlesung besprochen und dessen Einführung in den forstlichen Diskurs als fruchtbar bezeichnet. Die den Studierenden zur Ergänzung der Vorlesung empfohlene Literatur enthält eine Reihe von Arbeiten durch Vertreter des Dauerwaldes bzw. der Naturgemäßen Waldwirtschaft.[417]

Adolf Olberg starb bereits am 26. Februar 1957.[418] Nachdem auf der Suche nach einem Nachfolger für den Lehrstuhl Waldbau-Technik die Gutachten der angefragten Fachvertreter ausgewertet worden waren, stellte sich heraus, dass überwiegend die Ansicht vertreten wurde, man solle „einen erfahrenen und älteren Forstmann mit gutem Grundwissen, aber mit längerer Erfahrung in praktischer Wirtschaftsführung in Aussicht nehmen".[419]

Im Zentrum der Forschung standen Ende der 1950er Jahre folgende Themen (Aufstellung in wörtlicher Wiedergabe der Quelle):[420]

- Chemische Bekämpfung von Unkräutern auf Freiflächen und in forstlichen Baumschulen
- Chemische Bekämpfung von pilzparasitären Keimlingskrankheiten bei Coniferen
- Untersuchungen über die Wuchsverhältnisse von Mischbeständen im Dickungsalter
- Untersuchungen über die Wuchsverhältnisse von Vollumbruchflächen

Neben der Anwendung von Herbiziden befasste sich das Institut 1966/67 offenbar vor allem mit der natürlichen Verjüngung von Buche und Fichte.[421]

417 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 196, Waldbau-Kolleg von Adolf Olberg, WiSe 1949/50 bis WiSe 1950/51, S. 141-144, 165.

418 Kropp & Rozsnyay, Biographie (1998, S. 352).

419 AFFGÖ, Protokolle der Fakultätssitzungen, Sitzung vom 28. November 1957.

420 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 60, Dekan Nüßlein am 6. Juni 1958 an die FAO in Rom.

421 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 94, Prorektor der Universität Göttingen am 2. April 1968 an die Direktoren der Institute etc.

5.2.7 Erzeugung und Produktion des Holzes

- Waldbau-Grundlagen (s. o.)
- Waldbau-Technik (s. o.)

5.2.8 Sicherheit der Holzproduktion

- Zoologie
- Technische Mykologie
- Waldbau-Technik (s. o.)
- Jagdkunde

Zoologie

1872 machte sich an der Mündener Forstakademie die Zoologie von der Botanik unabhängig. August Metzger (1832-1917) arbeitete vor allem auf dem Gebiet der Fischereikunde, Richard Heymons (1867-1943) besonders über die Embryologie der Insekten. Ludwig Rhumbler (1864-1939) war ein ‚Meister' der Zellmechanik, zu seinen Forschungsgebieten gehörten in Münden ferner die Entwicklung des Hirschgeweihs, „Studien über die Buchenwollaus und den Maikäfer" sowie eine „Neubearbeitung des Lehrbuches der Forstentomologie von Nüßlin". Hermann August Eidmann (1897-1949) stellte die „Erforschung der forstlichen Großschädlinge", das heißt ihre Biologie, Epidemiologie und Bekämpfung in den Vordergrund [Forleule, Frostspanner, Kiefernspanner, Nonne etc.]. Die Ergebnisse von Untersuchungen, die Eidmann hierzu mit Unterstützung seiner Assistenten Fritz Schwerdtfeger (1905-1986) und Gustav Wellenstein (1906-1997) in den Hauptschadgebieten durchgeführt hatte, schlugen sich unter anderem in seinem 1941 erschienenen „Lehrbuch der Entomologie" nieder. Schwerdtfeger veröffentlichte seine „Waldkrankheiten", ein Lehrbuch von ebenfalls klassischem Wert, 1944.

Der nebenstehenden, aus dem oben genannten „Lehrbuch der Entomologie" (1941) stammenden Darstellung liegen Daten zugrunde, die Eidmanns Assistent Harald Freiherr von Arnim erhoben hat. Von Arnim, zum Jagdflieger ausgebildet, saß im April 1945 im Cockpit desjenigen Flugzeugs, das mit einem wag-

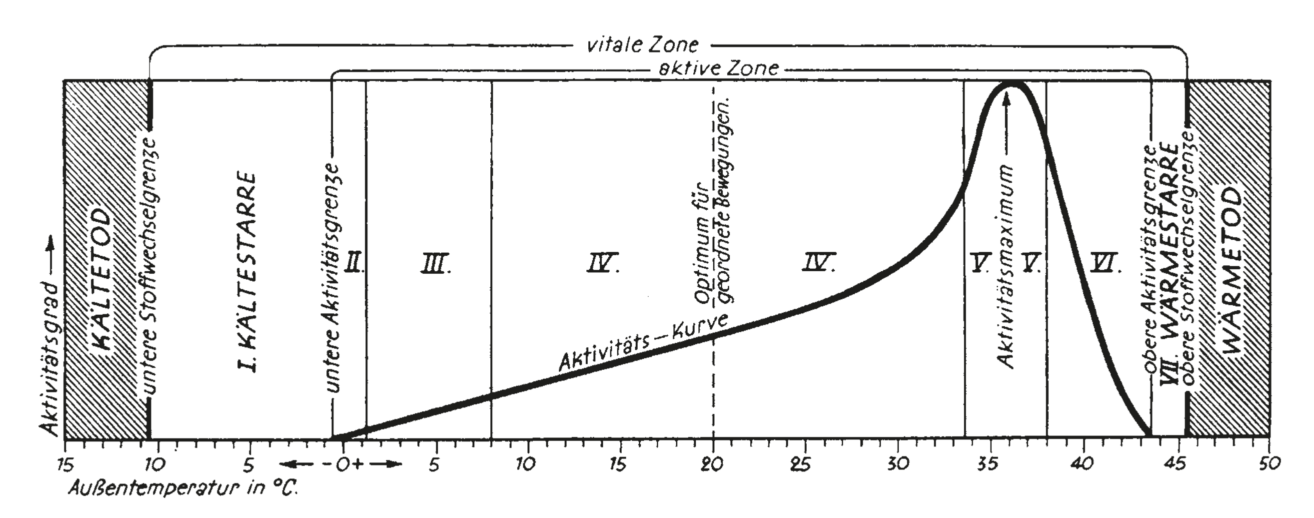


Abb. 41: „Aktivitätsstufen und Aktivitätskurve der Eiraupe der Nonne, Lymantria monacha L.“ (Quelle: Eidmann, Lehrbuch, 1941, S. 368).

halsigen Manöver den befreundeten Forstmann und Widerstandskämpfer Achim Freiherr von Willisen von Schwerin nach Schleswig brachte. Im März 1933 hatte von Arnim in Münden zu denjenigen Studenten und Assistenten gehört, die in einem Schmähbrief an den Preußischen Landwirtschaftsminister die Entlassung von Richard Falck und seines jüdischen Assistenten Otto Erich Reis gefordert hatten.[422]

Eidmann entwickelte überdies ein neues Verfahren zur Altersbestimmung beim Rotwild und studierte auf Expeditionen nach Brasilien [?] das „Verhalten der Forstinsekten im Urwald“, außerdem die forstlichen und zoologischen Verhältnisse in Südlabrador. Er war Leiter der Forschungsabteilung für koloniale Zoologie am Reichsinstitut für ausländische und koloniale Forstwirtschaft in Reinbek. Eigenen Angaben zufolge führte Eidmann im Auftrag des OKW Forschungsarbeiten „über die Bekämpfung landwirtschaftlicher Schädlinge, besonders des Kartoffelkäfers“ durch.[423] Hans Geyr von Schweppenburg (1884-1963) tat sich durch ornithologische Untersuchungen hervor. Zu den Forschungsgebieten des Instituts zählte übrigens auch die Ameisenforschung.[424]



Abb. 42: Hermann August Eidmann (1897-1949) (Quelle: Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen; Repro Wolfgang Tambour).

422 Steinsiek, Forstleute (2020, S. 80, 90 f.); Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 342 ff., et passim).

423 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 60, Formular „Persönliche Angaben“, vermutlich vom 28. Juni 1948.

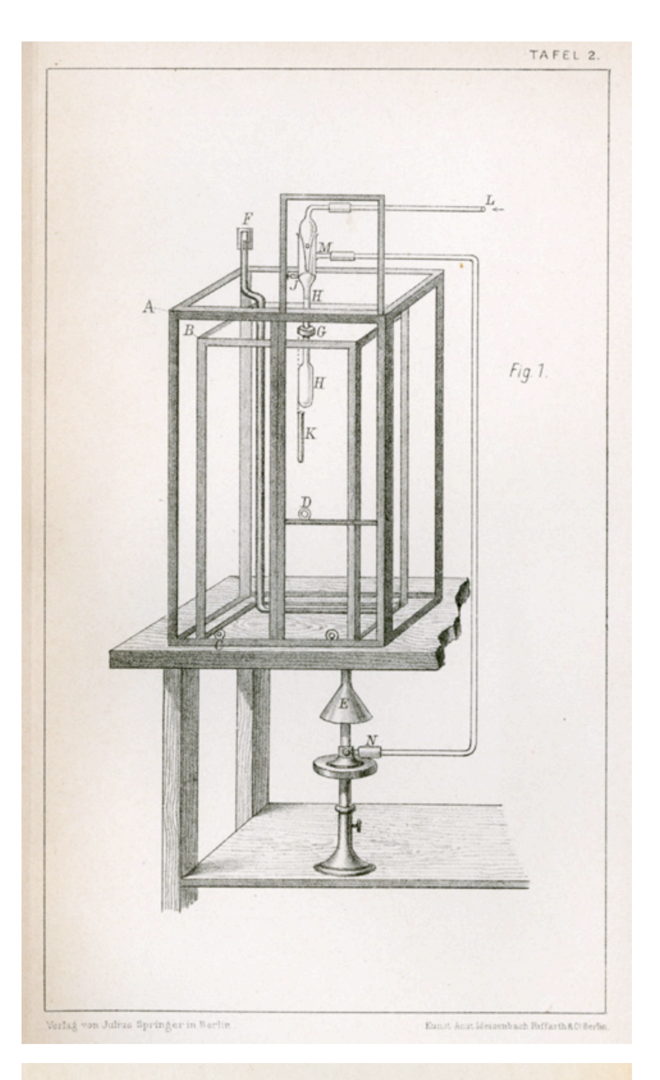
424 Köstler, Festschrift (1939, S. 51-55, 84); Senat, Forstliche Hochschule (1933, S. 28 f.).

Biologische Schädlingsbekämpfung



Abb. 43: August Metzger (1832-1917) (Quelle: SUBGÖ, Bereichsbibliothek Forstwissenschaften; Repro Christian von Schnehen-Ahrens, 2022).

Aus den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts liegt eine ergiebige Aktenüberlieferung der Mündener Forstakademie über Waldschäden besonders durch Insekten vor. Die Berichterstattung ist dicht und teilweise sehr umfangreich. Durch ein Schreiben des Akademiedirektors Weise an das Landwirtschaftsministerium vom 22. November 1892 erfahren wir, dass die Professoren Nicolaus Jacob Carl Müller (Botanik) und August Metzger (Zoologie) entschieden hätten, einen „zur Anstellung von bakteriologischen Untersuchungen" erforderlichen, allerdings nicht näher bezeichneten Apparat, vermutlich einen „Brutkasten" zur Erhaltung von Reinkulturen, anzuschaffen. Die Untersuchungen galten den, wie es dort weiter heißt, mikroskopischen



Tafel 2.

Treibhausthermostat.

Fig. 1. Der Behälter ist in leichter Eisenconstruction mit Glaswänden gefertigt, doppelwandig, mit zwei Schieberthüren, von welchen eine zum Theil geöffnet dargestellt ist. Er misst 80 cm in der Länge, 40 cm in der Tiefe, 80 cm in der Höhe. Der Tisch und die Eisenplatte, auf welcher der Behälter ruht, sind zur Einführung eines Blechrohres durchbohrt. Dieses geht parallel einer Tiefen-, einer Breiten- und einer Höhenkante und mündet durch zwei Glasdurchbohrungen in dem Eck. *F* nach aussen. Geheizt wird die Luft in dieser Röhre durch einen Bunsenbrenner, dessen Zuflussröhre mit dem Reichertschen Thermoregulator in Verbindung steht. Der Regulator ist durch zwei Glasdurchbohrungen in den Innenraum des Treibhauses eingeführt. *G H L* die Röhre, welche mit der Gasleitung in Verbindung steht. Der Regulator functionirt mit solchem Treibhäuschen in jeder Hinsicht befriedigend.

Abb. 44a-b: Thermostatentreibhaus mit Beschreibung für die Untersuchungen über die Bakterien der Nonnenraupe in Münden (Quelle: Metzger & Müller, Nonnenraupe, 1895, Tafel 2).

Feinden forstlich schädlicher Tiere, zu denen hier besonders die Nonne und verschiedene Mäuse gerechnet wurden. Weise spricht von einem neuen phyto-pathologischen Institut, das allerdings in Ermangelung freier Räume in der Privatwohnung des Professors Metzger untergebracht werden sollte.[425]

Kurz zuvor war aus Potsdam ein ausführliches Gutachten über verschiedene Methoden zur Bekämpfung der Nonne vorgelegt worden. Darin wurde auch von Versuchen berichtet, Nonnenraupen mit dem Erreger der sogenannten Schlaffsucht, einer tödlichen Bakteriose, zu infizieren.[426] Die Ergebnisse stimmten zuversichtlich. Derweil hatte sich in Münden die Kultur der fraglichen Bakterien bereits etabliert, so dass den Regierungen zu Königsberg, Bromberg, Oppeln, Lüneburg und Wiesbaden anheimgestellt wurde, im Bedarfsfall zur Bekämpfung von Nonnenraupen das sogenannte Hofmannsche Bazillus [Bacillus thuringiensis?] von dort zu beziehen. Metzger war sich allerdings nicht sicher, ob er den Bedarf würde decken können.[427] Im Februar 1893 war dann die Rede davon, dass, nachdem sich die „Züchtung" der Bakterien als erfolgreich herausgestellt hatte, man in Münden nun darangehen wollte, „die krankheitserregende Kraft der hergestellten Kulturen experimentell im Laboratorium" zu erproben.[428] Die forstliche Praxis war an dem neuartigen Verfahren zur Bekämpfung der Nonne stark interessiert. In Münden wurde jetzt auch daran gedacht, die Untersuchungen auf den Kiefernspinner [Dendrolimus pini] auszudehnen. Gegen Engerlinge dagegen ging man in den Oberförstereien Bramwald und Gahrenberg versuchsweise mit Schwefelkohlenstoffkapseln vor.[429]

„Bis hierher und nicht weiter!"

Am 5. März 1898 richtete die Regierung zu Gumbinnen das Ersuchen an den Mündener Akademiedirektor, zwecks „Impfung mit dem Bacillus B. Hofmann und Bacterium monachae den für etwa 9 [!] Oberförstereien benöthigten Impfstoff" zu stellen. Professor Metzger jedoch, erfahren wir, besaß die erbetenen Reinkulturen schon nicht mehr. Er werde auch nicht in der Lage sein, Impfstoff zeitnah abzugeben, weil er weder über ausreichende Räumlichkeiten noch Einrichtungen und Arbeitskräfte verfüge. Und selbst wenn die Voraussetzungen für die Herstellung des Impfstoffs gegeben wären, vertrete er nach seinen bisherigen Erfahrungen die Ansicht, „daß die Nonne mit Hülfe von Bacterien <u>nicht erfolgreich</u> [Unterstreichung im Orig.] bekämpft werden kann".[430] Auch als die Regierung zu Gumbinnen ein knappes Jahr später mit derselben Frage ein weiteres Mal an die Forstakademie in Münden herantrat, antwortete Metzger in demselben Sinn. Dass, wie es in dem Schreiben aus Gumbinnen heißt, der Kaiser selbst das Impfen der Nonnenraupen angeordnet hatte, konnte an der Sachlage grundsätzlich nichts ändern.[431] Wenig später, am 12. April 1899, formulierte Metzger in einer Stellungnahme an Akademiedirektor Weise wie folgt: „Die gläubige Hoffnung auf den ersehnten Erfolg wirkt auf den Praktiker allzuverlockend und läßt Wahrnehmungen unbeachtet, die uns zurufen: bis hierher und nicht weiter!"[432] Die Impfversuche an Nonnenraupen wurden offenbar gleichwohl fortgesetzt. Dass die Forstakademie in Münden anders als die ‚Schwester' in Eberswalde nicht mit einer Versuchs-

425 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 337, Akademiedirektor Weise am 22. November 1892 an den Preußischen Landwirtschaftsminister.

426 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 337, Die Königliche Regierung zu Potsdam am 12. November 1892 an den Preußischen Landwirtschaftsminister.

427 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 337, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 20. Dezember 1892 an den Mündener Akademiedirektor; a.a.O., Metzger am 12. Januar 1893 an den Mündener Akademiedirektor.

428 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 337, Akademiedirektor Weise am 7. Februar 1893 an die Regierung zu Lüneburg.

429 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 337, Akademiedirektor Weise am 22. März 1893 an die Regierung zu Potsdam; a.a.O., Akademiedirektor Weise am 28. September 1896 an den Preußischen Landwirtschaftsminister.

430 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 337, Die Königliche Regierung zu Gumbinnen am 5. März 1898 an den Mündener Akademiedirektor; a.a.O., Metzger am 12. März 1898 vermutlich an den Mündener Akademiedirektor.

431 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 337, Die Königliche Regierung zu Gumbinnen am 25. Januar 1899 an den Mündener Akademiedirektor; a.a.O., Metzger am 3. Februar 1899 vermutlich an den Mündener Akademiedirektor.

432 „Wenn hiernach auch die Pathogenität der in Frage kommenden Nonnenbakterien nicht in Abrede gestellt werden kann, so ist doch andererseits die Ansteckungsfähigkeit [Hervorhebung im Orig.] der an solchen Bakterien bezw. an der Schlaffsucht erkrankten und abgestorbenen Raupen meines Erachtens von den Bacillus-Enthusiasten sehr überschätzt und übertrieben worden (Metzger & Müller, Nonnenraupe, 1895, S. 39).

anstalt verbunden war, sollte sich jetzt einmal mehr als Nachteil erweisen.[433]

Intensiv untersucht wurde auch das Absterben der Fichten im Forstort Rothenberg der Oberförsterei Altenau im Harz. Nachdem Wissenschaft und Praxis geraume Zeit im Dunkeln getappt hatten, stellte sich dann doch heraus, dass als erste Ursache des Fichtensterbens der Rauch der dortigen Silberhütte anzusprechen war, während der Befall durch Schadinsekten sekundärer Natur gewesen ist.[434] Im Nachhinein überrascht, dass nicht schon zu Beginn ein Hüttenrauchschaden in Betracht gezogen wurde, zumal die fraglichen Zusammenhänge im Oberharz bereits 1883 durch Julius von Schroeder und Carl Reuß in umfassender Weise dargestellt worden waren.[435] In der Folge zeigten auch weiterhin die Leiter von Forstbetrieben der Mündener Forstakademie Schäden an Bäumen und Waldbeständen an mit der Bitte, deren Ursachen und Folgen für die Forstwirtschaft zu klären. Die Forstverwaltungen verfügten, zumal in den krisengebeutelten Revieren des Harzes, bereits über eine lange Erfahrung auf dem Gebiet der Beobachtung, Dokumentation und Kontrolle von Waldschäden sowie deren Bekämpfung und Prophylaxe. Hier ist zu bedenken, dass die Verwaltungen jahrhundertelang auf sich selbst gestellt waren, wenn es darum ging, Schadursachen zu ermitteln und Bekämpfungsmaßverfahren zu entwickeln – bevor dann im 19. Jahrhundert spezialisierte Einrichtungen



Abb. 45: Blick in die Zoologische Sammlung, um 1933 (Quelle: Senat, Forstliche Hochschule, 1933, S. 27).



Abb. 46: Insektenhaus des Zoologischen Instituts, um 1933 (Quelle: Senat, Forstliche Hochschule, 1933, S. 28).

der Forstforschung entstanden, deren Aufgabe darin gesehen wurde, fachliche Expertise zu generieren und Beratung anzubieten.

Die Forstliche Hochschule fungierte seinerzeit zugleich als Hauptstelle für forstlichen Pflanzenschutz. Für die in den preußischen Staatsforsten auftretenden tierischen, pflanzlichen und pilzlichen Schaderreger war 1929 ein Meldedienst eingerichtet worden. Das Zoologische Institut war für den Forstschutz besonders

433 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 337, Der Mündener Akademiedirektor am 1. April 1899 an den von Holtzbrinckschen Forstverwalter bei Plettenberg in Westfalen.
Als übrigens im Juni 1903 der Preußische Landwirtschaftsminister die Mündener Forstakademie aufforderte, eine Anleitung auszuarbeiten, „welche zeigen soll, auf welchem Wege am zweckmäßigsten für eine Vermehrung der Vogelwelt durch Schaffung von Nistgelegenheiten gesorgt werden“ könne, da bezog sich der Berichterstatter auf die öffentliche Meinung, welche einen „scheinbare[n] Rückgang der nützlichen Vogelwelt“ beklagt habe. Aus den Reihen der Mündener Dozenten erklärte sich jedoch niemand bereit, eine solche Handreichung zu verfassen (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 337, Das Preußische Landwirtschaftsministerium an den Mündener Akademiedirektor; a.a.O., Der Mündener Akademiedirektor am 10. Juli 1903 an den Preußischen Landwirtschaftsminister).

434 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 337, Akademiedirektor Weise am 21. September 1897 an den Preußischen Landwirtschaftsminister.

435 Schroeder & Reuß, Die Beschädigung der Vegetation durch Rauch (1883).

gegen waldschädliche Insekten zuständig.[436] In dieser Funktion wertete es die in verschiedenen Regionen des Landes durchgeführten Erhebungen über das Auftreten tierischer Schädlinge aus. Die an das Institut in Verbindung mit Anfragen eingesandten Objekte wurden auch dazu genutzt, Bestimmungssammlungen aufzubauen. Nicht zuletzt profitierte die wissenschaftliche Forschung von ihnen.[437] Nachdem allerdings wiederholt von einem Versagen des Mündener Meldedienstes die Rede gewesen war, sah sich Rektor Mayer-Wegelin im Frühjahr 1933 genötigt, durch eine Geschäftsordnung die Arbeit der Hauptstelle zu straffen und zu verbessern.[438]

Lebenszusammenhänge und Gleichgewichtszustände

Nach Kriegsende sehen wir auch dieses Institut mit den größten Schwierigkeiten konfrontiert. Eidmann wurde vom Dienst suspendiert. Erst im April 1948, als er im Zuge seines Entnazifizierungsverfahrens und nach erfolgreicher Berufung gegen die vorinstanzliche Eingruppierung als Mitläufer eingestuft worden war, konnte er auf seinen Mündener Lehrstuhl zurückkehren. Bis dahin hatte Adolf Brauns (bzw. Friedrich Kröning) die Institutsleitung vertretungsweise inne. Im Jahresbericht für den Zeitraum 1. Juli 1946 bis 30. Juli 1947 begründete Brauns sein Interesse an der „Ökologie der Bodenfauna“ wie folgt: „Für alle Forschungen auf epidemiologischem Gebiet sind Untersuchungen über die natürliche Zusammensetzung der Waldlebensgemeinschaften von weittragender Bedeutung. Die Periode der biologischen und deskriptiv-systematischen Forschung wurde in der Forstentomologie abgelöst von der Periode der exakten Naturforschung, die bekanntlich bis etwa um das Jahr 1925 reichte. Es folgte die 3. Periode forstentomologischer Forschung, die man als kausal-analytische oder epidemiologische Periode bezeichnet hat. Man kann fast sagen, daß sich jetzt nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland eine 4. Periode abzuzeichnen beginnt, in der jetzt auch die natürliche Lebensgemeinschaft und ihr Gleichgewichtszustand in den Kreis der Betrachtung gerückt und versucht wird, von dieser Seite gleichfalls den Problemen bei Störungen des normalen biozönotischen Gleichgewichtszustandes beizukommen. Die Bodenfauna hat bisher bei weitem noch nicht die eingehende Berücksichtigung gefunden, die ihr gebührt.“ Brauns wollte dabei bestimmte Insektengruppen in den Vordergrund seiner Untersuchungen stellen.[439]

„Wohl zu keiner Zeit der europäischen Forstgeschichte konnte die Bedeutung des Forstschutzes sichtbarer werden als in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg!“ Vor diesem Hintergrund sprach Gustav Wellenstein (1960) von der „Forderung nach hoher, anhaltender Ertragssteigerung“.[440]

Mit dem Tode Eidmanns im September 1949 stand die Fakultät vor dem Problem, einen Nachfolger zu finden, der an die wissenschaftliche Reputation seines Vorgängers zumindest heranreichte.[441] Die Einzelheiten der sich anschließenden Suche nach geeigneten Bewerbern sind für unseren Untersuchungszusammenhang von einigem Interesse und sollen deshalb etwas eingehender dargestellt werden. Bevor dies geschehen kann, kommen Planungen zur Sprache, in Abwesenheit Eidmanns die Mündener Forstzoologie umzustrukturieren. So datiert vom Januar 1947 ein Schreiben Süchtings an Schwerdtfeger, in dem von der Absicht der Fakultät, einen Lehrstuhl für Forstschutz

436 Die „nichtparasitären“ Schäden wurden vom Botanischen, die „pilzparasitären“ vom Mykologischen Institut bearbeitet.

437 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 201, Bericht des Zoologischen Instituts vom 23. April 1931; a.a.O., Schreiben der Hauptstelle für forstlichen Pflanzenschutz Eberswalde vom 13. Mai 1929.

438 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 201, Mayer-Wegelin am 11. März 1933 an das Zoologische Institut.

439 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 60, Brauns (i. V.) am 6. August 1947 mit dem Jahresbericht (1. Juli 1946 bis 30. Juli 1947); vgl. Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 98 f.).

440 Wellenstein, Forstschutz (1960, S. 111, 122).

441 Dazu weitere Details bei Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 243).
Noch am 30. Mai 1949 hatte der schwer erkrankte Eidmann dem Dekan in Münden von seiner Hoffnung berichtet, durch eine neuartige Medizin geheilt zu werden. Es handelte sich um das Antibiotikum Streptomycin. Er hatte es aus den USA erhalten, weil das Medikament, wie Eidmann schrieb, in Deutschland nur mit äußersten Schwierigkeiten zu bekommen sei. In den USA jedoch habe eine Gruppe von Zoologen eine Spendenaktion initiiert, um das kostspielige Mittel beschaffen zu können. „Ich bin über diesen Beweis einer selbstlosen Hilfeleistung im höchsten Maße beeindruckt und hoffe von der jetzt beginnenden Kur den besten Erfolg“ (UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 197, Eidmann am 30. Mai 1949 an den Mündener Dekan).

neu einzurichten, die Rede ist. Die Inhaber der Lehrstühle für Botanik und Zoologie sollten beteiligt werden, soweit deren Wissensgebiete berührt wurden. Es war außerdem geplant, die Professur mit der entomologischen Dienststelle, welche der Fakultät angegliedert war, in Personalunion zu verbinden. Schwerdtfeger war grundsätzlich bereit, einen solchen Lehrstuhl zu übernehmen und wies in diesem Zusammenhang auf die ökologische Ausrichtung hin, die der Forstschutz in den zurückliegenden Jahren erhalten habe.[442]

Dagegen hatte seine 1935 „offenbar in betont nationalsozialistischem Geiste" gehaltene Mündener Antrittsvorlesung zum Thema „Wesen und Aufgabe der Hochschulen" im März 1947 den Vorsitzenden des Unterausschusses für die politische Überprüfung des Lehrkörpers der Universität Göttingen, Ludwig Raiser, veranlasst, der Fakultät nahezulegen, eine mögliche Berufung Schwerdtfegers zurückzustellen. Schwerdtfeger machte daraufhin dem Dekan gegenüber keinen Hehl daraus, dass ihm bewusst gewesen sei, dass seine Mündener Antrittsvorlesung Probleme bereiten würde. Er sei allerdings der Überzeugung gewesen, sein späteres Verhalten könne die „Jugendtorheit" aufwiegen. Weil dies offenbar nicht der Fall sei, ziehe er seine Bewerbung um den Lehrstuhl zurück.[443]

Damit war das letzte Wort in dieser Sache allerdings noch nicht gesprochen. Die Fakultät hatte Schwerdtfeger offenbar ein weiteres Mal aufgefordert, ihr neben anderem beglaubigte Abschriften von Entlastungsschreiben vorzulegen. Schwerdtfeger wurde darin zugutegehalten, dass er in seinem 1944 erschienenen Lehrbuch „Die Waldkrankheiten" mit dem Zoologen Bodenheimer und dem Mykologen Falck wiederholt jüdische Wissenschaftler zitiert habe.[444] Im September 1949 wurde der Zoologe Karl Escherich aus Bad Kreuth von Hans Lemmel um eine Stellungnahme zu dem Vorschlag gebeten, die Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Forstliche Zoologie dazu zu nutzen, die forstliche Entomologie und den Forstschutz zu einer Professur zusammenzufassen. Escherich indes hielt nichts davon, eine eigene Professur für Forstschutz zu schaffen, weil sich zwangsläufig Doppelungen etwa mit der Mykologie ergeben müssten. Im Übrigen fallen bei Escherich die teilweise harschen Urteile über Fachgenossen auf. So nannte er die Leistungen der Professoren Merker und Prell „völlig unbefriedigend". Gößwald lehnte Escherich als „einseitige[n] Spezialist[en] für Ameisenkunde" ab, während Schedl „in fachwissenschaftlicher Hinsicht jede grosse [sic!] Linie vermissen" lasse. Überraschend viel Wert legte Escherich auf die charakterlichen Eigenschaften der potentiellen Bewerber und deren politische Vergangenheit – überraschend deshalb, weil Escherich selbst bereits seit 1921, wenn auch offenbar nur kurzfristig, der NSDAP angehört und 1923 am Hitlerputsch teilgenommen hatte.[445] So schieden für ihn Schimitschek, Schwerdtfeger, Wellenstein und auch Schedl von vornherein wegen ihrer starken nationalsozialistischen Belastung bzw. charakterlichen Defizite für eine Berufung nach Münden aus. Günstig äußerte er sich unter anderem zu Vietinghoff. Dieser besitze ein feines Verständnis für ökologische Zusammenhänge und könne bekanntlich begeisternd auf seine Schüler einwirken.[446]

Hier endet die Aktenüberlieferung zur Errichtung eines neuen Lehrstuhls für Forstschutz. Die Pläne scheinen nicht weiter verfolgt worden zu sein. Die Fakultät jedoch hielt an Fritz Schwerdtfeger trotz seiner „Jugendtorheit" fest. Nachdem Hermann August Eidmann am 4. September 1949 nach schwerer Krankheit im Alter von 52 Jahren gestorben war, stellte die Fakultät Schwerdtfeger anheim, sich auf den vakanten Lehrstuhl für Forstliche Zoologie zu bewerben. Schwerdtfeger war einverstanden. In der Folge fällt auf, dass sich in der Aktenüberlieferung eine Reihe von Empfehlungsschreiben findet, die offensichtlich unaufgefordert den Mündener Dekan erreichten, sogar an

442 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 376, Der Mündener Dekan Süchting am 2. Januar 1947 an Schwerdtfeger im Forstamt Sieber; a.a.O., Schwerdtfeger am 9. Januar 1947 an den Mündener Dekan.

443 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 376, Der Vorsitzende des Unterausschusses für die politische Überprüfung des Lehrkörpers der Universität Göttingen am 24. März 1947 an den Mündener Dekan; a.a.O., Schwerdtfeger am 8. Juli 1947 an den Mündener Dekan.

444 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 376, Schwerdtfeger am 19. Dezember 1947 an den Mündener Dekan; a.a.O., Äußerung von Arthur Panitz, Friedrichsburg, vom 16. Januar 1947.

445 Klee, Personenlexikon (2003, S. 140).

446 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 376, Lemmel, Münden, am 19. September 1949 an Escherich, Bad Kreuth; a.a.O., Escherich, Bad Kreuth bzw. München, am 10. Oktober 1949 an die Mündener Fakultät.

den Niedersächsischen Kultusminister gerichtet waren und deren Verfasser für Schwerdtfeger Partei ergriffen. Am auffälligsten ist dabei ein dreiseitiges Votum, das von fünf Hochschullehrern auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes in Landwirtschaft und Gartenbau an den Kultusminister in Hannover adressiert wurde. Zur Begründung diente der Hinweis auf das erhebliche Interesse auch der Landwirtschaft „an dem raschen Wiedergelingen der Aufforstungen und an der Bekämpfung gemeinsamer Großschädlinge (z. B. Maikäfer)". Im Übrigen erinnern die dort vorgebrachten Motive stark an Argumente, die Schwerdtfeger selbst und in eigener Sache vorzubringen pflegte.[447]

Hoffnungen auf den Forstzoologischen Lehrstuhl machte sich auch der Zoologe und Anthropologe Gerhard Heberer aus Göttingen. Seinem eher knapp gehaltenen Lebenslauf ist allerdings nicht zu entnehmen, dass der Vertreter der „Deutschen Biologie" Heberer dem Stab SS-Rasse- und Siedlungshauptamt angehörte, Mitherausgeber des Archivs für Rassen- und Gesellschaftsbiologie war und in der SS den Rang eines Hauptsturmführers bekleidete. Eigenen Angaben zufolge wurde Heberer nach dem Krieg als „politisch entlastet" eingestuft.[448]

Auch Erwin Schimitschek sollte gefragt werden, ob er bereit sein würde, in Berufungsverhandlungen einzutreten. Vielleicht sah sich die Fakultät durch die oben skizzierten Vorkommnisse veranlasst, zunächst den Rektor der Hochschule für Bodenkultur in Wien, Flatscher, um Auskunft darüber zu bitten, „ob und in welchem Maße Prof. Schimitschek politisch belastet ist".[449] Schimitschek wirkte bis 1945 an der Wiener Hochschule unter anderem als Ordinarius für Forstentomologie und Forstschutz in Forschung und Lehre.[450] Flatscher wusste in seiner Antwort über Schimitschek nur Gutes zu berichten, abgesehen davon, dass er sich während der, wie Flatscher schreibt, Besetzung Österreichs an der Hochschule als Dozentenbundführer betätigt hatte. Immerhin hatten ihn solche Aktivitäten – Flatscher spricht hier von einem „formalen" Grund – seine wissenschaftliche Karriere in Wien gekostet.[451] Dies hinderte die Fakultät in Münden jedoch nicht daran, wenig später Erwin Schimitschek die Übernahme des Lehrstuhls von Eidmann anzubieten. Schimitschek erklärte sich dazu gerne bereit.[452]

Von Gustav Wellenstein, der grundsätzlich ebenfalls für die Nachfolge Eidmanns in Betracht kam, war allerdings in Münden bekannt, dass jener „politisch so stark belastet [war], dass er z.Zt. nicht in Vorschlag gebracht werden kann". Dekan Lemmel hoffte jedoch, dass ein Amnestiegesetz demnächst solche Hindernisse würde beseitigen helfen. Lemmel sprach in diesem Zusammenhang gar von „politischen Diskriminierungen". Auch sonst wurde vor solchem Hintergrund in den weitaus meisten Fällen säuberlich unterschieden zwischen dem, was die Betreffenden vor der ‚Zeitenwende' 1945 umgetrieben hatte und dem, was die inzwischen vermeintlich und schlagartig politisch Geläuterten danach berührte.[453]

447 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 376, Der Mündener Dekan am 1. Dezember 1949 an Schwerdtfeger in Sieber; a.a.O., Schwerdtfeger am 11. Dezember 1949 an den Mündener Dekan; a.a.O., Die Professoren Blunck, Brandenburg, Braun, Fuchs und Rademacher am 5. Dezember 1949 an den Niedersächsischen Kultusminister (Abschrift); vgl. hierzu auch Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 146).

448 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 376, Gerhard Heberer am 11. Oktober 1949 an die Mündener Fakultät; Klee, Personenlexikon (2003, S. 234).

449 Auch Schmucker stellte Nachforschungen darüber an, ob es zutraf, dass ein in Aussicht genommener Kandidat „nazistisch stark belastet sei" (UniA GÖ, Forst. Fak. 376, Schmucker am 31. Januar 1950 an Kühn, Tübingen).

450 Kropp & Rozsnyay, Biographie (1998, S. 386).

451 Es sei daran erinnert, dass Schimitschek seit 1938 der NSDAP angehörte. Erwin Aichinger hat nach eigener Aussage Schimitschek in den damals illegalen forstpolitischen Apparat Österreichs, der von Aichinger geleitet wurde, eingeführt. An der Hochschule für Bodenkultur wurde Schimitschek „wegen illegaler nationalsozialistischer Betätigung" vom Dienst zurückgestellt. Einer weiteren einschlägigen Beurteilung zufolge galt Schimitschek in Österreich als „alter illegaler Kämpfer" und „einwandfreier überzeugter Nationalsozialist". Er hat mit dem Entomologischen Institut der Waffen-SS in Dachau zusammengearbeitet. Von der Bezirkshauptmannschaft Innsbruck wurde er später als minderbelastet eingestuft (vgl. dies und Weiteres zu Schimitscheks Aktivitäten bis 1945 bei Steinsiek, Forstliche Fakultät, 2015, S. 253 f.; UniA GÖ, Forst. Fak. 376, Schimitschek am 28. Februar 1950 an den Mündener Dekan).

452 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 376, Dekan Lemmel am 3. Dezember 1949 an I. H. Flatscher, Wien; a.a.O., Flatscher, Wien, am 4. Januar 1950 an den Mündener Dekan; a.a.O., Der Mündener Dekan am 16. Januar 1950 an Schimitschek, Wien; a.a.O., Schimitschek am 31. Januar 1950 an den Mündener Dekan.

453 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 376, Dekan Lemmel am 8. Dezember 1949 an Forstdirektor Maier, Tübingen.

Wellenstein war sich selbst im Klaren darüber, dass „auch im Falle einer demnächst zu erwartenden Amnestie meine exponierte, politische Vergangenheit für den Mündener Lehrkörper eine Belastung darstellt". Er hielt sich, als er dies 1949 dem Dekan in Münden schrieb, in Württemberg auf und war durchaus gewillt, das Beste aus seiner ‚misslichen' Lage zu machen. Wenn schon ein Ruf nach Münden nicht in Betracht kam, so könnte ihm, wie er vorschlug, ein Schreiben des Dekans an die Württembergische Forstdirektion in Tübingen helfen, in dem etwa die Frage aufgeworfen würde, „wie man sich dort zu einer etwaigen Berufung nach Münden stellt". Professor Mothes von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin übrigens war des Lobes voll für Wellenstein. Auch Mothes wandte sich an die Mündener Fakultät, ohne dass er um eine Stellungnahme gebeten worden wäre. Besonders Wellensteins „charakterliche Eigenschaften" wollten ihm ganz außerordentlich wertvoll erscheinen, obgleich auch Mothes nicht verhehlen konnte, dass sich Wellenstein „früher so exponiert [habe], daß ihm vielleicht heute daraus Schwierigkeiten erwachsen könnten". In Ostpreußen jedoch habe er sich nichts zu Schulden kommen lassen.[454]

Die hier bewusst etwas ausführlicher geschilderte Suche nach einem Nachfolger von Hermann August Eidmann macht zunächst deutlich, welch' hohes Ansehen Eidmann als Wissenschaftler im In- und Ausland genoss. Es entsteht durchweg der Eindruck, dass nicht nur der Mündener Lehrstuhl selbst sehr begehrt war. Auch die Tatsache, als Gutachter und Ratgeber in die Berufungsangelegenheiten einbezogen zu werden, wurde als ehrenvoll empfunden. Natürlich kam hinzu, dass seinerzeit und auch auf längere Sicht der Schutz der Forsten und Aufforstungen vor Schadinsekten deutschlandweit eine außerordentlich große Rolle spielte. Damit gehörte das Institut für Forstliche Zoologie zu den wichtigsten Mündener Einrichtungen. An den Lehrstuhlinhaber wurden entsprechend hohe Anforderungen gestellt. Gesucht wurde durchaus ein in der Schädlingsbekämpfung erfahrener Praktiker, ein sehr guter wissenschaftlicher Entomologe mit ausgeprägt ökologischer Arbeitsrichtung[455] und möglichst auch ein fesselnder Lehrer, dem es gelingen würde, dem damals stark ausgeprägten Mangel an wissenschaftlichem Nachwuchs abzuhelfen. Dass die Urteile der Gutachter über mögliche Kandidaten sehr unterschiedlich ausfallen konnten, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Auch Josef Nikolaus Köstler, inzwischen in München, wurde in die Suche nach einem geeigneten Nachfolger von Eidmann einbezogen. Er sprach sich in seiner Stellungnahme sehr deutlich dafür aus, anstelle eines Forstmanns unbedingt einen Zoologen zu berufen. Zum einen müsse es darum gehen, nicht in erster Linie einen Spezialisten auf dem Gebiet der Schädlingsbekämpfung zu finden. Vielmehr sollte er sich auch die Erforschung der Tierwelt des Waldes im eigentlichen Sinne angelegen sein lassen.[456] Für Köstler kam jedoch noch etwas Zweites hinzu. Ihm war im Grundsatz wichtig, dass in Münden die Fraktion der Grundwissenschaftler, das heißt der Naturwissenschaftler nicht weiter geschwächt würde. Ohne dass er dies begründet hätte, so ist doch anzunehmen, dass Köstler fürchtete, die Fakultät könnte bei der Universität Göttingen Ansehen einbüßen, wenn natur-

454 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 376, Wellenstein am 21. September 1949 an den Mündener Dekan; K. Mothes, Gatersleben, am 26. Januar 1950 an Schmucker in Münden.
In seiner Funktion als Dozentenschaftsführer der Mündener Forsthochschule lehnte Wellenstein es im Januar 1935 ab, dass der Forstanwärter Eggemann das Vorexamen noch einmal wiederholen konnte. Grund: Der Antragsteller entspreche „weder in beruflicher noch in charakterlicher Hinsicht den Forderungen des nationalsozialistischen Staates". Die endgültige Ablehnung sprach Oelkers aus, nachdem sich sämtliche Dozenten, auch Wedekind, einverstanden erklärt hatten. Hier ist davon auszugehen, dass auf Initiative Wellensteins und des damaligen Studentenschaftsführers dem Anwärter Eggemann die berufliche Laufbahn aus ideologischen Gründen versperrt wurde (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 175, [Schreiben vom 25. und 28. Januar 1935]).

455 In dem Nachruf Lemmels für Hermann August Eidmann heißt es unter anderem, dass Eidmanns Forschungsreisen und Expeditionen auch dazu gedient hätten, „aus dem Studium der ökologischen Verhältnisse im unberührten Naturwalde die unerläßlichen Voraussetzungen für die Beurteilung des Verhaltens der Fauna in unseren Kulturwäldern zu schaffen" (UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 198, Nachruf von Hans Lemmel für Hermann August Eidmann vom 30. September 1949).

456 Hans Lemmel, Münden, dagegen legte besonderen Wert darauf, dass angesichts „der grossen [sic!] Kahlflächen und der darauf heranwachsenden gleichaltrigen Nadelholzbestände […] auf die forstentomologische Eignung des zu berufenden Herrn grosses [sic!] Gewicht gelegt werden" müsse (Lemmel, Münden, am 19. September 1949 an Escherich, Bad Kreuth).

wissenschaftliche Lehrstühle nicht mit entsprechend ausgewiesenen Fachvertretern besetzt würden; oder, schlimmer noch, die Forstleute könnten mit ihrer Mehrheit in der Mündener Fakultät die Rückentwicklung zur Forstlichen Hochschule betreiben und die Übersiedlung nach Göttingen verhindern.[457] Köstler empfand jedoch selbst das Dilemma, ausgerechnet einen Forstmann als den aus seiner Sicht einzig tauglichen Kandidaten vorzuschlagen: Erwin Schimitschek. Auch Köstler wusste von der politischen Belastung Schimitscheks, hielt ihn jedoch dennoch und aus fachlichen Erwägungen für die beste Wahl. Über Schwerdtfeger äußerte sich Köstler übrigens ausnehmend abfällig. Dessen Habilitationsvortrag in Münden sei mit seinem „nationalsozialistische[n] Parteigeschwätz“ eine ärgerliche Provokation gewesen. Schwerdtfegers Buch „Die Waldkrankheiten“ halte „nicht im mindesten das, was es in der Fragestellung vorgibt“. „[G]efährliche Elemente“ wie Schwerdtfeger gehörten nicht an eine Universität.[458] Hier könnte allerdings daran erinnert werden, dass sich Köstler noch 1937 als Mündener Dekan in einem Schreiben an den Reichsforstmeister über den „Mangel an verdienten alten Nationalsozialisten und auch an Parteigenossen“ in Münden beklagt und aus diesem Grund die „parteipolitischen Verhältnisse“ dort als „besonders schwierig“ bezeichnet hatte.[459]

Im August 1950 wurde dann Schimitschek von Schmucker vertraulich darüber informiert, dass die Fakultät ihn auf Platz 1 der Berufungsliste für die Nachfolge Eidmann gesetzt habe.[460] Die Besetzung des Lehrstuhls zog sich jedoch noch bis 1953 hin.

Kurt Mantel sprach in einem Schreiben vom 31. August 1953 an den Niedersächsischen Kultusminister davon, dass, nachdem der Lehrstuhl „seit vielen Jahren nicht definitiv besetzt“ gewesen sei, die Forschungsarbeiten im Mündener Forstzoologischen Institut wiederaufgenommen würden.[461] Es handelte sich gleichsam um einen Neuanfang für die Forstzoologie in Münden, der mit der Berufung von Erwin Schimitschek eingeleitet wurde. Dazu waren überdies umfangreiche bauliche Maßnahmen notwendig, um den unterbrochenen Forschungs- und Lehrbetrieb in Münden wieder in Gang setzen zu können.

Angaben aus dem Jahr 1958 zufolge arbeitete das Institut unter der Leitung von Erwin Schimitschek an folgenden Forschungsvorhaben (teilweise wörtliche Wiedergabe der Quelle):[462]

- Die Ursachen und Auswirkungen der Krankheitsbereitschaft der Sitkafichte in Nordwestdeutschland. Physiologische und entomologische Studien
- Folgen der Einbringung standortsfremder Holzarten im nordwestdeutschen Raum (besonders ökologische und entomologische Studien im Bereich des Regierungsbezirks Lüneburg)
- Pappelschädlinge
- Bodentieruntersuchungen, vor allem im Weserbergland; Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsdichte der Bodenmilben sowie Collembolen und den physikalischen Bodeneigenschaften
- Parasitenstudien (Entomophaga)
- Untersuchungen über die Entomofauna der Bodenoberfläche in verschiedenen Beständen verschiedener Standorte

457 In eben diesem Sinn äußerte sich auch Gustav Baader. Die Berufung eines Forstmannes, so Baader, könnte seitens der Universität Göttingen als Isolierbestrebung gewertet werden. „M. E. sollte die Brücke zur Universität nicht geschwächt, sondern verstärkt werden“ (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 376, Baader, Schotten, am 20. Dezember 1949 an Schmucker in Münden). Auch für Wilhelm Zwölfer aus München stand fest, „dass die Forstzoologie wie alle forstlichen Grundwissenschaften nur von Naturwissenschaftlern entsprechender Fachrichtung vertreten werden sollten“ (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 376, Zwölfer, München, am 23. Dezember 1949 an die Mündener Fakultät).

458 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 376, Köstler, München, am 10. Dezember 1949 an Schmucker in Münden.

459 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 217, Dekan Köstler am 2. Juli 1937 an den Reichsforstmeister und Preußischen Landesforstmeister.

460 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 376, Schmucker am 17. August 1950 an Schimitschek.

461 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 77, Dekan Mantel am 31. August 1953 an den Niedersächsischen Kultusminister.

462 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 60, Dekan Nüßlein am 6. Juni 1958 an die FAO in Rom.

- Untersuchungen über die Sitkafichtenlaus Liosomaphis abietina in Schleswig-Holstein
- Die Tetranychus-Arten an Lärche (Sauerland und Weserbergland)
- Waldhygienische Fragen

Mangel an Systematikern

In einer Stellungnahme über biologische Schädlingsbekämpfung betonte Schimitschek 1954, dass im Rahmen der Biozönoseforschung im Forstschutz gegen Schadinsekten den Parasiten sowie ihren Zwischen- und Nebenwirten große Bedeutung zukomme. Doch es fehle in den Forschungseinrichtungen an spezialisierten Systematikern. Mit dem Bundeslandwirtschaftsminister hielten auch der Niedersächsische Landwirtschafts- und der Kultusminister eine Förderung des Spezialistennachwuchses für geboten. Zur Ausbildung entsprechender Kräfte erklärte sich Schimitschek in seiner oben genannten Stellungnahme bereit.[463]

Mit den Worten Schimitscheks konzentrierten sich die Forschungen seines Instituts darauf, „die Ursachen für die Befallsbereitschaft der Baumarten und Bestände“ für Insekten zu ermitteln. Größtes Gewicht werde auf ökologische Forschung gelegt. Neben anderem nennt Schimitschek außerdem Untersuchungen über die Insektenfauna des Naturschutzgebiets bei der Sababurg.[464]

Ein Jahr vor Schimitscheks Emeritierung (1966) begab sich die Fakultät auf die Suche nach einem Nachfolger. Alfred Kaestner, Zoologisches Institut der Universität München, äußerte sich am 18. Oktober 1965 in einem Gutachten über den in Aussicht genommenen Prof. Dr. Wolfgang Schwenke. Kaestner wies besonders darauf hin, dass sich Schwenke auch mit den Beziehungen zwischen der Populationsdichte von Schadinsekten und den Eigenschaften der Waldökosysteme auseinandergesetzt habe. Für Fritz Schwerdtfeger von der Niedersächsischen Forstlichen Versuchsanstalt, Abt. B, Forstschädlingsbekämpfung, in Göttingen war wichtig, dass die deutsche Forstentomologie Anschluss fand an die modernen nordamerikanischen und kanadischen Untersuchungen. Nach Wellenstein aus Freiburg i. Br. hatte die Fakultät darauf zu achten, dass, wie er schrieb, „im In- und Ausland so angesehene Forscher und Lehrer wie die Professoren Rhumbler, Eidmann, Schimitschek einen würdigen Nachfolger finden“. Wellenstein vertrat die Auffassung, dass ein Forstzoologe auch „eine solide Kenntnis des Forstberufes“ aufweisen sollte, um sich auf Forststudenten und Forstpraktiker einstellen zu können. Er legte zugleich großes Gewicht auf die „menschlich[e] Qualifikation“ des Kandidaten. Auslandsaufenthalte und -erfahrungen hielt er für vorteilhaft. Die Mündener Studentenschaft kennzeichnete er als traditionsbewusst und anspruchsvoll. Der Freiburger Forstzoologe Ernst Merker setzte sich besonders für Schwerdtfeger ein und hob dessen Aufenthalte in Südamerika hervor. Auch ihm war wichtig, dass die Bewerber über Auslandserfahrungen verfügten und im Ausland anerkannt waren. Nicht zuletzt sollte ein Forstzoologe über gute systematische Kenntnisse verfügen.[465]

463 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 77, Stellungnahme Schimitscheks über biologische Schädlingsbekämpfung, Münden, 11. Mai 1954. Der Arbeitskreis „Biologische Schädlingsbekämpfung“ hatte um 1954 auf den Mangel an Spezialisten (Entomologen) auf dem fraglichen Gebiet aufmerksam gemacht. In dem Exposé „Die praktisch-wirtschaftliche Bedeutung der Arbeit von Spezialisten an naturwissenschaftlichen Museen“ des Arbeitskreises ist einleitend davon die Rede, dass infolge der Intensivierung von Land- und Forstwirtschaft und des zunehmenden Einsatzes von Chemikalien die betroffenen Lebensgemeinschaften tiefgreifend gestört worden seien, auch etwa durch die „Vernichtung von natürlichen Feinden bestimmter bisher unauffälliger Insektenarten“ (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 77, Typoskript „Die praktisch-wirtschaftliche Bedeutung […]“ des Arbeitskreises „Biologische Schädlingsbekämpfung“).

464 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 77, Schimitschek, Forstzoologisches Institut der Universität Göttingen, am 5. Mai 1961 an den Land- und Hauswirtschaftlichen Auswertungs- und Informationsdienst e. V., Bad Godesberg.

Wilhelm Zwölfer, ein Kollege in Freiburg i. Br., lobte Schimitscheks große „ökologische Übersicht der Forstentomologie“ (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 77, Prof. Dr. Wilhelm Zwölfer, Freiburg i. Br., am 8. September 1965 an Dekan Nüßlein).

465 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 77, Prof. A. Kaestner, Zoologisches Institut der Universität München, am 18. Oktober 1965 an den Mündener Dekan mit einem Gutachten über Prof. Wolfgang Schwenke; a.a.O., Prof. F. Schwerdtfeger, Niedersächsische Forstliche Versuchsanstalt, am 4. November 1965 an den Mündener Dekan; a.a.O., Prof. G. Wellenstein, Freiburg i. Br., am 5. November 1965 an den Mündener Dekan; a.a.O., Prof. Merker, Freiburg i. Br., am 4. Dezember 1965 an den Mündener Dekan.



Abb. 47: Verabschiedung von Erwin Schimitschek durch die Forstliche Fakultät 1966 (Quelle: PrSlg Wolfgang Tambour).

Soweit erkennbar, bemühten sich die Gutachter um Sachlichkeit, Objektivität und Fairness. Von dem künftigen Lehrstuhlinhaber wurden gelegentlich Originalität und Einfallsreichtum erwartet. Auch Höflichkeit und Bescheidenheit spielten eine Rolle. Fachgenossen des In- und Auslandes begegneten den Kollegen in Münden, soweit sich dies aus der Korrespondenz feststellen lässt, mit großem Respekt.

Erwin Schimitschek hatte offenbar als Wissenschaftler einen guten Ruf. Die Gutachter orientierten sich bei ihren Empfehlungen an Schimitscheks Arbeitsrichtung (Biozönologie, Ökologie). Es war selbstverständlich, dass hierfür nach persönlichem Urteil ausschließlich exzellente Wissenschaftler vorgeschlagen wurden, die nicht zuletzt auch in charakterlicher Hinsicht überzeugten. Als Gutachter in einer Berufungsangelegenheit von der Fakultät angesprochen zu werden, wurde nach wie vor als großer Vertrauensbeweis gewürdigt.

Etwa zeitgleich führte das Institut Untersuchungen über die Befallsbereitschaft von Baumarten für Sekundärschädlinge, die Verbreitung der entomophagen Hymenopteren, Beziehungen zwischen Schadinsekten und deren Parasiten sowie die Folgen der chemischen Läuterung für das Auftreten von holzzerstörenden Insekten durch.[466]

Technische Mykologie

Bei seiner Berufung auf den Lehrstuhl für Technische Mykologie 1910 übernahm Richard Falck, aus Breslau kommend, auch die Leitung des gleichnamigen Instituts in Münden. Alfred Möller in Eberswalde, mit dem Falck freundschaftlich verbunden war, hatte sich rückhaltlos für seinen jüngeren Kollegen eingesetzt, der als erfolgreicher Wissenschaftler bereits einiges Ansehen genoss. So konnte der damalige Mündener Akademiedirektor Karl Fricke erreichen, dass Falck in Münden den neuerrichteten Lehrstuhl übernehmen konnte.

Ein vergleichbares Institut hatte es bis dahin nirgends gegeben. Hinzu kam, dass von Falck und seinem Institut in besonderer Weise wissenschaftliche Forschung auf den Gebieten des Holzschutzes erwartet wurde. Durch seine wegweisenden Untersuchungen über den Hausschwamm stellte Falck eine Idealbesetzung dar. Seine Arbeiten wurden von mehreren



Abb. 48: Atmungsversuche mit Pilzen, aufgenommen in Falcks Mündener Laborräumen, möglicherweise 1920er Jahre (Quelle: Steinsiek, Richard Falck, 2019, S. 275).

466 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 94, Prorektor der Universität Göttingen am 2. April 1968 an die Direktoren der Institute etc.

preußischen Ministerien finanziell gefördert. Er war als Gutachter und Sachverständiger gefragt. Firmen der Holzschutzbranche kooperierten mit Falck bei der Entwicklung und Erprobung von Holzschutzmitteln. Er machte den Mündener Standort zu einem Zentrum moderner angewandter Mykologie und nutzte die finanziellen, personellen und materiellen Spielräume, um seine Projekte umzusetzen. Dass das Institut in den 1920er Jahren zu den produktivsten der Forsthochschule gehörte, obwohl die unter den Studenten und Teilen des Professorenkollegiums verbreitete antisemitische Agitation zu einer fast vollständigen Ablehnung und Isolation geführt hatte, grenzt allerdings nahezu an ein Wunder.[467]

Dabei ist wenig erstaunlich, dass gerade Falck sehr rasch das Fehlen geeigneter und vor allem ausreichend ausgestatteter Arbeitsräume als hinderlich empfand und diesbezüglich auch immer wieder in Streit mit Kollegen geriet, die ihrerseits Ansprüche anmeldeten. Im Juli 1920 ließ er den Akademiedirektor wissen, dass er gezwungen sei, in seinem Privathaus Raum für Institutsarbeiten frei zu machen, nachdem der Arbeitsplatz, den bis dahin er selbst und seine Frau genutzt hätten, seitens der Akademie für Vorlesungen beansprucht worden sei – und dies, obgleich der Minister „die Fortführung der Untersuchungen über den Hausschwamm mit verstärkten Mitteln angeordnet hat".[468] Hier wäre zu ergänzen, dass Falck wegen anhaltender Geldknappheit zwischen 1922 und 1928 zwei Laborantinnen zeitweise aus eigenen Mitteln entlohnte, um die Arbeiten nicht zu gefährden. Rektor Oelkers unterstützte deshalb auch gegenüber dem Landwirtschaftsminister im Mai 1928 das Gesuch von Falck, den Institutsetat zu verstärken. Oelkers betonte dabei neben anderem Falcks Beteiligung an der Humusforschung und unterstrich, dass das Mykologische Institut im-



Abb. 49: Seit ca. 1930 wurden an dem von Richard Falck geleiteten Institut für Technische Mykologie Untersuchungen über den Holzschutz durch Diffusionstränkung durchgeführt (Quelle: Molekulare Holzbiotechnologie und technische Mykologie, Universität Göttingen; Foto Mareile Steinsiek, 2022).

467 Der Lebensweg und das Werk von Richard Falck sind ausführlich dargestellt bei Steinsiek, Richard Falck (2019).

468 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 324, Falck am 5. Juli 1920 an den Mündener Akademiedirektor.

merhin aus drei Unterabteilungen zusammengesetzt sei – einer chemischen, einer biologischen sowie einer zur Anzucht von Pilzen.[469]

Bereits im Januar 1921 hatten Edgar Wedekind und Falck unter Missachtung des vorgeschriebenen Dienstweges über den Akademiedirektor dem Landwirtschaftsminister mit eindringlichen Worten dargelegt, dass die Mittel nicht ausreichten, um die wissenschaftliche Arbeit in den Instituten fortzusetzen. Die zuletzt dem Mykologischen Institut zur Verfügung gestellten Gelder würden nicht einmal genügen, eine Putzfrau zu bezahlen. Wedekind und Falck kritisierten, dass die „Verteilung der der Akademie seitens des Ministeriums überwiesenen Mittel […] in weitem Masse [sic!] dem Belieben des Direktors anheimgestellt" sei. Damit jedoch seien die Institutsleiter zur Ohnmacht verurteilt. Die beiden Supplikanten äußerten daher die dringende Bitte, ihnen ein ‚Existenzminimum' zu gewähren.[470]

Dass, mit Hinweis auf unzureichende Etats, Förderanträge unmittelbar an Reichsministerien gerichtet worden seien, wurde vom vorgesetzten Preußischen Landwirtschaftsminister allerdings missbilligt und untersagt. Entsprechende Anträge müssten zunächst ihm vorgelegt werden.[471]

Der preußische Fiskus sah sich lediglich in wenigen Fällen imstande, Abhilfe zu schaffen, und dies auch meist nur in provisorischer Weise. Als dann im Juni 1925 ein Feuer im Mündener Schloss neben dem Zoologischen Institut das dort untergebrachte Chemische Institut stark beschädigt hatte, schien eine Gelegenheit gegeben, die Raumnot zumindest in Teilen zu beenden. Das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten nämlich zog einen Neubau des Chemischen Instituts in Erwägung, der zugleich Räume für die Mykologie enthalten sollte.[472] Die Planungen schritten fort, das Preußische Hochbauamt in Göttingen fertigte Skizzen der vorgesehenen Institutsneubauten.[473] Warum jedoch der Neubau dann doch nicht ausgeführt wurde, geht aus der vorhandenen Aktenüberlieferung nicht hervor.

Noch ein Wort zu dem Verhältnis zwischen Falck und Alfred Möller in Eberswalde. Beide standen in einem regen Schriftwechsel und Gedankenaustausch. Als der Mündener Akademiedirektor Fricke schon bald nach Beginn des Ersten Weltkriegs eines seiner Opfer geworden war, sah Möller die Chance zu einer hochschulpolitischen ‚Flurbereinigung'. Ihm schwebte vor, den Mündener Standort aufzugeben, um Eberswalde zu einer großzügig ausgestatteten Forstlichen Hochschule auszubauen. Entsprechende Pläne würden dem Ministerium in Berlin bereits vorliegen. Wie Möller war auch Falck der Ansicht, dass in Preußen allenfalls *eine* Forstakademie überlebensfähig sei. Falck hatte bereits im Januar 1914 den Antrag gestellt, in der Nähe von Berlin ein Zentralinstitut für forstlichen Pflanzenschutz zu errichten. Dieser Antrag wurde jedoch vom Landwirtschaftsminister ebenso abschlägig beschieden wie der Vorschlag, „bei dem Kaiser Wilhelm-Institut für Landwirtschaft in Bromberg neben der bereits bestehenden Abteilung für Pflanzenkrankheiten eine neue Abteilung für forstliche [Hervorhebung im Orig.] Pflanzenkrankheiten einzurichten", um diese dann Falck zu unterstellen.[474] Etwa ein Jahr später brachte Falck die Verlegung seines Mündener Instituts nach Eberswalde an die Hauptstation des forstlichen Versuchswesens ins Gespräch.[475]

Seinen Antrag auf Errichtung eines Zentralinstituts für forstlichen Pflanzenschutz vom Januar 1914 hatte Falck auch damit begründet, dass nur eine solche Einrichtung die erforderlichen Bedingungen biete, einen „der wichtigsten und verbreitetsten Schädlinge in den Kulturen unserer Holzgewächse", den Hallimasch, zu erforschen. Falck wies darauf hin, dass bisher die

469 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 324, Oelkers am 7. Mai 1928 an den Preußischen Landwirtschaftsminister.

470 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 292, Wedekind und Falck am 6. Januar 1921 an den Preußischen Landwirtschaftsminister.

471 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 292, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 19. Dezember 1926 an die Forstliche Hochschule in Münden.

472 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 336, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 6. Juli 1925 an den Mündener Rektor.

473 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 336, „Skizzen zum Voranschlag für den Neubau eines Gebäudes für das Chemische u. das Mykologische Institut […]", Juli 1925.

474 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 327, Das Preußische Landwirtschaftsministerium am 10. März 1914 an den Mündener Akademiedirektor.

475 Steinsiek, Richard Falck (2019, S. 72).

Voraussetzungen gefehlt hätten, die Kultur des Hallimaschs unter natürlichen Bedingungen ins Werk zu setzen, das heißt exakte Vegetations- und Infektionsversuche durchzuführen. Von Interesse ist hier Falcks Hinweis auf das Erfordernis, die Untersuchungen nicht allein auf den Hallimasch zu konzentrieren, sondern auch diejenigen Organismen einzubeziehen, welche neben dem Hallimasch oder auch als Sekundärschädlinge in Betracht zu ziehen wären. Als gleichermaßen ungeklärt bezeichnete er das Absterben von Edelkastanien im Taunus, das Kirschensterben am Rhein und die Rotfäuleerkrankungen in den Fichtenwäldern.[476]

Das Projekt eines Zentralinstituts für forstlichen Pflanzenschutz hat Falck bekanntlich nicht realisieren können. Im Sinne der oben erwähnten Versuche nutzte Falck dann eine etwa 500 m² große, in unmittelbarer Nähe zu seiner Wohnung gelegene Waldparzelle des Forstamts Gahrenberg, um unter natürlichen Bedingungen den Waldboden untersuchen zu können und Experimente mit Baumimpfungen sowie der Lagerung und Konservierung von Holz anzustellen.[477] Zuvor hatte das Ministerium der Forstakademie 11.500 M für den Neubau eines Gewächshauses für die Pilzforschung zur Verfügung gestellt.[478]

Als dann auf Möllers Initiative hin 1916 im Preußischen Abgeordnetenhaus angeregt worden war, die Mündener Einrichtung zu schließen, formierte sich erwartungsgemäß energischer Widerstand. Das Landwirtschaftsministerium indes scheint für die von Falck und Möller beabsichtigten Umbaumaßnahmen



Abb. 50: Das Exemplar des für dieses Nasspräparat verwendeten Wilden Hausschwamms wird vermutlich von Falck in der oben erwähnten Waldparzelle gesammelt worden sein, wenige Monate vor seiner Flucht aus Deutschland (Quelle: Sammlung der Abteilung Molekulare Holzbiotechnologie und technische Mykologie, Universität Göttingen; Foto Mareile Steinsiek, 2022).

des forstlichen Hochschulwesens, zumal in Kriegszeiten, keine besondere Notwendigkeit erblickt zu haben. Nach Kriegsende gehörte Falck zu denjenigen Reformkräften in Münden, die für die Abschaffung des autokratischen Direktorialsystems zugunsten einer freiheitlichen, demokratischen Hochschulverfassung kämpften. Während Falck in Münden für sich und seine Arbeit große Hoffnungen in die vom sozialdemokratischen Landwirtschaftsminister Otto Braun durchgeführte Reform setzte, kehrte Möller dem Freund tief

476 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 327, Falck über die „Mittel zur Untersuchung forstlicher Schädlinge“ vom 14. April 1914.

477 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 327, Falck am 20. September 1919 an den Preußischen Landwirtschaftsminister.
„Der Wald ist kein Garten“, erklärte Falck an anderer Stelle zur Bedeutung eines Versuchswaldes für seine mykologischen Arbeiten. „Waldboden und Gartenboden sind sehr verschiedenartig, ebenso Waldklima und Gartenklima. Waldbewohner kommen zumeist nicht im Garten vor und umgekehrt. Waldversuche und Waldbeobachtungen können daher im Garten nicht angestellt werden.“ Die Erforschung der für die Forstwirtschaft nützlichen wie schädlichen Pilze erfordere einen abgegrenzten, vor Schädigungen des Pilzwachstums und des Waldbodens ausreichend geschützten Versuchswald (a.a.O., Falck am 24. September 1919 an den Mündener Akademiedirektor).

478 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 327, Das Preußische Landwirtschaftsministerium am 24. März 1914 an den Mündener Akademiedirektor.



Abb. 51: Die hier abgebildeten Winter-Porlinge (Polyporus brumalis) wurden 1928 von Herbert Hesmer im Forstamt Gahrenberg gesammelt (Quelle: Sammlung der Abteilung Molekulare Holzbiotechnologie und technische Mykologie, Universität Göttingen; Foto Mareile Steinsiek, 2022).

enttäuscht den Rücken. Möllers Bestreben war die Modernisierung der Akademie, nicht ihr Sturz.[479]

Wie Möller ließ auch Falck nichts unversucht, auf die Entscheidungsträger in Berlin einzuwirken. Falck strebte unablässig danach, die Bedingungen seiner wissenschaftlichen Arbeit zu verbessern. Auch wenn die Republik von Weimar hierfür die aus Falcks Sicht willkommenen politischen Verhältnisse geschaffen hatte, sollte der vor allem rassistisch motivierte Widerstand an der Hochschule seine Entwicklungsmöglichkeiten stark einschränken – bis Ende März 1933 die nationalsozialistischen Machthaber Falck und dessen Familie endgültig zwangen, aus Deutschland zu fliehen. Falcks Institut wurde daraufhin aufgehoben und sein Arbeitsgebiet dem Institut für Botanik zugewiesen. Am 25. August 1933 bestimmte der Preußische Landwirtschaftsminister, dass die vereinigten Institute künftig die Bezeichnung „Institut für Botanik und technische Mykologie“ führen sollten.[480]

479 Steinsiek, Richard Falck (2019, S. 69 ff., et passim).

480 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 188, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 25. August 1933 an die Forsthochschule in Münden.

Jagdkunde

Das Institut für Jagdkunde wurde 1936 auf Antrag der Hochschule errichtet und arbeitete zu folgenden Fragen (Stand 1939 nach Köstler):[481]

- „Aufartung des deutschen Wildes“, besonders des Rotwildes im Reinhardswald
- Einführung des Muffelwildes
- „Haltung und Hege“ von angemessenen Wildständen
- Verhütung von Wildschäden
- „Ausrottungsgeschichte der großen Raubwildarten in Deutschland“
- Jagdgeschichte

Die Deutsche Jägerschaft unterstützte das Institut zunächst mit jährlich 10.000 RM. Das maßgebliche Schreiben Walter von Keudells, Chef der Preußischen Landesforstverwaltung, kann freilich auch so gelesen werden, dass die Errichtung des Instituts von der Geldzusage der Deutschen Jägerschaft abhängig gemacht worden war.[482] Köstler hob in seiner Festschrift 1939 die Beziehungen des Instituts zum Ausland hervor.[483] Die Institutsleitung versah Julius Oelkers kommissarisch und zusätzlich zur Leitung des Waldbauinstituts.

Dazu präzisierte Oelkers, dass Karl-Heinz Dauster bereits 1934 die Errichtung eines Jagdkunde-Instituts vorgeschlagen hatte. Als Forschungsziel sollte in erster Linie die Äsung des Hochwildes geklärt werden, um dessen Schäden an forst- und landwirtschaftlichen Kulturen, besonders Schälschäden begegnen zu können.[484] Der Reichsforstmeister legte großen Wert darauf, dass das Präparat „Proherba“ als Schutzmittel gegen den Verbiss durch Rot- und Rehwild umfäng-

481 Köstler, Festschrift (1939, S. 65).

482 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 255, Der Reichsforstmeister und Preußische Landesforstmeister am 15. Juli 1936 an den Mündener Rektor.

483 Köstler, Festschrift (1939, S. 65).

484 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 89, Oelkers, Institut für Jagdkunde, am 11. Juni 1940 an den Mündener Dekan.

lich erprobt würde. Dies sei besonders für die Wiedereinführung des Mischwaldes sehr erwünscht.[485]

Gegenüber dem Reichswissenschaftsminister erklärte Dekan Baader am 16. Juli 1940, dass, wie er fand, die brennende Frage der Wildschäden von der ernährungsphysiologischen Seite her angegangen werden müsse. Auch die Vererbungslehre wurde von ihm als wichtig eingestuft. Nach Ansicht der Fakultät sei bei einem Universitätsinstitut das Schwergewicht auf die Forschung zu legen. Bei der Suche nach geeigneten Kandidaten für die Besetzung eines jagdkundlichen Lehrstuhls – an dem übrigens auch der Naturschutz angesiedelt werden sollte – holte Baader von verschiedenen namhaften Zoologen und Forstleuten Stellungnahmen ein. Empfohlen wurden neben anderen besonders Dr. von Vietinghoff-Riesch (Forstmann) und Prof. Dr. Friedrich Kröning (Zoologe). Oelkers habe sich entschieden dagegen ausgesprochen, die Jagdkunde und den Naturschutz einem Nichtforstmann anzuvertrauen. Die Fakultät setzte gleichwohl Kröning an die erste Stelle, von Vietinghoff-Riesch an die zweite und den Zoologen Konrad Herter an die dritte Stelle ihrer Berufungsvorschläge. Bei Kröning hob Baader dessen Kenntnisse auf genetischem Gebiet hervor. Von ihm stammten ferner verschiedene Arbeiten über Jagdtierkunde. Dass Kröning auch den Naturschutz hervorragend würde vertreten können, glaubte Baader bereits aus dem Umstand schließen zu können, dass jener in Göttingen eine Sammlung der einheimischen Tierwelt im Zoologischen Museum aufgestellt habe. Von Vietinghoff-Riesch wurde hingegen zugetraut, „das Gebiet des Naturschutzes in vorbildlicher Weise zu vertreten".[486] Später ressortierte dann der Naturschutz beim Lehrstuhl für Forstgeschichte und Forstschutz.[487] Für einen *eigenen* Lehrstuhl für Landespflege (Naturschutz, Landschaftspflege, Grünplanung) sprach sich die Fakultät im November 1964 aus.[488]

Im Frühjahr 1939 hatte die Fakultät schon einmal Arnold von Vietinghoff-Riesch aus Tharandt für die Jagdkunde-Professur in Vorschlag gebracht. Auch der damalige Dekan Köstler richtete an verschiedene Fachgenossen die Bitte, sich über Vietinghoff zu äußern. Es ging dabei um die Frage, ob der Genannte „seinen wissenschaftlichen, charakterlichen und politischen Eigenschaften nach als geeignet" angesehen wurde.[489] Vietinghoff selbst war grundsätzlich bereit, einer Berufung nach Münden Folge zu leisten. Für ihn schien auch zu sprechen, dass Staatssekretär Alpers ihn zum Vorsitzenden des Ausschusses für Naturschutz berufen hatte.[490] Unter denjenigen, die Vietinghoff in jeder Hinsicht am nachdrücklichsten empfahlen, befand sich auch Hermann August Eidmann. Eidmann lobte besonders Vietinghoffs Arbeiten über die „Vögel in ihrer Bedeutung für die Biozönose des Waldes". Ihm sei es gelungen, „daß die vielfach übertriebenen Vorstellungen, die man sich von der Hilfe der Vogelwelt bei der Bekämpfung und Verhütung von Insektenkalamitäten machte, auf das richtige Maß zurückgeführt" worden seien.[491]

Probleme jedoch bereitete die Frage, ob Vietinghoff als politisch einwandfrei bezeichnet werden könne. Einige bejahten diese Frage. Dagegen lehnte es die Gauleitung Süd-Hannover-Braunschweig der NSDAP mit Schreiben vom 29. März 1939 ab, dass Vietinghoff eine Professur übertragen würde. Er gelte als ein „sehr lauer Parteigenosse und es herrscht heute immer mehr der Eindruck vor, daß er lediglich aus Konjunkturgründen Mitglied der NSDAP. wurde". Der damalige Gaudozentenbundsführer Schürmann kam in seiner Beurteilung zu demselben Ergebnis.[492]

485 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 196, Der Reichsforstmeister am 26. Februar 1936 unter anderem an die preußischen Forsthochschulen sowie die deutschen Landesforstverwaltungen.

486 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 89, Dekan Baader am 16. Juli 1940 an den Reichswissenschaftsminister zur Besetzung einer außerordentlichen Professur für Jagdkunde und Naturschutz bei der Forstlichen Fakultät.

487 Vgl. UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 90, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 18. Dezember 1962.

488 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 90, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 10. November 1964.

489 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 377, [Köstler] am 27. Januar 1939 an Landesforstmeister Melzer, Dresden.

490 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 377, Der Sächsische Landesforstmeister am 2. Februar 1939 an den Mündener Dekan.

491 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 377, Eidmann am 26. Januar 1939 an den Mündener Dekan.

492 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 377, NSDAP-Gauleitung Süd-Hannover-Braunschweig am 29. März 1939 an den Göttinger Gau-

Rektor Baader indes wollte nicht ausschließen, dass es sich dabei um Fehlurteile handeln könnte. Der Oberforstmeister Francke aus Dresden ging noch einen Schritt weiter. Vietinghoff sei vermutlich einer Ränke zum Opfer gefallen. Francke dachte dabei an den Tharandter Dozentschaftsführer, ein „31er Pg.", der „leider nicht das Zeug zum Professor hat und ganz offensichtlich aus dieser Mißstimmung heraus den Befähigten Steine in den Weg legt". Francke konnte versichern, dass Vietinghoff „soweit politisch zuverlässig und als guter Nationalsozialist zu bezeichnen ist". Aus einem, seiner Herkunft gemäß, „lauen Parteigenossen" sei ein „völlig bewußt und zielsicher eintretender Nationalsozialist geworden".[493] Das sah der „Stellvertreter des Führers" allerdings ganz anders. Dieser habe, wie Landforstmeister Orth aus dem Reichsforstamt dem Mündener Dekan am 27. Juli 1939 schrieb, „zu gewichtige Bedenken allgemeiner Art" geäußert, so dass Vietinghoff als Dozent unter keinen Umständen mehr in Frage komme.[494]

Die Fakultät jedoch hielt an Vietinghoff fest. In der oben zitierten, privaten Mitteilung des Landforstmeisters Orth an den Dekan werde kein Grund gesehen, die Berufung Vietinghoffs aufzugeben. Dies könne erst dann geschehen, wenn die Ablehnungsgründe amtlich mitgeteilt würden. Dem Vernehmen nach seien die Vorwürfe gegen Vietinghoff zu Unrecht erhoben worden. Diese Auffassung machte Dekan Baader auch dem Reichswissenschaftsminister gegenüber deutlich.[495]

Die fakultätsseitige Suche nach passenden Bewerbern übrigens zeigte, neben gravierenden Unterschieden der eben skizzierten Art, auch Übereinstimmungen mit der nach Kriegsende geübten Berufungspraxis. Denn es wurden durchaus auch wissenschaftliche Maßstäbe angelegt – wobei nicht übersehen werden darf, dass Wissenschaftler, die unter fachlichen Gesichtspunkten für eine Berufung in Frage gekommen wären, jedoch aus rassistischen und politischen Gründen die Hochschulen bereits hatten verlassen müssen, von dem Verfahren ausgeschlossen waren.

Warum nun die Jagdkunde mit dem Naturschutz verbunden wurde, wird nicht deutlich. Vermutlich dachten viele, wenn es um den Naturschutz ging, in erster Linie an den Schutz seltener Tiere (und Pflanzen) und sahen deshalb den Förster, den Jäger oder Biologen am ehesten in der Lage, jenes Fach mit zu vertreten. An der Fakultät – und wohl auch in Berlin – war das Interesse an dem Ausbau eines akademischen Naturschutzes nicht besonders ausgeprägt. Gleichwohl hatte die Fakultät für das Wintersemester 1938/39 beim Reichsforstmeister einen Lehrauftrag für Naturschutz (1-stündig, Wahlfach, Dr. Hering) beantragt.[496]

Laut Baader übernahm dann Friedrich Kröning (1897-1964) am 1. April 1941 Lehrstuhl und Leitung des Instituts für Jagdkunde und Naturschutz.[497] Ein eigenständiges Institut existierte seinerzeit jedoch gar nicht und musste erst noch errichtet werden. Zum gleichen Zeitpunkt stellte allerdings die Deutsche Jägerschaft ihre Zahlungen ein.[498] Krönings Arbeitsbedingungen konnten wohl nicht anders als unzumutbar bezeichnet werden. Kurz nach dem Krieg sprang zunächst auch hier der Hannoversche Klosterfonds ein und beteiligte sich mit 12.000 Mark an den Kosten der Forschung.[499]

Den Göttinger Rektor ließ Dekan Schmucker am 7. Juli 1944 wissen, dass Kröning in Münden nie über Naturschutz gelesen habe. Schmucker hielt es gleichwohl für das Beste, Kröning nicht auf dessen Versäumnis hinzuweisen, zumal Naturschutz kein selbstständiges Prüfungsfach gewesen sei.[500]

dozentenbundsführer; a.a.O., Der Göttinger Gaudozentenbundsführer Schürmann am 5. April 1939 an den Mündener Dekan.

493 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 377, Francke, Dresden, am 17. April 1939 an Baader, Münden.

494 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 377, Orth, Berlin, am 27. Juli 1939 an Dekan Baader, Münden.

495 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 377, Baader am 23. Dezember 1939 an Orth; a.a.O., Baader am 4. April 1940 an den Reichswissenschaftsminister.

496 AFFGÖ, Protokolle der Senatssitzungen, Sitzung vom 31. Mai 1938.

497 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 79, Baader am 24. April 1941 an Oelkers.

498 Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 153).

499 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 79, Vermutlich der Mündener Dekan am 28. September 1946 an das Jagdkundliche Institut.

500 SUBGÖ-HSD, Cod. Ms. Schmucker 32b, Schmucker am 7. Juli 1944 an den Göttinger Rektor.

Kröning übrigens hatte in Göttingen eine Versuchstierzüchtung unterhalten, für die er von der DFG folgende Mittel bezog:

1939/40	26.000 RM
1940/41	23.500 RM
1941/42	25.000 RM
seit 1943	11.300 RM

Er soll nach 1945 von zahlreichen Stellen in der Britischen Zone geradezu überhäuft worden sein „mit Anfragen nach Meerschweinchen und Kaninchen für serodiagnostische und serotherapeutische Zwecke der Seuchenbekämpfung". Kröning selbst hatte dem Göttinger Kurator gegenüber am 17. Juli 1945 erklärt, dass die Versuchstierzüchtung vom Reichsforschungsrat für „kriegswichtig" und sogar „staatswichtig" erklärt worden sei. Dem Niedersächsischen Minister für Volksbildung schrieb er im November 1946, dass seine Meerschweinchen seit 1922 „ausschliesslich in strenger Bruder-Schwester-Inzucht gezogen" worden seien. Dabei fehlte auch nicht der Hinweis auf die Bedeutung des „Tiermaterials" für die Zwillingsforschung beim Menschen. Er habe mit seinem früheren Chef, Professor Kühn vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie, die Versuchstierzüchtung gemeinsam aufgebaut.[501]

Die Abteilung Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beim Oberpräsidenten der Provinz Hannover stellte Kröning und der Abteilung Versuchstierzüchtung des Instituts für Jagdkunde im April 1946 Zuschüsse in Höhe von zusammen 14.850 RM bereit. Mit diesem Geld, so Kröning, sei es möglich, „die Versuchstierabteilung in altem Umfange aufrecht zu erhalten". Die Versuchstiere würden von der Serumforschung benötigt. Krönings Laufbahn indes endete unschön bereits im Mai 1949, als der Niedersächsische Kultusminister ihm mitteilte, dass er zum 30. September 1949 in den Ruhestand versetzt werde, nachdem er wegen Diebstahls eines Wildschweins rechtskräftig verurteilt worden war.[502]

Seit 1946 war Fritz Nüßlein (1899-1984), anfangs durch einen Lehrauftrag, mit dem Mündener Jagdkunde-Institut verbunden, dessen Leitung er anstelle des glücklosen Kröning für die Dauer seiner Lehrtätigkeit 1948 ausübte.[503] Nüßlein hatte als Jagdreferent in der Ministerialforstabteilung des Bayerischen Finanzministeriums von 1927 bis 1932 und später, von 1936 bis 1945, als Referent in der Jagdabteilung des Reichsforstamts ohne Zweifel umfangreiche Verwaltungserfahrungen sammeln können. Sie sollten ihm zugutekommen, als ihn nach Kriegsende die Niedersächsische Landesforstverwaltung zum Sachbearbeiter für die Forstforschung, das forstliche Versuchswesen sowie die Aus- und Fortbildung des Forstpersonals bestimmte.[504] Diese Tätigkeit in der Leitung der Forstverwaltung zu einer Zeit, als sich die staatlichen und behördlichen Strukturen Niedersachsens zu formieren begannen, gab Nüßlein Gelegenheit, Einblicke in die Funktionsweisen dieser Bürokratien zu gewinnen und ihre Akteure genau kennenzulernen. Ohne Frage waren Kenntnisse und Bekanntschaften für den späteren Inhaber des Lehrstuhls für Jagdkunde in Münden von großem Vorteil − gerade auch als es in den 1960er Jahren darum ging, die Interessen der Fakultät in der Hochschulreform zu vertreten und das Projekt der Übersiedlung nach Göttingen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

Das Institut für Jagdkunde in Münden würde nicht errichtet und unterhalten worden sein, wenn nicht die Deutsche Jägerschaft erhebliche Geldmittel bereitgestellt hätte. Der Deutsche Jagd-Verband e. V. blieb auch nach Kriegsende an der Mündener Jagdkunde interessiert. Als bekannt wurde, dass die Professur für Jagdkunde aufgehoben werden sollte, richtete der Deutsche Jagd-Verband (DJV) im August 1949 ein

501 NLA HA, Nds. 401 Acc. 92/85 Nr. 164, fol. 4, Der Göttinger Kurator am 4. Dezember 1945 an die Militärregierung, z.Hd. Herrn Major Sutton, Göttingen; a.a.O., fol. 19, Kröning am 17. Juli 1945 an den Göttinger Kurator; a.a.O., fol. 29-33, Kröning, Institut für Jagdkunde, am 24. November 1946 an den Minister für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft, Hannover; a.a.O., fol. 24, Der Oberpräsident der Provinz Hannover, Abt. Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, am 24. April 1946.

502 Vgl. die Geschichte vom „Wildschwein in der Badewanne" bei Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 156 ff.).

503 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 79, Der Mündener Dekan Lemmel am 7. Januar 1949 an den Göttinger Kurator.

504 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 201, „Praktische und wissenschaftliche Tätigkeit des Oberlandforstmeisters Nüsslein [sic!] auf dem Gebiet der Jagdverwaltung, -forschung und Lehre" vom 12. Dezember 1949; a.a.O., Oberlandforstmeister Hausmann, Sarstedt, am 4. November 1949 an den Mündener Dekan.

sorgenvolles Schreiben an den Mündener Dekan. Sein Generalsekretär von Freier bezeichnete das Fortbestehen der jagdlichen Professur als unbedingt notwendig und bot der Fakultät Hilfe an. Sämtliche Kreisgruppen des DJV hätten beschlossen, künftig enger mit Münden zusammenzuarbeiten. Wichtiger noch war der Beschluss des Verbandes, dem Institut Geldspenden zukommen zu lassen.[505]

Auch der Präsident des Landesverbandes Niedersachsen des DJV schien alarmiert. Es könne nicht sein, dass Niedersachsen − „Kernland des Deutschen Waidwerks" − mit dem Verlust der Professur seine ruhmvolle jagdliche Tradition gefährde. Präsident Wulf wusste von Bestrebungen zu berichten, im Rheinland ein der Mündener Einrichtung ähnliches Institut für Jagdkunde zu errichten, während doch das Ziel sein müsse, „Niedersachsen führend zu erhalten". Auch der niedersächsische Landesverband war deshalb bereit, das Jagdkunde-Institut soweit möglich finanziell zu unterstützen.[506]

Zum 1. April 1954 wurde Nüßlein dann als ordentlicher Professor für Jagdkunde an die Universität Göttingen versetzt und der Forstlichen Fakultät zugewiesen.[507] Zu den Aufgaben, die von einer wildtierwissenschaftlichen Forschung zu lösen wären, zählte Nüßlein 1960 unter anderem die Aufklärung der „biologischen und ökologischen Ursachen der Wildvermehrung". Den Anlass dazu habe die fast ungehinderte Vermehrung des Schwarzwildes nach dem Krieg gegeben. Außerdem sei in den Nachkriegsjahren intensiv über Mittel zur Abwehr von Wildschäden im Walde gearbeitet worden. Auch Nüßlein wollte nicht verkennen, dass sich die sogenannten angewandten Naturwissenschaften ökologisch zu orientieren begannen, blieb in seiner Formulierung jedoch etwas vage, wenn er schreibt, dass „die materielle Einstellung zur Umwelt, insbesondere die Beurteilung nach dem Nutzen oder Schaden für den Menschen, einer biologischen gewichen" sei.[508]

Die Angaben, welche Nüßlein 1958 gegenüber der FAO und IUFRO zu den Forschungsaktivitäten seines Instituts gemacht hatte, fielen dagegen deutlich facettenreicher aus (wörtliche Wiedergabe der Quelle):[509]

- Untersuchungen über die Vermehrungspotenz beim Feldhasen
- Untersuchungen zur Altersbestimmung beim Schwarzwild
- Untersuchungen zur Altersbestimmung beim Rotwild nach der Kehlkopfverknöcherung
- Einwirkung planmäßig angelegter Äsungsflächen auf die Rotwildschäden im Walde
- Untersuchungen über das Auswahlvermögen vom Rotwild auf verschieden gedüngten Äsungsflächen
- Verminderung der Schälschäden durch Rotwild durch Verabfolgung von Mangelstoffen
- Untersuchungen über die Bestandesänderungen der deutschen Schalenwildbestände von 1865 bis zur Gegenwart
- Untersuchungen über Biotop und Ökologie der Schneehühner

Am Rande sei noch auf den Kopf eines 14-jährigen reinblütigen Wisentstieres hingewiesen, welcher vermutlich im Herbst 1947 der Fakultät zum Geschenk gemacht wurde und ihr, wie es hieß, Freude bereiten sollte.[510] Bei dem Präparat, das sich heute in der Sammlung der Göttinger Abteilung für Wildtierwissenschaften befindet, handelt es sich vermutlich um jenen Wisent.

505 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 201, Deutscher Jagd-Verband e. V. am 31. August 1949 an den Mündener Dekan.

506 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 201, Landesverband Niedersachsen des Deutschen Jagd-Verbandes e. V. am 16. September 1949 an Lemmel in Münden; vgl. dazu Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 155 f.).

507 Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 156).

508 Nüßlein, Wald und Wild (1960, S. 123, 126).

509 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 60, Dekan Nüßlein am 6. Juni 1958 an die FAO in Rom.

510 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 79, [Schreiben vom 5. November 1947].

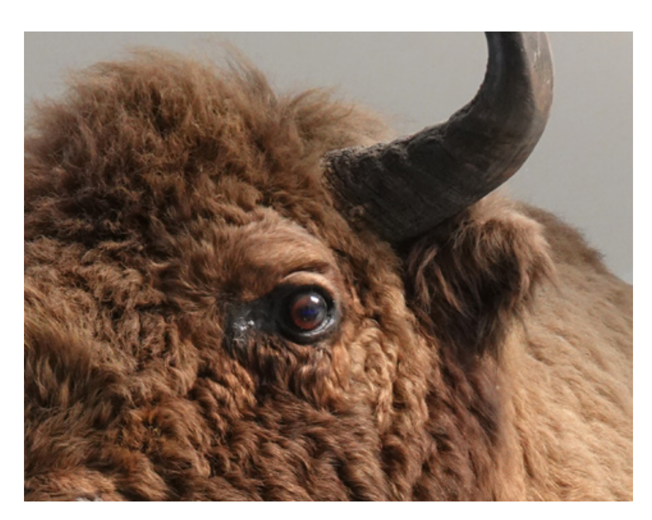


Abb. 52: Detail eines Wisentpräparates (Quelle: Sammlung der Abteilung Wildtierwissenschaften, Universität Göttingen; Foto Mareile Steinsiek, 2022).

Bewusstsein für neue Risiken und Folgen des Umwelthandelns

Hier wäre noch das Schreiben des Dr. Berning, Präsident des Deutschen Jagdschutzverbandes, vom 25. Januar 1958 an den Niedersächsischen Kultusminister zu erwähnen, in dem jener den Rückgang des Niederwildes beklagte. Als Ursachen vermutete er den Einsatz giftiger Pflanzenschutz- und Düngemittel sowie die „immer intensiver werdende Bodenbewirtschaftung". Nüßlein war gerne bereit, der Anregung des Präsidenten zu entsprechen und den Ursachen für den Rückgang des Niederwildes nachzugehen. Hierfür wurden zugleich zwei neue Mitarbeiterstellen beantragt, verbunden mit der Schaffung einer angemessenen räumlichen und sächlichen Ausstattung. Die Klärung der Frage liege im allgemeinen öffentlichen Interesse. Außerdem wurde die Gelegenheit genutzt und seitens der Fakultät beim Kultusminister, wenngleich ohne Erfolg, ein Antrag zur „Errichtung eines Lehrstuhls zur Erforschung der Wirkung von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf das Niederwild" gestellt.[511]

511 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 79, Der Niedersächsische Kultusminister am 7. Februar 1958 an den Göttinger Kurator; a.a.O., Prodekan Schimitschek am 7. März 1958 an den Niedersächsischen Kultusminister; Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 156).

5.2.9 Nutzung und Verwertung der Waldprodukte

- Waldbau-Technik (s. o.)
- Forstliche Betriebswirtschaftslehre
- Forstliche Arbeitslehre
- Walderschließung
- Forstbenutzung
- Forstverwaltung

Forstliche Betriebswirtschaftslehre

In der Senatssitzung vom 24. Juli 1930 kam zur Sprache, dass der Preußische Landtag angeregt habe, in Hann. Münden Vorlesungen über Betriebswirtschaftslehre zu halten und einen entsprechenden Lehrauftrag an den Regierungs- und Forstrat Dr. Bungert aus Kassel zu erteilen. Die Forstliche Hochschule war dagegen der Meinung, dass durch die Vorlesungen von Ernst Gehrhardt und Heinrich Eberts das Erforderliche bereits getan werde und eine Lehrauftragserteilung an Dr. Bungert sich deshalb erübrige. Entgegen dieser Auffassung des Senats übernahm jedoch besagter Dr. Bungert aufgrund eines Ministerialerlasses vom 6. August 1930 vom Wintersemester 1930/31 an den in Rede stehenden Lehrauftrag.[512]

Nachdem vier Jahre später, 1934, Karl Abetz nach Münden berufen worden war, wurde dieser noch im selben Jahr durch Josef Nikolaus Köstler in der Leitung des neugegründeten Instituts für Forstliche Betriebswirtschaft und Forsteinrichtung abgelöst.[513] Seither wurden Fragen der Forstwirtschaftsgeographie, des Holzverkehrs, der deutschen Holzbilanz sowie die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs auf die Forst- und Holzwirtschaft Deutschlands bearbeitet.[514] Gerhard Speidel, der 1957 die Nachfolge von Hans Lemmel übernahm, trat in Münden unter anderem mit Untersuchungen zur Leistungskontrolle in

512 AFFGÖ, Protokolle der Senatssitzungen, Sitzung vom 4. November 1930.

513 AFFGÖ, Protokolle der Senatssitzungen, Sitzung vom 24. Juli 1934; Kropp & Rozsnyay, Biographie (1998, S. 29).

514 Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 134).


Abb. 53: Gerhard Speidel (1923-1992), 1957/60 (Quelle: PrSlg Peter Lex).

der Forsteinrichtung hervor. Die von ihm 1967 veröffentlichte „Forstliche Betriebswirtschaftslehre“ ist von klassischem Wert.[515] Sein Amtsvorgänger Lemmel, ursprünglich Eberswalde, hatte sich eingehend mit Fragen der forstlichen Vermögens- und Ertragsrechnung sowie der Holzmarktpolitik befasst.[516]

Nach Speidel (1960) haben besonders Hans Lemmel, Victor Dieterich und Karl Abetz in den 1920er Jahren die Grundlagen für eine „moderne, gemeinwirtschaftlich orientierte forstliche Betriebswirtschaftslehre“ gelegt. Die schwierigste Aufgabe für die künftige Forschung sah er seinerzeit in der „Aufklärung der komplexen Wirkungen zahlreicher kombinierter Einzelplanungen auf die Ertrags- und Aufwandsgestaltung“ der Forstbetriebe. Als wissenschaftlich ertragreich bezeichnete er außerdem forstliche Betriebsanalysen auf der Basis betrieblicher Vergleiche.[517]

515 Kropp & Rozsnyay, Biographie (1998, S. 429 f.).

516 Kropp & Rozsnyay, Biographie (1998, S. 297-300).

517 Speidel, Forstliche Betriebswirtschaftslehre (1960, S. 254, 262, 270).

Forstliche Arbeitslehre

Mit Schreiben vom 24. Januar 1930 forderte der Preußische Landwirtschaftsminister die Forstliche Hochschule in Hann. Münden auf, Vorlesungen und Übungen zur Arbeitslehre abzuhalten.[518] In Eberswalde gab es eine „Forstliche Arbeitswissenschaft“ bereits seit 1928, als Hubert Hugo Hilf dort zum ordentlichen Professor ernannt wurde.[519] Am 24. Februar 1930 hielt es dann auch der Mündener Senat für wünschenswert, dass zum Wintersemester eine Vorlesung über forstliche Arbeitslehre gehalten würde.[520] Noch im gleichen Jahr war dann von einem Lehrauftrag für Arbeitswissenschaft an den Oberförster Ernst-Günther Strehlke die Rede.[521]

Arbeitswissenschaft ein Alleinstellungsmerkmal

Siegfried Häberle, der 1967 als Strehlkes Nachfolger auf den Mündener Lehrstuhl für Forstliche Arbeitswissenschaft berufen wurde, wies in einem Memorandum darauf hin, dass das 1949 in Münden gegründete Institut für Waldarbeit und Forstmaschinenkunde das erste Universitätsinstitut für forstliche Arbeitswissenschaft in Westdeutschland überhaupt gewesen sei.[522] Drei Jahre zuvor, 1946, soll nach Angaben von Hasel Hanns Gläser begonnen haben, die forstliche Arbeitslehre in Münden zu vertreten.[523]

Hier ist jedoch darauf zu verweisen, dass das Niedersächsische Kultusministerium frühestens 1954, möglicherweise auch erst Anfang 1955 die Umwandlung der ehemaligen „Abteilung Waldarbeit und Forstmaschinenkunde, Forstl. Arbeitswissenschaft“ am Institut für Forstbenutzung in ein gleichnamiges Institut genehmigte. Die Schaffung eines entspre-

518 Hasel, Quellen (1968, S. 365).
Als Hubert Hugo Hilf 1934 in der Grafenbrücker Mühle die erste Waldarbeitsschule gründete, könnte dies als Beginn einer planmäßigen Waldarbeitsschulung angesehen werden. Die Waldarbeiter wurden damit zu ausgebildeten Facharbeitern (Strehlke, Arbeitswissenschaft, 1963, S. 41).

519 Strehlke, Arbeitswissenschaft (1963, S. 49).

520 AFFGÖ, Protokolle der Senatssitzungen, Sitzung vom 24. Februar 1930.

521 AFFGÖ, Protokolle der Senatssitzungen, Sitzung vom 4. November 1930.

522 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 7, Häberle am 6. Mai 1970 an Henckel.

523 Hasel, Quellen (1968, S. 37).

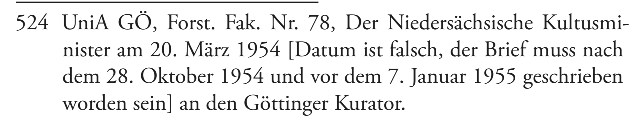
chenden Lehrstuhls war hiermit offenbar noch nicht verbunden.[524] Hanns Gläser hatte im März 1950 dem Mündener Dekan gegenüber, allerdings erfolglos, den Wunsch geäußert, seine bisherigen Arbeiten künftig im Rahmen eines selbstständigen „Instituts für Waldarbeit und Forstmaschinenkunde" betreiben zu dürfen. Im Juni 1952 war dann von einer Forschungsstelle für Waldarbeit und Forstmaschinenkunde in Hann. Münden die Rede, im Juli von „Lehrgebiet und Forschungsstelle für Waldarbeit und Forstmaschinenkunde" und dann, im August, von einem „Lehrgebiet Waldarbeit und Forstmaschinenkunde der Forstlichen Fakultät Hann. Münden". Am 9. September 1952 erfolgte die Umwandlung in eine „Abteilung für Waldarbeit und Forstmaschinenkunde".[525] Auch Hans Mayer-Wegelin hatte in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Mündener Forstfakultät mit dem Lehr- und Forschungsgebiet „Waldarbeit und Forstmaschinenkunde" in Westdeutschland Neuland betreten habe.[526] Hierzu ließe sich noch ergänzen, dass Gläser seit etwa Mitte 1951 mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Münden ein Forschungslabor für arbeitsphysiologische Untersuchungen aufgebaut hat. Innerhalb der deutschen Forstwirtschaft sei diese Einrichtung, so Gläser in einem Brief an den Göttinger Kurator, die einzige ihrer Art. Es gehe darum, die Waldarbeit zu erleichtern. Mit dem Max-Planck-Institut für Arbeitsphysiologie in Dortmund bestehe eine sehr enge Zusammenarbeit.[527]

Heinz Leyendecker erprobte arbeitsphysiologische Verfahren zur Ermittlung der körperlichen Beanspruchung durch Waldarbeit und veröffentlichte die Ergebnisse seiner Dissertation 1953. Er hatte sich zum



Abb. 54: Arbeitszeit pro Stamm in Abhängigkeit von der Ästungshöhe (Mayer-Wegelin, Aufästen, 1952, S. 74).

Ziel gesetzt, Vorschläge für eine Arbeitsbewertung zu entwickeln, die zu einer gerechteren Verlohnung der Arbeiten im Walde und zur Erleichterung bzw. Rationalisierung der Waldarbeit führt.[528] Auch hier ist die Suche nach Wegen, das Bewertungsverfahren durch exakte Beobachtungen (Messungen) zu objektivieren, unverkennbar. Der Autor bezieht sich dabei auf arbeitswissenschaftliche Untersuchungen zu korrespondierenden Fragestellungen etwa in der Eisen- und Stahlindustrie. Hanns Gläser betont dazu in seinem Vorwort, dass die „in der Industrie sehr eingehend behandelte Arbeitsbewertung als Grundlage einer gerechten Entlohnung […] in dieser Arbeit erstmals auch unter forstlichen Gesichtspunkten betrachtet" werde.[529]



524 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 78, Der Niedersächsische Kultusminister am 20. März 1954 [Datum ist falsch, der Brief muss nach dem 28. Oktober 1954 und vor dem 7. Januar 1955 geschrieben worden sein] an den Göttinger Kurator.

525 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 78, Gläser am 15. März 1950 an den Mündener Dekan; a.a.O., Schober am 9. November 1950 an Gläser; a.a.O., [Schreiben vom 1. Juni 1952, 22. Juli 1952, 5. August 1952].

526 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 78, Mayer-Wegelin am 2. Juli 1952 [an den Göttinger Kurator].

527 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 78, Dr. H. Gläser, Abteilung für Waldarbeit und Forstmaschinenkunde, am 9. Februar 1953 an den Göttinger Kurator.

528 Leyendecker, Waldarbeit (1953, S. 74).

529 Leyendecker, Waldarbeit (1953, S. 77 ff.).

Auf ihrer Sitzung vom 2. Februar 1954 war sich die Fakultät darin einig, dass, wie es in dem Sitzungsprotokoll hieß, „das Gebiet der Arbeitswissenschaft eine solche Bedeutung und selbständige Stellung erlangt hat, daß die Errichtung eines besonderen Institutes [für Waldarbeit und Forstmaschinenkunde; der Verf.] in Erwägung gezogen werden soll."[530] Vom 15. Juni 1954 datierte dann die „Begründung zur Errichtung eines Instituts für Waldarbeit und Forstmaschinenkunde". Den Textentwurf hatte Hanns Gläser aufgesetzt. Adressat war der Niedersächsische Kultusminister. Zu Anfang heißt es, dass „der soziale Fortschritt im wesentlichen auf der planmäßigen Verbesserung der menschlichen Arbeit" durch Rationalisierung bestehe. Hierzu müsse auch die forstakademische Forschung ihren Beitrag leisten. Das Gebiet der forstlichen Arbeitswissenschaft sei in Münden seit 1945 in Forschung und Lehre von Gläser vertreten worden. Die forstliche Arbeitswissenschaft sei inzwischen international anerkannt und in vielen Ländern längst etabliert. Auch die FAO steuerte Forschungsmittel zur Förderung der „Abteilung für Waldarbeit und Forstmaschinenkunde" in Münden bei. Es wird ferner ins Feld geführt, dass durch die Aufwertung der forstlichen Arbeitswissenschaft die Mündener Fakultät an Attraktivität auch für süddeutsche Forststudenten gewinnen würde, „die heute schon die bessere Vertretung der wirtschaftlich orientierten Fächer an der Mündener Fakultät als starken Anreiz empfinden".[531] Hierzu hatte Gläser übrigens dem Mündener Dekan gegenüber auch von einer „Romantik der Nur-Biologen" der „Münchener Schule" gesprochen. Anders als in München liege es im Charakter der Mündener Fakultät, „die Wirtschaftlichkeit aller forstlichen Massnahmen [sic!] in allen Fächern besonders" zu betonen. Dies sei schon immer Mündens Stärke gewesen. Gläser gesteht, dass er danach strebe, der von ihm ins Leben gerufenen Einrichtung auch noch über seinen Tod oder Weggang hinaus Dauer zu verschaffen. Er versäumt es nicht, auf seine Verdienste in der von ihm vor 1945 errichteten Technischen Zentralstelle der deutschen Forstwirtschaft zu verweisen, besonders auf „eine ganze Reihe kriegswichtiger Forschungsarbeiten".[532]

Einige westdeutsche Landesforstverwaltungen förderten 1955 Untersuchungen über Handsägen und Motorsägen wie den Maschineneinsatz überhaupt im Hauungsbetrieb, dabei arbeitsphysiologische Studien und Kostenkalkulationen. Gläser hob hier besonders die positiven Auswirkungen seiner Forschungen hinsichtlich einer Senkung der Holzwerbungskosten hervor.[533]

Den aus dem Jahr 1958 stammenden Angaben zufolge lag der Arbeitsschwerpunkt des Instituts seinerzeit nahezu ausschließlich auf der Forstmaschinenkunde (die anschließende Aufstellung in wörtlicher Wiedergabe der Quelle):[534]

- Untersuchung des Einsatzes mittelschwerer Forstschlepper im Mittelgebirge unter besonderer Berücksichtigung der Leistungen und Kosten beim Holzrücken
- Untersuchung des Einsatzes von Einmann-Motorsägen einschließlich ihrer Zusatzgeräte sowie weiterer Forstmaschinen und Geräte
- Untersuchung des Zusammenhanges von Zahnformen, Zahnteilungen und Schnittgeschwindigkeiten an Motorsägeketten
- Untersuchung der chemischen Entrindung in der Forstwirtschaft

Die Forschungen des Instituts über die Mechanisierung und den Maschineneinsatz in der Waldarbeit

530 AFFGÖ, Protokolle der Fakultätssitzungen, Sitzung vom 2. Februar 1954.

531 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 78, Der Mündener Dekan am 15. Juni 1954 an den Niedersächsischen Kultusminister mit einer „Begründung zur Errichtung eines Instituts für Waldarbeit und Forstmaschinenkunde".

532 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 78, Gläser, Abteilung für Waldarbeit und Forstmaschinenkunde, am 19. Januar 1954 an den Mündener Dekan.
Hanns Gläser hatte von 1938 bis 1945 im Reichsforstamt als Referent und Geschäftsführer des Ausschusses für Technik in der Forstwirtschaft gearbeitet. Der Ausschuss für Technik in der Forstwirtschaft war 1927 gegründet und 1942 in die Technische Zentralstelle der deutschen Forstwirtschaft umgewandelt worden.

533 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 78, Forschungsbericht über die im Jahr 1955 durchgeführten Untersuchungen, die durch Mittel der Landesforstverwaltungen gefördert wurden.

534 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 60, Dekan Nüßlein am 6. Juni 1958 an die FAO in Rom.

sowie die arbeitsphysiologischen Untersuchungen wurden von den Landesforstverwaltungen der Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein im Rahmen der Forstlichen Forschungsgemeinschaft finanziell gefördert. Ausländische Gäste kamen seinerzeit (1962) aus Dänemark, Indonesien, Israel, Japan, Jugoslawien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, Thailand und (Süd-)Vietnam.[535]

Ein Kompendium über Forstmaschinen und mechanisierte Arbeitsverfahren sowie Zeitstudien standen 1966/67 auf der Agenda des Instituts. In einem weiteren Tätigkeitsbericht ist überdies von „anthropologisch-ergonomischen Untersuchung[en] zur Anpassung von Werkzeugen und Motorsägen an die Körperkonstitution der Waldarbeiter“ die Rede. Die Forschungsförderung erfolgte wieder im Rahmen der Forstlichen Forschungsgemeinschaft durch die Landesforstverwaltungen von Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz; ferner durch die Bereitstellung von Messgeräten durch die DFG, durch Lottomittel des Landes Niedersachsen sowie durch die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e. V. Von einigen Firmen wurden Maschinen und Geräte dem Institut kostenlos überlassen.[536]

An dieser Stelle sei einmal besonders hervorgehoben, dass die Akten, welche bis dahin aus der Zeit nach 1945 ausgewertet wurden, keine Schriftstücke von Professoren oder sonstigen Dozenten der Fakultät enthalten, in denen nicht alle Formen der Höflichkeit und des Respekts zum Ausdruck gebracht worden wären. Selbst in grundsätzlichen und konfliktgeladenen Auseinandersetzungen, wie sie etwa zwischen Hanns Gläser und Hans Mayer-Wegelin überliefert sind, blieb der Ton höflich.

Forstbenutzung

Ein Forstbenutzungsinstitut wurde in Münden 1928 errichtet. Es diente mit seinen Maschinen für Holzeigenschaftsprüfungen als Holzprüflabor und forschte auf folgenden Gebieten (Stand 1939):

- Holzeigenschaften in ihrer Abhängigkeit von Standort und forstlicher Behandlung
- Kiefernstammbläue, Fichtenrotfäule, Buchenstocken (zusammen mit dem Botanischen Institut)
- Ästigkeit
- Sortierung von Nutzholz
- Eigenschaften deutschen und ausländischen Holzes
- Imprägnierung von Holz
- Waldwegebau[537]
- Forstliche Arbeitswissenschaft[538]

Im „Institut für biologische Holzforschung“ wurden, wie es bei Benett heißt, im Verlauf des Zweiten Weltkriegs wehrtechnische Aufgaben bearbeitet, namentlich Materialprüfungen an Holzkonstruktionen.[539] In einer Mitteilung des Institutsleiters Mayer-Wegelin an den Mündener Dekan vom 31. März 1944 war die Rede von der Bearbeitung „kriegswichtiger Forschungsaufträge“ (mit Angabe der Auftragsnummern und Dringlichkeitsstufen) sowie von der laufenden Überprüfung sogenannter Flugzeugsperrplattenserien aus drei mitteldeutschen Sperrholzwerken. Hierfür sei es erforderlich gewesen, Frauen für Hilfsarbeiten einzustellen. Der Maschinentischler Hermann Kleinhans war seinerzeit im Rahmen des Jägerprogramms der Wehrmacht „bei der Materialprüfung von Holz zur Verwendung im Flugzeugbau“ eingesetzt. Erik Volkert sprach davon, dass sich der Personalstand im Institut rasch vergrößere, damit die „kriegswichtigen Forschungsaufgaben“ erfüllt werden könnten. Seine Untersuchungen

535 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 78, Tätigkeitsbericht des Instituts für Waldarbeit und Forstmaschinenkunde für 1962.

536 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 94, Prorektor der Universität Göttingen am 2. April 1968 an die Direktoren der Institute etc.

537 Besonders die Fortschritte im Maschinenbau hätten, so Fritz Backmund 1960 in einem Überblick, wie schon nach dem Ersten Weltkrieg auch nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem tiefgreifenden Wandel der Walderschließung und im Wegebau geführt. Wenn Backmund hier anmerkt, dass sich um „die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert […] allmählich der Übergang von der regellosen Waldnutzung zur geordneten Forstwirtschaft“ vollzogen habe, dann kann eine solche Feststellung keine allgemeine Gültigkeit beanspruchen (Backmund, Walderschließung, 1960, S. 183 f.).

538 Köstler, Festschrift (1939, S. 58-60, 90); Senat, Forstliche Hochschule (1933, S. 31 f.).

539 Benett, Geschichte (1987, S. 4).

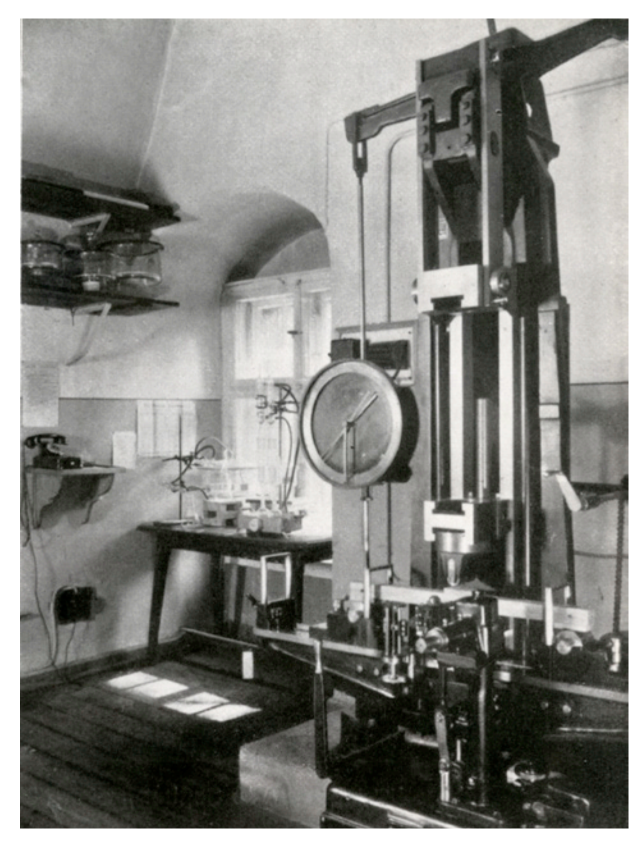


Abb. 55: Materialprüfungsraum des Instituts für Forstbenutzung, um 1933 (Quelle: Senat, Forstliche Hochschule, 1933, S. 31).



Abb. 56: Gehrhardtsche Astungsleiter, ohne Datum [1933?] (Quelle: SUBGÖ, Bereichsbibliothek Forstwissenschaften, Fotoalbum unbekannter Herkunft; Repro Christian von Schnehen-Ahrens, 2022).

zur Leistungssteigerung im Holztransport stufte Volkert als kriegsentscheidend ein.[540]

540 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 22, Mayer-Wegelin, Institut für biologische Holzforschung, am 31. März 1944 an den Mündener Dekan; a.a.O., „Uk-Karte" für den Maschinentischler Hermann Kleinhans vom 24. April 1944; a.a.O., Volkert, Institut für biologische Holzforschung, am 17. November 1944 an den Mündener Dekan; a.a.O., Volkert, Institut für biologische Holzforschung, am 15. Januar 1945 an den Leiter der Außenstelle der Wehrforschungsgemeinschaft, Hann. Münden.
„Die bevölkerungspolitische Lage der Preußischen Forstbeamten" lautet der Titel einer 1940 veröffentlichten Monographie, in der Volkert die Ergebnisse von Untersuchungen vorlegt, die er im Auftrag des Reichsforstamts durchgeführt hat. In dieser durch und durch rassistisch und nationalsozialistisch geprägten Arbeit macht Volkert sich Gedanken darüber, welche Maßnahmen zu ergreifen seien, um die deutschen Forstbeamten, die er zu den Leistungsträgern der Gesellschaft zählt, in den Stand zu setzen, mehr Kinder zu zeugen und aufzuziehen. Wenig überraschend sieht er Juden als Bedrohung und begrüßt das Einschreiten des „Dritten Reichs" gegen die „Vermischungsgefahr" durch den „Nichtarier" sowie gegen die „Gefahr des Überwucherns erbkranken Nachwuchses". Charakterlich minderwertig sei allerdings, so Volkert, „nicht der Erbkranke, sondern derjenige Erbtüchtige, der fortpflanzungsunwillig ist und damit fahnenflüchtig sein Volk verläßt" (Volkert, Die bevölkerungspolitische Lage, 1940, S. 186). Wer bereits „Mann, Frau und 1 Kind" als Familie bezeichne, verwende dieses Wort missbräuchlich. „Gewöhnen wir uns wieder daran, als wahre Familie nur das zu bezeichnen, was die Ewigkeit der Nation garantiert, die »Familie mit 4 Kindern«." Dass der Nationalsozialismus „den Rassengedanken in den Mittelpunkt seiner Weltanschauung stellt", fand Volkert ‚unerhört revolutionär' − umwälzender noch „als die Tat des Kopernikus […] oder die Erfindung der Dampfmaschine" (Volkert, Die bevölkerungspolitische Lage, 1940, S. 115, 186). Nach Kriegsende erwiesen sich Volkerts Arbeiten für das Rassenpolitische Amt der NSDAP zunächst als hinderlich für sein berufliches Fortkommen. Die Niedersächsische Landesregierung tat sich lange schwer,

Am 28. November 1945 traten die Holig Homogenholzwerke G.m.b.H., Werk Hannoversch Münden, an den Mündener Dekan heran. Man bezog sich dabei auf Überlegungen, wie sich geringwertige Laubhölzer und Sägewerksabfälle „für die Herstellung von Homogenholz-Platten und -Formteilen zur Einsparung von Schnittholz, insbesondere Nadelschnittholz" einsetzen ließen. Vorgeschlagen wurde deshalb eine Kooperation mit der Forstlichen Fakultät.[541] Die Entwicklung von Holzwerkstoffen (Platten aus Fasern und Spänen) sowie die Herstellung von Papier und Pappe aus Laubhölzern wurden 1960 von Mayer-Wegelin als weitreichende Neuerungen der Nachkriegszeit angesprochen. Zugleich wurde der Zwang zur Rationalisierung – zur Konzentration, Spezialisierung und Vereinfachung stark empfunden. Der forstliche Blick in die Zukunft war skeptisch, weil maßgebliche Einflussfaktoren nach wie vor nicht gesteuert werden konnten.[542]

Im ersten Jahr nach Kriegsende stellte das Institut „Untersuchungen über die Festigkeitseigenschaften des Rotbuchenholzes bei den verschiedenen Verstockungsgraden" an. Außerdem liefen Versuche „über die Abhängigkeit der Holzeigenschaften des Rotbuchenholzes von der Holzfeuchtigkeit", über die Holzeigenschaften der Kalkesche sowie „über den wirtschaftlichen Einsatz von Motorsägen im Haungsbetrieb".[543] In einem „Antrag auf Bewilligung von Geldern zum Zwecke der Weiterführung und des Ausbaus der Holzforschung an der Forstlichen Fakultät Göttingen" wurde Holz – einmal mehr – als einer der wichtigsten deutschen Rohstoffe bezeichnet. Bei der Holzausnutzung (zweckmäßige Holzverwendung, Verbesserung der Holzgüte, Vermeidung von Holzverschwendung), Arbeitsgestaltung (unter anderem Maschineneinsatz) und Transportorganisation (Motorisierung der Holzabfuhr etc.) würden Möglichkeiten der Leistungssteigerung bestehen.[544] Im April 1950 sprach Mayer-Wegelin dann davon, dass die ersten Schritte unternommen worden seien, den Anschluss an die Forschungsarbeiten des Auslandes herzustellen. Übrigens wurde seinerzeit im Institut auch über die Eigenschaften und das Wuchsverhalten raschwüchsiger Baumarten geforscht.[545]

Bis Kriegsende wurden die Forschungsprojekte fast ausschließlich von der DFG finanziert. Nach dem Krieg habe, wie es in einem Bericht des Instituts heißt, wegen Geldmangels fast allen technischen Hilfskräften gekündigt werden müssen, die Entlassung der verbliebenen stehe bevor. Im Herbst 1946 konnte sich das



Abb. 57: Ernst-Günther Strehlke (links) und Erik Volkert, 1958 (Quelle: PrSlg Peter Lex).

ihm die Rückkehr in den Staatsdienst zu gestatten. Dass Volkert dann 1951 gleichwohl Aufnahme im Institut für Forstbenutzung fand, war nicht zuletzt dem Drängen der Fakultät geschuldet (vgl. Steinsiek, Forstliche Fakultät, 2015, S. 259 ff.).

541 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 22, Holig Homogenholzwerke G.m.b.H., Werk Hannoversch Münden, am 28. November 1945 an den Mündener Dekan.

542 Mayer-Wegelin, Holzverwendung (1960, S. 222 f., 232).

543 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 66, Formular „Angaben betreffend ein Forschungs-Institut" vom 10. März 1947 für das Forstbenutzungsinstitut.

544 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 22, Institut für biologische Holzforschung am 29. Juli 1946 an den Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Abt. Landesforstverwaltung.

545 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 66, Mayer-Wegelin am 5. April 1950 mit dem Jahresbericht (1. März 1949 - 31. März 1950); a.a.O., [Schreiben vom 31. März 1951].



Abb. 58: Hans Mayer-Wegelin auf einer Exkursion der Forstlichen Fakultät nach Rheinland-Pfalz im Oktober 1949 (Quelle: Archiv des Niedersächsischen Forstamts Münden, Fotoalbum).

Institut über 2.000 RM für Forschungsaufgaben aus dem Hannoverschen Klosterfonds freuen.[546] Die Fachvereinigung Werkzeugindustrie in Remscheid wollte dem Institut auf eigene Kosten einen Mitarbeiter für Untersuchungen an Holzhaueräxten zur Verfügung stellen.[547]

Anfang März 1948 wies Süchting den Göttinger Kurator darauf hin, dass aufgrund der neuerdings erfolgten Erweiterung des Aufgabenkreises durch Aufnahme der Arbeitslehre und Technik in der Forstwirtschaft die Institutsbezeichnung (Institut für biologische Holzforschung) nicht mehr zutreffend sei. Beantragt wurde „Institut für Holzforschung und Waldarbeitslehre". Oberlandforstmeister Wilhelm Hausmann in Sarstedt, Leiter der Niedersächsischen Landesforstverwaltung, dagegen teilte dem Mündener Dekan am 27. April 1948 mit, dass das Institut für biologische Holzforschung künftig die Benennung „Institut für Forstbenutzung (Holzforschung, Holzbringung, Waldarbeit)" führen sollte.[548]

Zehn Jahre später zeigte das Forstbenutzungsinstitut folgendes Forschungsprofil (die anschließende Aufstellung in wörtlicher Wiedergabe der Quelle):[549]

- Einfluß der Wuchsverhältnisse des Einzelstammes auf die Holzbildung
- Kennzeichnende Holzeigenschaften im mitteleuropäischen Raum eingebürgerter Gastbaumarten
- Erkennungsmöglichkeiten von Holzfehlern im Rindenbild verschiedener Holzarten
- Einfluß von Düngungsmaßnahmen auf die Holzbildung
- Kennzeichnende Holzeigenschaften verschiedener Pappelsorten

1966/67 standen der Einfluss von Düngung auf die Holzeigenschaften der Fichte, der Einfluss von soziologischer Stellung und Standort auf die Holzeigenschaften der Rotbuche sowie die Rotverkernung von Buchenstammholz im Vordergrund der Forschungsarbeit des Instituts; außerdem der forstliche Wirtschaftswegebau.[550]

546 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 22, „Institut für biologische Holzforschung" am 9. Juli 1946 an den Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Abt. Landesforstamt, Sarstedt; a.a.O., Schreiben vom 28. September 1946 an das Institut für biologische Holzforschung.

547 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 22, Hanns Gläser, Institut für biologische Holzforschung, am 23. Januar 1948 an den Mündener Dekan.

548 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 22, Süchting am 2. März 1948 an den Göttinger Kurator; a.a.O., Hausmann im Auftrag des Niedersächsischen Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Sarstedt (Kipphutallee), am 27. April 1948 an den Mündener Dekan.

549 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 60, Dekan Nüßlein am 6. Juni 1958 an die FAO in Rom.

550 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 94, Prorektor der Universität Göttingen am 2. April 1968 an die Direktoren der Institute etc.

Forstverwaltung

Nach Hasel (1960) soll zu keiner Zeit so intensiv in der forstlichen Öffentlichkeit über die Forstverwaltung diskutiert worden sein wie in den zurückliegenden fünfzehn Jahren. Gleichwohl sei die „einmalige Gelegenheit des Zusammenbruchs“ nicht genutzt worden, die Forstverwaltung neu aufzubauen.[551]

Hasel attestierte dem Reichsforstamt, der forstlichen Betriebsverwaltung die erforderliche Selbstständigkeit und Beweglichkeit verschafft zu haben. Davon sei nach dem Krieg das meiste wieder verlorengegangen. Er kritisierte überdies, dass in den deutschen Ländern unterschiedliche Wege eingeschlagen worden seien und zu einem kaum noch zu durchschauenden Wirrwarr der Zuständigkeiten geführten hätten. Hasels Ideal war die Allzuständigkeit der staatlichen Forstverwaltung. „Die Beratung und Betreuung des bäuerlichen Waldbesitzes“ erschienen folgerichtig auch bei ihm als wichtige Aufgaben des Staates. Auf diesen Gebieten sei seit 1945 sehr viel geschehen. Er machte jedoch keinen Hehl daraus, dass er die Forstorganisation in den norddeutschen Ländern zumindest in Teilen für falsch hielt.[552]

Es ist weiter die Rede von einer „jahrzehntelange[n] Stagnation“ in der wissenschaftlichen Behandlung der Forstverwaltung, die inzwischen überwunden sei. Gewarnt wird allerdings vor erkennbaren Rückschritten auf vielen Gebieten und kritisiert, dass der Forstverwaltung als Betriebsverwaltung von der Politik zu wenig Rechnung getragen würde. „Die Vorschläge der Wissenschaft werden zum großen Teil übergangen.“[553]

Hier wäre nachzutragen, dass die Forstverwaltungslehre von Beginn an ein zentraler Bestandteil der forstlichen Ausbildung gewesen ist. Das Preußische Landwirtschaftsministerium wandelte den an Heinrich Eberts 1928 erteilten Lehrauftrag zum 1. April 1931 in einen Lehrstuhl für Forstpolitik und Forstverwaltung um.[554]

551 Hasel, Forstverwaltung (1960, S. 235 f.).

552 Hasel, Forstverwaltung (1960, S. 236 f., 240, 243).

553 Hasel, Forstverwaltung (1960, S. 249).

554 Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 132).

5.2.10 Nebennutzungen des Waldes

- Fischereikunde

Seit jeher gehörten die Angelegenheiten der in den Forsten befindlichen Gewässer zu dem Aufgabenbereich der Forstverwaltungen. Schon August Metzger (1832-1917) hatte auf dem Gebiet der Fischereikunde gearbeitet. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hielten Arnold von Vietinghoff-Riesch und, seit 1959, besonders Günter Buhse an der Forstlichen Fakultät Lehrveranstaltungen über Fischereikunde ab.[555]

- Jagdkunde (s. o.)
- Andere Formen von Nebennutzungen kommen in diesem Zusammenhang nicht in Betracht.

5.2.11 Immaterielle Leistungen des Waldes

- Forstpolitik (s. o.)
- Naturschutz, Landespflege, Raumordnung (s. o.)
- Bioingenieurwesen

Bioingenieurwesen

Vermutlich im Juni 1971 kamen Kommissionen der Landwirtschaftlichen und der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen zur Einrichtung eines Studienganges „Bioingenieur“ zu ihrer ersten gemeinsamen Sitzung zusammen. Als Ergebnis wurde festgehalten, den Komplex Umweltschutz in drei Schwerpunkte zu untergliedern, aus denen gegebenenfalls jeweils ein Aufbaustudium unter der Federführung der genannten Fakultäten entwickelt werden könne:

1. Ökosysteme, Ursachen und Parameter ihrer Belastung (ursprünglich Verfahrenstechnik der Abfallbeseitigung, Emissionen); Koordinatoren: Professoren Wienecke und Kickuth.

555 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, „Lehraufträge der Forstlichen Fakultät“, Stand Sommersemester 1969.

2. Gewässerkunde, Landwirtschaftlicher Wasserbau, Forsthydrologie: Koordinatoren Professoren Meyer, Ulrich und Welte.
3. Landschaftsgestaltung, Raumordnung, Sozio-Ökonomie; Professor Schmitt [?], Dr. Rozsnyay.

Den Koordinatoren wurde aufgegeben, „erste Vorstellungen zur Gestaltung von Studiengängen zu entwickeln". Professor Schlotter von der Göttinger WISO-Fakultät bekundete wenig später sein Interesse an „Fragen der Sektoralen Analyse, der regionalen Planung usw." und bat um eine entsprechende Beteiligung.[556] Näheres hat sich indes über die oben genannte Initiative bislang nicht ermitteln lassen. Es ist nicht bekannt, von wem diese ausging, wann, wie und warum sie endete. Sie passte jedoch in den Zeitgeist einer sich etablierenden Umweltbewegung.

Hervorzuheben ist der ökosystemare Ansatz, auch wenn sich der Studiengang [und die Forschung?] vor allem auf „Ursachen und Ausmaße", nicht jedoch auf die Folgen der Belastung von Ökosystemen konzentrieren sollte. Von Naturschutz war explizit nicht die Rede. Die Forstfakultät schien nach wie vor bestrebt, ihre Expertise über den engeren Forstbereich hinaus breiter zu streuen, das Ausbildungsangebot und damit auch die Beschäftigungsmöglichkeiten für Forststudierende zu erweitern. Der Wald rückte wieder ein Stück heraus aus der Rolle des Rohstoffproduzenten. Seiner Funktion und Bedeutung als Ökosystem und integraler Bestandteil der Landschaft galt das Interesse.

Zur gleichen Zeit war von einem in der Planung befindlichen Studien- und Forschungszentrum für Umweltanalyse und Umweltschutz an der Universität Göttingen die Rede, in dem offenbar die Mathematisch-Naturwissenschaftliche, die Landwirtschaftliche, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche sowie die Forstliche Fakultät zusammenarbeiten wollten.[557] Wenn mit Hünemörder in der Bundesrepublik Deutschland die Umweltpolitik ihre Anfänge zu Beginn der 1970er Jahre hatte, dann ließe sich hierfür auch die Errichtung bzw. Planung von universitären Zentren der Umweltanalyse und des Umweltschutzes anführen.[558]

5.2.12 Lehrforstämter

Die Forstforschung zeichnet eine lange Tradition des Nebeneinanders bzw. der Gleichzeitigkeit von experimenteller Laborforschung sowie von Untersuchungen an Bäumen, Beständen und deren Standorten im Walde aus. Zu Beginn der 1950er Jahre entwickelte sich an der Mündener Fakultät eine Diskussion über Sinn, Zweck und Zukunft der Lehrreviere. Eine Reform und Anpassung der überkommenen Regelungen war notwendig geworden. Für die forstliche Forschung und Lehre wurden die Reviere nach wie vor für unverzichtbar gehalten.

Die einschlägigen Regelungen des Reichsforstmeisters kennzeichneten die *Hochschulreviere* als „Versuchsbetriebe der Dozenten." „Sie sind das Betätigungsfeld, auf dem die Dozenten neue Gedanken und Verfahren auf allen Gebieten der Waldwirtschaft und forstlichen Technik in zielstrebenden Versuchen von genügend langer Dauer und Beständigkeit erproben und praktisch auswerten können." *Lehrreviere* dagegen sollten in erster Linie Musterbetriebe der Forstverwaltung sein, dazu der wissenschaftlichen Forschung, dem Versuchswesen, der Ausbildung der Forststudenten sowie der Fortbildung dienen. Auch die sogenannten *Lehrbetriebe* schließlich standen den Hochschulen mit forstlichen Studiengängen zu Ausbildungszwecken zur Verfügung.[559]

In dem Entwurf einer „Vereinbarung über die Schaffung eines Lehrforstamtes" für die Forstliche Fa-

556 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 46, Protokoll der ersten gemeinsamen Sitzung am 28. Juni 1971 der Kommissionen der Landwirtschaftlichen und der Forstlichen Fakultät zur Einrichtung eines Studienganges „Bioingenieur"; ohne Ort und Datum; a.a.O., Dekan Häberle am 5. Juli 1971 an Hasel.

557 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 47, Dekan Häberle am 21. Juni 1971 an die Dekane der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen, der Landwirtschaftlichen sowie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät.

558 Hünemörder, Umweltpolitik (2004).

559 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 65, Typoskript „Hochschulreviere, Lehrreviere, Lehrbetriebe"; ohne Ort und Datum.

kultät der Universität Göttingen auf hessischem Gebiet (Forstamt Oedelsheim) heißt es, das Lehrforstamt solle seinem Leiter sowie mit dessen Einvernehmen den übrigen Lehrkräften der Fakultät Gelegenheit zu Beobachtungen und Versuchen geben. Außerdem sei den Studenten selbstständige wissenschaftliche Arbeit zu ermöglichen und die jagdliche Ausbildung zu fördern.[560] In der undatierten Abschrift einer „Vereinbarung über die Stellung des Lehrforstamtes Oedelsheim der Forstlichen Fakultät der Georg-August-Universität in Göttingen" ist im Unterschied zu dem oben erwähnten Entwurf allerdings davon die Rede, dass hauptamtlichen Professoren im Lehrforstamt Gelegenheit zu Beobachtungen und Versuchen gegeben werden solle, während das Revier den [übrigen] Lehrkräften [lediglich] als Beobachtungsobjekt diene und für Übungen und Lehrwanderungen zur Verfügung stehe. Die zwischen der Forstlichen Fakultät, dem Niedersächsischen Landwirtschafts- sowie dem Kultusminister getroffene Vereinbarung über die Lehrforstämter Kattenbühl, Escherode und Bramwald wiederum räumte den Lehrkräften in den Lehrrevieren neben Beobachtungen auch Versuche ein. Diese Reviere hätten „als Stätten der Forschung einen den Instituten der Fakultät ähnlichen Charakter". Krahl-Urban, Leiter des Lehrforstamts Bramwald, brachte in einem Schreiben an Olberg in Oedelsheim vom 18. Februar 1953 in Vorschlag, „den Lehrrevieren Institutscharakter zu verleihen".[561]



Abb. 59: Joachim Krahl-Urban (1901-1971) (Quelle: Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen; Repro Wolfgang Tambour).

5.2.13 Forstliche Versuchsanstalten

Im Jahr 1868 ebnete die 26. Versammlung Deutscher Land- und Forstwirte zu Wien den Weg zur Errichtung forstlicher Versuchsanstalten. Gustav Heyer, ‚Gründungsdirektor' der Mündener Forstakademie, sprach sich allerdings dagegen aus, das Versuchswesen mit den Forstlehranstalten zu verbinden. Ursprünglich war geplant, bei jeder der beiden preußischen Forstakademien eine Versuchsanstalt zu errichten. Dass dies in Münden nicht geschah, hielt der preußische Regierungs- und Forstrat Otto von Bentheim für einen schwerwiegenden Fehler. „Wir Heutigen", kommentierte 1939 auch Gustav Baader, „können die Stellungnahme von Heyer in dieser Frage nur bedauern, denn die vollkommene Abtrennung der Forstlichen Hochschule Hann.-Münden vom forstlichen Versuchswesen war zweifellos ein schwerer Nachteil für unsere Hochschule."[562] Münden blieb in dieser Hinsicht als einzige forstliche Lehrstätte ohne eine direkt angeschlossene Versuchsanstalt. Die Dinge änderten sich erst mit der Errichtung der Niedersächsischen Forst-

560 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 65, Wittich am 28. Mai 1955 an den Landforstmeister in Kassel.

561 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 65, „Vereinbarung über die Stellung des Lehrforstamtes Oedelsheim der Forstlichen Fakultät der Georg-August-Universität in Göttingen"; ohne Datum.

562 Baader, Forstwissenschaft (1939, S. 44 f.); Bentheim, Anregungen (1901, S. 170).

lichen Versuchsanstalt 1950 in Göttingen. Sie war zunächst lediglich auf den Gebieten der Ertragskunde und der Forstschädlingsbekämpfung aktiv. 1963 kam die Abteilung für Forstpflanzenzüchtung hinzu. Eine enge Kooperation bestand auch mit dem Institut für Forstpflanzenkrankheiten der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft sowie mit dem Hessischen Institut für Forstpflanzenzüchtung und dem angegliederten Deutschen Pappelinstitut.[563] Hier ist von Interesse, dass die Fakultät die Nachfolge des Waldbauers Julius Oelkers zum Anlass nahm, für den Fall, dass Eilhard Wiedemann berufen würde, die Angliederung einer Versuchsanstalt an die Fakultät zu fordern.[564] Bekanntlich kam es dann nicht zu einer solchen Konstellation.

Das planmäßige Versuchswesen, heißt es in der Denkschrift zur Einrichtung des forstlichen Versuchswesens in Preußen von 1870, müsse der „speculative[n] Theorie“ und der „einseitige[n] Erfahrung“ als Richtschnur der Wirtschaft im Walde ein Ende setzen. Es sollte dabei in erster Linie um die Erforschung des Einflusses von Boden und Klima auf den Wald gehen. Otto von Bentheim kritisierte, dass namentlich bei den Durchforstungsversuchen und in der Ertragstafelforschung die Wechselbeziehung zwischen Boden und Bestand zu wenig berücksichtigt worden seien.[565] Die 1871 in Eberswalde gegründete Hauptstation für das forstliche Versuchswesen in Preußen bildete mit ihrer forsttechnischen, meteorologischen, pflanzenphysiologischen, mykologischen, zoologischen und bodenkundlich-chemischen Abteilung recht gut das Spektrum derjenigen Fächer und Disziplinen ab, die aus Sicht der Forstverwaltung für essentiell gehalten wurden, um die Forstwirtschaft voranzubringen.[566] Das forstliche Versuchswesen hatte, wie Mantel (1956) resümierend feststellte, den forstlichen Erfahrungen und Deutungen „nach Gefühl, Geschmack und Laune“ die Ergebnisse exakter Untersuchungen entgegenzustellen.[567] Die Einrichtung in Eberswalde übrigens sollte grundsätzlich auch von den Mündener Kollegen in Anspruch genommen werden können, von den Untersuchungen abgesehen, welche die Versuchsanstalt in westdeutschen Revieren wie Erdmannshausen oder im nordwestdeutschen Heidegebiet durchführte. Hinsichtlich der Auswirkungen von Durchforstungen auf die Holzqualität arbeitete sie mit Hans Mayer-Wegelin aus Münden zusammen.[568]

Der Preußische Landtag fasste gemäß einer Mitteilung des Landwirtschaftsministers vom 4. September 1925 den bemerkenswerten Beschluss, das Staatsministerium zu einer Reform des forstlichen Versuchswesens aufzufordern. Es müsse darum gehen, das Versuchswesen unter einheitlicher Leitung zusammenzufassen und auszubauen und die Forstakademie Münden, die bisher ohne Waldbauinstitut sei, mit zu bedenken. Dabei würden neben den forstlichen Fächern auch die Grundlagenfächer zu berücksichtigen sein.[569] Für die Mündener Hochschule äußerte sich Oelkers gutachtlich zu den Anträgen des Landtags. Oelkers sparte bei dieser Gelegenheit nicht mit Kritik an der in Eberswalde bestehenden Versuchsanstalt, indem er ihr zum Beispiel vorhielt, die wissenschaftlichen Interessen der Mündener Hochschullehrer zu vernachlässigen. „Wir merken hier kaum etwas von der Tätigkeit derselben in den uns [Hervorhebung im Orig.] interessierenden Fragen.“ Er kritisierte außerdem, dass der Mündener Vertreter der Ertragskunde seinerzeit von der Bearbeitung der westlichen Ertragsprobeflächen ausgeschlossen war. „Also: − fort mit der besonderen Versuchsanstalt in Eberswalde und Verteilung deren Aufgaben auf sämtliche Professoren der beiden [Hervorhebung im Orig.] Hochschulen!“ Von einer solchen Lösung versprach sich Oelkers offenbar auch vermehrte Gelegenheiten zu fächerübergreifender Zusammen-

563 Schmidt, Bedeutung (1968, S. 268).

564 AFFGÖ, Protokolle der Fakultätssitzungen, Sitzung vom 3. Februar 1947.

565 Bentheim, Anregungen (1901, S. 62-62 [Zitate S. 62]).

566 URL http://blha-recherche.brandenburg.de/detail.aspx?ID=49179; Abfrage v. 20. Juli 2021; Hackerott, Institut für Forsteinrichtung (1979, S. 33).
Forstmeteorologische Versuchsstationen gibt es in Sachsen seit 1862/63 (vgl. Mantel, Entwicklung, 1956, S. 479).

567 Mantel, Entwicklung (1956, S. 480).

568 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 221, Jahresbericht 1931 der Preußischen Forstlichen Versuchsanstalt Eberswalde vom 13. Januar 1932.

569 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 191, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 4. September 1925 an die Mündener Forsthochschule.

arbeit. Die sogenannten Hilfswissenschaften jedoch wollte er durchaus in ihre durch forstliche Anwendungen gesetzten Grenzen gewiesen wissen. Zu den reichlich vorhandenen, durch das forstliche Versuchswesen zu beantwortenden Fragen übrigens zählte Oelkers auf dem Feld der Mykologie neben der Mykorrhiza auch die „[b]odenpflegende Wirkung der die Holzart begleitenden Pilze. In der Bodenkunde stehe fast jede Frage in den Anfängen. Mit warmen Worten empfahl Oelkers einmal mehr die Einrichtung eines mit dem erforderlichen Personal ausgestatteten Waldbauinstituts in Münden. Denn das in Eberswalde bestehende Waldbauinstitut sei weder zeitlich noch räumlich in der Lage, „Fragen des Westens wissenschaftlich zu bearbeiten". Das forstliche Versuchswesen insgesamt allerdings brauche in allererster Linie: „Mehr Geld!"[570]

Wie der Preußische Landwirtschaftsminister dann am 1. Dezember 1926 mitteilte, arbeitete er an einer Reform des preußischen Versuchswesens, dessen Ergebnis die Satzung der Forstlichen Versuchsanstalt in Eberswalde vom 15. Oktober 1928 darstellte.[571] Die Aufgaben der Forstlichen Versuchsanstalt würden sich künftig hauptsächlich auf langfristige Untersuchungen zu beschränken haben, und zwar auf waldbaulich-bodenkundlichem sowie auf ertragskundlichem Gebiet. Insofern sollten Untersuchungen von kürzerer Dauer nach wie vor von den Leitern der Hochschulinstitute durchgeführt werden. Der Minister setzte als selbstverständlich voraus, „daß alle Institute an beiden forstlichen Hochschulen an den Aufgaben des forstlichen Versuchswesens mitarbeiten. Damit wird auch die gebotene gegenseitige Anregung von Lehre und Forschung gegeben."[572] Den eigentlichen Grund für die Einlassungen des Ministers jedoch stellten die besorgniserregenden Waldschäden durch Insekten dar. So war die Rede von „der großen Eulenfraßkalamität der letzten Jahre", deren Verlauf von der Forstlichen Versuchsanstalt gründlich dokumentiert werden sollte. Hierzu konnten nicht nur die betroffenen Forstverwaltungen, sondern auch Professoren herangezogen werden, die bereits einschlägig gearbeitet hatten. Besondere Aufmerksamkeit war außerdem den Versuchen zur Wiederaufforstung der nach dem Fraß abgetriebenen Waldflächen zu schenken.[573]

Eine weitere Episode in den konflikthaften Beziehungen zwischen den Forstlichen Hochschulen in Münden und Eberswalde bildete die Errichtung eines Holzforschungsinstituts in Eberswalde. Als Pläne dazu bekannt geworden waren, entwarf der Bund der Freunde und Förderer der Forstlichen Hochschule zu Münden im März 1928 eine ausführliche Gegenvorstellung, die an Minister Steiger adressiert war und mutmaßlich von dem damaligen Rektor Oelkers konzipiert bzw. verfasst wurde, dann jedoch nicht zur Auslieferung gelangt ist. Weil die in dem Memorandum enthaltene Argumentation Grundsätzliches auch über die von der Mündener Hochschule verfolgte Forschungsstrategie aussagt, sollen hier daraus einige Aspekte zur Sprache kommen. Der Bund musste wenig überraschend in den fraglichen Plänen eine erhebliche und dazu unbegründete Benachteiligung Mündens gegenüber Eberswalde erblicken. Er machte geltend, dass Münden doch seit Jahrzehnten von Studenten wesentlich stärker angenommen würde als Eberswalde. Doch wichtiger noch, seit den durch den Kriegsausgang bedingten Gebietsabtretungen ruhe „der Schwerpunkt der Holzerzeugung auf denjenigen Gebieten Preußens […], deren Erforschung der Forstlichen Hochschule Hann. Münden obliegt". Im Einzelnen wurde ausgeführt, dass die geplante Mykologische Abteilung aufgrund des von Falck seit langem erfolgreich geleiteten und gut vernetzten Mykologischen Instituts in Münden überflüssig wäre. Dagegen erscheine es doch wesentlich sinnvoller, vor allem billiger zu sein, Falcks Institut erforderlichenfalls auszubauen. Es sei auch sonst nicht einzusehen, dass das neue Großinstitut Aufgaben übernehmen solle, für die es bereits sowohl in Münden als auch in Eberswalde Lehrstühle und Institute gebe.

570 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 191, Stellungnahme von Oelkers über das forstliche Versuchswesen Preußens vom 26. September 1925, fol. 93-104.

571 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 198, Satzung der Forstlichen Versuchsanstalt in Eberswalde vom 15. Oktober 1928.

572 Münden schlug dem Minister vor, Julius Oelkers als Vertreter für das waldbaulich-bodenkundliche Gebiet sowie Ernst Gehrhardt für die Ertragskunde zu bestimmen (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 198, Der Mündener Rektor am 31. Januar 1927 an den Preußischen Landwirtschaftsminister).

573 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 198, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 1. Dezember 1926 unter anderem an die Mündener Forsthochschule.

Zusammenfassend wurde es aus der Sicht des Bundes für das Beste gehalten, wenn Forscher und Institute *beider* Forsthochschulen mit Aufgaben betraut würden, wie sie von dem Holzforschungsinstitut übernommen werden sollten. Der Minister jedoch ging einen anderen Weg, das Institut wurde errichtet.[574]

Die Forschung der forstlichen Versuchsanstalten war weisungsgebunden. Später wurde angestrebt, die wissenschaftlichen Aktivitäten der einzelnen bundesdeutschen Versuchsanstalten aufeinander abzustimmen, auch, um unerwünschte Doppelarbeit zu vermeiden. Hierzu wurden Arbeitsgruppen ins Leben gerufen und Arbeitsschwerpunkte gebildet.[575]

5.2.14 Hermann-Göring-Akademie der deutschen Forstwissenschaft

Als die Forstabteilung der Universität Gießen 1938 zugunsten der Mündener Forstfakultät aufgehoben wurde, übernahm die Fakultät neben der Tradition mit Gustav Baader auch ihren exponiertesten wissenschaftlichen Vertreter. Baader war kaum von Gießen nach Hann. Münden gewechselt, da wurde ihm bereits die Präsidentschaft über die neugegründete Hermann-Göring-Akademie der deutschen Forstwissenschaft angetragen. Im Unterschied zu den im Reich bereits bestehenden universitären und außeruniversitären Einrichtungen betrieb sie keine eigene Forschung. Das Reichsforstamt nahm Einfluss auf die Zusammensetzung der Akademie sowie auf die von ihr zu behandelnden Themen. Der Präsident und sein Stellvertreter übten ‚hinter den Kulissen' ihrerseits Macht aus, indem sie etwa über die auf den Tagungen zu haltenden Referate entschieden. Alfred Dengler aus Eberswalde, der offenbar von Beginn an als Vizepräsident wirkte, kam dabei, wie auch die folgenden Ausführungen zeigen, eine wichtige Rolle zu.



Abb. 60: Gustav Baader (1878-1958) (Quelle: Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen; Repro Wolfgang Tambour).

Mit Runderlass des Reichsforstmeisters vom 24. Juni 1939 wurde die Hermann-Göring-Akademie der deutschen Forstwissenschaft ins Leben gerufen.[576] Die deutsche Forstwirtschaft, heißt es dort, verdanke ihre Leistungsfähigkeit der deutschen Forstwissenschaft, „die das geistige Rüstzeug schmiedet, das zur bestmöglichen Steuerung, Steigerung und Nutzung der Naturkräfte im Walde nötig ist". In diesem Sinne hatte die Hermann-Göring-Akademie satzungsgemäß „durch selbständige Forschungen ihrer Mitglieder und durch Anregung und Unterstützung fremder Forschungen"

574 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 192, Der Bund der Freunde und Förderer etc. im März 1928 an Landwirtschaftsminister Steiger [nicht abgesandt], Stück 105.

575 Vgl. NLA HA, Nds. 600 Acc. 37/97 Nr. 941, [Dienstbesprechung der Forschungsreferenten und Leiter der forstlichen Versuchsanstalten über die Koordinierung der weisungsgebundenen forstlichen Forschung, 1978-1989].

576 Noch am 21. Juni 1939 hatte Gustav Baader dem Göttinger Gaudozentenbundsführer Schürmann geschrieben, dass die Gründung der Akademie in letzter Instanz beim Reichswissenschaftsminister auf Schwierigkeiten gestoßen sei, weil dieser grundsätzlich Vorbehalte gegen die Neugründung von Akademien hege (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 377, Baader am 21. Juni 1939 an Schürmann).

die deutsche Forstwissenschaft zu fördern. Die Beziehungen „zur Forstwissenschaft anderer Länder“ sollten gepflegt werden (§ 1). Die Zahl der ordentlichen Mitglieder war auf 25 begrenzt (§ 2). Für eine „enge Verbindung zwischen Staatsführung und Akademie“ sorgte das Kuratorium (§ 10). Mindestens zweimal im Jahr dienten, so sah es die Satzung vor, wissenschaftliche Tagungen „der Vertiefung und Förderung der wissenschaftlichen Arbeit“ (§ 14).[577]

Die Aufgabe der Hermann-Göring-Akademie der deutschen Forstwissenschaft bestand somit im Wesentlichen darin, einen Zusammenschluss der Forst- und Holzforscher herbeizuführen, Forschungen zu initiieren sowie wissenschaftliche Kontakte ins Ausland anzubahnen.[578] Zu diesem Zweck führte die Akademie Vortragsveranstaltungen durch und gab die „Mitteilungen der Hermann-Göring-Akademie der deutschen Forstwissenschaft“ heraus.

Der Reichsforstmeister ernannte durch Erlass vom 16. September 1939 Gustav Baader in Münden für die Dauer von fünf Jahren zum Präsidenten der Akademie.[579] Die Berufung zum ordentlichen Mitglied bedurfte des Einvernehmens des Präsidenten mit dem Senat sowie der Zustimmung des Reichsforstmeisters und des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Sie stelle die höchste Ehrung dar, „die ein Vertreter der deutschen Forstwissenschaft erfahren kann“.[580] In den Senat wurden berufen die Professoren Abetz (Freiburg), Aichinger (Wien), Dengler (Eberswalde), Dieterich (München), Eberts (Berlin), Heske (Tharandt), Köstler (Berlin), Zwölfer (München). Als weiteres Mitglied stand Professor Münch (München) bzw. Professor Huber (Tharandt) in Aussicht. Demnach war, mit Ausnahme Baaders, kein weiterer Mündener im Senat vertreten.[581]

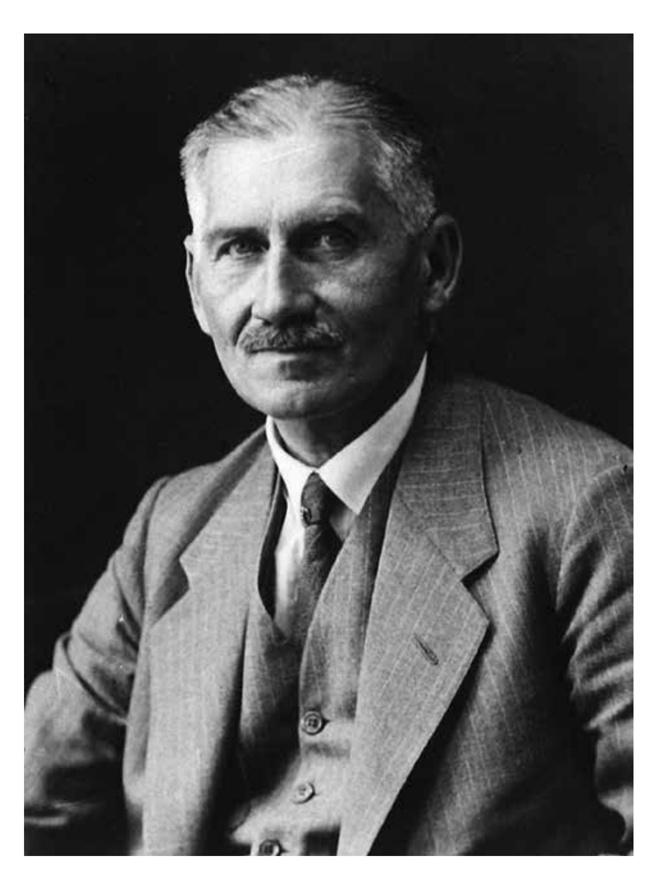


Abb. 61: Alfred Dengler (1874-1944) (Quelle: Bibliothek der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, V2/702/I).

Alfred Dengler scheint, solange die Akademie existierte, als stellvertretender Präsident fungiert zu haben. Er betonte, den größten Wert auf strenge Wissenschaftlichkeit der Akademie und ihrer Mitglieder zu legen. So äußerte er ernste Kritik an den Vorträgen, die für die erste Arbeitstagung der Akademie in Salzburg angemeldet wurden. Er hielt sie für „mehr oder minder kompilatorisch“, ohne die Ergebnisse eigener Forschung zu präsentieren. Und er warnte: „Wir werden sehr darauf halten müssen, daß der Forschungsgedanke hoch und streng festgehalten wird und die Vorträge und Berichte nicht auf das Niveau von Forstvereinsversammlungen abgedrängt werden, womit ich nicht sagen will, daß diese an sich minderwertig wären. Aber wir sollen u[nd] wollen eben doch rein wissenschaftlich sein u[nd] bleiben!“ Er unterstrich noch, wie wichtig

577 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16568, „Gründung der Hermann-Göring-Akademie der Deutschen Forstwissenschaft“ (Runderlass des Reichsforstmeisters vom 24. Juni 1939).

578 Vgl. dies im Wortlaut bei Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 298).

579 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 1, Baader am 21. September 1939 an Dengler.

580 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 1, Baader am 9. Mai 1940 an Oberforstmeister a. D. Seeholzer, Lohr am Main.

581 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 1, Dengler an die Mitglieder des Senats der Akademie am 6. März 1940.



Abb. 62: „Polnische Ödlands[-]Aufforstungen bei Zichenau" [polnisch Ciechanów], 1942 (Quelle: SUBGÖ, Bereichsbibliothek Forstwissenschaften, Fotoalbum unbekannter Herkunft; Repro Christian von Schnehen-Ahrens, 2022).

ihm gerade auch im Waldbau exakte Forschung war.[582] Generalforstmeister Alpers soll dann den Wunsch geäußert haben, dass auf der nächsten Tagung der Akademie das Thema Neuaufforstung wissenschaftlich behandelt würde, und zwar besonders vor dem Hintergrund der im „Ostgebiet" geplanten umfangreichen Aufforstungen (2 Mio. ha). Hierbei spielten auch Forstschutzprobleme eine Rolle.[583] Der Forstzoologe Erwin Schimitschek übrigens hatte Baader im August 1940 geschrieben, dass bei der Bekämpfung des Kiefernspanners im westslowakischen Kieferngebiet die „Gegenpropaganda" das Gerücht gestreut habe, „dass wir hier neue Kampfstoffe, die fuer den Einsatz in England bestimmt seien, versuchen". „Wir mussten daher auch in der Presse energisch gegen diese juedische Hetze Stellung nehmen."[584]

Die kommende wissenschaftliche Tagung würde damit vor allem der „Behandlung von Ostfragen und gegenwartsnahen und kriegswichtigen Problemen" zu widmen sein. Dazu hatte Baader am 17. Juni 1942 Schimitschek bereits mitgeteilt, dass namentlich die „Wiederbewaldung der Ostgebiete bzw. des Generalgouvernements" diskutiert werden sollte. Mit Schreiben vom 21. Mai 1942 schlug Dengler vor, auf der im Herbst 1942 geplanten Vortragsveranstaltung ein Referat zum Thema „Baumrassenprobleme für den Ostraum" zu halten.[585]

582 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 1, Dengler an Baader am 16. Juni 1940.

583 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 1, Baader am 31. März 1941 an Schimitschek, Wien.

584 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 1, Schimitschek am 19. August 1940 an Baader.

585 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 1, Dengler am 21. Mai 1942 an Baader, Hann. Münden; a.a.O., Baader am 29. Juni 1942 an Deng-

Für die vermutlich im Herbst 1943 vorgesehene Tagung soll Alpers „das allergrößte Gewicht darauf" gelegt haben, „das Gesamtproblem der Überhiebe von der wissenschaftlichen Seite her durch die Hermann-Göring-Akademie behandelt zu sehen".[586] In diesem Zusammenhang äußerte Dengler die Überzeugung, dass wissenschaftliche Forschung „nichts Durchgreifendes und vor allen Dingen nichts rasch Wirksames" gegen die Schädlichkeit der Überhiebe zu bewirken in der Lage sei. Mehr noch, die zur Diskussion stehenden waldbaulichen Optionen wie „Übergang zu einer intensiveren Bestandespflege, zum Lichtwuchsbetrieb" oder der Anbau raschwüchsiger Baumarten wären hinsichtlich ihrer Ertragswirkungen bereits eingehend untersucht und dargestellt worden. „Das Beste und Sicherste, was es in diesen Fragen gibt, sind doch wohl die Ergebnisse der langfristigen Durchforstungs- und Lichtungsversuchsflächen der Preussischen Versuchsanstalt und ihre Auswertung durch die neueren Veröffentlichungen von Wiedemann. Wir können daraus nur entnehmen, […], wie wenig Einfluss die verschiedenen Methoden auf eine fühlbare Steigerung der Erträge haben." „Ich möchte daher warnen", fuhr Dengler fort, „dass wir uns in der Arbeit der Akademie durch die gegenwärtige Notlage des Waldes von wirklich fruchtbaren Forschungsaufgaben abdrängen lassen". Übrigens hielt der Mündener Forstforscher Hans Mayer-Wegelin auf der fraglichen Veranstaltung offenbar ein Referat über Aufforstungen oder Aufforstungsvorhaben in „Südrußland".[587]

In seinem als „Vertraulich!" gekennzeichneten Antwortschreiben an Dengler räumte Baader ein, dass er, um Ungemach für sich und die Akademie abzuwenden, die Forderung des Generalforstmeisters, die Frage der „Mehrnutzung" von der Akademie behandeln zu lassen, nicht habe zurückweisen können. Anders als Dengler vertrat Baader jedoch die Auffassung, dass die Überhiebe die Forstforschung, zumindest in Teilbereichen, vor bis dahin nicht gekannte Probleme stellte. Er führte als Beispiele die Forstpolitik, die Betriebswirtschaftslehre und die Forsteinrichtung an. Von der Waldbautechnik oder der Ertragskunde indes könne eine Abwendung des Unheils, das sich aus den Mehrnutzungen unweigerlich ergebe, nicht erwartet werden. Baader gab gleichwohl die Hoffnung nicht auf, dass die Akademie ihren Anteil daran haben werde, „die Absichten des Reichsforstamtes, die für den deutschen Wald und das deutsche Volk zum Nachteil gereichen werden, abzuwenden bzw. abzuschwächen, und damit hätte die Hermann-Göring-Akademie dem deutschen Volk und dem deutschen Wald einen Dienst erwiesen. Heil Hitler!"[588]

Später schrieb Baader an Dengler, dass die Tagung der Akademie in Wien „in jeder Hinsicht ein Versager und eine schwere Belastung für die Akademie" gewesen sei. Berlin habe den gesamten Rahmen vorgeschrieben, so dass zwischen ihm, Baader, und dem Reichsforstamt ernste Verstimmungen entstanden seien.[589]

Soweit erkennbar, verfolgte die Hermann-Göring-Akademie eine forstwissenschaftliche Linie. Bei der Frage der sogenannten Ostaufforstungen blieben Aspekte wie die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung von in Aussicht genommenen Flächen außer Betracht. Der wissenschaftliche Diskurs scheint im Wesentlichen nicht gesteuert worden zu sein, von der

ler, Eberswalde; a.a.O., Baader am 2. Juli 1942 an Schimitschek, Wien.
Dengler hatte, offenbar als Reaktion auf einen von Konrad Rubner gehaltenen Vortrag, auf ein großes Aufforstungsprogramm im Osten, namentlich im ehemaligen Polen, Bezug genommen. Wir erfahren, dass Dengler mehrfach in Polen gewesen ist. Er sprach sich dort für Provenienzversuche aus, um Rückschläge bei den Aufforstungen zu vermeiden (a.a.O., Typoskript „IV. Vortrag Rubner, 1.) Aussprache Dengler" mit handschriftlichen Ergänzungen Denglers; ohne Ort und Datum).
Denglers Anmerkungen zu auf den Tagungen der Akademie gehaltenen Vorträgen erscheinen stets substantiell, fallweise kritisch und bereichernd auch deshalb, weil er gelegentlich auf Desiderate der Forschung aufmerksam machte. Er legte dabei eine strenge Sachlichkeit und Wissenschaftlichkeit an den Tag, auch wenn diese Denglers Teilnahme an den gewaltträchtigen Plänen zur „Wiederbewaldung des Ostens" nicht zu relativieren vermögen.

586 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 1, Baader am 7. Mai 1943 an Oberforstmeister a. D. [Maximilian] Seeholzer, Aschaffenburg.

587 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 1, Dengler, Eberswalde, am 21. Mai 1943 an die Hermann-Göring-Akademie in Münden; a.a.O., Typoskript „II. Vortrag Mayer-Wegelin, 1.) Aussprache Dengler" mit handschriftlichen Ergänzungen Denglers; ohne Ort und Datum.

588 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 1, Baader am 11. Juni 1943 an Dengler.

589 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 1, Baader am 3. April 1944 an Dengler.

jeweiligen Themenstellung und der Auswahl der Redner und Referate selbstverständlich abgesehen. Wer zum Mitglied der Akademie erkoren wurde, war zur Mitarbeit verpflichtet. Andererseits konnte die Arbeit der Akademie, wie es Baader sah, auch dazu genutzt werden, die Politik des Reichsforstamts zu korrigieren. Hier ist jedoch nicht zu übersehen, dass in den Kriegszeiten nicht etwa ungeklärte wissenschaftliche Fragen das Hauptproblem der Kriegsforstwirtschaft darstellten, sondern der Einschlag (wesentlich durch Kriegsgefangene und andere Zwangsarbeiter) sowie der Transport des Holzes.

Dengler erscheint in dem Briefwechsel mit Baader als Verfechter einer möglichst exakten, wissenschaftlichen Forstforschung und damit zugleich als Streiter gegen dogmatische Positionen, die einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht zugänglich sind. Erklären lassen sich die zuletzt erwähnten Standpunkte und Überzeugungen, wie oben bereits angeschnitten, unter anderem damit, dass die Wirtschafter in ihren Betrieben zu nicht selten ganz eigentümlichen, individuellen Beobachtungen und Deutungen der Waldentwicklung und der Wirkungen waldbaulicher Maßnahmen kommen und dazu neigen, den eigenen Erfahrungen eine gewisse Regelhaftigkeit oder gar Gesetzmäßigkeit beizulegen und diese in die Diskurse entsprechend einzubringen. Ein Forum hierfür waren (und sind) die Forstvereinsversammlungen.

Einige Praktiker neigten deshalb dazu, die eigenen, als richtig erkannten Lehren mit bestimmter Hartnäckigkeit und Schärfe zu vertreten und zu verteidigen. Einer wissenschaftlichen Überprüfung waren solche Hypothesen, wie gesagt, häufig gar nicht zugänglich. Die Lehrreviere und vor allem die Untersuchungsflächen der forstlichen Versuchsanstalten boten hierfür viel bessere Voraussetzungen, sofern eine Betreuung langfristig gewährleistet war. Einzelbäume und Bestände lassen sich als Archive der zurückliegenden standörtlichen und waldbaulichen Entwicklung auffassen und nutzen.

Baader erklärte später, als er nach seinen Beziehungen zur Hermann-Göring-Akademie befragt wurde, dass besonders Köstler bei der Entstehung der Akademie beteiligt gewesen sei. Ursprünglich war demnach geplant, sie nach Georg Ludwig Hartig oder Johann Christian Hundeshagen zu benennen. Im Jahr 1943 hatte die Akademie 5 Ehrenmitglieder, 27 ordentliche Mitglieder und 18 korrespondierende Mitglieder. Bei den Berufungen seien „parteipolitische Momente", wie Baader behauptete, schroff abgelehnt worden. Als Zeugen benannte er neben Victor Dieterich, München, und Carl Alwin Schenck, Wiesbaden, auch Heinrich Süchting aus Münden.[590]

590 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 191, Gustav Baader am 19. Februar 1946 über die Hermann-Göring-Akademie der deutschen Forstwissenschaft.

6 Steuerung der Forschung durch Praxis, Wissenschaftsbetrieb, Politik und Gesellschaft

6.1 Primat der Biologie

An den Beispielen der forstlichen Standortskunde, Ertragslehre oder Entomologie lässt sich, nicht nur für Münden, zeigen, wie früh die Forstforscher Umweltbedingungen wahrnahmen und zu untersuchen begannen, von denen sie annahmen oder wussten, dass sie einen Einfluss auf das Wachstum und die Gesundheit von Bäumen und Waldbeständen hatten. Bereits im 18. Jahrhundert, als die Fichtenforsten des Oberharzes von teilweise verheerenden Borkenkäferkalamitäten heimgesucht wurden, erhielten die örtlichen Forstbediensteten den Auftrag, durch Versuche die Biologie der Käfer zu erforschen und auf dieser Grundlage Möglichkeiten ihrer Bekämpfung zu entwickeln.[591] Bei dem Mykologen Richard Falck prägte sich ökologisches Denken bei der Erforschung von Infektionswegen der in Land- und Forstwirtschaft schädlichen Pilze besonders stark aus. Die Anhänger des Dauerwaldes trugen dann mit ihren Vorstellungen von der Wesenhaftigkeit des Waldes dazu bei, dass die Forstwissenschaft Anschluss fand an gesellschaftliche, gelehrte Diskurse, die seinerzeit ebenfalls von organismischen Ideologemen getragen oder beeinflusst waren.[592]

Mit Versatzstücken der hier nur kurz skizzierten Gedankenwelt korrespondierte das nationalsozialistische Konstrukt von „Blut und Boden“. Es behauptete die Prägung des Menschen als „Rasse“ durch die Bedingungen seiner natürlichen Umwelt. Wessen Wiege, wie die Verfechter des Konstrukts vorgaben, in einem Urwald gestanden habe, wer folglich sich seinen Weg durch Kampf gegen Urgewalten habe bahnen müssen, der sei nicht nur auf immer mit einer solchen Umwelt verbunden – er zeige sich auch anderen Völkern überlegen, die, wie vorgeblich die Slawen, der Steppe entstammten.[593]

591 Vgl. Steinsiek, Nachhaltigkeit (1999, S. 163).

592 Der deutsche Philosoph, Pädagoge und Psychologe Eduard Spranger (1882-1963) soll sich in den 1920er Jahren in seinen Vorlesungen mit dem Möllerschen Dauerwaldgedanken auseinandergesetzt haben. Es lässt sich zeigen, dass neben Spranger auch Wilhelm Flitner und andere namhafte Vertreter geisteswissenschaftlicher Disziplinen Organismusvorstellungen huldigten. Auch Goethe, wusste Spranger, habe den Topos einer „universalen Harmonie“ vertreten und das Trennen und Zählen in der Natur verabscheut. Spranger war mit dem von Karl August Möbius (1825-1908) und Friedrich Junge (1832-1905) bekannt gemachten Begriff der Lebensgemeinschaften vertraut und sah Beziehungen zwischen „Allnatur“, Individuum und „Volkstum“. Dieses Prinzip konkurrierte mit „reduktionistisch-individualistischen“, also naturwissenschaftlichen Lehren über das Sein der Welt (vgl. dazu etwas eingehender Steinsiek, Forst- und Holzforschung, 2008, S. 217 ff.).

593 Juden und Slawen, behaupteten die Nationalsozialisten, fehle eine Wald- und Naturgesinnung, weil sie angeblich, als Folge einer „ausweichlerischen“ Lebensweise, kein Heimat- und Naturgefühl würden entwickeln können. Daraus resultiere die Überlegenheit der deutschen Rassen. Nach dieser absurden Auffassung lag Natur den Deutschen buchstäblich „im Blut“ (vgl. Steinsiek, Biologisierung, 2006, S. 158).

Es ist auch in unserem Zusammenhang von einigem Interesse, wie stark besonders nach 1933 in Deutschland Politik und Gesellschaft von der Überzeugung durchdrungen waren, Denken und Handeln an den „Gesetzen der Natur" zu orientieren. Ein besonderes Augenmerk richtete sich auf die Neugestaltung des allgemein bildenden Schulunterrichts und hier auf den „neuen" Biologieunterricht. Denn dieser erhalte vor allem „die verantwortungsvolle Aufgabe, die Erziehung der deutschen Jugend zur natürlichen [!] Weltanschauung und des völkischen Realismus kraftvoll und ausreichend zu unterbauen". „Da nun bei der Aufstellung des nationalsozialistischen Programms biologisches Gedankengut vielfach richtunggebend gewesen ist, so ist es verständlich, dass dieser Wissenschaft der Hauptteil an der neuen schulischen Erziehung der Jugend verbleibt". Die Biologie sei neben Religion, Geschichte und Deutsch zum „Grundfach nationalsozialistischer Willensbildung berufen". In ihr finde der Nationalsozialismus seine Begründung, und sie führe „weiter zum Verständnis und zur Anerkennung des Führerprinzips". „Das organische Denken, d. h. die ganzheitliche Erfassung der Lebenserscheinungen und Lebensgesetze ist das Rückgrat der nationalsozialistischen Weltanschauung", heißt es bereits in einer Mitteilung der Lübecker Oberschulbehörde vom August 1933. Wie keine andere Wissenschaft decke die Biologie „den Gleichklang zwischen dem göttlichen Willen und den Gesetzen der Natur" auf, sie wirke damit letzten Ende „harmonisierend".[594]

Wenn, wie sich darlegen lässt, der Biologismus Eingang fand nicht nur in die Lehrpläne der Schulen, sondern auch in die außerschulische Erziehung der Kinder und Jugendlichen, vom „Jungvolk" bis zum „Arbeitsdienst", und überdies durch Liedgut und Anleitungen zum Spielen und Basteln in die Familien selbst, dann sollte bedacht werden, dass es in letzter Konsequenz nicht darum ging, die Natur zu heiligen, sondern die deutschen Rassen als ihr Geschöpf zu inszenieren.

Analogien wurden behauptet zwischen den Lebensgemeinschaften von Pflanzen und Tieren sowie menschlichen Gesellschaften, und im „Kampf ums Dasein" schienen ständische Lebensformen, wie sie den Wäldern zugeschrieben und vom Nationalsozialismus umgesetzt wurden, am ehesten geeignet, die „natürliche Ordnung" zu wahren. Vor solchem Hintergrund standen Wald und Forstwirtschaft im „Dritten Reich" vergleichsweise gut da. Auch der frühe Erlass von Natur- und Tierschutzgesetzen (1935 bzw. 1934) schien die Verbundenheit des deutschen Menschen mit der Natur und ihren Geschöpfen unter Beweis zu stellen. In der Forstwirtschaft korrespondierte die sogenannte Dauerwaldwirtschaft – eigentlich Stamm- oder Vorratswirtschaft – besonders auffällig mit dem „ewigen Wald". Sie wurde in weiten Teilen Deutschlands den Forstbetrieben zur Pflicht gemacht. Zwischen 1938 und 1945 nahmen Pflanzensoziologie und Vegetationskunde den vierten Platz in der Rangliste der vom Reichsforschungsrat in der Fachgliederung Forst- und Holzforschung geförderten Arbeitsfelder ein. Platz eins belegten Untersuchungen über Fragen der Holzbearbeitung, während der Forstschutz gegen Tiere an dritter Stelle rangierte.[595]

Nun mischte sich auch völkisches Gedankengut in den Diskurs über den Dauerwald, indem Ratio und Logik als „fremdländisch" galten und deshalb verdächtig waren. Als ästhetischer Gegenentwurf zu den Waldbildern des Bodenreinertrags schien der Dauerwald ganz offenbar dem Primat des Natürlichen viel eher als der Altersklassenwald zu entsprechen. Das Natürliche wurde nicht nur als das Beständige, Wahre und Schöne angesehen, sondern auch als das auf Dauer Leistungsstärkere. Im Dauerwald schienen sich Ästhetik, Ertragskraft und eine nachhaltige Bodenpflege mit der vermeintlich besonderen Affinität der Deutschen zum Wald auf wunderbare Weise Bahn gebrochen zu haben. Dauerwäldler wetteiferten gegen eine Entmythisierung des Waldes durch die sogenannten Rechenkünstler. Die dauerwaldkritische sogenannte Eberswalder Schule mit Wittich, Wiedemann und Dengler wurde als reaktionär und liberalistisch beschimpft, Begriffe übrigens, die von den Nationalsozialisten gern gebraucht wurden, um abseits Stehende zu verunglimpfen. Denglers und besonders Wiedemanns Kritik

594 Vgl. dies mit den Quellenangaben und Literaturhinweisen bei Steinsiek, Biologisierung, 2006, S. 145, et passim.

595 Steinsiek, Forst- und Holzforschung (2008, S. 2, 150 f.).

am Dauerwald zielte auf Irrtümer bei der Ermittlung seiner Leistungen. Vor allem bemängelten sie, dass es noch zu wenig Erfahrung mit dem Dauerwald gebe.[596]

1936 wurde über die Bedeutung des „eisernen Gesetzes des Örtlichen" gestritten. Johannes Weck, ein Befürworter des Dauerwaldes, hielt diesen Begriff für ein bedenkliches Schlagwort, weil es die Unveränderlichkeit des Standortes suggeriere. Wiedemann dagegen verteidigte diesen Grundsatz, da er dem Standort, gerade in seiner Dynamik, den entscheidenden Einfluss auf den Waldbau zubillige. Und Wittich ergänzte, dass es doch die „Eberswalder Schule" gewesen sei, die eine dynamische Betrachtung von Boden und Pflanzengesellschaft begründet habe. 1939, zwei Jahre nach der Waldbau-Wende[597], unternahm dann Hans Lemmel mit der Monographie „Die Organismusidee in Möllers Dauerwaldgedanken" gewissermaßen einen Versuch zur Rettung des Möllerschen Waldbauideals. Einmal mehr erblickte Lemmel in dem Streit zwischen Anhängern und Gegnern des Dauerwaldes vor allem einen grundlegenden Gegensatz unterschiedlicher ‚Weltanschauungen', zwischen einer kausal-mechanischen und einer organischen Auffassung der Welt.

Der Streit jedoch brodelte weiter. 1943 sahen sich Wiedemann und Wittich erneut scharfer Kritik aus den Reihen der Dauerwäldler ausgesetzt. Wieder ging es letztlich um die Frage, ob der Wald als Organismus zu betrachten sei. Konkret stand jetzt das System der preußischen Versuchsflächen auf dem Prüfstand. Rudolph Willy Wobst vertrat die Ansicht, dass der Zuwachs eines Waldes als Komplexwirkung aufgefasst werden müsse und nur am Gesamtorganismus eines Waldwesens untersucht werden könne. Die normale Betriebsklasse bleibe eine reine Konstruktion und habe nichts mit dem wirklichen Wald zu tun. Dessen Funktionsprinzipien, so Wobst weiter, würden sich freilich kaum je messen lassen, wie ohnehin die Wissenschaft vom Leben niemals den Charakter einer exakten Wissenschaft erlangen könne. In mehreren sächsischen Forstämtern war es zur Einrichtung von 60-200 ha großen sogenannten Wirtschaftsversuchsflächen gekommen.

Wittich wiederum argumentierte erwartungsgemäß genau andersherum. Warum, so fragte er, solle der Holzuwachs nur an der Gesamtheit eines Waldes ermittelt werden können? Er plädierte deshalb dafür, „den so ungeheuer verwickelten Fragenkomplex des Waldganzen im Wege des exakten, meßbaren Versuchs in seine Teilfragen aufzuspalten". Dem „exakten Nichtwissen" der Ganzheitlichen, wie es hieß, erteilte er eine deutliche Absage. Der Wald, beteuerte Wiedemann, sei eine Lebensgemeinschaft und eben kein Organismus, wie der menschliche Körper.[598]

Der Dauerwald Möllerscher Prägung und seine zeitweise enorme Popularität auch außerhalb des Forstsektors sind ohne den philosophisch-ideologischen Zeitgeist kaum zu denken. Die Zivilisationskritik der Lebensreformbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte Anhänger in allen gesellschaftlichen Schichten und erfreute sich besonders im Bildungsbürgertum, dem auch die prominentesten Befürworter des Dauerwaldes entstammten, einiger Beliebtheit. Weil sich nun der Dauerwald problemlos den völkischen und sozialbiologistischen Ideologemen des Nationalsozialismus zuordnen ließ, konnte er sich nach 1933 zudem einer breiten politischen Unterstützung erfreuen. Dabei nahmen die Dauerwäldler wie auch die Vertreter der „Eberswalder Schule", soweit sie hier zur Sprache gekommen sind, jeweils für sich in Anspruch, dem „Dritten Reich" und vor allem seiner Kriegswirtschaft in besonderem Maße dienen zu können. Ein Für oder Wider sagte damit keineswegs etwas über die jeweilige

596 Vgl. dies mit den Quellenangaben und Literaturhinweisen bei Steinsiek, Forst- und Holzforschung, 2008, im Kapitel 12 „Streit um den richtigen Wald", S. 197 ff.

597 Gemeint ist der Wechsel im Amt des Staatssekretärs und Preußischen Generalforstmeisters 1937. An die Stelle des Dauerwaldanhängers Walter von Keudell (1884-1973) trat der Braunschweiger Jurist Friedrich Alpers (1901-1944). Alpers hatte sich als fanatischer SS-Führer in Braunschweig durch grausame Brutalität gegen politische Gegner ‚einen Namen gemacht'. Es kam hinzu, dass die bisherige Bewirtschaftungsform in den Forsten vermutlich nicht die Leistungen erbrachte, welche von ihr erwartet wurden. An die Stelle des „naturgemäßen Waldes" trat mit dem programmatischen Waldbauerlass vom 1. Dezember 1937 – „Grundlagen, Zweck und Bedeutung waldbaulicher Planung" – der „naturgemäße Wirtschaftswald" (Steinsiek & Rozsnyay, Grundzüge, 1994, S. 49; Lent, Alpers, 1996, S. 24 f.).

598 Vgl. dies mit den Quellenangaben und Literaturhinweisen bei Steinsiek, Forst- und Holzforschung, 2008, im Kapitel 12 „Streit um den richtigen Wald", S. 197 ff. Der sogenannten Eberswalder Schule um Dengler, Wiedemann und Wittich ging es darum, Komplexität zu reduzieren.

Einstellung zum „Dritten Reich“ aus. Dass so renommierte Fachwissenschaftler wie Dengler, Wiedemann und Wittich immer wieder ihre ablehnenden Ansichten öffentlich äußerten, mag mit darin begründet gewesen sein, dass auch und gerade im Berliner Reichsforstamt die Dauerwaldkontroverse bis zum Schluss lebendig blieb. So musste es ihnen darum gehen, etwaige Zweifel an der Seriosität der eigenen Arbeiten und an der gebotenen Loyalität zu zerstreuen.[599]

Als forstlicher Zeitgenosse hat rückblickend Lukas Leiber darüber geklagt, dass von „fachlich halbgebildeten Fanatikern, Schwadrologen, forstlichen Gesundbetern oder harmlosen Spinnern“ ein heilloses Wirrwarr in die an sich wichtige Debatte um den Dauerwald hineingetragen worden sei. So speiste sich der energische forstfachliche Widerstand gegen das Dauerwaldprogramm besonders aus der nicht unbegründeten Sorge, dass die naturwissenschaftlichen Grundlagen der Forstwirtschaft und damit möglicherweise sogar die noch junge deutsche Forstwissenschaft selbst dem Naturbegriff einer neuen deutschen „Waldfrömmigkeit“ geopfert werden könnten.

Es spricht einiges dafür, dass die riesigen Kahlschläge besonders in Sachsen – Leiber hatte dies rückblickend als „Forstmilitarismus“ bezeichnet – in sowohl ästhetischer wie ökologischer Hinsicht Forstleute veranlassten, sich für eine Wende stark zu machen. An einer „Vermeidung des Kahlschlages, Mischwaldbegründung, möglichste Ausnutzung der natürlichen Verjüngung“, einen „mehr oder weniger ungleichaltrigen Waldaufbau“ schien man doch grundsätzlich nicht viel aussetzen zu können. So wurden die Erfolge eines richtig verstandenen Dauerwaldbetriebes im Übrigen auch von der „Eberswalder Schule“ nicht bestritten. Damit lässt sich nach 1933 der „Kampf um den Dauerwald“ auch als ein Beispiel für das konflikthafte Verhältnis zwischen irrationaler Ideologie und Wissenschaft im „Dritten Reich“ beschreiben. Dengler hatte bekanntlich Nachteile aus seiner Kritik am Dauerwald, die sich auf dessen Befugnisse als akademischer Lehrer in Eberswalde bezogen. Nach der Waldbau-Wende Ende 1937 wurde Dengler allerdings rehabilitiert und für sein „offenes und mannhaftes Einstehen“, wie es dann hieß, in der Dauerwaldfrage ausdrücklich gelobt. Der Vorwurf, dass es die herkömmliche Ertragskunde bis dahin versäumt habe, die Wachstumsverhältnisse ungleichaltriger Mischbestände zu erforschen, war allerdings in ähnlicher Weise 1939 von Gustav Baader ebenfalls erhoben worden. Auch er sah den Staat als bodenständigen Organismus an, wollte jedoch nicht so weit gehen, die Politik als Fortsetzung eines „Kampfes ums Dasein“ zu verstehen, wie es der Biologismus nationalsozialistischer Prägung tat.[600]

Biologische und ökologische Forschungsansätze hatten, wie gezeigt werden konnte, zwar schon vor 1933 in den wissenschaftlichen Instituten der Forstlichen Hochschulen eine zunehmende Rolle gespielt. Sie scheinen jedoch von der herrschenden „politischen Biologie“ im „Dritten Reich“ profitiert zu haben – von den gleichgelagerten wissenschaftlichen Interessen Heinrich Eberts' einmal abgesehen, der die Fachgliederung Forst- und Holzforschung im Reichsforschungsrat leitete. In dem Streit um den Dauerwald vermieden es die Mündener Forstforscher meist, öffentlich Position zu beziehen. In der allerdings deutlich schärfer ausgetragenen Fehde zwischen Anhängern und Gegnern der Bodenreinertragslehre hatten freilich bereits zu Beginn der Mündener Akademiegeschichte mit Gustav Heyer und Julius Lehr zwei prominente Befürworter eine klare Linie vertreten, während etwa Bernard Borggreve gewohnt heftig gegen die Reinerträgler polemisierte.

Die Frage nach dem ‚richtigen Wald' wurde kaum je so nachdrücklich gestellt wie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und dann, seit Alfred Möller, im 20. Jahrhundert. Sie erwies sich in beiden Fällen, die zudem in enger Verbindung standen und aufeinander bezogen waren, von durchaus grundsätzlicher Natur und umfassend angelegt. Denn die Kontroverse zwischen Dauerwäldlern und der „Eberswalder Schule“ kreiste seinerzeit eben nicht nur um den ‚richtigen Wald' und den ‚richtigen Weg' dorthin, sondern auch und wesentlicher um den ‚richtigen' Wissenschaftsbegriff.

599 Steinsiek, Kontroverse (2012).

600 Vgl. dies mit den Quellenangaben und Literaturhinweisen bei Steinsiek, Forst- und Holzforschung, 2008, im Kapitel 12 „Streit um den richtigen Wald“, S. 197 ff.

In der Folge des Zweiten Weltkriegs suchten mit Wiedemann, Wittich, Lemmel und Vietinghoff sowohl exponierte Gegner (Wiedemann und Wittich) als auch Befürworter des Dauerwaldes den Weg nach Niedersachsen. Wittich, Lemmel und Vietinghoff fanden Aufnahme an der Forstlichen Fakultät, Wiedemann vor allem im forstlichen Versuchswesen des Landes. Rudolph Willy Wobst war bereits 1943 als Forstamtsleiter nach Seesen (Stauffenburg) am Harz versetzt worden. Zu einer ‚Schule der naturgemäßen Waldwirtschaft' im Sinne Möllers und seiner forstlichen Nachfahren hat sich die Fakultät in Münden auch nach Kriegsende nicht entwickelt. Die nach Münden berufenen Vertreter der Waldbau-Technik, Forsteinrichtung oder Ertragskunde nahmen hierzu eine teils ablehnende, teils indifferente oder vermittelnde Stellung ein, wobei die Inhaber des Lehrstuhls für Waldbau-Technik und auch die Niedersächsische Landesforstverwaltung dem von Alfred Dengler bevorzugten Begriff vom „Waldbau auf ökologischer Grundlage" zuneigten. Hans-Jürgen Otto (1935-2017) schuf dann allerdings als Waldbaureferent im Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium mit dem maßgeblich von ihm entwickelten LÖWE-Programm (Programm zur Langfristigen Ökologischen Waldentwicklung) die Voraussetzungen zur Einführung einer naturnahen Forstwirtschaft. Die Niedersächsische Landesregierung führte es 1991 als Regierungsprogramm für den Landeswald ein.[601]

Entscheidungen wie die oben angesprochenen können durchaus als richtungsweisend bezeichnet werden. Sie sind das Ergebnis einer Wahl zwischen verschiedenen Möglichkeiten. Von einer ‚Theorie der Forstwissenschaft' jedoch konnte und wollte zu diesem Zeitpunkt und auch später noch niemand reden. Theoriebildung allerdings zeichnete sich in einzelnen Fächern bereits ab. Die ‚preußische Schule' der auf breiter empirischer Basis fußenden waldbaulichen, ertragskundlichen und bodenkundlichen bzw. standörtlichen Modelle hat in der Forstwissenschaft viele Fragen beantworten können. Ob die forstliche Praxis immer bereit und in der Lage war, den Erkenntnissen der Wissenschaft auch Folge zu leisten, steht auf einem anderen Blatt.

Wissenschaft und Weltbild

Soweit die ausgewerteten Akten und sonstige Quellen eine Aussage zulassen, sind von Mündener Forstforschern – von einer noch zu besprechenden Ausnahme abgesehen – keine Stellungnahmen oder Thesen überliefert, in denen jene sich über die Grundlagen wissenschaftlicher Erkenntnis oder ein ihr übergeordnetes, ‚überweltliches' Prinzip auseinandergesetzt hätten. Vielleicht liegt dies auch daran, dass entsprechende Aufzeichnungen nicht überliefert geschweige denn veröffentlich wurden. Als eine mögliche Überlieferungsform kommt der Nachlass in Betracht. In sehr seltenen Fällen sind wissenschaftliche Nachlässe auch von Forstforschern belegt. Teile eines solchen Nachlasses konnte die Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie vor einigen Jahren erwerben. Es handelt sich dabei neben allerhand Druckschriften um etliche Manuskripte, Berichte, Briefschaften und fotographische Glasplatten aus dem Besitz von Richard Falck.

Falck war ein gläubiger Mensch, wobei ihm die Lehren des Neuen Testaments näher waren und ‚menschlicher' erschienen als die des Alten Testaments. Er glaubte fest, dass Gott allem, auch der wissenschaftlichen Erkenntnis, das letzte Ziel setzte. In seinen eigenen Arbeiten strebte Falck offenbar von Beginn an nach der Erkenntnis Gottes durch die Natur. Er war davon überzeugt, dass allen Lebewesen vitale Kräfte innewohnten. Sie würden auf Formen und Funktionen der Organismen wirken, indem sie bestimmten Zwecken und Notwendigkeiten dienten. In letzter Konsequenz sprach Falck von divinalen, also göttlichen Kräften, die aller Kreatur einen Sinn, eine Absicht vermittelten. Die menschlichen Träger dieser Kräfte zeichneten Güte, Weisheit, Gerechtigkeit und

601 Bernhard Möhring macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass die Forstwirtschaft in Niedersachsen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sehr erheblich damit befasst war, die durch die starken Holznutzungen der Kriegs- und Nachkriegszeit, die verheerende Sturmkatastrophe 1972 oder die Waldbrände 1975/76 entstandenen umfangreichen Blößenflächen aufzuforsten und die heranwachsenden Bestände zu pflegen. Besonders die Buchenverjüngung sei, so Möhring, „keineswegs ein waldbaulicher Selbstläufer" gewesen. Dies erkläre, warum seinerzeit in Niedersachsen die Bereitschaft, sich mit der Naturgemäßen Waldwirtschaft als Konzeption zu befassen, eher gering ausgeprägt gewesen sei. Es habe zunächst darum gehen müssen, brennende waldbautechnische Probleme zu lösen (Bernhard Möhring, schriftliche Mitteilung v. 31. März 2022).

Barmherzigkeit aus. Um Umweltwirkungen und genetische Einflüsse auf die Formen und Funktionen von Lebewesen nachweisen zu können, bediente er sich sogenannter axiomatischer Methoden – das heißt Verfahren der experimentellen, naturwissenschaftlichen Analyse. Diese Verfahren jedoch würden über Zwecke und Ziele noch nichts aussagen.[602]

Auch das atomare Zeitalter sollte sich in Falcks wissenschaftstheoretischen Überlegungen niederschlagen. Er sprach in diesem Zusammenhang von „tronalen" [unbeherrschbaren?] Kräften, deren Untersuchung neuartige mathematische Modelle erforderte. Die Wissenschaft von den „Urkräften der Materie" und das mit ihr verbundene „materialistisch-relativistische" Weltbild bereiteten Falck große Sorge. Die Angst vor den Gefahren des beginnenden Atomzeitalters teilte Falck mit den Vertretern einer sich jetzt stark entwickelnden naturphilosophischen Strömung.[603]

Falck stand dem Modell des Dauerwaldes nahe – vielleicht auch deshalb, weil er mit dessen ‚Erfinder', Alfred Möller, eng befreundet war. Als Biologe wusste er jedoch, dass erst das exakt durchgeführte wissenschaftliche Experiment und dessen Analyse zur Erkenntnis sogenannter vitaler Kräfte führen konnten. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, dass die Hoffnung auf die Entdeckung solcher Kräfte, die dem Beweis einer göttlichen Ordnung gleichkäme, Falck immer aufs Neue die Kraft schenkte, in seinen Arbeiten und Überlegungen nicht nachzulassen, allen Anfeindungen und Nöten zum Trotz.

6.2 Forschungsförderung

Die Provinzialverwaltung und die Landwirtschaftskammer Hannover gehörten jahrelang, gerade in Zeiten wirtschaftlicher Not, zu denjenigen Einrichtungen, welche die Mündener Forsthochschule regelmäßig mit Geld für die Forschung unterstützten. Als ihr im Sommer 1930 Mittel in Höhe von 12.400 RM zugeteilt wurden, war allerdings die Rede davon, dass dieses Geld „für eine bestimmte vom Geldgeber gestellte Aufgabe" vorgesehen war. Um welche Aufgabe es sich dabei handelte, geht aus der Quelle nicht hervor. Es erhielten: 6.000 RM das Bodenkundliche Institut und 4.000 RM das Waldbau-Institut. Dem Senat wurden 2.400 RM zur Verfügung gestellt.[604] Seit Einführung der Hochschulverfassung 1922 hatten die Mündener Forstwissenschaftler zwar das Recht, die Forschungsthemen selbst zu bestimmen. Doch zwang sie die Abhängigkeit von Drittmitteln sehr weitgehend dazu, sich auf das Machbare zu beschränken und die Mittel zweckgebunden zu verwenden. Die Freiheit der Forschung lag in weiter Ferne.

„Drittes Reich"

Aus Anlass der Angliederung der Mündener Forsthochschule als Fakultät an die Universität Göttingen äußerte sich der Preußische Generalforstmeister und Staatssekretär im Reichsforstamt Friedrich Alpers in einer Ansprache über „Die Ausbildung für den höheren Forstdienst und die künftige Gestaltung der forstlichen Forschung". Alpers beschwor darin den Charakter des Waldes in Deutschland als Volksgut, unabhängig von der Waldbesitzart. Die Wälder, so Alpers, hätten nicht nur den Bedarf an Holz und anderen Erzeugnissen zu decken. Vielmehr sollten sie „in ihrer Vielgestaltigkeit, Schönheit und Harmonie tief zum Gemüt des deutschen Volkes sprechen". Nicht unerwähnt blieben auch „die vielfachen Schutzwirkungen des Waldes und seine Bedeutung für die gesamte Landeskultur". Auch auf den forstlichen Kolonialdienst, welcher „ein zweisemestriges Studium an dem zu errichtenden Reichsinstitut für ausländische und koloniale Forstwirtschaft" voraussetze, ging Alpers kurz ein. Was die forstliche Forschung betraf, stellte der Generalforstmeister deren verstärkte, allerdings zielgerichtete Förderung durch die Erhöhung der Geldmittel und Errichtung neuer Forschungsinstitute in Aussicht. Es sollte dabei in erster Linie um eine Leistungssteigerung der Forstwirtschaft sowie um eine bessere Ausnutzung des Holzes gehen, und zwar unter dem Dach der „Fachgliederung Forst- und Holzforschung des Reichsforschungsrats". Darüber hinaus hielt Alpers neben der „Zweckforschung"

602 Vgl. hierzu Steinsiek, Richard Falck (2019, S. 288 ff.).

603 Vgl. hierzu Steinsiek, Richard Falck (2019, S. 288 ff.).

604 AFFGÖ, Protokolle der Senatssitzungen, Sitzung vom 9. Juli 1930.

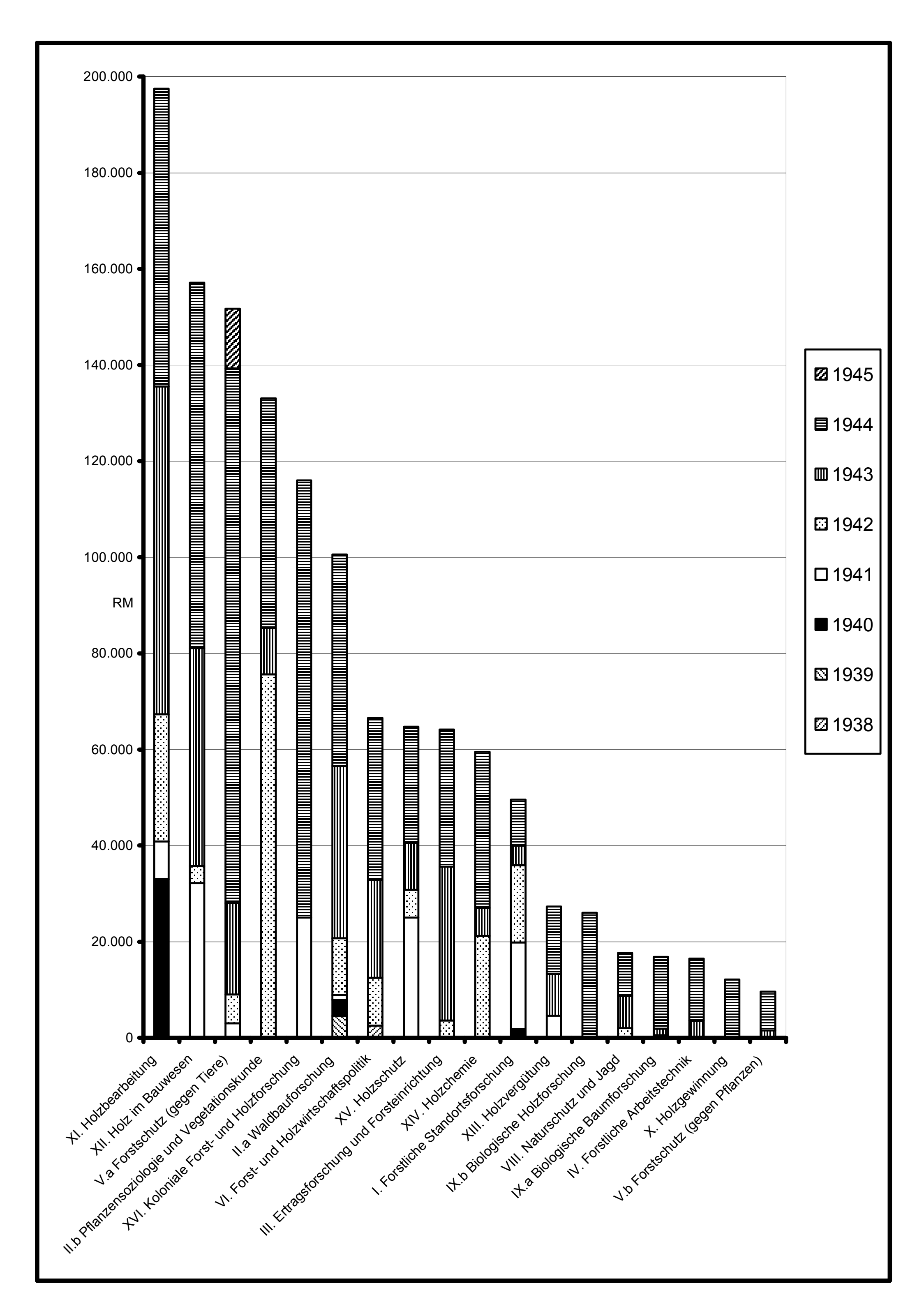


Abb. 63: Verteilung der Sachbeihilfen des Reichsforschungsrats, Fachgliederung Forst- und Holzforschung, auf die verschiedenen Arbeitsfelder 1938-1945 (Quelle: Steinsiek, Forst- und Holzforschung, 2008, S. 150).

auch die „freie Forschung und Grundlagenforschung" an den Forstlichen Hochschulen [bzw. Forstlichen Fakultäten] für unentbehrlich.[605]

Die Fachgliederung Forst- und Holzforschung des Reichsforschungsrats nahm durch die Verteilung von Sachbeihilfen einen direkten Einfluss auf die Forschung. Auf Reichsebene konnten für die Zeit von 1938 bis 1945 Angaben ermittelt werden. Demnach entfiel der im fraglichen Zeitraum höchste Einzeletat (1944: 111.240 RM) auf den Forstschutz gegen Tiere. Im Jahr 1943 erhielten Forschungen auf den Gebieten der Holzbearbeitung im Vergleich am meisten Geld (68.200 RM), 1942 dann mit großem Abstand Pflanzensoziologie und Vegetationskunde. 1939 wurde ausschließlich der Waldbau vom Reichsforschungsrat gefördert, 1938 ausschließlich die Forst- und Holzwirtschaftspolitik. Das zuletzt genannte Forschungsfeld übrigens verzeichnete zwischen 1942 und 1944 Steigerungen in der Förderung um mehr als 10.000 RM pro Jahr. Der Waldbau konnte für seine Arbeiten zwischen 1939 (4.511 RM) und 1944 (44.000 RM) eine Erhöhung der Bewilligungen auf etwa das Zehnfache verzeichnen. Insgesamt wurde 1944 vom Reichsforschungsrat für die Forst- und Holzforschung das weitaus meiste Geld ausgegeben (657.775 RM). Damit stiegen die Ausgaben gegenüber 1943 um mehr als das Doppelte.[606]

Vergleichsweise hohe Zuwendungen wurden 1944 Josef Nikolaus Köstler für Untersuchungen über die Forst- und Holzwirtschaft unter Kriegseinwirkung sowie die kulturelle Bedeutung des deutschen Waldes und kulturpolitische Wirksamkeit der deutschen Forstwirtschaft bewilligt (23.500 RM). Für seine Untersuchungen über die forstentomologischen Verhältnisse in der Sowjetunion stellte der Reichsforschungsrat dem einstigen Mündener Dozenten Karl E. Schedl 1944 immerhin 20.500 RM zur Verfügung.[607]

Tab. 1: Prozentuale Verteilung der Sachbeihilfen des Reichsforschungsrats, Fachsparte Forst- und Holzforschung, auf die einzelnen Arbeitsgruppen, kumuliert für den Zeitraum 1938-1945 (Quelle: Steinsiek, Forst- und Holzforschung, 2008, S. 151).

Arbeitsgruppe		**%-Anteil an den gesamten Sachbeihilfen**
XI.	Holzbearbeitung	15,4
XII.	Holz im Bauwesen	12,2
V.a	Forstschutz (gegen Tiere)	11,8
II.b	Pflanzensoziologie und Vegetationskunde	10,3
XVI.	Koloniale Forst- und Holzforschung	9,0
II.a	Waldbauforschung	7,8
VI.	Forst- und Holzwirtschaftspolitik	5,2
XV.	Holzschutz	5,0
III.	Ertragsforschung und Forsteinrichtung	5,0
XIV.	Holzchemie	4,6
I.	Forstliche Standortsforschung	3,9
XIII.	Holzvergütung	2,1
IX.b	Biologische Holzforschung	2,0
VIII.	Naturschutz und Jagd	1,4
IX.a	Biologische Baumforschung	1,3
IV.	Forstliche Arbeitstechnik	1,3
X.	Holzgewinnung	0,9
V.b	Forstschutz (gegen Pflanzen)	0,7

605 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 177, Vortrag von Friedrich Alpers über „Die Ausbildung für den höheren Forstdienst und die künftige Gestaltung der forstlichen Forschung"; ohne Datum (vermutlich April 1939).

606 Steinsiek, Forst- und Holzforschung (2008, S. 148 f.); vgl. a.a.O., S. 149, die Quellenkritik zu den hier mitgeteilten Angaben.

607 Steinsiek, Forst- und Holzforschung (2008, S. 141 f.).

Über die prozentuale Verteilung der Sachbeihilfen des Reichsforschungsrats auf die einzelnen Arbeitsgruppen der Fachsparte Forst- und Holzforschung im Zeitraum 1938-1945 informiert Tabelle 1.[608]

Im Rechnungsjahr 1939 verteilten sich die Beiträge Dritter wie folgt auf die einzelnen Institute der Mündener Forstfakultät (gerundet):[609]

- Forsteinrichtung und Ertragskunde
  4.000 RM von der DFG für Untersuchungen über den Kiefernüberhaltbetrieb
- Waldbau I (Grundlagen)
  8.000 RM von der DFG für die Untersuchung der kausalen Zusammenhänge zwischen natürlichen und künstlich abgeänderten Waldgesellschaften und ihren Standorten sowie für die Herleitung der Betriebszieltypen
- Waldbau II (Technik)
  677 RM Zuschüsse von der DFG für Forschungsreisen sowie einen Zuschuss von 158 RM für die Bezahlung von Angestellten
- Bodenkunde
  1.500 RM für Forschungen über Humuszersetzung von der DFG sowie 4.635 RM für Forschungen über Nährstoff-, besonders die Kaliverhältnisse der Waldböden von der Landwirtschaftlich-technischen Kalistelle Berlin
- Forstbotanik
  2.000 RM von der DFG für Forschungsarbeiten über holzzerstörende Pilze sowie 2.000 RM für Forschungen über die Kulturbedingungen essbarer Pilze, ferner 514 RM vom Fachausschuss für Holzfragen (Bauforschung)
- Jagdkunde
  200 RM von der DFG für Forschungen zur Wildschadensbekämpfung

Im Zeitraum 1949 bis 1958 erhielt die Fakultät Geldzuwendungen durch folgende Einrichtungen (Konzept):[610]

- Universitätsbund
- Zentralfonds des Niedersächsischen Kultusministeriums
- Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Niedersächsisches Zahlenlotto
- Allgemeiner Hannoverscher Klosterfonds
- Sondermittel des Bundes für Sachausgaben
- Forstliche Forschungsgemeinschaft
- Landesforstverwaltungen in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz
- Knapsack-Griesheim AG

Das mit Abstand meiste Geld (Sachmittel) gab die Fakultät 1957 übrigens für Heizung aus: 97.500 DM. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 246.000 DM.[611]

Auch in diesem Zusammenhang darf ein Hinweis auf den „Bund der Freunde und Förderer der Forstlichen Hochschule Hann. Münden von 1923 e. V." nicht fehlen. Unter dem Vorsitz von Julius Oelkers wandte sich der Bund am 5. Mai 1952 an den Niedersächsischen Landtag mit der Bitte um „finanzielle Unterstützung der Forschung der Institute der Forstlichen Fakultät Hann. Münden". Als Grund gab er „die Unzulänglichkeit der in Niedersachsen für die forstliche Forschung zur Verfügung gestellten Mittel im Verhältnis zu ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung" an. Der Vorschlag, den Oelkers unterbreitete, indes war ungewöhnlich: „Der Landtag wolle beschliessen, daß Vereinbarungen zwischen der Rohholz erwerbenden Industrie und den Forstverwaltungen des Staates, der Kommunen und des Privatbesitzes getroffen werden, daß je Rohholz-Handelseinheit (Festmeter

608 Steinsiek, Forst- und Holzforschung (2008, S. 151); vgl. a.a.O., S. 149, die Quellenkritik zu den hier mitgeteilten Angaben.

609 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 239, „Übersicht über die Beiträge Dritter im Rechnungsjahr 1939", Forstliche Fakultät Hann. Münden.

610 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 17, [Zusammenstellungen im Anschluss an „Erläuterung A. Erhebung über den Bestand und Bedarf an Naturwissenschaftlern in der Bundesrepublik"; ohne Ort und Datum]; UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 18, passim.

611 Vgl. UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 17, passim.

bezw. Raummeter) unabhängig von dem Kaufpreis als »Holzgroschen« 0,10 DM zusätzlich und zweckgebunden für die forstliche Forschung erhoben werden. Der »Holzgroschen« solle durch den Holzerzeuger von dem Rohholzkäufer eingezogen und an den Bund der Freunde und Förderer der Forstlichen Hochschule abgeführt werden." Oelkers verwies darauf, dass in der Holzindustrie die Bereitschaft bestand, die Forstforschung zu unterstützen. Die Eingabe aus Münden wurde daraufhin dem Kulturausschuss des Landtages zugeleitet. Der Fachminister hatte eine Stellungnahme abzugeben. Nachdem der Ausschuss dem Landtag allerdings empfohlen hatte, die „Eingabe für ungeeignet zur Beratung im Landtag zu erklären", schloss sich auch der Landtag dieser Empfehlung an. Derartige Spenden, so hatte der Ausschuss seine Entscheidung begründet, könnten nur auf freiwilligem Weg beschafft werden.[612]

Lottomittel

Weil die Aktenüberlieferung der Fakultät einige Einblicke in die Forschungsförderung aus Mitteln des niedersächsischen Zahlenlottos erlaubt, können am Beispiel von Förderanträgen Forschungsfragen identifiziert werden, deren Bearbeitung die Antragsteller für wichtig hielten, auch wenn sie nicht in jedem Fall als förderungswürdig eingestuft wurden. Am 27. August 1959 hatte der Arbeitskreis zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung in Niedersachsen den Forschungszweig „Holzerzeugung und Holzverwertung" grundsätzlich als förderungswürdig anerkannt.[613]

Bereits im April 1957 stellte die Forstliche Fakultät den Antrag, dass ihr Mittel des Arbeitskreises zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung in Niedersachsen in Höhe von 26.000 DM für das Vorhaben „Biocönoseforschung und Baumökologie [?]" zur Verfügung gestellt werden. Schimitschek richtete am 12. Dezember 1957 an den Dekan einen Lottomittelantrag, der die „Schädlingsbekämpfung […], im besonderen Bearbeitung ökologisch-biozönotischer Parasitenprobleme", zum Gegenstand hatte. Ihn interessierten die Zusammenhänge zwischen entomophagen Parasiten, Hauptschädlingen, Neben- und Zwischenwirten und deren Wirtspflanzen sowie den Futterpflanzen der Imagines. „Nur bei Kenntnis dieser Zusammenhänge ist die Durchführung einer zweckvollen biozönotischen Regelung sinnvoll möglich." Von Vietinghoff-Riesch, Institut für Forstgeschichte, Forstschutz und Naturschutz, stellte am 18. Juli 1958 den Antrag, mit Unterstützung aus Lottomitteln eine Forst- und Waldgeschichte des Harzes erarbeiten zu lassen. Zu Beginn heißt es in dem Antragstext: „Mehr und mehr sieht man heute ein, daß früher für unumstößlich gehaltene Wirtschaftsnormen überprüft und ganze Ideengebiete (wie z. B. der Naturschutz) auf ein neues, von der geschichtlichen und naturwissenschaftlichen Erkenntnis der Gegenwart gebautes Fundament gestellt werden müssen. Das Stichwort für die neuen Richtungen heißt auch in Forstwirtschaft und Forstlicher Landschaftsgestaltung Grundlagenforschung" [Hervorhebung im Orig.]. Walter Wittich strebte an, dass seine Untersuchungen „über die Möglichkeit einer Verbesserung des Nährstoffhaushaltes und damit der Fruchtbarkeit niedersächsischer Waldböden" auch weiterhin eine Förderung erhielten. Bonnemanns Arbeitsprogramm zur „Erforschung der ökologischen Bedingungen der Naturverjüngung von Kiefer, Fichte, Buche, Ahorn und Esche" umfasste auch Laboratoriums- und Gewächshausversuche, mit deren Hilfe der Einfluss der verschiedenen Faktoren des Standorts und der Konkurrenz durch Bodenvegetation auf die Entwicklung der Naturverjüngungen getrennt gemessen werden sollte. Bonnemann wies zur Begründung seines Antrags darauf hin, dass angesichts der schwierigen Lage, in der sich die Forstwirtschaft befinde, durch eine stärkere Ausnutzung der natürlichen Verjüngung, sofern ihr Gelingen gesichert wäre, die Kosten der Holzerzeugung gesenkt werden könnten. Friedrich Karl Hartmann (Waldbau-Grundlagen) beantragte am 7. November 1959 beim Niedersächsischen Kultusminister Geld für die Untersuchung von oligo- und mesotrophen Mittelgebirgsstandorten hinsichtlich ihrer

612 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 258, Der Bund der Freunde und Förderer der Forstlichen Hochschule Hann. Münden am 5. Mai 1952 an den Niedersächsischen Landtag; a.a.O., Das Büro des Niedersächsischen Landtages am 12. Mai 1952 an den Bund der Freunde und Förderer etc.; a.a.O., Der Direktor beim Niedersächsischen Landtag am 3. Juli 1952 an den Bund der Freunde und Förderer.

613 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 96, Der Niedersächsische Kultusminister am 20. Oktober 1959 unter anderem an den Göttinger Kurator.

Eignung für den Anbau von Werteichen und ausländischen Baumarten zur Steigerung der Holzerzeugung. Hartmann wollte die „natürlichen Waldgesellschaften als Ausdruck der komplexen Wirkung aller [Hervorhebungen vom Verf.] Standortsfaktoren“ herleiten. Wie jedoch die einzelnen [Hervorhebung vom Verf.] Faktoren das Verhalten der Bäume im Bestand beeinflussen, blieb bis dahin eine entscheidende Frage.[614]

Förderung des Natur- und Landschaftsschutzes

Im Juni 1960 legte Hartmann dem Mündener Dekan seinen Förderantrag zum Thema „Erfassung der pflanzensoziologisch und waldgeographisch besonders wertvollen und seltenen Waldgesellschaften und Pflanzenstandorte in Niedersachsen als Grundlage des Natur- und Landschaftsschutzes“ vor. Hartmann betonte, dass die zu erfassenden Waldgesellschaften wirtschaftlich zwar wenig bedeutsam seien, in wissenschaftlicher Hinsicht jedoch umso wertvoller. Sie verdienten es, im Interesse der Landeskultur unter Natur- und Landschaftsschutz gestellt zu werden. Für die wissenschaftliche Erforschung von Naturschutz- und naturschutzwürdigen Gebieten in Niedersachsen erhielt übrigens der Landesbeauftragte für Naturschutz und Landschaftspflege in Hannover, Dr. Preising, 25.000 DM Fördergelder.[615]

Einer Übersicht über die Anträge der Universität Göttingen auf Bereitstellung von Forschungsmitteln aus dem Zahlenlotto für 1962 ist zu entnehmen, dass Vietingshoffs Antrag auf Förderung von „Untersuchungen der Forstgeschichte des alten Amtes Winsen an der Luhe“ dem Förderschwerpunkt „Wissenschaftliche Grundlagen des Natur- und Landschaftsschutzes“ in Niedersachsen zugeordnet wurde. Er selbst hatte dies am 11. Oktober 1961 damit begründet, dass der Naturschutz in der Lüneburger Heide der Grundlagenforschung durch forstgeschichtliche Untersuchungen bedürfe (unter anderem Baumartenwandel). Von Vietinghoff-Riesch fügte hinzu, dass die bislang schon erfolgten Arbeiten nicht hätten durchgeführt werden können, wenn nicht der Bearbeiter selbst „einen hohen Anteil der Kosten getragen“ haben würde. Außerdem mag interessieren, dass dem Institut für Landespflege und Landschaftsgestaltung der Technischen Universität Hannover (Prof. Dr. Konrad Buchwald) für die Fortführung von „Untersuchungen über den Landschaftshaushalt, den landeswirtschaftlichen [sic!] und sozialen Zustand und die Möglichkeiten einer optimalen Entwicklung im Sinne ganzheitlicher Landespflege“ im Hamme-Wümmegebiet 146.740 DM bewilligt worden sind. Theodor Schmucker (Forstbotanik und Forstgenetik) beantragte und erhielt Geld für seine Arbeiten zur Ertragssteigerung der Forsten durch „Untersuchung der vorhandenen Baumrassen u. Neuzüchtung“. Seinen Antrag hatte Schmucker mit dem Hinweis begründet, „bei einer wirtschaftlich vordringlichen Aufgabe nicht allzusehr hinter anderen Ländern […] in Rückstand zu bleiben“.[616] Bonnemann (Waldbau-Technik) erbat Geld für Untersuchungen zur Bekämpfung von Adlerfarn. Er plante, die Wege und Wirkungen von Herbiziden in Adlerfarnpflanzen mit autoradiographischen und papierchromatographischen Verfahren zu verfolgen. Und er hob in diesem Zusammenhang noch hervor, dass in den vergangenen Jahren an seinem Institut die Grundlagen der chemischen Unkrautbekämpfung für die Forstwirtschaft erarbeitet worden seien (Rentabilitätssteigerung, Einsparung von Arbeitskräften). Laut Zusammenstellung der am 6./7. Februar 1962 bewilligten Forschungsmittel wurde der von Bonnemann beantragte Zuschuss in voller Höhe genehmigt (33.000 DM).[617]

Im Juni 1961 hatte der Interministerielle Ausschuss im Bereich „Naturwissenschaften und Tech-

614 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 97, Prodekan Schimitschek am 13. April 1957 an den Göttinger Rektor; a.a.O., Antrag Schimitscheks vom 12. Dezember 1957; a.a.O., Antrag von Vietinghoff-Rieschs vom 18. Juli 1958; a.a.O., Antrag Wittichs vom 13. Mai 1959; a.a.O., Bonnemann, Waldbau-Technik, am 4. November 1959 an den Mündener Dekan; a.a.O., Antrag Hartmanns vom 7. November 1959; a.a.O., „Zusammenstellung der vom Interministeriellen Ausschuss in seiner 9. Sitzung am 9. Dez. 1959 aus dem Aufkommen an Konzessionsabgabe des Zahlenlottos bewilligten Mittel zur Förderung der Forschung“.

615 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 98, Antrag Hartmanns vom 16. Juni 1960 an den Mündener Dekan.

616 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 99, Schmucker, Institut für Forstbotanik und Forstgenetik; ohne Adressat, ohne Datum [verm. 1961].

617 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 99, Übersicht über die Anträge der Universität Göttingen auf Bereitstellung von Forschungsmitteln aus dem Zahlenlotto für 1962 vom 10. November 1961; a.a.O., Zusammenstellung der am 6./7. Februar 1962 bewilligten Forschungsmittel; a.a.O., [Schreiben vom 13. Oktober 1961].

nik“ 864.600 DM bewilligt. Die Antragssumme belief sich auf 2.522.825 DM. Im Vergleich der Förderschwerpunkte erhielten „Forschungen zur wirtschaftlichen Gestaltung des Bauens (Hochbau, Städtebau, Wasserbau)“ das meiste Geld (125.000 DM), die Virusforschung das wenigste (14.700 DM). Für die Erforschung der wissenschaftlichen Grundlagen des Natur- und Landschaftsschutzes in Niedersachsen stellte der Ausschuss insgesamt 42.425 DM zur Verfügung (beantragt waren immerhin 359.050 DM), für den Schwerpunkt „Holzerzeugung und Holzverwertung“ 74.000 DM. Im Schwerpunkt „Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit, Humus, Torf usw.“ erhielt Forstmeister Dr. Albrecht Wagenhoff in Bovenden zur Fortsetzung seiner Untersuchungen über den Einfluss des Waldes und des Kahlschlages auf den Abflussvorgang und Bodenabtrag im Harz 10.000 DM.[618]



Abb. 64: Arnold von Vietinghoff-Riesch (im Vordergrund links) 1959 auf Exkursion im Forstamt Gartow (Quelle: PrSlg Peter Lex).

Am 14. Februar 1962 legte von Vietinghoff-Riesch als Dekan dem Göttinger Rektor folgende Anträge der Fakultät auf Bewilligung von Lottomitteln vor:[619]

- Forstzoologisches Institut: Im Rahmen des Förderschwerpunktes „Schädlingsbekämpfung bzw. wissenschaftliche Grundlagen des Natur- und Landschaftsschutzes unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Norddeutschland“ beantragte Schimitschek einen Zuschuss zu „Untersuchungen über bemerkenswertes Insektenauftreten an verschiedenen Baumarten, so das Massenauftreten von Epiblema tedella und anderen Insekten sowie deren Gegenspieler im norddeutschen Raum“.
- Im Förderschwerpunkt „Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit“ lautete das Forschungsprojekt von Hartmann, Institut für Waldbau-Grundlagen: „Der Gehalt des Bodens an austauschbarem Calcium, Magnesium, Kalium und Natrium sowie der Kationen-Sättigungsgrad des Bodens als ökologischer Faktor bei bestimmten Waldgesellschaften. Methodische Untersuchungen zur serienmäßigen Bestimmung des S-Wertes und des Sättigungsgrades von Waldböden.“
- Institut für Forstbenutzung: Wolfgang Knigge erbat im Förderschwerpunkt „Holzerzeugung und Holzverwertung“ weitere Mittel für seine Untersuchungen über die „Eigenschaften und Fehler des Ahornholzes und seine Verwertbarkeit unter besonderer Berücksichtigung der niedersächsischen Verhältnisse“.
- Institut für Waldarbeit und Forstmaschinenkunde: Ernst-Günther Strehlkes Forschungsaufgabe lautete „Rationelles Aufbereiten und Transportieren von Laubschichtholz, insbesondere von Buchenfaserholz.“ Zur Begründung machte Strehlke unter anderem geltend, „dass für die

618 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 99, „Zusammenstellung der vom Interministeriellen Ausschuss in seiner 12. Sitzung am 5./6. Juni 1961 aus dem Aufkommen an Konzessionsabgabe des Zahlenlottos bewilligten Mittel zur Förderung der Forschung.“

619 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 99, Von Vietinghoff-Riesch am 14. Februar 1962 an den Göttinger Rektor mit Anträgen der Forstlichen Fakultät auf Bewilligung von Lottomitteln.

Schwerarbeit bei den bisher üblichen Handarbeitsverfahren Arbeitskräfte von Tag zu Tag weniger zu bekommen sind“.

- Lehrforstamt Bramwald der Forstlichen Fakultät: Joachim Krahl-Urban beantragte Geld für das „Studium nordamerikanischer Eichen“. Durch den Anbau besonders nordamerikanischer Baumarten, so Krahl-Urban, seien nicht nur Möglichkeiten zu beträchtlichen Ertragssteigerungen, „sondern auch zu einer vielfältigeren Gestaltung des Waldaufbaus geschaffen worden“. Dazu war ein längerer Studienaufenthalt in den USA geplant. Zu diesem Projektantrag finden sich auch gutachtliche Äußerungen auswärtiger Wissenschaftler in der Akte.

Die Forstforschung konzentrierte sich damit auf Fragen der Ertragssteigerung der Forsten, Abwehr von Pathogenen und Erhöhung der Rentabilität, besonders durch Rationalisierung. Die Institutsmittel waren so knapp bemessen, dass ohne Drittmittel wesentliche Forschungsarbeiten nicht geleistet werden konnten. Dabei hatten, wie einer Mitteilung der Geschäftsstelle des Ausschusses für Forschungsfinanzierung in Frankfurt am Main am 1. Juni 1951 zu entnehmen ist, die Bunderegierung sowie die Kultus- und Finanzminister der Länder beschlossen, der wissenschaftlichen Forschung in Deutschland eine ausreichende finanzielle Grundlage zu geben.[620]

In diesem Kontext ist es von Interesse, dass seinerzeit Fritz Nüßlein als Sachverständiger des Arbeitskreises zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung in Niedersachsen über die Anträge seiner Kollegen aus der Forstlichen Fakultät Beurteilungen abgab.[621] Zugleich gehörte er auch dem Interministeriellen Ausschuss an, der über die Anträge entschied. In einer gutachtlichen Stellungnahme vom 23. September 1960 beispielsweise hob Nüßlein hervor, dass das von Schmucker geleitete Institut (Forstbotanik und

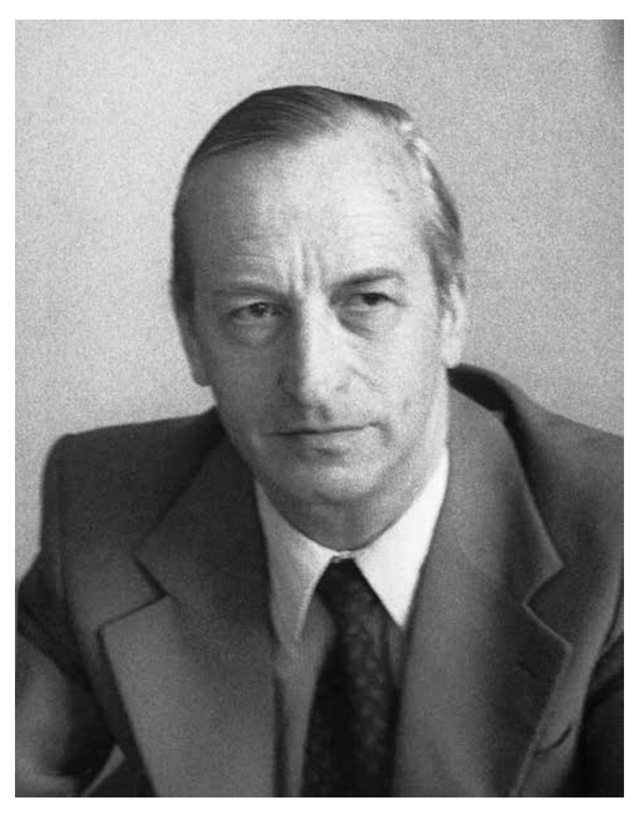


Abb. 65: Wolfgang Knigge (1920-2012) (Quelle: Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen; Repro Wolfgang Tambour).

Forstgenetik) in Niedersachsen das einzige seiner Art sei. Auf Bitten Nüßleins nahm auch Wolfgang Knigge zu Förderanträgen (Lottomittel) Stellung, die in dessen Fachgebiet fielen. Auch dies ist kritisch zu sehen, weil Knigge selbst als Antragsteller auftrat.[622]

Erwin Schimitschek erhielt 1965 für seine „Untersuchungen über die Zusammensetzung des Zellsaftes und der Exhalate bei für Insektenbefall disponierten und bei gesunden Bäumen, vorwiegend mit Hilfe der Papierchromatographie“, 20.000 DM.[623] Hasels Antrag auf Bewilligung von 3.000 DM für seine Untersuchung über die Rolle der Wohlfahrtswirkungen des

620 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 190, Mitteilung der Geschäftsstelle des Ausschusses für Forschungsfinanzierung in Frankfurt am Main vom 1. Juni 1951.

621 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 97 [passim]; UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 99, Schreiben des Arbeitskreises zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung in Niedersachsen vom 19. Januar 1962.

622 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 98, [Schreiben vom 23. und 28. September 1960]; a.a.O., Knigge am 11. August 1960 an Nüßlein.

623 Beachte die Konkurrenz um Fördermittel zwischen dem Forstzoologischen Institut in Münden und der Niedersächsischen Forstlichen Versuchsanstalt, Abt. B, Forstschädlingsbekämpfung, in Göttingen.

Waldes in niedersächsischen Forstwirtschaftsbetrieben wurde ebenfalls stattgegeben. Otto Ludwig Lange (Forstbotanik) konnte seine Forschungsarbeit zur Kälteresistenz forstlicher Nutzpflanzen als Beitrag „zur Ertragssicherheit der Holzerzeugung“ fortsetzen“ (9.500 DM). Herbert Zycha, Institut für Forstpflanzenkrankheiten der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft, wurden für dessen Forschungen über die „Infektion und Ausbreitung des Wurzelschwammes“ als Schlussrate wie beantragt 30.000 DM bewilligt. Abgelehnt wurde Strehlkes Antrag auf Förderung des Vorhabens „Arbeitswissenschaftliche, insbesondere arbeitsphysiologische Untersuchungen über die Anpassung forstlicher Arbeitsverfahren und Arbeitsmittel an die völkisch-rassisch [!] bedingte Konstitution des hinterindischen Raums“ (17.000 DM).[624]

Der Lehrstuhl für Forstpflanzenzüchtung (Klaus Stern) beantragte am 29. Januar 1968 Mittel für „Untersuchungen über die Erfolgsaussicht der Birkenzüchtung“. Es gehe darum herauszufinden, inwieweit die Birke auf den ärmeren Böden der Lüneburger Heide und des Emslandes für die Forstwirtschaft von Bedeutung sein könne. Im Februar desselben Jahres reichte das Institut für Forstliche Betriebswirtschaftslehre (Dietrich Mülder) einen Förderantrag auf Mittel für die „Untersuchung der Arbeitsgliederung der Revierförster in der Niedersächsischen Landesforstverwaltung“ ein. Das Institut für Jagdkunde beantragte Geld für seine Arbeiten zur Verhinderung von Schälschäden durch Rotwild bei der Fichte. Karl Hasel (Forstpolitik, Holzmarktlehre, Forstgeschichte und Naturschutz) wollte die Persönlichkeit Burckhardts erforschen und das Institut für Forstbenutzung den Einfluss der Ästung auf die Holzeigenschaften verschiedener Baumarten. Im März 1969 [?] erbat Alfred Bonnemann Geld für sein Projekt „Schattenerträgnis von Nadelbaumarten, insbesondere von Douglasie“. Bonnemann wies noch darauf hin, dass die Arbeitsmethoden mit dem Institut für Bodenkunde und Waldernährung abgestimmt werden sollten. Das Arbeitsprogramm umfasste auch ökologische und pflanzenphysiologische Untersuchungen.[625]

Am 17. Januar 1969 legte Hasel einen Förderantrag vor, der die „Abgrenzung oder ggf. Koordinierung der Aufgabenbereiche verschiedener Interessengruppen bei der landespflegerischen Aufschließung und landschaftlichen Gestaltung des Harzes als großes Wald- und Erholungsgebiet“ zum Gegenstand hatte.[626] Am 11. Februar 1969 beantragte er eine Weiterfinanzierung seiner Forschung über die wissenschaftlichen Grundlagen der forstlichen Beteiligung bei der Regionalplanung. Es handelte sich um ein Gemeinschaftsprojekt mit den Instituten für Forsteinrichtung und Ertragskunde, Waldbau-Technik und Forstliche Betriebswirtschaftslehre. Weil die Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes an Bedeutung zunehmen, sei es wichtig, „Leitlinien zur Stellung des Waldes in der Raumordnung zu entwickeln“, um jene Leistungen nachhaltig zu gewährleisten. Hasel wies noch besonders darauf hin, dass vor diesem Hintergrund sich die Tätigkeit seines Instituts auf das Gebiet der Landesplanung und Landespflege verlagere. Meinungsumfragen sollten Auskunft über die Bedeutung des Waldes für die Menschen in stadtnahen Gebieten geben.[627] Unverkennbar ist hier der Einfluss sozioökonomischer Faktoren auf die Forschungsausrichtung des Instituts.

Einer Zusammenstellung von Anträgen der Universität Göttingen auf die Bereitstellung von Forschungsmitteln aus dem Zahlenlotto zum Berichtstermin 15. November 1969 ist zu entnehmen, dass Hasel Geld zur Erforschung von Forst- und Jagdwirtschaft „unter besonderer Berücksichtigung ihrer Aufgaben im Rahmen der Landeskultur im Raum Niedersachsen“ beantragt hatte und auch an der „Entwicklung einer geregelten Forstwirtschaft“ im Spiegel nordwestdeutscher Forstordnungen interessiert war. Hans Heinrich Hattemer, Abteilung für Forstliche Biometrie,

624 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 96, „Zusammenstellung der vom Interministeriellen Ausschuß in seiner 19. Sitzung am 28./29. Januar 1965 aus dem Aufkommen an Konzessionsabgabe des Zahlenlottos bewilligten Mittel zur Förderung der Forschung“.

625 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 96, Anträge auf Förderung aus Mitteln des Zahlenlottos vom 29. Januar 1968, 14., 15., 16. und 27. Februar 1968, 17. März 1969 [?].

626 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 95, Antrag von Hasel auf Forschungsförderung aus Mitteln des Zahlenlottos vom 17. Januar 1969.

627 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 95, Hasel, Institut für Forstpolitik, Holzmarktlehre, Forstgeschichte und Naturschutz, am 11. Februar 1969 an den Niedersächsischen Kultusminister (Lottomittelantrag).

beantragte 22.900 DM für „Untersuchungen über die Anbaueignung von Herkünften der Douglasie auf verschiedenen norddeutschen Standorten". Sein Ziel war es, die „Wechselwirkung von Genotyp und Umwelt" mit mathematisch-statistischen Methoden einzuschätzen.[628] Walter Eschrich (Forstbotanik) erbat Geld für die Anschaffung eines Flüssigkeits-Szintillations-Spektrometers (85.700 DM) im Rahmen von isotopentechnischen Untersuchungen über die „Aufnahme, Verteilung und Nutzung von Assimilaten bei Gehölzen". Auch diese Fragestellung orientierte sich nicht zuletzt an den Belangen der Forstwirtschaft, wie Eschrich in seinem Antrag vom 21. Januar 1969 ausführte. Denn die zu untersuchenden Prozesse hätten entscheidenden Einfluss auf die Qualität des Holzes. In seinem Lottomittelantrag vom 26. November 1969 wies Siegfried Häberle (Waldarbeit und Forstmaschinenkunde) auf den hohen Personalkostenanteil (70 %) der deutschen Forstwirtschaft hin. Zwischen 1956 und 1969 seien die Waldarbeiterlöhne um 250 % gestiegen. Die Kosten der Bereitstellung von Schwachhölzern würden die Verkaufspreise übersteigen („Konkurrenz des Weltmarktes und der Kunststoffe").[629] Bei der Projektfinanzierung plante Häberle auch Mittel der Industrie mit ein.[630]

Reinhard Schober (Forsteinrichtung und Ertragskunde) wollte über „Vorkommen, Ertrag und waldbauliche Behandlung von Buchenrein- und -mischbeständen" arbeiten, Hans Lamprecht (Waldbau-Grundlagen) plante die „Errichtung und Erforschung von Naturwaldparzellen". In der Begründung seines Antrags wird deutlich, dass Lamprecht mit der Ausweisung von Naturwaldparzellen nicht auf die Erhaltung von „Reservaten typischer Naturwaldflächen" aus Gründen des Naturschutzes abzielte. Ihm ging es darum, durch die „Erforschung der Lebensgesetze des Naturwaldes […] grundlegend wichtige waldbauwissenschaftliche und waldbautechnische Erkenntnisse" zu gewinnen. Daher müssten ausreichend viele solcher noch möglichst naturnahen Bestände auf möglichst vielen Standorten unter Schutz gestellt werden, so Lamprecht.[631]

Ein gemeinsamer Antrag (Erstantrag) der Institute für Waldbau der gemäßigten Zonen sowie für Bodenkunde und Waldernährung vom 12. Februar 1970 bezog sich auf die Erforschung von Möglichkeiten der Leistungssteigerung im niedersächsischen Kommunal- und Privatwald durch Düngung. Zur Begründung hieß es, dass Prognosen über das langfristige Holzaufkommen in Westdeutschland eine zunehmende Diskrepanz zwischen Holzangebot und Holznachfrage erwarten ließen. In gleicher Sache wurde um den 24. Februar 1971 ein Fortsetzungsantrag gestellt. Klaus Stern interessierte die „Bedeutung der Verbreitung von Pollen und Samen für die genetische Struktur von Waldbeständen" (Antrag vom 8. September 1970). Hierfür war in Zusammenarbeit mit dem Institut für Strahlenbiologie der Technischen Hochschule Hannover „ein Verfahren zur Pollenmarkierung mit Mangan entwickelt" worden. Moderne, rationelle Holzernteverfahren und Transporttechnik („Transportkette vom Fällort bis ins Werk") waren Gegenstände eines Förderantrags vom 30. Dezember 1970 aus dem Institut für Waldarbeit und Forstmaschinenkunde. Dietrich Mülder (Forstliche Betriebswirtschaftslehre) stellte am 1. Februar 1971 den Antrag auf eine Fortsetzung der

628 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 95, „Zusammenstellung der Anträge der Universität Göttingen […]" vom 15. November 1969; a.a.O., Antrag Hattemers vom 15. Oktober 1969 an den Niedersächsischen Kultusminister.

629 Auch Hasel hatte die Entwicklung der Löhne in der Forstwirtschaft, deren Wirkungen sich nicht ausgleichen ließen, als ein Hauptproblem identifiziert (UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 176, Vortragstext „Die Zukunft der deutschen Forstwirtschaft", S. 5; ohne Ort und Datum).

630 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 95, Institut für Waldarbeit und Forstmaschinenkunde am 26. November 1969 an den Niedersächsischen Kultusminister zum Thema „Vergleichende Untersuchung der Teilvorgänge beim Transport von Industriehölzern vom Wald zum Verbraucher unter Berücksichtigung neuzeitlicher Holzernteverfahren und moderner Transporttechnik"; a.a.O., Antrag Eschrichs vom 21. Januar 1969; UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 96, „Zusammenstellung der Anträge der Universität Göttingen auf Bereitstellung von Forschungsmitteln aus dem Zahlenlotto" für 1969.

631 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 96, „Zusammenstellung der Anträge der Universität Göttingen auf Bereitstellung von Forschungsmitteln aus dem Zahlenlotto" für 1969; UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 95, Lamprecht, Institut für Waldbau-Grundlagen, am 24. September 1968 an den Niedersächsischen Kultusminister (Lottomittelantrag).

Förderung seiner „Untersuchung zur Bestimmung der Risikokosten von Forstbetrieben".[632]

Nach der „Zusammenstellung der Anträge der Universität Göttingen auf Bereitstellung von Forschungsmitteln aus dem Zahlenlotto" nahmen zum Berichtstermin 15. November 1970 die „Holzerzeugung und Holzverwertung" mit einer Antragssumme von 226.950 DM den ersten Platz unter sämtlichen Forschungszweigen ein. Insgesamt wurden 732.792 DM an Lottomitteln beantragt.[633]

Die Mündener Forstwissenschaft bezog ihre Forschungsfragen nach wie vor auch aus dem Interesse an einer rentablen Forstwirtschaft. Hasel spürte, dass dem Wald und der Forstwirtschaft Aufgaben zuwuchsen, deren Erfüllung durch die einschlägige Gesetzgebung nicht ausreichend geregelt war. Hinter allem stand die Idee der Nachhaltigkeit, deren Begriff sich in den Anträgen jedoch, soweit erkennbar, nicht prominent findet. Die Grundlagenforschung machte sich daran, die Versuchsergebnisse des Waldbaus oder der Ertragskunde naturwissenschaftlich zu erklären. Es reichte nicht mehr aus, Standortsfaktoren, Schadereignisse oder Bewirtschaftungsformen zu erfassen, um das Verhalten von Bäumen und Beständen zu verstehen. In den Blick rückten physiologische Prozesse und genetische Aspekte, die inzwischen wesentlich genauer abgebildet und untersucht werden konnten. Moderne naturwissenschaftliche Methoden erweiterten das Verständnis von Prozessen und Funktionsweisen auf pflanzenphysiologischer und ökosystemarer Ebene. Damit eröffnete sich auch die Möglichkeit, die Wirkung von Umwelteinflüssen auf den Wald sowie dessen Reaktionen zu messen. Beobachtungen dieser Art waren nicht nur wichtig, um das Wachstum von Wäldern zu steuern. Sie erwiesen sich auch als zielführend etwa bei der Entdeckung von Gefahren für die Waldökosysteme durch Schadstoffeinträge.

Sicherung und Steigerung der Holzproduktion durch Düngung, Bekämpfung von Pathogenen, Erforschung der Kälteresistenz von Waldbäumen, Züchtung: Neben Forschungsfragen wie diese spielten die Naturwaldforschung und die Bedeutung der sogenannten Sozialfunktionen auch für die Forstverwaltungen eine Rolle. Die Mechanismen der Pflanzenernährung („Aufnahme, Verteilung und Nutzung von Assimilaten bei Gehölzen") ließen sich ohne den Einsatz kostspieliger Verfahren nicht aufklären. Zugleich gewannen die (naturwissenschaftlichen) Arbeitsweisen in der Forstforschung Anschluss an die Standards.

Derweil war der forstbetriebliche Kostendruck hoch, das Wirtschaften blieb riskant. Gesucht wurde der Weg zwischen naturnahem, standortsgerechtem, pfleglichem Waldbau und profitabler Forstwirtschaft. Seit jeher stellte das langsame Wachstum der Waldbäume für die Beantwortung von waldbaulichen und ertragskundlichen Fragen eine ganz besondere, ja zentrale Herausforderung der Forstforschung dar. Von großem Wert erwiesen sich dabei die alten (preußischen) Versuchsflächen. Sie stärkten das Bewusstsein für die Dynamik von Prozessen, den Einfluss von inneren und äußeren Faktoren, die Verfassung von Ökosystemen.

In Münden und auch an der 1950 in Göttingen errichteten Forstlichen Versuchsanstalt wurde auf niedersächsischem Gebiet schon früh und folgerichtig ökologisch geforscht. Diese Forschungen waren durchaus praxisorientiert. Hinsichtlich ihrer Methodik und der gewonnenen Erkenntnisse trugen sie auch insgesamt zur Weiterentwicklung der Ökologie und zum Verständnis von terrestrischen Ökosystemen bei.[634] Hartmann (1960) hielt es für wichtig, dass die von ihm als wertvoll und selten bezeichneten Waldgesellschaften um ihrer selbst willen unter Schutz gestellt wurden.

632 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 96, Anträge auf Förderung aus Mitteln des Zahlenlottos vom 12. Februar, 8. September und 30. Dezember 1970, 1. Februar und 24. Februar 1971 [?].

633 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 96, „Zusammenstellung der Anträge der Universität Göttingen […]" vom 15. November 1970.

634 In der Lehre wurde „Ökologie" seinerzeit als Wahlprüfungsfach durch Arnold von Vietinghoff-Riesch vertreten, außerdem die „Ökologie der Tiere". Theodor Schmucker trug im ersten Teil seiner Forstbotanik-Vorlesung im Sommersemester 1950 über „Spezielle Morphologie und Ökologie" vor (UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 483; URL https://gdz.sub.uni-goettingen.de/id/PPN721546412_1950_SS, https://gdz.sub.uni-goettingen.de/id/PPN721546412_1950_1951_WS [Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Universität Göttingen, Sommersemester 1950 bzw. Wintersemester 1950/51]).



Abb. 66: Richard Hornberger (1849-1918), Aufnahme von 1909 (Quelle: PrSlg Brigitta Frucht).

6.3 Weisungsgebundene Forschung

Die preußischen Forstakademien waren hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Ausrichtung und der Forschungsthemen wesentlich an die Vorgaben des vorgesetzten Ministeriums gebunden. Allerdings wurden Spielräume für selbstgewählte Untersuchungsinhalte der Lehrstuhlinhaber nicht nur gewährt, sondern es wurde auch erwartet, dass die Professoren auf ihren Spezialgebieten zum Vorteil der Einrichtung weiterarbeiteten. Die Düngungsversuchsflächen in Beständen der Oberförsterei Kattenbühl etwa waren auf Initiative der Mündener Professoren Jentsch und Hornberger um 1901 angelegt worden. Hierfür bedurfte es offenbar lediglich der Zustimmung des Akademiedirektors.[635]

635 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 375, Friedrich Jentsch am 19. April 1906 an den Mündener Akademiedirektor Weise.

Das Ministerium konnte allerdings auch eine vom Akademiedirektor deutlich abweichende Position beziehen. So sprach es sich 1893 ausdrücklich dafür aus, die strittige Frage der Plenterdurchforstung in der Fachpresse wissenschaftlich, ergebnisoffen zu diskutieren und die von Bernard Borggreve während seiner Mündener Dienstzeit angelegten Versuche weiterzuführen.[636] Es setzte sich damit allerdings in einen Gegensatz zu Direktor Wilhelm Weise, der zudem mit Borggreve diesbezüglich hart aneinandergeraten war. Zwei Jahre später, im Juli 1895, bereitete dann der Landwirtschaftsminister der überaus unerfreulichen ‚Zusammenarbeit' von Borggreve und Weise selbst ein Ende, indem erklärt wurde, „daß von der Mitwirkung des Herrn Oberforstmeisters Dr. Borggreve bei der ferneren Bewirthschaftung der von demselben in den Oberförstereien Gahrenberg und Cattenbühl angelegten Versuchsflächen Abstand genommen worden" sei.[637]

Der Forstassessor Gustav Wellenstein wurde von der Preußischen Landesforstverwaltung im Dezember 1933 beauftragt, über das Auftreten der Nonne im Regierungsbezirk Königsberg zu berichten und Bekämpfungsvorschläge zu unterbreiten. Erst danach war eine Versetzung Wellensteins als Assistent an das Zoologische Institut der Mündener Forsthochschule geplant. Es handelt sich hierbei um ein Beispiel der weisungsgebundenen Forschung, wie sie besonders im „Dritten Reich" gang und gäbe war.[638] Die Standortsuntersuchungen etwa, mit denen das Mündener Institut für forstliche Vegetationskunde und Ertragslehre für Zwecke der Reichsbodenschätzung vom Reichsforstmeister beauftragt wurde, wären in diesem Zusammenhang ebenfalls zu nennen. Auch für die Kosten kam der Reichsforstmeister auf.[639]

636 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 375, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 17. März 1893 an den Mündener Akademiedirektor Weise.

637 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 375, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 23. Juli 1895 an den Mündener Akademiedirektor Weise.

638 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 172, Die Preußische Landesforstverwaltung am 23. Dezember 1933 an die Forsthochschule in Münden.

639 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 208, Der Reichsforstmeister und Preußische Landesforstmeister am 14. Mai 1938 an den Mündener

6.4 Forstliche Diskurse in Zeitschriften, Vereinen und anderen waldbezogenen Institutionen

Während die Steuerung der Forschung durch projektbezogene Mittelzuwendungen sofort einleuchtet und überdies messbar ist, lässt sich die Wirkung von Diskursen auf die wissenschaftliche Ausrichtung von Forschungsinstituten oder die Entscheidungsfindung von Gutachtern bei der Bewertung von Projektanträgen nicht ohne Weiteres offenlegen. Wohl unbestritten ist jedoch, dass Diskurse bei Entscheidungen über forschungsrelevante Inhalte mitwirken. Sie wurden und werden deshalb auch von Akteuren des Wissenschaftsbetriebs zur Erreichung von Förderzielen genutzt.

„Es geht um nichts anderes als um die Erhaltung, Sicherung und Pflege der natürlichen Lebensgrundlagen unseres Volkes." [Hervorhebung im Orig.] Mit Worten wie diesen versuchte Karl Hasel immer wieder, bei seinen Leserinnen und Lesern ein Bewusstsein für das Erfordernis der Landespflege in Deutschland zu schaffen. Er sprach in einem Zeitschriftenartikel aus dem Jahr 1967 von einem „Ansturm auf die freie Landschaft" nach dem Zweiten Weltkrieg. „Die Masse der Bevölkerung", so Hasel, „befindet sich im Zustand völliger Ahnungslosigkeit", was die „lebensbedrohenden Eingriffe in den menschlichen Lebensraum" betreffe. Ein Forschungsprogramm für die Landespflege hielt er für unverzichtbar.[640]



Abb. 67: Karl Hasel (1909-2001) (Quelle: Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen; Repro Wolfgang Tambour).

Landespflege als forstliches Wirtschaftsziel

Zum ersten Mal, fährt Hasel fort, sei in der Bundesrepublik die Forderung nach reiner Luft, reinem Wasser und weniger Lärm im Bundestagswahlkampf 1961 erhoben worden. Eine daraufhin gegründete „Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft für naturgemäße [!] Wirtschaft" habe verlangt, die „natürlichen Hilfsquellen des menschlichen Daseins »nach dem Grundsatz der Nachhaltigkeit« zu nutzen" [Hervorhebung im Orig.]. Hasel bringt den Erlass eines Landespflegegesetzes in Vorschlag, das sämtliche Behörden, Eigentümer und Nutzer von Grundstücken verpflichtet, die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen nachhaltig zu sichern, zu pflegen und zu fördern. Und wenig überraschend spricht er sich dafür aus, dass sich die Forstverwaltung in der Landespflege engagiert. Mehr noch, er ist überzeugt, dass die Landespflege zu den forstlichen Wirtschaftszielen gehört und in den Forsteinrichtungsvorschriften berücksichtigt werden muss.[641]

Rektor.
Auch Süchtings Exkurse in die Geflügelzucht waren im Auftrag des Landwirtschaftsministeriums erfolgt (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 196, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 7. April 1925 an den Mündener Rektor).

640 Hasel, Aufgaben (1967, S. 6 f.).

641 Hasel, Aufgaben (1967, S. 6, 8, 11 f.).
Es spreche alles dafür, so Hasel, dass es in Mitteleuropa bei den überkommenen forstlichen Leitvorstellungen (Nachhaltigkeit) und Zielen (maximale Wertleistung) bleiben werde, obgleich

Hasel befürchtete, dass nichtforstliche und vor allem forstlich nicht sachverständige Stellen mit landespflegerischem Gesetzesauftrag dem Waldbesitzer hineinreden könnten. Mit Hinweis auf die biologische, technische und landeskulturelle Schulung bzw. Erfahrung der Forstleute äußerte er die Überzeugung, dass Forstleute auch außerhalb des Waldes bestimmte landespflegerische Aufgaben übernehmen könnten. Folgerichtig forderte er die Einrichtung von Lehrstühlen für Landespflege an den Forstlichen Fakultäten. Das Fach selbst sollte obligatorisch angeboten und geprüft werden. Dann würden Forstabsolventen Aufgaben auch in der Naturschutzverwaltung übernehmen können. Die „Landespflege [muss] ein Teil des forstwissenschaftlichen Studiums werden."[642]

Wie stets argumentiert Karl Hasel sachkundig, programmatisch und engagiert. Die Materie bedeutet ihm viel. Er ist sicher, dass Politik und Gesellschaft dringend mehr tun müssen, um die naturale Umwelt des Menschen und damit den Menschen selbst vor Schäden zu bewahren, die vor allem auf das Konto der rasch fortschreitenden Industrialisierung und Beanspruchung von Flächen für Wirtschaftsbetriebe, Verkehrswege, Siedlungen und anderes mehr gehen. Hier kommt dann die Landespflege ins Spiel. Sie umfasst Planungen und Maßnahmen zum Schutz von „Natur und Landschaft". Nach Hasel bringt der Forstmann viele Voraussetzungen mit, um nicht nur im Wald nach Maßgabe eines noch zu schaffenden Gesetzes zu verfahren, sondern auch außerhalb des Waldes landespflegerisch aktiv zu werden – allerdings unter der Bedingung, dass an den Forstlichen Fakultäten das Studium um das Fach Landespflege ergänzt würde.

Udo Hanstein äußerte sich 1968 in der Allgemeinen Forstzeitschrift zu den „Forderungen der Landespflege an die Forstwissenschaft am Beispiel der Universität Göttingen". Demnach scheint seinerzeit in Fachkreisen anerkannt worden zu sein, dass jede Behörde, die in der Landschaft tätig war, „die landespflegerischen Belange in ihrem Bereich so weit und so gut wie möglich" wahrnahm. Es fehlte jedoch, so Hanstein weiter, an den „wissenschaftlichen Grundlagen für eine zeitgemäße Landespflege". Konkret: Hanstein hielt es für erforderlich, die Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes zunächst zu erfassen und zu kartieren. Er unterstrich mit Beispielen, wie wichtig Kenntnisse auf den Gebieten der Landespflege für Forstleute sind, um dann zu zeigen, dass entsprechend ausgebildete Forstleute nicht nur in den Forstverwaltungen benötigt würden, sondern auch in den Landesplanungsbehörden, den Wasserwirtschafts- und Naturschutzbehörden etc. Besonders die sogenannten Wohlfahrtswirkungen des Waldes jedoch entbehrten noch der Erforschung.[643]

An diesem Punkt sei auf eine Analyse hingewiesen, die der Reichsforstwirtschaftsrat 1927 herausbrachte und von Robert Ortegel in programmatischer Form erstellt worden war. Darin widmet Ortegel den „Wohlfahrtswirkungen des Waldes" einen eigenen, den „Aufgaben der Forstwirtschaft" zugeordneten Abschnitt. Er hatte bereits in der Einleitung die Aufgaben der Forstwirtschaft als in zwei Richtungen liegend definiert: in der Erzeugung von materiellen Gütern sowie in den Wohlfahrtswirkungen auf die Landeskultur. Hier ist von Interesse, dass nach Ortegel die Wirkungen des Waldes auf verschiedene meteorologische Phänomene (Wärme, Luftfeuchtigkeit, Luftdruck, Wind, Niederschlag), dann auf den Stand der Gewässer usw. einer wissenschaftlichen Aufklärung harren. Damit erfährt die Forstwissenschaft, der es bis dahin wesentlich um die Erforschung und Klärung der forstlichen Produktionsbedingungen und Wirtschaftsverhältnisse zu tun gewesen ist, eine erhebliche Ausweitung ihrer Zuständigkeit.[644]

Was die Übertragbarkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse in die forstliche Praxis angeht, zieht Ortegel für die zurückliegende Zeit eine ungünstige Bilanz. Verantwortlich macht er dafür die Geringschätzung der Forstwirtschaft durch die Wirtschaftspolitik in

Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung ungünstig seien (UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 176, „Leitsätze zu dem Vortrag: »Die Zukunft der deutschen Forstwirtschaft«"; ohne Ort und Datum [um 1968]).

642 Hasel, Aufgaben (1967, S. 12-14).
Gerade weil Hasel Forstmann war und die Probleme der Forstverwaltungen sowie die beruflichen Sorgen der Forststudierenden gut kannte, konnte und musste er so engagiert auf die immateriellen Leistungen des Waldes verweisen und fordern, dass die Studenten entsprechend ausgebildet wurden.

643 Hanstein, Landespflege (1968, S. 288-290).

644 Ortegel, Forstwirtschaft (1927, S. 9, 23 ff.).

Deutschland. Weil forstliches Wirtschaften nach vielen Richtungen gehemmt und gebunden worden sei, hätten die „mit allem Rüstzeuge der Wissenschaft ins Leben tretenden Forstbeamten […] meist bald mit ihrer Wissenschaft an den praktischen Schwierigkeiten und Interessengegensätzen“ scheitern müssen. „So kam es, daß seit Jahrzehnten zwar Tausende von Ausländern [Hervorhebung im Orig.] aus aller Herren Ländern die Ergebnisse der deutschen Forstwissenschaft auf den deutschen Unterrichtsstätten in sich aufgenommen und daheim – auf forstlichem Neulande – ihrer Volkswirtschaft zunutze gemacht haben, daß aber die deutsche Volkswirtschaft selbst nicht den gleichen Nutzen daraus gezogen hat.“ Dies jedoch habe zur Folge gehabt, dass die forstliche Praxis ihre Funktion als Impulsgeberin für die Wissenschaft nicht habe erfüllen können, so Ortegel weiter. Das Letztere treffe auch auf das im Gegensatz zur Landwirtschaft noch unterentwickelte forstliche Vereinswesen zu. Denn dieses sei, neben Forschung und Unterricht, „in erster Linie geeignet, Fortschritt zu erzeugen“.[645]

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts konnte eine deutliche Zunahme an Vereinsgründungen beobachtet werden, noch zögerlich begleitet von der Schaffung offizieller Vertretungen der Forstwirtschaft in Deutschland. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass neben den forstlichen Fachbüchern und Forstzeitschriften auch die Lehrwanderungen und nicht zuletzt Referate und Diskussionen in den Versammlungen und auf den Tagungen der Forstvereine und Berufsvertretungen nicht nur eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von Wissen in die Praxis spielte. Auch die Hochschullehrer ließen sich von den Diskussionen und dem persönlichen Gespräch in ihrer Arbeit inspirieren.

645 Ortegel, Forstwirtschaft (1927, S. 82 f.).
Heinrich Christian Burckhardt hat als Leiter der hannoverschen Forstverwaltung die Vermittlerrolle von Forstvereinen zwischen Wissenschaft, Verwaltung und Praxis früh erkannt und für seine forstlichen Projekte, besonders die Heideaufforstungen, zu nutzen gewusst. Burckhardt trat auch selber als Gründer eines Forstvereins in Norddeutschland in Erscheinung. Dass seine Vereinsarbeit erfolgreich war, lag allerdings vor allem daran, dass er beispielsweise persönlich die Leitung von Exkursionen übernahm. Sachkenntnis, Autorität als Verwaltungschef, Bodenständigkeit und Eloquenz trugen das Ihrige dazu bei, dass Veranstaltungen solcher Art die in sie gesetzten Erwartungen kaum verfehlten (Steinsiek, Burckhardt, 2021).

So weit der Blick zurück auf die Lage und Aufgaben der deutschen Forstwirtschaft in den 1920er Jahren. Für die Forstliche Fakultät der Universität Göttingen forderte Hanstein (1968) die Errichtung eines Instituts für Landespflege, mit je einem Lehrstuhl für Landschaftsökologie, Landschaftsbau und Landschaftsgestaltung sowie für Hydrologie und Gewässerpflege. „Spätestens im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Umzug der Forstlichen Fakultät von Münden nach Göttingen sollten die Voraussetzungen für eine zeitgemäße Einordnung der Landespflege geschaffen werden.“[646] Hanstein argumentierte hier ganz in Hasels Sinn, dessen Assistent er in Münden gewesen ist. Er plädierte nicht nur für die Errichtung eines Landespflege-Instituts mit sehr weit gefasstem Aufgabenbereich, sondern machte zugleich Vorschläge für die Themenbearbeitung.

Hier mag überraschen, dass Hasel zu den Aufgaben der Forschung, die seinerzeit aus der forstwirtschaftlichen Krise resultierten, selbst keinerlei Angaben machte. „Die Krise der Forstwirtschaft“ erschien, nachdem sich die Reinerträge der bundesdeutschen Staatsforstverwaltung, wie Siegfried Häberle konstatierte, „immer mehr dem Nullpunkt“ näherten, wie ein Allgemeinplatz.[647] Ebenso die Forderung, die Waldbesitzer für die Schutz- und Erholungsleistungen des Waldes sowie für den „Verzicht auf bestimmte Gewinnmöglichkeiten“ zu entschädigen.[648] Die Forstverwaltungen müssten finanziell und materiell in die Lage versetzt werden, „die neu auf sie zukommenden Aufgaben auf den Gebieten der Raumordnung, der Landespflege und des Naturschutzes zu übernehmen“. Hasel warnte folglich vor überstürzten Organisationsänderungen.

Im letzten Absatz und wichtigsten Abschnitt der von Hasel aufgestellten forstpolitischen Folgerungen werden pathetische Töne angeschlagen. Weil die Industriegesellschaft auf die Forstwirtschaft sowie die Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes existenziell angewiesen sei, müsse sie auch bereit sein, diese Leistungen mit zu finanzieren. „Denn“, so heißt es

646 Hanstein, Landespflege (1968, S. 290 f.).

647 Häberle, Rationalisierung (1968, S. 191).

648 Hasel, Leitsätze (1968).

am Schluss, „es geht in Wahrheit um die Grundlagen des menschlichen Daseins." Hintergrund seiner Ausführungen übrigens war eine Tagung des Deutschen Forstvereins über „Die Zukunft der Deutschen Forstwirtschaft".[649]

Forstwirtschaft in der Krise. Politik und Gesellschaft müssen umdenken. Die Forstwirtschaft wandelt sich zur Dienstleisterin für die Gesellschaft, deren Dienste jedoch nicht entgolten werden. So zeigt sich Hasel kämpferisch, kann jedoch nicht verbergen, dass er der Forstwirtschaft keine günstige Prognose zu stellen vermag.

Er bleibt dabei Antworten auf folgende Fragen schuldig: Wie gelingt es, dass forstliche Ziele von der Politik wahrgenommen, aufgegriffen und umgesetzt werden? Welche Rolle spielt die Forschung? Wie funktionieren die politischen Prozesse, welche Ebenen sind zu berücksichtigen, welche Folgerungen zu ziehen?

Einmal mehr glaubte sich die (staatliche) Forstwirtschaft an einem Scheitelpunkt der Entwicklung. In ihrer hergebrachten Form war sie kommerziell nicht mehr tragbar. Rettung versprachen offenbar nur Steuergelder.

6.5 Gesellschaftlich-politische Entwicklungen

An anderer Stelle wurde bereits oder wird noch auf Forschungsprogramme hingewiesen, deren Entwicklung sich an der Fakultät ohne Frage Einflüssen aus der sozioökonomischen bzw. politischen Umwelt der Forstwirtschaft und Forstwissenschaft verdankte, so dass hier wiederum wenige Beispiele ausreichen werden. Zu nennen wäre neben dem Naturschutz einmal mehr das besonders von Karl Hasel in den 1960er Jahren mit großem Nachdruck geforderte Lehrgebiet und Forschungsfeld der Landespflege. In Teilen würde ein solcher Einfluss auch bei der Berufung von Richard Falck 1910 auf den für ihn errichteten Lehrstuhl für Technische Mykologie geltend zu machen sein. Denn gegen die immensen Schäden und Wertverluste, welche seinerzeit durch den Hausschwamm an Gebäuden verursacht wurden, hatten sich besonders die von Falck eingeführten, originellen Forschungsansätze und Schutzmaßnahmen als wirksam bzw. hoffnungsvoll erwiesen.

Forstliche Aneignung der Kolonien

In einem Brief vom 1. August 1902 an das vorgesetzte Ministerium machte Direktor Weise deutlich, dass inzwischen die Forstakademie geradezu gezwungen würde, auf bestimmte Themen zu reagieren. Als Beispiele nannte er den „Anbau der fremden Holzarten und den Erwerb unserer Kolonien" [Hervorhebung im Orig.]. Forstleute sollten nicht nur mehr wissen über die fremden Baumarten in den Wäldern, sie sollten auch auf den Dienst in den deutschen Kolonien vorbereitet sein. Er, Weise, sehe in Büsgens Expedition [nach Java] kein zufälliges Ereignis, „sondern ein Glied der vorwärtstreibenden Entwicklung, die das Deutsche Reich mit seiner Aufrichtung gebracht hat". Man könne sich nicht mehr auf das beschränken, „was im alten Deutschland zu wissen unbedingt notwendig ist". Weise plädierte deshalb für die Entwicklung einer kolonialforstlich ausgerichteten Ausbildung. Er hielt im Übrigen den bisherigen „Universitätsunterricht als Anhängsel" für überflüssig. „Bleibt das Anhängsel, und soll es nach Art der Parasiten die Akademie auch weiterhin aussaugen, dann geht diese unter."[650]

Am 11. Juni 1907 richtete das Preußische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an den Reichskanzler ein Schreiben, das die „wissenschaftliche Erforschung der für die Kolonien bedeutungsvollen Holzarten" zum Gegenstand hatte. Weil in den deutschen Kolonien die Forstwirtschaft voranschreite, sei es wünschenswert, die dortigen, forstlich bedeutenden Baumarten hinsichtlich ihres waldbaulichen Verhaltens und ihrer Gefährdung durch Pathogene wissenschaftlich zu erforschen. Die beiden preußischen Forstakademien würden sich, wie es weiter heißt, hieran gerne beteiligen. Von Münden allerdings konnte berichtet werden, dass dort bereits Vorlesungen über tropische und subtropische Baumarten gehalten würden. Der Reichskanzler wurde nun gebeten, veranlassen zu wollen, dass die Forstleute in den Kolonien ihre Erfahrungen mit den wichtigsten Waldbäumen

649 Hasel, Leitsätze (1968).

650 Hasel, Quellen (1968, S. 343 f.).

mitteilten sowie Holzproben, Blüten und Blätter etc., erkrankte Baumteile und Schädlinge den Forstakademien zukommen ließen.[651]

Der Reichskanzler, so ließ das Ministerium die Forstakademie in Hann. Münden im Dezember 1908 wissen, würde es zwar begrüßen, „wenn an den Akademien auch tropische Forstwirtschaft gelesen werden könnte“, schloss jedoch weitergehende Aufgaben der preußischen Forstakademien in den Kolonien vorläufig aus. Dazu berichtete der Akademiedirektor Fricke am 5. Januar 1909, dass die Professoren Jentsch und Büsgen nach ihrer Wiederkunft von Forschungsreisen durch die Wälder Kameruns und Togos aufgefordert würden, Vorträge über den Tropenwald zu halten. Fragen der praktischen Forstwirtschaft müssten dabei jedoch weitgehend ausgeklammert bleiben, weil die beiden Herren davon nichts verstünden.[652] Noch kurz vor seinem Tod, im Herbst 1914, bereitete der Mündener Akademiedirektor Fricke eine Studienfahrt deutscher Forstleute nach den afrikanischen Kolonien vor.[653]

Schönheit des Waldes

„Wer der großen Aufgabe, eine Forstästhetik zu schreiben, gewachsen sein sollte, der müßte vor allen Dingen ein reiches forstliches Wissen sich erworben haben, ebenso müßte er im Gebiete der philosophischen Lehre vom Schönen wohl bewandert sein, […].“ Mit diesen Worten beginnt Heinrich von Salisch das von ihm 1885 veröffentlichte klassische Lehrbuch „Forstästhetik“.[654] Der Band hat seither zwei weitere Auflagen erfahren und fand seinen Weg in die Gemüter vieler Forstleute, bis heute. Unumstritten waren von Salischs Prämissen indes nicht.

Dem Preußischen Landwirtschaftsministerium berichtete Direktor Fricke am 20. September 1911, dass es eigentliche Vorlesungen über Forstästhetik im Sinne von Salischs in Münden bislang nicht gegeben habe. Die forstlichen Dozenten seien dazu auch nicht in der Lage, weil hierfür eine „stark idealistisch[e] Veranlagung“ erforderlich sei. Fricke empfahl, „bei der Bewirtschaftung der Lehrreviere die Waldschönheit gebührend“ zu berücksichtigen, da erst das gute, anschauliche Beispiel den Lernenden die Grundsätze der Forstästhetik nahebringe und zur Nachahmung ansporne. Vorlesungen allein genügten nicht. Er war jedoch überzeugt, dass „mit der Pflege der Waldschönheit eine Steigerung des Wertes und Ertrages der Waldungen Hand in Hand geht“. Fricke scheint hier an Laubholzbeimischungen in Nadelholzbeständen gedacht haben. Doch Maßnahmen wie diese belasteten zusätzlich die knappen Forstetats und hatten auch deshalb wenig Aussicht auf Erfolg.[655]

Das Ministerium befand, dass, wenn auch Vorlesungen über Forstästhetik nicht angeboten werden müssten, die Studierenden gleichwohl in den Vorlesungen und auf Exkursionen auf die Bedeutung der Waldschönheitspflege nach den Ideen von Salischs besonders hingewiesen werden sollten.[656]

Schönheit der Wissenschaft

„Die ganze forstliche Erziehung ist dazu angetan, den Schönheitsbegriff zu verdrehen, […], und sehr viele Forstleute finden nur das schön, was den Gesetzen ihrer Wissenschaft entspricht“. Hans Sellheim, von 1893 bis 1929 Dozent für Forstbenutzung und Jagdkunde in Münden, forderte dagegen in seiner Besprechung des Werkes „Natur und Kunst im Walde. Vorschläge zur Verbindung der Forstästhetik mit rationeller Forstwirtschaft“ von Theodor Felber (1906), dass der Wald „ein Ort der Erholung und Freude für den Menschen sein soll“. Auch Felber schien die Meinung zu vertreten, dass die Bevölkerung eher bereit sei, einen als schön empfundenen Wald zu erhalten als einen ‚Holzacker‘. Vor diesem Hintergrund machte er sich übrigens für

651 Hasel, Quellen (1968, S. 351 f.).

652 Hasel, Quellen (1968, S. 354).

653 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 191, [Vortrag von Oelkers, Pfingsten 1924], fol. 54.

654 Salisch, Forstästhetik (1911, S. III).

655 Hasel, Quellen (1968, S. 355-357).

656 Hasel, Quellen (1968, S. 357).
Seit Gottlob König (1779-1849) war die „Lieblichkeitspflege der Waldungen“ (1849) in Deutschland vom Grundsatz her vielen Forstleuten geläufig. In den teils hitzig geführten Debatten über die Bodenreinertragslehre und ihre Folgen für die forstliche Nachhaltigkeit und das Allgemeinwohl schwangen (immer) auch ästhetische Momente mit. In Münden schien das Interesse an der Forstästhetik und ihrer Behandlung durch die Lehre insgesamt jedoch gering gewesen zu sein.

den Schutz der Weichhölzer in den Forsten stark und wurde darin von Sellheim lebhaft unterstützt.[657]

Schönheit der Technik

Zum Abschluss wollte der Rezensent nicht verhehlen, dass auch Fabrikanlagen geeignet wären, einförmige Landschaften zu verschönern. „Ein rauchender Schornstein kann [Hervorhebung im Orig.], besonders bei Abendbeleuchtung und allmählichem Verschwinden der Einzelheiten in der Dämmerung, außerordentlich stimmungsvoll wirken", fand Sellheim.[658] Als dann allerdings in den 1960er Jahren der Betreiber des Zellstoffwerks im Mündener Stadtteil Bonaforth der Fakultät gegenüber sein Befremden darüber äußerte, dass sich „Mitglieder der Forstlichen Fakultät mit der Luftverunreinigung in Hann. Münden" befassten, erwiderte der Dekan, „daß dies das Recht jedes Bürgers sei".[659]

Umweltschutz

Auch wenn 1822 Georg Friedrich Wilhelm Meyer (1782-1856) mit seiner gekrönten Preisschrift über „Die Verheerungen der Innerste im Fürstenthume Hildesheim nach ihrer Beschaffenheit, ihren Wirkungen und ihren Ursachen betrachtet […]" erstmals und beispielhaft über Schäden berichtete, welche durch die schwermetallhaltigen Pochsande des Harzer Metallerzbergbaus bei Überschwemmungen auf den an die Innerste grenzenden Ländereien verursacht wurden, konnte gleichwohl noch nicht davon die Rede sein, dass ein gesellschaftliches Bewusstsein für die nachteiligen Folgen dieser Umweltverschmutzung zu entsprechenden Reaktionen in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft geführt hätte.[660] Ähnliches ließe sich auch für die gleichermaßen wegweisenden Untersuchungen sagen, deren Ergebnisse Gustav Rettstadt (1810-1892) 1845 „Ueber die Einwirkung des Rauches der Silberhütten auf die Waldbäume und den Forstbetrieb" in der Allgemeinen Forst- und Jagd-Zeitung (S. 132-140) veröffentlichte.[661] Was allerdings die Hüttenrauchschäden angeht, so kann mit einiger Berechtigung aufgrund der Ausweitungen, welche die Schäden durch fortschreitende Industrialisierung erfuhren, in Deutschland seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von der Formierung eines eigenständigen Politik- und Wissenschaftsfeldes gesprochen werden. Das übrigens oben für die Gewässerverschmutzung Gesagte bedarf insofern noch der Ergänzung, als die Verunreinigung besonders der fließenden Gewässer durch das sogenannte Rösten des Flaches bereits in der Frühen Neuzeit Interventionen des Staates erforderlich gemacht hat.

Gleichsam von außen an die Fakultät herangetragen wurde dann in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch die wissenschaftliche Behandlung der zunehmenden industriellen Gewässerverschmutzung. Was das Lehrgebiet Fischereikunde betraf, kam die Fakultät im Juli 1969 zu der Überzeugung, dass „im Hinblick auf die größere öffentliche Relevanz besonderes Gewicht auf Limnologie und Abwässerkunde gelegt" werden sollte.[662] Günter Buhse, der seit 1959 an der Forstlichen Fakultät Lehrveranstaltungen über Fischereikunde abhielt, trat in den 60er, 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts mit einschlägigen fischereibiologischen Untersuchungen unter anderem über die Auswirkungen von Salzbelastungen und Kernkraftwerken auf Flüsse in Niedersachsen hervor.[663]

657 Sellheim, Natur (1908, S. 64 f.).

658 Sellheim, Natur (1908, S. 65).

659 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 90, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 17. November 1964.

660 Meyer, Georg Friedrich Wilhelm (1822): Die Verheerungen der Innerste im Fürstenthume Hildesheim nach ihrer Beschaffenheit, ihren Wirkungen und ihren Ursachen betrachtet, nebst Vorschlägen zur ihrer Verminderung und zur Wiederherstellung des versandeten Terrains: Eine [...] gekrönte Preisschrift. Göttingen.
Hier ist außerdem von Interesse, dass Meyer in Göttingen Naturwissenschaft und Forstwissenschaft studierte, 1832 einen „Plan des Unterrichtsbetriebes in den Forstwissenschaften" vorlegte und vom selben Jahr an 25 Jahre lang an der Georgia Augusta Professor für Forstwissenschaft gewesen ist (Kropp & Rozsnyay, Biographie, 1998, S. 333).

661 Rettstadt trat 1880 als einer von zwei Abteilungsdirigenten die Nachfolge von Heinrich Christian Burckhardt in der Leitung der provinzialhannoverschen Forstverwaltung an (Steinsiek, Burckhardt, 2021, S. 303).

662 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, Protokoll der Sitzung der Weiteren Fakultät am 21. Juli 1969.

663 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, „Lehraufträge der Forstlichen Fakultät", Stand Sommersemester 1969.

Exkurs: Wald und Mensch

Unter dem Eindruck riskanter ökonomischer, ökologischer und politischer Entwicklungen machten sich auch Forstwissenschaftler verstärkt Gedanken über das Verhältnis von „Natur und Mensch". Köstler beispielsweise brachte 1967, im Alter von 65 Jahren, unter dem Titel „Wald – Mensch – Kultur" eine Auswahl von Vorträgen und Aufsätzen zur, wie es im Untertitel heißt, „Kulturgeschichte, zur Ökonomie des Forstwesens und zur Technik der Waldpflege" heraus. Dem Klappentext ist zu entnehmen, dass Köstler die Forstwirtschaft an einem kritischen Punkt sah. „Probleme der Landschaftspflege", des Fremdenverkehrs und der Erholung müssten von der Forstwirtschaft bewältigt werden, während ungünstige betriebswirtschaftliche Verhältnisse die Waldpflege gefährdeten. Der Band wendet sich an ein breites Publikum und wird von waldbaulichen und anderen forstbetrieblichen Fragestellungen dominiert. Köstlers Schlussfolgerungen und Empfehlungen allerdings konzentrieren sich auf Süddeutschland, zudem stark verbunden mit dem Werk seines Freundes Hans Leibundgut an der ETH Zürich. Neben Karl Gayer (1822-1907) als Lichtgestalt können immerhin auch Heinrich Christian Burckhardt (1811-1879), Curt Alexander Michaelis (1853-1920) mit der von ihm entwickelten Durchforstung im Herrschenden und Alfred Möller (1860-1922) aus preußischen und zudem nördlichen Gefilden einige Anerkennung erheischen.[664]

Im engeren Sinn, hat es den Eindruck, machen bei Köstler gewisse seelische und geistige Momente den Wald zum Kulturgut und die Forstwirtschaft zur Kulturaufgabe. Den Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes, der Landespflege oder dem Naturschutz gilt dabei nicht sein Augenmerk. Dieses zielt besonders auf verschiedene Aspekte der Waldbehandlung, auf Verjüngung, Durchforstung und waldbauliche Zielsetzungen. Er fasst wie Möller den Wald als ein Wesen, einen Organismus auf. Passendes dazu findet er auch bei Goethe. Was die Entstehung einer planmäßigen Forstwirtschaft in Deutschland angeht, ist Köstler, der die Forstgeschichte als Forschungs- und Lehrgebiet für sehr wichtig hält, vor Irrtümern nicht gefeit.

664 Köstler, Wald (1967, Klappentext, S. 297, et passim).

Befremdlich mutet ein Vorschlag Köstlers an, den seinerzeit ins Gespräch gebrachten Ausgleichsfonds für Rauchschäden nicht etwa aus Mitteln der Verursacher zu bedienen, sondern aus Einnahmen der Staatsforstverwaltungen selbst.[665]

Neben Köstler, der aus Bayern stammte, wandte sich wenige Jahre später, 1971, auch Karl Hasel, gebürtig aus Karlsruhe, an eine breitere Öffentlichkeit. Hasel fand, dass es unerlässlich sei, die Forstwirtschaft aus ihrer Isolierung zu befreien, das heißt den Weg in die Öffentlichkeit und zu den politischen Parteien zu suchen. Dies zu erreichen, sei eines der Anliegen seines Buches. Anders, als es der programmatische Buchtitel „Waldwirtschaft und Umwelt" vielleicht erwarten lässt, handelt es sich um eine forstwirtschaftspolitische Funktionenlehre des Waldes. Wie bereits gezeigt worden ist, konstatierte Hasel einen seit Kriegsende wahrnehmbaren, grundlegenden Bedeutungswandel der Forstwirtschaft. Die landespflegerischen Aufgaben des Waldes hätten im Verhältnis zur Rohstoff- und Einkommensfunktion eine immer größere Bedeutung erlangt. Im Unterschied zu Köstler legt Hasel eine in sich geschlossene „Darstellung der Beziehungen zwischen Wald und menschlicher Gesellschaft" vor, ergänzt durch einen gleichgewichtigen Abschnitt über „Die Einwirkung des Staates auf die Forstwirtschaft". Sein besonderes Interesse gilt dabei der forstlichen Gesetzgebung – ein Bundeswaldgesetz gab es damals immer noch nicht, es trat erst 1975 in Kraft – und der forstlichen Leistungssteigerung. Hasel schöpft aus seinem reichen Wissen und spricht damit, anders als von ihm beabsichtigt, eher ein Fachpublikum als den interessierten Laien an.[666]

665 Köstler, Wald (1967, S. 246, 291, et passim).
Eine kritische Auseinandersetzung mit Köstlers Rolle im „Dritten Reich" fehlt erwartungsgemäß.

666 Hasel, Waldwirtschaft (1971).
Gegen Bestrebungen, die Zuständigkeit des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für den Naturschutz und die Landespflege dem Bundesinnenminister zu übertragen, legte der Deutsche Forstwirtschaftsrat (DFWR) am 18. März 1970 in einem Telegramm an Bundeskanzler Brandt und Kanzleramtsminister Ehmke deutlichen Protest ein. „Forstwirtschaft, Naturschutz und Landespflege", heißt es dort, „sind wechselseitig so eng verbunden, daß man sie ohne nachteilige Folgen nicht zu trennen vermag." Der Vorsitzende des Unterausschusses Raumordnung und Landespflege im Rechts- und Forstpolitischen Aus-

Seine „Grundzüge der Waldhygiene“, die Erwin Schimitschek 1969 herausbrachte und, wie es im Untertitel heißt, als „Wege zur ökologischen Regelung“ verstanden wissen wollte, werden von einem Kapitel mit dem programmatischen Titel „Natur und Mensch“ eingeleitet. Er behandelt den Menschen in seiner geschichtlichen Genese als Umweltfaktor, der im Begriff ist, mit der Natur seine eigene Existenz zu zerstören. Schimitschek erblickt die eigentliche Ursache der verderblichen Entwicklung in einer Entfremdung des Göttlichen vom Menschlichen. Es ist dort die Rede von einer „Revolutionierung des abendländischen Geistes“, „die den Menschen von der Erde und von sich selbst als der Mitte zwischen Geist und Sinnen löst“ usw. Allerdings nehmen diejenigen Maßnahmen des Menschen, welche die Befallsbereitschaft schädlicher Insekten im Walde erhöhen, den größten Raum in der Gliederung des Buches ein.[667]

6.6 Gesetzliche Regelungen

Sofern die Entwürfe von Forstgesetzen nicht selbst bereits, wie im Falle der besonders zu Beginn der 1940er Jahre erarbeiteten Reichsforstgesetzentwürfe, Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzung waren, konnten die in ihnen regulierten Sachverhalte ihrerseits auf wissenschaftliche Erkenntnisse verweisen oder den Anlass zu Forschungsarbeit geben.

Wald in Not

In Niedersachsen lag bereits 1949 der Entwurf eines sogenannten Waldnotgesetzes vor. Unter die „Maßnahmen zur Erhaltung des Waldes“ des Gesetzentwurfs fällt zunächst die Aufforstung abgeholzter oder verlichteter Waldflächen innerhalb einer angemessenen Frist (§ 2). Dasselbe gilt grundsätzlich für sogenannte Ödländereien, sofern sie ausschließlich für eine forstliche Nutzung in Betracht kommen. Abgeholzte Waldflächen dürfen nicht in landwirtschaftliche Nutzung überführt werden, sofern wasserwirtschaftliche, klimatische und landeskulturelle Gründe dagegensprechen. In Wäldern, die den eben genannten Zwecken dienen, können Kahlschläge untersagt werden. Es ist ferner unter anderem verboten, Nadelholzbestände unter 50 Jahren abzuholzen oder zu verlichten (§ 3). Paragraph 4 verpflichtet die Waldeigentümer, ihren Besitz gegen biotische und abiotische Schäden zu schützen. Sodann regelt ein eigener Abschnitt die „Maßnahmen zur Förderung des Privatwaldes“. Vorgesehen ist zunächst der Zusammenschluss von Forstbetrieben des Privatwaldes, um, wie es heißt, eine geordnete Betriebsführung sicherzustellen, die Holzerzeugung zu steigern und die Waldeigentümer wirtschaftlich zu stärken (§ 5). Unter bestimmten Voraussetzungen sind Ausnahmen, aber auch weitere Zwangsmaßnahmen möglich. Weitere Bestimmungen beziehen sich auf die Beaufsichtigung und Betreuung der Gemeinde-, Körperschafts- und Gemeinschaftswälder. Ausdrücklich soll das Pflanzen von Bäumen und Sträuchern auf allen dafür nutzbaren Flächen außerhalb des Waldes vom Land Niedersachsen gefördert werden.[668]

„Die Bedeutung des Waldes für ein Land liegt darin, daß er die menschlichen Lebensbedingungen entscheidend verbessert“, heißt es zu Beginn des Entwurfs zu einer Begründung des geplanten Waldnotgesetzes. Es fällt auf, dass hier den sogenannten Schutzfunktionen des Waldes deutlich Vorrang vor den Nutzfunktionen eingeräumt wird. Ein Ende der Übernutzung sei nicht abzusehen, so dass die Gefahr bestehe, dass der Wald seine Wohlfahrtswirkungen verliere. Das seinerzeit noch gültige Gesetz gegen Waldverwüstung vom 18. Januar 1934 reiche nicht aus, weil es neben anderem den Kleinwald unter 10 ha nicht umfasse. Auch gebe es bislang keinen gesetzlichen Aufforstungszwang. Erschwerend komme hinzu, dass bis dahin in den einzelnen niedersächsischen Landesteilen verschiedene forstliche Regelungen in Kraft seien, sofern solche überhaupt existieren. Vom Flurholzanbau erwarte man sich eine Verdoppelung des aktuellen Holzertrags. Die Planung der außerhalb des Waldes aufzuforstenden

schuss des DFWR war seinerzeit Karl Hasel (UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 214, Bericht über die Tätigkeit des Deutschen Forstwirtschaftsrates vom 21. Mai 1970, S. 13); Franz Thoma, schriftliche Mitteilung v. 9. November 2021.

667 Schimitschek, Waldhygiene (1969, S. 14).

668 NLA HA, Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 79, Der Niedersächsische Landwirtschaftsminister am 4. Februar 1949 an die Staatskanzlei in Hannover, fol. 3 f.

Flächen sollte im Benehmen mit den Bezirksbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege erfolgen.[669]

Der Entwurf war mit verschiedenen Ministerien des Landes sowie Verbänden etc. beraten worden. Am 28. März 1949 nahm auch die Britische Militärregierung, HQ Land Niedersachsen, Hannover, 229 HQ CCG (BE) [Headquarter Control Commission for Germany, British Element] BAOR [British Army of the Rhine] 5, gegenüber dem Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten dezidiert Stellung. Dem Schreiben ist zu entnehmen, dass der Entwurf von den zuständigen Militärbehörden sorgfältig geprüft wurde. Es enthält dazu einige kurze Kommentare und Formulierungsvorschläge. Nachdem er mit Ausnahme der Wirtschaftsabteilung sämtliche Abteilungen bei der Militärregierung durchlaufen hatte, fand der Gesetzentwurf die Zustimmung der Besatzungsmacht.[670]

Zur gleichen Zeit, im Juni 1949, sollte ein Rundfunkvortrag die Bevölkerung über das Waldnotgesetz informieren. Der Vortrag begann mit Hinweisen auf die landeskulturellen Funktionen des Waldes, gefolgt von der Notwendigkeit und den zahlreichen Verwendungsmöglichkeiten des Holzes. Und: „Beeren und Pilze tragen zu unserer Ernährung bei, und wer hätte noch nicht im Waldesschatten Erholung gesucht!" Doch „[a]lle diese Lebensnotwendigkeiten sind gefährdet, weil wir seit 15 Jahren mehr Holz nutzen als in unseren Wäldern zuwächst." Daran werde sich auch in der kommenden Zeit wenig ändern. Um möglichst schnell den Zustand des Waldes zu verbessern, werde dem Landtag in Kürze der Entwurf eines Waldnotgesetzes zugeleitet. In erster Linie gehe es darin um die Aufforstung von Waldblößen und „ackerunwürdigen Ödländereien". Der Wirtschaftsförderung und Leistungssteigerung im nichtstaatlichen Wald würde dabei besonders viel Aufmerksam geschenkt, weil dessen Anteil in Niedersachsen immerhin 58 % ausmache. Auch der Flurholzanbau kann einigen Raum beanspruchen. Neben seinen Vorteilen zur Steigerung der Holzproduktion wurden auch die günstigen Wirkungen auf die Landeskultur (unter anderem Windschutz) und die „Schönheit der heimatlichen Landschaft" betont.[671]

Die Staatskanzlei empfahl in ihrer Stellungnahme vom 15. August 1949, anstelle eines Waldnotgesetzes ein umfassendes Forstgesetz zu schaffen, das über die Zweckbestimmung eines Notgesetzes hinaus auch allgemeine Regelungen trifft. Sie betonte überdies die Notwendigkeit, den Betrieb in den Staatsforsten nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen. Außerdem seien die Waldbesitzer „einer allgemeinen Verpflichtung zu pfleglicher Waldwirtschaft" zu unterwerfen.[672]

Doch am 28. Februar 1950 teilte der Niedersächsische Landwirtschaftsminister der Staatskanzlei mit, dass er sich entschlossen habe, „die Vorlage des Waldnotgesetzes vorläufig zurückzustellen".[673] Offenbar waren die rechtlichen Voraussetzungen bis auf Weiteres entfallen. Allerdings scheint die Initiative wenig später wieder aufgenommen worden zu sein. Denn in einem Aktenvermerk der Staatskanzlei vom 1. August 1952 ist von Schwierigkeiten die Rede, welche die Verhandlungen mit den Gewerkschaften bereitet hätten. Es sei nicht abzusehen, wann diese behoben sein würden. Noch am 15. Dezember 1952 ist in den Akten von einem Referentenentwurf für ein niedersächsisches Forstgesetz die Rede. Am 8. Dezember 1954 ließ dann allerdings der Niedersächsische Landwirtschaftsminister den Bundeslandwirtschaftsminister wissen, dass die

669 NLA HA, Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 79, Der Niedersächsische Landwirtschaftsminister am 4. Februar 1949 an die Staatskanzlei in Hannover, fol. 6-9.

670 NLA HA, Nds. 120 Hannover Acc. 2019/14 Nr. 1, Die Britische Militärregierung am 28. März 1949 an das [Niedersächsische] Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; a.a.O., Der Niedersächsische Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten am 4. Juni 1949 mit einem Vermerk; a.a.O., Der Niedersächsische Landwirtschaftsminister am 28. Juni 1949 an die Staatskanzlei.

671 NLA HA, Nds. 120 Hannover Acc. 2019/14 Nr. 1, „Rundfunkvortrag über das Waldnotgesetz", Sarstedt, 24. Juni 1949. In dem „Entwurf einer Begründung zum Waldnotgesetz von 1949" heißt es zu § 11, dass zur Förderung des Flurholzanbaus die Bevölkerung „in wirksamer Weise über die große wirtschaftliche Bedeutung dieser Anpflanzungen aufzuklären ist" (NLA HA, Nds. 120 Hannover Acc. 2019/14 Nr. 1, „Entwurf einer Begründung zum Waldnotgesetz von 1949").

672 NLA HA, Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 79, Der Niedersächsische Ministerpräsident, Staatskanzlei, mit einer Stellungnahme zum Entwurf eines Waldnotgesetzes vom 15. August 1949, fol. 50-52.

673 NLA HA, Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 79, Der Niedersächsische Landwirtschaftsminister am 28. Februar 1950 an den Niedersächsischen Ministerpräsidenten – Staatskanzlei –, fol. 88.

„Arbeiten an dem Entwurf eines Niedersächsischen Landesforstgesetzes vorläufig“ eingestellt würden.[674]

Neu ist an dieser Gesetzesinitiative, dass erstmals der Versuch unternommen wird, forstgesetzliche Bestimmungen zu erlassen, die in allen ehemals selbstständigen Landesteilen Niedersachsens für sämtliche Waldbesitzarten gleichermaßen gelten sollten. Als sogenanntes Notgesetz zielten die Bestimmungen auf Walderhalt und Waldvermehrung, notfalls durch Ausübung von Zwang. Der hohe Anteil an privatem Kleinwaldbesitz – die Rede ist von 46.000 Waldbesitzern – gab den Anlass, besonders intensiv über Möglichkeiten einer Strukturverbesserung und Leistungssteigerung nachzudenken, mit starkem Akzent auf staatlicher Steuerung. Dass hier ein Regelungsbedarf bestand, wurde allerdings – zumindest aus staatlicher Sicht – zu keiner Zeit in Zweifel gezogen, unabhängig von der jeweiligen Staats- und Gesellschaftsform.

Aufschlussreich ist darüber hinaus ein Memorandum der Gewerkschaft für Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Bezirk Niedersachsen, Fachgruppe Forstbeamte und Angestellte, zur „Neugestaltung der Niedersächsischen Forstwirtschaft“. Es stammt vermutlich aus dem Jahr 1951. Auch hier stehen die landeskulturellen Funktionen des Waldes etwa gleichberechtigt neben den Nutzfunktionen. Im kleinen Privatwald sieht auch die Gewerkschaft ein erhebliches Potential für Leistungssteigerungen. Die Gewerkschaft spricht sich daher für die Errichtung von Einheitsforstämtern aus und glaubt, dass der Mehrzahl der Forstleute aufgrund von Ausbildung, Herkommen und Erziehung wirtschaftliche Zusammenhänge noch fremd seien. Überdies wird bemängelt, dass an den Forstlichen Fakultäten die Ausbildung zu stark naturwissenschaftlich ausgerichtet sei, und eine betriebswirtschaftliche Schwerpunktsetzung gefordert.[675]

Gewerkschaft mit eigenem Forstgesetzentwurf

In der Anlage zu dem Memorandum der Gewerkschaft für Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft findet sich dann der „Entwurf eines Forstgesetzes für das Land Niedersachsen“. Dazu heißt es in der Einleitung, dass der Wald als wertvolles Volksgut [!] „der Erhaltung des biologischen Gleichgewichts in der Natur“ diene, den Menschen Arbeit gebe, Erholung gewähre und Holz liefere. Unterschieden wird zwischen Wirtschaftswald, Schutzwald und Schonwald. Letzerer sei der Erholung vorbehalten sowie „der Förderung der Landeskultur“. Paragraph 3 des Entwurfs verpflichtet sämtliche Waldbesitzer „zu pfleglicher, nachhaltiger, planmäßiger und sachkundiger Bewirtschaftung ihrer Waldungen“. Ziel sei die Erhaltung und Steigerung der Leistungsfähigkeit unter „Beachtung der Erfordernisse des Landschaftsbildes und der heimischen Tierwelt“. Die Umwandlung von Wald in eine andere Benutzungsart sei genehmigungspflichtig (§ 5). Auch dieser Entwurf enthält Bestimmungen über Waldverwüstung (§ 6) und Aufforstung (§ 7). Der Staatswald habe in besonderer Weise das forstliche Forschungs- und Versuchswesen zu fördern, die Belange des Naturschutzes zu unterstützen, das Landschaftsbild zu pflegen und zu verbessern und die heimische Tierwelt zu erhalten (§ 10). Weitere Bestimmungen regeln die Beaufsichtigung und Betreuung des Nichtstaatswaldes, hier wieder mit besonderem Augenmerk auf dem Privatwald. Paragraph 16 sieht die Förderung von Baumpflanzungen außerhalb des Waldes vor und macht hierfür neben einer Steigerung der Holzerzeugung und dem Schutz vor schädlichen Winden auch die „Verschönerung der heimischen Landschaft“ geltend. Es folgen Regelungen über die künftige Forstorganisation im Lande.

674 NLA HA, Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 79, Der Niedersächsische Ministerpräsident, Staatskanzlei, am 10. Dezember 1951 mit einem Aktenvermerk zum Waldnotgesetz, fol. 105; a.a.O., Der Niedersächsische Ministerpräsident, Staatskanzlei, am 1. August 1952 mit einem Aktenvermerk zum Waldnotgesetz; a.a.O., Referentenentwurf für ein niedersächsisches Forstgesetz, 15. Dezember 1952, fol. 134 ff.; a.a.O., Der Niedersächsische Landwirtschaftsminister am 8. Dezember 1954 an den Bundeslandwirtschaftsminister, fol. 194 f.

675 NLA HA, Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 79, Gewerkschaft für Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Bezirk Niedersachsen, Fachgruppe Forstbeamte und Angestellte, vermutlich um 1951 mit einem Memorandum zur „Neugestaltung der Niedersächsischen Forstwirtschaft“, fol. 106-120.

Wehret dem Raubbau!

An dieser Stelle sei auf eine weitere Entwicklung hingewiesen, die etwa zur gleichen Zeit und vor dem Hintergrund der oben geschilderten Bemühungen um ein Waldnotgesetz den Schutz von „Natur und Landschaft" in Niedersachsen zum Gegenstand hatte. Am 16. Mai 1946 wies der Oberpräsident der Provinz Hannover als Oberste Naturschutzbehörde die Höheren und Unteren Naturschutzbehörden darauf hin, dass angesichts eines „drohenden Raubbaus an der Landschaft" das Reichsnaturschutzgesetz und die Naturschutzverordnungen genau zu beachten seien. Bei geplanten „Einschlägen in der freien Landschaft, an öffentlichen und privaten Straßen, Alleen und Wegen" müssten die zuständigen Naturschutzbehörden rechtzeitig beteiligt werden (§ 20 Reichsnaturschutzgesetz).[676] Der Oberpräsident behielt sich bei Eingriffen in Natur- und Landschaftsschutzgebieten die Genehmigung vor. Hausmann vom Landesforstamt in Sarstedt bat in einem Schreiben vom 13. Juni 1946 darum, „Naturdenkmale und Gebiete, die unter Landschafts- oder Naturschutz stehen", bei Hiebsmaßnahmen zu schonen.[677] Weil



Abb. 68: Eichen im sogenannten Urwald bei der Sababurg im Reinhardswald, 1920er Jahre [?] (Quelle: Abteilung für Forstbotanik und Baumphysiologie, Universität Göttingen, Fotoalbum des ehemaligen Botanischen Instituts; Repro Volker Meng, 2022).

sich nach Auffassung des Ministers für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft – Oberste Naturschutzbehörde – Abholzungen in der freien Landschaft und in den Ortschaften nachteilig auf das Landschaftsbild sowie auf die Erträge der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Kulturen auswirken könnten, müssten solche Maßnahmen äußerst vorsichtig und mit Beteiligung der Naturschutzbehörden geplant und durchgeführt werden.

Demnach waren vor allem vom Abtrieb auszunehmen:

- Bäume und Gehölze als Naturdenkmale[678] bzw. schutzwürdige Landschaftsbestandteile

676 Noch im Dezember 1963 antwortete Staatssekretär Hüttebräuker aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium auf die Frage des Abgeordneten Schmidt (Braunschweig), aus welchen Gründen die Bundesregierung bisher davon abgesehen habe, dem Bundestag den Entwurf eines Naturschutz-Rahmengesetzes zuzuleiten, dass dafür bislang kein vordringliches Bedürfnis gesehen worden sei. Seitdem das Reichsnaturschutzgesetz durch Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 1. Oktober 1958 als Bundesrecht nicht mehr weitergelte, habe es sich mit seinen Durchführungsverordnungen als Landesrecht bewährt, ohne dass es eines Rahmengesetzes bedurft hätte. Allerdings, so der Staatssekretär weiter, befasse sich sein Haus schon vorsorglich mit den Vorarbeiten für ein solches Rahmengesetz des Bundes (UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 199, Deutscher Bundestag, 98. Sitzung, 4. Dezember 1963, S. 4504).

677 NLA HA, Nds. 660 Busschewald Acc. 59/91 Nr. 371, Der Oberpräsident von Hannover als Oberste Naturschutzbehörde, Grimme (i. V.), am 16. Mai 1946 an die Höheren und Unteren Naturschutzbehörden in der Provinz Hannover; a.a.O., Hausmann (i. V.), Landesforstamt, Sarstedt, am 13. Juni 1946 an verschiedene Adressaten.
Zwei Monate später, am 14. August 1946, warb Hausmann um Unterstützung des Landesvogelschutzbundes Niedersachsen. Die Kriegsereignisse hätten der heimischen Vogelwelt großen Schaden zugefügt. Der Landesvogelschutzbund habe es sich nun zur Aufgabe gemacht, „durch Aufklärung und Beratung den wirtschaftlichen Wert unserer Nutzvögel herauszustellen und ihre vermehrte Ansiedlung und Erhaltung zu betreiben", so Hausmann. Dies sei auch im Interesse der Forstwirtschaft. Zu den Aufgaben der „Forschungsstation für wirtschaftlichen Vogelschutz in Lüneburg – Kalkberg" gehörte neben dem Schutz seltener Vogelarten die Hege und Erforschung vor allem solcher Vögel, welche Schädlinge in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Obst- und Gartenbau vertilgten (NLA HA, Nds. 660 Busschewald Acc. 59/91 Nr. 371, Der Oberpräsident der Provinz Hannover – Landesforstamt –, i. V. Hausmann, Sarstedt, am 14. August 1946 an Verteiler; a.a.O., Hektographierter Umdruck „Forschungsstation für wirtschaftlichen Vogelschutz in Lüneburg – Kalkberg"; ohne Datum [vermutlich aus dem Jahr 1947]).

678 Hier sei angemerkt, dass die Mündener Forstakademie zu den Gründungsmitgliedern des Provinzialkomitees für Naturdenkmalpflege gehörte, das sich am 15. Juni 1909 in Hannover im „Haus der Väter" konstituierte. Dessen vordringlichste Aufgabe

- Bäume und Gehölze mit besonderen ästhetischen Wirkungen und zum Sichtschutz
- Bäume und Gehölze zum Wind- und Erosionsschutz sowie zum Schutz der für die Landwirtschaft wichtigen Vögel

Ziel sei „eine planmäßige Bewirtschaftung der für die Landschaft lebensnotwendigen Baum- und Strauchbestände". In strittigen Fällen entschieden die Oberste Naturschutzbehörde und das Landesforstamt im Einvernehmen.[679] Die „Richtlinien für Abholzungen in der freien Landschaft und in den Ortschaften" sahen vor, dass die Naturschutzbeauftragten für die von ihnen betreuten Gebiete „Vorschläge über die zu schonenden und die zur Abholzung freigegebenen Bestände" unterbreiteten. Solche Erhebungen sollten dann als Grundlage für die Gespräche mit den Forstbehörden dienen. Die Kreisnaturschutzbeauftragten waren bei der endgültigen Festlegung des Abholzungsplanes hinzuzuziehen.[680] Hausmann drang auf eine verständnisvolle Zusammenarbeit der Forstbehörden mit den Naturschutzbehörden bei geplanten Hiebsmaßnahmen, „die das Landschaftsbild wesentlich beeinflussen". Gemeint war hier die rechtzeitige Unterrichtung der Naturschutzbehörden.[681]

Es bliebe weitergehenden Analysen vorbehalten zu prüfen, welcher Art die Einflussnahme der Naturschutzbehörden auf die fraglichen Abholzungen tatsächlich gewesen ist. Von einem frühen Eindringen des Naturschutzes in die Belange der Forstwirtschaft konnte, weil es sich um Bäume und Gehölze außerhalb des Waldes handelte, wohl nicht gesprochen werden. Andererseits wurden die jeweiligen Fachressorts mit den Befindlichkeiten der beteiligten Akteure unter den Verhältnissen der frühen Nachkriegszeit in einer völlig veränderten politischen Landschaft vertraut gemacht.

Holz tut not

Ein „Holznotgesetz" („Gesetz zur Förderung der Holzzucht ausserhalb [sic!] des Waldes und zum Aufbau eines planmässigen [sic!] Windschutzes") war seinerzeit auch in Schleswig-Holstein erarbeitet worden. Paragraph 1 sah den Zusammenschluss von Grundbesitzern außerhalb des Waldes zu Holzzuchtverbänden vor mit dem Ziel, eine planmäßige Holzzucht zu ermöglichen und die gesamte Bodenkultur vor Wind zu schützen. Der Landwirtschaftsminister konnte bestimmte Gebiete zu sogenannten Holznotgebieten erklären (§ 5). Immerhin betrug seinerzeit die Holzbodenfläche außerhalb des Waldes in Schleswig-Holstein etwa ein Viertel der Waldfläche. Zwischen 1800 und 1850 sollen in Ostholstein bereits 87.000 km Knicks angelegt worden sein.[682]

„Besser kein Gesetz als dieses!"

Doch zurück zur forstlichen Gesetzgebung in Niedersachsen. Als dann endlich zu Beginn der 1970er Jahre in Niedersachsen der Regierungsentwurf eines Landeswaldgesetzes vorlag, zeigte sich der Mündener Forstpolitiker Hasel arg enttäuscht. Mit ihm „würde die Forstgesetzgebung in der Bundesrepublik einen schweren Rückschlag erleiden". Und: „Anstelle notwendiger optimaler Regelungen will man sich mit minimalen Lösungen zufrieden geben." Hasels Kritik entzündete sich unter anderem daran, dass der besonderen Sozialbindung des Waldes kaum Rechnung getragen worden sei. Ähnliches gelte für die Schutzfunktionen des Waldes. Blankes Unverständnis gegenüber forstpolitischen Erfordernissen spreche aus der Behauptung in der Gesetzesbegründung, dass ein gesetzlicher Genehmigungsvorbehalt für Waldrodungen „die Verwaltung

---

sollte sein, „einen Überblick über die vorhandenen Naturdenkmäler zu gewinnen" (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 268, Der Oberpräsident der Provinz Hannover am 4. Juli 1909 an den Mündener Akademiedirektor).

679 NLA HA, Nds. 660 Busschewald Acc. 59/91 Nr. 371, Der Minister für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft – Oberste Naturschutzbehörde , Grimme, am 18. Dezember 1946 unter anderem an die Naturschutzbehörden des Landes, das Landesforstamt in Sarstedt und die Straßenbauabteilung.

680 NLA HA, Nds. 660 Busschewald Acc. 59/91 Nr. 371, Der Minister für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft – Oberste Naturschutzbehörde –, Grimme, am 18. Dezember 1946 unter anderem an die Unteren Naturschutzbehörden.

681 NLA HA, Nds. 660 Busschewald Acc. 59/91 Nr. 371, Der Niedersächsische Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, i. A. Hausmann, Sarstedt, am 8. Dezember 1947 an Verteiler.

682 NLA HA, Nds. 120 Hannover Acc. 2019/14 Nr. 1, „Holznotgesetz"; ohne Datum [vermutlich 1949]; a.a.O., Begründung zu einem Holznotgesetz für Schleswig-Holstein; ohne Datum [vermutlich 1949].

nicht unerheblich belasten und zu Leerlauf führen würde" usw. Verantwortlich für die Defizite machte Hasel offenbar den „Druck der Verbände" und empfahl: „Besser kein Gesetz als dieses!"[683]

Entwicklung im Bund

Im Jahr 1956 berichtete der „Forst- und Holzwirt" über den Entwurf eines Bundesforstgesetzes. Bereits am 20. Juni 1951 hatte die Bundestagsfraktion der SPD den Bundestag ersucht, die Bundesregierung aufzufordern, „zur Förderung der forstwirtschaftlichen Erzeugung den Entwurf eines Bundesforstgesetzes baldigst vorzulegen".[684] Vier Jahre später, 1955, sprach sich dann die Bundesregierung für ein Bundesforstgesetz aus; die Mehrheit der Landesforstchefs und der Agrarminister unterstützte seinerzeit die Pläne.[685] Bei dem jetzt, 1956, zur Debatte stehenden Text handelte es sich um den neuesten Referentenentwurf des Bundeslandwirtschaftsministeriums, der seinerzeit den Ländern und forstlichen Verbänden zur Stellungnahme vorlag. Neben der Verpflichtung, die Wälder nachhaltig und pfleglich zu bewirtschaften, sollten die Waldbesitzer dabei „die Schutzwirkungen des Waldes für Grundstücke, Gebäude und Anlagen gegen Schädigungen, insbesondere durch Wasser, Eis, Bodenbewegung, Wind, Frost und Austrocknung" berücksichtigen, „soweit dies im Rahmen ordnungsmäßiger Forstwirtschaft möglich und zumutbar ist" (§ 1). „Pflegliche Bewirtschaftung" umfasste unter anderem die „sachgemäße Behandlung des Bodens und die Wahl standortsgerechter Holzarten" sowie den Forstschutz gegen biotische und abiotische Schäden (§ 4). Nach § 9 war die Rodung von Wald grundsätzlich zu untersagen, wenn durch sie „landeskulturelle Interessen beeinträchtigt" wurden.[686] Die Schutzfunktionen des Waldes hatten zwar Eingang in den Gesetzentwurf gefunden. Sie waren jedoch den Nutzfunktionen im Zweifel nachgeordnet. Die Wiederaufforstung wurde in diesem Entwurf als soziale Verpflichtung aus dem Eigentum angesehen.[687] Er machte in § 3 „Nachhaltige Bewirtschaftung" die „Bildung eines normalen Holzvorrats und Altersklassenaufbaus der Bestände" zur Pflicht und schloss damit abweichende Waldaufbauformen grundsätzlich aus.[688]

Mit seinen fünfzehn kurzgefassten Paragraphen reichte dieser Entwurf, der Gesetzeskraft nicht erlangte, auch nicht annähernd an den ‚vollumfänglichen' Entwurf eines Reichsforstgesetzes aus nationalsozialistischer Zeit heran. Obgleich das „Dritte Reich" der Forstwirtschaft zu einer bis dahin nicht gekannten Aufmerksamkeit verholfen hatte, scheiterte jedoch das Großprojekt des Reichsforstgesetzes. Die zentralistische Ausrichtung des Entwurfs kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser das Ergebnis von teilweise sehr konflikthaften, langwierigen Verhandlungen zwischen den verschiedenen beteiligten Ressorts gewesen ist. In den Ressorts wiederum waren die Einflüsse machtvoller Akteure (‚Lobbyisten') nicht zu übersehen, die ihrerseits die ‚Spielregeln' des „Dritten Reichs" gut beherrschten. Auch die Wissenschaft, prominente Forstforscher, waren aufgerufen, sich zu dem Entwurf zu äußern. Dieser konnte damit den Forstwissenschaftlern Gelegenheit geben, sich in der Forschung mit den Regelungsbeständen des Forstgesetzentwurfs auseinanderzusetzen. Dessen Programmatik sollte deshalb auch, was die Forstforschung nach Kriegsende betraf, nicht ganz außer Acht gelassen werden.

Nach dem Krieg machte sich Heinrich Eberts, der als Urheber der Reichsforstgesetzentwürfe gilt und ihr Projekt am energischsten vorantrieb, auch weiterhin für einen dominanten Einfluss des Staates auf die Bewirtschaftung der Wälder stark. In einem programmatischen Vortrag aus dem Jahr 1950 bezeichnete er die Sicherung angemessener Einkommen der Waldbesitzer durch ‚politische' Holzpreise als unverzichtbar. Ein weiteres wichtiges Instrument erblickte Eberts in der Erziehung der Forstbeamten und Waldbesitzer. Die Erziehungsziele ergaben sich aus den Zwecken der Forstgesetzgebung. Die Forstbeamten sollten künftig bereits im Rahmen ihrer Ausbildung auf die Umset-

683 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 242, „Zum Entwurf eines niedersächsischen Landeswaldgesetzes" von Hasel; ohne Datum.

684 NLA HA, Nds. 50 Acc. 96/88 Nr. 79, Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode, 1949; Drucksache Nr. 2374, fol. 104.

685 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 199, „DFWR [Deutscher Forstwirtschaftsrat], »Leben und Tod des BFG« [Bundesforstgesetzes] (Sonderbericht 1953-1956).

686 Entwurf eines Bundesforstgesetzes (1956, S. 71).

687 Vermerke zum Entwurf eines Bundesforstgesetzes (1956, S. 72).

688 Entwurf eines Bundesforstgesetzes (1956, S. 71 f.).

zung der staatlichen Instrumente hin ausgerichtet und in der Erziehung der Waldbesitzer geschult worden sein. Den Waldbesitzern müsse ein „Verständnis für den Wald und für die im Forstbetrieb nötigen Arbeiten“ nahegebracht werden. Weil nun Erziehung nicht früh genug beginnen könne, sah Eberts die Zeit gekommen, „das ganze Volk mehr als bisher zum Walde zu erziehen“ – etwa durch die Behandlung forstlicher Fragen an den Volksschulen sowie an den Hochschulen für Lehrerbildung. Entsprechendes sei bereits im „Dritten Reich“ geplant worden, habe dann aber nicht mehr umgesetzt werden können, so Eberts.[689]

Doch zurück zur Entwicklung der Forstgesetzgebung im Bund. Der Deutsche Forstwirtschaftsrat, besonders die Landesforstverwaltungen und Waldbesitzerverbände hielten inzwischen und überraschenderweise ein Bundesforstgesetz nicht mehr für zwingend notwendig. Landesforstgesetze könnten, so hieß es, den regionalen Besonderheiten viel besser Rechnung tragen als ein Bundesforstgesetz. Aufgrund der Erfahrungen, die mit dem Reichsforstamt gemacht worden seien, würde „jede Einräumung weiterer Zuständigkeiten an den Bund“ abgelehnt. Dies offenbar auch deshalb, weil eine Beteiligung der vom Gesetz Betroffenen sowie der „Fachorgane“ nicht vorgesehen war.[690] Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) hingegen forderte in einer Entschließung vom 14. Juni 1956 gar den beschleunigten Erlass eines Bundesforstgesetzes. Dieses müsse die Waldbesitzer zu einer nachhaltigen, pfleglichen und sachkundigen Bewirtschaftung des Waldes sowie den Staat zur Förderung der Forstwirtschaft verpflichten.[691]

Nach Zundel & Schwartz entwickelte sich in Politik und Gesellschaft erst in den 1960er Jahren das Bedürfnis nach einem Bundeswaldgesetz. Ausschlaggebend hierfür war demnach, neben der schlechten Ertragslage der Forstbetriebe, die Erkenntnis, dass die Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes Berücksichtigung durch die Forstgesetzgebung finden müssten. Nach harten Auseinandersetzungen im Bundesrat konnte das Bundeswaldgesetz erst am 2. Mai 1975 verkündet werden. Die Rede war jetzt auch von einer „gesteigerten Sozialpflichtigkeit“ des Waldes.[692] Hier kann zumindest nicht ausgeschlossen werden, dass auch Anregungen aus der Wissenschaft, die auf eine stärkere Betonung der Sozialfunktionen des Waldes hinausliefen, ein entsprechendes Bewusstsein geschärft haben. Umgekehrt konnte auch die Wissenschaft aus dem umweltpolitischen Diskurs Forschungsthemen herleiten. Aus der verbliebenen Aktenüberlieferung des ehemaligen Mündener Instituts für Forstpolitik lässt sich freilich nicht rekonstruieren, auf welche Weise das Institut an der Entwicklung des Bundeswaldgesetzes beteiligt gewesen ist. Eine Beteiligung wird mittelbar über den Deutschen Forstwirtschaftsrat (DFWR) möglich gewesen sein, der neben anderem durch Stellungnahmen auf die Forstgesetzgebung Einfluss nahm und in dem seit seiner Gründung 1950 bis 1971 die Forstliche Fakultät von den Professoren Mantel, Lemmel, Nüßlein, Schober, Speidel, Hasel und Knigge vertreten wurde. Soweit erkennbar, war Hasel zwischen 1965 und 1971 Vorsitzender des Rechts- und Forstpolitischen Ausschusses des DFWR.[693]

6.7 Satzungen

Grundsätzliche Regelungen über die Rolle der wissenschaftlichen Forschung und deren Verhältnis zur Lehre enthalten zunächst die Satzungen für die forstlichen Lehranstalten. Im Rahmen solcher Statuten oblag es den jeweiligen Akademiedirektoren und ihren Vorgesetzten in den Ministerien, entweder Spielräume zu nutzen oder auch Initiativen für wissenschaftliche Arbeiten nach Belieben zu unterbinden. Erst nach dem Untergang des Kaiserreichs konnten sich in Münden demokratische Kräfte mit ihren Forderungen nach mehr Freiheit in Forschung und Lehre durch die Ein-

689 Eberts, Grundgedanken (1950). Dem Vernehmen nach hatte es bereits 1920 einen ersten Versuch gegeben, ein Reichsforstgesetz zu erlassen.
Eberts bezeichnete übrigens die ‚Zäsuren‘ von 1918, 1933 und 1945 jeweils als Umsturz (Eberts, Grundgedanken, 1950).

690 Stellungnahme (1956).

691 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 199, BDF-Entschließung zum Bundesforstgesetz vom 14. Juni 1956.

692 Zundel & Schwartz, Forstpolitik (1996, S. 73 f.).

693 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 214, Bericht über die Tätigkeit des Deutschen Forstwirtschaftsrates vom 21. Mai 1970, S. 4; Franz Thoma, schriftliche Mitteilung v. 9. November 2021.

führung einer Hochschulverfassung durchsetzen. Dass sich die Mündener Forstlehranstalt bis 1945 mit ihren Aktivitäten auf die forstlichen Verhältnisse des preußischen Nordwestens und Westens zu konzentrieren hatte, stellte eine forstakademische Grundsatzentscheidung dar, deren Bedeutung auch für die spätere Entwicklung nicht unterschätzt werden sollte.

Das „Regulativ für die Königlichen Forstakademien zu Neustadt/Eberswalde und Münden vom 1. März 1868“ stellte ganz zu Beginn als „Zweck der Akademien“ (§ 1) den Unterricht, das heißt „eine umfassende theoretische und praktische Vorbildung für den Dienst in der Staatsforstverwaltung“ vor die „Fortbildung der Forstwissenschaft im allgemeinen“. Damit war der Wissenschaft, wenn auch noch unbestimmt, ein Platz an den beiden Forstakademien eingeräumt worden. Zu den Pflichten des Kurators gehörte es unter anderem, sich „über die zweckmäßige Richtung des theoretischen und praktischen Unterrichts“ an den Forstakademien zu vergewissern (§ 3), insbesondere Mängel und „Zweckwidrigkeiten“ abzustellen.[694]

Als Lehrgegenstände wurden definiert (teilweise wörtliche Übernahme):[695]

a) In der Forstwissenschaft

1. Geschichte, Literatur und Einleitung des Forstwesens
2. Waldbau, Standortslehre, Holzerziehung
3. Forstschutz
4. Forsttaxation, Forstbetriebseinrichtung (jeweils mit besonderer Rücksicht auf die preußische Staatsforstverwaltung), Waldwertberechnung, forstliche Statik
5. Forstbenutzung und Forsttechnologie, Torfbetrieb, Waldwegebau
6. Volkswirtschaftslehre, Finanzwissenschaft, Staatsforstwirtschaftslehre, Ablösung der Waldservituten mit besonderer Rücksicht auf die preußischen Verhältnisse
7. Forstverwaltungskunde mit besonderer Rücksicht auf die preußischen Verhältnisse
8. Jagdkunde, Jagdverwaltungskunde

b) In der Naturwissenschaft

1. Enzyklopädie der Naturwissenschaften
2. Chemie
3. Physik einschließlich Mechanik, Meteorologie
4. Mineralogie, Geognosie mit Beziehung auf Bodenkunde
5. Botanik (allgemeine Botanik, Forstbotanik, Anatomie und Physiologie der Pflanzen)
6. Zoologie, besonders Ornithologie und Entomologie

c) In der Mathematik

1. Repetitorien und Übungen in der Arithmetik, Planimetrie, Trigonometrie und Stereometrie
2. Analysis mit Anwendung auf forstliche Aufgaben
3. Geodäsie, Planzeichnen
4. Forstvermessungsinstruktion in Preußen

d) In der Rechtswissenschaft

1. Preußische Rechtsgeschichte, Zivilrecht, Zivilprozess, Strafrecht, Strafverfahren in Beziehung auf Forst- und Jagdverwaltung, Forstpolizeigesetzgebung, preußisches Staatsrecht

Die Hilfswissenschaften seien „durchweg in spezieller Beziehung auf die Forstwissenschaft“ zu unterrichten.

Das Lehrpersonal setzte sich seinerzeit wie folgt zusammen:[696]

1. Prof. Dr. Heyer, Direktor und erster Lehrer der Forstwissenschaft
2. Oberförster Knorr, zweiter Lehrer der Forstwissenschaft
3. Oberförster Schering, Lehrer der Mathematik und Geodäsie
4. Prof. Dr. Mitscherlich, Lehrer der anorganischen Naturwissenschaften
5. Dozent Dr. Borggreve, Lehrer der organischen Naturwissenschaften
6. Amtsrichter Leonardt, Lehrer der Rechtskunde

694 Hasel, Quellen (1968, S. 59). Die folgenden Angaben spezifizieren und ergänzen den „Fächer-Kanon“ in Kap. 5.1.

695 Hasel, Quellen (1968, S. 60).

696 Hasel, Quellen (1968, S. 71).

Nach dem „Regulativ für die Wahrnehmung der Geschäfte der Oberforstbeamten und Forst-Inspektionsbeamten in den Oberförstereien Gahrenberg und Cattenbühl vom 1. April 1868" konnten die Direktoren der Forstakademie in den Lehrrevieren neben anderem „Versuche zu wissenschaftlichen Zwecken" ausführen.[697]

Das „Regulativ für die Königlichen Forstakademien zu Neustadt/Eberswalde und Münden vom 5. April 1875" trug offenbar den Erfahrungen Rechnung, die mit den Bestimmungen aus dem Jahr 1868 gemacht worden waren. Jetzt wurde in der Lehre zwischen sogenannten Grundwissenschaften, Fachwissenschaften und Nebenwissenschaften unterschieden (teilweise wörtliche Übernahme):[698]

A.) Grundwissenschaften

1. Physik, mit Meteorologie und Mechanik
2. Chemie
3. Mineralogie
4. Geognosie und Geologie
5. Botanik
   a) allgemeine Botanik
   b) Anatomie, Physiologie und Pathologie der Pflanzen
   c) spezielle Forstbotanik
   d) anatomisch-mikroskopische Demonstrationen
6. Zoologie
   a) allgemeine Zoologie
   b) spezielle Zoologie mit besonderer Rücksicht auf die für Forstwirtschaft und Jagd wichtigen Tiere, namentlich auf die Forstinsekten
7. Mathematik
   a) Repetitorien und Übungen in der Arithmetik, Planimetrie, Trigonometrie und Stereometrie
   b) Grundzüge der analytischen Geometrie
   c) Grundzüge der höheren Analysis
   d) Geodäsie nebst Planzeichnen
8. Allgemeine Wirtschaftslehre mit besonderer Rücksicht auf das Forstwesen

B.) Fachwissenschaften

1. Geschichte und Literatur des Forstwesens
2. Forstliche Standortslehre
3. Waldbau
4. Forstschutz
5. Forstbenutzung, Forsttechnologie
6. Forstabschätzung, Holzmesskunde, Forstvermessungsinstruktion in Preußen, Anleitung zur Forstabschätzung mit besonderer Rücksicht auf das Verfahren in Preußen
7. Waldwertrechnung und forstliche Statik
8. Forststatistik
9. Forstverwaltungskunde mit besonderer Rücksicht auf die preußischen Verhältnisse
10. Ablösung der Waldservituten mit Rücksicht auf preußisches Recht

C.) Nebenwissenschaften

1. Rechtswissenschaft, Preußisches Zivil- und Strafrecht, Zivil- und Strafprozess
2. Waldwegebau
3. Jagdkunde

Unter den Lehrmitteln wurden unter anderem chemische Laboratorien neu angeführt.

Es war nicht ausgeschlossen, dass neben anderem wegen Geldmangels des Staates und der daraus folgenden Personalknappheit einzelne Professoren eine ganze Reihe von Fächern unterrichteten, in denen sie nicht ausgewiesen waren. Dies erschwerte bzw. verzögerte die wissenschaftliche Entwicklung auf den jeweiligen Gebieten in den betroffenen Einrichtungen.

In der Satzung der Forstlichen Hochschulen Eberswalde und Hann. Münden vom 17. Oktober 1922 wurde, 54 Jahre nach Gründung der Mündener Forstakademie, auch die Forschung neben der Lehre als Aufgabengebiet offiziell anerkannt, wenn es dort heißt: „Die Forstlichen Hochschulen dienen der Lehre und Forschung auf dem gesamten Gebiet der Forstwissenschaft und ihrer Grund- und Hilfswissenschaften." Dasselbe galt im Grundsatz auch für die Lehrreviere.[699]

Die „Satzung der Forstlichen Versuchsanstalt in Eberswalde" vom 15. Oktober 1928 definierte als Auf-

697 Hasel, Quellen (1968, S. 63).

698 Hasel, Quellen (1968, S. 62 f.).

699 Hasel, Quellen (1968, S. 242, 246).

gabe der mit der dortigen Forsthochschule verbundenen Versuchsanstalt, auf dem Gebiet der Ertragskunde „und der anschließenden Gebiete des Waldbaues" dem praktischen Fortschritt der Forstwirtschaft zu dienen. Forstliche Tagesfragen würden jedoch überdies zu den Aufgaben der Hochschulinstitute gehören. „Daraus ergibt sich auch, daß die Hochschule zu Hann.-Münden die Fragen des Westens, die in Eberswalde die des Ostens bearbeitet." Der Preußische Landwirtschaftsminister Steiger forderte die Forstabteilungen auf, sich mit eigenen Forschungsfragen an die Forstlichen Hochschulen wenden. Der Direktor der Versuchsanstalt hatte zum 1. April eines jeden Jahres dem Ministerium einen Tätigkeitsbericht zu erstatten und zugleich den Arbeitsplan für das kommende Jahr zur Genehmigung vorzulegen. Es wurde für unbedingt erforderlich gehalten, dass sich Versuchsanstalt und die beiden Forstlichen Hochschulen über die Forschungsarbeiten abstimmten (vgl. Kapitel 5.2.13).[700]

Münden sorgt sich um die Qualität der naturwissenschaftlichen Ausbildung

Ein Wort zu den akademischen Prüfungen. Der Preußische Landwirtschaftsminister teilte der Mündener Forsthochschule am 12. April 1932 mit, dass er beabsichtige, „in Zukunft die Vorprüfungen an den beiden Forstlichen Hochschulen von demselben Prüfungsausschuß abhalten zu lassen". Dieser sollte neben einem Landforstmeister als Vorsitzendem von beiden Forstlichen Hochschulen paritätisch besetzt sein, um Gerüchten über unterschiedliche Schwierigkeitsgrade bei den Vorprüfungen entgegenzutreten.[701] Der Mündener Senat jedoch sah in der geplanten Neuregelung nicht nur eine Verletzung der akademischen Autonomie. Vielmehr wies er darauf hin, dass zwischen den Fächern, die in der Vorprüfung behandelt würden, und denjenigen der forstlichen Fachsemester im Hauptstudium wesentliche Unterschiede bestünden. Während die forstlichen Fächer in stofflicher Hinsicht eher als gleichmäßig zu betrachten seien, treffe dies auf die naturwissenschaftlichen Fächer der Vorsemester nicht zu. Hier müsse dem einzelnen Professor überlassen bleiben, wie er seine Studenten an die Stofffülle heranführe und welche Auswahl er dabei treffe. Sollten künftig die Inhalte dieser Grundfächer zwischen Münden und Eberswalde angeglichen werden, drohe eine Verflachung des Unterrichts.[702]

6.8 Lehrstuhlbesetzung[703]

Ohne Frage wird mit der Besetzung von Lehrstühlen die wichtigste Entscheidung über die künftige Ausrichtung eines Faches getroffen. Bis zur Einführung der Rektoratsverfassung in Münden 1921/22 wurden bereits durch die Einsetzung des mit sehr weitgehenden Gestaltungsrechten ausgestatteten Akademiedirektors grundlegende Weichenstellungen vorgenommen. Solange das Mündener Professorenkollegium entsprechende Freiheiten besaß, wurden diese mit großer Hingabe genutzt, um einerseits der wissenschaftlichen Tradition des Vorgängers, soweit sie gewahrt werden sollte, zu genügen, andererseits die Gelegenheit zu Akzentverschiebungen oder Innovationen zu nutzen.

Die Gründung der Forstakademie 1868 auf dem von Preußen erst zwei Jahre zuvor annektierten Territorium fiel in eine Nachkriegszeit. Damit war zugleich die Zielrichtung der neuen Lehranstalt vorgegeben, deren Organisation sich im Übrigen an der „Schwester" in Eberswalde orientierte. Die Reputation des Forstdirektors Heinrich Christian Burckhardt (1811-1879), der weit über die Grenzen des einstigen Königreichs Hannover hinaus bekannt war und verehrt wurde, mag dazu beigetragen haben, dass eine Reihe exzellenter Forstwissenschaftler dem Ruf nach Münden folgten.

Obgleich der Gedanke naheliegt, dass mit der Auswahl der Direktoren und Lehrer Einfluss auf die forstakademische, fachliche Ausrichtung genommen werden sollte, lässt sich dies gerade für die ersten Deka-

700 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16568, Der Preußische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Steiger, am 15. Oktober 1928 an die Forstabteilungen sämtlicher Regierungen, fol. 50, 52 f.

701 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 355, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 12. April 1932 an die Forstliche Hochschule in Münden.

702 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 355, Der Mündener Senat am 13. Mai 1932 an den Preußischen Landwirtschaftsminister.

703 Vgl. hierzu auch die Beispiele in Kapitel 5.2.

den nicht unbedingt feststellen. Gustav Heyer oder Julius Lehr etwa waren Vertreter der sowohl von Heinrich Christian Burckhardt als auch der Preußischen Staatsforstverwaltung abgelehnten Bodenreinertragslehre.

Zur Illustration sollen an dieser Stelle einige Nachrichten eingebunden werden, die einem Nekrolog entnommen sind, den Julius Lehr auf seinen Lehrer und Mündener Vorgesetzten Gustav Heyer 1883 veröffentlichte. Wir erfahren, dass Heyer und Burckhardt einander sehr gut verstanden. Heyer habe seinem Freund gegenüber keinen Hehl aus seiner Ablehnung gemacht haben, die er den isolierten Forstlehranstalten gegenüber hegte. Lehr weist in diesem Zusammenhang besonders auf die große Arbeitsbelastung des Akademiedirektors hin.[704] Dass Otto von Hagen (1817-1880), Leiter der Preußischen Staatsforstverwaltung und Kurator der beiden preußischen Forstakademien, daran festhielt, Heyer für den Posten des ‚Gründungsdirektors' der Mündener Forstakademie zu gewinnen, obgleich dieser bekanntermaßen ein Anhänger der Universitätsausbildung war, deutet darauf hin, dass ihm, wie Lehr ausführt, vor allem an den Qualitäten Heyers als Forscher und Lehrer gelegen war. Diesem habe allerdings die Zeit gefehlt, wissenschaftlich zu arbeiten. Als noch im Gründungsjahr „das forstliche Versuchswesen", wie es bei Lehr heißt, mit der Forstakademie verbunden, das heißt vermutlich eine Versuchsanstalt errichtet werden sollte, konnte diese „Gefahr" „glücklich abgewendet" werden. Heyer hatte gegen eine solche Verbindung fehlende Voraussetzungen und Defizite geltend gemacht, die, wie er fand, in der Verfassung der Akademie begründet lagen, von dem beträchtlichen zusätzlichen Arbeitsaufwand abgesehen. Später allerdings wurde in Münden das Fehlen einer Versuchsanstalt als Mangel und Standortsnachteil in der Konkurrenz mit Eberswalde immer wieder beklagt.[705] Dem Kurator Otto von Hagen in Berlin wusste Heyer dann jedoch am 7. November 1870 zu berichten, dass in neuerer Zeit der Ruf nach forstlichen Untersuchungen und Versuchen immer lauter geworden sei, „welcher im Grunde nichts anderes ist als eine Mahnung zu einer exakten Behandlung des Forstwesens".[706]

704 Hasel, Quellen (1968, S. 75).

705 Hasel, Quellen (1968, S. 76 f.).

706 Hasel, Quellen (1968, S. 184).

In einer gutachtlichen Stellungnahme aus dem Jahr 1874 sprachen sich die Mündener Professoren überraschend deutlich für eine Ausbildung der Forstkandidaten an Universitäten aus. Gute Gründe für eine Beibehaltung der isolierten Fachhochschule könnten nach ihrer Auffassung nicht mehr geltend gemacht werden.[707] Als Heyer 1875 zu offenbar sehr günstigen Konditionen an die Hochschule für Bodenkultur [nach Wien?] wechseln konnte, soll er sich „nach langem Kampf" für einen Verbleib in Münden entschieden haben, geleitet von der Hoffnung, dass auch in Preußen die „Universitätsrichtung" mehr und mehr an Boden gewinnen würde. Drei Jahre später, 1878, habe Heyer dann den lästigen Mündener Direktorposten gegen einen Lehrstuhl und „freie Geistesarbeit" in München getauscht. Lehr bemerkt noch, dass Heyer von Bernard Borggreve auf widerliche Weise angegriffen und verunglimpft worden sei.[708]

Heyers Nachfolger als Direktor der Mündener Forstakademie war der vor allem als Forsthistoriker bekannt gewordene August Bernhardt (1831-1879). Nach Kropp & Rozsnyay erinnerte der von Bernhardt propagierte Waldbau sehr stark an den Möllerschen Dauerwald.[709] Bernhardt gehörte zu denjenigen Forstleuten, die sich gegen eine „unbeschränkte Freiheit des Waldeigentums und der Waldwirtschaft" engagiert zur Wehr setzten. Er war auch politisch aktiv, als Mandatsträger im Preußischen Abgeordnetenhaus, zunächst für die national-liberale Partei, dann für die frei-konservative Fraktion. Er habe sich in diesen Funktionen „vorzugsweise zum Anwalt der forstlichen Interessen" gemacht, heißt es in dem von Hasel auszugsweise mitgeteilten Nachruf auf Bernhardt durch Bernhard Danckelmann (1831-1901).[710]

Auch hier ist interessant, dass mit Bernhardt 1878 abermals ein Anhänger des forstlichen Universitätsunterrichts zum Direktor der Mündener Forstakademie berufen wurde. Erst einige Monate im Amt regte er eine Reform des bis dahin in Münden erteilten Unterrichts in der forstlichen Bodenkunde, Mineralogie

707 Hasel, Quellen (1968, S. 231).

708 Hasel, Quellen (1968, S. 78).

709 Kropp & Rozsnyay, Biographie (1998, S. 72).

710 Hasel, Quellen (1968, S. 81 f.).



Abb. 69: Blick in die Wohnung des Direktors im ersten Stock der Forstakademie [?] aus dem Prachtalbum der Mündener Dozenten für den scheidenden Akademiedirektor Wilhelm Weise, 1906 (Quelle: SUBGÖ, Bereichsbibliothek Forstwissenschaften; Repro Christian von Schnehen-Ahrens, 2022).

und Geognosie an, welchen er als ganz ungenügend kritisierte. Dem Dozenten für anorganische Naturwissenschaften (Physik, Chemie, Mineralogie, Geognosie und Geologie) könne es gar nicht gelingen, einem so überaus wichtigen Gebiet wie der Bodenkunde die erforderliche Aufmerksamkeit zu schenken. Forstleute seien angesichts der Anforderungen, welche dieses Fach an naturwissenschaftliche und besonders chemische Kenntnisse stelle, dazu ohnehin nicht in der Lage. Dasselbe treffe im Übrigen auch für die Meteorologie und Klimakunde zu, auf die Bernhardt in der forstlichen Ausbildung ebenfalls großen Wert legte. Es komme hinzu, dass das für die Forstwissenschaft so wichtige Versuchswesen in Münden systematisch ausgebaut werden müsse und dafür ein tüchtiger Dozent der Chemie unabdingbar sei. Für diesen Posten brachte Bernhardt sogleich den Chemiker Friedrich Wilhelm Daube (1844-1886) ins Gespräch. Sollte Daube berufen werden, dann könnte dieser Vorlesungen auf den Gebieten der Mineralogie, Geognosie und Geologie, Meteorologie, der forstlichen Bodenkunde und „Klimatik“ übernehmen und chemisch-bodenkundliche Untersuchungen durchführen. Mitscherlich würden dann die Vorlesungen über Physik, anorganische sowie organische Chemie verbleiben. Bernhardt hielt Daube für einen ausgezeichneten Wissenschaftler mit durchaus ehrenhaftem Charakter, der „im Falle seiner Berufung an die hiesige Forstakademie Ersprießliches leisten wird“. Er setzte voraus, dass, sollte Daube kommen, ein Versuchslabor für bodenkundliche Arbeiten ein-

gerichtet werden müsste. Weil hierfür der Platz noch fehlte, war Bernhardt bereit, Räume seiner Dienstwohnung abzugeben. Am Schluss konnte Bernhardt nicht verhehlen, dass die Mündener Akademie „hinter ihrer Schwesteranstalt in Eberswalde unverkennbar etwas zurückgeblieben" sei. Er war jedoch überzeugt, dass durch die Berufung Daubes „eine wesentliche Lücke in dem Unterrichtsplan ausgefüllt und einer der Gründe beseitigt werden wird, welche das Zurückbleiben der Akademie herbeigeführt haben".[711] Nur wenige Monate, nachdem er seinen Reformvorschlag unterbreitet hatte, starb August Peter Bernhardt in Münden. Friedrich Wilhelm Daube aber wurde noch im selben Jahr an die Forstakademie berufen.[712]

Anders als bei seinen Vorgängern wurde die Ernennung von Bernard Borggreve, der August Bernhardt nach dessen frühem Tod 1879 in der Direktion der Forstakademie nachfolgte, gelegentlich als schwerer Missgriff gewertet.[713] Als Wissenschaftler vielseitig, produktiv und anerkannt, fügte er doch der Akademie durch seine ungestüme Streitsucht und verheerende Menschenführung einigen Schaden zu, der schließlich 1891 auch seine Abberufung erzwang. Nach Borggreve übernahm Wilhelm Weise (1846-1914) die Leitung der Akademie. Bei der Einführung Weises in sein neues Amt war auch kurz von der „Förderung der Wissenschaft durch den Lehrkörper" die Rede. Der Oberlandforstmeister [Karl Donner?] soll in diesem Zusammenhang besonders auf das Versuchswesen hingewiesen haben – ohne jedoch die Bewilligung von Sondermitteln zu diesem Zweck in Aussicht zu stellen. Weise gab im Jahr 1901 dem vorgesetzten Landwirtschaftsministerium gegenüber seiner Befürchtung Ausdruck, dass ausgezeichnete Professoren die Forstakademie zugunsten eines Lehrstuhls an einer Universität wieder verlassen könnten.[714]

711 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 157, Akademiedirektor Bernhardt am 29. Januar 1879 an den Preußischen Finanzminister.

712 Kropp & Rozsnyay, Biographie (1998, S. 71 f., 126).

713 Vgl. Hasel, Quellen (1968, S. 141).

714 Hasel, Quellen (1968, S. 143, 205).

„Selbständige Forschungen"

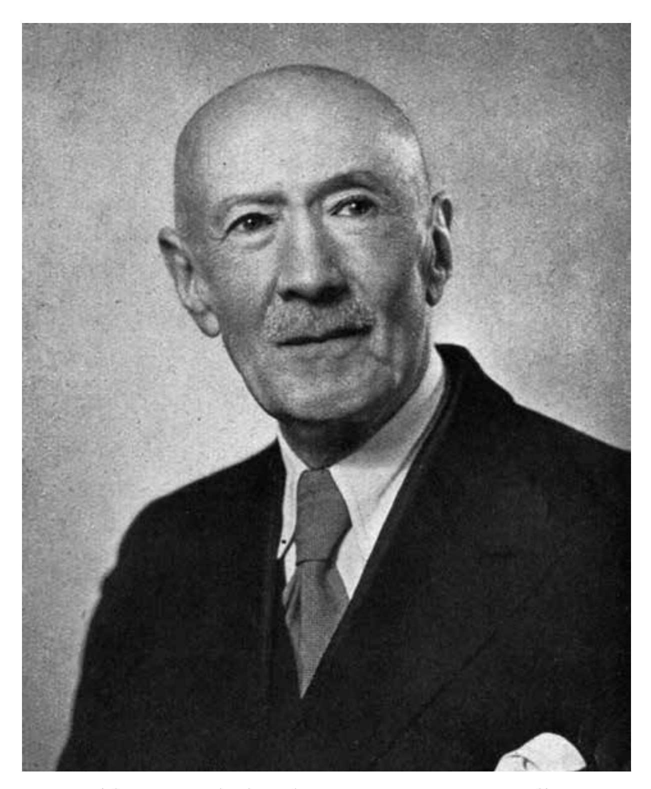


Abb. 70: Paul Ehrenberg (1875-1956) (Quelle: Zeitschrift für Pflanzenernährung, Düngung, Bodenkunde 50/95, 1950, vor S. 1).

Als 1910 die Nachfolge des verstorbenen Inhabers des Lehrstuhls für Chemie, Constantin Councler, geklärt werden musste, sprach sich das Dozentenkollegium mehrheitlich für Dr. Paul Ehrenberg aus. Sehr gelobt wurden die Fülle, die Vielseitigkeit und wissenschaftliche Sorgfalt seiner Arbeiten. Von Ehrenberg, der neben Chemie auch Mineralogie und Geologie zu lesen hatte, wurde daher erwartet, dass „unsere Forstwissenschaft auf jenen Gebieten durch selbständige Forschungen […] wesentlich gefördert werden wird".[715]

Freiheit der Forschung

Von Hagen sicherte 1872 dem Heidelberger Privatdozenten und späteren Mündener Professor für Botanik Dr. Nicolaus Jacob Carl Müller (1842-1901) zu, dass

715 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 200, Die Mündener Forstakademie am 21. März 1910 an den Preußischen Landwirtschaftsminister.

„die Freiheit der eigenen Forschung, die Methode des Unterrichts und die Selbständigkeit im wissenschaftlichen Arbeiten nicht beschränkt" würden.[716] Karl Fricke (1859-1914), der von 1908 bis 1914 an der Spitze der Akademie stand, hat nach dem Urteil des Botanikers Moritz Büsgen die Tätigkeit der wissenschaftlichen Institute gefördert, wo immer es ihm möglich war und ohne dabei die Dozenten zu beengen.[717] Gustav Ludolf Schilling (1861-1928) hingegen setzte den Bestrebungen der Reformfraktion um Richard Falck nach Einführung der Hochschulverfassung mit ihren akademischen Freiheiten offenen Widerstand entgegen.[718]

Es spricht vieles dafür, dass die Fortschrittlichen um Falck, Wedekind und andere um 1920 Urheber der „Thesen für die Begründung einer Reform des forstlichen Unterrichts- und Forschungswesens" in Münden gewesen sind. Sie enthalten beispielsweise die

- Forderung nach Einführung des (kollegialen) Rektoratssystems und Abschaffung des Direktorialsystems zugunsten von Mitbestimmung und Entscheidungsfreiheit.
- Wegen des bislang geltenden Grundsatzes, in erster Linie Verwaltungsbeamte auszubilden, fehle es an den preußischen Forstakademien an wissenschaftlich interessierten Studenten und folglich an wissenschaftlichem forstlichen Nachwuchs.
- Die Verfasser vertreten den Standpunkt, an der Forstlichen Hochschule nicht etwa Verwaltungsbeamte, sondern Kulturtechniker nach wissenschaftlichen Kriterien auszubilden.
- Vorgeschlagen wird ein Anschluss der Mündener Akademie an die Landwirtschaftliche Fakultät der Universität Göttingen. Anderenfalls sei nicht zu verhindern, dass die „besten Kräfte […] den Anstalten mit freier Verfassung zustreben".
- Ihrer wissenschaftlichen Ausbildung entsprechend sollen die Forstbeflissenen eine kleine, selbstständig verfasste wissenschaftliche Prüfungsarbeit anfertigen.[719]

In der Allgemeinen Forst- und Jagdzeitung wurde 1921 die Auffassung vertreten, dass die Abschaffung des autokratischen Direktorialsystems an den preußischen Forstakademien allein dem Landwirtschaftsminister Otto Braun (1872-1955) zu danken gewesen sei. Dieser allerdings stoße „aus politischen Gründen in forstlichen Kreisen" auf wenig Gegenliebe.[720] Für die Preußische Staatsregierung sei, wie an gleichem Ort zwei Jahre später zu lesen war, ausschlaggebend gewesen, durch die Verleihung der Hochschulverfassung wissenschaftliches Arbeiten und die Selbstverwaltung zu fördern.[721] Laut Protokoll der Mündener Professorenkonferenz vom 11. Juni 1920 hatte Edgar Wedekind offenbar auch in eigenem Namen eine Denkschrift verfasst, welche den „Antrag auf Einführung des Rektoratssystems an der Forstakademie Münden" betraf und dessen Entwurf dem Minister übergeben worden war.[722]

„Drittes Reich"

Die Gesetze der Diktatur bereiteten den Errungenschaften auf den Feldern der akademischen Forschung und Lehre in Deutschland ein jähes Ende. Um welche Regelungen es sich im Einzelnen handelte, wie sie sich auf die Forsthochschule auswirkten und welche Rolle Mündener Dozenten und Studenten bei der Nazifizierung ihrer Alma Mater spielten, ist inzwischen eingehend untersucht und dokumentiert worden.[723] Noch einmal hingewiesen werden sollte allerdings auf die Besonderheit, dass mit den Angriffen von Studenten auf Richard Falck und das von ihm geleitete Institut

716 Hasel, Quellen (1968, S. 185); Kropp & Rozsnyay, Biographie (1998, S. 343).

717 Hasel, Quellen (1968, S. 148).

718 Hasel, Quellen (1968, S. 149 f.); zu den ‚Verfassungskämpfen' in Münden vgl. ausführlich Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 28 ff., et passim).

719 Hasel, Quellen (1968, S. 235-238).

720 Hasel, Quellen (1968, S. 241).

721 Hasel, Quellen (1968, S. 242).

722 AFFGÖ, Protokolle der Professorenkonferenzen, Konferenz vom 11. Juni 1920.

723 Vgl. etwa Schleifenbaum, Forstliche Hochschule (1987), Steinsiek & Rozsnyay, Grundzüge (1994), Steinsiek, Forst- und Holzforschung (2008), Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015), Steinsiek, Richard Falck (2019).



Abb. 71: Fackelzug der Forststudenten auf dem Mündener Schlossplatz 1933 (Quelle: StadtA HM, 008 Fackelzug der Forststudenten 1933 – Schlossplatz; Foto Niels Spicker).

bereits im Jahr 1920 die „Machtergreifung" an der damaligen Forstakademie im Vergleich zu anderen Hochschulen des Landes sehr früh eingeleitet wurde. Dies ist deshalb zu betonen, weil die nationalsozialistische Agitation der Studenten, die auch von einigen Dozenten unterstützt wurde, an der Forsthochschule ein Klima schuf, in dem für diejenigen, gegen die sich die Angriffe richteten, keine Rede mehr von (akademischen) Freiheiten sein konnte.

Von den bei Steinsiek (2015) genannten Bestimmungen sei auf die Richtlinien zur Vereinheitlichung der Verwaltung der Forstlichen Hochschulen vom 15. Mai 1935 besonders hingewiesen. Durch sie wurde das sogenannte Führerprinzip auch in Münden durchgesetzt. Der Rektor unterstand jetzt unmittelbar dem Reichsforstmeister und wurde seit 1937 nicht mehr gewählt, sondern ernannt. Mit der Eingliederung der Forstlichen Hochschule in die Universität Göttingen zum 1. April 1939 erfolgte die Ernennung des Dekans durch den Göttinger Rektor.[724]

Einem Rundschreiben des Mündener Rektors an die Institutsleiter vom 18. Dezember 1937 zufolge soll der Staatssekretär im Reichsforstamt Friedrich Alpers (1901-1944) versichert haben, sich stets für die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung einzusetzen, um allerdings seine Zusage wie folgt entscheidend einzuschränken: „Daß die innere Haltung des Wissenschaftlers auf die völkischen Ziele ausgerichtet sein muß, ist eine Selbstverständlichkeit."[725]

Probleme des biologischen Gleichgewichts

In den hier zu erörternden Zusammenhang mag auch ein unmittelbar an den Reichsforstmeister gerichteter Vorstoß aus dem Institut für angewandte Zoologie der Bayerischen Forstlichen Versuchsanstalt München

724 Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 38).

725 Hasel, Quellen (1968, S. 261 f.).

vom 19. März 1936 gehören. Sein Verfasser äußerte große Sorge um die Zukunft der deutschen Wälder: „[E]ine Welle von Insektenkatastrophen nach der anderen geht über sie hin, überall Vernichtung hinterlassend." Waldbauliche Fehler des vergangenen Jahrhunderts „als Folge einer zu einseitigen wirtschaftlichen Zielsetzung" seien zweifellos die Ursachen. Mit Sicherheit würden sich die Schäden noch ausweiten. Eine Staatsnotwendigkeit wollte der Autor allerdings nicht nur in der Unterhaltung von ausreichenden einschlägigen Forschungseinrichtungen erblicken. Es sei vor allem darauf zu achten, dass bei der Neubesetzung der entsprechenden Lehrstühle „nur solche Forscher und Lehrer genommen werden, die sich mit den sehr komplizierten Problemen des biologischen Gleichgewichts im Walde schon eingehend beschäftigt haben". „Für die forstzoologischen Lehrstühle sind die besten biologisch geschulten Kräfte gerade gut genug."[726]

Rückblickend stellte Heinrich Süchting, der selbst viele Jahre in Münden geforscht und gelehrt hatte, dem dortigen ‚Modell' forstakademischer Wissensbildung und Wissensvermittlung ein schlechtes Zeugnis aus. Er übte in erster Linie Kritik an der starken Einflussnahme der Landesforstverwaltung auf die Lehrstuhlbesetzung und Forschungsinhalte. Bei den forstlichen, das heißt aus der Forstverwaltung nach Münden berufenen Dozenten habe es sich um wissenschaftlich unerfahrene Praktiker gehandelt, die überdies für wissenschaftliche Forschung meist nur wenig Verständnis hätten aufbringen können. „Es fehlte die umfassende, eigene, tiefschürfende, freie Forschung der Dozenten, die erst den Unterricht so fruchtbar und lebendig gestaltet." Den Forststudierenden sei ein, wie Süchting fand, „übertriebenes, unangebrachtes Standesbewußtstein" anerzogen worden, auf Kosten „des politischen, freien Weitblicks".[727]

Nach 1945

Warum die nach Kriegsende, 1947, von der Fakultät zur Besetzung etlicher Lehrstühle verabschiedeten Vorschläge nicht umgesetzt wurden, konnte nicht geklärt werden. Zugleich sei, wie Benett ausführt, eine „Überfremdung" der Fakultät durch heimatvertriebene Hochschullehrer befürchtet worden.[728] Einen personellen Umbruch erlebte die Forstfakultät etwa zwanzig Jahre später insofern, als zwischen 1962 und 1967 mehr als die Hälfte aller Lehrstuhlinhaber wechselte.[729] Auf diesen forstakademischen Generationenwechsel wurde an anderer Stelle, besonders bei den Überblicken über die Entwicklung der einzelnen Fächer, bereits etwas näher eingegangen.

6.9 Gestaltung des Forschungsumfelds und der Lehre

Es bedarf nach den vorangegangenen Ausführungen an sich keiner näheren Erläuterung dafür, dass Forschung und Lehre in den Forstwissenschaften, wie ihr Erkenntnisobjekt selbst, eine auch im wörtlichen Sinn ausgeprägte Standortsabhängigkeit zeigen. Darüber hinaus können auch bei der Planung von Lehrveranstaltungen didaktische und organisatorische Instrumente die Studierenden und Lehrenden zu wissenschaftlichem Denken inspirieren. Dasselbe gilt in noch verstärktem Maß für den steuernden Einfluss, den die Kontakte zu externen Fachgenossen und Einrichtungen auf die Forschung auszuüben vermögen (s.u.).

So hielt der Oberlandforstmeister Otto von Hagen in einem Schreiben vom 20. Juli 1867 an den Preußischen Staats- und Finanzminister Freiherrn von der Heydt die Nähe Mündens zu Göttingen für vorteilhaft, weil nicht nur von dort Lehrkräfte an eine in Münden zu errichtende Forstakademie herangezogen werden könnten. Überdies würde die Möglichkeit bestehen, dass die Wissenschaft in Münden durch Verbindungen ihrer Lehrer mit der Göttinger Universität profitierte.[730]

Auf einen weiteren Aspekt machte im Dezember 1923 die Forstliche Hochschule den Preußischen Landwirtschaftsminister Dr. Wendorff aufmerksam. Sie

726 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 192, Institut für angewandte Zoologie der Bayerischen Forstlichen Versuchsanstalt München am 19. März 1936 an den Reichsforstmeister.

727 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 193, Gutachten von Süchting als Dekan der Forstlichen Fakultät vom 20. März 1946.

728 Benett, Geschichte (1987, S. 40, 73 f.).

729 Benett, Geschichte (1987, S. 96).

730 Hasel, Quellen (1968, S. 51).

empfahl, die Bodenkunde aus dem 1. in den 2. Kursus des Lehrplans zu verschieben. Erst dann sei es möglich, dass die Professoren für Waldbau und für Bodenkunde gemeinsame Lehrausflüge durchführen könnten. Die Hochschule ging davon aus, dass beide Fächer „in Forschung und Lehre eine starke Befruchtung [erfahren], wenn ein steter Gedankenaustausch auf Lehrausflügen bei der Darlegung praktischer Beispiele“ stattfinde. „Zudem würde ein häufigeres gemeinsames Erörtern der waldbaulichen wie bodenkundlichen Besonderheiten aller Fragen nicht nur auf Lehrausflügen[,] sondern auch im Seminar die Studierenden früh auf die wichtigen Zusammenhänge zwischen Waldbau und Bodenkunde hinweisen, die zusammen doch die technisch-naturwissenschaftliche Grundlage der Forstwirtschaft sind.“[731]

6.10 Austausch mit externen Fachwissenschaftlern und Einrichtungen

Nach einem nicht näher bezeichneten Erlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, vermutlich vom Herbst 1939, sollten wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen zu einzelnen Auslandsstellen im bisherigen Umfang weitergepflegt werden.[732] Gastvorträge von Wissenschaftlern aus dem Ausland fanden nach Kriegsende seit 1952 wieder statt.[733] In den 1950er und 1960er Jahren bestand eine enge Kooperation des Forstzoologischen Instituts mit der Bundesversuchsanstalt in Wien, der dortigen Sektion Forstwirtschaft im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft sowie der Biologischen Station Lunz am See.[734] Außerdem konnte die Fakultät eine Reihe von ausländischen Gästen begrüßen.[735] Die Besucher kamen seinerzeit aus Finnland, Schweden, England, Türkei, Japan, Italien und den Niederlanden.[736] Auch Mündener Forstforscher hielten sich 1954 zur Teilnahme an wissenschaftlichen Veranstaltungen im europäischen und außereuropäischen Ausland auf. Am 16./17. Oktober 1954 trafen sich unter der Leitung von Fritz Nüßlein und aus Anlass der Internationalen Jagdausstellung in Düsseldorf 40 Jagdwissenschaftler aus 11 Ländern zu einer ersten Zusammenkunft der internationalen Jagdwissenschaftler.[737] Auf der Fakultätssitzung vom 11. Mai 1965 wurde über einen geplanten Austausch mit polnischen Forstleuten gesprochen.[738]

Der Bodenkundler Walter Wittich unterhielt zu Beginn der 1960er Jahre intensive Beziehungen zu Vertretern der forstlichen Bodenkunde in den USA, Schweden, Finnland, Dänemark, Österreich, England und den Niederlanden.[739] Und an Schobers Provenienzversuchen zur Europäischen und Japanischen Lärche waren neben inländischen auch ausländische Forscher beteiligt.[740] Während des akademischen Jahres 1966/1967 entsandte die Forstliche Fakultät fünf Wissenschaftler nach Valdivia, um dort im Rahmen des mit der Universidad Austral de Chile geschlossenen Patenschaftsvertrages eine Forstliche Fakultät neu einzurichten und auszubauen.[741]

6.11 Persönliches

Neben der Leistungsfähigkeit eines wissenschaftlichen Instituts und der gesamten Fakultät wird bekanntlich auch die Ausrichtung der Forschung stark durch Faktoren beeinflusst, die in der Person der Hochschul-

731 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 193, Die Forstliche Hochschule am 14. Dezember 1923 an den Preußischen Landwirtschaftsminister.

732 AFFGÖ, Protokolle der Fakultätssitzungen, Sitzung vom 21. November 1939.

733 Benett, Geschichte (1987, S. 65).

734 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 94, Knigge an den Göttinger Rektor am 14. April 1966.

735 Vgl. UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 94, Schreiben des Mündener Dekans an den Göttinger Rektor vom 19. April 1956.

736 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 94, „Tätigkeitsbericht über das Dekanatsjahr 1953/54 einschl. der Monate April/Mai 1954“ erstattet von Mantel.

737 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 94, Nüßlein am 4. April 1955 an den Mündener Dekan.

738 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 91, Fakultätssitzung vom 11. Mai 1965.

739 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 74, Wittich am 15. März 1961 an den Göttinger Rektor.

740 Vgl. dessen hektographierten Bericht vom 13. Oktober 1969 über den Internationalen Lärchenprovenienzversuch in UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 95.

741 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 94, Prodekan Knigge am 11. April 1967 an den Göttinger Rektor.

lehrerin und des Hochschullehrers liegen. Wiederholt wurde auf den „Fall Borggreve" hingewiesen. Borggreve führte sowohl auf wissenschaftlichem als auch auf zwischenmenschlichem Gebiet einen unentwegten Kampf gegen Andersdenkende und (vermeintliche) Gegner und fügte damit, von den Verletzungen der Kollegen und Studenten ganz abgesehen, der Forstakademie Schaden zu. Besonders der „Fall Mitscherlich" erregte die Gemüter, wie auch der Eklat um die Aufhebung forstakademischer Studentenverbindungen, welcher zugleich das Ende der Dienstzeit von Borggreve als Akademiedirektor in Münden bedeutete.

Der Mündener Mykologe Richard Falck war in der Lage, eine Zeit lang den antisemitischen Angriffen auf seine Person und sein Institut Widerstand entgegenzusetzen. Dies war wesentlich der Unterstützung Falcks durch das Preußische Landwirtschaftsministerium zu danken, dazu der Rückendeckung, die er durch die Kollegen Wedekind und Süchting und vor allem durch seine Familie erfuhr. Falck war ein religiöser Mensch, fest verankert in seinem jüdischen und christlichen Glauben an einen guten Gott. Der Glaube wird ihm Kraft gegeben haben, den ihm bestimmten Weg trotz aller Feindseligkeiten und Not mit Gewissheit zu gehen, auch nach seiner Flucht aus Deutschland 1933.

Die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur öffnete intrigantem Spitzeltum, Vorteilsheischerei und Denunziation Türen und Tore. In Münden scheint, soweit die Aktenüberlieferung entsprechende Schlüsse zulässt, Josef Nikolaus Köstler besonders während seiner Rektoratszeit aktiv auf Personalentscheidungen des Reichsforstamts Einfluss genommen zu haben, ohne dass hierfür immer sachliche Gesichtspunkte den Ausschlag gegeben hätten. Er selbst bescheinigte sich bei der Angliederung der Forsthochschule als Fakultät an die Universität Göttingen eine maßgebliche Rolle.

Konflikte zwischen den Mitarbeitenden einer Einrichtung schlugen sich in der Regel nur dann in der Aktenüberlieferung nieder, wenn etwa der Beschwerdeführer die Angelegenheit für so erheblich hielt, dass er sich in schriftlicher Form an den Rektor bzw. Dekan oder an das vorgesetzte Ministerium wenden zu müssen glaubte. Rede und Gegenrede konnten dann Eingang in die Personalakten finden. Hierzu gehört etwa die Auseinandersetzung zwischen dem wissenschaftlichen Assistenten am Forstzoologischen Institut Dr. Adolf Brauns und dem Institutsleiter Eidmann. Nachdem Brauns zehn Jahre lang seinen Dienst im Institut versehen und auch die stellvertretende Institutsleitung während der Abwesenheit Eidmanns wahrgenommen hatte – Eidmann war 1946 von der Militärregierung entlassen worden –, veranlasste Eidmann nach seiner Rückkehr 1948 die Kündigung seines Assistenten. Brauns setzte sich dagegen energisch zur Wehr, führte Gespräche, schrieb Briefe. Besonders verletzen musste ihn der Vorwurf seines Vorgesetzten, auf wissenschaftlichem Gebiet nicht genügend zu leisten. Brauns hielt dem unter anderem entgegen, dass seine Habilitation von Eidmann aus persönlichen Gründen abgelehnt worden sei. In diesem Zusammenhang wurde auch von anderer Seite der Vorwurf erhoben, Eidmann habe seine wissenschaftlichen Assistenten grundsätzlich schlecht behandelt und deren Fortkommen behindert.[742] Allerdings ist es nicht möglich, im Einzelnen den Wahrheitsgehalt solcher Äußerungen zu überprüfen. Nach wirtschaftlich schwierigen Zeiten fand Brauns dann Anstellung am Staatlichen Naturhistorischen Museum in Braunschweig. 1959 habilitierte er sich mit der Arbeit „Autökologische Untersuchungen über die thalassicolen Zweiflügler (Diptera) im schleswig-holsteinischen Bereich der Nord- und Ostsee" an der Technischen Hochschule Braunschweig, wo er 1964 zum außerplanmäßigen Professor ernannt wurde.[743]

Nicht eigentlich hierher im engeren Sinn gehören Interventionen von Mitgliedern der Fakultät und ihrer Vorläuferinnen etwa bei vorgesetzten Dienststel-

742 PrSlg Hans-Jürgen Brauns, Eidesstattliche Erklärung durch Detlev Müller-Using vom 18. April 1950.

743 Bode, Adolf Brauns (1997).
Auf Wunsch von Brauns gab neben anderen auch Julius Oelkers eine eidesstattliche Erklärung zu ausgewählten Aspekten der fraglichen Auseinandersetzung ab. Darin hielt Oelkers Brauns zugute, dass dieser sich „bei der Entnazifizierung der Fakultätsmitglieder durch schriftliche Gutachten oder durch mündliche Aussagen" eingesetzt habe, „und zwar oft entgegen der Einstellung des Dekans Prof. Dr. Süchting". Dieser Hinweis mag einmal mehr illustrieren, mit welcher Vorsicht die Erklärungen im Rahmen von Entnazifizierungsverfahren zu behandeln sind und in welchem Ansehen sie bei den Zeitgenossen selbst standen (PrSlg Hans-Jürgen Brauns, Eidesstattliche Erklärung durch Julius Oelkers vom 12. April 1950).

len, beim Kurator, Rektor oder dem Minister. In dieser Hinsicht tat sich Julius Oelkers durch seine Freundschaft zum Kurator der damaligen Forsthochschule, Julius Doerr, in den 1920er Jahren hervor. Auch unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs war Oelkers, bekanntlich selbst eifriger Befürworter einer selbstständigen Fachhochschule und scharfer Gegner von Umzugsplänen, dem damaligen Oberlandforstmeister und späteren Chef der Niedersächsischen Landesforstverwaltung Wilhelm Hausmann mit Stellungnahmen zu Diensten, in denen die Restitution der alten Forsthochschule ‚durchgespielt' wurde – ganz inoffiziell, versteht sich, das heißt noch ohne Wissen des Mündener Professorenkollegiums.[744] Derartige Aktionen waren geeignet, Zwietracht zu säen in einem Kampf, in dem augenscheinlich viele Mittel recht waren. Im Gegensatz dazu verfolgten in Münden zu Beginn der 1920er Jahre die ‚Reformer' um Richard Falck und Edgar Wedekind ihr Ziel, das autokratische Direktorialsystem durch eine demokratische Hochschulverfassung zu ersetzen, in offener Gegnerschaft zu den ‚Bewahrern'. Am 3. November 1925, dem Tag der Hubertusjagd, versuchte auch Oelkers den teilnehmenden Studenten in einer Rede nahezubringen, dass für den Fortschritt der Erkenntnis die akademische Freiheit zu den wichtigsten Voraussetzungen gehöre.[745]

Aus der Zeit nach 1945 fehlt es ebenfalls nicht an Beispielen, die zeigen, wie stark sich Misshelligkeiten, Feindseligkeiten, Unachtsamkeit und Kontrollverluste auf die Funktionsfähigkeit von Arbeitsgruppen und Instituten auswirken können. Dass davon auch die Richtung und Qualität der Forschung betroffen sein können, versteht sich von selbst. In diesem Zusammenhang sind durchaus auch jene Vorgänge zu nennen, welche mit Schwerpunkt in den 1960er Jahren geeignet waren, die Fakultät in ihrer Geschlossenheit zu gefährden (vgl. Kapitel 8.2). Auch hier geht es nicht zunächst um die Frage, ob eine Reform der wissenschaftlichen Disziplinen auf den Feldern der Bodenkultur überhaupt für sinnvoll erachtet werden konnte oder nicht. Vielmehr erwiesen sich vermeidbare Verfahrensfehler als schwere Belastung in einem Prozess, der ohnehin durch ein hohes Konfliktpotential gekennzeichnet war.



Abb. 72: Julius Doerr, Kurator der preußischen Forsthochschulen und Vertrauter von Julius Oelkers, 1932 (Quelle: SUBGÖ, Bereichsbibliothek Forstwissenschaften; Repro Christian von Schnehen-Ahrens, 2022).

Nicht die Notwendigkeit des wissenschaftlichen Disputs und des Streits um hochschulpolitische Grundsatzfragen steht hier in Rede, sondern das Erfordernis, von allen, die es angeht, die Einhaltung essentieller Umgangsformen, Verhaltensweisen und Regeln des Respekts, neben solchen einer guten wissenschaftlichen Praxis, ohne Ausnahme zu fordern und notfalls auch durchzusetzen. Wer je in einer Hochschuleinrichtung gearbeitet hat, weiß, dass es dabei ganz besonders, wenn nicht in erster Linie um verbindliche Formen eines respektvollen Umgangs geht.

744 Vgl. hierzu ausführlich das Kapitel „Oelkers' Kampf" bei Steinsiek, Forstliche Fakultät (2015, S. 69 ff.).

745 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 191, Typoskript einer Rede von Oelkers vom 2. November 1925, fol. 110-116.

„Fall Röhrig“

Große Bestürzung erregte die Verhaftung des Privatdozenten Dr. Ernst Röhrig am 9. Dezember 1961 im Ostsektor von Berlin. Röhrig hatte sich dort, am Rande eines Besuchs seiner Schwiegereltern in Westberlin, mit dem Kollegen Dr. Günter Kilias aus Eberswalde getroffen, der ebenfalls von der „Staatssicherheit“ verhaftet wurde. Am 27. April 1962 wurde Röhrig vom Bezirksgericht Dresden „wegen Nachrichtensammlung und Abwerbung zu 3 ½ Jahren Zuchthaus verurteilt“, kam jedoch offenbar bereits am 17. März 1963 im Zuge eines Häftlingsaustauschs wieder frei. Kilias erhielt eine Zuchthausstrafe von 1 ¾ Jahren.[746]

Der Fall sorgte seinerzeit auch international für Aufsehen. Die Fakultät setzte sich nach Kräften dafür ein, die Hintergründe der Verhaftung und Verurteilung zu ermitteln. Zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Forschungseinrichtungen des In- und Auslandes protestierten gegen Röhrigs Festnahme. Überliefert sind Nachrichten und Pressemitteilungen sowohl westdeutscher als auch ostdeutscher Medien. In Münden spielten Alfred Bonnemann und Peter Burschel bei der Koordinierung der Hilfsaktionen eine zentrale Rolle.

Die im ehemaligen Archiv der Professur für Forst- und Naturschutzpolitik der Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie aufgefundenen Akten, welche den „Fall Röhrig“ betreffen, geben insgesamt kaum Auskunft über das, was in Ostberlin tatsächlich vorgefallen ist und wie es zu der vorzeitigen Haftentlassung Röhrigs kam. Das Bundesarchiv und das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes indes verfügen über einige Archivalien, die möglicherweise Näheres enthalten, im Rahmen dieses Vorhabens jedoch nicht berücksichtigt werden konnten.

Weggefährten und Freunde des vor drei Jahren gestorbenen Forstwissenschaftlers berichten übereinstimmend, dass Röhrig Stillschweigen über die Umstände seiner Verhaftung bewahrt hat. Auch in den Gesprächen, die der Verfasser mit Röhrig vor längerer Zeit über die Geschichte der Forstlichen Fakultät führte, kam die fragliche Episode nie zur Sprache.[747]

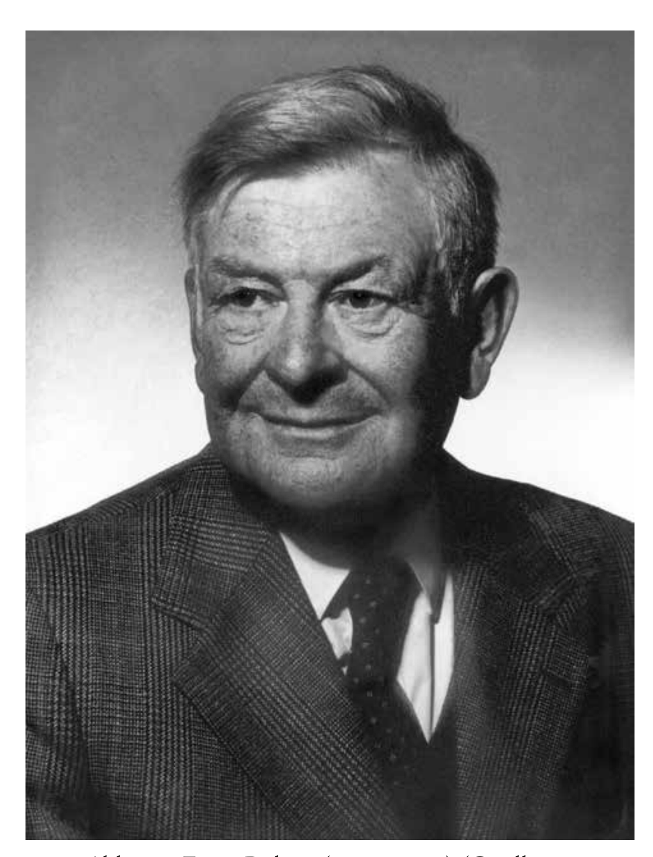


Abb. 73: Ernst Röhrig (1921-2020) (Quelle: Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen; Repro Wolfgang Tambour).

6.12 Studierende und wissenschaftlicher Nachwuchs

In dem von Hasel (1968) redigierten Quellenband zur Geschichte der Forstlichen Fakultät beansprucht die Lehre im Vergleich zur Forschung viel Raum. Der forstliche Unterricht war Gegenstand von teils ausführlichen Berichten durch den Akademiedirektor und intensiven Erörterungen mit dem vorgesetzten Ministerium. Für Münden erwiesen sich zeitweise sehr geringe Studentenzahlen als kritisch. Es kam hinzu, dass die Studenten in den Examina zuweilen schlechte Leistungen zeigten. Deshalb gab es auch Überlegungen, wie die Lehre attraktiver gestaltet werden könnte. Dies wirkte sich auf die Auswahl der Lehrer aus. Hier-

746 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 90, Bericht der Forstlichen Fakultät über das Amtsjahr 1962/63.

747 Norbert Bartsch, mündliche Mitteilung v. 15. Mai 2022; Jørgen Bo Larsen, schriftliche Mitteilung v. 25. April 2022; Jürgen Huss, schriftliche Mitteilung v. 9. Juni 2022.

durch wiederum wurde zugleich eine Entscheidung über die Forschung, das heißt über deren Ausrichtung und Güte, getroffen. Im Juni 1906 etwa bezeichnete die Forstakademie das wissenschaftliche Interesse der Forststudenten als sehr gering, weshalb ihr vor allem an begabten Lehrern und „fesselnden" Rednern gelegen sei.[748]

Als das Ministerium dann im Oktober 1906 das Mündener Lehrerkollegium aufforderte, für jeden Studierenden Angaben über dessen Studieninteressen und Lernverhalten mitzuteilen, fiel die Reaktion des Akademiedirektors denkbar deutlich aus. Das Ansinnen wurde nicht nur für die Vergangenheit zurückgewiesen. Auch für die Zukunft stellte das Kollegium den Antrag, von der geforderten Auskunftspflicht entbunden zu werden. Zur Begründung führte der Akademiedirektor aus, dass die Einführung einer solchen Kontrolle nicht mit dem Charakter der Hochschule [!] in Einklang stehe, „auf der volle Lernfreiheit ein althergebrachter und allgemein anerkannter Grundsatz ist". Er wies neben anderem auf die Gefahr hin, dass die Stellung der preußischen Akademien durch eine solche Maßnahme gegenüber den anderen forstlichen Hochschulen im Reich noch weiter herabgedrückt werden könnte.[749] Vielleicht kann hierzu ergänzt werden, dass sich Direktor Weise wenige Monate zuvor, als es um die Nachfolge des Zoologen Richard Heymons ging, vor allem deshalb für Ludwig Rhumbler aussprach, „weil er ein hervorragend tüchtiger und anregender Lehrer ist". Denn nur solche Vorlesungen würden von den Studenten besucht, „bei denen der Dozent auch durch die Art des Vortrages zu fesseln versteht". Dies sei bei Rhumbler der Fall. Das wissenschaftliche Interesse der jungen Forstleute sei leider, so Weise, sehr gering. Dass Rhumbler „natürlich nicht" als Spezialist für die Forstzoologie bezeichnet werden könne, wurde nicht in Abrede gestellt. Dasselbe treffe im Übrigen auch auf Heymons zu.[750] Wir erfahren außerdem, dass es seinerzeit drei Bewerber um die Nachfolge auf dem Lehrstuhl gab, deren Qualifikation von Fachgenossen bewertet worden war. Das Ministerium aber folgte dem Urteil des Mündener Akademiedirektors und erteilte Rhumbler den Ruf.



Abb. 74: Richard Heymons (1867-1943) (Quelle: SUBGÖ, Bereichsbibliothek Forstwissenschaften, Prachtalbum der Mündener Dozenten für den scheidenden Akademiedirektor Wilhelm Weise, 1906; Repro Christian von Schnehen-Ahrens, 2022).

Richard Heymons gehörte im Übrigen auch selbst zu denjenigen, die sich gutachtlich über die Bewerber äußerten. Auch Heymons lobte Rhumblers Qualitäten als Lehrer. Und auf seinem Spezialgebiet, der Erforschung der Zelle und ihrer Mechanik, habe dieser Epochemachendes geleistet und gelte als Autorität. Heymons be-

748 Hasel, Quellen (1968, S. 221).
Im Herbst 1939 schrieben sich in Münden die ersten beiden Frauen ein. Bis 1945 sollen dort dann insgesamt mehr als 30 Frauen ein Forststudium aufgenommen haben. 1944 wurde bestimmt, dass Frauen vor der Immatrikulation eine Eignungsprüfung abzulegen hatten (Steinsiek, Forstliche Fakultät, 2015, S. 47).

749 Hasel, Quellen (1968, S. 351).

750 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 182, Akademiedirektor Weise am 8. Juni 1906 an den Preußischen Landwirtschaftsminister.

tonte jedoch, dass es vor allen Dinge darum gehe, „einen Forscher zu gewinnen, der geeignet ist, die Forstzoologie als Wissenschaft zu fördern“. Denn nur dann bleibe, wie Heymons annahm, der deutschen Forstzoologie das Ansehen bewahrt, „das sie früher in so hervorragendem Maße gewonnen hat“. Er war sich nicht sicher, dass Rhumbler in der Forstzoologie das Gleiche würde leisten können wie in der Zellforschung. Andererseits wäre es durchaus zu bedauern, wenn Rhumbler seine bisherigen Forschungen ganz aufgäbe. Diese allerdings neben seinen Aufgaben in der Forstzoologie fortführen zu können, schloss Heymons aus. „Die Forstzoologie erfordert die Einsetzung der vollen ungeteilten Kraft.“[751]

Nach dem Ersten Weltkrieg, im August 1923, erreichte den Preußischen Landwirtschaftsminister ein Vorschlag des Mündener Rektors zu der Frage, wie dem Mangel an wissenschaftlichem Nachwuchs abgeholfen werden könnte. Obgleich seinerzeit Ludwig Rhumbler Rektor in Münden war, so kann doch sicher angenommen werden, dass die Initiative von Julius Oelkers ausging. Es sei lebhaft zu bedauern, dass die an der Hochschule beschäftigten Forstassessoren keine Gelegenheit hätten, sich an wissenschaftlicher Arbeit zu beteiligen. Dadurch fehle es nicht nur an wissenschaftlichem Nachwuchs, sondern auch an Verwaltungsbeamten „als Bindeglied zwischen Praxis und Wissenschaft“. Letzteres, das heißt die „Förderung der Zusammenarbeit der Verwaltungspraxis mit der wissenschaftlichen Forschung“ liege auch im Interesse der forstlichen Produktionssteigerung. Vorgeschlagen wurde deshalb, dass wissenschaftlich interessierte Forstassessoren für ein bis zwei Jahre von der Zentralverwaltung an die Forsthochschule versetzt werden könnten, um sich dort, etwa im Rahmen einer Dissertation, einer wissenschaftlichen Fragestellung zu widmen.[752] Der Minister war einverstanden.[753] Gleichwohl scheint diese Regelung wenig bewirkt zu haben. Denn bereits im März des Folgejahres (1924) stellte die Forsthochschule in einem Bericht an das Ministerium fest, dass die Forstreferendare zum Nachteil der wissenschaftlichen Forschung von dem Promotionsrecht keinen Gebrauch machten, weil ihnen vor allem „die nötige Zeit zur Vorbereitung auf die mündliche Doktorprüfung“ fehlen würde. Die Folge sei, dass „eine nicht geringe Zahl von Forstbeflissenen es vorgezogen [hat], an den Universitäten Freiburg oder München zu promovieren“, wo die Voraussetzungen günstiger seien. Auch diesmal zeigte sich das Ministerium einsichtig und genehmigte, dass den Kandidaten zur Vorbereitung auf die Prüfung Urlaub gewährt wurde.[754]

Seinerzeit, in den 1920er Jahren, stellte Ludwig Rhumbler Untersuchungen über das Zustandekommen von sogenannten Maikäferschwärmbahnen an, um daraus, wie er im Bericht der Forstlichen Hochschule für das Rektoratsjahr 1926/27 schrieb, „allgemeinere Schlüsse für die Bekämpfung der Maikäfer und die Errechnungsmöglichkeit der gefährlichsten unter den Engerlingsjahren zu ermöglichen“. Zu diesem Zweck beteiligten sich zwischen 1922 und 1926 immerhin 140 Mündener Studenten an den Beobachtungen und Zählungen auf den Schwärmbahnen. Sie erhielten auf diesem Weg Einblick in Fragen und Methoden empirischer wissenschaftlicher Forschung. In demselben Zusammenhang führte Rhumbler übrigens auch Versuche „über die Beeinflussung der Flugrichtung der Maikäfer durch Windrichtung und durch Windstärke“ durch, für die Ludwig Prandtl im Kaiser-Wilhelm-Institut für Strömungsforschung den von ihm entwickelten Windkanal zur Verfügung stellte.[755] Als ein weiteres Moment in dem Bemühen, Studenten an die Wissenschaft heranzuführen, können auch die von der Hochschule gestellten akademischen Preisaufgaben genannt werden.

Nach 1945

In eine ähnliche Richtung zielten die von den Studierenden angefertigten Seminar- und Diplomarbeiten. In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg traten auch die Landesforstverwaltungen als Themensteller für Diplom- und Seminararbeiten auf und nahmen

751 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 253, Heymons’ Gutachten über die Bewerber um die Professur für Zoologie in Münden vom Juni 1906.

752 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 191, Der Mündener Rektor am 18. August 1923 an den Preußischen Landwirtschaftsminister, fol. 37 f.

753 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 191, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 30. August 1923 an den Mündener Rektor, fol. 39.

754 Hasel, Quellen (1968, S. 253 f.).

755 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 192, Bericht der Forstlichen Hochschule Hann. Münden über das Rektoratsjahr 1926/27, S. 11 f.

hierdurch, ohne dass dies grundsätzlich beabsichtigt war, Einfluss auf die Forschung. Nordrhein-Westfallen etwa schlug vor, „Die Eingriffe der Besatzungsmächte in den deutschen Wald im Lichte der völkerrechtlichen Bestimmungen" bearbeiten zu lassen.[756]

Obgleich Angelegenheiten der Forststudierenden an sich hier nicht zum Untersuchungsgegenstand gehören, soll anhand von Beispielen auf einige Besonderheiten hingewiesen werden, die sich in den Biographien von Studenten fanden, welche nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in großer Zahl in die Mündener Hörsäle drängten. Darüber hinaus zeigen die Studierendenakten, dass belangvolle Forschungsfragen im Rahmen von schriftlichen Arbeiten durch Studenten aufgenommen und erfolgreich behandelt wurden. Damit bot sich den Studierenden eine Möglichkeit, die Institute mit wissenschaftlichen Beiträgen zu unterstützen und auch selbst Erfahrungen in der wissenschaftlichen Arbeit zu sammeln. Zwischen Juli 1948 und Juni 1949 wurden im Institut für Waldbau-Technik immerhin 80 Diplom- und Seminararbeiten angeleitet und angefertigt.[757] Auch in der Forstbenutzung wurden zahlreiche Studenten bei der Anfertigung von Seminar- und Diplomarbeiten unterstützt und angeleitet.[758] Von Vietinghoff-Riesch etwa stellte dem Forststudenten Gerhard Nöring im Fach Forstschutz die Aufgabe, im Sommersemester 1952 das Thema „Rauchschäden im Harz" schriftlich zu bearbeiten.[759] Karl Gatzweiler hatte schon im Sommersemester 1949 bei Mantel das Thema „Die schädlichen Einwirkungen der Industrie auf den Wald – und deren rechtliche Behandlung" erörtert. Im Fach Waldbau ließ Vietinghoff 1947 den Studenten Heinz Rüther eine schriftliche Seminararbeit zur Frage „Welche Folgen hat der gegenwärtige Mehreinschlag auf das Bestandesleben und den Boden und wie ist diesen Folgen zu begegnen?" anfertigen.[760]



Abb. 75: Blick in die Studentenbude des Forststudenten Albrecht von Kortzfleisch, Wintersemester 1959/60, in Münden (Quelle: PrSlg Albrecht von Kortzfleisch).



Abb. 76: Wurzelstauchungen und -krümmungen bei Lärche in einer Streifenkultur aus Lärche, Fichte und Kiefer (Quelle: Kraft, Dürreperioden, 1962, Abb. 14).

756 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 222, Themenliste für Seminar- und Diplomarbeiten des Lehrgebietes Forstrecht, S. 2; ohne Datum.

757 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 106, Institutsbericht Waldbau II (1. Juli 1948 - 30. Juni 1949) vom 15. Juni 1949. Nach der „Vorläufigen Studien- und Prüfungsordnung für das Studium der Forstwirtschaft an der Forstlichen Fakultät der Georg-August-Universität in Göttingen" vom 27. Juli 1954 (Nds. MBl. Nr. 29/1954, S. 365) war die Anfertigung einer Diplomarbeit zwar möglich, jedoch nicht vorgeschrieben. Es sollte sich bei ihr um eine „größere schriftliche Arbeit mit selbständigen Untersuchungen über ein Problem der Grund- oder Fachwissenschaften" handeln.

758 NLA HA, Nds. 500 Acc. 81/60 Nr. 66, Mayer-Wegelin am 15. Juni 1949 mit dem Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. März 1949 - 30. Juni 1949.

759 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 488, [Nöring, Gerhard].

760 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 91, [Rüther, Heinz]; UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 727, [Gatzweiler, Karl].

Ernst Kraft legte 1962 eine Seminararbeit mit dem Titel „Beitrag zur Ursache und Wirkung von Dürreperioden in forstlicher Sicht“ vor. Er beobachtete, dass 1959 sämtliche Lärchen einer Streifenkultur aus Lärchen, Fichten und Kiefern abgestorben und bei Stichproben die oben dargestellten Wurzelbilder gezeigt hätten. Bei den Fichten habe der Ausfall 50 % betragen, während die Kiefern ohne sichtbare Schäden geblieben seien. Er wertete dies als Hinweis auf die Wichtigkeit der Pflanzmethoden.[761]

Nationalsozialistische Pöbelei

Der Regierungsdirektor Adolf Rompf aus Wiesbaden verwahrte sich in einem Brief vom 17. Februar 1948 an den Dekan Süchting gegen die von Kommilitonen seines Sohnes Wolfgang in Münden vorgebrachte Behauptung, dieser sei ein Halbjude. Seinem Sohn dürften „durch diese Hänseleien“ auf keinen Fall Nachteile erwachsen. Rompf selbst war nach eigenem Bekunden 1933 „wegen politischer Unzuverlässigkeit als Polizeirat durch die Nationalsozialisten auf Grund des § 4 [des Gesetzes] zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Staatsdienst […] entlassen [worden] und kam anschließend in ein Konzentrationslager.“[762]

Süchting nahm, wie er in seiner Antwort an Rompf schrieb, die Angelegenheit sehr ernst. Er habe umgehend Kontakt zum Mündener AStA-Vorsitzenden aufgenommen und deutlich gemacht, dass er das Verhalten der Studenten schärfstens verurteile. Süchting betonte, dass „derartige Fälle sofort und mit Nachdruck bereinigt werden“ müssten. Er werde im nächsten Semester der Studentenschaft gegenüber nochmals auf die Angelegenheit zurückkommen. Einer „Erklärung zur N.S.D.A.P.“ des Sohnes Wolfgang sowie dessen Lebenslauf vom 7. April 1946 zufolge wurde der Vater im Juli 1933 aus dem Staatsdienst entlassen, weil er ein leitendes Mitglied der SPD gewesen sei.[763]

Hans-Joachim Kramer dagegen hoffte, durch die Aussage des als Opfer des Faschismus anerkannten Arthur-Peter Neubauer aus Etzenborn seine Bewerbung um einen Studienplatz in Münden unterstützen zu können. Neubauer versicherte, dass er und seine Angehörigen durch die Familie Kramer vielfältige Unterstützung erfahren hätten. Der Antrag auf Zulassung zum Studium wurde seinerzeit dennoch abgelehnt, und zwar wegen Überfüllung.[764]

In einigen Fällen baten die Studienplatzbewerber die Fakultät darum, Härten, die durch kriegsbedingte Todesfälle und andere Schicksalsschläge in der Familie entstanden sind, bei der Entscheidung des Zulassungsantrags zu berücksichtigen. Der Forststudent Georg Schulz führte am 12. Juli 1946 zur Unterstützung seines Gesuches um Wiederzulassung zum Studium in Münden Folgendes an:

„1. Ich stamme aus Ostpreußen und bin jetzt völlig heimatlos. Beim Zusammenbruch habe ich alles verloren, meine Eltern und meine ältere Schwester sind verschollen.

2. Ich finanziere mein Studium von geliehenem und erarbeitetem Geld, da mein Vermögen ebenfalls im Osten war und ich keinerlei Verwandte in den westlichen Zonen besitze, die mich unterstützen könnten.

3. Ich muß für meine jüngere, 15 jährige Schwester, die als Flüchtling allein steht, mitsorgen.“[765]

Johannes Refisch schrieb am 10. Februar 1947 in seinem Lebenslauf: „Mein Vater fiel am 16. Nov. 1944 einem Bombenangriff zum Opfer, so daß mir eine fast blinde Mutter und fünf jüngere Geschwister zur Betreuung verblieben sind.“ Als Soldat im Zweiten Weltkrieg verlor Refisch seinen linken Arm.[766]

In seinem Antrag auf Zulassung zum Forststudium im Wintersemester 1946/47 gab Hans-Joachim Drevenstedt an, dass er sich als Gegner des Nationalsozialismus sowie aus „rassischen“ Gründen erst nach Kriegsende um eine Annahme für den Forstdienst habe bewerben können. Nach nationalsozialistischer

761 Kraft, Dürreperioden (1962, Unterschrift zu Abb. 14).

762 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 80, Regierungsdirektor Adolf Rompf, Wiesbaden, am 17. Februar 1948 an den Dekan Süchting.

763 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 80, Süchting am 2. März 1948 an Adolf Rompf, Wiesbaden.

764 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 499, Arthur-Peter Neubauer am 14. Februar 1947 an die Forstliche Fakultät in Münden; a.a.O., Ablehnungsbescheid der Mündener Forstlichen Fakultät vom 5. März 1947.

765 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 644, [Schulz, Georg].

766 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 839, [Refisch, Johannes].

Auffassung wären zwei seiner Urgroßeltern „Nichtarier" gewesen. Näheres wurde dazu nicht mitgeteilt. Drevenstedts Vater sei überdies durch antifaschistische Äußerungen aufgefallen und verwarnt worden. Ihm selbst drohte demnach Anfang Oktober 1944 die Verhaftung aus „politischen oder rassischen Gründen", und auch die Mutter musste fürchten, abtransportiert zu werden. Er kehrte verwundet aus dem Krieg zurück und musste sich anschließend mehrere Male an der Wirbelsäule operieren lassen.[767]

Forstwissenschaftlicher Unterricht in Kriegsgefangenenlagern

Über Helmut Kreusler erfahren wir, dass er während seiner Kriegsgefangenschaft in Kanada und England in den jeweiligen Lagern unter anderem an forstwissenschaftlichen Lehrveranstaltungen teilgenommen hat: vom 1. August bis 20. Dezember 1944, 10. Januar bis 15. Mai sowie vom 1. Juli bis 21. Oktober 1945 im Lager 20 Gravenhurst/Kanada; ferner vom 1. Februar bis 17. Mai 1946 im Lager 17 Sheffield/England sowie vom 1. August 1946 bis 1. Juni 1947 in Sheffield bzw. im Lager 9 Quorn/England. Dr. Wienert, Nordwestdeutscher Hochschultag, Zentralstelle für die Begutachtung ausländischer Vorbildungsnachweise, Göttingen, wies in seinem Votum vom 23. Oktober 1947 besonders darauf hin, dass es sich bei solchen Veranstaltungen „um einen hochschulmässig geordneten, ernst zu nehmenden Unterricht" gehandelt habe. Den Unterricht hätten „erfahren[e] Praktiker mit Lehrbegabung und wissenschaftlichen Intentionen" erteilt. Die Lehrpläne seien nach Maßgabe von aus Deutschland bezogenen Vorschriften in enger Zusammenarbeit mit deutschen Hochschulen aufgestellt worden. Der große Eifer bei den Studenten sowie ein enger Kontakt zwischen Lehrenden und Lernenden hätten, so Wienert, günstige Voraussetzungen für intensives wissenschaftliches Arbeiten mit entsprechend sehr guten Resultaten geboten. Mannschaften seien für den Unterricht vom Einsatz in den Arbeitskommandos freigestellt worden. Es war somit möglich, dass sich Mündener Forststudenten die während ihrer Kriegsgefangenschaft absolvierten Lehrgänge und Prüfungen zumindest teilweise auf das Studium anrechnen lassen konnten.[768]

Das Lehrprogramm umfasste Veranstaltungen in den Fächern Holzmesslehre, Zuwachslehre, Waldbau-Grundlagen, Rechtskunde, Vermessungslehre, Wegebau, Forstschutz, Botanik und Forsteinrichtung. „Die Wärme und ihre Einflüsse auf Holzarten und Wald" sowie „Die inneren Anlagen, Arteigentümlichkeiten und Rassebildung unserer Holzarten" wurden von Kreusler „in tieferem Eindringen bearbeitet".[769]

Gerhard Nöring hat vom 1. April bis zum 20. Juli 1946 im „Offz. Kriegsgefangenenlager Mulsanne" „an den, vom Kulturausschuss der deutschen Lagerführung eingerichteten und überwachten und vom franz. Lagerkommandanten genehmigten Lehrgängen, Vorlesungen, Seminaren u.s.w. teilgenommen". Es handelte sich um Vorlesungen in den Fächern Waldbau-Grundlagen, Forstbenutzung (Arbeitslehre), Forstschutz, Forsteinrichtung I und Jagdwesen, in denen Nöring jeweils auch eine Prüfung ablegte. Als Anhalt habe der bei den deutschen staatlichen Forstschulen vermittelte Lehrstoff gedient.[770] Ab Sommer 1945 nahm auch Siegfried Jamrowski im Forstwissenschaftlichen Seminar des Camps 216, Italien, an forstlichen Vorlesungen teil (u.a. Einführung in die Vermessungslehre, Botanik, Zoologie, Geologie etc. für Forstwirte, Waldbau, Forsteinrichtung, Jagdkunde; Leitung: Forstmeister und Dozent Dr. Fritz Loetsch, Institut für Koloniale und Weltforstwirtschaft, Universität Hamburg). La-

767 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 897, Drevenstedt am 21. Juli 1946 an den Mündener Dekan; a.a.O., Drevenstedt, Münden, am 5. Dezember 1951 an den Dekan.
Beachte hier den Hinweis, dass viele Studenten als ehemalige Wehrmachtssoldaten zur Finanzierung ihres Studiums auf Ersparnisse aus der Kriegsbesoldung zurückgriffen.

768 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 469, Dr. Wienert, Nordwestdeutscher Hochschultag, Zentralstelle für die Begutachtung ausländischer Vorbildungsnachweise, Göttingen, am 23. Oktober 1947 gutachtlich über Helmut Kreusler.

769 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 469, Bescheinigungen über die Teilnahme an Lehrveranstaltungen der „Forstwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft" in den Kriegsgefangenenlagern 20 Gravenhurst/Kanada, 17 Sheffield/England sowie 9 Quorn/England des Forststudenten Helmut Kreusler vom 17. Mai 1946, 31. Oktober 1946, 4. Februar 1947, 19. Mai 1947; vgl. hierzu die Dokumente im Anhang.

770 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 488, Zeugnis des Kulturausschusses bei der deutschen Lagerführung des französischen Offiziers-Kriegsgefangenenlagers Mulsanne über forstliche Prüfungsleistungen für Gerhard Nöring, Leutnant, vom 24. Juli 1946.

gerhochschulen, an denen forstwirtschaftliche Lehrgänge stattfanden, bestanden auch in den britischen Kriegsgefangenenlagern 305 und 380 in Ägypten. Das Niveau dieser Hochschulen soll demjenigen der deutschen Hochschulen nahegekommen sein.[771]

Berührung mit der Wissenschaft

Im „Bericht der Forstlichen Hochschule Hann. Münden über das Rektoratsjahr 1930/31" ist davon die Rede, dass im Institut für Bodenkunde von Studierenden „einige experimentelle und theoretische Semesterarbeiten im Anschluß an im Institut bearbeitete Fragen" angefertigt wurden.[772]

Der für den Mathematikunterricht in Münden zuständige Josef Hopmann nutzte auch seine Gutachtertätigkeit dazu, bei den Studierenden Licht in das Dunkel mathematischer Methoden zu bringen, wie sich etwa an der Diplomarbeit von Siegfried Herrmann zum Thema „Ceresan U 564 zur Bekämpfung von Pilzen an Koniferensamen im Rahmen der Keimprüfung" zeigen lässt. In seinem den mathematischen und methodischen Teil der Arbeit betreffenden Gutachten vom 30. Juli 1951 machte Hopmann auf einige Mängel aufmerksam. Weil diese Mängel und Bedenken grundlegender Natur seien, bat er darum, sie „für den künftigen Gebrauch bei anderen Untersuchungen" der Diplomarbeit beizufügen.[773]

Der Student Zobel brachte zwei Jahre damit zu, „auf thermoelektrischen [sic!] Wege einen Einblick in den Wasserhaushalt des Bodens zu bekommen". Es heißt, dass Hopmann in begrenztem Umfang unterstützt hat. Für die Kritik der thermoelektrischen Methode zollte er dem Diplomanden Anerkennung.[774]



Abb. 77: Labor des Instituts für Bodenkunde, aufgenommen 1927 oder früher (Quelle: Steinsiek, Forstliche Fakultät, 2015, S. 107).

Besagter Zobel hatte sich im Februar 1949 einer außerplanmäßigen Prüfung in Mathematik und Meteorologie unterzogen. Hopmann zufolge machte der Prüfling einen im wahrsten Sinne des Wortes überraschend guten Eindruck: „Ich habe ihn absichtlich schwieriger geprüft, als ich es sonst bei den Prüfungen für das Vorexamen mache. Es war eine der erfreulichsten Prüfungen, die ich in allen Mündener Semestern jemals gehabt habe. Mir sind eigentlich nur 2 ähnlich gute Fälle aus den letzten 3 Jahren in Erinnerung." Gleiches gelte für die Prüfung in Meteorologie, „wobei Herr Zobel auch insbesondere ein tieferes physikalisches Verständnis zeigte".[775]

Neben Hopmann fertigte auch Friedrich Karl Hartmann ein Gutachten über Zobels Diplomarbeit an. Hartmann war nach den von Zobel durchgeführten Untersuchungen überzeugt, dass die thermoelektrische Methode geeignet sei, neben dem Wasserhaushalt auch den Wärmehaushalt „der Bestandes- und Waldvegetation in ihren verschiedenen Schichten" zu messen. Somit würden sich vielfältige Anwendungsmöglichkeiten für die Grundlagenforschung im Waldbau ergeben. Hartmann hatte Zobel im Sommersemester 1951 über das Thema „Die Beziehungen der Pflanzensoziologie zur

771 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 812, [Jamrowski, Siegfried]; UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 157, Der Referent des Rektors der Universität Göttingen für die studentischen Angelegenheiten am 17. Februar 1949 an den forstlichen Dekan.

772 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, „Bericht der Forstlichen Hochschule Hann. Münden über das Rektoratsjahr 1930/31", S. 7.

773 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 473, Hopmanns Bemerkungen vom 30. Juli 1951 über die Diplomarbeit von Siegfried Herrmann.

774 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 500, Gutachten über die Diplomarbeit „Versuche zur elektrischen Messung der Temperatur-Leitfähigkeit des Bodens" von Hermann Zobel durch Hopmann; ohne Datum [verm. Anfang 1952].

775 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 500, Hopmann am 25. Februar 1949 über eine außerplanmäßige Prüfung des Hermann Zobel in Mathematik und Meteorologie.

Landesplanung und Wasserwirtschaft“ eine mit „sehr gut“ bewertete schriftliche Arbeit anfertigen lassen.[776]

Hopmann und Hartmann. Beide hatten sich dem NS-Regime bereitwillig angedient. Wenn sie auch dessen Ideale und Praktiken nicht vollständig geteilt haben mochten, so haben sie doch um der Karriere oder anderer Vorteile willen das System unterstützt und mitgetragen. Jetzt, nach dem „Zusammenbruch“, setzten sie alles daran, ihren Berufsweg unbehelligt fortzusetzen. Wie wahrscheinlich ist es, dass der Kriegsausgang aus diesen Männern ‚andere Menschen‘ gemacht hat?

Eine besonders günstige Beurteilung erfuhr auch die Diplomarbeit von Heinz Zimmermann zum Thema „Großversuche mit neuen Kontaktinsektiziden auf Melolontha melolontha während der Maikäferbekämpfung 1949 im Forstamt Babenhausen“ durch Hopmann. Hopmann freute sich über den korrekten Einsatz der Statistik und war offenbar selbst überrascht, dass sich hier eine bestimmte Exponentialfunktion besonders gut anwenden ließ. Man erhalte, so Hopmann, klare Zahlen für die Schnelligkeit der Giftwirkung und könne damit die Versuchsdauer ganz erheblich verkürzen. Er schlug vor, künftig in ähnlichen Fällen die gefundene Formel zu nutzen und war gegebenenfalls „zu weiteren Aussprachen bereit“. Von Vietinghoff-Riesch kam in seinem Korreferat ebenfalls zu dem Schluss, dass die Ergebnisse der Arbeit für die Praxis bedeutsam seien.[777]



Abb. 78: Theodor Schmucker 1956 auf einer Exkursion mit Forststudenten (Quelle: PrSlg Peter Lex).

Am 15. Dezember 1951 äußerte sich der inzwischen an die Universitäts-Sternwarte Wien gewechselte Josef Hopmann als Themensteller gutachtlich zu einer Diplomarbeit, die der oben schon genannte Hans-Joachim Drevenstedt angefertigt hat. Die Aufgabe bestand darin, „den Dickenzuwachs zweier Fichten in einer passenden mathematischen Formel darzustellen“. Hopmann hob lobend hervor, dass Drevenstedt die verschiedensten mathematischen Methoden zur Anwendung gebracht und damit beispielhaft gezeigt habe, „wie sich eine kritisch-mathematische Behandlung ertragskundlicher Fragen durchführen“ lasse. „Es wäre zu wünschen, dass man in diesem Sinn immer einmal wieder auf seine Arbeit zurückgreift.“ Hopmann hatte, noch bevor er Münden in Richtung Wien verließ, dem Kollegen Schober die Arbeit von Drevenstedt als eine Art Pilotstudie ans Herz gelegt.[778]

Die Anwendung mathematischer Verfahren auf ertragskundliche Fragestellungen, vor allem jedoch deren kritische Diskussion erscheint hier innovativ. Zugleich lässt sich von einem Beispiel erfolgreicher Interdisziplinarität sprechen.

776 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 500, Gutachten über besagte Diplomarbeit von Hermann Zobel durch Hartmann, 23. Januar 1952; a.a.O., „Bescheinigung über schriftliche Arbeiten“ vom 23. November 1951.

777 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 836, Hopmann am 16. Dezember 1949 in seinem Gutachten über die Diplomarbeit von Heinz Zimmermann; a.a.O., Von Vietinghoff-Riesch in derselben Sache am 2. Dezember 1949.

778 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 897, Josef Hopmann, Universitäts-Sternwarte Wien, am 15. Dezember 1951 an Schober in Münden; a.a.O., Hopmann, Münden, am 31. Oktober 1951 an Schober.

Karl Heinrich Irle hatte im Rahmen einer Diplomarbeit „Untersuchungen über die Schweinepest beim Schwarzwild unter besonderer Berücksichtigung des Seuchenganges 1946/47 im Oberwesergebiet" angestellt. Gutachter Brauns zeigte sich in jeder Hinsicht von der vorzüglichen Qualität der Arbeit überzeugt, die „an manche Dissertation" heranreiche und, wie er fand, einem größeren Kreis zugänglich gemacht werden sollte. Von Interesse ist, dass Irle auch der Frage nachging, inwieweit Hausschweine durch erkranktes Schwarzwild infiziert werden könnten. Das Thema selbst stammte von Nüßlein.[779]

In seinem Gutachten vom 9. August 1949 über die bei ihm angefertigte Diplomarbeit „Untersuchung über keimungsbeeinflussende Faktoren an einigen Waldsamen" von Lothar Kaufmann hob Schmucker besonders hervor, dass Kaufmann „die kritische Sonde an jeden seiner Befunde angelegt und schonungslos seine Ergebnisse auf Zuverlässigkeit bzw. Unzuverlässigkeit untersucht" habe. Er sei nicht der Versuchung erlegen, „lange Redensarten um spärliche Ergebnisse herumzuschlingen, sondern hat kurz und bündig das dargestellt, was er wirklich ermittelt hat".[780]

Seltener Dank

Nachdem Bernd Deselaers im Mai 1955 seine Hochschulschlussprüfung in Münden bestanden hatte, richtete er ein Schreiben an die Forstliche Fakultät, mit dem er sich für die ihm gewährte Unterstützung bedankte. Dekan Hartmann war gerührt. Es komme nur selten vor, dass die Studierenden ein Empfinden dafür hätten und sich dazu überwinden könnten, ihren alten Lehrern einmal Dank auszusprechen.[781]

779 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 734, Brauns, Forstzoologisches Institut, am 19. Februar 1948 über die Diplomarbeit von Karl Heinrich Irle.

780 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 888, Schmuckers Gutachten vom 9. August 1949 über die Diplomarbeit von Lothar Kaufmann. Schmuckers Äußerung ist sprachlich schön und verweist zugleich darauf, dass schriftliche Ausarbeitungen von Studierenden und zumal Diplomarbeiten noch keine lange Tradition an der Fakultät hatten.

781 UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 556, Hartmann am 22. November 1955 an Bernd Deselaers, Eschweiler-Land.

„Mitdenkende und antwortende Subjekte"

Am 21. November 1947 fasste die Fakultät den Beschluss, „an den Fakultätssitzungen zukünftig auch einen Vertreter der Studentenschaft wenigstens bei der Beratung studentischer Fragen zu beteiligen".[782] Damit war den Studierenden die Möglichkeit gegeben, über die informellen Wege persönlicher Bekanntschaft hinaus, die sich etwa aus der Mitgliedschaft in forstlichen Verbindungen ergaben, studentische Belange fakultätsöffentlich zu machen.[783] Zu Beginn der 1960er Jahre rückten auch Studien- und Prüfungsordnungen auf die Agenda der Fakultätssitzungen.[784] Es wurde vorgeschlagen, von jedem Studierenden die Abfassung einer Diplomarbeit zu verlangen. Damit würde erreicht, dass sich alle Studierenden mit den Methoden wissenschaftlichen Arbeitens vertraut machten.[785] Mülder übrigens war 1968 davon überzeugt, dass auch Doktoranden auf die Themen wissenschaftlicher Arbeit in den Instituten Einfluss nehmen würden.[786]

Als Niedersachsens Landwirtschaftsminister Bruns im Juli 1971 die Forstliche Fakultät besuchen wollte, reklamierten die Studenten im Vorfeld eine stärkere Beteiligung am Besuchsprogramm. Die studentischen Vertreter im Fakultätsrat Becker, Muhle, Stratmann und Wujciak forderten insbesondere, zu den Themen Gesamthochschule/Fachhochschule sowie Umweltschutzstudium mit eigenen Kurzreferaten Stellung beziehen zu können. Dass Studenten bei den Institutsbesichtigungen zu Problemen der Forschung Fragen stellten, lehnte Dekan Häberle jedoch ab mit der Begründung, die Forschung sei Sache der Institute.[787]

782 Benett, Geschichte (1987, S. 49).

783 Benett spricht von „einer gewissen Korporationsfeindlichkeit" in Münden während der 1960er Jahre (Benett, Geschichte, 1987, S. 97).

784 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 90, Sitzungsprotokoll vom 26. Juni 1962.

785 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 90, Bericht über das Amtsjahr 1962/63 (1. April 1962 bis 25. Februar 1963).

786 AFZ-Gespräch (1968, S. 272).

787 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 47, Häberle am 29. Juni 1971 an die studentischen Vertreter im Fakultätsrat; a.a.O., Die studentischen Vertreter im Fakultätsrat Becker, Muhle, Stratmann und Wujciak am 28. Juni 1971 an Dekan Häberle zum Programmentwurf des Ministerbesuchs.
Weil Häberle überdies der Meinung war, dass sich die Studenten bei der Artikulation ihrer Forderung im Ton vergriffen hätten,

Der damalige Niedersächsische Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Peter von Oertzen (SPD) hatte indes in einer Stellungnahme vom 3. April 1968 deutlich gemacht, dass aus Sicht seiner Landtagsfraktion die Studierenden „an dem Prozeß der Forschung und Lehre nicht nur als bloße Objekte, sondern als mitdenkende und antwortende Subjekte teilnehmen“ sollten. Folglich müssten sie zumindest an der Gestaltung der Lehre und an der Leitung der Hochschule angemessen beteiligt werden, so von Oertzen weiter.[788] Zur gleichen Zeit beschloss auch die Kultusministerkonferenz, dass in den akademischen Organen eine „funktionsgerechte Mitsprache der an Forschung und Lehre beteiligten Gruppen einschließlich der Studenten zu sichern“ sei.[789]

Unruhige Zeiten

Auf der Sitzung vom 2. Februar 1966 beschäftigte die Fakultät, dass ein Teil der Göttinger Studentenschaft zu einem Vorlesungsstreik aufgerufen hatte, um gegen die bedrohliche Finanzsituation der Universität zu protestieren. Außerdem gab es Protest der Studierenden gegen die „Überfüllung der Universität“.[792] Dass der Mündener AStA für das Ende des Wintersemesters 1966/67 eine 14-tägige Berlinreise plante, wurde vom Dekan Knigge als unzulässig bezeichnet. Die Reise wurde dann tatsächlich abgesagt. Gleichermaßen getadelt wurden auch die Pläne von Forststudenten, am 14. Juni 1967 im Rahmen der Aktion „Student für Berlin“ Arbeitseinsätze durchzuführen.[793]

Fakultät interessant für Studierende aus dem Ausland

Im Amtsjahr 1962/63 umfasste die Forstliche Fakultät 37 aktive Lehrer. Eingeschrieben waren im Sommersemester 1962 in Münden 123 Studenten (15 % Ausländer), im Wintersemester 1962/63 118 Studenten (21 % Ausländer). Registriert wurde eine steigende Zahl an ausländischen Studenten. Die Vorlesungsreihe „Ausländische Forstwirtschaft“ wurde 1961 eingerichtet.[790] Im weiteren Verlauf stieg dann in Münden der Anteil ausländischer Studierender an der Zahl der insgesamt Immatrikulierten auf mehr als 25 % an.[791]



Abb. 79: Der Mündener AStA, 1959 (Quelle: PrSlg Peter Lex).

formulierte er seine Antwort, quasi zur Illustrierung, sowohl in einem eher distanziert-abweisenden als auch in einem konzilianten, zuvorkommenden Stil.

788 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 144, „Stellungnahme des Landtagsabgeordneten Professor Dr. Peter von Oertzen im Niedersächsischen Landtag zur Hochschulpolitik vom 3. April 1968“.

789 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 144, „Grundsätze für ein modernes Hochschulrecht und für die strukturelle Neuordnung des Hochschulwesens“, beschlossen durch die Kultusministerkonferenz vom 10. April 1968.

790 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 90, Bericht über das Amtsjahr 1962/63 (1. April 1962 bis 25. Februar 1963).

791 Benett, Geschichte (1987, S. 88).

792 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 91, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 2. Februar 1966.

793 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 91, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 10. Januar 1967; a.a.O., Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 17. Januar 1967; a.a.O., Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 13. Juni 1967.

Am 17. Dezember 1968 wurde im Mündener Fakultätsrat darüber berichtet, dass eine größere Studentengruppe ein „go-in" in die zuletzt abgehaltene Senatssitzung veranstaltet und die Senatsmitglieder gewaltsam festgehalten habe. Anlass waren offenbar die Arbeiten an einer Reform der Universitätssatzung, in der es vermutlich wesentlich um die Frage ging, wie und in welchem Verhältnis die Angehörigen der Universität an der Selbstverwaltung zu beteiligen sind. Die Mündener Studentenvertreter distanzierten sich von dem Vorgehen des Göttinger AStA.[794]

Was war geschehen? Ende November und Anfang Dezember 1968 hatten nach den Worten von Rektor Joachim-Ernst Meyer Studierende auf dem Göttinger Universitäts-Campus durch sogenannte go-ins Sitzungen der Fakultäten und des Senats genutzt, um Öffentlichkeit zu erzwingen und ihrer Forderung nach Beteiligung Nachdruck zu verleihen. Für große Unruhe sorgte ein in Umlauf gebrachter „Aufruf an alle", der unter anderem die Aufforderung enthalten habe, „die Universität zu zerschlagen". Die Lage eskalierte, als Mitglieder des Senats von Studierenden daran gehindert wurden, den Sitzungssaal zu verlassen. Erst die herbeigerufene Polizei stellte sicher, dass der Saal von den Senatsmitgliedern ungehindert verlassen werden konnte. Zuvor hatten bereits zwei Fakultätssitzungen unter Polizeischutz stattgefunden. Die von dem Juristen Karl Michaelis am 27. November 1968 zu Papier gebrachten „Bemerkungen zu einigen Vorschriften des Satzungs-Entwurfs und zu deren (möglicherweise unvollständig erkannten) Auswirkungen" enthalten den Hinweis, dass mit dem Satzungsentwurf der Universität Göttingen „die Ursachen der Unruhe" hätten beseitigt werden sollen. Als wichtigste Ursachen werden genannt: Überfüllungsnöte, Bewältigung des anschwellenden Lehrstoffes, mangelhafte Aktionsfähigkeit verschiedener Beschlusskörper, innere Ordnung der Institute oder auch Fragen der Habilitation. Einen Schwerpunkt des Satzungsentwurfs bildeten Vorschriften über die Mitbestimmung. In seinem „Vorschlag zur Aufstellung von Richtlinien für die weitere Reformarbeit" an der Universität Göttingen vom 31. Dezember 1968 bezeichnete Michaelis die Krise der Universität zu großen Teilen als Ausdruck „einer politischen oder gesellschaftlichen Gesamtkrise". Es sei eine Neuordnung der Universitätsverfassung in den Blick zu nehmen. Noch unklar war, wie die Mitwirkung des sogenannten Mittelbaues und der Studierenden „in Fakultäts- und Institutsangelegenheiten und bei Studien- und Prüfungsordnungen" gestaltet werden sollte.[795]

Rektor Meyer sprach im Februar 1969 vor dem Hintergrund der Unruhen an der Universität gleichwohl von einem „Göttinger Klima", das gekennzeichnet sei von einer „offenen und notfalls auch harten, aber möglichst sachlichen und fairen Diskussion". Meyer nannte hier die „maßgebliche Beteiligung aller Gruppen an der Universität an allen Entscheidungen im Bereich der Hochschule" an erster Stelle einer Reformvorlage. Überdies stand eine Neuordnung der Institute, Seminare und Kliniken auf dem Programm.[796]

Eine vom Mündener AStA-Vorsitzenden Ulf Trichterborn dem Dekan am 13. Dezember 1968 übermittelte Resolution war, wie es in dem Anschreiben heißt, als „Öl auf die Wogen" gedacht.[797] Die Resolution handelt ausschließlich von Verfahrensangelegenheiten, welche aus Sicht der Mündener Studentenschaft den Reformprozess an der Universität Göttingen gefährdeten. So sollten sich die Universitätsleitung und auch die Studierendenvertretung ultimativer Forderungen enthalten. Die Vertretung der Studierenden wird aufgefordert, die Arbeit in den Gremien nicht aufzugeben und dabei, wie auch der Senat, offen für die Überprüfung der eigenen Positionen sein.[798]

794 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 91, Protokoll der Fakultätssitzung am 17. Dezember 1968.

795 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 144, Der Rektor der Universität Göttingen am 6. Dezember 1968 an die Fakultäten; a.a.O., „Bemerkungen zu einigen Vorschriften des Satzungs-Entwurfs […]" durch Prof. Dr. K. Michaelis vom 27. November 1968; a.a.O., „Vorschlag zur Aufstellung von Richtlinien für die weitere Reformarbeit" an der Universität Göttingen von Michaelis vom 31. Dezember 1968.

796 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 144, Rundschreiben von Rektor Joachim-Ernst Meyer, Februar 1969.
Inzwischen, so erfahren wir, waren an den Sitzungen der Engeren Fakultät in Münden jeweils auch Vertreterinnen und Vertreter der Studierendenschaft zugelassen.

797 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 144, Der Vorsitzende des Mündener AStAs am 13. Dezember 1968 an den Dekan der Forstlichen Fakultät.

798 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 144, Resolution des AStAs der Forstlichen Fakultät, 12. Dezember 1968.

Dass die Ausbildung geeigneten Nachwuchses, verbunden mit der Möglichkeit, den jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern angemessene berufliche Perspektiven zu bieten, eine zentrale Voraussetzung für nachhaltige wissenschaftliche Forschung und damit für die erfolgversprechende Entwicklung auch der Mündener Institute darstellte, wurde eingangs bereits an einigen Beispielen illustriert. Nach Einführung der Hochschulverfassung und der sukzessiven Errichtung von forstlichen Forschungsinstituten in den 1920er Jahren lag der Gedanke an eine wissenschaftliche Laufbahn den Forstabsolventen jedoch noch sehr fern. Hinzu kam, dass auch die Verwaltungen in der Regel jedoch noch wenig Initiative zeigten, wissenschaftlich interessierte Forstleute entsprechend zu fördern.[799] „Es hat sich bei dem Freiwerden einer Professur gezeigt, daß dem Nachwuchs unter den jüngeren Forstbeamten zu wenig Gelegenheit gegeben wird, sich mit den Aufgaben eines wissenschaftlichen Dozenten bekannt zu machen und als solcher hervorzutreten", heißt es in dem Protokoll der Professorenkonferenz vom 25. Januar 1928.[800]

Gleichwohl gab es unter den Forstassessoren immer wieder auch solche, die einer wissenschaftlichen Tätigkeit gegenüber aufgeschlossen waren und sich entschieden, für einen bestimmten Zeitraum Forschungsaufgaben an einem Institut zu übernehmen und gegebenenfalls zu promovieren. Allerdings war dies nur unter dem Vorbehalt möglich, dass die in Frage kommenden Forstassessoren von den Forstverwaltungen entbehrt werden konnten. Im Mai 1939 wurde der Mangel an Hilfskräften in der Verwaltung vom Reichsforstmeister als so gravierend beurteilt, dass er es für unumgänglich hielt, die Zahl der bei den Hochschulen beschäftigten Forstassessoren vorüberübergehend zu verringern. Dabei wurde allerdings in Aussicht gestellt, dass vom 1. Januar 1940 an Forstassessoren wieder als wissenschaftliche Mitarbeiter verfügbar sein würden.[801]

Nach dem Zweiten Weltkrieg sah sich die Forstliche Fakultät in Münden mit einer Reihe von beunruhigenden, ja irritierenden Entwicklungen konfrontiert. Soweit sie die Existenz und Einheit der Einrichtung betrafen, herrschte Einigkeit im Kollegium. Was die künftige Organisationsform anging, zeigte sich die Fakultät gespalten. Einig wiederum scheint sie in der Beurteilung der besonderen Schwierigkeiten gewesen zu sein, geeignete Lehrer und Forscher nach Münden zu ziehen. Dekan Heinrich Süchting hatte Anlass, im Oktober 1947 der Abteilung Landesforstamt in Sarstedt des Niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums hierzu grundsätzliche Überlegungen mitzuteilen. Er bezog sich dabei auf eine Feststellung Hausmanns, Leiter der Forstabteilung, mit der dieser forderte, dass allein hochqualifiziertes wissenschaftliches Personal an die Mündener Fakultät berufen werden solle. Süchting pflichtete Hausmann natürlich bei. Er verwies jedoch auf eine gänzlich verfehlte Personalpolitik der vergangenen Jahrzehnte. Viel zu wenig sei für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses getan worden. „Die Forstleute, die als Assistenten an Instituten wissenschaftlich tätig waren, waren wirtschaftlich immer wesentlich schlechter gestellt als die Forstleute, die Revierverwalter waren, so daß nur selten ein junger Forstmann sich entschließen konnte, einen Assistentenposten zu übernehmen." Erschwerend komme noch die fehlende räumliche Verbindung mit der Universität Göttingen hinzu. Süchting erblickte deshalb in der Nachwuchsförderung neben der Forschungsförderung die wichtigste Aufgabe der Fakultät.[802] Er schlug deshalb vor, dass die Landesforstverwaltungen besonders begabt erscheinende junge Forstleute auswählten

799 Hier sei an Heinrich Christian Burckhardt erinnert, dessen wissenschaftliche Ambitionen und Begabungen von der Königlich Hannoverschen Forstverwaltung früh erkannt und beispielsweise dadurch gefördert wurden, dass sie ihn der Obhut des intensiv forschenden Oberforstmeisters Christian von Seebach anvertraute.

800 AFFGÖ, Protokolle der Professorenkonferenzen, Sitzung vom 25. Januar 1928.

801 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 270, Der Reichsforstmeister am 5. Mai 1939 an den Dekan der Forstlichen Fakultät in Münden; ähnlich a.a.O., Der Reichsforstmeister und Preußische Landesforstmeister am 30. Oktober 1935 unter anderem an die Forstlichen Hochschulen.

802 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, Der Mündener Dekan Süchting am 29. Oktober 1947 an die Abteilung Landesforstamt in Sarstedt des Niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums.

und gegebenenfalls den Instituten in Münden für eine gewisse Zeit zur Mitarbeit überwiesen.[803]

Friedrich Karl Hartmann machte am 8. Juli 1957 in einem Schreiben an den Niedersächsischen Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ausführlich und eindringlich auf die erheblichen Nachteile aufmerksam, die seinem Institut durch die bislang nicht wiederzubesetzende wissenschaftliche Angestelltenstelle erwachse. Bei dieser Gelegenheit wies Hartmann darauf hin, dass, wie er fand, die soziologischen Grundlagen des Waldbaus weitgehend geklärt seien. Jetzt gehe es darum, die Standorte der natürlichen Waldgesellschaften synökologisch zu erforschen sowie zu untersuchen, welchen Einfluss die Einbringung von ausländischen und zusätzlichen einheimischen Baumarten in diese Waldgesellschaften auf Boden und Umwelt haben würde. Doch es sei zu befürchten, dass „die wirtschaftlich so bedeutungsvollen Zusammenhänge zwischen soziologischer und ökologischer Grundlagenforschung innerhalb der Forstwissenschaft ungeklärt bleiben müssen, weil Untersuchungsproben, die seit 1945 in den verschiedenen Wuchsgebieten Deutschlands gesammelt worden seien, wegen Personalmangels bislang noch immer nicht hätten ausgewertet werden können.[804]

6.13 Interdisziplinarität zur Lösung komplexer Forschungsaufgaben

Trockentorf

Als in Münden 1923 die Einführung der neuen Hochschulverfassung feierlich begangen wurde, steuerte Edgar Wedekind einen Beitrag zur „Trockentorffrage vom Standpunkt des Chemikers“ bei.[805] Denn der „gewaltige Schaden, den die Trockentorfschäden in gewissen Gegenden der Forstwirtschaft zufügen“, sei bekannt. „Es ist also Aufgabe der in Betracht kommenden naturwissenschaftlichen Disziplinen, durch planmäßige Forschungsarbeit Abhilfe zu schaffen, um die Volkswirtschaft vor weiteren großen Verlusten zu bewahren,“ mahnte Wedekind. Ihm schwebte vor, den Trockentorf als Rohstoff zu verwenden.[806] Julius Oelkers (Waldbau) sah den Zeitpunkt gekommen, an dem allenfalls eine Wirtschaft, die nicht mehr taste, sondern wissenschaftlich fundiert sei, eine Zukunft habe. In der Trockentorffrage sei die „Grenze der Erkenntnis durch die praktische Erfahrung“ erreicht. Er fuhr fort: „Es erscheint mir notwendig dazu in planmässiger [sic!] Zusammenarbeit: Die Erforschung der chemischen Abbaumöglichkeit starker Trockentorflagen, die bodenkundliche Feststellung der klimatischen und bodenkundlichen Vorbedingungen für Trockentorfbildung und der technisch richtigen Bodenbehandlung, das mykologische Studium der sehr wahrscheinlich besonders wichtigen Mitwirkung der Bakterien und Pilze beim Abbau des Bestandesabfalls und die waldbauliche [Hervorhebungen im Orig.] Feststellung des auf obige drei Forschungsergebnisse aufgebauten Bestandesaufbaus und der Bestandsbehandlung.“[807] Falck berichtete, dass in erster Linie das „Fehlen einer normalen Faden-Pilzvegetation in den obersten Bodenschichten“ zu Nährstoffmangel und zu einer „Erkrankung des Waldbodens bei abnormer Anreicherung von Rohhumus“ führe. „Wo diese durch Pilze eingeleiteten biologischen Abbauprozesse im Wald unterbleiben oder sich nur im stark gemindertem [sic!] Umfange vollziehen, da sammeln sich die Rohhumusmassen zum Trockentorf und die in ihm gespeicherten Elemente der Baumernährung: (Kohlenstoff, Stickstoff, Phosphor und Kali) bleiben den Bäumen dauernd verschlossen.“[808]

Der Preußische Landwirtschaftsminister nahm dann mit Schreiben vom 26. Februar 1925 die „mehr oder weniger starke[n] Trockentorfschichten“ auf dem Gebirgszug der Egge, Oberförsterei Neuenheerse, zum

803 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, „Niederschrift über die Haushaltskonferenz am 7.10.1947“ vom 1. November 1947.

804 AFFGÖ, Institute 3853, 3854 [Institut für Waldbau-Grundlagen], Hartmann am 8. Juli 1957 an den Niedersächsischen Landwirtschaftsminister.

805 Nach Ramann handelt es sich bei Trockentorf um „dichte, zusammengelagerte, fast torfartige“ Schichten von Pflanzenresten, die, im Unterschied zum Rohhumus, „bei Freistellung einer tiefer gehenden Zersetzung nicht mehr fähig sind“ (Ramann, Bodenkunde, 1893, S. 232).

806 Wedekind, Trockentorffrage (1924, S. 13 f.).

807 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 196, Memorandum „Trockentorf“ von Oelkers v. 18. Juni 1923.

808 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 196, Memorandum von Falck zur Trockentorffrage v. 4. Mai 1923.

Anlass, „nach allen Richtungen“ gründliche Untersuchungen anzustellen. Es handelte sich dort um reine Fichtenbestände erster Generation nach Laubholz. Der Minister hielt eine Fortsetzung der Fichtenreinbestandswirtschaft für bedenklich und zugleich Versuche für dringend geboten, um zu klären, wie derartige Bestände waldbaulich behandelt werden müssten, um eine Bodenerkrankung zu vermeiden. Forstmeister Erdmann aus Neubruchhausen sei um eine Begutachtung gebeten worden. Sein Rat: Anbau von Lärche, Eiche und Birke. Er warnte vor Fichte, Buche und Kiefer. Auch wenn die Oberförsterei Neuenheerse von der Landesforstverwaltung angewiesen wurde, die Vorschläge von Erdmann zu befolgen, sollten wissenschaftliche Versuche das künftige Vorgehen absichern helfen. Die Forstliche Hochschule in Münden erhielt den Auftrag, „für die verschiedenen Arten der Bodenbehandlung, der Holzartenwahl und der Zusammensetzung von Mischbeständen“ Versuchsflächen anzulegen. Das Ministerium legte ausdrücklich Wert darauf, dass nicht nur das Erdmannsche Gutachten zu berücksichtigen sei, sondern auch die von Erdmann abweichenden Vorschläge Süchtings „und etwaige sonstige aussichtsvoll erscheinende Ideen“. Auch der Anbau reiner Fichte sollte dabei Berücksichtigung finden. Die Hochschule wurde aufgefordert, einen Versuchsplan zu erarbeiten und vorzulegen.[809] Am 15. Juli 1925 verteilte die hierfür in Münden bestimmte Trockentorfkommission der Professorenschaft Geld für die Trockentorfforschung zu je gleichen Teilen an die Professoren Oelkers (Waldbau), Wedekind (Chemie), Falck (Mykologie) und Süchting (Bodenkunde).[810]

In demselben Zusammenhang entwickelte Richard Falck in seinem Aufsatz „Über das Eichensterben im Regierungsbezirk Stralsund nebst Beiträgen zur Biologie des Hallimaschs und Eichenmehltaus“ Überlegungen zur „Kettenwirkung verschiedenartiger Krankheitsprozesse“, während Hermann Rohmann „Physikalisches über Rauch und Rauchbekämpfung“ zum Besten gab.[811] Die Festschrift übrigens, die Rhumbler (1924) zur Einführung der neuen Hochschulverfassung in Münden herausbrachte, widmet sich ganz der Forschung für die Praxis. Über die Lehre wird darin nichts gesagt.

Buchenstockfäule

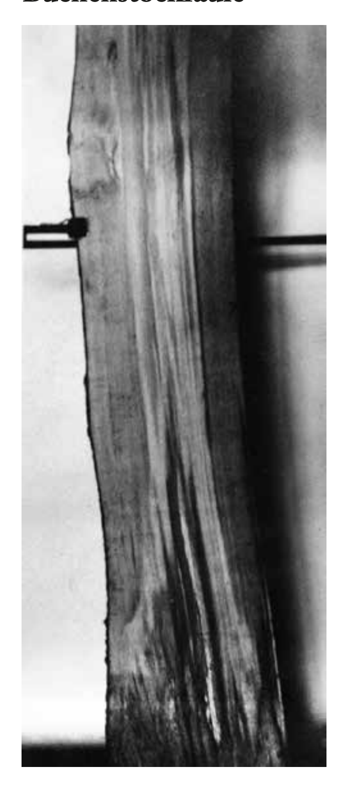


Abb. 80: Foto eines von der Buchenstockfäule befallenen Stammabschnitts, 1929 [?] (Quelle: Abteilung für Forstbotanik und Baumphysiologie, Universität Göttingen, Fotoalbum des ehemaligen Botanischen Instituts; Repro Volker Meng, 2022).

Ein weiteres bekanntes Beispiel früh erprobter Interdisziplinarität bieten die Versuche zur Bekämpfung der Buchenstockfäule.[812] Diesmal übernahm, zu Beginn des Jahres 1933, das Preußische Landwirtschaftsministerium die Initiative, die bis dahin gewonnenen Forschungsergebnisse im Rahmen eines Großversuchs unter Beteiligung der Holzwirtschaft und der chemischen Industrie auf breiterer Grundlage zu erweitern. Vertreter der genannten Wirtschaftsbranchen sowie das Mündener Forstbenutzungsinstitut und das Botanische Institut schlossen sich zu diesem Zweck zu einer

809 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 169, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 26. Februar 1925 an die Mündener Forsthochschule.

810 AFFGÖ, Protokolle der Professorenkonferenzen, Sitzungen vom 15. Juli und 26. Oktober 1925.

811 Falck, Eichensterben (1924); Rohmann, Rauch (1924).

812 Der Holzforscher Franz Kollmann versteht unter der Buchenstockfäule „eine im geschlagenen Holz von den Hirnflächen ausgehende rötliche, rotgraue oder bräunliche Verfärbung, die sich zungenförmig in den Stamm vorschiebt und die meist […] in weißstreifige Zersetzungserscheinungen übergeht“ (Kollmann, Technologie des Holzes, 1951, S. 66).

Arbeitsgemeinschaft zusammen („Arbeitsgemeinschaft Buchenstocken“). Die wissenschaftliche Leitung des Großversuchs lag bei dem Direktor des Instituts für Forstbenutzung, Hans Mayer-Wegelin.[813]

Vor diesem Hintergrund mag auch das Votum Falcks vom 29. Juni 1932 interessieren, mit dem er die Argumente von Rektor und Senat der Forstlichen Hochschule für eine Aufhebung des Lehrstuhls und Instituts für Mykologie aus Kostengründen zu widerlegen suchte. Falck führte dazu an erster Stelle die Kosten an, welche, wie er schrieb, durch die „gleichzeitige Bearbeitung derselben mykologischen Aufgaben und Fragen durch mehrere Institute der hiesigen Hochschule“ entstanden seien. Von interdisziplinärer Forschung konnte hier demnach nicht die Rede sein, sondern von einem unergiebigen Nebeneinanderher oder sogar von kostspieliger Mehrfacharbeit. Es sei, so Falck, nicht eben empfehlenswert, wenn Arbeiten, die sein Institut in den zurückliegenden zwanzig Jahren mit erheblichen Mitteln aus Industrie und Wirtschaft durchgeführt habe, von anderen Hochschulinstituten und mit öffentlichen Mitteln erneut durchgeführt würden. Als Beispiel nannte er Forschungen über verschiedene Pilzerkrankungen im Wald, die an drei verschiedenen Stellen innerhalb der Hochschule stattfinden würden, obgleich sein Institut hierfür amtlich beauftragt worden sei. Ähnlich verhalte es sich mit den Untersuchungen über das Stocken und Verblauen des Holzes. Seit langem lägen Erkenntnisse über diese Pilzkrankheiten und ihre Erreger vor. Überdies könne die Frage ihrer Bekämpfung durch die, wie er gezeigt habe, Anwendung von Atmungsgiften als grundsätzlich geklärt gelten. Mit dem Eberswalder Forstmykologen Alfred Möller habe er, Falck, sich bereits frühzeitig darauf verständigt, dass die Arbeiten über Holzzersetzung und Holzschutz im Wesentlichen ihm überlassen blieben – eben um Doppelarbeit zu vermeiden.[814]

Rotfäule

Auf der Basis von Berichten, die durch die Institute für Botanik und Technische Mykologie sowie für Forstbenutzung der Landesforstverwaltung vorgelegt worden waren, wurde von dort am 19. September 1934 den genannten Instituten der Auftrag erteilt, gemeinsam mit dem Waldbau-Institut auch die Rotfäule der Fichte zu untersuchen. Dazu war der Landesforstverwaltung bereits ein Arbeitsplan unterbreitet worden.[815]

Der Bodenkundler Heinrich Süchting ging 1946 davon aus, dass künftig in steigendem Umfang Kooperationen mit der Forsteinrichtung, der Ertragskunde und dem Waldbau an der Mündener Fakultät nötig würden. Anderenfalls könne eine zielführende moderne Forschung auf den genannten Gebieten überhaupt nicht erfolgen.[816]

Wie sehen heute die Erfahrungen mit interdisziplinärer Forschung aus? Dazu können durchaus auch kritische Stimmen gehört werden. Einige gehen so weit, von einem Scheitern des Konzepts der Interdisziplinarität zu sprechen. Sie funktioniere nicht, weil sich die Akteure nicht über ihren Begriff einigen könnten und die Umsetzung, die an Regeln gebunden sei, zu aufwendig sei. Krott hat am Beispiel der Umweltgeschichte darauf hingewiesen, dass sowohl unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als auch in der Öffentlichkeit unzutreffende Vorstellungen über Inhalt und Leistungsfähigkeit von Interdisziplinarität verbreitet seien. Der Begriff selbst bezeichne einen „*Prozess* [Hervorhebung durch den Verf.] der Zusammenarbeit zwischen Disziplinen“. Diese Zusammenarbeit wiederum setze voraus, dass die Grenzen der beteiligten Disziplinen überschritten werden. Ein solcher ‚Grenzverkehr‘ jedoch sei konfliktreich, weil nicht nur eine Konkurrenz zwischen den Disziplinen um Ressourcen bestehe. Er führe überdies auch dazu, dass einzelne Disziplinen inhaltlich mehr profitieren als andere. Deshalb erfordere Interdisziplinarität eine

813 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 196, Der Preußische Landwirtschaftsminister am 14. Januar 1933 an die Mündener Forsthochschule; a.a.O., Die Preußische Landesforstverwaltung am 28. Februar 1934 an den Mündener Rektor.

814 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 324, Falcks Votum gegen die Schließung seines Instituts vom 29. Juni 1932.

815 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 196, Die Preußische Landesforstverwaltung am 19. September 1934 an den Mündener Rektor.

816 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 74, Süchting am 19. Juni 1946 an den Oberpräsidenten der Provinz Hannover – Abteilung Landesforstamt – in Sarstedt.

funktionierende Vernetzungsstrategie und ein professionelles Verbundmanagement, um innovativ zu sein.[817]

Verschiedene Disziplinen lediglich zusammenzubringen, um Informationen zu kombinieren, entspreche dagegen nicht den Merkmalen der Interdisziplinarität. Krott spricht hier von additiver Integration, die in der theoretischen Basis vage bleibe und die beteiligten Disziplinen nicht voranbringe. Er macht keinen Hehl daraus, dass die Organisation von Interdisziplinarität sehr anspruchsvoll ist und empfiehlt, die Stärken disziplinärer Forschung zu nutzen. Mit Bezug auf die historische Umweltforschung kommt Krott zu folgendem Ergebnis: „Allgemein gesprochen ist es nicht aussichtsreich, nur wegen eines komplexen Gegenstandes nach einem (inter-)disziplinär komplexen Zugang zu suchen. Im Gegenteil: Ein disziplinär einfacher Ansatz lässt sich methodisch und theoretisch einfacher fassen und erzielt daher auch rascher Erkenntnisse." Und: „Da die Komplexität der Disziplinen hinter der Komplexität des Objektes Umweltgeschichte zurückbleibt und hohe Komplexität rasch zu unlösbaren theoretischen und methodischen Problemen führt, ist das undifferenzierte Bemühen, immer mehr Disziplinen in der Umweltgeschichte zu verbinden, keine empfehlenswerte Strategie. Der Erfolg wird stärker durch die Auswahl der richtigen Disziplinen als durch die Erhöhung ihrer Anzahl bestimmt. Eine Vermehrung der einbezogenen Disziplinen ergibt keineswegs per se bessere Einsicht in die Umweltgeschichte."[818]

6.14 Sonderwege und Entwicklung neuer Arbeitsgebiete

In einer Werbung für das 1968/69 von Konrad Buchwald und Wolfgang Engelhardt herausgegebene vierbändige „Handbuch für Landschaftspflege und Naturschutz" heißt es, ganz programmatisch: „Landschaftspflege und Naturschutz sind heute zu einer vorrangigen sozialen und politischen Aufgabe der modernen Gesellschaft geworden."[819] Der Jahrgang 1968 der Zeitschrift „Forstarchiv" und ein dort von R. Becher veröffentlichter Aufsatz „Über die Mitarbeit der Forstverwaltungen in Landespflege und Naturschutz" machen außerdem deutlich, dass auch die Beziehungen zwischen Landespflege und Forstverwaltung in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre breit diskutiert wurden.[820] Die Zeitschrift „Natur und Landschaft" bot Forstleuten wie Alfred Bonnemann und Udo Hanstein ein Forum. 1968 wurde entschieden, die Landespflege in den Kanon der an der Fakultät zu behandelnden Wissensgebiete aufzunehmen. Denn mit der Ausbildung sollten auch die Einsatzmöglichkeiten der Absolventen vielseitiger werden.[821] Auf ihrer Sitzung vom 14. Januar 1969 zog die Fakultät in Erwägung, in naher Zukunft einen eigenen Lehrstuhl für Landespflege einrichten zu lassen. Seinerzeit hatte Konrad Buchwald von der TU Hannover einen Lehrauftrag Landespflege an der Fakultät inne.[822] Im Oktober 1969 war in einer Besprechung mit dem Göttinger Kurator ein weiteres Mal von einem Institut für Landschaftspflege und Naturschutz die Rede. Hierzu wurde ergänzt, dass der Lehrstuhl für Landschaftspflege und Naturschutz „mit Nachdruck als Schwerpunkt der neu einzurichtenden Institutionen" hervorgehoben worden sei.[823] Am 4. November 1969 beschloss die Fakultät, einen Lehrstuhl für Landespflege zu beantragen (7 Stimmen dafür, keine Gegenstimmen, 3 Enthaltungen).[824] Ein Lehrstuhl für Bioklimatologie stand auf der Warteliste [des Senats], sein Listenplatz wurde jedoch von anderer Seite angefochten.[825]

Etwa zur gleichen Zeit hatte sich der Mündener Forststudent Michael Holm in einem Zeitschriftenbeitrag ebenfalls dafür ausgesprochen, dass die Ausbildung an den forstlichen Fakultäten neben dem klassischen Berufsziel weitere Berufsfelder erschließen sollte.

817 Krott, Interdisziplinarität (2010, S. 29, 32, 34).

818 Krott, Interdisziplinarität (2010, S. 28 f. [Zitate], 36).

819 Vgl. Allgemeine Forstzeitschrift 1968, 23. Jg., S. 287.

820 Becher, Mitarbeit (1968).

821 Benett, Geschichte (1987, S. 106).

822 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, „Lehraufträge der Forstlichen Fakultät", Stand Sommersemester 1969.

823 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, Protokoll einer Besprechung beim Göttinger Kurator am 17. Oktober 1969.

824 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 4. November 1969.

825 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, Protokoll über die Sitzung der Weiteren Fakultät am 14. Januar 1969.

Er wies auf die sehr niedrige Zahl an Studierenden hin und erblickte darin eine Gefahr für die Existenz der forstlichen Fakultäten. Es gehe somit darum, durch eine „Erweiterung des Aufgabenbereichs des akademischen Forstmanns“ das Studium wieder attraktiver zu machen. Holm glaubte, dass der Landschaftsschutz an der Mündener Fakultät vertreten sein müsste.[826]



Abb. 81: Der AStA-Vertreter der Forstlichen Fakultät, Holm, während seiner Ansprache zum Fakultätsjubiläum 1968 (Quelle: Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen; Foto Walter Sittig).

826 Holm, Hochschulreform (1968, S. 111).
Als Vertreter der Mündener Studentenschaft rief Holm auch in seinem Referat, das er am 22. April 1968 aus Anlass der 100-Jahr-Feier der Mündener Forstfakultät hielt, dazu auf, die Fakultät möge die Ausbildung um neue Inhalte erweitern. Die Mündener Forststudenten seien durch die Sparmaßnahmen der Forstverwaltungen beunruhigt (Streitz, Unterricht, 1968).

Leitbild der Forstwirtschaft im Wandel

In seiner „Begründung für den an der Forstlichen Fakultät neu zu schaffenden Lehrstuhl für Landespflege“ beschrieb Karl Hasel die Landespflege als „Inbegriff aller Maßnahmen, deren Ziel es ist, die natürlichen Lebensgrundlagen eines Volkes (Klima, Wasser, Boden, Luft, Pflanzen- und Tierwelt) nachhaltig zu sichern, zu pflegen und zu gestalten mit dem Ziel, dadurch die Leistungsfähigkeit und Gesundheit der menschlichen Gesellschaft auf die Dauer zu gewährleisten.“ Nach Hasel stellten die Entwicklung von Industrie, Verkehr und Bevölkerungswachstum eine äußerste Gefährdung des menschlichen Lebens dar. Ihr müsse auch mit den Mitteln der Landespflege entgegengearbeitet werden. Die Landespflege, so Hasel weiter, habe sich in den vergangenen zehn Jahren aus dem Naturschutz entwickelt. Die Deutsche Rektorenkonferenz habe schon zu Anfang der 1960er Jahre gefordert, an allen Universitäten Lehrstühle für Landespflege zu errichten. An der Forstlichen Fakultät sei die Landespflege, allerdings noch unter der Bezeichnung des Naturschutzes, bereits in den frühen 50er Jahren „institutionalisiert und in das Lehr- und Forschungsprogramm der Fakultät übernommen“ worden.[827] An sich hatte die Universität Göttingen 1965 geplant, bei der Forstlichen Fakultät einen eigenen Lehrstuhl für Landespflege zu schaffen – neben solchen für Forstpflanzenzüchtung, Bioklimato-

827 Der Mündener Botaniker Moritz Büsgen wurde im Februar 1905 mit der Frage konfrontiert, „welche Pflanzenarten und in welchen örtlichen Gebieten sie eines besonderen Schutzes bedürfen[,] um ihre Vernichtung zu verhindern“. Eine befriedigende Antwort hätte zunächst vorausgesetzt, dass Büsgen über das Vorkommen der in Rede stehenden Arten ausreichend informiert gewesen wäre. Von den Orchideen und Liliengewächsen wusste er allerdings zu sagen, dass sie besonders schutzwürdig seien – wie „eben alle schön blühenden oder sonst auffallenden Pflanzen“. Allerdings seien nicht in allen Gegenden dieselben Arten schutzbedürftig. Hier ist zu ergänzen, dass eine Gefahr für die Pflanzen in erster Linie durch das gewerbsmäßige Sammeln, Abpflücken oder Ausgraben gesehen wurde und erst in zweiter Linie Veränderungen der „Standorts- und Wirthschaftsverhältnisse“. Büsgens Rat lautete deshalb, von konkreten Verboten grundsätzlich abzusehen und lediglich das generelle Verbot auszusprechen, die fraglichen Pflanzen auszugraben und unbefugt sich anzueignen. Örtlich könnten indes auch Verbote in Betracht kommen. Eine Ausnahme stellten für Büsgen jedoch „hohe Berge, Moore und Gebiete [dar], in welchen Kalkboden vorkommt, da dieser besonders reich ist an schön blühenden, sonst seltenen Pflanzenarten“ (UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 200, Die Königliche Regierung zu Hildesheim am 15. November 1904 an die Mündener Forstakademie).

logie und Meteorologie sowie für ausländische Forstwirtschaft. Hasel argumentierte weiter, dass inzwischen auch die Waldbesitzer die Bedeutung der Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes („Dienstleistungsaufgaben") erkannt hätten. Die Erfüllung dieser Aufgaben würde in zunehmendem Maße wichtiger werden als die Holzproduktion. Daraus resultiere die „unbedingte Notwendigkeit", die Forststudierenden in der Landespflege auszubilden. Der bislang von Professor Buchwald aus Hannover wahrgenommene Lehrauftrag für Landespflege sei als vorübergehende Notlösung anzusehen. Hasel erwog, dass auch die Studierenden anderer Fakultäten in Göttingen von einer Grundausbildung in Landespflege an der Forstfakultät profitieren könnten. „Für die Forstliche Fakultät ist die baldige Errichtung eines Lehrstuhls für Landespflege eine zwingende Notwendigkeit. Sie ist die Folge des Wandels, welchen das Leitbild der Forstwirtschaft in der Industriegesellschaft erfahren hat."[828] Hasel hatte sich bereits im akademischen Jahr 1966/67 mit den Wohlfahrts- und Erholungsfunktionen des Waldes, dem Wald in der Raumordnung, der Rolle des Naturschutzes in der deutschen Forstgesetzgebung, den Aufgaben der Forstverwaltungen auf dem Gebiet der Landespflege sowie der Entwicklung der Naturpark-Idee befasst.[829]

Zur Forstpflanzenzüchtung wäre nachzutragen, dass am 6. Februar 1932 in Berlin auf Einladung von Professor Baur, Direktor des Kaiser Wilhelm-Instituts für Züchtungsforschung in Müncheberg, eine Besprechung stattfand, deren Teilnehmer, unter ihnen viele Forstwissenschaftler – jedoch kein Vertreter aus Münden – , die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für Forstpflanzenzüchtung beschlossen. In der Entschließung heißt es zur Begründung, dass die „züchterisch[e] Bearbeitung der Forstpflanzen" dazu berufen erscheine, „die Leistungen des Waldes durch Verbesserung nach Menge, Wüchsigkeit, Güte und Gesundheit zu erhöhen und damit die Wirtschaftlichkeit des Waldbaues im günstigsten Sinne zu beeinflussen". Hierzu sollten Vertreter der forstlichen Wissenschaft und Praxis zusammenarbeiten. Gefordert wurde unter anderem eine Spezialausbildung bei der staatlichen Forstverwaltung. Als Zuchtziele seien überdies Klimafestigkeit und Immunität gegen Krankheiten immer erwünscht. Am 26. April 1932 erklärten sich dann auch das Mündener Waldbauinstitut und das Botanische Institut sowie Professor Geyr von Schweppenburg bereit, der Arbeitsgemeinschaft beizutreten.[830]

Zwischen Modernisierung, Reformierung und Anpassung inszenierte die Fakultät den Aufbruch. Die Aussicht auf den Umzug nach Göttingen machte es möglich, sich auch in der Konkurrenz mit anderen Fachbereichen in einem neuen Licht zu präsentieren und Ressourcen zu erschließen. Forstwissenschaftler nutzten die wachsende Empfänglichkeit von Politik und Gesellschaft für Naturschutzthemen, um Kompetenzen im Naturschutz für die staatliche Forstverwaltung zu sichern und damit zugleich neue Berufsfelder für Forstakademiker zu erschließen. Denn Alternativen zum traditionellen Berufsbild waren vonnöten, um das Forststudium attraktiver zu machen, das heißt Studenten anzuziehen und damit die Forstlichen Fakultäten zu sichern. Nachdem in den ersten Nachkriegsjahren die Studierendenzahlen in Münden bis dahin nicht gekannte Größenordnungen erreicht hatten, schrieben sich seit 1950 immer weniger Forstbeflissene ein, weil jetzt die Berufsaussichten für Diplomforstwirte denkbar schlecht waren. Zugleich nahm die bis dahin praxisorientierte Ausbildung einen mehr und mehr akademischen Charakter an.[831]

828 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, „Begründung für den an der Forstlichen Fakultät neu zu schaffenden Lehrstuhl für Landespflege" von Karl Hasel; ohne Ort und Datum.
Hasel sprach an anderer Stelle von einem einzigartigen, grundlegenden und unumkehrbaren Strukturwandel in der Forstwirtschaft. „Das Leitbild der Forstwirtschaft wird ein anderes werden" (UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 176, Vortragstext „Die Zukunft der deutschen Forstwirtschaft", S. 2; ohne Ort und Datum).

829 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 94, Prorektor der Universität Göttingen am 2. April 1968 an die Direktoren der Institute etc.

830 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 180, Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Forstpflanzenzüchtung am 2. März 1932 an den Mündener Rektor mit einer Niederschrift vom 15. Februar 1932 der Besprechung über die Gründung besagter Arbeitsgemeinschaft am 6. Februar 1932; a.a.O., Der Mündener Rektor am 26. April 1932 an den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für Forstpflanzenzüchtung.

831 Im Zusammenhang mit dieser wachsenden „Verwissenschaftlichung" in Forschung und Lehre stand unter anderem auch die Begründung einer eigenen Schriftenreihe an der Forstlichen Fakultät („Schriftenreihe der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen und Mitteilungen der Niedersächsischen Forstlichen

Im Gespräch war kurze Zeit übrigens auch die Errichtung eines Ordinariats für Ostforschung, ohne dass sich dieser Gedanke jedoch hätte durchsetzen können.[832]

Tropische und subtropische Forstwirtschaft

Nach Hans Lamprecht datiert der erste Hinweis auf „Vorlesungen über die Botanik tropischer und subtropischer Bäume“ in Münden aus dem Jahr 1907.[833] Akademiedirektor Karl Fricke wollte Friedrich Jentsch und Moritz Büsgen mit den Vorlesungen beauftragen. Beide wurden von Lamprecht als „Begründer der tropenforstlichen Forschung im deutschen Sprachraum“ bezeichnet.[834] Büsgen hatte bereits Ende 1905 oder spätestens im Januar 1906 an den Mündener Akademiedirektor Weise den Antrag gerichtet, „ihm die Abhaltung einer einstündigen Vorlesung in der Colonialschule in W[itzenhausen] zu gestatten“. Weise war von der Sinnhaftigkeit des Anliegens vollständig überzeugt, wie aus seinem Schreiben an den Landwirtschaftsminister, in dem er den Antrag aufs Wärmste unterstützte, hervorgeht. Er halte „die Betätigung der grünen Farbe im Colonialdienst für überaus wichtig und gerade die jungen Forstleute für den Dienst besonders befähigt“. Notwendig müssten Vorlesungen über Kolonialwirtschaft Aufnahme in den Lehrplan auch der Forstakademie finden. Es könne daher nur im Interesse der Forstakademie liegen, „wenn einige unserer Dozenten schon jetzt der Behandlung colonialer Wirtschaftsfragen näher treten“.[835]



Abb. 82: Moritz Büsgen (1858-1921) (Quelle: SUBGÖ, Bereichsbibliothek Forstwissenschaften, Prachtalbum der Mündener Dozenten für den scheidenden Akademiedirektor Wilhelm Weise, 1906; Repro Christian von Schnehen-Ahrens, 2022).

In der Aktenüberlieferung der Mündener Forstakademie hat sich ein Bericht erhalten, den der Forstassessor Otto Schorkopf (1880-1913)[836] über eine, wie es heißt, forstwissenschaftliche Expedition nach Kamerun erstattete. Diese fand vom 5. November 1908 bis zum 10. Februar 1909 statt. Teilnehmer waren neben Schorkopf die Professoren Jentsch und Büsgen, Forstassessor Freiherr Riedesel zu Eisenbach sowie weitere Arbeitskräfte, über die Näheres nicht mitgeteilt wird. Die Expedition diente dazu, Informationen über die Zusammensetzung, Nutzbarkeit und Verwertbarkeit von Wäldern in Kamerun zu erheben. Der wirtschaftliche Wert eines Waldgebietes sollte durch ertragskundliche Probeflächenaufnahmen ermittelt werden,

Versuchsanstalt“; vgl. Benett, Geschichte, 1987, S. 56, 58, 60). Aus Sicht der Mündener Studierendenschaft formulierten Erik Dorff und Peter von Carlowitz 1967 Forderungen an ein neu zu konzipierendes Forststudium. Sie betrafen unter anderem eine inhaltliche und didaktische Verbesserung der Vorlesungen. Die Beratungen schlugen sich allerdings erst 1972 in einer neuen Studienordnung nieder (Benett, Geschichte, 1987, S. 90 f.).

832 Benett, Geschichte (1987, S. 110).

833 Möglicherweise irrte sich Lamprecht in dem Datum. Einer oben bereits zitierten Quelle zufolge wurden Jentsch und Büsgen 1909 von Fricke aufgefordert, Vorträge über den Tropenwald zu halten. Jentsch übrigens setzte sich bis zu seinem Tod 1940 mit tropischer Forstwirtschaft und Forstwissenschaft auch publizistisch intensiv auseinander.

834 Lamprecht, Tropische Forstwissenschaft (1968, S. 563).

835 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 326, Akademiedirektor Weise am 26. Januar 1906 an den preußischen Landwirtschaftsminister.

836 Kropp & Rozsnyay, Biographie (1998, S. 401).

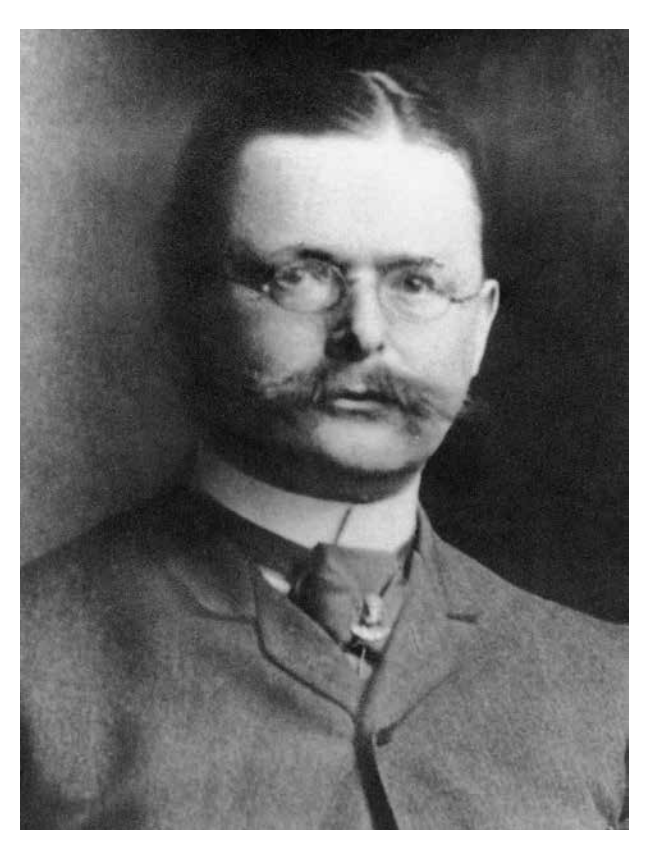


Abb. 83: Friedrich Jentsch (1854-1940) (Quelle: Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen; Repro Wolfgang Tambour).

deren Ergebnisse dem Bericht beigefügt sind. In großem Umfang wurden auch Herbarmaterial und Holzproben gesammelt und aufbereitet. Schorkopf betonte, dass für die vorgefundenen Baumarten alphabetische Verzeichnisse sämtlicher einheimischen Namen angelegt wurden. Eingeflochtene Angaben über die Kosten der Holzwerbung lassen neben anderem deutlich erkennen, dass Fragen der Rentabilität einer möglichen Holznutzung durch die deutsche „Schutzmacht" eine große Rolle spielten. Den Berichterstatter trieb außerdem die Frage um, woran es liege, dass im „unberührten Naturwald" entgegen den Erwartungen gewisse Baumarten nicht in *allen* Alters- bzw. Stärkestufen vertreten seien.[837] „Es scheint also, als ob die Natur gewissermassen [sic!] eine »Fruchtfolge«[,] hier vielleicht besser »Artenfolge« genannt, eintreten" ließe.[838]

Es bedarf weiterer, sorgfältiger Untersuchungen, um Aussagen darüber treffen zu können, in welchem Ausmaß die forstliche und forstwissenschaftliche Aneignung von Wäldern und natürlichen Ressourcen durch deutsche Stellen der einheimischen Bevölkerung geschadet hat. In Betracht kommen nicht nur Krankheit und Tod, Zwangsarbeit bzw. Ausbeutung, Vertreibung, Enteignung und anderes mehr, sondern auch Schäden an den Ökosystemen und Lebensräumen. Fest steht, dass die deutsche Forstwirtschaft und Forstwissenschaft, hier vertreten durch Angehörige der Mündener Forstakademie, als Teile einer Besatzungsherrschaft in Erscheinung traten. Sie waren folglich Elemente des Unrechts im Kolonialsystem des Kaiserreichs. Mit ihren Veröffentlichungen trugen Forstwissenschaftler dazu bei, die koloniale Bewegung zu fördern und im forstlichen Diskurs zu etablieren.

Von Neapel aus sollte dann am 14. August 1914 eine weitere forstliche Studienreise nach „Deutsch-Ostafrika" starten. Neben Fricke, Büsgen und Rhumbler hätten auch 10 bis 12 Forststudenten die Gelegenheit zur Mitreise gehabt. Der Beginn des Ersten Weltkriegs wird dieses Vorhaben jedoch vereitelt haben.[839] Der Zoologe Ludwig Rhumbler und dessen Mündener Kollege Eduard Jahn (Botanik) planten, in der Zeit vom 1. März bis zum 3. Mai 1927 auf eigene Kosten eine Studienfahrt nach Brasilien zu unternehmen. Auf dem Programm standen unter anderem Studien über die „dauerwaldähnlichen Verhältnisse im Urwalde" sowie das „Verhältnis der Insekten im Mischwalde".[840] Der vorliegenden Akte ist allerdings nicht deutlich zu entnehmen, ob die Expedition durchgeführt wurde. Es spricht jedoch einiges dafür. Übrigens hatte sich Jahre

837 Bis heute stellen Altersbestimmungen bei Bäumen in den Tropen häufig ein gravierendes Problem dar.

838 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 202, Kaiserliches Gouvernement von Kamerun am 19. April 1909 an die Mündener Forstakademie mit einem Bericht über die vom 5. November 1908 bis zum 10. Februar 1909 durchgeführte Expedition nach Kamerun.

839 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, Hannoversche Volkszeitung Nr. 46 vom 24. Februar 1914.

840 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 323, Rhumbler am 27. Dezember 1926 an den Mündener Akademiedirektor.

zuvor auch der Forstmykologe und Botaniker Alfred Möller einige Jahre in Brasilien aufgehalten, um dort über Pilze zu forschen.

Die Deutsche-Kolonialgesellschaft unterhielt in Hann. Münden eine Abteilung, zu deren Vorstand Professor Julius Oelkers gehörte. In dieser Funktion wandte er sich 1932 an Rektor Mayer-Wegelin, um ihm „im Sinne der guten Sache“ den Beitritt nahezulegen. „Ich darf wohl“, so Oelkers, „auf die enge Verbundenheit der Hochschule mit der Deutschen-Kolonial-Gesellschaft seit über 20 Jahren hinweisen, wie ebenso auf die Notwendigkeit der Pflege des Kolonialgedankens überhaupt.“ Er bedauerte, dass aus den Reihen des Senats bislang lediglich die Professoren Jahn sowie die Emeriti Rhumbler und Sellheim Mitglieder der Gesellschaft seien.[841] Für das Wintersemester 1938/39 kündigte Karl E. Schedl die einstündige Vorlesung „Koloniale Forstentomologie“ an.[842]

Max Schlüter legte mit seiner Dissertation über „Physiognomische und strukturelle Untersuchungen im westafrikanischen Regenwald“ noch 1949 eine wissenschaftliche Arbeit zur Forstwirtschaft in den Tropen vor.[843] „Die Tierwelt der tropischen Wälder“ war Gegenstand einer Veranstaltung, die Professor Gerhard Heberer für das Wintersemester 1950/51 ankündigte.[844]

Im Jahr 1961 hatte die Fakultät die Vorlesungsreihe „Ausländische Forstwirtschaft“ eingeführt und 1963 entschieden, dass für das Lehrgebiet „Waldbau in außereuropäischen Ländern“ die Stelle eines wissenschaftlichen Rates beantragt werden sollte. Ein eigener Lehrstuhl für Ausländische Forstwirtschaft kam dann auf der Fakultätssitzung vom 10. November 1964 in Vorschlag.[845] Zum Studium „Tropische und subtropische Forstwirtschaft“ erklärte Lamprecht, dass dieses Studium als Entwicklungshilfe angesehen werden müsse, deren Notwendigkeit auf forstlichem Gebiet unbestritten sei. Bislang gebe es im deutschen Sprachraum keine einzige forstliche Fakultät mit einem solchen Angebot. Lamprecht versprach sich von der Schaffung eines derartigen Studiengangs nicht nur eine „Erweiterung des Horizontes in Forschung und Lehre“, sondern auch einen vermehrten Zustrom von Studierenden.[846] Am 17. Februar 1967 beschloss die Fakultät einstimmig, „tropische und subtropische Forstwissenschaft in ihre Lehr- und Forschungsprogramme aufzunehmen“. Der Vorlesungsbetrieb sollte im Wintersemester 1968/69 beginnen.[847] Am 23. Mai 1967 folgte der Fakultätsbeschluss, ein Lehrprogramm für tropische und subtropische Forstwirtschaft anzubieten, nachdem bereits am 21. Februar 1967 die Einrichtung eines gleichlautenden Studiengangs beschlossen worden war. Wenig später, am 25. Juli 1967, stimmte die Fakultät der Beteiligung an einem „Studienzentrum für tropische und subtropische Land- und Forstwirtschaft“ zu. Noch im selben Monat erhielt Jean-Pierre Vité einen Lehrauftrag für außereuropäische Forstwirtschaft.[848]

Lamprecht war überzeugt, dass für einen modern ausgebildeten Forstakademiker ein Überblick über die forstlichen Verhältnisse der Tropen und Subtropen zur Allgemeinbildung gehörte. Und er wollte forstliche Entwicklungshilfe leisten, um das gefährlich spannungsreiche „nord-südliche Entwicklungsgefälle“ zu mildern. Die Fakultät sah sich verpflichtet, denjenigen deutschsprachigen Studierenden, die in tropischen bzw. subtropischen Ländern als Forstleute arbeiten wollten, sowie Studierenden und Wissenschaftlern aus den betreffenden Ländern selbst eine entsprechende Ausbildung bzw. Weiterbildung anbieten zu können. Seit Jahren, so Lamprecht, betrage in Münden der Anteil der Studierenden aus den Tropen und Subtropen zwischen 15 und 20 % der Gesamtzahl, Tendenz steigend.[849]

841 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 186, Oelkers am 6. Mai 1932 an Rektor Mayer-Wegelin.

842 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 214, [Schreiben vom 20. Juni 1938].

843 Schlüter, Regenwald (1949).

844 URLhttps://gdz.sub.uni-goettingen.de/id/PPN721546412_1950_1951_WS [Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Universität Göttingen, Wintersemester 1950/51].

845 UniA GÖ, Forst. Fak. 90, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 10. November 1964.

846 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 91, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 12. Juli 1966.

847 Lamprecht, Tropische Forstwissenschaft (1968, S. 564).

848 Benett, Geschichte (1987, S. 91, 93, 96); UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 91, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 21. Februar 1967.

849 Lamprecht, Tropische Forstwissenschaft (1968, S. 564).



Abb. 84: Hans Lamprecht (links) im Gespräch mit Erwin Schimitschek in der Sammlung des Instituts für Zoologie, 1966 (Quelle: PrSlg Wolfgang Tambour).

Dabei dachte Lamprecht nicht nur an die Erschließung von Holzvorräten, sondern auch an die Gewährleistung der Schutzfunktionen der Wälder. Es sei auch sein Ziel, der Waldverwüstung mit ihren verheerenden Folgen für die Landeskultur (Bodenerosion!) und damit für das Überleben der Menschen Einhalt zu gebieten. Die meisten der in Betracht kommenden Länder würden weder über ausreichende Geldmittel noch Fachkräfte verfügen, um die Gefahren abzuwenden.[850]

850 Lamprecht, Tropische Forstwissenschaft (1968, S. 565).

Lamprecht versprach sich von der Einbeziehung der Tropenwaldforschung zugleich neue Einsichten in das Ökosystem Wald. Seiner Meinung nach stand die forstliche Praxis „zwischen den Wendekreisen" noch am Anfang. Für die Wissenschaft sah er die Chance, Althergebrachtes zu revidieren und er erhoffte sich „wertvolle Impulse" aus der „Mitarbeit an dieser geistigen Pioniertat". „Auch bei uns muß ja vieles frei vom Ballast der Vergangenheit neu überdacht werden".

Das „Studienzentrum für tropische und subtropische Landwirtschaft" war seinerzeit (1968) bereits in

ein „Studienzentrum für tropische und subtropische Land- und Forstwirtschaft“ umgewandelt worden. Münden kooperierte inzwischen mit dem Tropeninstitut der Universität Gießen, der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft in Reinbek, den forstlichen Lehrstühlen der Universität Hamburg sowie der Forstfakultät Valdivia in Chile.[851]

Das Projekt eines tropisch-subtropischen Studienganges und Forschungszweiges, davon war Lamprecht überzeugt, wurzelte in einer alten Mündener Tradition, wenngleich mit anderen Zielen.[852]

Bei dem Mündener Waldbauer Hans Lamprecht lag das Augenmerk demnach auf der forstlichen ‚Entwicklungshilfe‘ sowie auf der Lehre und Forschung. Er wollte deutschsprachigen und ausländischen Studierenden eine akademische Ausbildung in tropischer und subtropischer Forstwirtschaft anbieten, damit diese Absolventen in der Lage wären, die Wälder in den Tropen und Subtropen sachkundig zu bewirtschaften. Solches sollte in Zusammenarbeit mit den forstlichen Fakultäten derjenigen Länder geschehen, auf deren Gebiet sich die Wälder befanden. Es wird nicht deutlich, dass sich Lamprecht dabei eines Zusammenhangs mit der früheren kolonialforstlichen Ausrichtung des Faches in Deutschland bewusst gewesen wäre. Zugleich bleibt offen, ob er das Wissen der indigenen Bevölkerungen in den fraglichen Gebieten etwa um die vorkommenden Baumarten, deren Nutzung und Bewirtschaftung in sein Programm einbeziehen wollte. Dabei wird angenommen werden können, dass der 1968 bevorstehende Umzug nach Göttingen mit den verbesserten räumlichen Bedingungen und der Nähe zur Universität Göttingen Lamprechts Überlegungen beflügelten oder sogar den Ausschlag gegeben haben könnten, ein solches Projekt zu planen und umzusetzen. Lamprecht war 1966 als Nachfolger von Friedrich Karl Hartmann nach Münden berufen worden.

Die 1945 in Québec gegründete FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) war weltweit auf der Suche nach qualifiziertem Forstpersonal für Entwicklungsprojekte. Stellenausschreibungen, wie sie anschließend kurz geschildert werden, könnten die Initiative von Lamprecht zur Begründung eines tropisch-subtropischen Studienganges in Münden unterstützt haben. So wurde im Dezember 1965 ein Forstmann gesucht, dessen Aufgabe darin bestehen sollte, die Bevölkerung Sambias zur Mitarbeit beim Schutz des Wildes, des Bodens und des Wassers zu bewegen. Wenig später schrieb die FAO für die Aufforstungs-Abteilung die Stelle eines einschlägig erfahrenen Wissenschaftlers aus, der auf dem Gebiet der tropischen Plantagen-Forstwirtschaft, besonders im Hinblick auf schnellwachsende Baumarten, Verantwortung übernehmen sollte. Das Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft in Frankfurt am Main übermittelte der Forstlichen Fakultät in Münden eine Stellenausschreibung der FAO vom 7. Juli 1967. Gesucht wurde diesmal ein „Ökologe/Botaniker für Waldkultur zur Begutachtung von Forsten im Westen des Cardamom-Gebirges“ mit Dienstort Phnom Penh, Kambodscha, für die Dauer von zwölf Monaten. Die Begutachtung der Forsten sah eine „Klassifizierung des ökologischen Status der Forsten“ vor, „Schätzung der ökologischen Erfordernisse“ bei den identifizierten Hauptbaumarten sowie die „Überwachung der Versuche verschiedener Techniken in der Waldkultur“. Im Februar 1968 war die Position eines Forstsachverständigen für die Ausbildung von Forstpersonal in der Dominikanischen Republik zu besetzen („Errichtung einer Forstschule für Förster und Hilfsförster“). Zur Begründung hieß es, dass für die Forsten, welche große Teile des Landes bedecken, keine Bewirtschaftungspläne existierten. Die FAO befürchtete eine fortschreitende Zerstörung des Waldes mit Gefahren für die Nutzholzbeschaffung und die Fruchtbarkeit der Täler und Ebenen.[853]

851 Lamprecht, Tropische Forstwissenschaft (1968, S. 566 f.).

852 Lamprecht, Tropische Forstwissenschaft (1968, S. 567).

853 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 60, „Announcement of Field Post Vacancy“ der FAO vom 17. Dezember 1965; a.a.O., „Announcement of Vacancy“ der FAO vom 21. Januar 1966; a.a.O., Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft, Frankfurt am Main, am 27. Juli 1967 an die Forstliche Fakultät in Münden; a.a.O., Stellenausschreibung der FAO Nr. 234-FO-31 vom 28. Februar 1968.

7 Problem der „Forstlichen Unterrichtsfrage"



Abb. 85: Portal der Forstakademie (Entwurf), 1869 (Quelle: SUBGÖ, Bereichsbibliothek Forstwissenschaften; Foto Christian von Schnehen-Ahrens, 2022).

Anfänge und Weichenstellungen

„Man spricht hier und da von Wiedererrichtung einer hannoverschen Forstschule“. Mit diesen Worten begann der hannoversche Forstdirektor Heinrich Christian Burckhardt am 13. Dezember 1864 einen Brief, der vermutlich an den Finanzminister Carl Erxleben gerichtet war. Burckhardt hielt eine solche Forstschule nicht für dringend erforderlich und verwies auf die Schulen in Eisenach und Aschaffenburg.[854] Als dann 1866 Hannover preußisch geworden war, beteiligte er sich jedoch rege an der Planung einer in Münden aufzubauenden Forstakademie. Er machte sich insbesondere Gedanken über die Zusammensetzung des Lehrkörpers. Gustav Heyer aus Gießen, der schließlich das verantwortungsvolle Amt des ersten Akademiedirektors übernahm, wurde zwar auch von Burckhardt ins Gespräch gebracht. Er war jedoch nicht dessen erste Wahl. Burckhardt hätte wohl lieber, wenn schon Grebe aus Eisenach nicht zur Verfügung stand, seinen früheren Vorgesetzten an der 1849 geschlossenen Mündener Forstschule, Otto Ludwig Wißmann, den Forstmeister Friedrich Gustav Rettstadt aus Nienburg oder seinen Schüler Eduard Friedrich Gustav Kraft an der Spitze gesehen. Dabei kann kein Zweifel bestehen, dass Burckhardt sehr großen Wert auf eine moderne Ausbildung unter anderem in Mathematik, Chemie und Bodenkunde, in Mineralogie, Botanik und Zoologie gelegt hat. Die Lehrkräfte in den Grundlagenfächern mussten wissenschaftlich hervorragend ausgewiesen sein und pädagogische Qualitäten besitzen. Entsprechende Anforderungen stellte Burckhardt auch an die Vertreter der forstlichen Fächer, wobei diese in jedem Fall vorzüglich erfahrene Praktiker sein sollten.[855]

Ein besonderes Wort sei an dieser Stelle noch einmal über die Sammlungen und deren Wert für die forstliche Forschung und Ausbildung gesagt.[856] Bereits die in Münden zwischen 1844 und 1849 betriebene Forstschule war im Besitz von regelrechten Naturalienkabinetten – mit ausgestopften Vögeln, in Weingeist eingelegten Larven von Krebsen, ferner Mineralien, Herbarien, einer Xylothek und natürlich Instrumenten und Geräten für die Waldarbeit, um nur einiges zu nennen.[857] Im Lauf der Zeit erlebten die Sammlungen teilweise sehr beachtliche Zuwächse. Eines der im Landesarchiv Hannover überlieferten Verzeichnisse nennt eine Sammlung (ausgestopfter) Vögel, vom Adler über den Kuckuck, Blauracke, Bienenfresser und Ziegenmelker, Storch, Trappe, Fasan, Gänse und Enten, Alken und Lummen, Spechte, Goldhähnchen und verschiedene Finken bis zum Pelikan und Papagei. Eine umfangreiche Insektensammlung befand sich selbstverständlich auch unter den Exponaten.[858] In einem weiteren Verzeichnis scheinen wiederum Insekten und deren Fraßbilder sowie Herbarien neben Sammlungen von Gräsern, Flechten, Moosen, künstlichen Pilzen und Holzsamen den mit Abstand größten Anteil gehabt zu haben. Allerdings durfte auch die Klapper einer Klapperschlange nicht fehlen.[859]

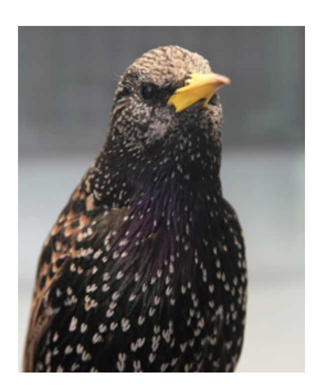



Abb. 86a-b: Diese Präparate eines Wanderfalken und eines Stars stammen aus der heute etwa 500 [?] Exponate umfassenden Vogelsammlung der Fakultät. Die ältesten Stücke wurden zwischen 1829 und 1873 gesammelt (Quelle: Abteilung Forstzoologie und Waldschutz, Universität Göttingen; Fotos Mareile Steinsiek, 2022).

854 NLA HA, Hann. 76a Nr. 732, Burckhardt, Hannover, am 13. Dezember 1864 an vermutlich Minister Erxleben, fol. 9.

855 NLA HA, Hann. 76a Nr. 732, [Briefentwurf, sehr wahrscheinlich von Burckhardt ausgefertigt] Hannover, 19. Januar 1868, an den Königl. Staats- und Finanzminister Frhr. von der Heydt, Berlin, fol. 45-47; Steinsiek, Burckhardt (2021, S. 90).

856 Vgl. dazu Steinsiek, Burckhardt (2021, S. 90).

857 NLA HA, Hann. 76a Nr. 732, „Verzeichniß der Sammlungen, Instrumente und sonstigen Inventarien-Gegenstände der vormaligen Forstschule zu Münden“, fol. 55 f.

858 NLA HA, Hann. 76a Nr. 732, „Verzeichniß derjenigen Inventarien-Gegenstände der vormaligen Forstschule zu Münden, welche in den Räumen des naturhistorischen Vereins in Hannover aufbewahrt werden“ (nach der Aufnahme vom 14. Januar 1868), fol. 14.

859 NLA HA, Hann. 76a Nr. 732, „Verzeichniß der im Locale der Finanz-Abtheilung zu Hannover befindlichen Sammlungen, In-



Abb. 87: Seit 1934 befindet sich dieser besonders schöne Schaukasten in der sehr umfangreichen Insektensammlung der Abteilung Forstzoologie und Waldschutz (Foto Mareile Steinsiek, 2022).



Abb. 88: Auch diese alte, undatierte Sammlung von Fraßbildern und ihren Verursachern gehört zum Standardinventar einer forstentomologischen Forschungs- und Lehreinrichtung (Quelle: Abteilung Forstzoologie und Waldschutz, Universität Göttingen; Foto Mareile Steinsiek, 2022).

strumente und Utensilien, welche zum Inventar der vormaligen Forstschule in Münden gehören“, fol. 15 f.; ohne Datum.



Abb. 89: In der geologischen Sammlung der Forstakademie befand sich auch dieses in Bayern gefundene, versteinerte Exemplar aus der Gattung der Ichthyosaurier (Leptonectes tenuirostris), das vor etwa 180 Mio. Jahren lebte (Quelle: Abteilung Ökopedologie der gemäßigten Zonen, Universität Göttingen; Foto Mareile Steinsiek, 2022).



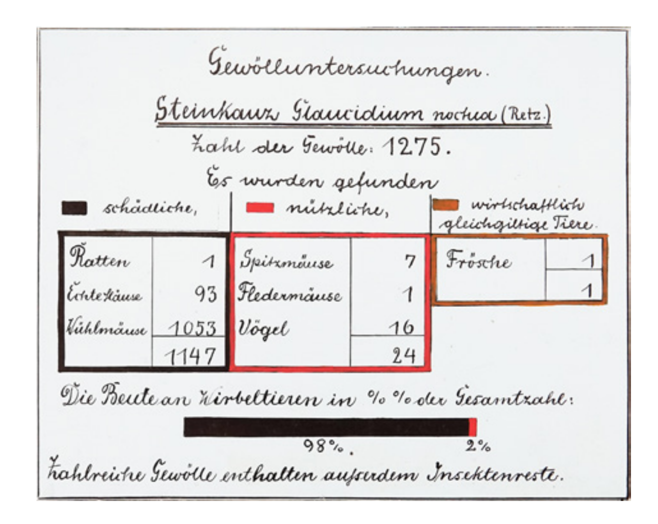
Abb. 90: Lackabzug eines tiefgepflügten Moorbodens. Der schwarz-humose Horizont oberhalb der wellenförmigen Pflugschollen entstand durch die sich anschließende ackerbauliche Nutzung (Quelle: Abteilung Ökopedologie der gemäßigten Zonen, Universität Göttingen; Foto Mareile Steinsiek, 2022).

Abb. 91: Es ist nicht bekannt, wann und von wem diese Sammlung von Vogeleiern in die Bestände der Abteilung Forstzoologie und Waldschutz gelangt ist (Foto Mareile Steinsiek, 2022).



Abb. 92: Dieser als Medaillon präparierte Birkhahn wurde 1930 von Ferdinand König von Bulgarien erlegt und gelangte 1949 nach Münden (Quelle: Sammlung der Abteilung Wildtierwissenschaften, Universität Göttingen; Foto Mareile Steinsiek, 2022).





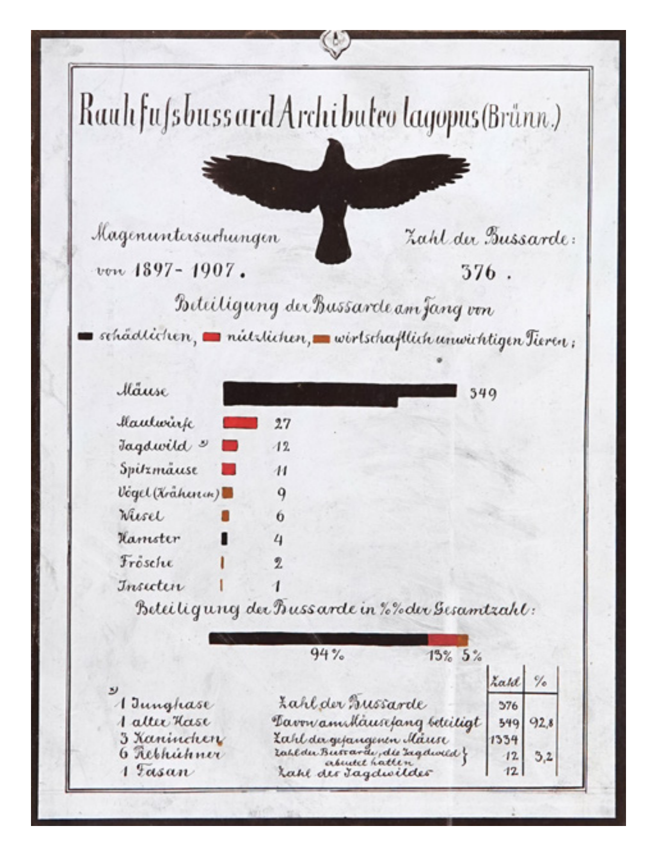


Abb. 93a-d: Nahrungsspektren verschiedener Vogelarten. Auf Anhieb war nicht zu klären, ob es sich bei den hier gezeigten Darstellungen um die Ergebnisse von Untersuchungen handelte, die in Münden durchgeführt wurden. Wahrscheinlich ist jedoch, dass sie als Anschauungsmaterial dienten. Das Interesse der Forscher galt offenbar vor allem der Frage, inwieweit die untersuchten Vogelarten aus Sicht des Forstschutzes und der Jagd nützlich – und deshalb schützenswert – bzw. schädlich waren (Quelle: Sammlung der Abteilung Wildtierwissenschaften, Universität Göttingen; Fotos Mareile Steinsiek, 2022).



Mageninhalt von Nebelkrähen.

19. II. 1899.	70 Drahtwürmer, 7 Eulenraupen, 18 Fliegenlarven, 1 Blattwespenraupe.
13. III. 1899.	32 Drahtwürmer, 4 Eulenraupen, 6 Käfer, 5 Fliegen, 1 Blattwespenlarve.
13. III. 1899.	23 Drahtwürmer, 8 Schnellkäfer, 6 Eulenraupen.
2. IV. 1899.	87 Drahtwürmer, 1 Eulenraupe, 7 Käfer.
1. III. 1899.	50 Engerlinge, 24 Drahtwürmer, 3 Käferlarven, 2 Spinnen, 2 Ameisen.
5. V. 1899.	12 Drahtwürmer, 22 Engerlinge, 1 Käfer.
12. V. 1899.	53 Schnakenlarven, 22 Pissodes sp., 2 Käferlarven, 10 Ameisen.
13. VI. 1898.	50 Drahtwürmer, 19 Engerlinge, 6 andre Käferlarven und viele Käferreste.
24. VI. 1899.	550 Pyralidenraupen.
24. VII. 1899.	211 Drahtwürmer, 13 Raupen, 28 Käfer.
5. X. 1899.	36 Erdraupen, 1 Drahtwurm.
17. X. 1899.	22 Erdraupen, 50 Drahtwürmer, 12 Schnellkäfer.





Abb. 94a-b: Eine im Institut für Technische Mykologie vor etwa 100 Jahren hergestellte und präparierte Reinkultur des Tannen-Blättlings (Lenzites abietina). Olga Falck unterstützte die Arbeit ihres Mannes Richard im Institut mit wissenschaftlichen Illustrationen. Es wird angenommen werden können, dass das Siegel, mit dem der Stopfen des Glasbehälters verschlossen ist, von Olga Falck entworfen wurde. Dasselbe Motiv verwendete Falck für Aufkleber, mit denen er beispielsweise Sonderdrucke versah (Quelle: Abteilung Molekulare Holzbiotechnologie und technische Mykologie, Universität Göttingen; Fotos Mareile Steinsiek, 2022).

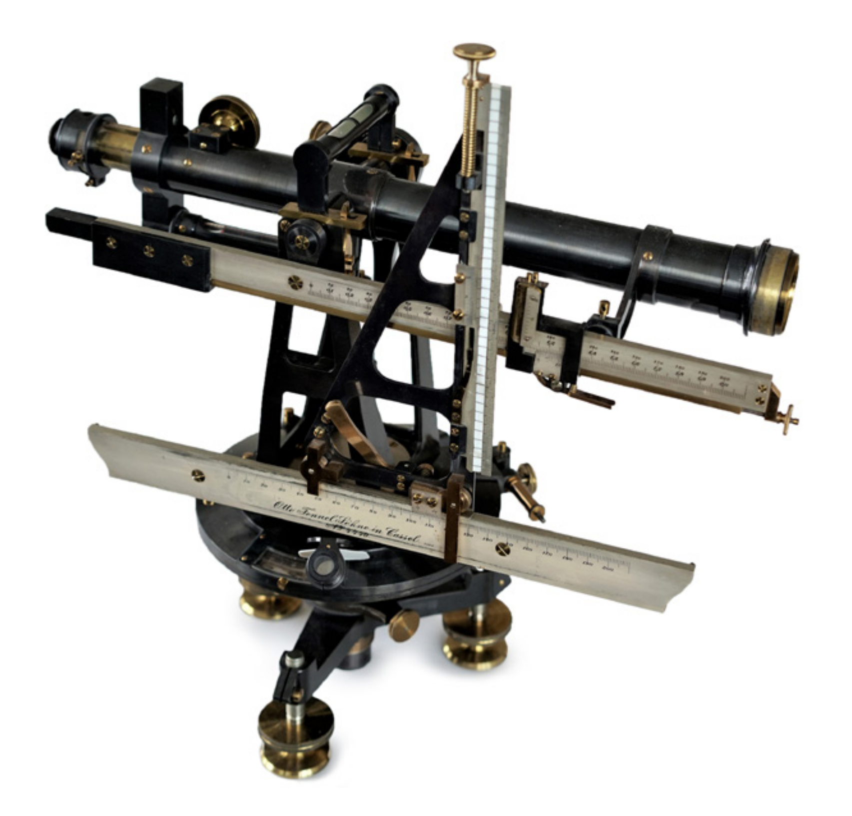


Abb. 95: Wagner-Fennel-Tachymeter, Baujahr 1899. Von Beginn an wurden angehende Forstleute mit dem Vermessungswesen vertraut gemacht (Quelle: Sammlung der Abteilung Waldinventur und Fernerkundung, Universität Göttingen; Foto Lutz Fehrmann, 2022).



Abb. 96: Das Baujahr dieses Mikroskops ist nicht bekannt. Es wurde im Botanischen Institut vermutlich noch in den 1920er Jahren eingesetzt (Quelle: Abteilung für Forstbotanik und Baumphysiologie, Universität Göttingen, Fotoalbum des ehemaligen Botanischen Instituts; Repro Volker Meng, 2022).



Abb. 97: Odina Wodier [Indische Esche] aus der Holzsammlung der Royal Botanical Gardens, Calcutta (Quelle: Abteilung für Forstbotanik und Baumphysiologie, Universität Göttingen, Forstbotanischer Garten; Foto Volker Meng, 2022).

Unter bislang ungeklärten Umständen gelangte eine umfangreiche Sammlung von Holzpräparaten indischer Baumarten nach Hann. Münden. Dem Vernehmen nach könnte Dietrich Brandis (1824-1907), der als deutscher Botaniker im britisch beherrschten Ostindien eine Forstverwaltung nach europäischem Vorbild organisierte, die Holzsammlung ganz oder in Teilen auf der Weltausstellung in Paris 1878 präsentiert und anschließend der Forstakademie überlassen haben. Brandis unterhielt enge Beziehungen zu Heinrich Christian Burckhardt. Burckhardt hatte es übernommen, in den 1870er Jahren auf Bitten von Brandis britische Forstleute in Deutschland für den Kolonialdienst auszubilden.

Neben dieser bedeutsamen, historischen Sammlung befinden sich heute verschiedene Herbare älteren Ursprungs in der Abteilung für Forstbotanik und Baumphysiologie. Die ältesten Blätter wurden bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts angelegt. Von großem Wert sind nicht zuletzt die sehr zahlreich erhalten gebliebenen Glasdias und photographischen Glasplatten. Sie reichen mindestens in den Beginn des 20. Jahrhunderts zurück und legen Zeugnis von den Forschungsaktivitäten des Instituts ab. Am bedeutendsten sind Aufnahmen, die sehr wahrscheinlich von Forschungsreisen stammen, die Moritz Büsgen unter anderem 1908 nach Kamerun führten.







Abb. 98a-c: Szenen aus afrikanischen Wäldern, im Bild festgehalten von Mündener Forstforschern, um 1908 (Quelle: Abteilung für Forstbotanik und Baumphysiologie, Universität Göttingen, Forstbotanischer Garten).

Auch der Bibliotheksbestand war offenbar schon zu Forstschulzeiten von beachtlichem Umfang. Die Auswertung eines Teils der überlieferten Inventarliste ergab: neben 14 Büchern über Mineralogie, Geognosie und Geologie 260 Bücher und Hefte über Zoologie, 45 Bücher über Ornithologie und Entomologie sowie 95 Bücher über Mathematik. Außerdem: 195 Bücher über Botanik, 82 Bücher über Technologie, Bauwissenschaft, Chemie und Physik, 96 Bücher über Naturgeschichte sowie 246 Bücher über Forst- und Jagdwissenschaft [im Allgemeinen]. Dabei handelte es sich, wie gesagt, lediglich um einen Ausschnitt des gesamten Buchbestands. Deutlich erkennbar ist der Sammelschwerpunkt auf den Naturwissenschaften.[860]

„Alles war jung, neu und interessant“

Gustav Heyer soll in seiner Antrittsrede als Direktor der neueröffneten Forstakademie in Hann. Münden 1868 die Mahnung ausgegeben habe, dass „in der Wissenschaft vom Walde wie in anderen exakten und Erfahrungswissenschaften für das bisherige Vermuten, Glauben und Arbeiten mit Annahmen und Hypothesen kein Raum mehr sei und alles auf genaue Untersuchungen und Feststellungen nach »Zahl, Maß und Gewicht« begründet sein müsse“. Es ist von Interesse, dass einem Hinweis bei Keßler zufolge der damalige Direktor des humanistischen Gymnasiums in Münden gegen die seiner Meinung nach „materialistische Auffassung“ Heyers Verwahrung einlegte.[861]

860 NLA HA, Hann. 76a Nr. 732, „Verzeichniß über diejenigen verpackten Inventarien-Gegenstände der vormaligen Forstschule zu Münden, welche von dem Fuhrmann Beuermann aus Niederscheden geladen und an Königliche Domainen-Cammer in Hannover abzuliefern sind“, fol. 17-19; ohne Datum.

861 Keßler, Forstakademien (1922, S. 24).
In diesem Zusammenhang sollte nicht übersehen werden, dass, wie Wilhelm Weise anmerkte, die Mündener Forstakademie auf Kosten der Forstlehranstalt zu Melsungen errichtet wurde (Weise, Festrede, 1893, S. 11).

Heyer wird von Keßler als „der hervorragendste rein wissenschaftliche Vertreter seines Fachs“ bezeichnet. Der aus Gießen kommende Heyer soll dem „alten Jäger- und engherzigen Zunft- und Beamtenstandpunkte“ fremd und ablehnend gegenüber gestanden haben. Er galt demnach nicht nur als ein „Vertreter der neuen Richtung“ [Modernisierer?], sondern, etwa bei „den forstlichen Geheimräten im Ministerium“, mit seinen neuen Ideen – und dazu einer demokratischen Gesinnung – als „Hecht im Karpfenteich“.[862] „Mit der jungen Akademie“, so Keßler euphorisch, sei eine „fortschrittliche wissenschaftlich[e] Richtung im Forstfach“ neu eingeführt und begründet worden. „Alles war jung, neu und interessant.“[863]

Neben Heyer konnten, wie Hackerott zu Recht sagt, auch die Akademiedirektoren Bernard Borggreve und Wilhelm Weise als „ausgesprochene Wissenschaftler“ bezeichnet werden – obgleich die Forstakademie bis zu ihrer Umwandlung in eine Hochschule vorrangig eine Lehr-Anstalt darstellte. Eine offene Frage ist, ob, wie Hackerott im Falle Heyers vermutet, die preußische Forstzentrale in Berlin mit der Ernennung der eben genannten Forstforscher ein Zeichen für die Wissenschaft habe setzen wollen.[864]



Abb. 99: Prachtvolle Ausschmückung eines Jubiläumsalbums, ideenreich, verspielt und naturverbunden als Ausdruck der Wertschätzung für einen Mann, dessen Berufsleben der Wald-Natur gewidmet war (Quelle: SUBGÖ, Bereichsbibliothek Forstwissenschaften; Foto Christian von Schnehen-Ahrens, 2022).

Ein Wort noch einmal zu Bernard Borggreve. Der Fall dieses Mannes, als Wissenschaftler gleichermaßen ausgezeichnet wie desaströs als Direktor der Forstakademie, erregte deutschlandweit viel Aufsehen. Wer nicht seiner Meinung war, lief Gefahr, mit beispiellosen Beschimpfungen und Beleidigungen überzogen zu werden. Das Ministerium jedoch ließ ihn erst fallen, als sich sein Kampf gegen die forstakademischen Studentenverbindungen zu einem regelrechten Skandal und zur Gefahr für Münden ausgeweitet hatte. Zweifellos unter dem Eindruck dieser höchst unerfreulichen Vorkommnisse fand dann die Einführung von Wilhelm Weise als Borggreves Nachfolger im Amt des Akademiedirektors am 8. Oktober 1891 statt. So setzte auch der Oberlandforstmeister Donner aus Berlin in seiner Ansprache deutliche Akzente. Zunächst appellierte er an alle Beteiligten, vertrauensvoll und harmonisch miteinander umzugehen. Jede Disharmonie trage den Keim des Misserfolgs in sich und gefährde die Lehranstalt. Solches gelte auch für die Wissenschaft, welche mit dem Regulativ von 1884 ausdrücklich zu den Aufgaben der Akademie zähle. Donner hob dabei das forstliche Versuchswesen besonders hervor, auch wenn die Mittel hierfür begrenzt seien. Auch an die Studenten richtete er sein Wort. Von ihnen forderte er gute Sitte, Eifer und Fleiß. Sofern sie Verbindungen angehörten, hätten sich die

862 Keßler, Forstakademien (1922, S. 26 f., 36, 52 f.).

863 Keßler, Forstakademien (1922, S. 48-50).

864 Hackerott, Institut für Forsteinrichtung (1979, S. 8 f., 15, 17).

Studierenden freundlich zu verhalten. Im Übrigen sei nicht zu dulden, dass die Studenten über die Maßen durch die Verbindungen in Anspruch genommen würden und dem Luxus frönten. Die Zulassung von forstakademischen Verbindungen liege beim Direktor.[865]

„Ist die Forstakademie Münden eine Hochschule?“

Mit warmen Worten sprach sich Regierungs- und Forstrat Otto von Bentheim 1901 bei der höheren forstlichen Ausbildung für die Verbindung von Forstakademie und Universität [für die Rechts- und Staatswissenschaften] aus, wie sie seinerzeit in Preußen gehandhabt wurde. „Forstakademie und Universität“ [Hervorhebung im Orig.] lautete sein Credo. Allerdings wünschte er sich an den preußischen Forstakademien eine Erweiterung des Unterrichts in Chemie, Physik und Bodenkunde, während der Mathematikunterricht auf das unbedingt Erforderliche zurückgeführt werden müsse. Die Rede war von einem „Schreckgespenst »Mathematik« für die Studierenden des Forstfachs“.[866]

Auch Karl Fricke nutzte die Gelegenheit, aus Anlass seiner Ernennung zum Direktor der Forstakademie in Münden am 22. April 1908 über die Frage „Ist die Forstakademie Münden eine Hochschule?“ zu referieren. Seine Rede war, wie sollte es anders sein, ein Plädoyer für die Akademie. Es gab Kritik aus Süddeutschland am preußischen Akademie-System, die Fricke zurückwies. Namentlich Max Endres aus München hatte den preußischen Forstakademien vorgeworfen, sie würden den Studenten Daumenschrauben anlegen, mit Dressur und militärischem Drill arbeiten. Er sprach weiter von „direktoriale[m] Satteldruck“ und einer „beängstigende[n] Schwüle der Akademieluft“. Ferner, dass es sich bei den Akademien gar um eine „undeutsche Einrichtung“ handeln würde. Die Süddeutschen sähen in Preußen ein Land, „über welches sich eine einzige große Pickelhaube wölbt“.[867] Fricke indes tat solches als die „altbekannten Illusionen der Universitätsschwärmer“ ab.[868]

In Forschung und Lehre, rief er seinen Zuhörern zu, seien „keine anderen Grenzen gesetzt als die der eigenen Befähigung“. Als „neuer Direktor der Forstakademie Münden gebe ich gern die Erklärung ab, daß ich einen Eingriff in die Lehrfreiheit der Dozenten für eine schwere Versündigung gegen den Hochschulcharakter der Forstakademie und gegen die Interessen der Forstwissenschaft und -wirtschaft halten würde“ [Hervorhebung im Orig.]. Doch sprach Fricke nicht explizit davon, dass die Forstakademie auch wissenschaftliche Forschung betrieb oder betreiben sollte, um die Forstwirtschaft voranzubringen. Nichts enthält seine Antrittsrede über die Forschungsfreiheit, nichts über Forschung und nichts über Wissenschaft – obgleich gerade Fricke in Münden wenig später mit der Berufung von Falck 1910 wissenschaftliche Maßstäbe setzen sollte.[869]

Frickes Vor-Vorgänger in der Leitung der Akademie, Wilhelm Weise, lehnte das Forststudium an einer Universität nicht ab. Die isolierte Akademie habe jedoch den Vorteil, dass dort der Lehrstoff besser auf die Erfordernisse des Faches zugeschnitten, das heißt begrenzt werden könne.[870]

Der Verfasser einer unter dem Pseudonym „Silvius“ 1902 veröffentlichten Schrift über „Forstliche Streitfragen in Preussen“ vertrat hingegen den Standpunkt, dass nur „das Universitätsstudium und der lebhafte Verkehr der Forststudenten mit den Studirenden [sic!] der anderen Fakultäten“ geeignet sei, „diejenige Sicherheit und Selbständigkeit des Urteils und die Weite des Gesichtskreises zu gewähren, welche als unerläßliche Voraussetzung der Gleichberechtigung der Forstverwaltungsbeamten mit den übrigen Kategorien

865 UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 178, Protokoll über die Einführung von Wilhelm Weise am 8. Oktober 1891 in das Amt des Mündener Akademiedirektors.

866 Bentheim, Anregungen (1901, S. 161-165).

867 Für die Preußen an der späteren Forstlichen Hochschule muss es schon besonders demütigend gewesen sein, dass mit Josef Nikolaus Köstler in den 1930er Jahren ausgerechnet ein Süddeutscher die Axt an ihre Alma Mater legte.

868 Fricke, Forstakademie (1908, S. 341, 343 f.). „Die deutsche Kritik [Hervorhebung im Orig.], besonders auch die forstliche, erblickt ihre erste Aufgabe darin, alles Unkraut emsig auszujäten, und vergißt darüber nicht selten, daß auf demselben Boden neben dem Unkraut viel Gutes und Wertvolles wächst, ja sie reißt die nützliche Pflanze oft mit heraus, damit nur ja kein Unkraut stehen bleibe.“ Solches soll, wie Silvius mitteilte, Johann Friedrich Judeich (1828-1894) 1873 in einem Aufsatz geschrieben haben (Silvius, Streitfragen, 1902, S. 5).

869 Fricke, Forstakademie (1908, S. 351).

870 Weise, Festrede (1893, S. 7).

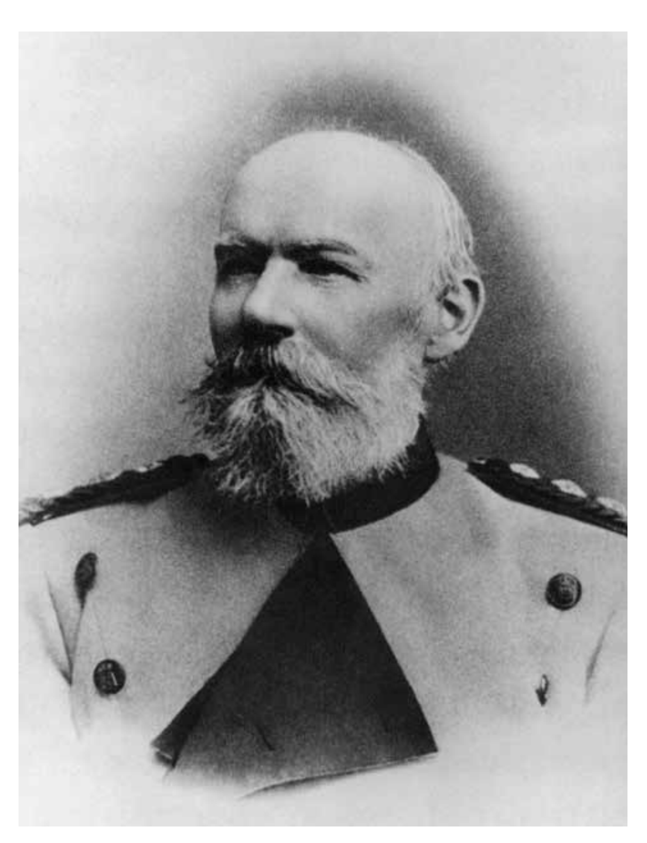


Abb. 100: Paul Wilhelm Richard Weise (1846-1914) (Quelle: Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen; Repro Wolfgang Tambour).

der Beamtenschaft bezeichnet werden müssen“. Die Universitätsausbildung sollte folglich helfen, das Ansehen der Forstbeamten zu verbessern, indem vermieden würde, dass sich die Forstbeflissenen ausschließlich mit forstlichen Wissensgebieten beschäftigten. „Es würde dann nicht mehr vorkommen, daß ein Mitglied eines hohen preußischen Gerichtshofes einen königlichen Oberförster fragt, »welche Beschäftigung er sich eigentlich während der Schonzeit für Rehböcke hingebe«“. Silvius war überzeugt, dass das Forststudium an einer Universität nicht zuletzt für die Forstwissenschaft Vorteile bringe, „welche in verschiedenen Staaten bereits erreicht worden sind“. Als Beleg für die Schwäche des höheren forstlichen Ausbildungswesens in Preußen zitierte er „ein Mitglied des Lehrkörpers einer preußischen Forstakademie“ mit den Worten, „es scheine die preußische Forstwirthschaft um reichlich ein Menschenalter hinter der sächsischen zurückzustehen“.[871]

Aus der Sicht eines höheren preußischen Forstbeamten werden hier verschiedene Bereiche der preußischen Staatsforstverwaltung behandelt und teilweise scharf gerügt. Im Vordergrund stehen dabei neben organisatorischen Fragen das Personalwesen und eben auch die Ausbildung der Forstbedienten. Den höheren forstlichen Unterricht möchte Silvius auch in Preußen an die Universität verlegen, ohne allerdings auf Forschung und Lehre in der bestehenden Form im Einzelnen einzugehen. Wir können sicher annehmen, dass Silvius von der Notwendigkeit der Forstforschung überzeugt ist, auch wenn er beklagt, dass sich die Wissenschaft zu wenig an den Bedürfnissen der Praxis orientiert. Die Aufgabe der Wissenschaft scheint hier, allgemein gesprochen, in erster Linie darin zu bestehen, die Erzeugung und Verwertung von Holz sicher und nachhaltig zu gewährleisten.

Für das Verständnis der gravierenden Entwicklungen, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Münden für große Aufregung sorgten, können Vorgänge hilfreich sein, die sich im Dezember 1921 an der Georgia Augusta ereigneten und hier kurz referiert werden sollen. Zu diesem Zeitpunkt war bereits die Umwandlung der Mündener Forstakademie in eine Forstliche Hochschule verfügt worden, auch wenn in den ausgewerteten Schriftstücken zum Teil noch von Forstakademie die Rede ist. So hatte an der Universität Göttingen eine Besprechung zwischen Vertretern derselben und den Herren Oelkers und Doerr sowie den Professoren Sellheim, Süchting, Rhumbler, Wedekind und von Seelhorst aus Münden stattgefunden. Als bekannt vorausgesetzt wurde der Plan der Staatsregierung, die Mündener Forstlehranstalt aufzuheben. Wenn schon, so war man sich einig, Münden nicht erhalten werden könne, dann sei „die Vereinigung mit der Universität Göttingen der gegebene Weg“. Entsprechendes sollte dann Gegenstand einer Eingabe des Göttinger Senats an den Preußischen Wissenschaftsminister sein. Die Eingabe selbst datiert vom 8. Dezember 1921. Demnach habe es in der Vergangenheit neben anderen aus den Kreisen der Forstlichen Hochschule „Anfragen

871 Silvius, Streitfragen (1902, S. 15, 61, 79-82).

und Anregungen im Sinne einer späteren Vereinigung der Forstlichen Hochschule mit der Universität Göttingen“ gegeben. Im Senat sei man daraufhin einmütig der Ansicht gewesen, dass „die Angliederung der Forstlichen Hochschule eine wesentliche und wertvolle Bereicherung des Lehrbetriebes unserer Universität bedeuten würde“. Überdies wurden in der Denkschrift für eine Angliederung die von Befürwortern der forstlichen Universitätsausbildung vorgebrachten Argumente ins Feld geführt: dass die Forststudenten vor zu einseitiger Ausbildung bewahrt würden, Nachbardisziplinen kennenlernen und ihre allgemeine Bildung verbessern könnten. Ähnliches gelte entsprechend für die forstlichen Dozenten. Außerhalb Preußens habe sich überall die Auffassung durchgesetzt, dass die akademische Lehrtätigkeit von der forstlichen Verwaltung getrennt werden müsse. Von Interesse ist, dass sich der Mündener Dozent Hans Sellheim in einem Vortrag dringend für eine Verlegung des Unterrichts von Münden nach Göttingen ausgesprochen haben soll. Die Universität Göttingen erwartete von einer Angliederung der Forsthochschule Vorteile besonders für die landwirtschaftliche Ausbildung. Und zweifellos würden auch viele naturwissenschaftliche Disziplinen neue Anregungen erhalten.[872]

Der Göttinger Rektor Stille war bereits kurz zuvor an den Mündener Rektor herangetreten, um ihn auf das Projekt eines engeren Zusammenschlusses der niedersächsischen Hochschulen aufmerksam zu machen. In diesem Sinne würden die Hochschulen zu Hannover, Braunschweig, Clausthal und Göttingen bereits kooperieren. Man würde sich glücklich schätzen, wenn auch die Mündener Forsthochschule in diesen Kreis einbezogen werden könnte. Tatsächlich erklärte sich die Forsthochschule bereit, jener „Freundschafts- und Interessengemeinschaft“ der niedersächsischen Hochschulen beizutreten.[873]

872 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 318, Protokoll der Besprechung zwischen Vertretern der Universität Göttingen sowie der Mündener Forsthochschule vom 3. Dezember 1921; a.a.O., Rektor und Senat der Universität Göttingen am 8. Dezember 1921 an den Preußischen Wissenschaftsminister.

873 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 318, Der Göttinger Rektor am 1. Dezember 1921 an den Rektor in Münden; a.a.O., Der Göttinger Rektor am 28. Dezember 1921 unter anderem an den Rektor in Münden.

Chancen und Risiken einer Hochschulreform

In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre brach sich an den westdeutschen Hochschulen eine bis dahin lange nicht gekannte Zuversicht Bahn. Der Wissenschaftsrat[874] erarbeitete Empfehlungen für einen umfassen-

874 Der Wissenschaftsrat nahm seine Arbeit am 6. Februar 1958 auf und bestand aus 39 Mitgliedern, verteilt auf eine sogenannte Verwaltungskommission und die Wissenschaftliche Kommission. „Die Mitglieder sollen Wissenschaftler oder anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sein oder durch ihre dienstliche oder Berufstätigkeit der Wissenschaft und ihrer Förderung nahestehen.“ Neben der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Westdeutschen Rektorenkonferenz, die ein Vorschlagsrecht besaßen, entsandten auch der Bund und die Regierungen der Länder Mitglieder in den Wissenschaftsrat (Bartz, Wissenschaftsrat, 2006, S. 55 [Zitat], 62).
Im Artikel 2 des „Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung eines Wissenschaftsrats“ vom 5. September 1957 heißt es zur Aufgabenstellung:
„Der Wissenschaftsrat hat die Aufgabe:
1. auf der Grundlage der von Bund und Ländern im Rahmen ihrer Zuständigkeit aufgestellten Pläne einen Gesamtplan für die Förderung der Wissenschaften zu erarbeiten und hierbei die Pläne des Bundes und der Länder aufeinander abzustimmen. Hierbei sind die Schwerpunkte und Dringlichkeitsstufen zu bezeichnen,
2. jährlich ein Dringlichkeitsprogramm aufzustellen,
3. Empfehlungen für die Verwendung derjenigen Mittel zu geben, die in den Haushaltsplänen des Bundes und der Länder für die Förderung der Wissenschaft verfügbar sind“ (Bartz, Wissenschaftsrat, 2006, S. 214).
Wie auch Bartz hervorhebt, hat der Versuch des Wissenschaftsrates, an einzelnen Standorten Forschungsgebiete zu stärken bzw. zu konzentrieren, zu „erheblichen Irritationen“ geführt. Im Jahr 1960 wurden die „Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen – Teil I: Wissenschaftliche Hochschulen“ verabschiedet. Sie führten in den folgenden Jahren zu einem starken Ausbau der Hochschulen. Angestoßen wurden außerdem Überlegungen zu einer „Neugliederung des Lehrkörpers“ und zu einer Studienreform (Bartz, Wissenschaftsrat, 2006, S. 69, 76; UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 144, Presseinformation Nr. 145/68 des Niedersächsischen Kultusministers vom 3. Juli 1968 betr. Hochschulreform).
Die Motivlage, welche die Gründung eines Wissenschaftsrates begünstigte, kennzeichnete Bartz wie folgt:
„Die bundesrepublikanische politische Klasse einte die Sorge, auf technologischem Gebiet langfristig in Rückstand zu anderen entwickelten Industrienationen zu geraten, so dass eine Grundstimmung für erhöhte Investitionen in die Wissenschaft vorhanden war. Dies durch bundesweit abgestimmte organisatorische und finanzielle Maßnahmen beheben und dabei systematisch und planmäßig vorgehen zu wollen, war ein Gedanke, den die Sozialdemokratie als erste auf das Tapet brachte.“ Es fehlte allerdings auch nicht an dem nötigen Geld, so dass, wie Bartz ermittelte, das vom Wissenschaftsrat erarbeitete und empfohlene Programm zum Ausbau der Hochschulen weitgehend umgesetzt werden konnte. Eine grundlegende Änderung des Hochschulwesens im Vergleich

den Ausbau der Hochschulen im Land. Ein Ende der Durststrecke schien in Sicht. Die Fakultäten wurden aufgefordert, Fehlbedarfsplanungen anzustellen und vorzulegen. Im Rahmen der vom Wissenschaftsrat veranlassten Erhebungen an den deutschen Hochschulen ging es unter anderem um die Errichtung neuer Lehrstühle sowie um die Schaffung von sogenannten Mittelbaustellen.[875] Endlich waren die Fakultäten in der komfortablen Situation, nicht mehr (nur) über die Bewältigung und Verwaltung von Mangel nachdenken zu müssen, sondern nach vorne schauen und Überlegungen über die künftige wissenschaftliche Ausrichtung anstellen zu können. Neu daran war auch die *Beteiligung* der Hochschulen und Fakultäten an den Ausbauplänen. Was heute selbstverständlich erscheint, musste vor 60 Jahren noch eingeübt werden. Mit Schreiben vom 9. Januar 1961 erklärte der Niedersächsische Kultusminister seine Absicht, die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen in Niedersachsen so schnell wie möglich umzusetzen. [876]

Der Wissenschaftsrat hatte es sich, wie oben angedeutet wurde, überdies zur Aufgabe gemacht, Maßnahmen vorzuschlagen, „die es erlauben, das Gleichgewicht zwischen Studentenzahl und Lehrpersonal wiederherzustellen“. In diesem Zusammenhang kam auch das Besoldungsproblem bei den Hochschullehrern zur Sprache (Verhältnis von Kolleggeldern zu den in vielen Fällen unzureichenden Grundgehältern).[877] Darüber hinaus wurde die Auffassung vertreten, dass neue Unterrichtsmethoden entwickelt werden müssten. Die Studenten, so hieß es zur Begründung, seien unselbstständiger als früher. Es ging um nichts weniger als um die „Gesamtentwicklung der wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalten in der Bundesrepublik“. Der Einfluss des Wissenschaftsrates auf politische Entscheidungsträger lässt sich unter anderem daran ablesen, dass seinerzeit das Bundesinnenministerium auf Empfehlung des Wissenschaftsrates Gelder zur Verfügung stellte, um den Ausbau der Hochschulen zu beschleunigen.[878]

In seiner „Begründung zu der Beantragung von Mitteln für die normale Forschungstätigkeit der Institute der Forstlichen Fakultät im Sinne der Empfehlungen des Wissenschaftsrates“ betonte Reinhard Schober, dass die häufig auf längere Zeit angelegten Forschungen der forstlichen Institute auf regelmäßige Haushaltsmittel dringend angewiesen seien. Die bisherige Regelung, solche Mittel lediglich für Lehrzwecke zur Verfügung zu stellen, habe zu einer zeitweisen Stilllegung des Forschungsbetriebes an der Fakultät geführt.[879]

Die Fakultät machte ihr Interesse an der Errichtung folgender Lehrstühle geltend (in der Reihenfolge der Dringlichkeit):[880]

zu der Zeit vor der nationalsozialistischen Machtübernahme war damit allerdings nicht eingeleitet worden (Bartz, Wissenschaftsrat, 2006, S. 207).

875 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 15, [Schreiben vom 10. Januar 1959].

876 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 15, Der Niedersächsische Kultusminister am 9. Januar 1961 unter anderem an den Göttinger Kurator.

877 Ein Blick zurück: An den Forstlichen Hochschulen Preußens wurden, anders als an den übrigen deutschen Hochschulen, ursprünglich keine Kolleggelder gezahlt. Die Forstliche Hochschule Eberswalde bat am 18. Juli 1926, nachdem Münden bereits im März 1926 in derselben Angelegenheit vorstellig geworden war, den Landwirtschaftsminister, Kolleggelder einzuführen und an den Forsthochschulen eine entsprechende Gebührenordnung zu erlassen. Sie begründete dies unter anderem damit, dass das Fehlen einer Gebührenordnung immer wieder dazu geführt habe, dass Dozenten anderer Hochschulen die Annahme eines Rufes in Frage gestellt hätten. Auch bei den Honorarkräften und Privatdozenten würde sich die Einführung von Kolleggeldern günstig auf den Diensteifer auswirken. Die Landesforstverwaltung jedoch signalisierte Ablehnung. Daraufhin wandte sich der Mündener Rektor an den Verband der Deutschen Hochschulen mit der Bitte, seinen Einfluss geltend zu machen und das Anliegen der Forsthochschulen beim Landwirtschaftsminister direkt zu unterstützen. Der Landwirtschaftsminister indes blieb bei seiner Auffassung (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 210, Die Forstliche Hochschule Eberswalde am 18. Juli 1926 an den Preußischen Landwirtschaftsminister; a.a.O., Der Mündener Rektor am 20. Dezember 1926 an den Verband der Deutschen Hochschulen, Kiel; a.a.O., Der Preußische Landwirtschaftsminister am 25. Januar 1927 an den Mündener Rektor).

878 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 16, „Protokoll der Abschlußbesprechung über den Besuch der nordrhein-westfälischen Hochschulen durch die Wissenschaftliche Kommission des Wissenschaftsrates im Kultusministerium Düsseldorf am 20.12.1958“; ohne Datum; a.a.O., Der Niedersächsische Kultusminister am 15. Juli 1958 unter anderem an den Göttinger Kurator.

879 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 15, Dekan von Vietinghoff-Riesch am 26. Januar 1961 an den Göttinger Kurator; dazu die von Schober verfasste „Begründung zu der Beantragung von Mitteln […]“.

880 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 15, Dekan Schimitschek am 3. Februar 1959 an den Göttinger Kurator.

- Forstpflanzenzüchtung
- Bioklimatologie und Meteorologie
- Forstliches Bau- und Ingenieurwesen
- Raumplanung und forstliche Land[es]kultur

Mit Stand vom 24. Oktober 1958 waren an den Instituten für

1) Bodenkunde
2) Forstbotanik und Forstgenetik
3) Forstzoologie
4) Waldbau-Grundlagen
5) Waldbau-Technik
6) Forsteinrichtung und Ertragskunde
7) Forstbenutzung
8) Forstpolitik und Betriebswirtschaftslehre
9) Jagdkunde
10) Forstgeschichte, Forstschutz und Naturschutz
11) Waldarbeit und Forstmaschinenkunde

insgesamt 66 Arbeitsplätze für ständig Beschäftigte ausgewiesen; 37 Arbeitsplätze standen für Doktoranden, Studenten usw. zur Verfügung; 30 Studenten arbeiteten regelmäßig in den Instituten.[881]

Der Göttinger Kurator bezeichnete wenig später in einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern des Wissenschaftsrates und der Universität Göttingen neben der Mathematik, der Naturwissenschaft und der Landwirtschaftlichen Fakultät auch die Forstliche Fakultät als Schwerpunktgebiet. „Schwerpunktgebiete sind das Besondere der Universität Göttingen.“ Schimitschek übrigens wies in dieser Konferenz die Frage nach einer Koppelung von neu zu errichtenden Ordinariaten mit anderen Fakultäten zurück mit dem Hinweis, dass es sich bei der Forstwissenschaft um ein ausgesprochenes Spezialgebiet handele. Aus der immer noch nicht erfolgten Inangriffnahme der Verlegung nach Göttingen resultiere die Notlage der Fakultät in Münden. Aus diesem Grund, so Schimitschek, bereiteten auch Berufungen Schwierigkeiten.[882]

881 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 16, Der Mündener Dekan am 24. Oktober 1958 an den Göttinger Kurator.

882 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 16, Aktenvermerk über die gemeinsame Sitzung der Vertreter des Wissenschaftsrates sowie der Universität Göttingen am 28. November 1958.

Forstpflanzenzüchtung

In seinem „Antrag auf Errichtung eines Lehrstuhls für Forstpflanzenzüchtung zur Erhebung des Wissenschaftsrates 1959“ wies Theodor Schmucker einleitend darauf hin, dass die 1933 erfolgte Zusammenlegung zweier selbstständiger Institute – Institut für Forstbotanik und Institut für Technische Mykologie – „aus gänzlich unsachlichen (rassepolitischen) Gründen“ erfolgt sei. Er vertrat die Auffassung, dass die Forstpflanzenzüchtung unabdingbar sei, um die Leistungsfähigkeit der Forsten zu steigern. Auf diesem Feld sei die Bundesrepublik im internationalen Vergleich stark im Rückstand.[883]

Bioklimatologie und Meteorologie

Für den „Antrag auf Errichtung eines Lehrstuhls für Bioklimatologie und Meteorologie“ wurde unter anderem ins Feld geführt, dass Kenntnisse über die Zusammensetzung der bodennahen Luftschicht sowie des Klimas bis auf die Ebene des Kleinstklimas hinab für Zwecke des Waldbaus und des Forstschutzes dringend benötigt würden. Die Errichtung eines Instituts sollte beim Neubau der Fakultät in Göttingen Berücksichtigung finden.[884]

Raumplanung und forstliche Landeskultur

Die Begründung zur „Errichtung eines Lehrstuhls für Raumplanung und forstliche Landeskultur“ fiel knapp und eher vage aus. Zu den „Fragen der forstlichen Landeskultur“ zählte die Fakultät vor allem „die Erhaltung des vorhandenen Waldes und seine Sicherung, die Sicherung des Wasserhaushaltes“ sowie „die gesamten Fragen der Behandlung und Verbauung von Erosionsschäden“ mit dem Ziel, ein „ökologisch gesundes Landschaftsgefüg[e]“ zu erhalten bzw. wiederherzustellen.[885]

883 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 15, „Antrag auf Errichtung eines Lehrstuhls für Forstpflanzenzüchtung zur Erhebung des Wissenschaftsrates 1959“; ohne Ort und Datum.

884 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 15, „Antrag auf Errichtung eines Lehrstuhls für Bioklimatologie und Meteorologie zur Erhebung des Wissenschaftsrates 1959“; ohne Ort und Datum.

885 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 15, „Antrag auf Errichtung eines Lehrstuhls für Raumplanung und forstliche Landeskultur zur Erhebung des Wissenschaftsrates 1959“; ohne Ort und Datum.

Jagdkunde

Im gleichen Zusammenhang stellte die Forstliche Fakultät den Antrag, das Extraordinariat für Jagdkunde in ein Ordinariat umzuwandeln. Das Gesamtgebiet der Jagdkunde wurde hier wie folgt zusammengesetzt definiert:[886]

- Jagdtierkunde
- Biologie und Ökologie der Landwirbeltiere, „Bevölkerungslehre“
- Regelung der Wildbestände
- Wild und Umwelt
- Wild und Landeskultur
- Wildkrankheiten
- Jagdrecht
- Jagdgeschichte

Mit Stand vom Januar 1961 scheinen dann jedoch lediglich die Ordinariate für Forstpflanzenzüchtung sowie für Bioklimatologie und Meteorologie beantragt worden zu sein.[887]

Schwerpunkt Forstwissenschaft

Der Wissenschaftsrat eröffnete Chancen. Zugleich waren die Fakultäten gezwungen, sich über die künftige wissenschaftliche Ausrichtung der Institute und damit ihres Profils klar zu werden. Nicht zu übersehen sind dabei die Einflussmöglichkeiten des Wissenschaftsrates durch Empfehlungen besonders auf die Zahl der Lehrstühle bzw. Institute und deren Fachgebiete. Die Aufbruchsstimmung einer Wendezeit wurde mit ermöglicht durch das sogenannte Wirtschaftswunder[888] in den 1950er Jahren. Beteiligung, Abstimmung und Aushandlung mussten allerdings erst eingeübt werden, besonders der Umgang mit abweichenden Auffassungen. Die Fakultät war gezwungen, sich der Konkurrenz mit anderen Fakultäten um Ressourcen zu stellen. Jetzt galt es, die Erfahrungen, welche sie im Streit für ihre Interessen bis dahin hatte sammeln können, den veränderten Bedingungen einer neuen Zeit anzupassen.

Eine Frage des Standorts?

An dieser Stelle soll an Vorgänge erinnert werden, die für das Verständnis der sich anschließenden Entwicklung hilfreich sein können. Denn nach Kriegsende war neuer Streit entbrannt nicht nur über die Frage, ob eine Verlegung der Forstlichen Fakultät nach Göttingen sinnvoll sei. Vielmehr wurde ernsthaft und machtvoll an Plänen gearbeitet, die Fakultät wieder in eine Forstliche Hochschule zurückzuverwandeln. Vor diesem Hintergrund hatte am 17. August 1945 Gustav Baader betont, dass die süddeutschen universitären Forstinstitute, anders als die isolierten Fachhochschulen in Norddeutschland, seit jeher neben der forstlichen Lehre auch Wissenschaft betrieben. Je nachdem, in welcher Fakultät die Forstwissenschaften jeweils verankert waren, habe entweder eine wirtschaftswissenschaftliche Seite (München) oder eine naturwissenschaftliche Seite (Gießen, Freiburg) vorgeherrscht. Bei den Grundwissenschaften gab es demnach im Unterschied zu den Forstfachhochschulen keine forstlichen Spezialisierungen. Folglich waren, so Baader, bis 1920 die süddeutschen Forstleute entschieden besser ausgebildet als die norddeutschen. Gesellschaftliches Herkommen habe in Norddeutschland vielfach eine größere Rolle gespielt als wissenschaftliche Leistung. Die Fachhochschule fördere Standesdünkel und Kastengeist. Baader kritisierte, dass seinerzeit die Mündener Forstfakultät hinsichtlich der Lehre der Unterrichtsverwaltung, hinsichtlich der Forschung jedoch der Forstverwaltung unterstand. Die Freiheit der Forschung sei in der Vergangenheit durch Eingriffe der Forstverwaltung stark beeinträchtigt worden. Daher sollte ausschließlich die Unterrichtsverwaltung zuständig sein. „Wir wollen anstreben eine freie Wissenschaft, einen Forstverwaltungsbeamten von hohem wissenschaftlichen Stand, der das Weltniveau erreicht, der auf gleicher Höhe mit der übrigen höheren Beamtenschaft steht und der sei-

886 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 15, „Antrag auf Umwandlung des extra Ordinariates für Jagdkunde in ein Ordinariat zur Erhebung des Wissenschaftsrates 1959“; ohne Ort und Datum.

887 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 15, „Übersicht über die von den Fakultäten auf Grund der Empfehlungen des Wissenschaftsrates beantragten zusätzlichen Lehrstühle“; ohne Ort und Datum [um 20. Januar 1961].

888 Die Frage ist jedoch, inwieweit der wirtschaftliche Aufschwung auch auf die Finanzen der Länder für Hochschulen und Forschungsförderung durchschlug. Niedersachsen mit einer im Ländervergleich schwach ausgeprägten Wirtschaft und sehr hohen Ausgaben für die Aufnahme von Flüchtlingen wird wenig Spielraum für außerordentliche Zuwendungen an die Hochschulen gehabt haben.

ne Berufsarbeit vor allem wissenschaftlich untermauert.“[889]

Auch Hans Mayer-Wegelin hielt in einer Stellungnahme vom 17. August 1945 zu der Frage, „ob die Forstliche Lehr- und Forschungsstätte Hann.-Münden besser als isolierte Fachhochschule oder als Teil der Universität Göttingen ihren Aufgaben gerecht werden kann“, den Anschluss Mündens an die Universität Göttingen für die beste Lösung. Sachlichkeit und Wahrheit würden dort am ehesten erreicht. Die, wie es weiter heißt, „ständige unmittelbare Einmischung der Forstverwaltung“ müsse die „wissenschaftliche Entwicklungsfreiheit“ lähmen und ersticken.[890]

In derselben Frage hatte Walter Wittich eingeräumt, dass er in früheren Zeiten unbedingt dafür eingetreten sei, die forstliche Lehre und Forschung an einer Universität anzusiedeln. Er habe dann jedoch als Hochschullehrer in Eberswalde die Erfahrung gemacht, dass der wissenschaftliche Austausch mit Naturwissenschaftlern aus Berlin gerade davon profitiert habe, dass an der Forsthochschule und besonders in den Lehrrevieren eine solche Fülle von Anregungen geboten würde, wie sie in Berlin nicht möglich gewesen wäre. Die Mündener Lehrreviere würden indes von Göttingen viel zu weit entfernt liegen, befand Wittich. Auch eine erfolgreiche Lehre konnte sich Wittich ohne Lehrreviere nicht vorstellen. Und anders als Baader hielt Wittich naturwissenschaftliche Lehrstühle, die speziell auf forstliche Fragen ausgerichtet seien, für unentbehrlich. Der Gesichtspunkt der Universitas werde überschätzt. Wittich sprach sich deshalb dafür aus, die Mündener Einrichtung wieder als selbstständige Hochschule zu betreiben. Die Angliederung an die Universität Göttingen bringe keinerlei Vorteile.[891]

889 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, Gustav Baader, Hann. Münden, am 17. August 1945 mit einem Memorandum über die „Organisation von Unterricht und Forschung in der Forstwissenschaft“.

890 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, Mayer-Wegelin mit einer Stellungnahme vom 17. August 1945.

891 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, Wittichs „Stellungnahme zur Frage der zweckmäßigsten Hochschulform für die Forstliche Lehr- und Forschungsstätte Hann.-Münden“ vom 29. August 1945.

Hochschule für Bodenkultur

Ende August 1946 hatte auch Eilhard Wiedemann in Sarstedt eine Stellungnahme über „Die Organisation des forstlichen Hochschulunterrichts in Niedersachsen“ abgegeben. Es ging jetzt konkret um die Frage, ob die Forstliche Fakultät in Münden wie bisher fortgeführt oder aber gemeinsam mit den anderen Zweigen der Bodenkultur wie Landwirtschaft, Gartenbau usw. „zu einer Hochschule für Bodenkultur“ mit Sitz in Hannover vereinigt werden sollte. Er glaubte, dass hierfür die Voraussetzungen fehlten, weil sich im Forstbereich die angewandten Naturwissenschaften inzwischen zu großen eigenständigen Wissensgebieten entwickelt hätten. Als Beispiele wurden die Forstentomologie und die Forstliche Bodenkunde genannt. Gegen eine räumliche Verlagerung der Forstfakultät nach Hannover spreche, dass hierdurch die wertvollen Lehrreviere verloren gingen. Wiedemann plädierte dafür, es entweder bei der seinerzeitigen Regelung zu belassen oder den vormaligen Hochschulstatus wiedereinzuführen.[892] Gut ein Jahr später stellte sich auch die Fakultät „einstimmig auf de[n] Standpunkt, daß die Überführung der Forstlichen Fakultät in eine Hochschule für Bodenkultur unter allen Umständen abzulehnen ist.“[893]

Zurück zur Fachhochschule?

Ein besonderes Interesse darf hier das Votum von Oberlandforstmeister Hausmann in Sarstedt beanspruchen, welches er „zur Frage der zweckmässigsten [sic!] Hochschulform in Hann.-Münden“ am 10. Oktober 1945 Staatsminister a. D. Grimme zur Kenntnis gab. Demnach plädierten seinerzeit Schmucker, Baader und Mayer-Wegelin für die Fakultätslösung, Wittich, Oelkers, Hilf und Krahl-Urban für die selbstständige Fachhochschule. Am 17. August 1945 sei, wie es heißt, ein Fakultätsbeschluss [jedoch] einstimmig zugunsten der Fakultät ausgefallen. Allerdings hätten an der Sitzung nur drei stimmberechtigte Vertreter der Fakultät teilgenommen. Laut Hausmann war in einer Stellung-

892 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, Wiedemann, Sarstedt, am 29. August 1946 mit einer Stellungnahme über „Die Organisation des forstlichen Hochschulunterrichts in Niedersachsen“.

893 AFFGÖ, Protokolle der Fakultätssitzungen, Sitzung vom 21. Oktober 1947.

nahme des Göttinger Rektors davon die Rede, dass im Senat „Bedenken gegen die fortdauernde Angliederung der forstlichen Fakultät bestehen“. Hausmann glaubte daher, dass es keine Schwierigkeiten bereiten würde, die Rückverwandlung in eine Forstliche Hochschule herbeizuführen.[894]

Eine nicht näher bezeichnete Stelle im Hauptquartier der [Britischen] Militärregierung nahm ihrerseits am 28. Januar 1946 Stellung zur „Fakultät für Forstwirtschaft an der Göttinger Universität“ und bezog sich dabei auf ein Dossier des eben schon genannten Grimme. Der damalige Status, die forstliche Forschung und Lehre unter dem Dach einer Fakultät der Universität Göttingen zu organisieren, wird hier als die einzig richtige Lösung bezeichnet. Grimme dagegen scheint sich wie Hausmann für die Wiederrichtung Mündens als Forstliche Hochschule eingesetzt zu haben. Die Militärregierung jedoch glaubte, dass hierdurch höhere Kosten entstünden. Nicht gelten lassen wollte sie den vom Göttinger Rektor und einem Teil des Senats vorgebrachten Einwand, dass die Forstwissenschaft „den Standard und das Ansehen der Universitäten verringern würde“. Wenn dem so wäre, dann läge es an der Fakultät und dem Senat dafür zu sorgen, dass die einzustellenden Lehrpersonen entsprechende Qualitäten, die über das Praktische hinausgehen, besitzen. Der Universität wird empfohlen, in dieser Frage, die „mehr als eine lokale Angelegenheit“ sei, Erkundigungen aus den anderen Zonen einzuholen. Die Universität Göttingen wurde deshalb von der Militärregierung aufgefordert, keine Änderungen am bestehenden Zustand vorzunehmen. Sie möge zu gegebener Zeit in der fraglichen Angelegenheit wieder vorstellig werden, dies jedoch „in einer annehmbareren Form“.[895]

Zu Beginn der 50er Jahre sprach sich dann eine tragfähige Mehrheit in Münden gegen eine Rückkehr zur Fachhochschule und für die Übersiedlung nach Göttingen aus. Die Fakultät rief jetzt [den Entscheidungsträgern in Hannover] die Gründe in Erinnerung, die aus ihrer Sicht für eine Verlegung des Forschungs- und Lehrbetriebs nach Göttingen sprachen. Dekan Mantel wies in einer Denkschrift vom Juli 1953 auf das breitgefächerten Lehr- und Forschungsspektrum der Universität sowie die kulturellen Möglichkeiten der Stadt hin, die geeignet seien, den Forststudierenden ein vielfältiges Bildungsangebot zu machen. Weil auch bei den Mündener Forststudierenden der Wunsch nach einer universellen Hochschulausbildung immer lebhafter werde, bestehe die Gefahr, dass demnächst Freiburg und München favorisiert würden, wenn nicht bald die Fakultät nach Göttingen verlegt würde. Darüber hinaus müssten Forschung und Lehre der Forstfakultät von der Nähe zu den übrigen Disziplinen der Georgia Augusta und den sich daraus ergebenden Synergien erheblich profitieren. Die Fakultät hob besonders hervor, dass in der Zeit vor dem letzten Krieg und auch in der Nachkriegszeit „alle Pläne für die Erweiterung bestehender oder für die Errichtung neuer Institutsgebäude im Hinblick auf die geplante Verlegung der Fakultät abgelehnt“ worden seien.[896] Für eine Verlegung sprach in der Tat, dass angesichts der absehbaren Ausweitung der Forschung und Erweiterung des Lehrangebots eine engere Zusammenarbeit mit der Universität Göttingen – neben ausreichend dimensionierten Räumlichkeiten – unverzichtbar war.

894 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, Oberlandforstmeister Hausmann, Sarstedt, am 10. Oktober 1945 an Staatsminister a. D. Grimme, Hannover.
Aus einem Brief von Oelkers an Hausmann vom 24. August 1945 geht hervor, dass es bereits einen „Entschluß der Staatsforstverwaltung zur Wiederherstellung der selbstständigen Hochschule Hann. Münden“ gab. Oelkers und Hausmann zogen hier an einem Strang. Hausmann hatte Oelkers überdies gebeten, ihn vertraulich mit Interna aus Münden zu versorgen. Oelkers kam dem gerne nach. Er korrespondierte kurz nach Kriegsende häufig, ausführlich und konkret mit Hausmann über Verfassungs- und Personalfragen etc. der Mündener Forstfakultät. Dabei wurde er, in Verfolgung seiner eigenen Interessen, nicht polemisch oder scharf, sondern blieb, soweit ersichtlich, sachlich und um Überzeugung bemüht. Kritik übte er beispielsweise an den (nichtforstlichen) Grundwissenschaftlern: Durch sie, die aus den größeren Städten kommen würden, sei die „Verstädterung der forstlichen Forschung und Lehre“ stark gefördert worden. Sie hätten es verstanden, sich „in die Rolle der Kontroll-Instanz für unsere forstliche Forschung“ hineinzulancieren (NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, Oelkers am 24. August 1945 an Hausmann; a.a.O., Oelkers am 12. April 1946 vermutlich an Hausmann). Gerade in Personalangelegenheiten scheint Oelkers seinerzeit großen Einfluss gehabt zu haben.

895 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, Die [Britische] Militärregierung am 28. Januar 1946 mit einer Stellungnahme zur „Fakultät für Forstwirtschaft an der Göttinger Universität“.

896 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 54, „Denkschrift der Forstlichen Fakultät betr. Verlegung der Forstlichen Fakultät nach Göttingen vom 14. Juli 1953“, S. 2-4.

In einer weiteren Denkschrift, die möglicherweise bereits 1950 verfasst wurde, ist einmal mehr von Gefahren die Rede, denen die Forststudierenden an der isolierten Fachhochschule durch die „Entstehung des Kastengeistes oder gar eines ausgesprochenen Standesdünkels“ ausgesetzt seien. Schwerer wog vermutlich, dass den an Süddeutschlands Universitäten ausgebildeten Forstleuten ein „besonders hohe[r] Ausbildungsgrad und wissenschaftliche[r] Geist“ attestiert wurde.[897]

Widerstände

Eine Eingabe des Stadtdirektors der Stadt Münden vom November 1957 und des Oberkreisdirektors des Kreises Münden vom März 1958, mit der sich Stadt und Kreis für den Verbleib der Forstfakultät in Münden einsetzten, veranlasste Dekan Nüßlein im Oktober 1959 dazu, in einer, wie es heißt, zusammenfassenden Darstellung deutlich zu machen, warum der Fakultätsneubau in Göttingen notwendig sei. Den Entwurf legte Nüßlein dem Staatssekretär im Niedersächsischen Kultusministerium, Dr. Konrad Müller, mit der Bitte um kritische Durchsicht und Verbesserung vor. Nüßlein setzt sich darin eingehend mit den Gründen, die aus seiner Sicht für einen Umzug sprechen, sowie mit den von der gegnerischen Seite vorgebrachten Argumenten auseinander. Dass Befürworter und Gegner des Umzugs derart engagiert zur Sache gingen, zeigt, dass im Land zum damaligen Zeitpunkt über die Zukunft der Forstlichen Fakultät offenbar noch keineswegs entschieden war.[898] Einmal mehr wird auf die „Rückständigkeit der Forschungseinrichtungen“ in Münden hingewiesen. „Allein vier Institute (Forstzoologie, Waldbau-Grundlagen, Jagdkunde, Waldarbeit und Forstmaschinenkunde) müssen in dem 400 Jahre alten Welfenschloß unter Bedingungen arbeiten, die in Deutschland ihresgleichen suchen“, so Nüßlein. Das wichtigste Ziel der Verlegung jedoch sei „die Hebung der Intensität des forstlichen Studiums“ [Hervorhebung im Orig.]. Die Ausbildung müsse von jeglicher Enge befreit werden. „Der zweite Hauptgrund für eine Verlegung nach Göttingen sind die besseren Entwicklungsmöglichkeiten der forstlichen Lehre und Forschung“ [Hervorhebung im Orig.]. Nüßlein lässt hier den Eindruck entstehen, als habe seinerzeit nicht die Forschung, sondern das Studium im Vordergrund der Überlegungen gestanden.[899]



Abb. 101: Fritz Nüßlein (1899-1984), 1956/60 (Quelle: PrSlg Peter Lex).

Müller fand Nüßleins Denkschrift großartig. Er erwartete in der Verlegungssache die Entscheidung der Landesregierung für den 13. Oktober, bat jedoch

897 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 54, „Denkschrift über die Gründe der Verlegung der Forstlichen Fakultät Hann. Münden nach Göttingen“, vorgelegt vom Dekan der Forstlichen Fakultät am 7. Juni 1950 [?], S. 3 f.

898 Das Mündener Professorenkollegium soll übrigens bereits 1875 die Verlegung der Akademie an die Universität nach Göttingen beantragt haben.

899 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 54, „Die Forstliche Fakultät der Georg-August-Universität und die Notwendigkeit ihres Neubaues in Göttingen […]“, entworfen von Dekan Nüßlein im Oktober 1959, S. 2, 5, 8 f.

Nüßlein bis dahin um Stillschweigen. Für alle Fälle, so Müllers Rat, sollte sich Nüßlein „noch einmal des Beistandes des Landwirtschaftsministers“ versichern. Im Monat darauf, November 1959, gab Müller dem Mündener Dekan Nüßlein Ratschläge für dessen Verhalten gegenüber dem Mündener Stadtdirektor. Beide, Müller und Nüßlein, zogen an einem Strang.[900]

Fritz Nüßlein hat seine Denkschrift bewusst breit gestreut und ‚hoch aufgehängt‘. Ein Exemplar ließ er jeweils auch dem Präsidenten der DFG, dem Wissenschaftsrat und dem Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz zukommen. Einen persönlichen Kontakt unterhielt Nüßlein in dieser Angelegenheit auch zum Niedersächsischen Justizminister.[901] Der Kurator der Universität Göttingen teilte dem Niedersächsischen Kultusminister am 29. September 1959 mit, dass sich der Senat der Universität bereits am 18. März 1953 „erneut einstimmig für die Verlegung der Fakultät nach Göttingen ausgesprochen“ habe.[902]

Wer nimmt Einfluss?

In diesen Zusammenhang gehört auch ein Detail aus den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, das nur auf den ersten Blick ohne Belang für das Ringen der Fakultät um Forschungshoheit zu sein scheint. Bei näherem Hinsehen offenbart sich ein Konflikt zwischen dem Land Niedersachsen und der Forstlichen Fakultät von grundsätzlicher Bedeutung. Es ging um die Frage, ob die forstlichen Forschungsinstitute besser beim Haushalt des Landwirtschaftsministers oder des Kultusministers ressortieren. In einer Besprechung, die am 12. Juni 1947 in Hann. Münden zwischen dem Dekan Süchting sowie Oberlandforstmeister Hausmann und Oberlandforstmeister Nüßlein seitens der Niedersächsischen Landesforstverwaltung stattfand, begründete Süchting den Antrag der Fakultät aus dem Jahr 1946, die forstlichen Forschungsinstitute vom Haushalt des Landwirtschaftsministers auf den des Kultusministers zu übertragen, mit der Sorge, dass die Forstverwaltung einen ungerechtfertigten Einfluss auf die Forschung nehmen könnte. Überdies sprach Süchting die Befürchtung aus, dass die Forstverwaltung „ihre Geldgebahrung“ möglicherweise dazu benutzen könnte, die Fakultät in eine selbstständige Hochschule zurückzuverwandeln.[903]

Dem widersprach in allen Punkten der Oberlandforstmeister Hausmann. Er gab die bindende Erklärung ab, dass die Forstverwaltung ihre Geldmittel den Instituten nicht nur ohne irgendwelche Auflagen zur Verfügung stellen würde, sondern dass auch an der Fakultätslösung, deren Berechtigung augenscheinlich geworden sei, festgehalten werde. Hausmann räumte jedoch ein, dass nach Kriegsende „von verschiedenen Seiten an der Fakultät gerüttelt“ worden sei. Aus Sicht des Landesforstamts war das Argument entscheidend, dass die Belange der Forstforschung im Kultusministerium nachrangig behandelt werden würden, während die Forstverwaltung nicht nur eigene Haushaltsmittel zur Verfügung stellen würde, sondern im Bedarfsfall auch zusätzliche Mittel einsetzen könnte.[904]

Am 11. Juli 1947 wies das Landesforstamt Niedersachsen in Sarstedt den Mündener Dekan mit Bezug auf die oben angegebene Konferenz vom 12. Juni

900 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 54, Der Staatssekretär im Niedersächsischen Kultusministerium am 2. Oktober 1959 an Dekan Nüßlein; a.a.O., Der Staatssekretär im Niedersächsischen Kultusministerium am 20. November 1959 an Dekan Nüßlein.

901 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 54, Der Präsident der DFG am 20. Oktober 1959 an Nüßlein; a.a.O., Wissenschaftsrat am 15. Oktober 1959 an Nüßlein; a.a.O., Dekan Nüßlein am 8. Oktober 1959 an den Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz; a.a.O., Dr. Arvid von Nottbeck, Niedersächsischer Minister für Justiz, am 5. Oktober 1959 an Dekan Nüßlein.

902 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 54, Der Kurator der Universität Göttingen am 29. September 1959 an den Niedersächsischen Kultusminister.

903 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16568, Aktenvermerk vom 17. Juni 1947 über eine Besprechung am 12. Juni 1947 in Hann. Münden zwischen Süchting, Hausmann und Nüßlein.
Bereits am 20. März 1946 hatte Süchting als Dekan, wie einem Aktenauszug von Karl Hasel zu entnehmen ist, äußerst ablehnend zu dem Einfluss der Forstverwaltung auf die Forstliche Fakultät Stellung bezogen. Jene trage die Verantwortung dafür, dass die wissenschaftliche Forschung vernachlässigt worden sei und nur solche Vorhaben, die der Landesforstverwaltung genehm gewesen wären, eine Förderung erhalten hätten. Weil für den wissenschaftlichen Nachwuchs nichts getan worden sei, würden die forstlichen Dozenten „keine oder sehr geringe Kenntnis von wissenschaftlicher Forschung und von deren Methodik“ aufweisen (UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 193, Süchtings Gutachten vom 20. März 1946).

904 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16568, Aktenvermerk vom 17. Juni 1947 über eine Besprechung am 12. Juni 1947 in Hann. Münden zwischen Süchting, Hausmann und Nüßlein; a.a.O., „Notizen für die Besprechung mit Professor Süchting“; ohne Datum [vermutlich 1947].



Abb. 102: Wilhelm Hausmann (1889-1971), Chef der Forstverwaltung beim deutschen Militärbefehlshaber in Frankreich (2. v. l.), auf einer holzwirtschaftlichen Tagung in Paris, 1942 (Quelle: SUBGÖ, Bereichsbibliothek Forstwissenschaften, Fotoalbum unbekannter Herkunft; Repro Christian von Schnehen-Ahrens, 2022).

1947 eindringlich darauf hin, dass es der Landesforstverwaltung für den Fall, dass die Mündener Institute auf den Haushalt des Kultusministeriums übergingen, aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht möglich sein würde, ihrerseits der Fakultät Forschungsmittel zur Verfügung zu stellen. Das Landesforstamt sähe darin einen erheblichen Nachteil für die Fakultät. Diese wiederum scheint außerdem befürchtet zu haben, dass die Landesforstverwaltung in naher Zukunft die erforderlichen Mittel für die Fakultät (200.000 RM) nicht mehr würde aufbringen können.[905]

Hoffte das Landesforstamt, dass die Fakultät ihren Antrag auf Übertragung des Forschungsetats wieder zurückzog? Jedenfalls ist beachtlich, mit welcher Energie die Landesforstverwaltung für einen Verbleib der Institute beim Forstetat argumentierte. Sie suchte mit allen Mitteln den Eindruck zu verwischen, wie im „Dritten Reich" geschehen auf die Angelegenheiten der Fakultät Einfluss nehmen zu wollen.

Weitere interessante programmatische Details sind dann der Niederschrift über eine Haushaltskonferenz zu entnehmen, welche am 7. Oktober 1947 stattfand. Dekan Süchting wies auf den Vorschlag der Fakultät hin, dass das Kultusministerium „einen Grundetat für die Forschung aller Institute zur Verfügung stellt, der ausreichend sein muß, damit die Professoren gänzlich unbeeinflußt bei der Forschung ihren eigenen Ideen und Plänen nachgehen können".[906] Denn es gehe dabei auch um die Stellung der Fakultät im Rahmen der Universität. Noch 1945 habe es an der Universität Göttingen Bestrebungen gegeben, die Forstliche Fakultät wieder auszuschließen, weil sie als Fremdkörper empfunden worden sei. Die Fakultät strebe an, die Verbindung zur Praxis und zu den Landesforstverwaltungen noch enger zu gestalten. Sofern Forstverwaltungen die Bearbeitung bestimmter Aufgaben wünschten und hierfür Forschungsmittel zur Verfügung stellten, könnten die erforderlichen Untersuchungen von der Fakultät durchgeführt werden, so Süchting weiter. Es dürfe allerdings nicht mehr der Eindruck entstehen, als sei die Forstliche Fakultät „in ihrer Forschung vollkommen von einer praktischen Verwaltungsbehörde abhängig". Die Fakultät bekräftigte demnach ihren Wunsch, dass der Forschungsetat von der Landesforstverwaltung auf das Kultusministerium übergehen sollte.[907] Die Vertre-

905 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16568, Landesforstamt Niedersachsen, Sarstedt, am 11. Juli 1947 an den Mündener Dekan.

906 Eine weitere Überlegung der Fakultät lief darauf hinaus, dass die Landesforstverwaltungen für Forschungsaufgaben, die in deren Interesse durchgeführt wurden, den Instituten über einen vom Kultusministerium zu gewährenden Grundetat hinaus jährlich Mittel bereitstellten (AFFGÖ, Protokolle der Fakultätssitzungen, Sitzung vom 17. Juni 1947).

907 Landforstmeister Weisgerber von der Hessischen Landesforstverwaltung wusste zu berichten, dass „der Kampf um Gießen […] in

ter der beteiligten Landesforstverwaltungen bekundeten ihrerseits das Interesse an einer entgeltlichen forstlichen Auftragsforschung.[908]

Reinhard Schober betonte, dass es der Fakultät gar nicht so sehr um das Geld gehe. Vielmehr müsse, auch nach außen hin, die völlige Freiheit der Forschung unbedingt gewahrt bleiben. Hierauf warf Hausmann ein, dass das Ansehen der Fakultät nicht von ihrer Finanzierung abhänge, sondern von dem wissenschaftlichen Format der Professoren. Dieser Hinweis konnte nun allerdings so verstanden werden, dass seinerzeit die mangelnde Reputation der Fakultät mit dem Fehlen gut beleumdeter Wissenschaftler korrespondierte. Hausmann und der ebenfalls anwesende Nüßlein erklärten übereinstimmend, dass für Praxis und Forschung die bisherige Vorgehensweise am zweckmäßigsten sei.[909]

Wenig später jedoch vertrat dann die Fakultät in dieser Sache eine Auffassung, die derjenigen, welche noch vom Dekan Süchting so engagiert verfochten worden war, vollkommen widersprach. Nachdem bekannt geworden war, dass der Etat der Forschungsinstitute vom Kultusministerium übernommen würde, erteilte die Fakultät dem Dekan den Auftrag, dem Ministerpräsidenten gegenüber deutlich zu machen, dass die Fakultät eine Beibehaltung ihrer Institute im Haushalt der Landesforstverwaltung für zweckmäßig erachtete.[910]



Abb. 103: „In diesen Baracken in Sarstedt »residierte« von 1945 bis 1950 das Landesforstamt“ (Quelle: Forst und Holz 50, 1995, S. 383; Foto Hans Achim Gussone).

Münden erneut in Gefahr?

Offenbar Einvernehmen herrschte in der Frage, wie den Bestrebungen Gießens und Reinbeks, eigene Forstliche Fakultäten ins Leben zu rufen, zu begegnen sei, indem erklärt wurde, dass für solche Initiativen kein Bedürfnis bestehe. Mögliche Nachteile für Münden konnten nicht ausgeschlossen werden.[911] Übrigens hatte sich Hausmann im Vorfeld gegenüber Senator Landahl in der Schulverwaltung der Hansestadt Hamburg über die künftige Gestaltung des Reichsinstituts für ausländische und koloniale Forstwirtschaft in Reinbek gutachtlich geäußert.[912] Das Institut war von Franz Heske in Tharandt gegründet und später nach Reinbek bei Hamburg verlegt worden. Aus ihm ging 1950/51 die Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft hervor, bevor diese 2008 im Johann Heinrich von Thünen-Institut aufging.[913]

Hausmann sah das Potential des Reichsinstituts in der Bearbeitung neuer Lehr- und Forschungsaufgaben, bei denen das Holz im Mittelpunkt stand. Er

letzter Zeit erneut entbrannt“ sei. Der Beschluss des Kultusministers, in Gießen wieder ein Forstinstitut aufzubauen, sei dann auf Betreiben der Landesforstverwaltung wieder rückgängig gemacht worden (NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, „Niederschrift über die Haushaltskonferenz am 7.10.1947“ vom 1. November 1947). Überraschenderweise hatte die Forstliche Fakultät noch am 16. November 1956 offenbar Anlass zu der Feststellung, Bestrebungen, in Gießen eine Forstliche Fakultät wiederzueröffnen, rechtzeitig vorbeugen zu wollen (AFFGÖ, Protokolle der Fakultätssitzungen, Sitzung vom 16. November 1956).

908 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, „Niederschrift über die Haushaltskonferenz am 7.10.1947“ vom 1. November 1947.

909 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, „Niederschrift über die Haushaltskonferenz am 7.10.1947“ vom 1. November 1947.

910 AFFGÖ, Protokolle der Fakultätssitzungen, Sitzung vom 23. Februar 1951.

911 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16568, Aktenvermerk vom 17. Juni 1947 über eine Besprechung am 12. Juni 1947 in Hann. Münden zwischen Süchting, Hausmann und Nüßlein.

912 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, Hausmann am 3. Dezember 1945 an Senator Landahl in der Schulverwaltung der Hansestadt Hamburg.

913 Vgl. URL https://www.thuenen.de/de/thuenen-institut/profil/historie/bfh-forst-und-holzwirtschaft; Abfrage v. 26. Juli 2022.

glaubte, dass sich die Beziehungen zwischen Reinbek und Münden sehr positiv auf die jeweiligen Lehr- und Forschungsinhalte auswirken könnten. Dazu allerdings sei es wichtig, dass sich beide Einrichtungen gut abstimmen. Hausmann ging es darum, Überschneidungen möglichst zu vermeiden, um offenbar, abgesehen von kostenträchtiger Doppelarbeit, keine Konkurrenzen entstehen zu lassen. Nach wie vor sollte das Reichsinstitut die heimische Forst- und Holzwirtschaft über einschlägige Forschungsergebnisse und Erfahrungen des Auslandes auf dem Laufenden halten. Das Institut selbst, so Hausmann, diene der Ausbildung von Diplomholzwirten sowie der Weiterbildung von Forstbeamten und Studierenden der Forstwissenschaft. Er schlug vor, dass das Institut einen Forschungsplan entwirft, in dessen Rahmen die zu bildenden Abteilungen ihre Aufgaben selbstständig erledigen.[914]

Hausmann war gut beraten, der in Münden bestehenden forstwissenschaftlichen Einrichtung keine Konkurrenz in Norddeutschland erwachsen zu lassen. Zugleich erwartete er Synergieeffekte durch den holzwirtschaftlichen Schwerpunkt des Reichsinstituts.

Im Januar 1950 sah dann der Niedersächsische Landwirtschaftsminister abermals Gefahr für den Mündener Standort. Hintergrund war die Studienordnung für das zusätzliche Studium des Forstingenieurwesens für Diplom-Forstwirte und Diplom-Holzwirte an der Universität Hamburg. Der Landwirtschaftsminister äußerte nach verschiedenen Gesichtspunkten schwere Bedenken gegen das Hamburger Projekt. Er schien in besonderer Weise zu befürchten, dass Hamburg eine forstliche Hochschullehrstätte aufbauen und hierdurch die Göttinger Forstliche Fakultät empfindlich geschwächt werden könnte. Doch schon im Juli desselben Jahres teilte die Schulbehörde Hamburgs dem Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister mit, dass der Antrag der Universität Hamburg auf Genehmigung und Anerkennung einer Studien- und Prüfungsordnung für das Zusatzstudium des Forstingenieurwesens für Diplom-Forstwirte und Diplom-Holzwirte aufgrund der von anderen Ländern der Westzonen gegen den Antrag vorgebrachten Gründe bis auf Weiteres zurückgezogen werde.[915]

Auf dem Weg nach Göttingen

In Vorbereitung der geplanten Baumaßnahmen wurden 1959 die Forstliche Abteilung der Naturwissenschaftlich-Mathematischen Fakultät der Universität Freiburg sowie die Forstlichen Institute der Universität München besucht. Den Bericht fertigte Dr. Rothe vom Göttinger Kuratorium an. Ein „Raumprogramm für den Neubau der Institute der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen“ lag dann noch im gleichen Jahr vor. Die Planung berücksichtigte bereits ein Institut für Forstpflanzenzüchtung. Der Göttinger Kurator bezeichnete in einem Schreiben an den Niedersächsischen Kultusminister die Errichtung eines solchen Instituts als sehr vordringlich. Für einen späteren Zeitpunkt war ein neuer Lehrstuhl mit Institut für Forstliches Bauwesen im Gespräch; außerdem ein Ordinariat für Holztechnologie.[916] Die Zahl der Forststudierenden betrug seinerzeit in Münden etwa 150. „Zur Arbeit der Institute gehört in erheblichem Umfang eine Auskunfts- und Untersuchungstätigkeit für die Forstverwaltungen aller deutschen Länder nördlich des Mains.“ Seit einigen Jahren, erfahren wir außerdem, nahm auch die Zahl der in- und vor allem ausländischen Gelehrten, welche in einzelnen Instituten der Forstlichen Fakultät forschen wollten, beständig zu. Alle Institutsdirektoren legten überdies „größten Wert auf die Bereitstellung von institutseigenen Doktorandenzimmern bezw. Doktorandenlabors, teilweise auch auf Diplomandenzimmer und Diplomandenlabors. Gegenüber den in Münden vorhandenen reinen Institutsflächen einschließlich der Hörsäle, Übungsräume und Werkstätten von 3.733 m^2 sah das Raumprogramm für den Neubau in Göttingen 6.875 m^2 vor. Der neue Forstbotanische Garten sollte sich von 53.000 m^2 auf

914 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, Hausmann am 3. Dezember 1945 an Senator Landahl in der Schulverwaltung der Hansestadt Hamburg.

915 NLA HA, Nds. 600 Acc. 84/95 Nr. 75, Entwurf eines Schreibens des Niedersächsischen Landwirtschaftsministers vom 8. Januar 1950 an den Niedersächsischen Kultusminister; a.a.O., Der Niedersächsische Kultusminister am 8. Juli 1950 an den Niedersächsischen Landwirtschaftsminister.

916 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 58, Kurator der Universität, „Vermerk über die Ressortbesprechung betr. Raumprogramme für die Neubauten der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen“ vom 7. Oktober 1960, S. 2.

75.000 m^2 vergrößern, weitere 18.750 m^2 wurden von neun Instituten als Versuchsflächen angefordert.[917]

Nachdem sich noch im Herbst 1961 die Fakultät gegenüber Gerüchten, wonach das für den Neubau in Göttingen vorgesehene Gelände anderweitig genutzt werden könnte, äußerst besorgt gezeigt hatte, hieß es später sogar, dass die genehmigten Raumprogramme von 1959 überholt seien. Bernhard Ulrich, Institut für Bodenkunde und Waldernährung, richtete am 12. Januar 1968 an den Mündener Dekan ein Schreiben, in dem von neuen Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Fakultätsneubaus die Rede ist. Wir erfahren vor diesem Hintergrund, dass die in Aussicht genommene großzügige Dimensionierung der neuen Institute den Botaniker Walter Eschrich bewogen haben soll, ein zweites Ordinariat zum Gegenstand seiner Berufungsverhandlungen zu machen. Ulrich selbst hatte aus dem gleichen Grund im Jahr zuvor den – allerdings abgelehnten – Antrag gestellt, gemeinsam mit dem Institut für Bodenkunde der Landwirtschaftlichen Fakultät ein Departement für Bodenkunde zu bilden. Angesichts sinkender Studierendenzahlen brachte er jetzt in Vorschlag, mit der Bundesforschungsanstalt in Reinbek bei Hamburg und der Fakultät für Gartenbau in Hannover Gespräche über die Möglichkeit einer Zusammenlegung einzelner Institute in Göttingen aufzunehmen.[918] Doch damit setzte er sich in einen scharfen Gegensatz zur Position der Fakultätsmehrheit. Die Fakultät zog es vor, die wissenschaftliche Kooperation zwischen den *eigenen* Instituten zu verstärken – möglicherweise (auch) mit dem Ziel, eine Abstimmung der Forschungsvorhaben zu erreichen.[919] Eine Intensivierung der Zusammenarbeit der Institute wurde „allgemein als nützlich erachtet“. Zugunsten effektiverer Forschung hielt im Juni 1968 eine Mehrheit sogar die Zusammenlegung von Instituten gleicher Arbeitsrichtung für dringlich.[920]

Besonders Häberle machte sich für eine stärkere Zusammenarbeit der Institute stark. Die Vertreter der Fachgebiete waren aufgefordert, über ihre Arbeit zu berichten, um diejenigen Punkte sichtbar zu machen, „an denen eine Zusammenarbeit erforderlich und möglich erscheint“.[921] Großinstitute lehnte die Fakultät ab, nicht dagegen sogenannte Kooperationszentren.[922]

Die Neubauplanung und deren Umsetzung haben mehr als zehn Jahre gedauert und die Fakultät in Münden stark beansprucht. Die einschlägige Aktenüberlieferung dokumentiert gelegentliche Konflikte mit beteiligten Akteuren, die allerdings im Hinblick auf das beträchtliche Bauvorhaben nicht überraschen. Dass die Fakultät moderne Neubauten beziehen würde, die einer zeitgemäßen Forschung und Lehre vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten boten, wird nicht nur das Mündener Professorenkollegium freudig erwartet haben. Selbstverständlich hatten viele, wenn nicht die meisten Dozenten an deutschen Hochschulen lernen müssen, unter unzureichenden räumlichen und sonstigen materiellen Bedingungen zu arbeiten. Die Aussicht auf einen Neubau allerdings konnte den Umgang mit solchen Unzulänglichkeiten erträglicher machen.

917 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 58, „Raumprogramm für den Neubau der Institute der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen“, hektographiertes Typoskript; ohne Datum [1959]; a.a.O., Der Göttinger Kurator am 16. September 1959 an den Niedersächsischen Kultusminister über „Raumprogramme für den Neubau der Institute der Forstlichen Fakultät“, S. 3, 10-12.

918 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 58, Prodekan Nüßlein am 7. November 1961 an den Göttinger Kurator; a.a.O., „Protokoll der Dienstbesprechung am 23.3.1964 im Neubauamt I in Göttingen über die Neubauten der Forstlichen Fakultät“ vom 24. März 1964, S. 2; a.a.O., Ulrich, Institut für Bodenkunde und Waldernährung, am 12. Januar 1968 an den Mündener Dekan.

919 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 91, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 13. Dezember 1966.

920 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 91, Protokoll der Fakultätssitzung am 25. Juni 1968.

921 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, Protokoll der Sitzung der Weiteren Fakultät am 22. April 1969.

922 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, Protokoll der Sitzung der Weiteren Fakultät am 8. Juli 1969.
Die künftige Satzung der Universität Göttingen machte es erforderlich, dass die Fakultät auf administrativem und organisatorischem Gebiet Ideen entwickelte. Der Senat der Universität war mit einer Kommission ebenfalls mit dem Entwurf eines neuen Strukturmodells befasst (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, Protokoll der Sitzung der Weiteren Fakultät am 21. Juli 1969). Die Fakultät legte großen Wert darauf, für die Gültigkeitsdauer der Übergangssatzung als Einheit erhalten zu bleiben. Sie lehnte deshalb die Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom Juli 1969 zur Aufteilung der Lehrstühle und Einrichtungen der Fakultät als unhaltbar ab (vgl. hierzu die Einzelheiten in Kapitel 8.2 „Gefahren durch die Hochschulreform“; UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, Klaus Stern am 27. November 1969 an die Mitglieder der Weiteren Fakultät über die „Kommission des Niedersächsischen Kultusministeriums zur Prüfung der Konsequenzen der Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom Juli 1969“).



Abb. 104: Blick auf die Baustelle der Institute für Jagdkunde und Zoologie der Forstlichen Fakultät in Göttingen, Mai 1965 (Quelle: UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 58, Anlage zu einem Aktenvermerk von Professor Schober vom 6. Mai 1965).

Der Göttinger Standort zog gewiss auch die Aufmerksamkeit auswärtiger Einrichtungen und Forstforscher auf sich. Die bis dahin noch nicht dagewesenen räumlichen Kapazitäten und die großzügige technische Ausstattung ließen überdies daran denken, neue Wege in der Forschung zu gehen und Forschungsschwerpunkte zu verändern. Es kam hinzu, dass jetzt auch potentielle Geldgeber eher Interesse zeigen könnten, Fördermittel an eine modern ausgestattete Forschungseinrichtung zu vergeben. Wieder war es besonders Fritz Nüßlein, der sich sachlich und nachdrücklich für die Interessen der Fakultät bei der Neubauplanung einsetzte.

Warten auf Göttingen

Mit Benett wurden seit 1963 starke Kräfte durch die Planung und Umsetzung eines Fakultätsneubaus in Göttingen gebunden. Noch im Februar 1962 hatte es die Fakultät als dringlich bezeichnet, den Umzug nach Göttingen in 3 bis 4 Jahren durchzuführen.[923] Die Arbeiten nahmen dann endlich im Februar 1965 ihren Anfang.[924] Doch bereits ein Jahr später gab es Grund zur Sorge. Denn der Bund wollte seine finanzielle Beteiligung an universitären Neubauvorhaben stark zurückfahren. Hiervon drohten auch die Neubauten der Forstlichen Fakultät in Göttingen betroffen zu werden. Es soll sogar überlegt worden sein, zwei Institute in Münden zu belassen. Außerdem wurde von Wolfgang Knigge, Professor für Forstbenutzung, kritisiert, dass in der Ausstattung der Neubauten Holz fast völlig fehlen würde, obgleich dies durchaus hätte vermieden werden können.[925] Der Forstgenetiker Klaus Stern berichtete noch im November 1969 von Überlegungen, Einrichtungen der Landwirtschaftlichen Fakultät sowie der Fakultät für Gartenbau der TU Hannover in den für die Forstliche Fakultät bestimmten Göttinger Neubauten unterzubringen.[926]

Traditionsbruch befürchtet

Übrigens wurde der Kampf der Forstlichen Fakultät, soweit er die Mehrheit ihrer Professoren und Dozenten

923 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 90, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 6. Februar 1962.

924 Benett, Geschichte (1987, S. 98); vgl. Nüßlein, Neubau (1968).

925 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 91, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 8. Februar 1966, et passim.

926 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, Klaus Stern am 27. November 1969 an die Mitglieder der Weiteren Fakultät über die „Kommission des Niedersächsischen Kultusministeriums zur Prüfung der Konsequenzen der Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom Juli 1969“.

betraf, für eine Übersiedlung von Münden nach Göttingen von den Studierenden nicht mitgetragen – im Gegenteil: Peter Dünkelsbühler, Erster Vorsitzender des Mündener AStAs, legte am 29. Mai 1950 eine „Denkschrift der Studentenschaft der Forstlichen Fakultät Hann. Münden zum Plane der Verlegung der Fakultät nach Göttingen“ vor, in der ein Umzug abgelehnt wird:[927]

- Die in Göttingen vorgesehene Erweiterung der Institute lasse sich auch in Hann. Münden umsetzen und wäre dort zudem billiger.
- Die Teilnahme an Vorlesungen anderer Fakultäten in Göttingen sei interessierten Studenten grundsätzlich auch von Münden aus möglich.
- Das kulturelle Angebot in Göttingen könne von den meisten Studenten ohnehin nicht genutzt werden, weil ihnen das Geld dafür fehle.
- Die geplante Unterbringung der Fakultät in der Zieten-Kaserne sei von der Universität zu weit entfernt, um deren Angebote nutzen zu können.
- Für die um Hann. Münden liegenden Lehrforstämter mit ihren schon seit langer Zeit betreuten wissenschaftlichen Versuchen gebe es in Göttingen keinen Ersatz.
- Ein Wegzug nach Göttingen würde einen nicht zu heilenden Traditionsbruch bedeuten.
- Zu befürchten sei dann auch, dass die Fakultät ihre Selbstständigkeit stark einbüßen und über kurz oder lang den Fakultätsstatus verlieren würde.
- Man möchte das Verhältnis zur Bevölkerung, wie es in Münden bestehe, nicht missen.
- Der in Münden ansässige „Bund der Freunde und Förderer der Forstlichen Hochschule von 1923“ unterstütze bedürftige Studenten und die Durchführung von wissenschaftlichen Forschungsarbeiten. Diese Unterstützung falle mit einer Verlegung der Fakultät zwangsläufig fort.
- Der charakterlichen, politischen und fachlichen Erziehung von künftigen Forstverwaltungsbeamten könne eine Kreisstadt, in der sich der Einzelne nicht verliere, sondern eine „sichtbare Rolle“ spiele, am ehesten nützen.

Es ist heute von einigem Interesse, dass die Fakultät seinerzeit dafür eintrat, in den Neubaugebieten der Universität Göttingen bei Straßennamen auch den forstlichen Widerstandskämpfer Kurt von Plettenberg zu dessen Gedenken in Erwägung zu ziehen. Durchgesetzt haben sich indes der Botaniker Moritz Büsgen und Heinrich Christian Burckhardt, einer der ‚Väter‘ der Forstakademie und damit auch der Forstlichen Fakultät.[928]



Abb. 105: Kurt von Plettenberg (1891-1945), 1934 (Quelle: Steinsiek, Forstleute, 2020, S. 55).

927 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 257, „Denkschrift der Studentenschaft der Forstlichen Fakultät Hann. Münden zum Plane der Verlegung der Fakultät nach Göttingen“ vom 29. Mai 1950.

928 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 91, Protokoll der Fakultätssitzung am 19. November 1968.

8 Überlebenskampf als Konstante der Fakultätsentwicklung

8.1 Kleine Chronik des Schreckens

Karl Hasel ist in den von ihm herausgegebenen „Quellen zur Geschichte der Forstlichen Fakultät […]“ (1968) auch den Schließungsgerüchten nachgegangen, die offenbar besonders gegen Ende des 19. Jahrhunderts verschiedentlich von Zeitungen gestreut wurden. Ohne auf diese hier im Einzelnen eingehen zu können, so wird doch nicht bestritten werden können, dass sowohl bei den Lehrenden als auch den Lernenden und natürlich in der Mündener Gesellschaft Gerüchte dieser Art für große Verunsicherung sorgten.

Wie das Mündener Tageblatt am 12. März 1901 mitteilte, sei in den letzten Tagen durch die Presse die Nachricht gegangen, dass beabsichtigt werde, die beiden preußischen Forstakademien aufzulösen und an die Universitäten zu verlegen. Diese Nachricht habe sich jedoch als falsch erwiesen, konnte der Berichterstatter dem besorgten Mündener Publikum versichern.[929]

Im März 1916 stand die Mündener Forstakademie erneut zur Disposition. Die Mündenschen Nachrichten[930] berichteten ausführlich. Der Preußische Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer wies auf die hohen Kosten hin, welche durch die Forstakademien verursacht würden. Weil außerdem die „Herren von der grünen Farbe“ als praktische Leute theoretischen Studien weniger zugänglich seien, falle es sehr schwer, geeignete Dozenten zu finden. Lehrkräfte außerhalb des Forstbereichs würden die Forstakademien lediglich als wissenschaftliche Einrichtung zweiter Ordnung ansehen. Dem Verfasser eines Leserbriefs dagegen ging es bei den Forstakademien neben der Ausbildung von Forstleuten besonders um die Aufgabe der wissenschaftlichen Forschung. Diese würde bei vielen Dozenten sogar bei weitem überwiegen. Wer also für die Aufhebung der Akademie spreche, der nehme damit auch die Beseitigung einer wissenschaftlichen Forschungseinrichtung in Kauf. In einem weiteren Beitrag war wenig später dann davon die Rede, dass sowohl „im Preußischen Abgeordnetenhause als auch in der Presse […] eine recht lebhafte Bewegung eingesetzt [hat], welche sich gegen die Aufhebung der Forstakademie richtet“.[931]

Ein Jahr später, am 1. März 1917, stellten der Abgeordnete „von Stockhausen und Genossen“ aus gegebenem Anlass einen Antrag folgenden Inhalts: „Der Provinziallandtag wolle beschließen: an die Königliche Staatsregierung die dringende Bitte zu richten, die Königliche Forstakademie in Münden daselbst zu belassen.“ Von Stockhausen führte dazu unter anderem aus, dass Münden schon durch seine Lage prä-

929 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, Mündener Tageblatt Nr. 60 vom 12. März 1901.

930 Die ausgewerteten Zeitungsausschnitte lassen nicht direkt erkennen, welcher Zeitung sie entnommen wurden. Sicher handelte es sich jedoch um die Mündenschen Nachrichten.

931 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 191, Handakte Oelkers, fol. 2, 8 [letztes Zitat], jeweils März 1916.

destiniert sei, eine Forstakademie zu besitzen. Seit einigen Jahren jedoch würden „im Schoße der Staatsregierung“ Überlegungen angestellt, die Akademie umzusiedeln, etwa nach Berlin.[932] Von Stockhausen befürchtete, dass an einer Universität die grüne Farbe verschwinden könnte.[933] Überdies würden, wie schon vor dem Krieg, fiskalische Gründe für eine Schließung zugunsten von Eberswalde geltend gemacht. Bürgerschaft und Dozenten der Akademie in Münden seien darüber sehr beunruhigt, fährt von Stockhausen fort. Neben anderem hält von Stockhausen eine Konkurrenz zwischen Münden und Eberswalde durchaus für förderlich. Besonders hervor hebt er jedoch die Interessen der Stadt Münden an dem Erhalt der Forstakademie und weist darauf hin, dass Münden bereits viel in den Ausbau etwa von allgemein bildenden Schulen investiert habe.[934] Wenn auch, fährt von Stockhausen fort, der Krieg das Land verändern werde und manches von dem, was war, aufgegeben werden müsse: Die deutsche Kultur sei unter allen Umständen zu erhalten. Und eine Kulturstätte ersten Ranges sei die Forstakademie in Münden. Von Stockhausens Vortrag erhielt „lebhaftes Bravo“. Der Antrag wurde angenommen.[935]

Dazu hatte im Vorfeld der Regierungspräsident in Hildesheim die Auffassung vertreten, dass die welfische [= hannoversche] Partei am Schicksal der Forstakademie wenig Interesse haben würde, weil jene erst nach 1866 [das heißt nach der Annexion Hannovers durch Preußen] errichtet worden sei. „Dagegen ist anzunehmen, daß alle Abgeordneten der Provinz ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit sich lebhaft für die Beibehaltung der Akademie einsetzen werden, um zu verhüten, daß ihrer Heimat eine lange bestehende, der Bevölkerung lieb gewordene Anstalt genommen wird.“[936] Einem Memorandum des Mündener Magistrats vom 19. März 1916 ist dann zu entnehmen, dass bei der Beratung des Entwurfs des Staatshaushalts-Etats für das Etat-Jahr 1916 im Hohen Haus der Abgeordneten der Fortbestand der Mündener Forstakademie in Frage gestellt wurde.[937] Oberlandforstmeister von Freier führte im Abgeordnetenhaus aus, dass die Mündener Forstakademie von jeher eine Streitfrage gewesen sei. Schon 1874 habe sich eine Versammlung von Forstleuten in Freiburg für die Aufhebung ausgesprochen. Die Versammlung des Deutschen Forstvereins habe 1907 mit erdrückender Mehrheit für die Ausbildung von Forstleuten auf Universitäten votiert.[938]

Weil nun von Beginn an der Bestand der Forstakademie immer wieder zur Disposition stand, blieb auch die Ausstattung mit ausreichendem Personal, geeigneten Räumen, Geräten und Geldmitteln weit hinter den Erfordernissen zurück.[939]

Zu Anfang der 1930er Jahre waren es einmal mehr die beiden preußischen Forsthochschulen, welche zur Erreichung von Sparzielen zur Disposition der Staatsregierung standen. Punkt 1 der Senatssitzung vom 22./23. Dezember 1931 in Münden betraf des-

932 An sich hatte der Preußische Landwirtschaftsminister Dr. Freiherr von Schorlemer zuvor bereits die Erklärung abgegeben, dass eine Verlegung der Akademie während des Krieges bzw. nach Kriegsende nicht in Frage komme (NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 19601, Anonymus (1917): Verhandlung über den Weiterbestand der Forstakademie Münden. Mündensche Nachrichten Nr. 20 vom 25. Januar 1917). Nach den Gebietsverlusten infolge des Ersten Weltkriegs musste die Frage, ob denn Preußen noch zwei Forstakademien benötige, jedoch berechtigt erscheinen, zumal einige hundert Forstleute aus den verlorenen Gebieten übernommen wurden (vgl. NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 19601, Schreiben vom 15. Dezember 1920).

933 In einem ähnlichen Zusammenhang erfahren wir, dass die Mündener Studierenden „zu einem guten Teil bemittelte junge Leute“ sind (NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 19601, Der Königliche Landrat des Kreises Münden am 7. September 1915 an den Regierungspräsidenten in Hildesheim).

934 Der Mündener Magistrat legte Wert auf die Feststellung, dass „Münden keine Forstakademie hat, sondern ist“ [Hervorhebung im Orig.] (NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 19601, Schreiben des Mündener Magistrats vom 25. April 1918).

935 NLA HA, Hann. 150 Nr. 131, Drucksache Nr. 26; 51. Hannoverscher Provinziallandtag, fol. 3; a.a.O., 51. Hannoverscher Provinziallandtag; Dritte Sitzung am 2. März 1917, fol. 5 f.

936 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 19601, Der Regierungspräsident in Hildesheim am 12. September 1915 an den Oberpräsidenten in Hannover.

937 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 19601, Der Magistrat von Hann. Münden mit einem Memorandum vom 19. März 1916 zum Fortbestand der Königlichen Forstakademie.

938 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 19601, Anonymus (1917): Forstakademie Münden. Mündensche Nachrichten Nr. 60 vom 13. März 1917.

939 Vgl. auch Hasel, Unterricht (1968, S. 265 f.).
Umgekehrt stellten die häufigen, wenn auch berechtigten Forderungen der Professoren nach mehr Geld, mehr Räumen und besseren Arbeitsmöglichkeiten ein Spiel mit dem Feuer dar. Sie konnten in Berlin Unmut erzeugen und Gedanken an eine Schließung der Einrichtung Vorschub leisten.

halb den „Fortbestand der Hochschule“. Diskutiert wurden die in einem Schreiben des Preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 18. Dezember 1931 aufgeworfenen Fragen. Sie liefen auf eine Einschränkung des Lehr- und Forschungsbetriebs in Hann. Münden und Eberswalde aus Kostengründen hinaus, gegebenenfalls auch auf die Aufhebung einer oder sogar beider Hochschulen. Der Senat schlug die Streichung von Lehrstuhl und Institut für Technische Mykologie sowie der Lehraufträge für Betriebswirtschaftslehre und für Jagdkunde vor, sofern in Eberswalde entsprechend verfahren würde. Sollte darüber hinaus ein Abbau notwendig sein, wurde die Aufhebung der Lehrstühle und Institute für Chemie in Hann. Münden und Eberswalde vorgeschlagen.[940]

Hier darf außerdem, um noch ein weiteres Beispiel zu nennen, der Vorstoß von Professor Hans Lemmel aus Eberwalde nicht fehlen. Lemmel hatte, ohne sich zuvor mit den Kollegen in Münden abzustimmen oder diese zumindest in Kenntnis zu setzen, im August 1931 dem Preußischen Finanzminister eine Denkschrift mit dem Titel „Eine oder zwei Forstliche Hochschulen?“ vorgelegt. Ohne auf Einzelheiten des Papiers eingehen zu können, so musste doch schon dessen Existenz an sich und Lemmels Forderung nach „Zusammenlegung [beider Hochschulen] unter Erhaltung und Verlegung der wichtigsten Forschungsstellen (Professuren und Institute)“, von der er sich „ganz beträchtliche Ersparnisse“ versprach, in Münden für erhebliche Irritationen sorgen.[941] Die Replik aus Münden, gerichtet an Rektor und Senat der Forstlichen Hochschule Eberswalde und ausgefertigt vom Mündener Rektor Heinrich Süchting, fiel dann auch entsprechend deutlich aus. In Münden war man sich einig, dass mit einer Zusammenlegung die Auflösung der Mündener Hochschule gemeint sei. Lemmel wurde das Recht abgesprochen, „so autoritativ über die Entbehrlichkeit von Lehrstühlen und namentlich von Forschungsinstituten zu urteilen, deren wissenschaftliche Aufgaben und Ziele ihm meist ferner liegen“. Hinter der Entscheidung Lemmels, dem fachlich an sich nicht zuständigen Finanzministerium seine Überlegungen vorzutragen, stand aus Sicht des Mündener Senats Lemmels Hoffnung, dass von dort am ehesten Schritte zu Ungunsten von Münden zu erwarten seien. „In einer Zeit also, in welcher Wissenschaft und Forschung in schwerstem Kampfe um ihre Belange und ihre Geltung stehen, in einer Zeit, in welcher jede wissenschaftliche Stellung gemeinsam aufs Aeusserste verteidigt werden sollte, erfolgt ein Angriff auf eine dieser Stellungen aus den Reihen der Forschung selbst!“ Lemmels Vorgehen wurde abschließend als in hohem Maße unkollegial verurteilt. Es „dürfte in der Geschichte der deutschen Hochschulen wohl einzig dastehen“.[942]

Der Senat der Forsthochschule in Eberswalde hatte allerdings im Dezember 1931 dem Preußischen Landwirtschaftsminister gegenüber erklärt, dass ihm Lemmels Schreiben erst jetzt zur Kenntnis gelangt sei und dass es sich um eine persönliche Stellungnahme desselben handele.[943]

„Drittes Reich“

Die Umstände, welche dazu führten, dass die Forstliche Hochschule in Münden zum 1. April 1939 ihre Selbstständigkeit verlor und als Forstliche Fakultät an die Universität Göttingen angeschlossen wurde, haben neben anderen Eberts (1957) und zuletzt Steinsiek (2015) geschildert. Als aus Kostengründen eine Verringerung der seinerzeit in Deutschland bestehenden sechs forstlichen Studienanstalten beschlossen wurde, konnte für Münden geltend gemacht werden, dass dieser Standort im Vergleich der Einzugsgebiete, aus denen sich die Forststudenten rekrutierten und auf die sich die Aktivitäten der Forschungsinstitute erstreckten, hinter Eberswalde den zweiten Platz belegte, während die Gießener Forstabteilung am ungünstigsten abschnitt.[944] Darüber hinaus trat vor allem Köstler für

940 AFFGÖ, Protokolle der Senatssitzungen, Sitzung vom 22./23. Dezember 1931.

941 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 274, Denkschrift „Eine oder zwei Forstliche Hochschulen?“ von Hans Lemmel, Eberswalde, 1931.

942 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 274, Rektor und Senat der Forstlichen Hochschule Hann. Münden am 18. Dezember 1931 an Rektor und Senat der Forstlichen Hochschule Eberswalde.

943 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 274, Rektor und Senat der Forstlichen Hochschule Eberswalde am 11. Dezember 1931 an den Preußischen Landwirtschaftsminister.

944 Steinsiek & Rozsnyay, Grundzüge (1994, S. 81 ff.).

die aus seiner Sicht längst überfällige Angliederung der Forsthochschule an eine Universität ein.[945]

Wehret den Anfängen

Wenige Jahre nach Kriegsende, 1951, sah sich die Forstliche Fakultät veranlasst, zu einem Bericht Stellung zu beziehen, in dem die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Göttingen die Schaffung einer gemeinsamen Land- und Forstwirtschaftlichen Fakultät ins Gespräch gebracht habe. Es sei sogar davon die Rede gewesen, die Forstliche Fakultät aus der Universität Göttingen auszuschließen. Hintergrund solcher Szenarien war offenbar das Streben der Landwirtschaftlichen Abteilung nach einer eigenen Fakultät. Die Forstfakultät kritisierte, dass sie in solche Überlegungen nicht einbezogen worden sei. Der Option, dass die Forstliche Fakultät zu ihrem früheren Status der Forstlichen Hochschule zurückkehre, um den Landwirten die Bildung einer eigenen Fakultät zu ermöglichen, wurde scharf widersprochen. „Die Wiederbegründung einer selbständigen Forstlichen Hochschule würde daher für den nordwestdeutschen Raum einen widersinnigen Rückschritt für die gesamte Forstwissenschaft bedeuten". Des Weiteren wurde auch das 1949 vorgeschlagene Projekt einer „Grünen Hochschule", das heißt das „Ausscheiden der Landbau- und Forstwissenschaft aus der Universität Göttingen unter Bildung einer Forstlichen und Landwirtschaftlichen Hochschule" für nicht geeignet angesehen, Einsparungen zu realisieren.[946] Vielmehr hätten die Gutachter und beteiligten Politiker entsprechende Pläne eben wegen der ungeheuren Kosten abgelehnt. Zum damaligen Zeitpunkt wurde von den Förstern endlich auch die Option, die Forstliche Fakultät in eine Abteilung umzuwandeln und zusammen mit der Landwirtschaftlichen Abteilung in eine gemeinsame Fakultät zu überführen, als nicht praktikabel verworfen. Es komme hinzu, dass „Lehrgebiet, Forschungsmethoden und berufsständischer Hintergrund beider Wissenschaften" sich zu sehr unterschieden. Ein späteres Zusammengehen mit den Staatswissenschaften indes wollte die Forstfakultät aufgrund der bestehenden Verbindungen ihrer Lehrgebiete nicht ausschließen.[947]

Zu einem Eklat war es auf der Sitzung des Göttinger Senats am 9. August 1950 gekommen. Nachdem Schmucker den Vorschlag der Forstlichen Fakultät zur Wiederbesetzung der Professur für Forstzoologie präsentiert hatte, erhoben Vertreter der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät überraschend Widerspruch. Sie führten aus, „dass die Wiederbesetzung der Professur in der vorgeschlagenen Weise unbedenklich sei", falls die Fakultät in Münden bliebe. Sollte sie jedoch nach Göttingen verlegt werden, „so müsste die Math.-Nat. Fakultät darauf bestehen, dass Botanik und Zoologie zu ihren Fachbereichen gehören". Der Göttinger Rektor Trillhaas betonte daraufhin in einem Schreiben an den Mündener Dekan, dass die Position der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät nicht die Auffassung des gesamten Senats darstelle. Im Übrigen machte er keinen Hehl daraus, dass er „den Versuch einer Fakultät, die Berechtigung von Lehrstühlen in einer anderen Fakultät anzuzweifeln", für untragbar halte. Sollte die Angelegenheit an das Ministerium gelangen, könne die Fakultät sicher sein, dass er, Trillhaas, in dem Sinne votieren würde, wie dies in seinem Brief geschehen sei.[948]

Rektor Trillhaas hatte bereits einen Tag nach der fraglichen Senatssitzung dem Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät seinen Standpunkt in einer Weise dargelegt, die an zorniger Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Nach Form und Inhalt sei die Auseinandersetzung geeignet gewesen, das Zusammenleben der 6 Fakultäten in der Universität zu gefährden. Er bitte ergebenst, nicht noch einmal unvorbereitet solchen Überraschungen

945 Hasel, Unterricht (1968, S. 265).

946 An anderer Stelle war von einem dann allerdings ebenfalls nicht verwirklichten Plan des Niedersächsischen Kultusministers aus dem Jahr 1949 die Rede, „eine einheitliche Hochschule für biologische Fragen in Hannover oder Wilhelmshaven zu schaffen durch Vereinigung der Tierärztlichen Hochschule, der Hochschule für Gartenbau und Landeskultur, der Forstlichen Fakultät und der Landwirtschaftlichen Abteilung der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät in Göttingen" (UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 193, [Undatierter Aktenauszug, ohne Adressat und Absender]).

947 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 257, „Stellungnahme der Forstlichen Fakultät zum Plane der Einrichtung einer selbständigen Landwirtschaftlichen Fakultät an der Universität Göttingen vom 9.1.1951".

948 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 376, Der Göttinger Rektor Trillhaas am 12. August 1950 an den Mündener Dekan.

ausgesetzt zu werden. Insonderheit könne es nicht angehen, dass die Aussagen eines Kollegen im Plenum des Senats in Zweifel gezogen würden. Überdies sei der Gedanke, die Forstliche Fakultät nach Göttingen zu verlegen, nicht neu und wiederholt im Senat erörtert worden. Trillhaas fasste die Gesichtspunkte zusammen, die ihn bewogen haben, die Verlegung zu unterstützen und hielt es für schädlich, wenn die Forstliche Fakultät jetzt einen Angriff auf ihren Bestand befürchten müsste.[949]

Schmucker vermutete, dass in Göttingen die Übersiedlung der Forstlichen Fakultät vor allem deshalb auf Ablehnung stoße, weil nach einer offenbar verbreiteten Ansicht die für die Forstfakultät aufzuwendenden Mittel anderen Fakultäten entzogen würden.[950]

8.2 Gefahren durch die Hochschulreform

Unverhofft sollte dann der lang umkämpfte Umzug nach Göttingen in der Schlussphase des hier zu betrachtenden Zeitraums Plänen Vorschub leisten, welche im Ergebnis darauf hinausliefen, die von Beginn an in Münden hartnäckig verteidigte Einheit von forstwissenschaftlicher Forschung und Lehre zu zerstören. Am 5. Januar 1971 sah sich die Forstliche Fakultät veranlasst, mit einem ausführlichen Votum Stellung zu einem Gutachten zu beziehen, das die Kommission zur Beratung des Niedersächsischen Kultusministers in Hochschulangelegenheiten vorgelegt hatte.[951] Nach Darstellung der Fakultät waren die folgenden Entwicklungen vorausgegangen:[952]

- Seitens des Niedersächsischen Kultusministeriums wurden 1968 Beratungen zwischen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen, der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen, der Landwirtschaftlichen sowie der Forstlichen Fakultät anberaumt, und zwar aus Anlass des Umzugs der Forstlichen Fakultät von Münden nach Göttingen und der sich daraus ergebenden Optionen für Kooperationen.
- Im selben Jahr (August) schlug der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses des Wissenschaftsrates vor, die Institute der Forstlichen Fakultät und diejenigen der Landwirtschaft zu gemeinschaftlichen Fachbereichen zusammenzufügen. Stets habe die Forstfakultät einer Subsumierung unter die Agrarwissenschaften widersprochen.[953] Dietrich Mülder hatte Anlass, dem Eindruck entgegenzutreten, die Auflösung sei bereits beschlossene Sache.[954]
- Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur „Neuordnung von Forschung und Ausbildung im Bereich der Agrarwissenschaften“ vom Juli 1969 gingen ebenfalls von einer Einbeziehung der Forstlichen Fakultät in die stark zu erweiternden Göttinger Agrarwissenschaften aus.[955] Das

949 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 376, Trillhaas am 11. August 1950 an den Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät.

950 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 376, Schmucker am 8. August 1950 an Schober.

951 Votum (1971).
Obgleich einleitend die gesellschaftlichen Ansprüche an den Wald als maßgeblich für Forschung und Lehre anerkannt werden, kommt nach Auffassung der Fakultät der Nutzfunktion Vorrang vor dessen Schutz- und Erholungsfunktionen zu. Aus den Letzteren jedoch ergebe sich die Stellung des Waldes als tragendes Element des Naturschutzes und der Landespflege (Votum, 1971, S. 1 f.).

952 Votum (1971, Anlage).

953 Die Forstliche Fakultät trat dafür ein, unabhängig von der Landwirtschaftlichen Fakultät zu bleiben. Solches schließe intensive Kooperationen nicht aus. Sie wollte vermeiden, dass über forstliche Belange sachfremd entschieden würde und kritisierte, dass sie in die Entscheidungsprozesse nicht einbezogen wurde. Die Fakultät wollte daher mit einem eigenen Konzept zur Neugliederung insbesondere solchen Vorschlägen begegnen, „die die Fakultät in ihrem jetzigen Bestand gefährden“ (UniA GÖ, Protokoll der Fakultätssitzung am 11. Juni 1968; a.a.O., Protokoll der Fakultätssitzung am 22. Oktober 1968).

954 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 101, Mülder am 4. November 1968 an Ministerialdirektor Hasemann, Generalsekretär des Wissenschaftsrates.

955 Es hatten bereits die „Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und Verwaltungsorganisation der Universitäten“ vom Dezember 1968 [?] in der Fakultät für große Verunsicherung gesorgt. Eine Aufteilung der Fakultät wurde befürchtet. Die Fakultät versuchte, den Prozess durch einen eigenen Entwicklungsplan mitzugestalten. Mehr noch, es wurde jetzt als notwendig und sogar dringlich angesehen, für die Fakultät neue Strukturen zu finden (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, Protokoll über die Sitzung der Weiteren Fakultät am 11. Februar 1969; a.a.O., Protokoll der Sitzung der Weiteren Fakultät am 3. Juli 1969).

„Gespenst“ von einer „Grünen Fakultät“ machte die Runde. Der Forstlichen Fakultät erwuchs eine Gefahr aus den vergleichsweise niedrigen Studierendenzahlen.[956]

- Nachdem an der Jahreswende 1969/70 durch den Niedersächsischen Kultusminister eine Kommission eingesetzt worden war, die den Minister in der o.g. Angelegenheit beraten sollte, zog sich die Forstliche Fakultät bereits im Juli 1970 aus der Kommissionsarbeit zurück. Sie habe es als unmöglich angesehen, dass eine für die Forstwissenschaft akzeptable Lösung erreicht werden könne.
- Die Fakultät spricht von einer existentiellen Bedrohung ihres Bestandes durch das am 20. Juli 1970 fertiggestellte „Teilgutachten des Sachverständigenausschusses zur Neuordnung der Niedersächsischen Fakultäten für Landbauwissenschaften“. Die Kritik entzündete sich an der dort geplanten Aufsplitterung. Andererseits enthielt das Gutachten demnach auch den Vorschlag, die Zahl der planmäßigen Professuren nahezu zu verdoppeln. Die Fakultät jedoch war misstrauisch, weil bereits die von ihr vorgenommenen Personalanmeldungen fast ausnahmslos unberücksichtigt geblieben sind. Sie fühlte sich durch ein solches Vorgehen benachteiligt und unter Druck gesetzt.[957]

Die Hochschulpolitische Kommission der Universität Göttingen schlug auf Anregung des Wissenschaftsrates am 14. Oktober 1969 vor, Lehrstühle und Institute der Landwirtschaftlichen und der Forstlichen Fakultät zusammenzulegen. Die Forstliche Fakultät hatte bereits erstmals am 12. Dezember 1968 dem Agrarausschuss des Wissenschaftsrates gegenüber ihre Einwände vorgetragen. Der Wissenschaftsrat zog demnach auch eine Zusammenfassung der landwirtschaftlichen, gartenbaulichen und forstwirtschaftlichen Fächer in Betracht. Die Fakultät wies jedoch darauf hin, dass mit anderen Fakultäten der Universität für die Zeit nach dem Umzug der Forstlichen Fakultät bereits Vereinbarungen über Kooperationen getroffen worden seien. Entsprechend hätten sich die Dekane der anderen betroffenen Fakultäten geäußert.[958] Noch wenig später unterstrich Klaus Stern die Bereitschaft der Fakultät, mit anderen Fakultäten und Einrichtungen der Universität zusammenzuarbeiten. Vor allem aus diesem Grund werde ja seit mehr als 30 Jahren der Umzug von Münden nach Göttingen betrieben.[959]

An dieser Stelle sei eingeschoben, dass der Göttinger Agrarökonom Wilhelm Seedorf bereits 1966 angeregt hatte, die Forstliche Fakultät mit der Landwirtschaftlichen Fakultät in Göttingen zusammenzulegen. Die Fakultät aber lehnte weitere Erörterungen dazu auf ihrer Sitzung vom 29. November 1966 einmütig ab. Zugleich erläuterte Bernhard Ulrich seine Idee, „zwischen der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen und der Forstlichen Fakultät ein Department-System einzuführen“. Ulrich dachte dabei, wie an anderer Stelle bereits erwähnt, speziell an ein Department „Bodenkunde“.[960]

Recht überraschend hatte sich schon etwa zwanzig Jahre zuvor, am 29. August 1947, die Abt. V, Forst- und Holzwirtschaft, in Sarstedt zu einem vermutlich an den Landwirtschaftsminister gerichteten Memorandum in einer ganz ähnlich gelagerten Angelegenheit veranlasst gesehen. Einer Landtagsdrucksache, wohl aus demselben Jahr, war der folgende Vermerk zu entnehmen: „Die Hochschule für Gartenbau und Landeskultur soll nur der Vorläufer für eine spätere

956 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, Protokoll der Sitzung der Weiteren Fakultät am 8. Juli 1969; a.a.O., Protokoll der Sitzung der Weiteren Fakultät am 21. Juli 1969.

957 Votum (1971, Anlage).

958 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, Stellungnahme der Forstlichen Fakultät vom 30. Oktober 1969 „zu den Empfehlungen der hochschulpolitischen Kommission der Universität Göttingen vom 14. Oktober 1969“.

959 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, Klaus Stern am 27. November 1969 an die Mitglieder der Weiteren Fakultät über die „Kommission des Niedersächsischen Kultusministeriums zur Prüfung der Konsequenzen der Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom Juli 1969“.

960 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 91, Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 29. November 1966; a.a.O., Protokoll der Sitzung der Engeren Fakultät am 13. Dezember 1966.
Seitdem Bernhard Ulrich der Fakultät angehörte, zeigte er sich in der akademischen Selbstverwaltung sehr engagiert, beteiligte sich viel, auch programmatisch, und arbeitete intensiv an der Entwicklung der Fakultät mit.

Hochschule für bodenbetreuende Berufe und Veterinärmedizin sein, die die Fachgebiete Landwirtschaft, Gartenbau, Forstwirtschaft und Veterinärmedizin umfassen soll." Hierzu wurde jetzt erklärt, dass ein solcher Plan der Eigenart von Forstwissenschaft und Forstwirtschaft nicht Rechnung trage. Es wurde überdies ins Feld geführt, dass derlei Überlegungen den hessischen Bestrebungen zur Errichtung eines eigenen Forstinstituts Vorschub leisten könnten. Der Berichterstatter – es könnte sich um Hausmann gehandelt haben – hielt es für erforderlich, dass gegen solche Pläne „noch in letzter Stunde […] Front gemacht" werde. Der Minister wurde unter anderem gebeten, darauf hinzuwirken, dass die Aufgaben der Hochschule für Gartenbau und Landeskultur sachgerecht abgegrenzt werden. Im Übrigen sei die vorliegende Stellungnahme im Einvernehmen mit der Forstlichen Fakultät in Münden erfolgt.[961]

Doch noch auf eine weitere Entwicklung sei hier verwiesen, die verdeutlicht, wie groß seinerzeit die Unruhe und Verunsicherung nicht nur bei den Mündener Forstforschern gewesen sein müssen. So war offenbar Ende der 1950er Jahre in Erwägung gezogen worden, die Zahl der forstlichen Ausbildungsstätten in Westdeutschland zu vermindern. Etwa zehn Jahre später lag der Entwurf von Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung von Forschung und Ausbildung im Bereich der Agrarwissenschaften vor, wonach unter anderem vorgeschlagen wurde, die forstwissenschaftlichen Hochschuleinrichtungen Freiburgs und Münchens zusammenzulegen. Auch „über die künftige Struktur der Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Forstwissenschaften" sollten Überlegungen angestellt werden. In einer Stellungnahme des Forstlichen Fakultätentages[962] wurde insbesondere der Auffassung des Wissenschaftsrates widersprochen, wonach die Zusammenfassung von Instituten der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und des Gartenbaus Vorteile für den Einsatz von Ressourcen bedeute. Zu groß seien, was Forschungsfragen und die Lehre angehe, die Unterschiede. Solches schließe jedoch, wie bisher, eine Zusammenarbeit nicht aus.[963]

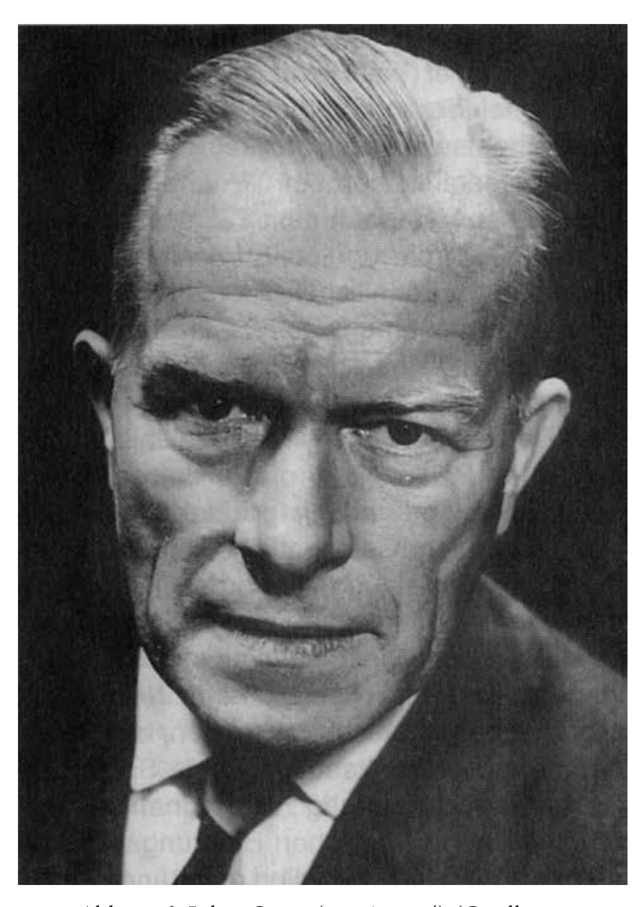


Abb. 106: Julius Speer (1905-1984) (Quelle: Steinsiek, Forstleute, 2020, S. 66).

Gerhard Speidel, der inzwischen von Münden an die Universität Freiburg gewechselt war, machte dem Präsi-

961 NLA HA, Hann. 180 Hildesheim Nr. 16569, Abt. V, Forst- und Holzwirtschaft, Sarstedt, am 29. August 1947 mit einem vermutlich an den Landwirtschaftsminister gerichteten Memorandum.

962 Der Forstliche Fakultätentag konstituierte sich am 23. Februar 1961 aus den Forstlichen Abteilungen der Universität Freiburg, der Staatswirtschaftlichen Fakultät der Universität München sowie der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 101, Dekan Knigge am 24. Oktober 1966 an Prof. Dr. C. Wiebecke, Lehrstuhl für Weltforstwirtschaft an der Universität Hamburg).
Auf ihrer Sitzung vom 30. November 1950 hatte es die Mündener Fakultät bereits für zweckmäßig gehalten, „eine selbständige Vertretung der Forstwissenschaft in einem eigenen Forschungsrat anzustreben" (AFFGÖ, Protokolle der Fakultätssitzungen, Sitzung vom 30. November 1950).

963 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 101, Speidel, Freiburg i. Br., am 6. September 1968 an Julius Speer; a.a.O., Backmund, Obmann der Forstlichen Forschungsanstalt München, am 10. Februar 1969 an Dekan Mülder mit der Stellungnahme des Forstlichen Fakultätentages zu dem Entwurf von Empfehlungen des Wissenschaftsrates […]" vom 4. Februar 1969.

denten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Julius Speer, gegenüber am 6. September 1968 keinen Hehl daraus, dass er die Aufgabe von München und Freiburg als unabhängige Forstforschungseinrichtungen grundsätzlich „für einen langfristig schwerwiegenden Schlag gegen die um ihre internationale Anerkennung kämpfende deutsche Forstwissenschaft" halten würde. Auch H. J. Braun, ebenfalls Freiburg, widersetzte sich entschieden den Vorschlägen des Wissenschaftsrates zur „Zusammenlegung der süddeutschen Forstlichen Lehr- und Forschungsinstitutionen mit einer landwirtschaftlichen Hochschule". Er befürwortete allerdings nachdrücklich eine Arbeitsteilung (Schwerpunktbildung) zwischen Göttingen, Freiburg und München in der Forschung und zum Teil auch in der Lehre.[964]

Doch jetzt wieder zurück zu dem Votum der Mündener Fakultät von 1971. Es beginnt mit einer Einführung in „Aufgaben und Struktur der Forstwissenschaft". Darin ist die Rede von den „Bemühungen unserer Zeit um die Neuordnung von Gesellschaft und Wissenschaft", welche Anlass geben würden, die Aktualität und Sachgerechtigkeit des forstlichen Wissenschaftsbetriebs in Göttingen zu überprüfen. In erster Linie müssten forstliche Forschung und Lehre in der Lage sein, „ihr Objekt »Wald« im Sinne der gesellschaftlichen Notwendigkeiten optimal zu erfassen". Forschung und Praxis hätten sich mit den naturwissenschaftlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben des Waldes zu befassen. Die Fakultät betont, dass auch bestimmte naturwissenschaftliche Grundlagenfächer bereits sehr frühzeitig eine forstliche Orientierung erfahren hätten.[965]

Sehr deutlich werden die Unterschiede zwischen der Land- und der Forstwirtschaft herausgestrichen, besonders am Beispiel der ausgedehnten Produktionszeiträume im Wald. Es bedeute, auch im Vergleich mit anderen Forschungseinrichtungen des In- und Auslandes, einen Rückschritt, die Forstwissenschaft mit der Agrarwissenschaft zu vereinigen. Neben den wachsenden Aufgaben der Forstwissenschaft im Umweltschutz würden solche für die Tropen und Subtropen hinzukommen. Die Forstwissenschaft sei in hohem Maße forschungsorientiert. Sie müsse es sein, um ihrer Bedeutung für die Gesellschaft gerecht zu werden. Forstliche Grundlagenforschung und Anwendungsforschung gehörten zusammen, müssten eine Einheit bilden.[966]

Die Fakultät wollte sich gleichwohl einer Kooperation mit den Agrarwissenschaften und weiteren Fakultäten nicht verschließen. Dies gelte besonders für das an der Universität Göttingen im Entstehen begriffene interdisziplinäre „Zentrum für Umweltschutz". Lobend erwähnt wird in diesem Zusammenhang auch das bereits bestehende Studienzentrum für Tropisch-Subtropische Land- und Forstwirtschaft. Die Forstwissenschaft müsse allerdings in sich geschlossen und selbstbestimmt bleiben, um einen engen Kontakt zwischen den verschiedenen forstlichen Fächern zu gewährleisten.[967]

Es wird für erforderlich gehalten, die Zahl der an der Fakultät fest angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erheblich zu erhöhen. Der hierdurch bedingten Vergrößerung könne durch eine Gliederung in zwei Fachbereiche, einen biologisch-waldbaulichen und einen technisch-wirtschaftlich-politischen, Rech-

964 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 101, Speidel, Freiburg, am 6. September 1968 an Julius Speer; a.a.O., H. J. Braun, Freiburg, am 4. Oktober 1968 an Julius Speer.
Als Ende 1959 auf einer Sitzung der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Beisein von Vertretern des Wissenschaftsrates über den Ausbau der drei forstlichen akademischen Lehrstätten der Bundesrepublik gesprochen wurde, kam man bereits überein, Schwerpunkte zu schaffen, „wobei die Forstliche Fakultät der Universität Göttingen ihren Schwerpunkt auf dem Gebiet der Naturwissenschaften finden" wollte (AFFGÖ, Protokolle der Fakultätssitzungen, Sitzung vom 15. Dezember 1959). Schon zu Zeiten der Forstakademie legte das Professorenkollegium besonderen Wert auf die Ausbildung der Studenten in den naturwissenschaftlichen Fächern (vgl. UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 193, Das Preußische Landwirtschaftsministerium am 18. August 1911 an den Direktor der Mündener Forstakademie).

965 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 9, „Votum der Forstlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen […]" vom 5. Januar 1971, S. 1 f.

966 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 9, „Votum der Forstlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen […]" vom 5. Januar 1971, S. 3 f.

967 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 9, „Votum der Forstlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen […]" vom 5. Januar 1971, S. 5.

nung getragen werden. Das Ökosystem Wald sei als Teil der menschlichen Umwelt zu erforschen.[968]

Insgesamt steht hier auch das Bemühen im Vordergrund, die Bedeutung der Forstwissenschaft für Mensch und Umwelt hervorzuheben, sie damit aus ihre randständigen Position zu befreien und stärker in die Nähe aktueller gesellschaftlicher Diskurse zu rücken.

In der Folge wird jedes der forstlichen Fächer, auch soweit es noch nicht an der Fakultät etabliert werden konnte, vorgestellt. Letzteres gilt namentlich für die Limnologie. Ihre Einrichtung müsse im Interesse des Umweltschutzes angestrebt werden, heißt es dort. Gewässerökosysteme seien „besonders empfindliche Weiser für Umwelteinflüsse“. Nicht plausibel erscheint hier jedoch, wenn die Aufgabe der Forstzoologie darin gesehen wird, „die Belastung von Ökosystemen durch anthropogene Einflüsse“ zu erforschen. Bei der Wildforschung haben jetzt Maßnahmen Vorrang, „die zur Erhaltung der freilebenden Großtiere in den vom Menschen veränderten Landschaften beitragen“ (Biologie, Ökologie, Pathologie). Die „Minderung oder Verhütung von Wildschäden“ wird als unerlässlich angesehen, um das Wild in die Kulturlandschaft einzugliedern. Als neues, eigenständiges Fach wird der Landschaftsbau eingeführt und „mit der wachsenden Bedeutung der Umweltgestaltung“ begründet. Er umfasse die „biologisch-ökologischen Grundlagen und die praktische Durchführung von Maßnahmen der Landschaftspflege“, und zwar innerhalb und außerhalb des Waldes. Auch der Forstschutz war auf die Gehölze außerhalb des Waldes auszudehnen. Damit scheint der Anspruch der Forstfakultät ungebrochen, dass Forstleute die besten Voraussetzungen für die Pflege der Kulturlandschaft mitbringen.[969]

Die Forstliche Betriebswirtschaftslehre müsse das „traditionelle Denken in Holzvolumen durch ein Denken in Werten und betrieblichen Entwicklungsgraden“ ergänzen. Die Beziehungen zwischen Wald und menschlicher Gesellschaft dagegen sind Gegenstand der Forstpolitik. Der Anwendungsbereich wird auf diejenigen Maßnahmen beschränkt, „die der Staat trifft, um die Waldbesitzer zu einer funktionsgerechten Waldbewirtschaftung anzuhalten und in die Lage zu versetzen“. Damit erscheint das Spektrum der Forstpolitikforschung im Vergleich mit heutigen Ansätzen ganz erheblich reduziert.[970]

Für die Forstgeschichte wird eine eigene planmäßige Professur gefordert. Hasel, der ohne Frage für den die Forstgeschichte betreffenden Abschnitt verantwortlich zeichnete, macht geltend, dass die Forstleute ihr Urteil „an den langen und exemplarischen Erfahrungen der forstlichen Vergangenheit“ orientieren müssen. Sofern jene in Entwicklungsländern arbeiten, könnten sie aus der Kenntnis der mitteleuropäischen Forstgeschichte Fehler vermeiden.[971]

Den mit Abstand größten Raum beanspruchen die Ausführungen zur „Landespflege (einschließlich Naturschutz)“. Landespflege und Waldbewirtschaftung, erfahren wir, gehören zusammen. Die Landespflege wird in ihrer interdisziplinären Ausrichtung als Klammer zwischen den naturräumlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekten der Kulturlandschaft gekennzeichnet. Umweltgestaltung und Umweltschutz müssten sich an den gesellschaftlichen Belangen orientieren. Der Wald sei wesentlicher Träger einer gesunden Umwelt. Das bundesweite Netz an Forstdienststellen sei hervorragend geeignet, Aufgaben auf den Gebieten der Landespflege und des Umweltschutzes wahrzunehmen. Zugleich wird ein dringendes Bedürfnis nach sozialwissenschaftlichen Lehrveranstaltungen für die Forststudierenden festgestellt, für die allerdings allein die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität die Kompetenz besitze. Wider Erwarten wird der Naturschutz mit keinem Wort erwähnt.[972]

968 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 9, „Votum der Forstlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen […]“ vom 5. Januar 1971, S. 6, 8.

969 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 9, „Votum der Forstlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen […]“ vom 5. Januar 1971, S. 9-11.

970 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 9, „Votum der Forstlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen […]“ vom 5. Januar 1971, S. 17.

971 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 9, „Votum der Forstlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen […]“ vom 5. Januar 1971, S. 17 f.

972 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 9, „Votum der Forstlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen […]“ vom 5. Januar 1971, S. 19 f.

Die Forstliche Fakultät, heißt es zusammenfassend, wolle geschlossen bleiben und ihren Wissenschaftsbetrieb selbst bestimmen. Dies hindere den Gartenbau und die Landwirtschaft nicht, miteinander zu fusionieren.[973]

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur „Neuordnung von Forschung und Ausbildung im Bereich der Agrarwissenschaften“ waren unverbindlich. Ein erstes Teilgutachten des sogenannten Sachverständigenausschusses hatte empfohlen, die Forstliche und die Landwirtschaftliche Fakultät, jeweils Universität Göttingen, sowie die Fakultät für Gartenbau und Landeskultur der TU Hannover in Göttingen zusammenzulegen. Auf dieser Grundlage empfahl der Sachverständigenausschuss die Schaffung einer Fakultät für Landbauwissenschaften der Universität Göttingen. Doch offenbar stand die Aufhebung der genannten Fakultäten überhaupt zur Disposition.[974] Der Niedersächsische Kultusminister forderte daraufhin die Forstliche Fakultät zu einer Stellungnahme auf. Bei dem vorliegenden Votum handelt es sich um die erbetene Stellungnahme in einer vorläufigen Fassung. Denn sie sollte Grundlage sein für eine Diskussion über den berührten Fragenkomplex innerhalb der Universität Göttingen.[975]

Vor diesem Hintergrund ist darauf hinzuweisen, dass die Mündener Forstwissenschaft seit Jahren einen ‚Kampf an mehreren Fronten‘ zu führen hatte. Es drohte nicht nur der Verlust der Selbstständigkeit, vielmehr befand sich die Forstwirtschaft selbst in einer schweren wirtschaftlichen Krise. Hierdurch waren auch Forschung und Lehre, nicht nur in Münden, gefährdet.

Folglich lehnte die Fakultät einen „verwaltungsmäßig-organisatorische[n]“ Verbund von Forstwissenschaft und Agrarwissenschaft ab.[976] Überlegungen wie diese mussten die Freude über das hundertjährige Bestehen der Mündener Fakultät und die Vorfreude auf den Umzug erheblich trüben. Sollte der ersehnte Wechsel nach Göttingen mit dem Verlust der Eigenständigkeit erkauft worden sein? Hier darf allerdings der Hinweis nicht fehlen, dass das oben skizzierte Votum im Fakultätsrat lediglich von drei Vierteln der Mitglieder beschlossen worden ist.[977] Dies deutet darauf hin, dass es innerhalb der Fakultät zu Auseinandersetzungen über den ‚richtigen‘ Weg in die Zukunft gekommen sein muss.[978]

Bekanntlich sind die fraglichen Empfehlungen des Wissenschaftsrates im Kern nicht umgesetzt worden. Vorgänge dieser Art führten jedoch zu Unsicherheit und wirkten sich auf den Fakultätsbetrieb nachteilig aus – auch deshalb, weil Kräfte gebunden, Energien verbraucht und perspektivisches Denken erschwert wurden. Solches galt allerdings für alle betroffenen Fakultäten.

Die oben skizzierten Vorgänge haben demnach die Mündener Fakultät jahrelang in Atem gehalten. Ähnlich weitreichende und tiefgehende Projekte, die mit dem Bestand auch das Selbstverständnis der Fakultät und ihrer Institute unmittelbar berührten, hat es in dieser Intensität und Dauer vor- und nachher nicht gegeben. Dies rechtfertigt es, die Entwicklungen und Positionen noch etwas genauer anzuschauen.

In einem Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Sachverständigenausschusses zur Neuordnung der Niedersächsischen Fakultäten für Landbauwissenschaften in Göttingen, Prof. Dr. Henckel, und dem Sprecher der Fachschaft Forstwirtschaft, Wujciak, in Göttingen am 1. Dezember 1970 gab Henckel zu bedenken, dass die Forstliche Fakultät im politischen Raum eine weit größere Aktivität entwickeln müsse, wenn erreicht werden solle, dass der Umweltschutz auch von der Öffentlichkeit als Zukunftsaufgabe der Forstwissenschaft angesehen werde. Rainer Wujciak hatte in dem Gespräch die Meinung vertreten, dass Forstleute dazu prädestiniert seien, Verantwortung im Umweltschutz zu übernehmen (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 3, „Vermerk zum Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Sachverständigenausschusses zur Neuordnung der Niedersächsischen Fakultäten für Landbauwissenschaften in Göttingen, Herrn Prof. Dr. Henckel und dem Fachschaftssprecher der Fachschaft Forstwirtschaft Herrn Wujciak, Göttingen am 1.12.1970“).

973 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 9, „Votum der Forstlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen […]“ vom 5. Januar 1971, S. 21.

974 Votum (1971, S. 22).

975 Votum (1971, S. 24).

976 Votum (1971, S. 5 f.).
Bei den Erläuterungen zu den einzelnen Fächern in den Fachbereichen „Forstbiologie und Waldbau“ sowie „Waldbewirtschaftung und Landespflege“ fällt auf, dass jeweils an eine (enge) Abstimmung mit den korrespondierenden Fächern gedacht war, gegebenenfalls auch mit solchen außerhalb der Fakultät (Votum, 1971, S. 8 ff.).

977 Votum (1971, S. 24).

978 Vgl. UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 8, Häberle im Auftrag des forstlichen Dekans am 10. November 1971 an den Niedersächsischen Kultusminister von Oertzen.

Ausgangspunkt waren, wie oben erwähnt, die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung der Agrarwissenschaften bzw. seines Sachverständigenausschusses[979], die Fakultäten für Forstwirtschaft und Landwirtschaft in Göttingen sowie für Gartenbau und Landeskultur der TU Hannover zusammenzuschließen. Aufgrund der Empfehlungen des Wissenschaftsrates hatte der Niedersächsische Kultusminister am 19. August 1968 verfügt, dass die fraglichen Fakultäten in Beratungen über eine Konzentration eintreten. Eine Hochschulpolitische Kommission zur Reform der Universität Göttingen hatte ihrerseits am 14. Oktober 1969 Vorschläge unterbreitet, die auf den eingangs genannten Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom Juli 1969 basierte. Sie sahen vor, im Rahmen einer neuen Fachbereichsgliederung Lehrstühle und Institute der Landwirtschaftlichen und der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen zusammenzulegen.[980]

Hierzu nahm die Forstliche Fakultät im November 1969 vorläufig Stellung und wusste den Forstlichen Fakultätentag hinter sich. Für die Forstwissenschaft sei das allen ihren Fächern gemeinsame Forschungsobjekt [– der Wald –] das entscheidende Kriterium. Ein Auseinanderreißen der auf gemeinsame Arbeit angewiesenen Forschungseinrichtungen könne daher die Effizienz der forstwissenschaftlichen Forschung und Lehre nicht steigern. Die Fakultät kritisiert, dass sie weder von der Hochschulpolitischen Kommission noch vom Wissenschaftsrat beteiligt worden sei. Die empfohlene Fachbereichsgliederung werde daher abgelehnt. Einwände dieser Art scheinen von Seiten der Fakultät erstmals bereits am 12. Dezember 1968 gegenüber dem Wissenschaftsrat erhoben worden zu sein.[981]

Traditionen und Weltanschauung

Der Phytomediziner Walter Heinrich Fuchs merkte dazu an, dass das „auf expansive Weiterentwicklung ausgerichtet[e] Programm" der Forstfakultät „erheblich in Traditionen und Weltanschauung verankert" sei. Im Unterschied zu der von der Forstlichen Fakultät favorisierten Objektbezogenheit verfolge der Wissenschaftsrat das Ziel, zunächst die Disziplinen auszubauen, um auf dieser Grundlage die Zusammenarbeit am Objekt zu suchen.[982] Die Forstfakultät erscheint hier insgesamt als ein den Reformprozess störender Problemfaktor. Fuchs vermutete, dass die von den Forstwirten betonte besondere Affinität zur den naturwissenschaftlichen und nicht etwa zu den landwirtschaftlichen Fächern psychologische Gründe habe.

Forstliche Fakultät vor dem Aus?

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung der Agrarwissenschaften wurden unter dem Vorsitz des damaligen Präsidenten der DFG, des Forstwissenschaftlers Professor Dr. Julius Speer, im Landwirtschaftsausschuss des Wissenschaftsrates erarbeitet. In einem Vortragstext des Niedersächsischen Kultusministers [?] vom 8. Januar [1970?] heißt es weiter, dass im Besonderen der Umzug der Forstlichen Fakultät von Hann. Münden nach Göttingen Veranlassung sein müsse, „die Stellung und die Wirkungsmöglichkeiten der Landbauwissenschaften an unseren niedersächsischen Hochschulen erneut zu überdenken". Und er hielt es für erforderlich zu prüfen, „ob mit der Verlegung ein Zusammenschluß der beiden Fakultäten [Landwirtschaft und Forstwirtschaft] einhergehen sollte".[983] Damit drohte unvermittelt der ersehnte Umzug

979 Der Sachverständigenausschuss für Fragen der Neuordnung im Bereich der Landbauwissenschaften wurde Ende 1969 vom Niedersächsischen Kultusminister eingesetzt (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 3, [Schreiben vom 20. Februar 1970]).

980 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 2, Die Forstliche Fakultät im November 1969 mit einer vorläufigen Stellungnahme zu den am 14. Oktober 1969 vorgelegten Empfehlungen der Hochschulpolitischen Kommission zur Reform der Universität Göttingen.

981 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 2, Die Forstliche Fakultät im November 1969 mit einer vorläufigen Stellungnahme zu den am 14. Oktober 1969 vorgelegten Empfehlungen der Hochschulpolitischen Kommission zur Reform der Universität Göttingen.

982 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 2, Vermutlich Prof. Dr. Dr. h.c. W. H. Fuchs in einem an Henckel [?] gerichteten Vermerk über eine Besprechung vom 22. Oktober 1969 [?]. Der Göttinger Jurist Prof. Dr. Wolfram Henckel war von Minister Langeheine gebeten worden, den Vorsitz in dem zu gründenden Sachverständigenausschuss zu übernehmen (a.a.O., Der Niedersächsische Kultusminister Langeheine am 13. November 1969 an Henckel in Göttingen).

983 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 2, [Der Niedersächsische Kultusminister?] am 8. Januar [1970?] [Vortragstext], Hannover.
Seit Dezember 1969 gab es bei der Forstlichen Fakultät eine Kommission zur Neustrukturierung der Fakultät (a.a.O., Dekan Stern am 18. Dezember 1969 an den Vorsitzenden des Wissenschaftsrates, Prof. Dr. Reimar Lüst, Köln).



Abb. 107: Hundertjahrfeier der Forstlichen Fakultät in Münden 1968. Dekan Dietrich Mülder (1906-2000, rechts) und akademische Würdenträger (Quelle: PrSlg Christiane Kollmeyer).

mit den erhofften neuen Möglichkeiten das Ende der Forstlichen Fakultät einzuläuten.

Team von Spezialisten

Dekan Stern machte gegenüber Henckel deutlich, dass es die Forstliche Fakultät als notwendig ansehe, das „Team von Spezialisten", welches die Probleme der Forstwirtschaft zu lösen habe, zusammenzuhalten.[984] Laut Stern liefen die Empfehlungen des Wissenschaftsrates nicht zuletzt darauf hinaus, die Landwirtschaftliche Fakultät in Göttingen zu retten. Es solle bereits um 1950 Bestrebungen gegeben haben, die Forstliche Fakultät in den Akademiestatus zurückzuversetzen, um zugleich die Landwirtschaftliche Abteilung zur Fakultät zu erheben. Die Mehrzahl der Mitglieder der Forstlichen Fakultät befürchte, dass aufgrund der Vorschläge der Beratenden Kommission die Forstliche Fakultät zerstört werden könnte.[985]

Zu dem Zeitpunkt, als der Ausschuss für Haushalt und Finanzen [des Niedersächsischen Landtags] am 18. Februar 1970 in Hannover tagte, waren lediglich 88 Studierende an der Forstfakultät eingeschrieben. Diese im Vergleich niedrige Zahl schwächte die Position der Fakultät in den Verhandlungen. Etliche neu ausgebrachte Stellen sollten mit einem Sperrvermerk versehen werden.[986] Dazu teilte Henckel dem Kultus-

984 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 2, Dekan Stern am 20. Januar 1970 an Henckel.
Der Ton zwischen Henckel und Stern ist gereizt, aber höflich.

985 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 3, Der Mündener Prodekan Stern am 28. April 1970 an Henckel.

986 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 3, „Niederschrift über die 126. Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen [des Niedersächsischen Landtags] am 18. Februar 1970" in Hannover. In der

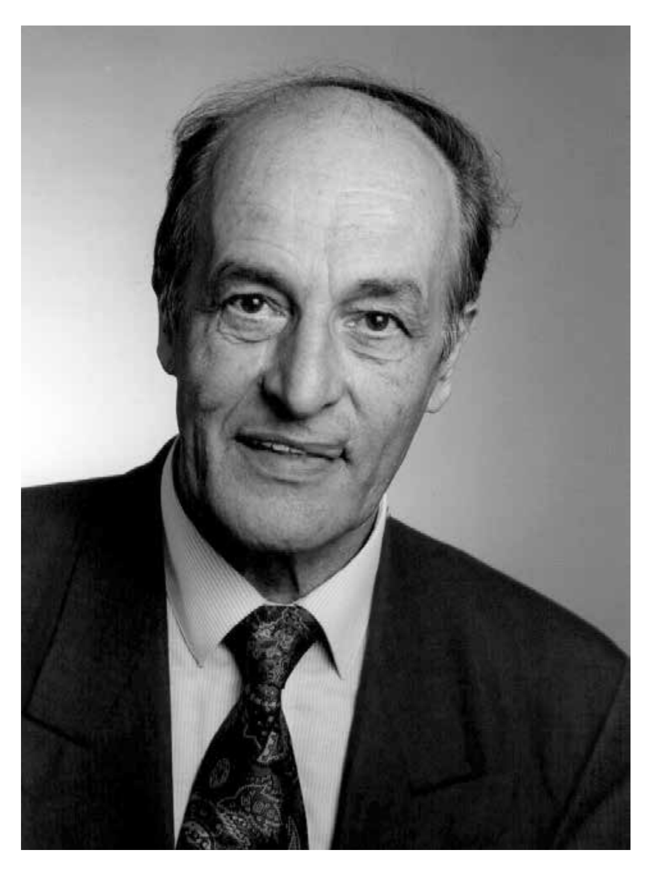


Abb. 108: Wolfram Henckel (Quelle: Göttinger Rechtswissenschaftliche Gesellschaft e. V. 1973-2005; URL https://doi.org/10.17875/gup2005-111 [S. V]).

minister im Mai 1970 mit, dass der Sperrvermerk für Personalstellen der Forstlichen Fakultät im Haushaltsplan 1970 dort für große Irritation gesorgt habe. Es sei der Eindruck entstanden, als solle die Fakultät bei der vom Wissenschaftsrat empfohlenen Zusammenführung von Agrar- und Forstwissenschaft in Göttingen von vornherein benachteiligt werden. Henckel bat den Minister, eine Rücknahme der Stellensperrung zu erwirken.[987]

Am 25. Februar 1970 schaltete sich auch der Mündener Forstpolitiker Karl Hasel mit einem Schreiben an das Institut für Agrarökonomie der Universität Göttingen in die laufenden Beratungen ein. Der mit Maschine geschriebene Brief ist fünfeinhalb Seiten lang. Hasel argumentiert engagiert, selbstbewusst. Er spart nicht mit heftiger Kritik an einer Eingliederung der von ihm vertretenen Fachgebiete in einen Fachbereich Agrarökonomie. Die Einheit der Forstwissenschaft, so Hasel, zerschlagen zu wollen, beruhe auf einem völligen Missverstehen ihres Wesens und ihrer Aufgaben.[988]

Auch hier fällt übrigens auf, dass Hasel einmal mehr den Naturschutz, soweit dieser auf den Eigenwert der Natur abhebt, nicht zu den Aufgabengebieten seines Institutes zählt, obgleich dieses den Naturschutz in seiner Bezeichnung führt.[989]

Im März desselben Jahres machte Hasel in einem Schreiben an Henckel seinem Ärger abermals Luft. Hasel spricht von einem Disput und von Verbitterung. Der Ton ist rau. Er beklagt, dass er und der Kollege Mülder in einer für sie entscheidenden Frage vom Sachverständigenausschuss nicht gehört worden seien.[990]

Henckel befangen?

Und er scheut sich auch nicht, Kritik daran zu üben, dass Henckel den Vorsitz des Ausschusses überhaupt übernommen habe. Als Mitglied des Wissenschaftsrates habe er, Henckel, dessen Empfehlungen für eine Neuordnung doch zugestimmt oder sei ihnen zumindest verpflichtet. Wie solle da erwartet werden können, dass er sich als Ausschussvorsitzender gegen diese Empfehlungen stelle.[991]

In formaler Hinsicht erwies sich die Besetzung des Ausschuss-Vorsitzes mit einem Mitglied des Wissenschaftsrates als Fehler. Hasels Vorwurf der Befangenheit Henckels war nicht unbegründet. Henckel selbst wiederum musste daraufhin davon ausgehen,

fraglichen Sitzung sprach Ministerialdirigent Schneider aus dem Kultusministerium davon, dass sich die Forschung, welche bei der Forstlichen Fakultät etwa 80 % ausmache, nicht nur auf die wirtschaftliche, sondern auch auf die soziale Bedeutung des Waldes beziehe.

987 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 3, Prof. Wolfram Henckel am 11. Mai 1970 an den Niedersächsischen Kultusminister.

988 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 7, Hasel am 25. Februar 1970 an das Institut für Agrarökonomie der Universität Göttingen.

989 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 7, Hasel am 25. Februar 1970 an das Institut für Agrarökonomie der Universität Göttingen.

990 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 7, Hasel am 13. März 1970 an Henckel.

991 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 7, Hasel am 13. März 1970 an Henckel.

dass die Forstfakultät tatsächlich Vorbehalte gegen ihn hegte. Henckel sprach von Undank, von unbegründeten Anfeindungen und Verdächtigungen und vermutete, dass die Forstliche Fakultät ihm misstraute.[992]

Am Beispiel eines ausführlichen, von Siegfried Häberle an Henckel unterm 6. Mai 1970 gerichteten Schriftsatzes ließe sich zeigen, wie der Reformprozess dazu führte, dass sich, nicht nur in der Forstlichen Fakultät, die Vertreter der einzelnen Fächer um eine aktuelle Positionsbestimmung bemühten.[993] Sie waren zugleich gezwungen, Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln. Hierzu gehörte es auch, die Mitglieder des Sachverständigenausschusses über die einzelnen Fächer detailliert aufzuklären, weil die Vorstellungen ihrer Mitglieder von den Inhalten und Besonderheiten sich häufig als unvollständig oder falsch erwiesen. Ähnliches wird auch auf den Wissenschaftsrat zugetroffen haben. An sich hätte eine solche Sondierung und Auskunftserteilung vor Beginn der Beratungen stehen müssen. Jetzt kosteten sie viel Zeit und verursachten ärgerliche Missverständnisse.

Die Forstwissenschaftler waren durchaus bemüht, Möglichkeiten eines Zusammengehens mit dem Gartenbau und der Landwirtschaft auszuloten und Vorschläge zu erarbeiten. Dabei wurde neben der Holzproduktionsfunktion des Waldes auch dessen Bedeutung für das Klima, den Wasserhaushalt, die Landschaftsgestaltung und die Gesundheit des Menschen besonders hervorgehoben. Wenn die Forstforscher die ökologische Ausrichtung ihrer Fächer betonten und das Waldökosystem als das allen gemeinsame Erkenntnisobjekt definierten, dann konnte auch Außenstehenden einleuchten, dass die Teilgebiete der Forstwissenschaften miteinander in enger Beziehung standen und entsprechend zu erforschen waren.

Was übrigens die Teilnahme von Assistenten und Studenten an den Sitzungen des Ausschusses betraf, wurde die Meinung vertreten, dass eine Beteiligung die Entscheidungsbildung im Ausschuss transparent mache. Hierdurch könnten unnötige Unruhen unter Studenten der betroffenen Fakultäten vermieden werden. Gegen eine Beteiligung wurde neben anderem vorgebracht, dass Studierende nicht über den erforderlichen Sachverstand verfügten und den Prozess verzögern könnten. Die Entscheidung stehe dem Kultusminister zu.[994] Der Senat der Universität Göttingen unterstützte wenig später in einem Schreiben an den Niedersächsischen Kultusminister den Wunsch des forstlichen Dekans, zu den Beratungen des Sachverständigenausschusses studentische Vertreter hinzuzuziehen. Der Ausschuss selbst hielt dies für nicht angängig.[995] Die Forderung der Fachschaften der Göttinger Fakultäten für Landwirtschaft, Forstwirtschaft sowie der Fakultät für Gartenbau in Hannover, an den Beratungen der Kommission über die Neuordnung der Agrarwissenschaften vollberechtigt beteiligt zu werden, wurde dann vom Niedersächsischen Kultusministerium im Grundsatz zurückgewiesen.[996] An der Sitzung des Sachverständigenausschusses vom 15. Juni 1970 nahmen dann gleichwohl studentische Vertreter der Gartenbaufakultät in Hannover sowie der Forstlichen Fakultät als Gäste teil. Der Forststudent Stratmann äußerte die Befürchtung, dass durch eine Neuordnung die Forstwirtschaft ihre Identität verlieren würde und das Forststudium unattraktiver werden könnte, während die Studentenvertreter der Gartenbaufakultät mit Vorteilen für ihr Studium rechneten.[997]

Sachverständigenausschuss ohne Sachverstand?

Mit Schreiben vom 26. Juni 1970 wandten sich die Mündener Professoren Horst Bartels und Walter Eschrich an den Vorsitzenden des Sachverständigenausschusses, Prof. Henckel. An dem Entwurf eines Teilgutachtens zur Neuordnung der niedersächsischen

992 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 7, Henckel am 5. März 1970 an Hasel.

993 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 7, Häberle am 6. Mai 1970 an Henckel.

994 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 2, Sachverständigenausschuss zur Neuordnung der Niedersächsischen Fakultäten für Landbauwissenschaften; Protokoll vom 2. Februar 1970 über die 3. Sitzung vom 26. Januar 1970.

995 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 2, Der Göttinger Rektor am 4. Februar 1970 an den Niedersächsischen Kultusminister.

996 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 3, Der Niedersächsische Kultusminister am 23. April 1970 an Werner Schönrock, Göttingen (vgl. ferner Werner Schönrock am 25. Februar 1970 an den Ministerialdirigenten Schneider im Niedersächsischen Kultusministerium).

997 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 8, Sachverständigenausschuss zur Neuordnung der Niedersächsischen Fakultäten für Landbauwissenschaften; Protokoll vom 19. Juni 1970 über die Sitzung vom 15. Juni 1970.

Landbauwissenschaften wird bemängelt, dass, wie es heißt, die naturwissenschaftliche Grundlagenforschung (Forstbotanik, Forstzoologie, Forstgenetik) nicht angemessen berücksichtigt worden sei. Bartels und Eschrich werfen dem Ausschuss Unwissenheit vor. „Wenn das, was in diesem Entwurf über Forstbotanik geschrieben steht, ernst gemeint ist, so muß dem Sachverständigenausschuß der hierzu nötige Sachverstand in Abrede gestellt werden." Es sei absurd zu glauben, die Forstbotanik befasse sich mit Verfahren zur Optimierung der forstlichen Produktion. Dahinter stehe offensichtlich der Plan, die Forstbotanik abzubauen.[998]

Noch wenige Tage zuvor hatte sich die Fakultät gegen die Vorgehensweise der Kommission verwahrt und damit gedroht, ihren Vertreter bei der Kommission zurückzuziehen. Sie pochte insbesondere darauf, dass die forstbiologischen Fächer nicht aus dem Zusammenhang gerissen würden, sondern einen Forschungsverbund bilden. Dasselbe wurde für die Forstpolitik und Forstökonomie gefordert.[999] Auch in diesem Zusammenhang nutzte Dekan Häberle die Gelegenheit, den Vorsitzenden der Beratenden Kommission des Niedersächsischen Kultusministers Henckel wissen zu lassen, dass „der gesellschaftliche Auftrag der Forstwissenschaft heute und künftig nicht nur in der Forschung und Ausbildung für die nachhaltige Rohholzerzeugung liegen kann, sondern zwingend eine nicht minder intensive wissenschaftliche Beschäftigung mit den Wohlfahrts- und Sozialfunktionen des Waldes verlangt".[1000]

Zuvor war es in einer Sitzung des Sachverständigenausschusses zu einem Eklat gekommen. Ein Brief, den Mülder an den forstlichen Dekan gerichtet hatte, wurde von Stern verlesen und dort als unsachlich bezeichnet. „Die Mitglieder des Sachverständigenausschusses verwahrten sich gegen den Angriff hinsichtlich des Zustandekommens der Empfehlungen und gegen den in dem Brief ausgesprochenen Vorwurf von Macht und Bedrohung, der von diesem Sachverständigenausschuss ausgehe" etc. Auf der Sitzung äußerte vermutlich Stern die Befürchtung, dass die forstlichen Fächer umfunktioniert und ausgetrocknet werden könnten.[1001]

In den Sitzungen des Sachverständigenausschusses wurde demnach sehr eingehend über Gegenstand und Zuschnitt der einzelnen Fächer, auch der forstlichen, gesprochen. Forstprofessoren waren aufgefordert, über die von ihnen vertretenen Fächer zu informieren – gegebenenfalls auch in der Form umfassender, programmatischer Memoranden – und sich der Diskussion über deren Stellung und Zuordnung zu verwandten, jedoch nichtforstlichen Fachgebieten zu stellen. Die Forstwissenschaftler wiesen immer wieder auf den engen inneren Zusammenhang der forstlichen Fächer hin, welcher nicht aufgegeben werden dürfe.

Das Teilgutachten, von dem oben die Rede war, wurde vom Niedersächsischen Kultusminister am 20. Juli 1970 veröffentlicht. Forstlicherseits gehörten dem Ausschuss die Professoren Lamprecht, Röhrig und Stern an. Laut Anlage zu dem Teilgutachten war die Errichtung einer „Fakultät für Forst-, Gartenbau- und Landwirtschaftswissenschaften" vorgesehen, die neun Fachbereiche umfasste:[1002]

- Bodenkunde
- Pflanzenernährung
- Pflanzenbau
- Waldbau
- Pflanzenzüchtung
- Phytomedizin
- Tierproduktion

998 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 3, Die Professoren Horst Bartels und Walter Eschrich am 26. Juni 1970 an den Vorsitzenden des Sachverständigenausschusses, Prof. Henckel.
Hier ist von Interesse, dass der Göttinger Neubau der Forstlichen Fakultät inzwischen als viel zu groß beurteilt wurde. Der Niedersächsische Kultusminister entschied daraufhin, dass außer der Forstlichen Fakultät noch weitere Einrichtungen in den Gebäuden untergebracht werden müssten − erneut eine Hiobsbotschaft für die Forstliche Fakultät (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 3, Dekan Häberle am 26. Juni 1970 an den Fakultätsrat).

999 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 3, Dekan Häberle am 17. Juni 1970 an Prof. Henckel.

1000 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 3, Dekan Häberle am 6. Juli 1970 an Prof. Henckel.

1001 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 8, Sachverständigenausschuss zur Neuordnung der Niedersächsischen Fakultäten für Landbauwissenschaften; Protokoll vom 21. Mai 1970 über die Sitzung vom 15. Mai 1970.

1002 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 5, „Teilgutachten des Sachverständigenausschusses zur Neuordnung der Niedersächsischen Fakultäten für Landbauwissenschaften vom 20.7.1970", veröffentlicht vom Niedersächsischen Kultusminister.

- Arbeitswissenschaft und Technik
- Ökonomie

Die Zusammenlegung von Fakultäten bzw. Instituten zu Fachbereichen sollte demnach auch dazu dienen, die Effizienz der Mittelverwendung zu erhöhen. Der Wissenschaftsrat habe, wie Henckel dem Niedersächsischen Kultusminister schrieb, mit seinen Empfehlungen überdies die Effektivität der Forschung steigern wollen. Deshalb sollten mit der Konzentration der Forschungseinrichtungen auch die Studiengänge neugeordnet werden. Notwendig sei eine Erweiterung der Forschungskapazitäten. Es ging auch darum, die neu zu schaffende Fakultät als Forschungseinrichtung international konkurrenzfähig zu machen. Dem Ausbau von Forschungsstätten stand jedoch die Schließung anderer gegenüber. In ihrem Votum vom 5. Januar 1971, so Henckel, mache die Forstliche Fakultät deutlich, dass sie im Wesentlichen „eine Beibehaltung der bisherigen Forstlichen Fakultät als selbständige Einrichtung" anstrebe.[1003]

Darüber hinaus verfolgten die Empfehlungen des Wissenschaftsrates das Ziel, einer methodischen Isolierung in den Fächern entgegenzuwirken.[1004] Kooperation und Spezialisierung erscheinen als Ziele der anzustrebenden, neuen Fachbereichsgliederung. Sogenannte Ein-Mann-Institute wurden gelegentlich als im Vergleich zu Großinstituten leistungsschwach bezeichnet. Es hieß auch, dass angesichts des sich stark erweiternden Wissens ein Fachgebiet nicht mehr nur von einem Forscher vertreten werden könne. Die Fächer drängten nach weiterer Spezialisierung. Der Mündener Bodenkundler Bernhard Ulrich lehnte die vom Sachverständigenausschuss vorgesehene Aufteilung seines Instituts auf zwei unterschiedliche Fachbereiche ab, weil sie die Zerschlagung eines nur als Einheit funktionsfähigen Teams bedeuten würde.[1005] Am 14. April 1970 hatte die Forstliche Fakultät vorgeschlagen, Fachbereiche für Waldbiologie und Waldbau zu schaffen.[1006]

Reformprozess in der Sackgasse

Im Juli 1970 schien die Situation völlig verfahren gewesen zu sein. Der Ton zwischen den Beteiligten wurde schärfer, besonders Häberle befleißigte sich einer bissigen Ausdrucksweise. Am 8. Juli 1970 teilte er Henckel mit, dass die Fakultät ihren Vertreter im Ausschuss, Klaus Stern, zurückziehe, weil die Vorschläge der Forstlichen Fakultät ein weiteres Mal ignoriert worden seien. Auch die forstliche Assistentenschaft zog ihren Vertreter in der Sachverständigenkommission zurück.[1007] Zugleich unterstützte die Fakultät in einem Brief an Landwirtschaftsminister Klaus-Peter Bruns die Errichtung einer eng an sie angebundenen forstlichen Fachhochschule in Göttingen. Dekan Häberle wies noch besonders darauf hin, dass der bevorstehende Umzug der Fakultät von Münden nach Göttingen hierfür ungewöhnlich günstige Bedingungen biete. Minister Bruns sah dies in seiner Antwort an Häberle genauso.[1008]

Im Gegensatz zur Forstlichen Fakultät waren die Landwirtschaftliche Fakultät sowie die Fakultät für Gartenbau und Landeskultur der TU Hannover mit der Zusammenfassung zu einer gemeinsamen Fakultät im Wesentlichen einverstanden. Dann hieß es, in das Gesamthochschulkonzept auch die Agraringenieurschulen in Osnabrück und Witzenhausen einbeziehen zu wollen.[1009] Doch die Forstfakultät beharrte auf ihrem Standpunkt, keine Zwangsgemeinschaft mit der Landwirtschaft und dem Gartenbau einzugehen. Alle betroffenen Einrichtungen wurden von der geplanten Umstrukturierung in starker Weise verunsichert.

Nachdem dann am 22. Juli 1970 im Göttinger Tageblatt ein Artikel unter dem Titel „Mündener Fakultät gegen Göttinger Eingliederungspläne" erschienen war, äußerte sich der Prodekan der Landwirtschaftlichen Fakultät, Sigmund Rehm, gegenüber Häberle sehr verärgert. Er warf den Förstern vor, falsch und

1003 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 9, Henckel am 16. Juni 1971 an den Niedersächsischen Kultusminister.

1004 Vgl. UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 6 [passim].

1005 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 7, Ulrich im Juli 1970 an Henckel.

1006 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 8, [Schreiben vom 23. April 1970].

1007 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 3, Dekan Häberle am 8. Juli 1970 an den Vorsitzenden der Beratenden Kommission des Niedersächsischen Kultusministers; a.a.O., [Schreiben vom 10. Juli 1970].

1008 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 3, Dekan Häberle am 8. Juli 1970 an Landwirtschaftsminister Klaus-Peter Bruns; a.a.O., Landwirtschaftsminister Bruns am 11. August 1970 an Dekan Häberle in Münden.

1009 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 4, Das Niedersächsische Kultusministerium am 8. Juli 1971 an Prof. Henckel in Göttingen.



Abb. 109: Siegfried Häberle (1929-2018) (Quelle: Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen; Repro Wolfgang Tambour).

missverständlich berichtet zu haben. Es könne keine Rede davon sein, dass im Falle eines Zusammengehens [von Teilen der Gartenbau-Fakultät in Hannover,] der Landwirtschaftlichen und der Forstlichen Fakultät jene die Forstwirte beherrschen wollten.[1010]

In einem Schreiben, das Landwirtschaftsminister Bruns am 18. Januar 1971 an Ministerialdirigent Schneider im Kultusministerium richtete, werden die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung der Agrarwissenschaften begrüßt. Bruns hielt es jedoch für dringend geboten, dass Naturschutz und Landschaftspflege in Göttingen stärker als vorgesehen in Forschung und Lehre zur Geltung kommen.[1011] Der DFG-Präsident Speer machte keinen Hehl daraus, dass er im Unterschied zu den Kollegen aus Hann. Münden durchaus Chancen sah, von den vorgeschlagenen Maßnahmen zu profitieren.[1012]

Wie die Stellungnahme der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen vom 8. Februar 1971 zu dem Teilgutachten zeigt, stießen die Vorschläge des Wissenschaftsrates bzw. des Ausschusses auch bei anderen Fakultäten bzw. Instituten der Universitäten in Göttingen und Hannover auf Vorbehalte und teils energische Ablehnung.[1013]

Ende eines steinigen Weges

Überraschenderweise ging dann im Januar 1972 die Kommission zur Erarbeitung eines Niedersächsischen Hochschulgesamtplans davon aus, dass an den drei von der Neuordnung betroffenen Fakultäten und ihren Standorten festgehalten werden solle. Henckel war deshalb der Ansicht, dass „für eine weitere Arbeit des Sachverständigenausschusses kein Raum“ mehr bleibe. Seine Grundkonzeption, so Henckel weiter, habe keine Billigung gefunden. Am 4. März 1972 richtete der Sachverständigenausschuss deshalb an den Kultusminister die Bitte, den Ausschuss aufzulösen. Der Minister war der Ansicht, dass auch die Landesregierung seinerzeit nicht bereit war, die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung der Landbauwissenschaften in Niedersachsen umzusetzen.[1014]

1010 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 3, Der Prodekan der Landwirtschaftlichen Fakultät in Göttingen, Sigmund Rehm, am 23. Juli 1970 an Dekan Häberle.

1011 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 9, Landwirtschaftsminister Bruns am 18. Januar 1971 an Ministerialdirigent Schneider im Kultusministerium.
So verwundert es auch nicht, dass auf der Agenda einer fakultätsöffentlichen Diskussion am 7. Juli 1971 mit Minister Bruns neben Aufgaben und Strukturnotwendigkeiten forstlicher Forschung, Formen der Kooperation und Ausbildungsfragen auch „Landespflege und Umweltschutz“ angeführt sind (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 47, „Programm zum Besuch von Herrn Landwirtschaftsminister Bruns am 7. Juli 1971 bei der Forstlichen Fakultät“ vom 29. Juni 1971).

1012 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 10, Julius Speer, Präsident der DFG, am 26. Februar 1971 an Henckel.

1013 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 9, „Stellungnahme der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen […]“ vom 8. Februar 1971.

1014 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 8, Henckel am 4. März 1972 an den Niedersächsischen Kultusminister Peter von Oertzen.

Die oben erwähnte Planungskommission nahm an, dass eine Auflösung oder Zusammenlegung von Fakultäten vor dem Inkrafttreten eines niedersächsischen Gesamthochschulgesetzes nicht mehr vorgenommen werden könnte. Es kam hinzu, dass die vom Wissenschaftsrat empfohlene Schließung der Landwirtschaftlichen Fakultäten in Berlin, Gießen und Kiel „weitgehend wegfalle". So hatten es in Schleswig-Holstein sowohl das Kultusministerium als auch die Landesregierung abgelehnt, den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu folgen und die Agrarwissenschaftliche Fakultät der Christian-Albrechts-Universität in Kiel zu schließen.[1015] Damit jedoch war eine wichtige Voraussetzung für die Neuordnung überhaupt hinfällig geworden.[1016]

Der Niedersächsische Kultusminister hielt mit Schreiben vom 16. August 1972 an Henckel in Göttingen fest, dass die, wie es heißt, an sich wünschenswerte Konzentration der Landbauwissenschaften in Niedersachsen lediglich wegen der angespannten Finanzlage des Landes nicht habe herbeigeführt werden können.[1017] Gleichwohl war die Angelegenheit auch im Oktober 1972 noch nicht vom Tisch.[1018]

Der Neuordnungsprozess zwang die Forstliche Fakultät dazu, ihre bisherigen Strukturen zu überprüfen. Es war an der Zeit, über Sinn und Zweck ihrer wissenschaftlichen Arbeit nachzudenken. Gelegentlich war von modernen Perspektiven die Rede, welche für die Fächer entwickelt werden müssten. Die Fakultät sah sich genötigt, eigene Vorschläge zur Neuordnung zu machen. Sie verweigerte eine Mitarbeit zunächst nicht. Zugleich mussten die Pläne wie ein Schock wirken, denn sie waren geeignet, die hochgesteckten Hoffnungen der Forstwissenschaftler auf einen Neuanfang in Göttingen zu zerstören. Klaus Stern setzte der Bedrohung durch Zergliederung das „Modell einer modernen Forstlichen Fakultät" entgegen. Eine solche habe aus den Fachbereichen Forstwirtschaft, Holzwirtschaft und Landespflege zu bestehen.[1019] Von einer noch auszuarbeitenden Fakultätssatzung war die Rede und von der Verwirklichung einer Strukturreform, die den Bedürfnissen von Forschung und Lehre in den Forstwissenschaften entspreche.[1020]

Neben inneren Beweggründen waren es seinerzeit vor allem von außen an die Fakultät herangetragene Erfordernisse, durch die sie sich veranlasst oder genötigt sah, Strukturreformen zu diskutieren. Sie konnte und wollte sich dem in einer Zeit, in der auf vielen Gebieten Reformen gefordert wurden und die Universitäten zu Zentren auch des politischen Protestes geworden waren, nicht entziehen. Die Materie jedoch erwies sich als außerordentlich komplex und kompliziert. Es ist zweifelhaft, ob Diskussionen dieser Art bis dahin in solcher Dichte geführt wurden bzw. geführt werden konnten, da doch Veränderungen, wie sie hier geplant waren, noch nicht zur Debatte gestanden hatten. Einige vor allem jüngere Professoren und Mitglieder der Fakultät stellten sich diesen neuen Aufgaben mit Engagement. Andere beobachteten die Entwicklung eher skeptisch und abwartend.

Die Förster wurden in diesem Prozess insgesamt als konservative, anti-moderne Verweigerer wahrgenommen, die sich nicht von ihren Traditionen trennen wollten. Dass sie nicht von Beginn an zu den Beratungen der Hochschulpolitischen Kommission und des Wissenschaftsrates hinzugezogen worden waren, erwies sich jetzt für die Reformer als ein strategischer Fehler, der die Zusammenarbeit von Forstwissenschaftlern mit dem Sachverständigenausschuss sehr erschwerte. Überdies stellte die Übersiedlung nach Göttingen die Fakultät vor bis dahin nicht gekannte Probleme. Sie musste Begehrlichkeiten und Zumutungen abweh-

1015 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 9, Der Dekan der Agrarwissenschaftlichen Fakultät der Universität Kiel am 27. Januar 1971 an den Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen.

1016 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 8, Auszug aus der Niederschrift über die 12. Sitzung der „Planungskommission zur Erarbeitung eines niedersächsischen Hochschulgesamtplans" am 19. Januar 1972; ohne Ort und Datum.

1017 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 3, Der Niedersächsische Kultusminister am 16. August 1972 an Henckel, Göttingen.

1018 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 4, [Schreiben vom 10. Oktober 1972].

1019 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, Klaus Stern am 27. November 1969 an die Mitglieder der Weiteren Fakultät über die „Kommission des Niedersächsischen Kultusministeriums zur Prüfung der Konsequenzen der Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom Juli 1969".

1020 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 92, Protokoll der Sitzung der Kommission vom 4. Dezember 1969.

ren, die es in dieser Form noch nicht gegeben hatte. Die Mündener Forstforscher fürchteten wohl auch, in einem großen, aus mehreren Disziplinen bzw. Fakultäten zusammengesetzten Fachbereich aufgerieben zu werden. Sie wehrten sich gegen die aus ihrer Sicht unsachgemäße Behandlung der forstlichen Fächer durch den Ausschuss. Der in Münden herrschende Korpsgeist jedoch war ausgeprägt. Denn die Fakultät hatte Erfahrung mit Katastrophenszenarien und war es gewohnt, zu kämpfen. Die Förster bildeten, zumindest nach außen, eine geschlossene ‚Front' gegen die drohende Fragmentierung der Forstwissenschaft. Befürchteten sie sogar, dass der Sozialist Peter von Oertzen als Niedersächsischer Kultusminister die geplante Neuordnung zugunsten von gemischten, großen Fachbereichen forcieren würde? So bissen sich, salopp formuliert, die Planungsstrategen an den Förstern die Zähne aus. Eine Schlüsselrolle im Niedersächsischen Kultusministerium schien seinerzeit der Ministerialdirigent Schneider gespielt zu haben.[1021]

Das Aus für die Neuordnung kam gleichwohl überraschend. Nichts deutet bislang darauf hin, dass es alternative Planungen gab. Damit waren mit einem Schlag die jahrelangen Beratungen und Verhandlungen weitgehend wertlos geworden. Die Planungskommission lehnte eine Neuordnung keineswegs grundsätzlich ab, sah jedoch zum damaligen Zeitpunkt die rechtlichen Voraussetzungen als noch nicht gegeben an.

Die Forstliche Fakultät konnte mit dieser Entwicklung hochzufrieden sein. Versagt hatte hier, wie es scheint, die Steuerung des Reformprozesses durch das Niedersächsische Kultusministerium. Doch war damit die Gefahr auch für die Zukunft gebannt? Die oben umrissene Entwicklung macht zudem in überraschender Weise deutlich, wie wenig engagiert und letztlich erfolglos die Studierenden eine Beteiligung an den geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen forderten, die sie doch maßgeblich mit betrafen.

Es gibt bislang keine Hinweise darauf, dass der Vorwurf der Forstlichen Fakultät, der Wissenschaftsrat habe ihr wichtige Informationen vorenthalten, entkräftet worden wäre. Demnach deutet einiges darauf hin, dass sie Anlass hatte, sich benachteiligt zu sehen. Das Positionspapier zu den Aufgaben der Fakultät in Forschung und Lehre vom 5. Januar 1971 hat das Kultusministerium und die Universität Göttingen gezwungen, sich intensiv und über Jahre hinweg mit ihr auseinanderzusetzen.

Die Existenz und Eigenständigkeit der Forstwissenschaft blieben gewahrt. Hatte sie bis dahin in Münden aus Sicht der Göttinger Universität eher ein Schattendasein geführt, so war sie jetzt unversehens ins Rampenlicht der niedersächsischen Wissenschaftspolitik gerückt.

Es bleibt eine offene Frage, ob spezialisierte Forstforscher nicht auch im Verbund mit der Landwirtschaft und dem Gartenbau Hervorragendes hätten leisten können; ferner, ob die organisatorische Einheit tatsächlich Vorteile gegenüber der Integration in eine interdisziplinäre Fakultät mit sich bringt. Richtig ist jedoch, dass Abstimmungsprozesse im kleineren, fachlich geschlossenen Rahmen leichter zu handhaben sind als im großen Verbund.

1021 Der Widerstand der Forstlichen Fakultät gegen eine Zusammenlegung könnte auch darauf zurückzuführen sein, dass jene bislang ausschließlich an isoliertem Ort und als (weitgehend) autonome Einheit organisiert war. Es mochte daher schwerfallen, sich vorzustellen, die hiermit verbundene Selbstständigkeit opfern zu müssen.

9 Rückblick und Schluss



Abb. 110: Das Arbeitszimmer des Direktors im ersten Stock der Forstakademie [?] aus dem Prachtalbum der Mündener Dozenten für den scheidenden Akademiedirektor Wilhelm Weise, 1906 (Quelle: SUBGÖ, Bereichsbibliothek Forstwissenschaften; Repro Christian von Schnehen-Ahrens, 2022).

Der Zeitraum, den es hier zu betrachten gab, bietet im Grundsatz wie kaum ein anderer Gelegenheit, Einflüsse auf Forschung und Wissenschaft zu untersuchen, welche aus den jeweiligen Zeitläuften, Krisen und Kriegen, Depressionen oder Aufbauphasen resultierten. Hier konnte es allerdings konkret nur darum gehen, anhand von Beispielen aus der Entwicklung der 1868 in Münden gegründeten forstakademischen Unterrichts- und Forschungseinrichtung auf bestimmte steuerungswirksame Momente aufmerksam zu machen.

Die Beziehungen zwischen Wald und Gesellschaft haben, allgemein gesprochen, in dieser Phase einen deutlichen Wandel erfahren. Das Holz blieb zwar ein unverzichtbarer Rohstoff für die Volkswirtschaft. Doch wurden zunehmend auch die sogenannten Wohlfahrtswirkungen des Waldes in das Bewusstsein gerückt. Während in Zeiten des Krieges auf die nachhaltige Ertragsfähigkeit der meisten Forsten keine Rücksicht genommen wurde, hatten in Friedenszeiten viele Forstbetriebe mit sinkenden Renditen und Verlusten zu kämpfen. Seit dem 19. Jahrhundert und dann verstärkt im 20. Jahrhundert hat sich in der deutschen Forstwirtschaft der Leitgedanke manifestiert, stabile, risikoarme, nachhaltig leistungsfähige Wälder höchsten Wertertrags zu erziehen.

Die Aufgabe der preußischen Forstakademien in Eberswalde und Hann. Münden bestand vor diesem Hintergrund besonders darin, Forstleute auszubilden, die in der Lage waren, den Rohstoff Holz sicher und nachhaltig zu produzieren und der Gesellschaft in ausreichender Menge und Qualität zur Verfügung zu stellen. Forstleute, Naturwissenschaftler, Mathematiker, Juristen, Ökonomen und andere mehr vermittelten den Forststudenten die forstlichen Anwendungen der von ihnen vertretenen Disziplinen. Die Vertreter der forstlichen Fächer im engeren Sinn gaben das von ihnen als Praktikern gesammelte Fachwissen an die Studenten weiter. Die Lehrer waren zumeist auch wissenschaftlich ausgewiesen, wurden jedoch erst in späterer Zeit auf Vorschlag des Professorenkollegiums berufen. Während bis dahin das aufsichtführende Ministerium, allerdings mit Beteiligung des Akademiedirektors, über die Zusammensetzung und Ausrichtung des Lehrkörpers grundsätzlich autonom entschied, wurden diesbezüglich nach Einführung der Hochschulverfassung an den preußischen höheren Forstlehranstalten 1921/22 dem Kollegium (Senat) weitreichende Möglichkeiten der Mitbestimmung eingeräumt. Auf diesem Weg bestand dann grundsätzlich auch die Gelegenheit, bei den Vorschlägen Kandidaten zu berücksichtigen, die dem Kollegium unter Aspekten der fachlichen Ausrichtung für eine Mitarbeit besonders geeignet erschienen.

Das Akademieprinzip verkörperte eine ständische, autokratische Auffassung von Unterricht und seiner wissenschaftlichen Grundlegung; die Spielräume für eigenständige, selbstbestimmte Forschung waren begrenzt. Der machtvolle Akademiedirektor hatte es in der Hand, auch gegen sein Professorenkollegium Sach- und Personalentscheidungen zu treffen. Die Berufung des jüdischen Mykologen Falck auf den neu zu errichtenden Lehrstuhl für Technische Mykologie scheint allerdings nicht auf Vorbehalte gestoßen zu sein. Dies änderte sich jedoch nach dem Ende des Ersten Weltkriegs.

Die Gründung einer zweiten, neben der in Neustadt-Eberswalde bereits bestehenden höheren Forstlehranstalt in Preußen erschien durch die im Deutschen Krieg 1866 hinzugewonnenen Gebiete gerechtfertigt. Seinerzeit verfügte die Forstkunde in Deutschland bereits über ein ansehnliches Repertoire fundierten Erfahrungswissens. Das Lehrerkollegium setzte sich aus akademisch gebildeten Praktikern und Fachwissenschaftlern für die sogenannten Grund- und Hilfswissenschaften zusammen. Die Forstforscher zeichnete aus, dass sie mit großer Beharrlichkeit, ja Zähigkeit ihre Ressourcen nutzten und verteidigten, auch wenn die Arbeitsbedingungen noch so ungünstig waren. Für die meisten von ihnen stellte der Wechsel zu einer anderen Einrichtung keine Option dar. Beachtlich ist auch das jeweils hochkarätige Bewerberfeld, wenn es um die Neubesetzung von Lehrstühlen ging. Wie turbulent allerdings sich das erste Jahrhundert der Forstwissenschaft am Standort Münden entwickeln würde, hatte niemand voraussehen können.

Entgegen einer an sich naheliegenden Vermutung wurde in Münden von Beginn an neben der Lehre auch Forschung betrieben. Am bekanntesten ist wohl das von dem Chemiker Alexander Mitscherlich bis zur Praxisreife entwickelte Verfahren zur kostengüns-

tigen Gewinnung von Zellulose. Während sich Gustav Heyer besonders intensiv mit Fragen der forstlichen Statik, das heißt der forstlichen Rentabilitätsrechnung befasste, war Bernard Borggreve auf vielen forstlichen Gebieten als Forscher aktiv. Seine rege Publikationstätigkeit und ein streitbares Wesen trugen mit dazu bei, dem forstlichen Wissenschaftsdiskurs bis in die 1890er Jahre hinein neben ärgerlichen und nutzlosen Ausbrüchen auch schöpferische Momente zu verleihen.

Auf zentralen Gebieten der Forstwissenschaft wie dem Waldbau oder der forstlichen Rentabilitätsrechnung war es seinerzeit bereits zur Formierung unterschiedlicher ‚Schulen' gekommen. Je nachdem, welcher Richtung ein Hochschullehrer zuneigte, hatte auch dessen wissenschaftliches Interesse zumeist einen deutlichen Schwerpunkt. Bei der Besetzung vakanter Lehrstühle nahmen die Verantwortlichen in den Ministerien, die Akademiedirektoren und später die Professorenkollegien, Fakultätsräte und Berufungskommissionen durch die zu treffende Auswahl Einfluss auf die künftige Forschungsausrichtung. Es ist jedoch eine offene Frage, ob bei den maßgeblichen Akteuren eine (gemeinsame) Vorstellung davon vorhanden war, welches wissenschaftliche Profil die Mündener Akademie, Hochschule und Fakultät kennzeichnen bzw. entwickeln sollte – einmal abgesehen davon, dass im Unterschied zur ‚Schwester' in Eberswalde die Lehranstalt in Münden ihre Aktivitäten grundsätzlich auf die Laubwaldgebiete und das Bergland der preußischen Monarchie zu konzentrieren hatte.

Am Ende des Ersten Weltkriegs bahnte eine Revolution den Weg in das demokratische Experiment von Weimar. Diese ‚Zumutung' nach einem Krieg, von dem so viele Deutsche glaubten, dass ihnen der Sieg geraubt worden sei, schuf im Nachkriegsdeutschland eine Situation, die hinsichtlich der Unsicherheiten und materiellen Notlagen derjenigen nach dem Zweiten Weltkrieg in manchem ähnlich war.[1022] Im Unterschied hierzu brachen im Staat von Weimar jedoch politische Konflikte offen und teilweise gewalttätig hervor. Für Forschung, Wissenschaft und Lehre indes brachte Weimar eine Wende. In Münden blieb es der Reformpartei im Professorenkollegium vorbehalten, Maßgebliches zur Einführung einer demokratischen Hochschulverfassung beizutragen. Dass dieser Erfolg unter dem Vorbehalt nationalsozialistisch gesinnter Studenten stand, machte die besondere Tragik der Mündener Entwicklung aus.

Bei Einführung der Hochschulverfassung in Münden war das Streben der Forstforscher nach Auffindung oder Herleitung von Gesetzmäßigkeiten und naturwissenschaftlicher Grundlegung des Waldwachstums erkennbar. Das Problem der Forstleute bestand, neben anderen, immer darin, die Vorgaben des Standorts mit dem waldbaulichen Handeln derart in Einklang zu bringen, dass die Waldbau- und Wirtschaftsziele in der Zukunft erreicht werden würden. Erschwerend kam hinzu, dass die Zielerreichung nicht nur durch Unwägbarkeiten und Risiken biotischer und abiotischer Natur gefährdet war, sondern auch etwa die Böden Veränderungen durchliefen, nicht zuletzt als Reaktion auf die Wirtschaftsmaßnahmen selbst. Dem örtlichen Erfahrungswissen wurden naturwissenschaftliche Erklärungen an die Seite gestellt. Dabei konnte der Rückgriff auf die Bestandesgeschichte Fehler vermeiden helfen und Entwicklungen erklären. Auch Möllers Dauerwald suchte eine Antwort auf diese Problemlagen, wobei gesagt werden kann, dass seine Gedanken im Grundsatz nicht neu waren, sie lagen in der Luft. Der Konflikt mit den ‚Ertragstafelförstern' schien vorprogrammiert.

Mit dem „Dritten Reich" war 1945 nicht nur ein politisches System, sondern für viele Deutsche zugleich eine ‚Welt' untergegangen. Jahrelang blieb das Land den Regeln und Kontrollen der Besatzungsmächte unterworfen. Deren Programme zu einer raschen Wiederbelebung der deutschen und der europäischen Wirtschaft halfen mit, die Erinnerung an die verwichene Zeit zurückzudrängen. Die Nachkriegszeit bot auch der Forstwirtschaft und Forstwissenschaft grundsätzlich Chancen eines Neuanfangs oder eines Aufbruchs. Zunächst jedoch mussten vordringliche Tagesfragen gelöst und Knappheiten bewältigt werden.

1022 „Die Hochschule hat seit Jahren unter strengen Sparmassnahmen gelitten. Der Spardruck hat nach dem Kriege dermassen zugenommen, dass es schon in letzter Zeit äusserst schwierig war[,] auch den bescheidensten Anforderungen wissenschaftlicher Forschung und wissenschaftlichen Lehrens nachzukommen", ist dem Protokoll der Mündener Professorenversammlung vom 25. Februar 1924 zu entnehmen (AFFGÖ, Protokolle der Professorenkonferenzen, Sitzung vom 25. Februar 1924).

Hierzu zählte nicht zuletzt der Mangel an Fachkräften auf allen Ebenen der akademischen Verwaltung. Forschungsarbeiten wurden auch dadurch behindert, dass es Schwierigkeiten bereitete, dem Personal in den Instituten Arbeitsplätze zu verschaffen. Im Wintersemester 1948/49 konnte das Lehrangebot in Münden wieder als vollständig bezeichnet werden.[1023]

Das Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft machte Deutschland mit einem Schlag führerlos. Ein Land in Trümmern, ein Volk am Pranger. Was würde die Besatzung bringen? Welche Regierungsform würde es geben? Hatte das Land überhaupt eine Zukunft?

Heinrich Eberts, Professor an der Mündener Forsthochschule und führender Forstfunktionär im Berliner Reichsforstamt, verdankt das Archiv der Universität Göttingen eine zur Geschichte der Forstforschung im „Dritten Reich" wichtige Aktenüberlieferung. Nach Kriegsende hielt sich Eberts zunächst in Hessisch-Lichtenau auf, um dort im Auftrag der amerikanischen Besatzungsmacht Ausarbeitungen über die Neuorganisation des Forstwesens in Deutschland anzufertigen.[1024] Die Abwesenheit der jüngsten Vergangenheit in seinen Texten ist einmal mehr frappierend, wenn auch nicht unerklärlich. Diejenigen Forstleute, die stets behaupteten, sie hätten alles versucht, Schaden vom deutschen Wald abzuwenden, waren jetzt bemüht, ihre vorgebliche Integrität und makellose Gesinnung durch Kooperationsbereitschaft, Expertise und Unauffälligkeit unter Beweis zu stellen. Andere, vor allem Forstamtsleiter, beriefen sich im Zweifel auf den Gehorsam, den sie dem Staat geschuldet hätten. Der verbreitete Einsatz von Zwangsarbeitern vor allem im Holzeinschlag wurde auch später noch ohnehin meist nicht als Unrecht und Verbrechen wahrgenommen. Keineswegs als Täter oder Verantwortliche empfanden sich diese Forstleute, dagegen in nicht seltenen Fällen, wie einschlägige Akten zeigen, als Widerständler oder sogar als Opfer des nationalsozialistischen Regimes.

Der Untersuchungszeitraum lässt sich in sehr überschlägiger, chronologischer Skizzierung durch die folgenden politisch-gesellschaftlichen Merkmale der deutschen Geschichte kennzeichnen:

I. Fortschreitende Industrialisierung und Agrarmodernisierung; Reichsgründung; Sozialgesetzgebung; Imperialismus und Militarismus; Erster Weltkrieg.

II. Sturz der Monarchie; Demokratie; Inflation; zunehmende politische Radikalisierung; Wirtschaftskrisen; NS-Diktatur und -Gewalt; Rassismus; Zweiter Weltkrieg.

III. Untergang des „Dritten Reichs"; Besatzung; Teilung Deutschlands; im Westen: Demokratie; „Wirtschaftswunder"; Reformbewegungen; politische Proteste; Umweltbewusstsein.

Im Rahmen dieser (und anderer) Prozesse und Ereignisse spielte sich die Entwicklung der Mündener Forstlehranstalt und ihrer wissenschaftlichen Aktivitäten ab. Gelegentlich ist in den einschlägigen Texten ausdrücklich davon die Rede, die reine, ungeprüfte Empirie verlassen und an die Stelle des Erfahrungswissens, das weithin ohne Erklärungen auskommt, die wissenschaftliche Analyse setzen zu wollen. Quantitatives Arbeiten forderte sein Recht auch im Waldbau. Die Waldbauer und Ertragskundler, welche sich dieser Forschungsrichtung hingaben, wurden von den ‚Dauerwäldlern' auch als ‚Rechenkünstler' bezeichnet. Die Wissenschaft suchte beständig nach Antworten auf die Bedrohung des Waldes und der Forstwirtschaft durch Schaderreger, Bodenverschlechterung und den Verdrängungswettbewerb auf den Märkten. Durch Intensivierung der Forschung strebten alle Fächer nach einer besseren Vorhersagbarkeit, Steuerung und Kontrolle der forstlichen Produktion. Zunehmend rückten auch die immateriellen Leistungen des Waldes in den Fokus.

Forschung braucht Förderung

Die häufigen Klagen der Lehrstuhlinhaber über zu geringe Forschungsmittel geben zwar gewiss kein realistisches Bild. Doch sofern nicht besondere Umstände die Forschungsförderung begünstigten, waren und blieben die Etats der Institute gering. Falck erhielt für seine Arbeiten über die Anzucht essbarer Pilze während des Ersten Weltkriegs Geld vom Staat. Sei-

1023 Benett, Geschichte (1987, S. 53).

1024 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 38, Ausarbeitungen im Auftrag der amerikanischen Besatzungsmacht über die Neuorganisation des Forstwesens, 1945.

ne Forschungen über den Hausschwamm und dessen Bekämpfung wurden über Jahre hinweg von mehreren Reichsministerien finanziell gefördert. Er schloss mit verschiedenen Firmen aus der Holzschutzbranche Beraterverträge, führte kostenpflichtige Untersuchungen durch und konnte auf diesem Weg Mitarbeiter und den Forschungsbetrieb selbst in gesamtwirtschaftlich schwierigen Zeiten finanzieren.

Drittmittel erhielten auch die übrigen Institute, etwa von der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder aus dem Hannoverschen Klosterfonds. Die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur war, was die Drittmittelfinanzierung von Forschung anging, eine ertragreiche Zeit für die Forstwissenschaft, obgleich ein nicht genau zu beziffernder Projektanteil der Rüstung und Kriegswirtschaft diente. Auch nach dem Krieg blieben die Forstinstitute von Drittmitteln abhängig. Teilweise handelte es sich, wie bei der Untersuchung von Bodenproben für die Standortserkundung verschiedener westdeutscher Landesforstverwaltungen, um Auftragsarbeiten. Eine wichtige Rolle spielten jetzt auch Fördergelder aus dem Niedersächsischen Zahlenlotto. Das Land verteilte auf Antrag und nach positiver Begutachtung Geld, das ihm aus den Einnahmen des Zahlenlottos gesetzlich zustand, unter anderem auch an universitäre Forschungseinrichtungen. Bei der Forschungsförderung durch Lottomittel ist ohne eine genauere Analyse schwer zu sagen, in welchem Umfang sich gesellschaftliche Diskurse in der Projektfinanzierung niederschlugen. Überdies ist davon auszugehen, dass auch die Wissenschaft selbst durch ihre Forschungsfragen und den öffentlichen wissenschaftlichen Diskurs einen Einfluss auf die Fördereinrichtungen und deren Gutachter nahm.[1025] Forstwissenschaftler haben beklagt, dass magere Budgets und die Abhängigkeit von Drittmittelgebern eine selbstbestimmte, nicht selten auf mehrere Jahre auszurichtende, nachhaltige Forschung nicht zuließen.

Entscheidend war und blieb insgesamt die Abhängigkeit der Forscher von den Zuwendungen des Staates. Zu den maßgeblichen Faktoren gehörten: Budgets der Ministerien (neben dem Fachressort konnten weitere Ministerien beteiligt sein), (fachliche) Interessen der ministerialen Entscheidungsträger, Renommee und Verhandlungsgeschick der Forscher, persönliche Beziehungen zwischen Forscher und Entscheidungsträger, wie sie etwa zwischen dem Mündener Waldbauer Oelkers und dem Hochschulkurator Doerr nachgewiesen sind.

Ringen um Ressourcen

Schon bald, nachdem die Akademie ihren Betrieb aufgenommen hatte, stand fest, dass weder die vorhandenen Gebäude noch die Ausstattung der Institute mit Sach- und Personalmitteln ausreichten, um den stetig steigenden Anforderungen der Praxis zur Klärung von Fragen zu genügen, welche sich um das waldbauliche Verhalten der Baumarten, um Waldstandorte und Waldkrankheiten drehten. Ein quälendes Ringen um Ressourcen war die Folge, noch verstärkt durch zwei Weltkriege und die durch sie verursachten Notlagen. Erst die Übersiedlung der Fakultät in die am Göttinger Faßberg neuerrichteten Institutsgebäude befreite die Forscherinnen und Forscher von den bis dahin teilweise bis ins Groteske gesteigerten, miserablen Arbeitsbedingungen.

Darüber hinaus stand in den ersten hundert Jahren ihrer Geschichte die Existenz der späteren Forstlichen Fakultät mehrfach ernsthaft auf dem Spiel. Dieser Umstand übte den vielleicht größten Einfluss auf die Arbeiten an der Forstschule aus. Immer wieder bereitete auch die mögliche Aufhebung einzelner Institute aus Kostengründen Sorge. Die wirtschaftliche Not, in der sich der Weimarer Staat seit seiner Gründung über weite Strecken befand, setzte der Errungenschaft formaler Freiheit in Forschung und Lehre 1921/22 an der Forstlichen Hochschule sehr enge Grenzen. Auch das „Dritte Reich" bereitete den Sparzwängen zunächst kein Ende. Die Forschung entwickelte sich wesentlich im Rahmen der an den Wald und die Forstwirtschaft herangetragenen Anforderungen. Seit 1939 wurden Forschungsaufträge der Wehrmacht bearbeitet.

Vor diesem Hintergrund kam, wenn schon die Eigenständigkeit nicht würde gewahrt werden können, in den 1920er Jahren eine Angliederung an die Universität Göttingen ins Gespräch. Als dann im Jahr

1025 Weil sich die Sektionen des Internationalen Verbandes Forstlicher Forschungsanstalten über Arbeitsvorhaben abstimmten, konnten auch Festlegungen dieser Art die Forschungsausrichtung der beteiligten Hochschulinstitute beeinflussen.

1938/39 das Gießener Forstinstitut – an ihm hatte auch Gustav Heyer gelehrt, bevor er 1868 als erster Direktor der Forstakademie nach Münden wechselte – geopfert und die bis dahin eigenständige Forsthochschule in Münden als Forstliche Fakultät an die Universität Göttingen angeschlossen wurde, waren einmal mehr Gesichtspunkte der Kostenersparnis ausschlaggebend. Der preußische Finanzminister Johannes Popitz (1884-1945) hatte sich jedoch davon überzeugen lassen, dass entgegen seiner ursprünglichen Auffassung das Land Preußen *zweier* forstlicher Forschungs- und Studieneinrichtungen bedurfte. Infolge der durch die Kriegs- und Nachkriegszeit zunächst vereitelten Pläne zur Umsiedlung nach Göttingen blieben den Lehrenden und Studierenden der Fakultät jedoch bis auf Weiteres Kooperationen und intensivere Kontakte zu den Einrichtungen der Universität meist verwehrt.

Nach der Rückkehr zu demokratischen Strukturen bestimmten die Notlage der Gesellschaft und der Wiederaufbau des Landes Art und Umfang der Forschungsaktivitäten erheblich mit. Der Mangel an Geld und Kapazitäten blieb chronisch, so dass auch jetzt von einer Freiheit der Forschung nur sehr eingeschränkt gesprochen werden konnte. Zwar stand, auch aufgrund der durch die Einteilung in Besatzungszonen veränderten Zuständigkeiten, eine Schließung nicht mehr zur Diskussion. Unversehens jedoch wurde der Umbruch von machtvollen Akteuren für den Versuch genutzt, eine Rückführung der Fakultät in den früheren Hochschulstatus zu betreiben und ihren Verbleib in Münden durchzusetzen.



Abb. 111: Unmutsäußerung über das Ende der selbstständigen Forsthochschule in Hann. Münden (Quelle: Steinsiek, Forstliche Fakultät, 2015, S. 73).

Durchweg setzten Kostendruck und Sparmaßnahmen vielversprechenden Ansätzen in der Forstforschung enge Grenzen. Auch deshalb waren die Bedingungen für den Standort in Münden nicht eben günstig, um als wissenschaftliche Einheit mit eigenem Profil in Erscheinung treten zu können. Besser hatte es da schon die allerdings deutlich ältere ‚Schwester' in Eberswalde getroffen. Anders als in Münden war dort in Verbindung mit der Akademie eine Forstliche Versuchsanstalt errichtet worden, die einzige in Preußen. Dies erhöhte nicht nur die Attraktivität für Forstwissenschaftler und Forststudierende, sondern hatte auch zur Folge, dass mehr Mittel für Forschung zur Verfügung standen. Mit Alfred Möller, Eilhard Wiedemann, Walter Wittich, Alfred Dengler, Franz Kollmann oder Johannes Liese verfügte Eberswalde auch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts über weithin bekannte Forscherpersönlichkeiten. Die ausgeprägte Konkurrenz zwischen den beiden Einrichtungen bot, von Ausnahmen abgesehen, keine guten Voraussetzungen für gemeinschaftliche Vorhaben.

Projekt einer Hochschulreform

Die 1960er Jahre stellten die Forstliche Fakultät erneut vor große Herausforderungen. Der Kampf gegen den ‚Investitionsstau' (nachhaltige Unzuträglichkeiten auf baulichem und personellem Gebiet) verlief erwartungsgemäß außerordentlich zäh. Unerwartet hoch allerdings waren die Hürden, die bis zum Bezug der Neubauten in Göttingen überwunden werden mussten. Nachdem über den Zuschnitt und die Umsetzung der Bauvorhaben selbst Einigung hatte erzielt werden können, stellten die Empfehlungen des Wissenschaftsrates gegen Ende des Jahrzehnts das Erreichte sogleich wieder in Frage. Aus der Sicht der Fakultät stand zu befürchten, dass die bis dahin verteidigte organisatorische Einheit von Forschung und Lehre in einer neu zu errichtenden, mehrere ‚grüne' Fachbereiche umfassenden Fakultät verloren gehen könnte. Die Initiative des Wissenschaftsrates zur Auflösung der bestehenden

Fakultätsstrukturen in den Landbauwissenschaften erfüllte die Mündener Forstwissenschaftler auch deshalb mit so großer Sorge, weil sie befürchten mussten, dass neben dem Verlust der Eigenständigkeit in den Gremien der neu zu schaffenden Fakultäten oder Fachbereiche Beschlüsse gefasst werden könnten, die den Interessen der Forstwissenschaftler zuwiderliefen. Dabei ging es nicht zuletzt um die Identität der Forstfakultät. Die Fakultät stemmte sich vehement gegen solche Planungen, auch wenn sie zunächst an der Konzeption neuer Fachbereichsgliederungen mitarbeitete. Erwähnt sei noch, dass es in Münden auch Befürworter einer Hochschulreform gab.

Offenbar hatten die ‚Vordenker' einer umfassenden Neuordnung der Landbauwissenschaften im Bund und besonders in Niedersachsen ihre Gestaltungsmöglichkeiten jedoch falsch eingeschätzt. Wie sicher konnten sie sein, dass die Länder mit ihrer Hoheit in Bildungsangelegenheiten den Empfehlungen des Wissenschaftsrates würden folgen wollen? Wenn jedoch dieser Punkt zweifelhaft war, so musste es im Grundsatz als ein Fehler erscheinen, in Niedersachsen Verhandlungen auf den Weg zu bringen, die darauf bauten, dass sich weitere Länder (Berlin, Hessen, Schleswig-Holstein) der gewünschten Richtung anschließen würden. Dies aber geschah nicht. Es wäre klug und wohl auch möglich gewesen, die Prozesse in den genannten Ländern abzuwarten, bevor an die angestrebte Konzentration der Landbauwissenschaften in Göttingen herangegangen worden wäre.

Nach einer Phase der Konsolidierung und Beruhigung in Münden mussten die hochschulpolitischen Neuordnungspläne zu großen Irritationen führen. Weil auch der Umzug nach Göttingen nicht wie erwartet und ersehnt hatte stattfinden können, sondern aufgeschoben wurde, sah sich die Fakultät unverhofft auf ‚einsamem Posten' gegen mächtige Akteure aus Wissenschafts- und Hochbauverwaltung. Hier ist beachtlich, dass die Fakultät jetzt, etwa in den Verhandlungen mit dem Wissenschaftsrat, mit einer Stimme sprach. Die Gefahr der ‚Zerschlagung' zwang den Mündener Fakultätsrat dazu, die gewachsenen Strukturen als Ausdruck einer am Wissenschaftsobjekt Wald orientierten, eng aufeinander bezogenen ‚Arbeitsgemeinschaft' zu präsentieren. In dem Wissen, dass sie letztlich keine Handhabe hatte, sich einer Neuordnung zu widersetzen, konnte das Ziel nur darin bestehen, zu überzeugen. Für die Fakultät war es ein ausgesprochener Glücksfall, dass sich in den kritischen Jahren bis zum Umzug neben anderen mit Fritz Nüßlein ein Forstmann mit großer Verwaltungserfahrung und weitreichenden Beziehungen in die niedersächsischen Ministerialbürokratien in ihren Reihen befand. Nüßlein war, bevor er mit Wirkung vom 1. April 1954 an die Mündener Fakultät der Universität Göttingen versetzt wurde, seit dem 1. August 1945 als Referent des Landesforstamts Hannover beschäftigt und später im Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium für forstliche Hochschul- und Forschungsfragen zuständig.[1026] Er hat nach



Abb. 112: Fritz Nüßlein (links) im Gespräch mit Theodor Schmucker, undatiert (Quelle: PrSlg Christiane Kollmeyer).

1026 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 76, Nüßlein am 12. Juni 1953 an Schmucker, Institut für Forstbotanik und Forstgenetik; Steinsiek,

Kriegsende zunächst in Sarstedt und dann in Münden erfolgreich die Interessen der Forstlichen Fakultät vertreten bzw. durchgesetzt und als Dekan in schwierigen Verhandlungen beachtliches Geschick bewiesen. Sein Ruf war tadellos. Erst später stellte sich heraus, dass Nüßlein die Kriegsverbrechen deutscher Besatzer, an denen der Forstmann und Jagdschriftsteller Walter Frevert während des Zweiten Weltkriegs in Białowieża (dt. Bialowies) beteiligt gewesen ist, bewusst verschleierte.[1027]

Die Aussicht auf den zugesagten Umzug nach Göttingen in eigens zu errichtende, großzügige Gebäude scheint jetzt, in der Formierungsphase, der wichtigste Ansporn gewesen zu sein, die Arbeit unter sehr schwierigen, beengten Bedingungen so gut es ging weiterzuführen. Dass gerade dieses Vorhaben der Politik den Anlass dazu gab, die Zukunft der Fakultät neu zu bedenken mit dem Ziel, deren Einheit zugunsten einer Auffächerung in verschiedene Fachbereiche einer großen ‚grünen' Fakultät zu opfern, musste in Münden ganz überwiegend mit Bitternis aufgenommen werden. Die Verhandlungen über eine Neuordnung der Landbauwissenschaften zogen sich über Jahre hin. Sie verliefen im Sande. Die Einheit der Fakultät blieb unangetastet.

Es deutet einiges darauf hin, dass die angedachte Neuordnung von der Niedersächsischen Landesregierung zu Beginn der 1970er Jahre nicht zuletzt wegen fehlenden Geldes aufgegeben wurde. Die forstlichen Institute verfügten dann in den neuen Gebäuden erstmals in ihrer Geschichte über ausreichende Arbeitsbedingungen. Damit waren zugleich die Voraussetzungen geschaffen, den sich wandelnden Ansprüchen der Gesellschaft an den Wald und neuartigen Gefährdungen der Ökosysteme durch Umwelteinflüsse auch mit der Erschließung weiterer Forschungsfelder Rechnung zu tragen.

Forstliche Fakultät (2015, S. 155 f.).

1027 Gautschi, Frevert (2005, S. 98 ff.).

Silvanus[1028]

Seit 1954 führt die Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie ein Schmucksiegel, das den römischen Gott Silvanus darstellt. Vieles spricht dafür, dass sich unser Silvanus von Selvans, einer etruskischen Gottheit, herleitet, die jedoch als Gott des Waldes nicht



Abb. 113: „Ordo Forestalis Universitatis Georgiae Augustae". Siegel der Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie der Universität Göttingen (Quelle: Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen).

in Frage kommt. Denn in der klassischen Mythologie scheint es an sich eine solche Gottheit nicht gegeben zu haben. Erst nachdem Selvans ins lateinische Silvanus übertragen worden war, wurde dieser als Waldgott gedeutet. Allerdings wirft die Namensform Silvanus etymologische Fragen auf. Eine entsprechende, von silva – Wald – herkommende Adjektivbildung gibt es im Lateinischen nicht. Auch geht die einschlägige Forschung davon aus, dass es sich bei Silvanus in erster Linie um einen Schutzgott der (bewaldeten) Grenzbezir-

1028 Das Folgende verwendet Teile des vom Verfasser 1999 veröffentlichten Aufsatzes über „Silvanus – Sinnbild einer Synthese von Mensch und Natur. Geschichte des Siegels der Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen".

ke und insgesamt der abgegrenzten Räume gehandelt hat. Dann sieht man in ihm einen Schirmherrn der im Walde Tätigen, der Flößer und Holzhändler, vor allem aber einen Beschützer des im Wald weidenden Viehs, ja der Viehzucht, des Feldbaus und endlich der Siedlungen. Als Symbol solcher Schutzherrschaft fungiert der wachsame Hund. Wann immer Silvanus mit dem Wald in Verbindung gebracht wurde, so geschah dies offenbar vor allem in Abwendung der Gefahren, die Mensch und Vieh dort drohten. Als Vorlage übrigens diente der Fakultät das Titelkupfer vom 1. Jahrgang des von Wilhelm Gottfried von Moser 1788 herausgegebenen „Forst-Archivs".

Zusammenfassend unterscheidet Silvanus, gerade in seiner späteren Form als Silvanus Domesticus, von dem ihm ähnlichen griechischen Pan die Nutzbarmachung der Natur. Seine unbekleidete Gestalt weist ihn nicht als Wüstling aus, sondern deutet auf seine Herkunft, die unberührte Wildnis. So wie diese vordem heilig war und des Schutzes bedarf, so ist es zugleich die Verwertung ihrer Erträge für Zwecke der menschlichen Gesellschaft, welche den Schutz des Gottes genießt – ein Gott der Wirtschaft im Wald, doch eigentlich des Lebens mit dem Wald. Die biologischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge solchen Zusammenlebens zu erforschen und zu vermitteln, ist Aufgabe der Göttinger Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie.

Wesen der Forstwissenschaft

Als die Forstakademie 1868 in Münden gegründet wurde, existierten in forstlichen Kreisen bereits feste Vorstellungen davon, welche Wissensgebiete – sogenannte Grund- und Hilfswissenschaften sowie die forstlichen Fächer im engeren Sinn – zu einer fundierten Ausbildung gehörten und wie sie aufeinander aufbauten. Die Rede war hier gelegentlich von Systemen der Forstwissenschaft. Auch wenn im Lauf der Zeit bestimmte Schwerpunkte anders gesetzt, Inhalte hinzukamen bzw. entfielen oder Zuordnungen geändert wurden, so erwies sich der Fächer-Kanon insgesamt doch als ausgesprochen stabil.

Im Wesentlichen unangefochten blieb die Forstwirtschaft zunächst das Objekt der Forstwissenschaft. Während die Ziele der Forstwirtschaft abweichenden Bewertungen unterzogen wurden, stand der Grundsatz der Nachhaltigkeit nicht zu Disposition. Gewiss, auch der Begriff der Nachhaltigkeit erfuhr Änderungen und konnte unterschiedlich ausgelegt werden. Weitestgehende Übereinstimmung jedoch bestand in dem Primat der Walderhaltung und Steigerung der Holzproduktion. Wer die Berufung spürte, sich über den Aufbau der Forstwissenschaft und die Aufgaben der Forstwirtschaft Gedanken zu machen und diese zur Diskussion zu stellen, der tat dies, sofern er sich zu den Forstgelehrten zählte oder aus anderem Grund die Stimme erhob, in der Regel aus der Sicht des Staates, als Treuhänder des Waldes und Schützer volkswirtschaftlicher Interessen.

Von einer solchen Warte aus musste die Wirtschaft in vielen privaten und gemeindlichen Wäldern fehlerhaft und deshalb korrekturbedürftig erscheinen. Die Idee, den Wald als Volksgut aufzufassen, für das der Staat im öffentlichen Interesse Verantwortung trug, hatte bereits im 19. Jahrhundert zahlreiche Anhänger. Die Forstwirtschaft indes sah sich durch billige Surrogate für Bau-, Werk- und Brennholz sowie Holzimporte einem wachsenden Druck ausgesetzt. Hinzu kam, dass im Wald die Möglichkeiten der Rationalisierung und Kostendämpfung innerhalb des hier zu betrachtenden Zeitraums rasch ausgeschöpft waren.

Als, wie gesagt, die Forstakademie in Münden ihre Tore öffnete, waren die Gemüter vieler Forstleute, wie so oft, erhitzt. Dazu trug nicht nur der Streit zwischen Boden- und Waldreinerträglern bei, sondern auch die Konkurrenz forstlicher ‚Schulen' im Norden und Süden Deutschlands sowie die nach wie vor ungelöste forstliche Unterrichtsfrage (Akademie vs. Universität)[1029] und anderes mehr.

1029 Es bleibt übrigens rätselhaft, wie sich die im 19. Jahrhundert entstandene öffentliche Debatte über die Frage, ob der forstliche Unterricht besser an einer Akademie oder einer Universität anzusiedeln wäre, in einer kaum noch zu überblickenden Zahl von Aufsätzen hat niederschlagen können. Der besondere Ernst, mit dem die Forstpartie Angelegenheiten wie diese bis zur Erschöpfung zu behandeln in der Lage war, trägt zuweilen skurrile Züge. Als in Münden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eben solche Fragen erneut und wiederholt zur Diskussion standen, konnte bereits auf eine 100-jährige Geschichte der leidigen Unterrichtsfrage zurückgeblickt werden. Dass allein Preußen bis zuletzt an der isolierten Fachhochschule festhielt, forderte namentlich süddeutsche Fachgenossen zur Kritik heraus. Deshalb

Der Erste Weltkrieg gab dann mit seinen horrenden Menschenverlusten und Materialschlachten das grausame Bild eines entfesselten Militarismus. Die von sehr vielen Deutschen trotzig geglaubte Dolchstoßlüge und die als schmachvoll empfundenen Belastungen durch Reparationsleistungen haben zu einer Radikalisierung besonders nationalkonservativer Kreise geführt. Der Staat von Weimar war von Beginn an schweren Belastungsproben durch Wirtschaftskrisen, Unsicherheit, Unzufriedenheit und politischen Extremismus ausgesetzt. Ohne konstatieren zu wollen, dass direkte Zusammenhänge mit den oben angerissenen Vorgängen bestünden, so ist dennoch festzuhalten, dass sich etwa zur gleichen Zeit gesellschaftliche Entwicklungen formierten oder aus neuen Quellen restituierten, die dem Krisengeist der Zeit etwas Verlässliches, Bleibendes, Versöhnendes entgegenzustellen trachteten. Neben dem Streben ‚zurück zur Natur' als Programm zivilisationskritischer Reformbewegungen wären hier auch pantheistische und nicht zuletzt organizistische Denkrichtungen zu nennen. Da bot sich der Wald als ‚Wesen' und ‚Organismus' förmlich an. Abgesehen davon, dass der Dauerwald der 1920er Jahre mit dem Altersklassenwald als forstlicher Zielsetzung konkurrierte, schwang dort das in seiner Natur letztlich als unerforschlich angesehene Ganze, Ewige mit.

Für einige lag wenig später der Gedanke nahe, dass ‚ewiger' Wald und ‚ewiges' Volk zusammengehören müssten. Nachdem Deutschland 1945 zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert einen Weltkrieg verloren hatte, blieb in der deutschen Nachkriegspublizistik das Bild vom Wald als Garant deutscher Wesensart lebendig. Tatsächlich wurden die bereits bald nach Kriegsende auf einer breiten gesellschaftlichen Basis begonnenen Aktivitäten der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald offenbar auch im Ausland als „die erste nationale Regung seit dem totalen Zusammenbruch 1945" wahrgenommen. In der Aufforstung der Kahlflächen und im Kampf gegen die Feinde des Waldes (jetzt vor allem Rüssel- und Borkenkäfer) konnte Wiederaufbau geleistet werden. Dazu sprangen jetzt die landeskulturellen Folgen der Waldverwüstung allenthalben in die Augen. Waldschutzgesetze sollten hier Abhilfe schaffen. Lauter wurde deshalb der Ruf, den Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes auch in der forstakademischen Lehre und Forschung Rechnung zu tragen.

Doch nach diesem kurzen Blick auf die gesellschaftlichen Bedingtheiten forstlicher ‚Schicksalsfragen' zurück zu den Systematikern und ‚Theoretikern' der Forstwirtschaft und des Waldes. Der Münchener Forstwissenschaftler Victor Dieterich (1939) bezog in seine wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchungen auch den Nichtstaatswald ein. Im Rahmen der von ihm angestellten Erhebungen über Forstbetriebe *sämtlicher* Eigentumsarten gestand er den Waldbesitzern das Recht zu, einen größtmöglichen nachhaltigen Nutzen aus ihren Betrieben zu ziehen − wenn auch nur bei „peinlicher Rücksichtnahme auf das Gemeinwohl"[1030] und die Belange eines „völkischen Forstwesens". Der von Dieterich entwickelte, vielschichtige Analyse-Ansatz ist interessenbasiert und kann daher am ehesten Anschluss an Theorien zur Erklärung menschlicher Handlungen finden.

Die Änderungen, welche sich in bestimmten Grenzen innerhalb der Forstwirtschaft hinsichtlich ihrer Aufgaben vollzogen, spiegelten sich auch in den Zielsetzungen der Forstwissenschaft. Darüber hinaus gab es Versuche, das Wesen der Forstwissenschaft auch allgemeiner zu fassen, unabhängig von den Erfordernissen oder Bedingungen der Zeit. Während Christof Wagner (1929) das Objekt der Forstwissenschaft auf den „jährlichen Betrieb" reduzierte, definierte Josef Nikolaus Köstler den gesamten Beziehungskomplex zwischen Mensch und Wald als Gegenstand der Forstwissenschaft. Problematisch erwies sich hierbei der Umstand, dass es sich bei der Forstwissenschaft streng genommen nicht um eine wissenschaftliche Disziplin handelte, sondern allenfalls um eine „inexakte Sammelwissenschaft", der, wie Heinrich Weber 1919 schrieb, die geschlossene Einheit eines führenden Prinzips fehl-

wird auch nicht von der Hand zu weisen sein, dass diejenigen, die sich in Münden der Angliederung an die Universität Göttingen in den Weg stellten, in der Person des aus Bayern stammenden und mit der ‚Abwicklung' betrauten Rektors Köstler ein besonderes Ärgernis erkennen konnten. Gelegentlich sah sich das vorgesetzte Ministerium in Berlin sogar genötigt, ein Machtwort zu sprechen, wenn es anders in Münden nicht gelingen wollte, strittige Dinge zu regeln.

1030 Dieterich, Forstliche Betriebswirtschaftslehre (1. Band, 1939, S. 62).

te. Etwas ungewohnt und vielleicht auch unerwartet erblickte Dieterich die oberste Wissenschaftsaufgabe darin, den „Sinn der Forstwirtschaft" zu erkennen. Er wollte den forstlichen Dingen, indem er möglichst viele Daten über sie erhob, auf den Grund gehen. Weber hatte zuvor das *ideale* forstwirtschaftliche Handeln als Aufgabe, Ziel und Gegenstand der Forstwissenschaft bestimmt („Forstwirtschaft der Idee"). Er setzte zwar Forschungsergebnisse und praktische Erfahrung als „Kontrollinstanz" der forstlichen Wirtschaft ein, entlehnte jedoch die der Forstwirtschaft zu setzenden Zwecke auch legitimen außerwirtschaftlichen Zielen oder Funktionen des Waldes (Wohlfahrt, Ästhetik), für deren Gewährleistung er die entstandenen Kosten der Allgemeinheit in Rechnung stellen wollte.

Wer, wie der Philosoph Reinhard Strecker, den Wald und alles, was in ihm geschah, als von Gott geordnet und zweckgerichtet ansah, dessen Aufgabe als Forstwissenschaftler konnte nur darin bestehen, den Geheimnissen des als Wesen oder Lebensgemeinschaft (im Sinne eines ‚Superorganismus') aufzufassenden Waldes auf die Spur zu kommen. Es ging dann darum, die „Werte" (nicht etwa die Aufgaben oder Funktionen) des Waldes zu erkennen und ihnen als Geschenke Gottes an den Menschen Rechnung zu tragen, das heißt den Wald nach göttlichen Zielsetzungen zu behandeln. Der Nationalsozialismus setzte an ihre Stelle den Glauben an die Heiligkeit der arischen Rasse und deren Verbindung mit dem Wald durch „Blut und Boden."

Es ist von einigem Interesse, dass der forstliche Fakultätsrat in Münden Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs explizit und in erster Linie nicht mehr die Forstwirtschaft, sondern den Wald als Objekt der Forstwissenschaft herausstellte – wenn auch nach Maßgabe des gesellschaftlich Erforderlichen. Hierzu mochten verschiedene Momente beigetragen haben. Zum einen waren seit Kriegsende Forderungen populär geworden, die immateriellen Leistungen des Waldes für die menschliche Gesellschaft sowohl im öffentlichen Bewusstsein als auch in Forschung und Lehre zu verankern – während, oder besser: weil sich im gleichen Zeitraum die wirtschaftliche Lage sehr vieler Forstbetriebe ausgesprochen kritisch entwickelte. Zum anderen sahen Szenarien der Hochschulreform vor, den überkommenen Zuschnitt besonders der forstnaturwissenschaftlichen Fächer zu ändern, das heißt deren forstliche Ausrichtung aufzugeben. Damit sollte, wie im vorigen Kapitel erläutert, erreicht werden, dass im Anschluss an den Umzug nach Göttingen die Forstliche Fakultät ihre Eigenständigkeit zugunsten einer aus verschiedenen ‚grünen' Fachbereichen zusammenzusetzenden Fakultät aufgab. Um dies zu verhindern, wurde in Münden alles daran gesetzt, die Einheit und Eigenständigkeit der Fakultät als unumstößliche Voraussetzung darzustellen, ihrer wissenschaftlichen Aufgabe gerecht zu werden – der Erforschung des Waldes und seiner Beziehungen zu den Menschen. Dies sei nur möglich, wenn die Teilgebiete der Forstwissenschaft aufeinander bezogen und zudem in enger räumlicher Verbindung erforscht würden.

Somit hat es im Untersuchungszeitraum nicht an Versuchen gefehlt, den Standort der Forstwissenschaft zu erkunden und Aussagen über deren Wesen und Bestimmung zu entwickeln. Gleichwohl blieben die Bemühungen, der Forstwissenschaft eine (überzeitliche) Zwecksetzung oder Legitimation zuzuweisen, Stückwerk. Wenn von „Norm" oder „Idee" der Forstwissenschaft gesprochen wurde, dann liefen solche Zuschreibungen nicht auf eine „Theorie der Forstwissenschaft" hinaus, sondern auf normative Setzungen. Sie erklären nicht, was Forstwissenschaft *ist*, sondern welche Rolle die forstwissenschaftlichen Fächer für die Erforschung des Waldes und seiner Funktionen spielen *sollten*.

Das ‚Theoriedefizit' der Forstwissenschaft, ihre ausgeprägte Praxisorientierung und die in weiten (akademischen) Kreisen herrschende Unkenntnis dessen, was das Forstwesen eigentlich ausmacht, trugen mit dazu bei, dass die wissenschaftliche Forstkunde als akademische Disziplin Akzeptanzprobleme hatte. Für Münden ist deshalb festzustellen, dass noch kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs machtvolle Akteure sowohl aus den Reihen der Fakultät selbst als auch der forstlichen und allgemeinen Verwaltung intensiv daran arbeiteten, die Verbindungen zur Universität Göttingen wieder zu kappen.

Oberthemen der Forschung

Die forstliche Forschung in Münden ‚kreiste' stets um die Frage, wie die Betriebe leistungsstärker gemacht, die Risiken gesenkt, die Rentabilität gesteigert (jedoch nicht um jeden Preis) und die Versorgung der Volkswirtschaft mit Waldprodukten gesichert werden könnten. Unstrittig war weithin, diese Ziele im Rahmen einer nachhaltigen Wirtschaftsführung zu erreichen. Vor solchem Hintergrund wurde dem Holz- und Forstschutz, den Zusammenhängen zwischen Standort und Waldbau, Bodenkunde und Düngung (Melioration) eine große Bedeutung beigelegt. Seit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ging es zunehmend darum, Holz in der Konkurrenz mit anderen Bau- und Werkstoffen attraktiver zu machen, seine Verwendungsmöglichkeiten zu vermehren.

Die Neugründung des Instituts für Technische Mykologie und seine Besetzung mit Richard Falck 1910 können als Reaktion auf gesellschaftliche Herausforderungen, welche aus den enormen Verlusten besonders im Bauwesen durch pilzliche Holzzerstörer resultierten, beschrieben werden. Die Forschungsreisen des Botanikers Büsgen, des Forstwissenschaftlers Jentsch und später des Zoologen Eidmann nach Übersee standen teilweise im Zusammenhang mit den kolonialen Besitzungen des Kaiserreichs bzw. entsprechenden Ambitionen des „Dritten Reichs". In diesem Kontext hatte es sogar geheißen, dass das Reich die Mitarbeit der Wissenschaft zur Pflege und zum Ausbau der Kolonien benötigt habe.[1031] Die Mündener Institutsgründungen während der Weimarer Zeit folgten indes eher der fortschreitenden Verwissenschaftlichung der einzelnen Fächer.

Das Motto der Hochschulwoche in Eberswalde 1935 sah dann die Forstwissenschaft ganz „im Dienste der deutschen Rohstoffversorgung". Die Kriegsforstwirtschaft stellte besonders hohe Anforderungen an die Holzaufbringung, Holzversorgung und Ausnutzung der Wälder auch in besetzten Gebieten. Die „Wiederbewaldung des Ostens" und Ansätze zu einer forstlichen Großraumwirtschaft dagegen beschäftigten die Mündener Forstforscher allenfalls am Rande.



Abb. 114: Chalcocoris anchorago Dr., Rio Benito, Äquatorialguinea („Spanisch-Guinea"), 1940, gezeichnet von Hermann August Eidmann (Quelle: Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen).

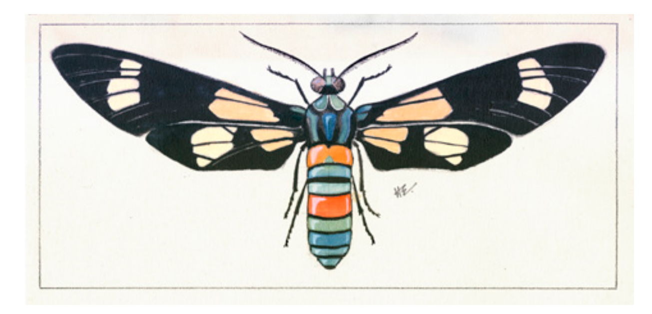


Abb. 115: Euchromia lethe F., Santa Isabel, Fernando Póo, Äquatorialguinea („Spanisch-Guinea"), 1939, gesammelt und gezeichnet von Hermann August Eidmann (Quelle: Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen).

1031 Senat, Forstliche Hochschule (1933, S. 26).

Nach 1945 spielte neben der Sicherung der Holzversorgung die Standortskartierung zur Gewährleistung der Holzerzeugung eine hervorragende Rolle. Jetzt rückten auch die landeskulturellen und die Sozialfunktionen stärker in den Blick und schlugen sich in entsprechenden Forschungs- und Lehraktivitäten an der Fakultät nieder. Nachdem es im 19. Jahrhundert gelungen war, die Forsten weitgehend frei zu machen von Nutzungsrechten Dritter, begannen sich im 20. Jahrhundert Forderungen des Naturschutzes und andere Nutzungsansprüche in die Bewirtschaftung des Waldes einzumischen. Im Unterschied zur Landwirtschaft reklamierten die Menschen ein Teilhabe- und Mitspracherecht, wenn es um den Wald und seine Nutzung ging. Viele waren der Ansicht, dass es unrecht sei, vom Wald ausgeschlossen zu werden. Doch wie ließ sich der Zustrom von fachfremden Akteuren steuern, die mit Eigeninteressen in den Wald drängten? Der Mündener Forstpolitiker Karl Hasel empfahl der Fakultät ein zusätzliches Forschungs- und Lehrangebot, das es den Absolventen ermöglichte, die Belange der Raumordnung, der Landespflege und des Naturschutzes in den Forsten auch selbst wahrzunehmen. Daneben sollte mit einem Rationalisierungsschub und fortschreitender Technisierung sowie unterstützt durch arbeitswissenschaftliche Untersuchungen der sich verschlechternden finanziellen Ertragslage der Forstwirtschaft entgegengearbeitet werden.

Im Untersuchungszeitraum standen damit die folgenden ‚großen Themen' auf der Agenda der Mündener Forstwissenschaftler:

I. Rentabilität der Forstwirtschaft

II. Waldbauschulen, „Biologisierung" bzw. „Ökologisierung" der Forstnaturwissenschaften, Massenvermehrungen von Forstinsekten, Forstbenutzung

III. Wiederaufforstung, Standortskartierung, Waldwachstum, Leistungssteigerung, Umwelteinflüsse

Vorlieben der Forscher, die sich nicht unbedingt mit den Anliegen der Forstverwaltungen zu decken brauchten oder den wissenschaftlichen Fortschritt in einer drängenden Problemstellung im Blick haben mussten, schlugen sich damals wie heute in den Forschungsaktivitäten ebenfalls nieder. Das „Dritte Reich" nahm mit Formen der staatlichen Steuerung durch Subventionierung und Mittelzuweisungen des Reichsforschungsrats sowie Zielvorgaben besonders großen Einfluss auf die forstliche Wissenschaft. Hier liefen die Fäden bei Heinrich Eberts im Reichsforstamt zusammen.[1032] Der Streit über den Dauerwald macht deutlich, dass sich gleichwohl Konflikte in Grundsatzangelegenheiten der Forstkunde nicht immer verbergen ließen.[1033]

Die zu lösenden forstlichen Fragen blieben im Grundsatz wesentlich dieselben. Es kamen fallweise neue Aspekte hinzu. Innerhalb der Fächer allerdings, die sich etwa am Forstschutz beteiligten, wurde nach neuen Wegen der Erkenntnisfindung gesucht, Verfahren entwickelt, Erkenntnisse aus den Nachbarwissenschaften genutzt. Stets hatten (langfristige) Versuche eine große Rolle gespielt und beachtliche Datenmengen erzeugt, die systematisch genutzt wurden, um das Verhalten der Waldbäume besser verstehen, erklären und voraussehen zu können.

Sicherung und Steigerung der Holzerzeugung und Holzverwendung

Obgleich – oder vielmehr weil – die Holznutzungen grundsätzlich unter dem Vorbehalt der Nachhaltigkeit standen, tat sich für die Forstforscher sämtlicher

1032 Heinrich Eberts hat sich nach dem Krieg als Beschützer des deutschen Forstwesens vor Nachteilen durch das NS-Regime ausgegeben. Da passt es dann eigentlich nicht, dass er im Juli 1935 als Leiter der Zentral- und Personalabteilung im Reichsforstamt die Bestimmungen des Preußischen Wissenschaftsministers vom 17. Juli 1934 über die Entziehung des Doktorgrades auch auf den Diplom-Forstwirt ausdehnte (UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 378, Der Reichsforstmeister und Preußische Landesforstmeister am 9. Juli 1935 an die preußischen Forsthochschulen).

1033 Auf diesem Feld sollte der Einfluss süddeutscher Forstleute auf die Waldbaupolitik nicht unterschätzt werden. Weil sich Lukas Leiber (1896-1974) in einer 1937 vor dem Deutschen Forstverein gehaltenen Rede kritisch über die vom Reichsforstamt forcierte Einführung der Dauerwaldwirtschaft geäußert hatte, wurde er von dem damaligen Staatssekretär im Reichsforstamt, Walter von Keudell, mit einem Strafverfahren belegt. Nachdem jedoch noch im Herbst desselben Jahres von Keudell entlassen und durch den Braunschweiger Juristen Friedrich Alpers ersetzt worden war, distanzierte sich das Reichsforstamt von seinem bisherigen Waldbauprogramm. In der Folge fand dort auch Lukas Leiber Verwendung als Waldbaureferent (Steinsiek, Forst- und Holzforschung, 2008, S. 94, 205 f.).

Fachgebiete ein weites Arbeitsfeld auf: von der Bodenkunde und Waldernährung (Düngung) über die Bestandesbegründung, Bestandespflege, Holzernte und -aushaltung bis zur Ermittlung möglichst vielfältiger Verwendungen für das erzeugte Holz. In den Bereich der Forstgesetzgebung fielen seinerzeit die Bemühungen, solche Betriebe, deren Besitzer sich nicht an die Regeln einer ordnungsgemäßen Forstwirtschaft hielten oder halten konnten, durch staatliche Angebote der Beratung und Beförsterung etc. zu höheren Leistungen zu verhelfen.

Vor diesem Hintergrund fiel der Abwehr und Bekämpfung von biotischen Schaderregern zu jeder Zeit eine sehr große Bedeutung zu. Vor allem die Nadelhölzer wurden in großem Umfang von Schäden durch Insekten betroffen. Hinzu kamen die nachteiligen Wirkungen von Bodenverschlechterungen auf das Waldwachstum aus mancherlei Ursachen. Wenn außerdem, was regelmäßig geschah, den Waldbesitzern Leistungssteigerungen nahegelegt bzw. zur Pflicht gemacht und, wie besonders im Staatswald, auch die Wirtschaftsführung vorgeschrieben wurde, dann wird verständlich, wie prekär sich gelegentlich aus der Perspektive vieler Beteiligter und Betroffener die Lage des Waldes darstellen musste. Gewiss, dass die Forstwirtschaft ihre Eigenart einer Risikowirtschaft niemals würde ablegen können, war allen klar. Die hier untersuchte Zeitspanne erscheint gleichwohl, zumindest in Preußen, mit ihren dicht aufeinanderfolgenden Gefahrenlagen für den Wald und die Forstwirtschaft als ungewöhnlich krisenhaft. Und dass fachfremde Verwaltungen besonders nach 1945 ihrerseits Ansprüche an den Wald geltend machten, wird die Stimmung unter den Waldbesitzern und Forstverwaltungen nicht eben gebessert haben.

In der Forstzoologie trugen die Studien über den Massenwechsel phytophager Insekten zum Verständnis der Ökologie von Schadorganismen als Voraussetzung wirksamer Gegenmaßnahmen bei. Die Arbeiten auf dem Gebiet der Forstpolitik kreisten nach wie vor um die Möglichkeiten des Staates zur Einflussnahme auf die Bewirtschaftung vor allem des nichtstaatlichen Waldes (Leistungssteigerung) sowie der Regelung und Förderung des Holzabsatzes. Nach 1945 spielten, allgemein gesprochen, „Die Hauptursachen der Unwirtschaftlichkeit in den Forstbetrieben", so der Titel eines Vortrags, den Hans Lemmel um 1951 vor dem Nordwestdeutschen Forstverein gehalten hatte, in den Untersuchungen zur Forstlichen Betriebswirtschaft eine große Rolle. Im Waldbau wurde seit jeher den Verfahren und Systemen zur Steigerung der Massen- und Wertleistung sowie der Sicherheit von Einzelbäumen und Beständen große Beachtung geschenkt. Die Anhänger des Dauerwaldes beanspruchten im Vergleich mit der Wirtschaft im Altersklassenwald höhere Erträge für sich. Im Reichsforstamt hoffte man, auf diesem Weg die zugleich angeordnete Überschreitung des Nachhaltshiebssatzes um 50 % sicherer umsetzen zu können. Der Plan ging jedoch nicht auf.

Problem der Strategie

Die entscheidende Bedingung für die Schaffung einer geeigneten Forschungsumgebung (Errichtung von Instituten) wurde mit der Einführung der Hochschulverfassung in Münden erfüllt. Als ein bedeutsames Instrument für die strategische Ausrichtung kam grundsätzlich die Besetzung der Lehrstühle in Betracht. Wissenschaftliche Exzellenz und die Anerkennung in Fachkreisen waren dabei wichtige Kriterien. Die Konkurrenz mit den übrigen Forsthochschulen um die besten Köpfe spielte ebenfalls eine Rolle. Strategien der Forschung müssen nicht als solche ausformuliert sein. Sie steuern implizit die Entscheidungen der Forscher über den Einsatz von Instrumenten zur Erreichung ihrer Ziele und können überlagert werden, etwa durch Aspekte besonderer Konstellationen im Kollegium und persönliche Einstellungen, auf die bei Berufungen Rücksicht genommen werden muss.[1034]

1034 Als die Fakultät im April 1949 dem Göttinger Kurator eine Stellungnahme zu dem, wie es hieß, „gesamten Fragenkomplex ihrer fachlichen Gliederung" vorlegte, war sie unter der Voraussetzung, dass der vom Dienst suspendierte Friedrich Karl Hartmann nicht zurückkehren würde, daran interessiert, den von ihm geleiteten Lehrstuhl für Waldbau-Grundlagen sowie den für Jagdkunde für die Errichtung einer Professur für Forstrecht und Forstgeschichte zu verwenden. An Professuren für Forstschutz und Naturschutz oder für Meteorologie und Mathematik war sie lediglich in zweiter Linie interessiert. Die Jagdkunde wurde als nachrangig angesehen. Das Blatt aber wendete sich, nachdem Hartmann als entlastet eingestuft worden war. Jetzt sollte alles daran gesetzt werden, ihm seinen Lehrstuhl wiederzuverschaffen. Zur Begründung wurde angeführt, dass die von ihm vertretene Arbeitsrichtung der Pflanzensoziologie Grundlage für die Wie-

Der engagierte Einsatz der Mündener Reformer um Falck, Süchting, Wedekind und Rhumbler nach dem Ende des Ersten Weltkriegs für die Einführung einer demokratischen Hochschulverfassung ist als zielführende Strategie zu werten, durch Stärkung der akademischen Verfassungsorgane vor allem in Berufungs- und Forschungsangelegenheiten eine bis dahin nicht gekannte Unabhängigkeit zu erlangen. Vor 1945 (1933) ist im Übrigen lediglich Richard Falck mit konkreten forschungsstrategischen Überlegungen und Handlungen aktenkundig geworden. Sie durften, bevor ihre Umsetzung nicht gesichert war, in Münden keinesfalls bekannt werden. Denn wie sein Eberswalder Freund und Kollege Möller war auch Falck davon überzeugt, dass – brisant genug – der Standort Münden aufgegeben werden sollte, um Eberswalde großzügig ausbauen und ausstatten zu können. Falck hatte gehofft, dass im Zuge einer solchen Neuordnung der forstliche Pflanzenschutz in Preußen aufgewertet und in einem zu errichtenden Zentralinstitut unter seiner Leitung zusammengefasst werden könnte. Weil sich Falcks Pläne nicht haben verwirklichen lassen, ist davon seinerzeit offenbar nichts ans Licht gekommen.

Es gibt indes keine Hinweise darauf, dass die Fakultät in den ersten hundert Jahren ihres Bestehens eine (formelle) Forschungsstrategie entwickelt und verfolgt hätte. Eine solche hätte sich allenfalls aus den Strategien der einzelnen Forscher zusammensetzen können.

In Münden brachten grundsätzlich die fortschrittlichen, demokratischen Kräfte, meist Naturwissenschaftler, Bewegung in den Wissenschaftsstandort. Forstleute wirkten da anfangs eher hemmend. Nach 1945 schlossen inhaltlich viele Fächer nahtlos an die Vor-Zeit an. Bei besonders ausgeprägter Praxisorientierung hatten sie, so auch die Bodenkunde oder der Forstschutz, den Wirkungen des zurückliegenden Krieges auf Wälder und Gesellschaft Rechnung zu tragen. Sorgen bereiteten neben dem beträchtlichen Bedarf an Bau-, Gruben- und Brennholz die Reparationshiebe[1035] (Waldverwüstung, Holzmangel), landeskulturelle Schäden (Hochwasser, Sandverwehungen in Niedersachsen) als Folgen der Entwaldung, Borkenkäfer und die Wiederaufforstungen. Neu war, dass es seit 1950 in Göttingen (bzw. Hann. Münden) eine Forstliche Versuchsanstalt gab, welche auftragsweise auf vielen der auch an der Fakultät vertretenen Gebieten Aufgaben der Forschung und Beratung übernahm.

Erweiterung des Fächer-Kanons durch Spezialisierung und Differenzierung

Im Ringen um den Selbsterhalt als eine vordringliche Aufgabe der Mündener Forstwissenschaft war jedoch neben der fachlichen Ausrichtung und Modernisierung auch wichtig, auf den Wandel der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung des Waldes durch die Erschließung neuer Arbeitsgebiete zu reagieren. Die Wälder stabil aufzubauen, gesund zu erhalten, leistungsstark und wertvoll zu entwickeln und deren Produkte wirtschaftlich zu verwerten, blieb das hauptsächliche Ziel der Mündener Forstforscher sämtlicher Fachgebiete. Die Bezogenheit auf ein gemeinsames Objekt diente als Argument für die Einheit der Forstforschung und die Geschlossenheit der Forstlichen Fakultät. Sie war das ‚Geheimnis' ihrer Überlebenskraft. Je weiter sich die einzelnen Fächer spezialisierten, um ertragreiches Neuland in den Disziplinen der angewandten Naturwissenschaften oder der Sozialwissenschaften zu betreten, desto größer wurde die Chance, über die fachlichen Grenzen hinaus von der

deraufforstung der gewaltigen Kahlflächen sei (UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 200, Dekan Lemmel am 6. April 1949 an den Göttinger Kurator).

1035 Um einem Missverständnis vorzubeugen, sei hier erwähnt, dass in den westlichen Besatzungszonen die Waldbesitzer grundsätzlich für das den Forsten im Zuge der Reparationshiebe entnommene Holz entschädigt werden sollten. Während in dieser Hinsicht die britischen Behörden dem Vernehmen nach eher zurückhaltend gewesen sind, sollen für die Holzlieferungen aus der amerikanischen Zone angemessene Preise erzielt worden sein. In der französischen Zone herrschte Unklarheit über die Abrechnung. Das Forstamt der Murgschifferschaft im badischen Schwarzwald nahm, wie dessen Leiter Adolf Olberg im Mai 1949 schrieb, aus den Exporthieben so viel Geld ein, dass „über 300 000 M für Wegebau, 200 000 M für Forsthaus- und Waldarbeiter-Siedlungsbau, 90 000 M für Kulturen, fast 400 000 M für Holzwerbung einschließlich Schutzhüttenbau etc. mit annähernd 400 Menschen, zahlreichen Unternehmern an 40 Arbeitsstellen mit heimischen und fremden Arbeitskräften" zur Verfügung standen (UniA GÖ, Forst. Pers. Nr. 202, Olberg, Forbach, am 1. Mai 1949 an Dekan Lemmel; Steinsiek & Rozsnyay, Grundzüge, 1994, S. 152 f., et passim).

Wissenschaftsgemeinde mit eigenen Akzenten wahrgenommen zu werden. Diese Entwicklung setzte auf breiterer Ebene nach 1945 ein, hatte jedoch schon mit dem Zoologen August Metzger bzw. dem Botaniker Nicolaus Jacob Carl Müller (Biologische Schädlingsbekämpfung) oder Richard Falck (Holzschutz gegen Pilze) namhafte Vorläufer.

Auf Entwicklungen sowohl aus dem gesellschaftlichen als auch dem wissenschaftlichen Umfeld reagierte Münden mit der Erweiterung seines fachlichen Spektrums und methodischen Instrumentariums auf folgenden Gebieten:

- Technische Mykologie: Die Mykologie galt noch als Teilgebiet der Botanik und wurde als solche auch in Eberswalde von Alfred Möller vertreten. In Münden konnte sie bis Anfang 1933 ihre Selbstständigkeit behaupten.
- Forstgenetik, Forstpflanzenzüchtung.
- Forstliche Arbeitswissenschaft.
- Naturschutz, Landespflege.
- Forstwirtschaft der Tropen und Subtropen.
- Die Chemie hatte bis 1932 ein eigenständiges Dasein geführt, bevor das Institut einer reichsweiten Sparwelle bei Hochschuleinrichtungen zum Opfer fiel. Seinem Leiter, Professor Wedekind, wurde gleichwohl die Möglichkeit eingeräumt, selbst noch nach seiner Emeritierung 1936 als Forscher an der Hochschule aktiv zu bleiben. Bodenkunde und Botanik, Mykologie und Entomologie konnten von der Expertise des Chemischen Instituts profitieren. Für die Physik traf solches nicht zu, das Fach hatte an der Hochschule keine Zukunft.
- Die Mathematik entwickelte sich von einer Hilfswissenschaft für die forstliche Praxis über die Biometrie zu einer unentbehrlichen Disziplin für nahezu alle Fächer.
- Veranstaltungsreihen wie „Volk und Rasse" blieben ein Signum des Nationalsozialismus. Wenn allerdings im Lehrplan Konkurrenz zu einem forstlichen Neben- oder Hauptfach entstand, musste auch der „politische Unterricht" weichen.

Ferner:

- Gründung forstlicher Institute nach dem Ersten Weltkrieg.
- Vermehrter Einsatz naturwissenschaftlicher Verfahren und Techniken sowie mathematischer Methoden (Statistik!).
- Ganzheitsbetrachtungen und ökosystemare Forschungsansätze greifen Raum (Forstschutz, Forstliche Vegetationskunde, Bodenkunde, Limnologie, Ökologische Genetik [Klaus Stern, 1974]).
- Interdisziplinäres Arbeiten verstärkt seit den 1960er Jahren (Hans Lamprecht, Bernhard Ulrich), Anfänge in den 1890er und 1920er Jahren.

Und, wie gesagt:

- Die Bodenreinertragslehre setzte sich in Münden nicht durch, obgleich sie in Gustav Heyer und Julius Lehr renommierte Befürworter hatte.
- Münden blieb vom Dauerwald, der auch eine Reaktion auf den Zeitgeist war, weitgehend unbeeindruckt; in Niedersachsen hat die naturnahe Waldwirtschaft lange Zeit nicht Fuß fassen können.
- Karl Hasel rückte in der Forstpolitik die Wechselbeziehungen zwischen Wald und menschlicher Gesellschaft in den Vordergrund, die staatliche Perspektive trat bei ihm deutlich hervor; auch bei Hans Lemmel dominierte der Staat als Akteur zur Durchsetzung seiner auf den Wald bezogenen Ziele.

An dem Ausbildungsziel der Forstlichen Fakultät hatte sich bis 1970 im Grundsatz nichts geändert. Dem Lehrplan lagen die Anforderungen zugrunde, die an Forstverwaltungsbeamte des Höheren Dienstes oder einer vergleichbaren Tätigkeit im privaten Forstdienst zu stellen waren. Seit den 1960er Jahren begann sich das Spektrum des Forststudiums in Münden langsam zu erweitern. Zunächst war die Krise der Forstwirt-

schaft der Anlass, den Forststudierenden auch außerhalb des Forstfaches Berufschancen zu erschließen. Entsprechende Verwendungsmöglichkeiten wurden jetzt besonders in der Landespflege und bei raumbedeutsamen Planungen gesehen. Es galt deshalb, auf diesen Gebieten, die durchaus im Trend einer sich zunehmend für Umweltbelange sensibilisierenden Gesellschaft lagen, Lehrveranstaltungen zu entwickeln und anzubieten.

Nachwuchsprobleme

Der Vorlesungsbesuch war zumindest phasenweise in Münden sehr dürftig. Bei Berufungen wurde auch deshalb auf Qualitäten der Bewerber in der Lehre geachtet. Eine entscheidende Rolle für die forstliche Bildung spielten das Referendariat und die Praxis, bestenfalls bei erfahrenen „Lehrherren". Forststudenten, deren Berufsziel die Leitung eines öffentlichen oder privaten Forstbetriebs war, fühlten wenig Neigung, sich wissenschaftlich zu qualifizieren. Bei den naturwissenschaftlich orientierten Fächern lagen die Dinge etwas anders. Falck zum Beispiel beschäftigte Chemiker als Assistenten. Durch den Boykott seiner Vorlesungen fehlte ihm allerdings ohnehin jeglicher Umgang mit Studenten.

Seit den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde seitens der Professoren über einen Mangel an wissenschaftlichem Nachwuchs geklagt. Akademische Karrieren erschienen wohl auch noch nach 1945 wenig attraktiv. Es kam hinzu, dass bis dahin die Forststudenten − zunächst in Preußen, seit 1937 [?] dann deutschlandweit − bereits für den staatlichen (und kommunalen) Forstverwaltungsdienst als Anwärter zugelassen waren und eine praktische Lehrzeit absolviert hatten. Dies bedeutete in den meisten Fällen bereits eine Vorentscheidung zugunsten des Forstverwaltungsdienstes. Solange die Prüfungsordnungen von den Studierenden eigenständige wissenschaftliche Leistungen im Rahmen von Haus-, Semester- oder Diplomarbeiten nicht verlangten, blieb die Rekrutierung geeigneter Aspiranten für die Dozenten eher eine Ausnahme und dem Zufall überlassen. Semester- und Diplomarbeiten dagegen ließen in vielen Fällen erkennen, ob der Prüfling Neigung und Eignung zu wissenschaftlicher Arbeit hatte und gegebenenfalls für eine Weiterqualifizierung in Betracht kam. Die Themensteller nutzten überdies die Gelegenheit, Fragestellungen, an denen sie selbst im Rahmen ihrer Untersuchungen interessiert waren, durch Diplomanden bearbeiten zu lassen. Dies wird an den von Reinhard Schober betreuten Arbeiten über die Europäische und Japanische Lärche besonders deutlich.

Erst in den 1960er Jahren waren in Münden zögerliche Versuche der Studenten wahrzunehmen, an der Entwicklung der Fakultät beteiligt zu werden. Das Professorenkollegium hatte für solche Anliegen zunächst kaum bzw. gar kein Verständnis. Es ist nicht aufzuklären, ob und wenn ja in welchem Umfang, in welcher Richtung und auf welchen Feldern der Austausch zwischen Lehrenden und Lernenden Forschungsinitiativen begründete. In einigen Fällen ist dies jedoch zu vermuten. Sicher ist, dass die allgemein sehr beengten räumlichen Verhältnisse der Mündener Institute wenig Möglichkeiten für Studenten oder Doktoranden boten, mitzuarbeiten und den Forschungsbetrieb kennenzulernen. Eine Ausnahme machten allerdings Untersuchungen, die auf den Probeflächen der Lehrforstämter oder in sonstigen Forstbetrieben durchgeführt bzw. betreut werden mussten. Im Übrigen scheint das Professorenkollegium durchweg den Standpunkt vertreten zu haben, dass Forschungskonzepte mit Studenten nicht diskutiert zu werden brauchten. Junge Dozentinnen und Dozenten der Nachkriegszeit erlebten indes eine Aufbruchsstimmung, die sie auch selbst aktiv mit gestalteten. Grenzen setzte einmal mehr der Mangel an Geldmitteln und geeignetem Personal. Hoffnung machte der Neubau in Göttingen.

Weichenstellungen

Die 1950er und vor allem die 60er Jahre waren geprägt von einem Personal- und Generationenwechsel auf den Lehrstühlen der Forstfakultät. Von den elf Lehrstühlen mussten allein zwischen 1963 und 1968 sieben neu besetzt werden.[1036] In durchaus aufwendigen Verfahren nutzte die Fakultät ihre Spielräume, um einerseits an bewährte Forschungslinien der Amtsvorgänger anzuknüpfen, andererseits neuen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Bei der Auswahl der Bewer-

1036 Vgl. UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 23, Schreiben vom 20. Dezember 1962.

ber wurden hohe Maßstäbe vor allem an die fachliche Qualifikation angelegt. Bemühungen der Fakultät um die Errichtung weiterer Ordinariate und Institute jedoch blieben meist erfolglos.

Zum 30. September 1965 wurden die Professoren Hartmann, Strehlke und Wittich sowie zum 31. März 1966 Professor Schimitschek entpflichtet. Berufen wurden die Professoren Ulrich zum 1. Dezember 1965, Lamprecht zum 1. März 1966 und Mülder zum 3. Januar 1966.[1037] Wolfgang Knigge war bereits mit Wirkung vom 17. November 1959 zum ordentlichen Professor und zum Direktor des Instituts für Forstbenutzung ernannt, Gerhard Speidel zum 1. Juli 1957 auf den Lehrstuhl für Forstpolitik und Forstliche Betriebswirtschaftslehre berufen sowie zum Direktor dieses Instituts bestimmt worden.[1038] 1965/66 wurde demnach eine Reihe von Professoren entpflichtet, deren Nachfolger neue Akzente setzten, ohne jedoch erkennbar mit Traditionen zu brechen. Dass sich der 1963 als Nachfolger Schmuckers nach Münden berufene Botaniker Otto Ludwig Lange, ein hochbefähigter, innovativer Wissenschaftler, bereits vier Jahre später seinen Kerninteressen auf den Gebieten der Ökophysiologie entsprechend einer angemesseneren Forschungsumgebung zuwenden würde, war indes nur einer Frage der Zeit.

Eine Ökologisierung der Forschung ist, wie mehrfach angedeutet, unverkennbar. Ökosystemare Ansätze gewannen an Bedeutung (Nährstoffbilanzen, Stoffflüsse und anderes mehr), dazu Theorie-Bildung bzw. theoretisch fundiertes wissenschaftliches Arbeiten. Technischer Fortschritt brachte die Forstwissenschaft ebenfalls weiter und führte in der Forschung zu neuen Fragestellungen. Karl Hasel wollte auch in der Forstgeschichte neue Wege gehen, sie interdisziplinär aufstellen. Er wandte sich der Rolle der Forstverwaltungen in der Raumordnung, der Landespflege und im Naturschutz zu, beschäftigte sich mit den Sozialfunktionen des Waldes und stellte vergleichende Untersuchungen über die deutsche Forstgesetzgebung an.

1037 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 94, Knigge an den Göttinger Rektor am 14. April 1966.

1038 UniA GÖ, Forst. Fak. Nr. 94, Schreiben an den Göttinger Rektor vom 31. März 1960; a.a.O., Schreiben des Mündener Dekans an den Göttinger Rektor vom 28. April 1958.

Gunst der Stunde

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Forstliche Fakultät nach 1945 durch den Übergang von Wiedemann, Wittich, Hans Lemmel, Adolf Olberg, Kurt Mantel oder Willi Laatsch aus Eberswalde bzw. Tharandt und Halle nach Niedersachsen und Münden erheblich profitierte. Noch etwas kam natürlich hinzu: Die Fakultät würde künftig über die Auswahl der für eine Lehrstuhlbesetzung in Frage kommenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler selbst entscheiden können, nachdem sie 1933 den Weg in die Unmündigkeit ohne Beanstandung gegangen war. Jetzt stellte sich heraus, dass sich Münden – zumal in der Erwartung, dass die Fakultät absehbar in einen großzügigen Neubau nach Göttingen ziehen würde – zu einer durchaus begehrten Institution als Lehr- und Forschungseinrichtung entwickelt hatte.

Der wissenschaftliche Einfluss des Auslandes auf den Forschungs- und Lehrbetrieb blieb bis 1945 insgesamt gering. Allerdings wurde das von Falck geleitete Institut für Technische Mykologie in den 20er Jahren wiederholt von ausländischen Wissenschaftlern zu Forschungszwecken besucht. Nach 1945 nahmen die Auslandskontakte zu. Von den Austauschbeziehungen profitierte die Sichtbarkeit der Fakultät und ihrer wissenschaftlichen Arbeit. Auch die Zahl der ausländischen Studierenden stieg in Münden langsam an. Hans Lamprecht begründete seine Idee zur Einführung eines tropisch-subtropischen Studienganges unter anderem damit, den Studierenden aus entsprechenden Regionen ein angemessenes Lehrangebot unterbreiten zu wollen.

Persönliches

Dass Münden bei den Fachgenossen in hohem Ansehen stand, muss gleichwohl etwas überraschen. Auch wenn die Meinung vertreten wurde, dass die Leistungen der Mündener Forstforscher hinter denjenigen der übrigen Forstlehranstalten zurückstanden, so kann doch festgestellt werden, dass bei der Wiederbesetzung von Lehrstühlen auf den Bewerber- und Berufungslisten fast durchweg erstklassige Namen zu finden waren. Die Schaffensfreude allerdings konnte, wie gesagt, nicht nur durch den allgegenwärtigen Mangel getrübt werden. Wie immer, wenn Menschen miteinander zu

tun haben, treten Konflikte auf, die je nachdem, wie schwer die Ursachen und deren Wahrnehmung ins Gewicht fielen, mehr oder weniger nachteilig auch auf Forschung und Lehre wirken konnten. In der Zeit der autokratischen Akademieverfassung, zwischen 1868 und 1922, hatte es der vom Ministerium eingesetzte Direktor Borggreve verstanden, im Verlauf seiner zwölfjährigen Amtszeit neben den Studenten auch sämtliche Professoren gegen sich aufzubringen. Bei Einführung der Hochschulsatzung 1922 waren es vor allem rechtsgerichtete, rassistische Studenten, welche die von reformfreudigen Kräften ins Werk gesetzten akademischen Freiheiten nach Gutdünken außer Kraft setzten oder bedrohten. Und dass 1933, nachdem mit Falck einer der kreativsten Forscher in Münden Deutschland hatte verlassen müssen, das Professorenkollegium sich ohne jeden Protest den Gesetzen der Diktatur und des Unrechts beugte, ist und bleibt ein bedrückender Befund.

Nach allem, was bis dahin über den Mündener Lehrkörper in Erfahrung gebracht worden ist, konnte über weite Strecken, ähnlich übrigens wie auch in Eberswalde, von einem ‚harmonischen Miteinander' keine Rede sein. Einige der aus der forstlichen Praxis oder Verwaltung nach Münden berufenen Lehrer stellten wiederholt die Rolle etwa der naturwissenschaftlichen Fächer in Frage. Mit vereinten Kräften allerdings machten sich die wenigen Dozenten, welche nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch zur Verfügung standen oder aus Ostdeutschland dorthin gekommen waren, zunächst daran, unter den wachsamen Augen der britischen Militärregierung den enormen Andrang von Studenten zu bewältigen und einen geregelten Vorlesungsbetrieb wieder in Gang zu bringen.

Hier ist nochmals hervorzuheben, dass auf inhaltlichem und persönlichem Gebiet die Standpunkte der Hochschullehrer denkbar weit auseinanderliegen konnten. Erinnert sei nur an den Streit über die Bodenreinertragslehre, der auch in Münden eskalierte, und einmal mehr an das feindselige Regiment des Akademiedirektors Borggreve; dann, in den 1920er Jahren, an die Demütigungen Falcks auch durch Teile des Professorenkollegiums; die Fehde zwischen Oelkers (Waldbau) und Köstler (Forstpolitik und Forstliche Betriebswirtschaftslehre) wegen der durch Köstler forcierten Angliederung der Forsthochschule an die Universität Göttingen; die Kontroverse zwischen Oelkers und Schmucker (Forstbotanik) über die Aussagekraft von Klimadaten für die Pflanzenverbreitung; den Boykott Krönings (Jagdkunde) durch Lehrende und Studierende der Forstfakultät; das Tauziehen zwischen Gläser (Arbeitswissenschaft) und Mayer-Wegelin (Forstbenutzung) um die Waldarbeit und Forstmaschinenkunde; die scharfe Kritik Süchtings (Bodenkunde) an den charakterlichen und fachlichen Eigenschaften Hartmanns (Waldbau-Grundlagen); die Differenzen zwischen Hartmann sowie Bonnemann (Waldbau-Technik) und Wittich (Bodenkunde) über die Bedeutung der Pflanzensoziologie.

Zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Bevor im Deutschland des ausgehenden 18. und vor allem des 19. Jahrhunderts mit den Agrarreformen, den Separationen, Gemeinheitsteilungen und Verkoppelungen nicht nur die ländliche Flur neu geordnet, sondern auch die Teilhabe der Bevölkerung an den Nutzungen des Waldes, der sich in fremdem oder gemeinschaftlichem Eigentum befand, beendet wurde, war der Wald als Ressource aus den ländlichen Ökonomien nicht wegzudenken. Besonders Kunstschaffende der Romantik haben die Entkoppelung des Menschen von den hergebrachten Strukturen als Verlust empfunden und beklagt. Mit dem Wald hoffte man, eine Brücke zu den Verlässlichkeiten der „Alten Welt" zu schlagen, das Standhafte in Zeiten der Umwälzungen zu bewahren. Sein Schicksal ging jetzt alle etwas an. Der Wald wurde, wie auch oben bereits ausgeführt, als Volksgut definiert. Seine Leistungen suchte man jetzt verstärkt im Ethischen und Ästhetischen. Doch waren von spürbarem Nutzen auch die günstigen Wirkungen bewaldeter Gebiete auf den Schutz des Bodens vor Wind- und Wassererosion. Der Forstpolitik spielte diese Entwicklung in die Hände, indem sie auf den Walderhalt pochte, auch wenn die Reinerträge sanken. Die Abhängigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft von inländischem Holz war nach wie vor so groß, dass an eine Aufgabe der Holzerzeugung ohnehin nicht zu denken war. Es kam hinzu, dass viele Menschen in der Forst- und Holzwirtschaft ihr Auskommen fanden.



Abb. 116: „Der Chasseur im Walde“ (1814), Gemälde von Caspar David Friedrich (1774-1840) (Quelle: URL https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Caspar_David_Friedrich_-_The_Chasseur_in_the_Forest_-_WGA8247.jpg; Abfrage v. 15. August 2022).

Die Arbeitsplatzfunktion der Branche konnte gerade auf dem Lande eine wichtige Rolle spielen.

Diese Konstellation blieb im großen Ganzen in dem gesamten hier zu untersuchenden Zeitraum (1868-1972) charakteristisch für weite Teile der deutschen Forstwirtschaft und ihr Verhältnis zur Volkswirtschaft. Dem Bedeutungsverlust, welcher gleichwohl fast durchweg auf der Forstwirtschaft lastete, begegnete die Forstpolitik, wie schon erwähnt, mit einer Ausweitung forstlicher Funktionen in Bereiche der Landeskultur, der Erholung und des Naturschutzes. Karl Hasel ließ 1966 in seiner Forstpolitik-Vorlesung keinen Zweifel daran, dass die Bedeutung des Staatswaldes nicht mehr in seiner Einkommensfunktion liege, „sondern in der Versorgung der Wirtschaft mit Nutzholz und in der Durchführung der landeskulturellen und volksgesundheitlichen Aufgaben“.[1039]

Wald in Not

Retter des Waldes hat es immer gegeben, in verschiedenem Gewand und mit wechselnden Motiven. Der Kampf wurde geführt gegen innere und äußere Feinde, die sich meist eindeutig identifizieren ließen. Fortschritte der Analytik und der wissenschaftlichen Urteilsbildung trugen dann überdies dazu bei, bis dahin unbekannte, unsichtbare und mächtige ‚Angreifer‘ zu entlarven, die von weither kamen und den Wäldern mit Säuren und anderen Schadstoffen zusetzten. Seit Ende der 1970er Jahre war nicht nur in Göttingen die Forstforschung stark mit der Diagnose und Therapie der neuartigen Waldschäden befasst.

1039 UniA GÖ, Forst. Inst. Nr. 207, Kolleg „Forstpolitik“ von Karl Hasel, S. 79 (Stand 1.3.1966).

Die Trauer der Romantiker um die verloren geglaubte, gläubige Zeit mit ihren Gewissheiten und den vertrauten Wäldern, ja selbst der wütende Kampf gegen die Bodenreinertragslehre mit ihren kurzen Umtrieben, schematischem Bestandesaufbau und großen Kahlschlägen konnten als Aufrufe zur Rettung des Waldes in Deutschland verstanden werden. Man schloss auf eine lebendige Waldgesinnung der Deutschen, die nur ihnen eigen sei und sie gegenüber anderen Nationen auszeichnete. Auch die Wald-Propaganda des „Dritten Reichs“ bediente sich solcher Konstrukte. Nach der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs entwarfen Forstwissenschaftler Strategien, welche zum Ziel hatten, denjenigen eroberten Gebieten Osteuropas, in denen Deutsche angesiedelt werden sollten, durch die Schaffung „artgerechter Wälder“ ein heimeliges, deutsches Gesicht zu geben (Programm „Wiederbewaldung des Ostens“). Bei solchen Szenarien setzten die Planer voraus, dass die einheimische Bevölkerung vertrieben, in Arbeitslagern interniert oder ermordet wurde. Während die Forscher der Mündener Forstfakultät im Vergleich wenig forstliche „Ostforschung“ betrieben, waren die Kollegen besonders in Eberswalde intensiver mit entsprechenden Themen befasst. Zu ihnen gehörten auch Walter Wittich, der später in Münden die Nachfolge von Heinrich Süchting antrat, und Eilhard Wiedemann.


DER SPIEGEL
C 7007 C
Nr. 47
35. Jahrgang · DM 3,50
16. November 1981
Saurer Regen über Deutschland
Der Wald stirbt

Abb. 117: Am 16. November 1981 brachte es das Waldsterben auf das Titelblatt des „Spiegel“.

Seit dem 19. Jahrhundert hatte sich in Deutschland die Überzeugung gefestigt, dass der Wald als „Volksgut“ Gegenstand des öffentlichen Interesses sei. „Rettet den Wald!“ lautete denn auch ein im Nachkriegsdeutschland geläufiger Weckruf, der ganz ausdrücklich die gesamte Gesellschaft erreichen sollte. Sowohl Einzelpersonen als auch Vereine, Verbände und Unternehmen machten auf die Schäden für ‚Wald und Volk‘ aufmerksam, welche von den sehr ausgedehnten Holzeinschlägen durch die Bevölkerung, die deutschen Forstverwaltungen und die Besatzungsmächte befürchtet wurden. Auch jetzt erwies das Bild vom Wald als „Volksgut“ seine Brauchbarkeit. Im Vordergrund der Kampagnen standen die Information und Aufklärung der Bevölkerung sowie politischer Entscheidungsträger über die landeskulturellen Leistungen des Waldes. Die Mündener Forstforschung reagierte mit ausgedehnten Standortsuntersuchungen, welche die (geplanten) Wiederaufforstungen unterstützten. In diesen Zusammenhang können auch die oben schon erwähnten Bemühungen gestellt werden, für eine künftige Verwendung von Forstleuten in der Landespflege ein entsprechendes Lehr- und Forschungsgebiet an der Forstlichen Fakultät einzurichten. Als Jahre später Bernhard Ulrich aus den Ergebnissen seiner umfangreichen Untersuchungen in Waldökosystemen des Sollings auf bis dahin nicht erklärbare Waldschäden aufmerksam gemacht hatte, erschallte auch diesmal der Appell „Rettet den Wald!“ Das befürchtete Waldsterben versammelte die Gemeinschaft der Forschenden hinter der Aufgabe, Maßnahmen zur sicheren Diagnose und Therapie zu entwickeln. Das Forschungsprogramm hätte ohne den gesellschaftlichen Waldschadensdiskurs und die politische Unterstützung nicht in dem Umfang umgesetzt werden können, wie dies in den Folgejahren dann tatsächlich der Fall gewesen ist.

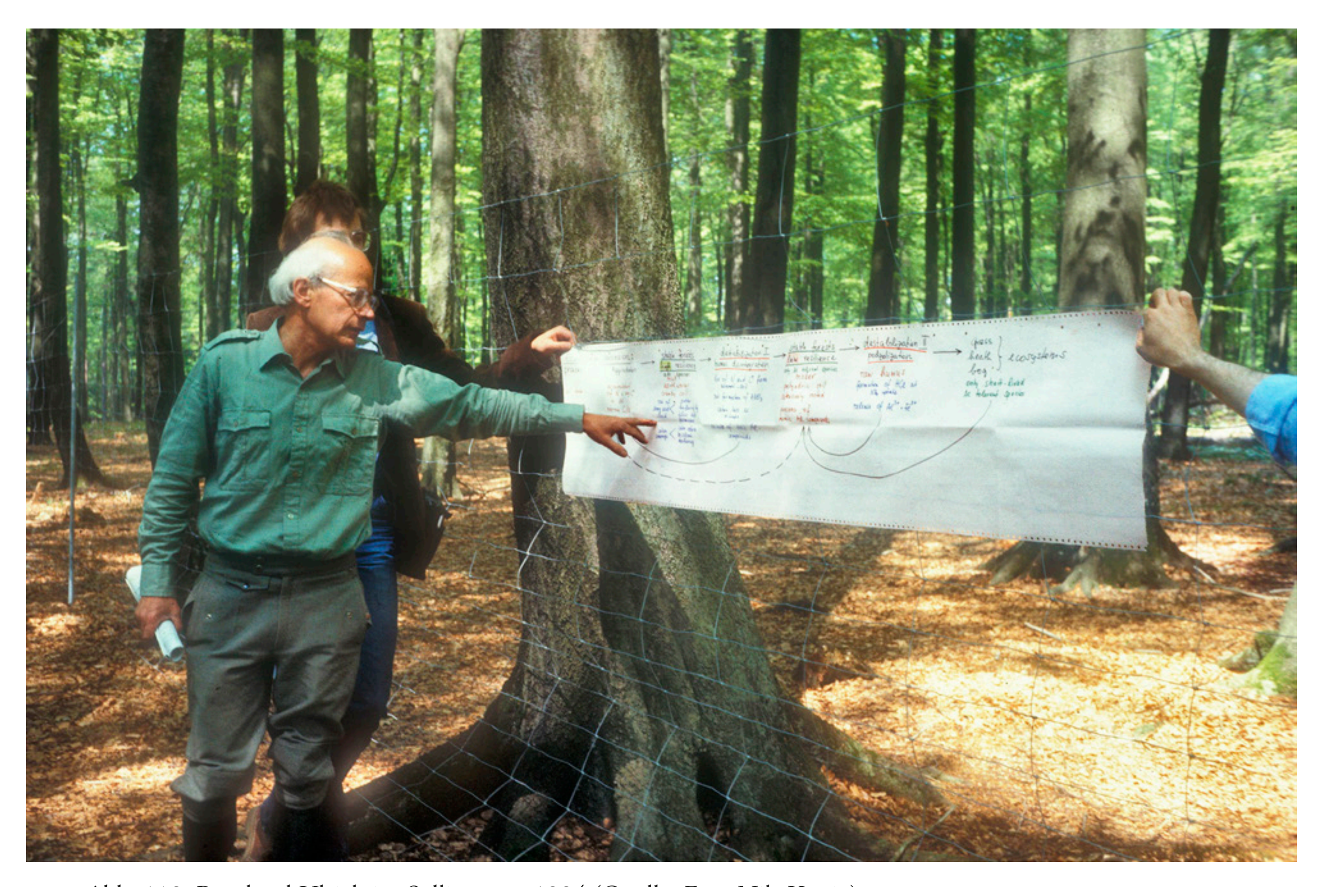


Abb. 118: Bernhard Ulrich im Solling, um 1984 (Quelle: Foto Nils König).

„Grüne Herrlichkeit“

Die ‚Forstfolklore‘ und grüne ‚Trachtengruppen‘, Traditionen des forstlichen Verbindungswesens, eine Affinität zum Militär, Konservatismus und Jagdleidenschaft erzeugten eine gewisse Außenwirkung und schürten auch in akademischen Kreisen der Universität Göttingen Vorbehalte gegen die Forstkunde als wissenschaftliche Disziplin. Standpunkte oder Vorurteile wie diese wurden jedoch den Forstforschern und Praktikern häufig nicht gerecht. Problemstellung, Lösungsansatz, zielgerichtete Informationsgewinnung, Entwicklung adäquater Methoden, Einsatz geeigneter Akteure, Verschriftlichung und Kommunikation, gegebenenfalls Überprüfung und eine kritische Auseinandersetzung mit den Ergebnissen, deren Veröffentlichung in Druckschriften, Etablierung bzw. Fortführung eines Fachdiskurses – solche Elemente wissenschaftlicher Vorgehensweise lassen sich in ausgebildeter Form für die Forstkunde bereits seit dem 18. Jahrhundert belegen. Eine Systematisierung des forstlichen Wissens und Errichtung forstlicher Wissenssysteme setzten Ende des 18. Jahrhunderts ein, bevor in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Forstfach bereits akademisch wurde, so in Gießen und selbst, wenn auch zunächst vorübergehend, in Göttingen. Die Befassung mit dem Wald und seinen Erträgen war kaum je intensiver als in den Zeiten der Forstrechteablösungen und Gemeinheitsteilungen, das heißt mit Schwerpunkten im 19. Jahrhundert. Natürlich war und blieb das Wort, wonach Holz, Haare und Schaden alle Tage wachsen, im Gedächtnis verankert. Die Volkstümlichkeit des Forstberufs, die in späterer Zeit herausgehobene Stellung des Forstmeisters, doch auch die Anfälligkeit der Forstbediensteten für Gefälligkeiten und anderes mehr, zumal als Statthalter ungeliebter Obrigkeiten werden dazu beigetragen haben, dass den Forstleuten lange Zeit akademische Gelehrsamkeit und Tugenden nicht recht zugestanden wurden.

Starkes „Team von Spezialisten“ im Vorteil

Wer die Entwicklung einer deutschen staatlichen Einrichtung, dazu aus dem Hochschulbereich, zwischen 1868 und 1972 untersucht, der muss bedenken, dass es in der jüngeren Geschichte Deutschlands kaum eine Zeit gegeben hat, die stärker von Beschleunigungs-, Verwerfungs- und Krisenvorgängen, Phasen des Auf- und Abbaus geprägt wurde. Viele, wenn nicht die meisten Anstalten des öffentlichen Lebens werden Entwicklungen durchlaufen haben, die hinsichtlich bestimmter Momente derjenigen in Münden ähnlich gewesen sind. Bemerkenswert ist, dass es der Mündener Forsthochschule im Fluss der Geschichte immer wieder gelang, Klippen und Untiefen zu umfahren und, um im Bild zu bleiben, rettende Häfen zu erreichen. Die Selbsterhaltung der Forsthochschule war die wichtigste Voraussetzung überhaupt, um in Forschung und Lehre nachhaltig Erfahrungen zu sammeln, die Forstwissenschaft voranzubringen und, nicht zuletzt, Forstleute auszubilden.

Dabei versteht es sich von selbst und ist dennoch hervorzuheben, dass die Aktivitäten von Lehrenden und Lernenden durch Bedingungen der gesellschaftlichen Umwelt in zeitweise raschem Wandel sowie durch strukturelle, unveränderliche Bedingtheiten gelenkt, gefördert und auch stark behindert werden konnten. Deshalb war zunächst zu klären, welche Handlungsspielräume den Akteuren verblieben, ob und wie sie genutzt wurden. Vor diesem Hintergrund stellte sich dann die Frage nach der inhaltlichen Entwicklung der wissenschaftlichen Fächer in Abhängigkeit von forstpraktischen Anforderungen, gesellschaftlichen Strömungen und persönlichen Interessen der Forstforscher.

Eine Bilanz dieser hundert Jahre zu ziehen fällt nicht leicht und muss vermutlich scheitern, weil bereits die Wahl der dabei anzuwendenden Kriterien umstritten ist. Nach hoffnungsfrohen Anfängen, nicht zuletzt auf den Feldern der Wissenschaft, geriet die Akademie in den Sog einer verfehlten Personalpolitik (Bernard Borggreve). Auf den Gebieten des Forstschutzes gegen Käferkalamitäten und des Holzschutzes gegen Pilze leistete die 1921/22 in eine Hochschule umgewandelt Forstakademie dank exzellenter Wissenschaftler Hervorragendes. Der besonders unter den Forststudenten verbreitete Rassismus und rückwärtsgewandte Nationalismus jener Jahre allerdings schufen ein wissenschafts- und modernisierungsskeptisches, wo nicht -feindliches Klima. Schließungsgerüchte, seit jeher auf der Tagesordnung, taten dann ein Übriges, bevor 1939 mit dem Verlust der Selbstständigkeit und Plänen der Umsiedlung nach Göttingen eine tiefe Kluft zwischen Befürwortern und Gegnern die Fakultät spaltete.

Für die wissenschaftlichen Leistungen und das Ansehen der Fakultät war es insgesamt ein Glücksfall, dass nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs renommierte Forstforscher vor allem aus Eberswalde, Tharandt und Wien nach Münden kamen. Reinhard Schober und Gustav Baader hatten bereits Jahre zuvor aus dem ‚Nachlass‘ der aufgehobenen Gießener Forstabteilung in Münden Fuß gefasst. Die Fakultät zeichnete sich jetzt besonders auf den Gebieten der Standorts- und Ertragskunde aus, bevor in den 1960er Jahren ein Generationenwechsel besonders in der Forstbotanik, der Forstgenetik und Waldernährung neue Maßstäbe setzte und neue Arbeitsfelder erschlossen wurden.

Mit dem lang ersehnten Ziel vor Augen, in eigens für die Forstfakultät am Göttinger Faßberg errichtete Gebäude umziehen und dem auf allen Gebieten herrschenden Mangel entfliehen zu können, formierte sich in Münden ein überraschend schlagkräftiger Widerstand gegen Absichten, die Fakultät aufzulösen und ihre Institute auf andere Einrichtungen der Landbauwissenschaften zu verteilen.

Wenn auch der Kelch an ihr vorüber ging, so bedeutete dies dennoch nicht das Ende der Stürme. Mit einiger Vorsicht wird gesagt werden können, dass, vereinigt hinter einem gemeinsamen Wissenschaftsobjekt, Lehrende und Lernende daran weiterarbeiten sollten, die inhaltlichen, auf den Wald und die Forstwirtschaft bezogenen Eigentümlichkeiten ihrer Disziplin in Forschung und Lehre auszubauen, dazu auch den räumlichen Verbund und die organisatorische Einheit als Chance zu nutzen, um auf dieser Grundlage disziplinäre Grenzen zu überwinden und Herausforderungen, wie ehedem, gemeinsam zu meistern.

Abb. 119: Die Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie am Göttinger Faßberg (Quelle: Foto und Falke Wolfgang Tambour).

10 Verzeichnisse der Literatur, Quellen, Abbildungen und Tabellen

10.1 Literatur

[AFZ-Gespräch mit dem Dekan der Forstlichen Fakultät 1968/69, Prof. Dr. Dietrich Mülder] (1968): Die Forstliche Fakultät der Universität Göttingen zwischen heute und morgen. Allgemeine Forstzeitschrift 23, S. 270-274.

Anonymus (1997): Von unseren Anfängen. Unser Wald, Juni 1997, S. 70 ff.

Baader, Gustav (1939): Forstwissenschaft und Forschung. In: Sommer, Otto [Hrsg.]: Die Georg-August-Universität zu Göttingen als Forschungs- und Lehrstätte für Forstwirtschaft in Vergangenheit und Zukunft. Göttingen, S. 33-53.

Bartz, Olaf (2006): Wissenschaftsrat und Hochschulplanung. Leitbildwandel und Planungsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1957 und 1975. Dissertation, Universität zu Köln. (URL http://kups.ub.uni-koeln.de/id/eprint/1879; Abfrage v. 21. März 2022).

Bauer, Franz (Hrsg.) (1960): Fortschritte in der Forstwirtschaft. Entwicklung und Stand forstlicher Erkenntnisse und Erfahrungen in den letzten 15 Jahren. München [u.a.]

Becher, R. (1968): Über die Mitarbeit der Forstverwaltungen in Landespflege und Naturschutz. Forstarchiv 39, S. 256-260.

Benett, Anne (1987): Die Geschichte der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen in Hannoversch Münden 1945-1968. Unveröff. Diplomarbeit, Forstl. Fakultät der Univ. Göttingen.

Bentheim, Otto von (1901): Anregungen zur Fortbildung von Forstwirthschaft und Forstwissenschaft im 20. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse des Königreichs Preußen. Trier.

Bericht der Forstlichen Hochschule Hann. Münden über das Rektoratsjahr 1926/27. Hann. Münden.

Bode, Erdmann (1997): Professor Dr. Adolf Brauns (1911-1996). Deutsche Gesellschaft für allgemeine und angewandte Entomologie e. V., 11. Jahrgang, Heft 2, S. 72 f.

Bonnemann, Alfred (1960): Bestandesverjüngung. In: Bauer, Franz (Hrsg.): Fortschritte in der Forstwirtschaft. Entwicklung und Stand forstlicher Erkenntnisse und Erfahrungen in den letzten 15 Jahren. München [u.a.], S. 69-94.

Dauster, Karl-Heinz (1967): Am Anfang war die Tat! Oberforstmeister Karl-Heinz Dauster war dabei – hier erinnert er sich. Unser Wald, November/Dezember 1967, S. 236-238.

Dauster, Karl-Heinz, Herrmann, Erich [1950?]: Waldliederfibel. Eine Sammlung schöner Waldlieder aus alter und neuer Zeit. 1. Folge. Rheinhausen.

Denkschrift der an der Erhaltung einer ordnungsmäßigen Forstwirtschaft direkt interessierten Kreise des Regierungsbezirks Hildesheim: Zellerfeld, Osterode, Holzminden, Münden, Einbeck, Göttingen, Northeim und benachbarte Kreise (1947). Clausthal-Zellerfeld.

Deutsche SPAR Zentrale (1997): Naturschutz im Zeichen der Tanne. Handelskette SPAR unterstützt seit zwanzig Jahren die Deutsche Waldjugend. Unser Wald, Juni 1997, S. 47.

Dieterich, V[ictor] (1934): Zur Ausgestaltung des forstwissenschaftlichen Unterrichts [Teil 1]. Forstliche Wochenschrift Silva 22, S. 65-72.

Dieterich, V[ictor] (1935): Wissenschaftsziele der forstlichen Hochschulstätten. Forstliche Wochenschrift Silva 23, S. 137-143.

Dieterich, Viktor (1939): Forstliche Betriebswirtschaftslehre. Ein Lehr- und Handbuch. Erster Band: Die wissenschaftliche Grundlegung. Berlin.

Dieterich, Viktor (1941): Forstliche Betriebswirtschaftslehre. Ein Lehr- und Handbuch. Dritter Band: Erfolgsrechnung – Zielsetzung. Berlin.

Dingler, Hugo (1930): Über die mathematische Ausbildung der Studierenden des Forstfaches. Forstwissenschaftliches Centralblatt, S. 446-455.

Düesberg, R[udolf] (1910): Der Wald als Erzieher. Nach den Verhältnissen des preußischen Ostens geschildert. Berlin.

Eberts, Heinrich (1939): Die Neuordnung des forstlichen Hochschulwesens. Der Deutsche Forstwirt 21, S. 133-140, 185-195.

Eberts, Heinrich (1950): Grundgedanken zeitgemäßer Forstgesetzgebung. Forst und Holz 5, H. 21, Sonderbeilage.

Eidmann, Hermann (1941): Lehrbuch der Entomologie. Berlin.

Entwurf eines Bundesforstgesetzes (1956): Der Forst- und Holzwirt 11, S. 71-72.

Erdmann, [Friedrich August Christian] (1924): Dauerwald. In: Rhumbler, Ludwig (Hrsg.): Festschrift zur Feier der Einführung der neuen Hochschulverfassung an der seitherigen Forstakademie Hann. Münden am 3. Mai 1923. Frankfurt am Main, S. 91-100.

Falck, Richard (1924): Über das Eichensterben im Regierungsbezirk Stralsund nebst Beiträgen zur Biologie des Hallimaschs und Eichenmehltaus. In: Rhumbler, Ludwig (Hrsg.): Festschrift zur Feier der Einführung der neuen Hochschulverfassung an der seitherigen Forstakademie Hann. Münden am 3. Mai 1923. Frankfurt am Main, S. 57-76.

Fricke, [Karl] (1908): Ist die Forstakademie Münden eine Hochschule? Zeitschrift für Forst- und Jagdwesen 40, S. 341-357.

Gautschi, Andreas (2005): Walter Frevert. Eines Weidmanns Wechsel und Wege. 2., ergänzte Auflage. Melsungen.

Gehrhardt, [Ernst] (1924): Die Ertragskunde als Wegweiser zur Buchen-Starkholzzucht. In: Rhumbler, Ludwig (Hrsg.): Festschrift zur Feier der Einführung der neuen Hochschulverfassung an der seitherigen Forstakademie Hann. Münden am 3. Mai 1923. Frankfurt am Main, S. 100-109.

Gehrhardt, E[rnst] (1925): Ueber Ansehen, Hemmung und Förderung der Forstwissenschaft. Forstliche Wochenschrift Silva 13, S. 105-110.

Häberle, S[iegfried] (1968): Aktuelle Ansatzpunkte zur Rationalisierung der forstlichen Rohholzerzeugung. Der Forst- und Holzwirt 23, S. 191-192.

Hackerott, Jürgen (1979): 50 Jahre Institut für Forsteinrichtung und Ertragskunde. Unveröff. Diplomarbeit, Forstl. Fakultät der Univ. Göttingen.

Hanstein, Udo (1968): Forderungen der Landespflege an die Forstwissenschaft am Beispiel der Universität Göttingen. Allgemeine Forstzeitschrift 23, S. 288-291.

Hasel, Karl (1960): Forstverwaltung. In: Bauer, Franz (Hrsg.): Fortschritte in der Forstwirtschaft. Entwicklung und Stand forstlicher Erkenntnisse und Erfahrungen in den letzten 15 Jahren. München [u.a.], S. 235-250.

Hasel, [Karl] (1967): Die landespflegerischen Aufgaben der Forstverwaltung, gegenwärtige Lage, künftige Entwicklung, Folgerungen. Der Forst- und Holzwirt 22, S. 5-14.

Hasel, Karl (1968): 100 Jahre forstwissenschaftlicher Unterricht in Hann. Münden. Allgemeine Forstzeitschrift 23, S. 265-266.

Hasel, [Karl] (1968): Leitsätze zu den Vorträgen anläßlich der Tagung des Deutschen Forstvereins. Die Zukunft der Deutschen Forstwirtschaft. Der Forst- und Holzwirt 23, S. 400.

Hasel, Karl (Hrsg.) (1968): Quellen zur Geschichte der Forstlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen. Hann. Münden.

Hasel, K[arl] (1969): Die Zukunft der deutschen Forstwirtschaft. In: Klose, [Franz] (Bearb.): Die Zukunft der deutschen Forstwirtschaft. Tagung des Deutschen Forstvereins vom 10. bis 14. September 1968 in Nürnberg. Ansprachen und Vorträge. Hiltrup bei Münster (Westfalen), S. 5-28.

Hasel, Karl (1971): Waldwirtschaft und Umwelt. Eine Einführung in die forstwirtschaftspolitischen Probleme der Industriegesellschaft. Hamburg, Berlin.

Hasel, Karl (1994): Zur Geschichte des Forstwissenschaftlichen Fachbereichs an der Universität Göttingen. In: Schlotter, Hans-Günther (Hrsg.): Die Geschichte der Verfassung und der Fachbereiche der Georg-August-Universität zu Göttingen. Göttingen, S. 222-239.

Hilf, H[ubert] H[ugo] (1968): Hat unsere Forstwirtschaft eine Zukunft? Forstarchiv 39, S. 213-218.

Holm, Michael (1968): Zur Hochschulreform. Forstarchiv 39, S. 110-111.

Hopmann, J[osef] (1951): Forstmathematik in Forschung und Unterricht. Hann. Münden.

Hornsmanm, E[rich] (1967): Schon am Anfang stand der Protest. Unser Wald, November/Dezember 1967, S. 230-233.

Huber, Bruno (1960): Forstbotanik. In: Bauer, Franz (Hrsg.): Fortschritte in der Forstwirtschaft. Entwicklung und Stand forstlicher Erkenntnisse und Erfahrungen in den letzten 15 Jahren. München [u.a.], S. 1-30.

Hünemörder, Kai F. (2004): Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950-1973). Stuttgart.

Ilse, [Karl-Ernst] (1967): Dienst am Wald und an der Jugend. Über die Jugendwaldheime der niedersächsischen Landesforstverwaltung berichtet Forstmeister Ilse. Unser Wald, November/Dezember 1967, S. 244-250.

Kautz, R. (1924): Uebergangswirtschaft. In: Rhumbler, Ludwig (Hrsg.): Festschrift zur Feier der Einführung der neuen Hochschulverfassung an der seitherigen Forstakademie Hann. Münden am 3. Mai 1923. Frankfurt am Main, S. 110-117.

Keßler, W. (1922): Die preußischen Forstakademien Eberswalde und Münden vor 50 Jahren. Ein Stück Kultur- und Forstgeschichte. Erlebtes, Erschautes und Erlauschtes. Neudamm.

Klee, Ernst (2003): Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Aktualisierte Ausgabe. Frankfurt am Main.

Kollmann, Franz (1951): Technologie des Holzes und der Holzwerkstoffe. 1. Band. 2. Aufl. Berlin, Heidelberg.

[Köstler, Josef Nikolaus] (Hrsg.) [1939]: Forstliche Hochschule Hann.-Münden 1868-1939. Festschrift zum 18. Februar 1939. München.

Köstler, Josef (1943): Wirtschaftslehre des Forstwesens. Einführung und Grundriß. Berlin.

Köstler, Josef Nikolaus (1960): Waldpflege. In: Bauer, Franz (Hrsg.): Fortschritte in der Forstwirtschaft. Entwicklung und Stand forstlicher Erkenntnisse und Erfahrungen in den letzten 15 Jahren. München [u.a.], S. 95-109.

Köstler, Josef Nikolaus (1967): Wald – Mensch – Kultur. Ausgewählte Vorträge und Aufsätze zur Kulturgeschichte, zur Ökonomie des Forstwesens und zur Technik der Waldpflege. Hamburg, Berlin.

Kraft, Ernst (1962): Beitrag zur Ursache und Wirkung von Dürreperioden in forstlicher Sicht. Unveröff. Seminararbeit, Forstl. Fakultät, Univ. Göttingen zu Hann. Münden.

Krömer-Butz, Sabine (1997): Tag des Baumes. Unser Wald, Juni 1997, S. 12.

Kropp, Frank, Rozsnyay, Zoltán (1998): Niedersächsische Forstliche Biographie. Ein Quellenband. [Hannover.]

Krott, Max (2010): Umweltgeschichte durch starke Disziplinen – Vom richtigen und falschen Einsatz der Interdisziplinarität. In: Reeh, Tobias, Ströhlein, Gerhard, Bader, Axel: Kulturlandschaft verstehen. Göttingen, S. 25-38.

Lamerdin, Fritz [um 1959]: Der Wald – Unser Schicksal. In: Bauer, Franz (Hrsg.): Der Wald. Unser Schicksal. Ohne Ort, S. 5-18.

Lamprecht, Hans (1968): Über Lehre und Forschung auf dem Gebiet tropischer Forstwissenschaft an der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen. Allgemeine Forstzeitschrift 23, S. 563-567.

Leiber, Lukas (1966): Ausschnitte aus dem waldbaulichen Geschehen in Deutschland seit der Jahrhundertwende. Aus den Erinnerungen eines alten badischen Forstmannes. Allgemeine Forst- und Jagdzeitung 137, S. 169-188.

Lemmel, [Hans] (1930): Aufgaben und Ziele der forstlichen Hochschulbildung. Deutsche Forst-Zeitung 45, S. 893-898.

Lent, Dieter (1996): Alpers, Friedrich Ludwig Herbert. In: Jarck, Horst-Rüdiger, Scheel, Günter (Hrsg.): Braunschweigisches Biographisches Lexikon: 19. und 20. Jahrhundert. Hannover, S. 24 f.

Leyendecker, Heinz (1953): Untersuchungen über die körperliche Beanspruchung bei der Waldarbeit im Rahmen einer forstlichen Arbeitsbewertung. Frankfurt am Main.

Mantel, K[urt] (1956): Zur Entwicklung der forstlichen Forschung in Deutschland. Forst- und Holzwirt 11, S. 479-480.

Mayer-Wegelin, Hans (1952): Das Aufästen der Waldbäume. Grundsätze und Regeln. 3. neubearb. Aufl. Hannover.

Mayer-Wegelin, Hans (1960): Holzverwendung und Holzverwertung. In: Bauer, Franz (Hrsg.): Fortschritte in der Forstwirtschaft. Entwicklung und Stand forstlicher Erkenntnisse und Erfahrungen in den letzten 15 Jahren. München [u.a.], S. 221-234.

Metzger, A[ugust], Müller, N[icolaus] J[acob] C[arl] (1895): Die Nonnenraupe und ihre Bakterien. Berlin.

Migende, Ulrike (1997): 30 Verbände am „Grünen Runden Tisch". Unser Wald, Juni 1997, S. 16.

Nachrichten von der Preußischen Forstlichen Hochschule Hann. Münden [ca. 1930]. Hann. Münden.

Nüßlein, Fritz (1960): Wald und Wild. In: Bauer, Franz (Hrsg.): Fortschritte in der Forstwirtschaft. Entwicklung und Stand forstlicher Erkenntnisse und Erfahrungen in den letzten 15 Jahren. München [u.a.], S. 123-130.

Nüßlein, F[ritz] (1968): Der Neubau der Forstlichen Fakultät in Göttingen. Allgemeine Forst- und Jagdzeitung 139, S. 101-104.

Oelkers, J[ulius] (1924): Standort und Holzart. In: Rhumbler, Ludwig (Hrsg.): Festschrift zur Feier der Einführung der neuen Hochschulverfassung an der seitherigen Forstakademie Hann. Münden am 3. Mai 1923. Frankfurt am Main, S. 40-49.

Oelkers, J[ulius] (1929): Standortsklasse und Ertragsklasse. Forstliche Wochenschrift Silva 17, S. 221-226.

Oelkers, Julius (1930): Waldbau. Vorlesungen […]. Teil I: Standortsfaktoren. Hannover.

Oelkers, Julius (1932): Waldbau. Vorlesungen […]. Teil III: Durchforstung. Hannover.

Oelkers, Julius (1937): Waldbau. Vorlesungen […]. Teil IV: Verjüngung. Hannover.

Offner, Herbert (Bearb.) (1958): Forschungsergebnisse zur Förderung der forstlichen Erzeugung (Teil 2). Hiltrup bei Münster (Westfalen).

Ortegel, Robert (Bearb.) (1927): Die Forstwirtschaft. Lage und Aufgaben in der deutschen Volkswirtschaft. 2., berichtigte und verm. Aufl. Neudamm.

Prodan, Michael (1960): Grundlagen der Forsteinrichtung. In: Bauer, Franz (Hrsg.): Fortschritte in der Forstwirtschaft. Entwicklung und Stand forstlicher Erkenntnisse und Erfahrungen in den letzten 15 Jahren. München [u.a.], S. 157-181.

Ramann, Emil (1893): Forstliche Bodenkunde und Standortslehre. Berlin.

Rhumbler, L[udwig] (1924): [„Rede des neu eingeführten Rektors, Prof. Dr. L. Rhumbler: »Die Integration organismischer Kleineinheiten im Vergleich zu staatlichen Integrationen und insbesondere zur Integration forstlicher Hochschul-Lehranstalten.«"] In: Rhumbler, Ludwig (Hrsg.): Festschrift zur Feier der Einführung der neuen Hochschulverfassung an der seitherigen Forstakademie Hann. Münden am 3. Mai 1923. Frankfurt am Main, S. 3-13.

Rohmann, Hermann (1924): Physikalisches über Rauch und Rauchbekämpfung. In: Rhumbler, Ludwig (Hrsg.): Festschrift zur Feier der Einführung der neuen Hochschulverfassung an der seitherigen Forstakademie Hann. Münden am 3. Mai 1923. Frankfurt am Main, S. 76-81.

Rohmeder, Ernst (1960): Forstliche Samenkunde, Genetik und Züchtung. In: Bauer, Franz (Hrsg.): Fortschritte in der Forstwirtschaft. Entwicklung und Stand forstlicher Erkenntnisse und Erfahrungen in den letzten 15 Jahren. München [u.a.], S. 31-46.

Salisch, Heinrich von (1911): Forstästhetik. 3., vermehrte Aufl. Berlin.

Schimitschek, Erwin (1969): Grundzüge der Waldhygiene. Wege zur ökologischen Regelung. Ein Leitfaden. Hamburg, Berlin.

Schleifenbaum, Peter-Christoph (1987): Die Forstliche Hochschule zu Hannoversch Münden (1922-1939). Dissertation, Forstl. Fakultät der Univ. Göttingen.

Schlüter, Max (1949): Physiognomische und strukturelle Untersuchungen im westafrikanischen Regenwald. Ein Beitrag zur Entwicklung einer waldkundlichen Forschungsmethode. Dissertation, Forstl. Fakultät der Univ. Göttingen in Hann. Münden.

Schmidt, G.-D. (1968): Die Bedeutung der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen in Hann. Münden für die Forstwirtschaft in Nordwestdeutschland. Allgemeine Forstzeitschrift 23, S. 267-268.

Schmucker, Theodor (1942): Die Baumarten der nördlich-gemäßigten Zone und ihre Verbreitung. Berlin-Wannsee.

Schober, Reinhard (Hrsg.) (1952): Vorträge der Hochschulwoche Hann. Münden 1951. Frankfurt am Main.

Schober, Reinhard (1960): Forstliche Ertragskunde. In: Bauer, Franz (Hrsg.): Fortschritte in der Forstwirtschaft. Entwicklung und Stand forstlicher Erkenntnisse und Erfahrungen in den letzten 15 Jahren. München [u.a.], S. 131-155.

Schoeder, Julius von, Reuß, Carl (1883): Die Beschädigung der Vegetation durch Rauch und die Oberharzer Hüttenrauchschäden. Berlin.

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald. 30 Jahre im Dienste der Landschaft (1978). Bonn.

Schwappach, Adam (1924): Ueber die Wirkung frühzeitiger starker Durchforstungen an Fichtenbeständen. In: Rhumbler, Ludwig (Hrsg.): Festschrift zur Feier der Einführung der neuen Hochschulverfassung an der seitherigen Forstakademie Hann. Münden am 3. Mai 1923. Frankfurt am Main, S. 31-36.

Sellheim (1908): Natur und Kunst im Walde. Vorschläge zur Verbindung der Forstästhetik mit rationeller Forstwirtschaft. […]. Von Theodor Felber, 1906. [Besprechung] Zeitschrift für Forst- und Jagdwesen 40, S. 64-65.

Senat der Forstlichen Hochschule Hann. Münden (Hrsg.) (1933): Die Forstliche Hochschule Hann. Münden. Düsseldorf.

Silvius (1902): Forstliche Streitfragen in Preussen. Leipzig.

Speer, J[ulius] (Bearb.) (1953): Forstwirtschaftliche Produktionssteigerung. Arbeitsprogramm für die deutsche Forstwirtschaft. Euskirchen.

Speer, Julius (1960): Forstpolitik. In: Bauer, Franz (Hrsg.): Fortschritte in der Forstwirtschaft. Entwicklung und Stand forstlicher Erkenntnisse und Erfahrungen in den letzten 15 Jahren. München [u.a.], S. 271-285.

Speidel, Gerhard (1960): Forstliche Betriebswirtschaftslehre. In: Bauer, Franz (Hrsg.): Fortschritte in der Forstwirtschaft. Entwicklung und Stand forstlicher Erkenntnisse und Erfahrungen in den letzten 15 Jahren. München [u.a.], S. 251-270.

Steinlin, Hansjürg (1960): Holzeinschlag und Holztransport. In: Bauer, Franz (Hrsg.): Fortschritte in der Forstwirtschaft. Entwicklung und Stand forstlicher Erkenntnisse und Erfahrungen in den letzten 15 Jahren. München [u.a.], S. 203-220.

Steinsiek, Peter-M. (1999): Nachhaltigkeit auf Zeit. Waldschutz im Westharz vor 1800. Münster [u.a.].

Steinsiek, Peter-M. (1999): Silvanus – Sinnbild einer Synthese von Mensch und Natur. Geschichte des Siegels der Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie, Universität Göttingen. Forstarchiv 70, S. 143-146.

Steinsiek, Peter-M. (2006): Anmerkungen zur Biologisierung des politischen und gesellschaftlichen Lebens im „Dritten Reich“ an Beispielen besonders aus dem Land Braunschweig. Braunschweigisches Jahrbuch 87, S. 141-159.

Steinsiek, Peter-M. (2008): Forst- und Holzforschung im „Dritten Reich“. Remagen.

Steinsiek, Peter-M. (2012): Um die Zukunft des Waldes? Zur Kontroverse zwischen „Dauerwäldlern“ und „Eberswalder Schule“ in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Unveröff. Vortrag, Freising.

Steinsiek, Peter-M. (2015): Die Forstliche Fakultät der Universität Göttingen im Nationalsozialismus. Eine Erinnerung an ihre ehemaligen jüdischen Angehörigen. Göttingen.

Steinsiek, Peter-M. (2017): Zwangsarbeit in den staatlichen Forsten des Landes Niedersachsen 1939-1945, untersucht besonders an Forstämtern des Sollings und des Harzes. Husum.

Steinsiek, Peter-M. (2019): Richard Falck, Mykologe. Lebensweg und Werk eines jüdischen Gelehrten (1873-1955). Göttingen.

Steinsiek, Peter-M. (2020): Forstleute im Widerstand gegen Adolf Hitler. Eine Spurensuche. Göttingen.

Steinsiek, Peter-M. (2021): Der Wald zwischen Harz und Aller in der Frühen Neuzeit (1550-1800). Braunschweig.

Steinsiek, Peter-M. (2021): Wir Grünen finden den Weg. Heinrich Christian Burckhardt (1811-1879). Auf den Spuren eines Forstvisionärs. Husum.

Steinsiek, Peter-M., Rozsnyay, Zoltán (1994): Grundzüge der deutschen Forstgeschichte 1933-1950 unter besonderer Berücksichtigung Niedersachsens. Hannover.

Stellungnahme des Deutschen Forstwirtschaftsrates zum Bundesforstgesetz (1956): Der Forst- und Holzwirt 11, S. 258.

Strecker, Reinhard (1938): Die philosophischen Probleme in der Forstwirtschaftslehre. Neudamm, Berlin.

Strehlke, E[rnst]-G[ünther] (1963): Forstliche Arbeitswissenschaft. Entstehung und Entwicklung – das Lebenswerk von Hubert Hugo Hilf. Forstarchiv 34, S. 46-55.

Streitz, H. (1968): 100 Jahre forstwissenschaftlicher Unterricht in Hann. Münden (1868-1968). Der Forst- und Holzwirt 23, S. 181.

Süchting, Heinrich (1949): Kurzes Lehrbuch der Bodenkunde und Pflanzenernährung für Forstwirte und auch für Landwirte, Gärtner und Naturwissenschaftler. Hannover.

Tochtrop, Martin (1997): Deutsche Waldjugend. Unser Wald, Juni 1997, S. 23 f.

Unser Wald. Für die Bewahrung der Natur, der Landschaft und des Waldes. 20 Jahre Schutzgemeinschaft Deutscher Wald. Ihr Werden, Wesen und Wirken an Staat und Volk. November/Dezember 1967.

Vermerke zum Entwurf eines Bundesforstgesetzes (1956): Der Forst- und Holzwirt 11, S. 72-73.

Vietinghoff-Riesch, [Arnold] Freiherr von (1936): Naturschutz. Eine nationalpolitische Kulturaufgabe. Neudamm, Berlin.

Volkert, [Erik] (Bearb.) (1940): Die bevölkerungspolitische Lage der Preußischen Forstbeamten im Rahmen der biologischen Gesamtlage im Deutschen Reich. Hannover.

Vorträge anläßlich der Forstlichen Hochschulwoche in Hann. Münden (1968): Der Forst- und Holzwirt 23, S. 182-187.

Vorträge der Hochschulwoche 1963 der Forstlichen Fakultät der Universität Göttingen in Hann. Münden. Frankfurt am Main.

Votum der Forstlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen zu ihren künftigen Strukturen und zum Ersten Teilgutachten der Beratenden Kommission des Herrn Niedersächsischen Kultusministers vom 5. Januar 1971.

Wagner, Christof (1929): Der Neuaufbau der Deutschen Forstwissenschaft. Ein Mahnwort an die forstliche Welt. Berlin.

Wappes, Lorenz (1909): Studien über die Grundbegriffe und die Systematik der Forstwissenschaft. Berlin.

Wappes, Lorenz (1929): Die Ausbildung und Fortbildung in Sonderfächern in der forstlichen Wissenschaft und Praxis. Tharandter Forstliches Jahrbuch 80, S. 70-79.

Weber, Heinrich (1919): Grundlinien einer neuen Forstwirtschaftsphilosophie. Tübingen.

Weck, Johannes (1960): Internationale forstwissenschaftliche Zusammenarbeit. In: Bauer, Franz (Hrsg.): Fortschritte in der Forstwirtschaft. Entwicklung und Stand forstlicher Erkenntnisse und Erfahrungen in den letzten 15 Jahren. München [u.a.], S. 299-305.

Wedekind, E[dgar] (1924): Die Trockentorffrage vom Standpunkt des Chemikers. In: Rhumbler, Ludwig (Hrsg.): Festschrift zur Feier der Einführung der neuen Hochschulverfassung an der seitherigen Forstakademie Hann. Münden am 3. Mai 1923. Frankfurt am Main, S. 13-16.

Wedekind, E[dgar] (1929): Chemie und Forstwissenschaft. Chemotherapie des Waldes. Mündener akademische Reden II. Hann. Münden.

Weise, [Wilhelm] (1893): Festrede gehalten bei der 25jährigen Jubelfeier der Forstakademie Münden. Hann. Münden.

Wellenstein, Gustav (1960): Forstschutz. In: Bauer, Franz (Hrsg.): Fortschritte in der Forstwirtschaft. Entwicklung und Stand forstlicher Erkenntnisse und Erfahrungen in den letzten 15 Jahren. München [u.a.], S. 111-122.

Weyergraf, Bernd (1987): Waldungen. Die Deutschen und ihr Wald. Berlin.

Wiedemann, [Eilhard] [um 1948]: Der heutige Zustand des Waldes in Niedersachsen. Ohne Ort.

Wittich, W[alter] (1952): Der heutige Stand unseres Wissens vom Humus und neue Wege zur Lösung des Rohhumusproblems im Walde. 2. Aufl. Frankfurt am Main.

Wittich, Walter (1958): Untersuchungen über die Eignung von Stadtmüll als forstliches Düngemittel. In: Offner, [Herbert] (Bearb.): Forschungsergebnisse zur Förderung der forstlichen Erzeugung, Teil II. Hiltrup bei Münster (Westfalen), S. 39-42.

Wittich, Walter (1960): Forstliche Bodenkunde. In: Bauer, Franz (Hrsg.): Fortschritte in der Forstwirtschaft. Entwicklung und Stand forstlicher Erkenntnisse und Erfahrungen in den letzten 15 Jahren. München [u.a.], S. 47-67.

Wittich, W[alter] (1968): Die Entwicklung der forstlichen Standortskunde und ihr Einfluß auf das waldbauliche Denken und Handeln. Der Forst- und Holzwirt 23, S. 187-191.

Zundel, Rolf, Schwartz, Ekkehard (1996): 50 Jahre Forstpolitik in Deutschland (1945 bis 1994). Münster-Hiltrup.

10.2 Quellen

10.2.1 Ungedruckte Quellen

Einschlägige Bestände der folgenden Archive, Bibliotheken und Sammlungen wurden benutzt:

- Abteilung Handschriften und Seltene Drucke der Niedersächs. Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (SUBGÖ-HSD)
- Archiv der Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie der Universität Göttingen (AFF-GÖ)
- Archiv des Niedersächsischen Forstamts Münden in Hemeln
- Bereichsbibliothek Forstwissenschaften der Niedersächs. Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen
- Bibliothek der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde
- Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Hannover (NLA HA)
- Niedersächsisches Landesarchiv, Abteilung Wolfenbüttel (NLA WO)
- Privatsammlung Familie Bonnemann, Einbeck
- Privatsammlung Hans-Jürgen Brauns, Adelebsen
- Privatsammlung Brigitta Frucht, Hürth
- Privatsammlung Christiane Kollmeyer, Norden
- Privatsammlung Albrecht von Kortzfleisch, Goslar
- Privatsammlung Peter Lex, Adendorf
- Privatsammlung Wolfgang Tambour, Göttingen
- Stadtarchiv Hann. Münden (StadtA HM)
- Universitätsarchiv Göttingen (UniA GÖ)
- Universitätsarchiv Leipzig (UniA L)

10.2.2 Sonstige

Bartsch, Norbert, mündl. Mitteilung v. 15.5.2022.

Freist, Helmuth, schriftl. Mitteilung v. 21.6.2022.

Huss, Jürgen, schriftl. Mitteilung v. 9.6.2022.

Larsen, Jørgen Bo, schriftl. Mitteilung v. 25.4.2022.

Möhring, Bernhard, schriftl. Mitteilung v. 31.3.2022.

Schäfer, Stefan, schriftl. Mitteilung v. 11.3.2022.

Thoma, Franz, schriftl. Mitteilung v. 9.11.2021.

10.3 Abbildungen (Bildunterschriften gekürzt)

10.4 Tabellen

11 Anhang

Anhang 1a-b: Stellungnahme der Zentralstelle für die Begutachtung ausländischer Vorbildungsnachweise über die von Helmut Kreusler in verschiedenen Kriegsgefangenenlagern absolvierten forstlichen Studien vom 23. Oktober 1947 (Quelle: UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 469).

Anhang 2: Bescheinigung über die Teilnahme des Forststudenten Helmut Kreusler an forstlichen Vorlesungen im Kriegsgefangenenlager 20, Gravenhurst/Kanada, vom 17. Mai 1946 (Quelle: UniA GÖ, Forst. Stud. Nr. 469).

Anhang 3: Screenshot der Verzeichnung einer Akte aus dem Bestand Forst. Fak. (Dekanat der Forstlichen Fakultät mit Vorgängereinrichtungen) des Universitätsarchivs Göttingen im Archivinformationssystem Niedersachsen und Bremen.

1)

NORDWESTDEUTSCHER HOCHSCHULTAG
Zentralstelle für die Begutachtung
ausländischer Vorbildungsnachweise
H 1977/47/Dr.Wt./Mü.

Göttingen, den 23.1o.47
Aula-Wilhelmsplatz 1

Gutachten

Herr Helmut Kreusler, geb. 2.1o.19 in Paulerhof bei Plaue a.H., legt Abschriften von Studiennachweisen vor, in denen bescheinigt wird, dass er an den in den Kriegsgefangenenlagern 2o, Gravenhurst/Kanada, und 17, Sheffield/England, eingerichteten Forstlichen Arbeitsgemeinschaften während folgender Semester teilgenommen hat :

A. Vorsemester

1. Semester : 1.8. bis 20.12.1944 mit 16 Arbeitswochen und 19 Wochenstunden (Lager 2o Gravenhurst)
2. Semester : 1o.1. bis 15.5.1945 mit 15 Arbeitswochen und 19 Wochenstunden (Lager 2o Gravenhurst) .
3. Semester : 1.7. bis 21.1o.1945 mit 15 Arbeitswochen und 2o Wochenstunden (Lager 2o Gravenhurst)

B. Fachsemester

4. Semester : 1.2. bis 17.5.1946 mit 15 Arbeitswochen und 18 Wochenstunden (fortgesetzt im Lager 17, Sheffield/ England)
5. Semester : 1.8.1946 bis 1.6.1947 mit 12 Wochenstunden (Sheffield, fortgesetzt im Lager 9, Quorn/England).

Herr Kreusler legt ausserdem vor

a) 4 Seminarscheine mit 2 "guten" und 2 "sehr guten" Prädikaten,
b) 2 Scheine über "Bewertung der Formenkenntnisse" (je 1 mit "gut" und 1 mit "sehr gut"),
c) das Zeugnis über die mit "gut" bestandene forstliche Vorprüfung.

Über den Unterricht in den oben genannten Kriegsgefangenenlagern liegen der hiesigen Stelle ausführliche Berichte von den Studienleitern und einer Reihe anderer Lehrkräfte vor. Sie lassen erkennen, dass es sich um einen hochschulmässig geordneten, ernst zu nehmenden Unterricht handelte. Der Name "Arbeitsgemeinschaft" wurde gewählt, um jede unangebrachte Überheblichkeit zu vermeiden und um die Gemeinsamkeit der Anstrengungen zu betonen. Der Name kennzeichnet jedoch nicht die Arbeitsmethode, die sich durchaus hochschulmässig gestaltete, (wie auch die Vorlesungen oft den Charakter von Repetitorien oder Seminaren annahmen).
Zu den Lehrkräften der Forstlichen Arbeitsgemeinschaft gehörten zwar keine Hochschullehrer, doch eine Reihe erfahrener Praktiker mit Lehrbegabung und wissenschaftlichen Intentionen (u.a. ein Landforstmeister, 4 Forstmeister, 1 Oberregierungsrat, 1 Amtsgerichtsrat, 2 Studienräte, 1 Diplom-Bergingenieur, 1 Diplom-Volkswirt, 1 Vermessungsingenieur, 2 Doktoren der Naturwissenschaften); die Semesterdauer betrug mindestens 3, meistens 4 Monate, in der Woche konnten 2o - 3o Wochenstunden gehört werden.

b.w.

Zu Beginn des Semesters wurde in gemeinsamer Beratung der Lehrkräfte ein Stundenplan entworfen, der den Studierenden Richtlinien gab. Die Lehrpläne waren auf Grund der aus Deutschland bezogenen Vorschriften in enger Zusammenarbeit mit deutschen Hochschulen aufgestellt. Die Vorlesungen wurden ergänzt durch Übungen, Seminare und Praktika. Literatur stand reichlich zur Verfügung, u.a. auch viel ausländische Literatur. Die wisseenschaftliche Bücherei umfasste 5000 Bände. An Lehrmitteln gab es Mikroskope, 1 Epidiaskop, 1 zerlegten Motor, Skelette usw.
Die Qualität der Lehrkräfte wird vom Lehramtsleiter als voll ausreichend beurteilt, dem Arbeitseifer der Schüler grosses Lob gezollt; die Abgeschlossenheit des Lagers und der enge Kontakt zwischen Lehrenden und Lernenden boten günstige Vorbedingungen zu Konzentration und wissenschaftlicher Vertiefung, die entsprechende Erfolge zeitigte. Die Leistungen der Schüler sollen derart gewesen sein, dass sie sich nach dem Urteil des Lehrgangsleiters in Deutschland durchaus einem schweren Examen unterziehen könnten. Der Unterricht wurde durch keine Arbeitskommandos gestört, die Mannschaften wurden für den Unterricht freigestellt, die Offiziere brauchten sowieso nicht zu arbeiten. Prüfungen wurden nach deutschen Richtlinien durchgeführt.

<u>Vorschlag:</u> Die Arbeitsverhältnisse in den oben genannten Kriegsgefangenenlagern waren besonder gut. Herr Kreusler weist einen Studienplan vor, der sachlich und dem Umfange nach etwa dem an einer deutschen Hochschule üblichen entspricht (bis auf das fünfte Semester). Seine in den Seminarscheinen und in der Vorprüfung erzielten Prädikate sind gut bis sehr gut. Es dürften wohl keine Bedenken bestehen, Herrn Kreusler 3 der in Kriegsgefangenschaft gehörten Semester auf das für die Ablegung der forstlichen Hauptprüfung geforderte Studium in Deutschland anzurechnen. Ob die Vorpfüfung anerkannt werden kann, bedürfte einer besonderen Entscheidung.

Wienert

(Dr. Wienert)

2 a)

Forstwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft Camp 20, den 17. 5. 46

B E S C H E I N I G U N G U E B E R T E I L N A H M E A N V O R L E S U N G E N A U S D E M G E B I E T E D E S F A C H S T U D I U M S

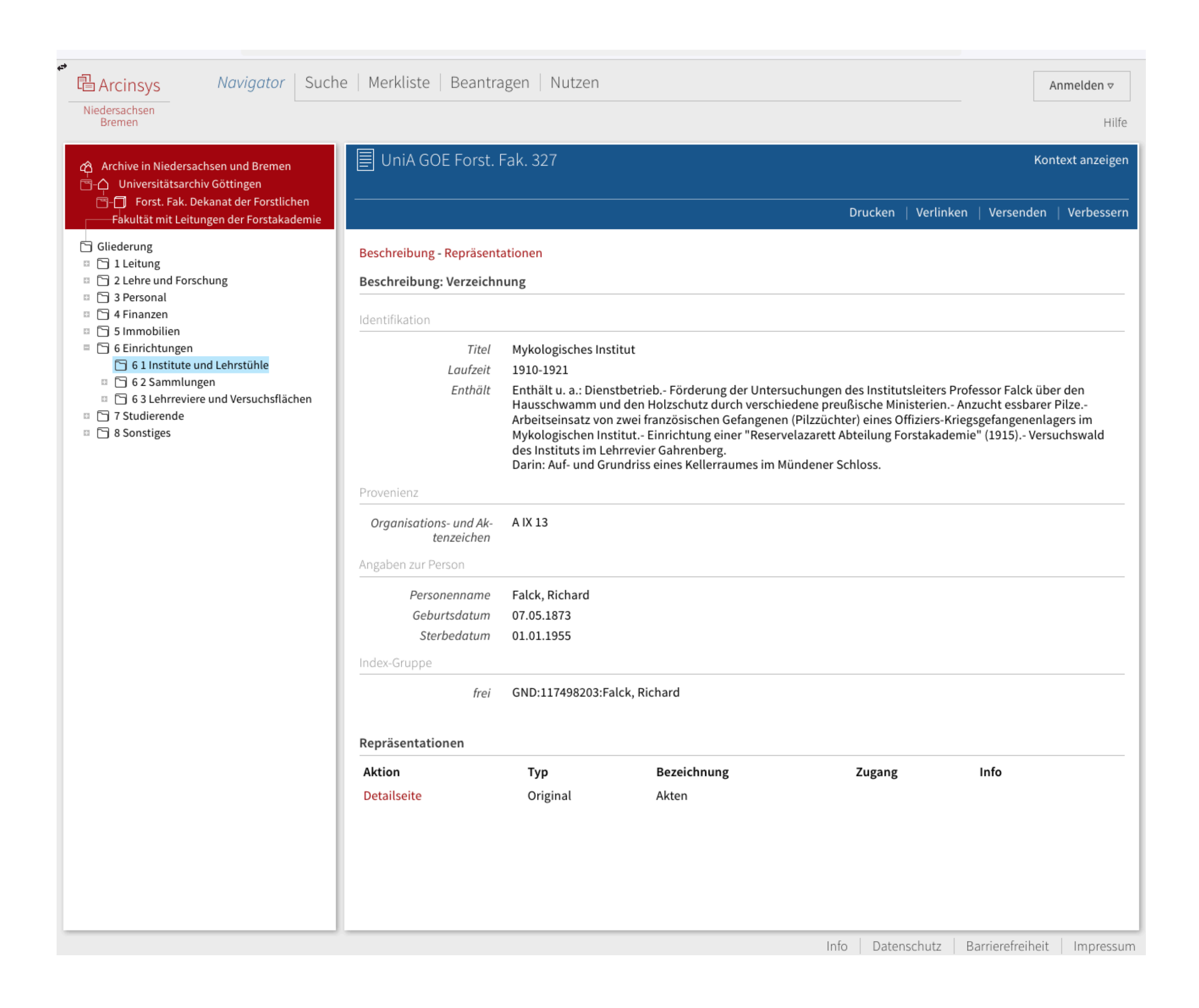
Der Student der Forstwissenschaft Helmüt Kreüsler
hat in der Zeit vom 7.1.1946 bis 11.5.1946 an folgenden Vorlesungen regelmaessig teilgenommen.

1.)	Holzmesslehre	25 Stunden	[Unterschrift] Oblt.
2.)	Zuwachslehre	28 Stunden	[Unterschrift] Oblt.
3.)	Waldbau I (Grundlagen)	30 Stunden	[Unterschrift] Major
4.)	Rechtskunde fuer Forstwirte (BGB)	34 Stunden	Bach. Oblt.
5.)	Forstliche Vermessungslehre	40 Stunden	Kühn Ofm.
6.)	Wegebau	30 Stunden	Kühn Ofm.
7.)	Praktische Vermessungsuebungen	20 Std.	Kühn Ofm.
8.)	Seminar Waldbau I	38 Stunden	[Unterschrift] Oblt.

Der Leiter der forstlichen Arbeitsgemeinschaft
[Unterschrift]
Major

Der Lagerfuehrer
[Unterschrift]
Oberst

[Stempel: INT.OP. 20]


Arcinsys
Niedersachsen Bremen
Navigator
Suche
Merkliste
Beantragen
Nutzen
Anmelden
Hilfe
Archive in Niedersachsen und Bremen
Universitätsarchiv Göttingen
Forst. Fak. Dekanat der Forstlichen Fakultät mit Leitungen der Forstakademie
Gliederung
1 Leitung
2 Lehre und Forschung
3 Personal
4 Finanzen
5 Immobilien
6 Einrichtungen
6 1 Institute und Lehrstühle
6 2 Sammlungen
6 3 Lehrreviere und Versuchsflächen
7 Studierende
8 Sonstiges
UniA GOE Forst. Fak. 327
Kontext anzeigen
Drucken | Verlinken | Versenden | Verbessern
Beschreibung - Repräsentationen
Beschreibung: Verzeichnung
Identifikation
Titel Mykologisches Institut
Laufzeit 1910-1921
Enthält Enthält u. a.: Dienstbetrieb.- Förderung der Untersuchungen des Institutsleiters Professor Falck über den Hausschwamm und den Holzschutz durch verschiedene preußische Ministerien.- Anzucht essbarer Pilze.- Arbeitseinsatz von zwei französischen Gefangenen (Pilzzüchter) eines Offiziers-Kriegsgefangenenlagers im Mykologischen Institut.- Einrichtung einer "Reservelazarett Abteilung Forstakademie" (1915).- Versuchswald des Instituts im Lehrrevier Gahrenberg.
Darin: Auf- und Grundriss eines Kellerraumes im Mündener Schloss.
Provenienz
Organisations- und Aktenzeichen A IX 13
Angaben zur Person
Personenname Falck, Richard
Geburtsdatum 07.05.1873
Sterbedatum 01.01.1955
Index-Gruppe
frei GND:117498203:Falck, Richard
Repräsentationen
Aktion Typ Bezeichnung Zugang Info
Detailseite Original Akten
Info | Datenschutz | Barrierefreiheit | Impressum

Wie kann man sich die Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Disziplin vorstellen? Ist sie mit dem Wachstum eines Baumes im Wald vergleichbar, der zunächst aus zarten Anfängen und unter dem Schirm der großen an Stärke und Umfang gewinnt, um endlich seinen Platz und Lebensraum behaupten zu können, angewiesen auf die nachhaltige Zufuhr von lebenswichtigen Stoffen und Symbiosen, auf eine ihm angemessene Umwelt, dabei stets gefährdet durch Konkurrenz und unvorhersehbare Unglücksfälle?

Sicher ist, dass der „Baum der Erkenntnis“, die Wissenschaft vom Wald und seinen Beziehungen zur natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt, bereits das Jugendstadium hinter sich gelassen hatte, als 1868 in Hann. Münden eine zweite preußische Forstlehranstalt als Schule der Nachhaltigkeit ihre Tore öffnete. Im Vordergrund stand die Ausbildung von Forstverwaltungsbeamten für den Dienst im Norden, in der Mitte und im Westen Deutschlands. Die Lehrer jedoch wurden auch schon in der Frühphase der Forstakademie als Wissenschaftler nach Münden berufen, um in Abstimmung mit der Praxis vor allem Tagesfragen der Waldbewirtschaftung zu klären.

Der vorliegende Band gewährt am Beispiel der Mündener Forstlehranstalt, aus der später die Göttinger Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie hervorgehen sollte, einen Blick auf die Entwicklung der fachlichen Grundlagen und die Formierung der Forstwissenschaft. Er beschreibt die Inhalte der Forschung in ihrer Abhängigkeit von steuerungswirksamen Faktoren aus Praxis, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Interesse verdient überdies die Frage, welchen Einfluss im Untersuchungszeitraum die Furcht vor einer Schließung der Einrichtung auf forschungsstrategische Programme hatte und wie es gelungen ist, die Einheit der Fakultät zu wahren.



ISBN: 978-3-86395-566-3
ISSN: 1867-6731
eISSN: 2512-6830

Universitätsverlag Göttingen